

**Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus und der
Politischen Parteien
53 Bonn-Bad Godesberg, Königsplatz 5**

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 18

THOMAS NIPPERDEY

Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918

Kommission für Geschichte
des Reiches
und
53 Bonnstr. / Godesberg I

K 7¹⁸



DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE

**Die Arbeit ist von der Philosophischen Fakultät Göttingen
als Habilitationsschrift angenommen worden**

1961

**© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn**

**Gesamtherstellung: Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany**

Dem Andenken meines Bruders

Carl Nipperdey · 1923—1945

Vorwort

Die Geschichte der deutschen Parteien ist bisher im wesentlichen als Ideen- oder Fraktionsgeschichte behandelt worden. Die unbezweifelbare Leistung der so orientierten Forschung besteht darin, daß sie die Parteien im großen nationalstaatlichen Geschichtsprozeß als Ideen- und Willensträger einzeln oder insgesamt dargestellt hat. Die Parteien als organisierte Gebilde, die Ausbildung ihrer Institutionen und der zwischen diesen sich abspielende Prozeß der Willens- und Machtbildung dagegen sind historisch kaum untersucht worden. Die Parteien gehörten in der Zeit vor 1918, die für die Forschung bis 1945 allein in Betracht kam, noch nicht zu den staatstragenden Gruppen; die parteienstaatliche Demokratie war in der Weimarer Zeit noch nicht konsolidierte Realität, und ihre Analyse war noch nicht so vorgeschritten, daß die Historie von daher geprägt worden wäre. Darum hat die innere Struktur der Parteien kein besonderes historisches Interesse beanspruchen können.

Dagegen haben die Soziologen das Problem der Parteiorganisation schon früh, in Deutschland seit Max Weber und Robert Michels, aufgegriffen. Freilich hatten ihre Forschungen im wesentlichen eine typologische Tendenz. Das Buch von Michels etwa, so bedeutend es immer ist, rückt die konkreten Verhältnisse ganz und gar in den allgemeinen Rahmen seiner sozialpsychologischen Thesen, es geht fast überhaupt nicht auf die historische Bedingtheit der analysierten Vorgänge ein und vergewaltigt mit seinem verfehlten Vorbegriff von Demokratie, nach dem in einer oligarchischen Führung schon ein Verstoß gegen das demokratische Prinzip liegt, zu sehr das Eigentümliche der behandelten sozialdemokratischen Organisation. In der seither in Gang gekommenen Diskussion haben lange Zeit solche generalisierenden Betrachtungsweisen überwogen, konkrete Untersuchungen entsprangen im allgemeinen nur der Tagespolemik.

Mit der Konsolidierung des Parteienstaates hat die Frage der Parteiorganisation inzwischen zentrale Bedeutung erlangt. Die gegenwärtige Soziologie, die Staatsrechtstheorie und die politische Wissenschaft haben die damit gegebenen Probleme konkret und eingehend analysiert. Einige Arbeiten über die SPD vor 1918 haben, z. T. schon vor 1933, die hier maßgebenden Gesichtspunkte auch in die historische Betrachtung eingeführt, weil ihre Bedeutung im Falle der SPD besonders augenfällig ist. Von diesen Untersuchungen behandelt Ackermann (1932) vom kommunistischen Standpunkt aus die theoretischen Auseinandersetzungen über Wesen und Wert der Organisation, ohne sie aber wirklich in die jeweilige reale Situation einzubeziehen; Bronder (1952) gibt eine soziologische Analyse der Führungsgruppen; Brockschmidt (1929), G. A. Ritter (1959) und

Schorske (1955) erörtern im Rahmen der allgemeinen Parteigeschichte kürzerer Zeiträume auch organisatorische Verhältnisse, am eindringlichsten wohl Schorske, dessen für die radikale Linke parteinehmende Tendenz freilich manchmal die Sachverhalte verdunkelt. Alle diese Arbeiten bieten aber, mit jeweils anderen Fragestellungen verbunden, immer nur einzelne Aspekte des Organisationsproblems. Eine umfassende und abgerundete Darstellung gibt es auch hier nicht. Entsprechende Ansätze bei der Behandlung der bürgerlichen Parteien fehlen gänzlich.

In dieser Situation ist es nun ein dringliches Erfordernis der historischen Forschung, die Ausbildung der Parteiorganisationen in ihren verschiedenen Formen zusammenhängend zu untersuchen und so die Verfassungsgeschichte der modernen Herrschaftsinstitutionen zu klären. Das ist das erste Ziel der vorliegenden Darstellung. Indem sie die Politisierung der Wähler, die Führungsauslese der Parteien, die sozialen und politischen Gegebenheiten organisierter Machtbildung vor 1918 analysiert, will sie zugleich das politische Gefüge des Kaiserreichs erhellen und mittelbar die Beantwortung der Frage vorbereiten, welchen Anteil die seit 1918 staatstragenden Parteien, deren Struktur von ihrer Vergangenheit mit geprägt war, am Scheitern der Weimarer Republik gehabt haben. Sie will endlich beitragen zu einer wichtigen Aufgabe der Parteigeschichte, zu künftigen Biographien der Parteien als politisch-historischer Individualitäten, in denen die Verbindung von Idee und Interesse, parlamentarischer Politik und Organisation zur Darstellung kommt; aus diesem Grund werden auch manche Einzelheiten berücksichtigt, die für den großen Zug der Organisationsbildung minder wichtig scheinen können.

Eine allgemeine Parteisoziologie, eine eingehende soziologische Analyse der Wählerschaft, der Mitgliedschaft und der Parteiführung, der Wahlentscheidungen und der Stellung einer Partei im Parteiengefüge, kann in unserem Zusammenhang nicht gegeben werden. Aber soziologische Gesichtspunkte werden in starkem Maße berücksichtigt. Die Geschichte der Organisationen muß aus dem Wandel der gesellschaftlichen Strukturen, aus dem Übergang zur industriellen Massengesellschaft verstanden werden. Vor diesem Hintergrund sind die fixierte Ordnung und die Organisationspraxis der einzelnen Parteien zu untersuchen, ist ihrem Aufbau von unten nach oben nachzugehen, die Art der in ihr bestehenden Bindungen zu klären, sind die Fragen zu beantworten, wer über Kandidatenauswahl, Wahlpolitik und politische Linie der Partei entscheidet, wie die Führung zustande kommt, welche Funktionen und welchen Einfluß sie hat, wieweit ihre Unabhängigkeit reicht, wie verschiedene Führungsinstanzen ineinandergreifen und wie Führung und Anhänger miteinander und aufeinander wirken. Da es auf die Erkenntnis von Institutionen und von deren Funktionieren ankommt, ist methodisch stellenweise eine gewisse Systematisierung, die Fixierung eines institutionellen Verhältnisses für einen bestimmten Zeitraum, geboten; der geschichtliche Wandel wird trotzdem, zum Teil in besonderen Abschnitten, zur Darstellung kommen.

Zeitlich setzt unsere Untersuchung mit dem Ende der Reaktionsperiode ein; erst zu diesem Zeitpunkt kann man, vom Sonderfall der Revolution von 1848 abgesehen, von Parteiorganisationen im eigentlichen Sinne sprechen, weil erst jetzt politische Gruppen im Lande sich zusammenschlossen und in wenn auch lose Beziehungen zu den parlamentarischen Parteien traten.

Das Quellenmaterial für unser Thema ist außerordentlich vielfältig, aber lückenhaft und zerstreut. Parteiakten sind, wie eingehende Nachforschungen ergeben haben, nur in ganz wenigen Fällen noch, im wesentlichen bei der Fortschrittlichen Volkspartei, vorhanden und relativ aufschlußreich. Eine Reihe von Nachlässen habe ich heranziehen können, unter ihnen bietet vor allem der Nachlaß Karl Bachem Material für die Organisation der Zentrumspartei. Eine Hauptquelle ist die Tagespresse, die ich in großem Umfang benutzt habe, wobei ich für die örtlichen Verhältnisse jeweils nur eine Auswahl der Belege gebe. Das Material der Parteiveröffentlichungen, der Protokolle, Berichte usw. ist, da gerade landschaftliche und lokale Verhältnisse mit zu berücksichtigen sind, fast unübersehbar, zum Teil allerdings ist es nicht mehr vorhanden oder unzugänglich. Andere parteigeschichtliche Quellen, Memoiren z. B., enthalten normalerweise kaum etwas über Organisationsprobleme. Bei dieser Lage und dem Fehlen von Vorarbeiten in der Literatur ist die vorliegende Untersuchung zunächst ein Versuch. Vollständigkeit bei der Sammlung und Auswertung aller vorhandenen Quellen kann sie nicht beanspruchen, sei es, daß manches Material mir unbekannt geblieben ist, sei es, daß ich es gerade im regionalen und lokalen Bereich nicht bearbeiten konnte, wenn ich nicht die Grenzen einer die deutschen Parteien zusammenfassend behandelnden Darstellung sprengen wollte. Daraus erklärt sich auch, daß bestimmte Institutionen und zumal die Verhältnisse in einzelnen Landesteilen bei den einzelnen Parteien verschieden ausführlich behandelt werden. Das Typische auch der unteren und mittleren Organisationsstufen einer Partei aber ist, so hoffe ich, trotz der Lückenhaftigkeit der Quellen zu erkennen.

Ein besonderes Problem bietet die SPD. Hier ist die Geschichte der Organisation aufs engste mit der allgemeinen Parteigeschichte, mit allen innerparteilichen Auseinandersetzungen und Bewegungen verflochten. Schon deshalb und weil die Partei fast ganz auf sich selbst und ihre Ausbildung konzentriert war, ist das Quellenmaterial, das für Organisationsfragen von Bedeutung ist, ungeheuer reichhaltig. Wissenschaftlich ist die innere Parteigeschichte zum Teil eingehend behandelt worden, eine Reihe von Arbeiten berücksichtigt, wie gesagt, auch Teilbereiche des Organisationsproblems, allerdings fehlen die dringend notwendigen regionalen Untersuchungen. Angesichts dieser Sachlage muß ich mich, zumal bei der Entwicklung der zentralen Institutionen nach 1890, auf eine Art Zwischensynthese beschränken. Eine die vorhandenen Möglichkeiten ganz aus-

schöpfende Untersuchung der Geschichte der sozialdemokratischen Organisation wäre das Thema einer eigenen größeren Arbeit. Mir geht es zunächst um die Grundzüge und Grundprobleme dieser Organisation und ihrer Entwicklung.

Dieses Buch ist entstanden im Zusammenhang mit Forschungen über das Verhältnis von Interessenverbänden und Parteien in Deutschland vor 1918. Einige Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung habe ich schon in einem Aufsatz in HZ 185, 3 zusammengefaßt.

Ich danke den Herren der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und ihrem Vorsitzenden, Professor Werner Conze, für ihre Geduld, die es mir erlaubte, vor der in Auftrag gegebenen Arbeit über die Verbände dieses Buch zu schreiben, und für ihre Bereitwilligkeit, es innerhalb ihrer Schriftenreihe zu veröffentlichen.

Ich danke Professor Theodor Schieder für manche Anregung und Förderung.

Ich danke den Leitern und Mitarbeitern des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam und Merseburg, des Bundesarchivs in Koblenz und des Stadtarchivs Köln, der Universitätsbibliotheken in Köln und Göttingen, der Bibliothek des Weltwirtschaftlichen Instituts in Kiel und der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin, die mir bei der oft schwierigen Erfüllung meiner Wünsche großzügig geholfen haben.

Mein besonderer Dank gilt den Leitern des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen, Professor Hermann Heimpel und Professor Richard Nürnberger, für die Großzügigkeit, mit der sie meine Arbeiten ermöglicht haben. Im Kreise der Mitarbeiter dieses Instituts habe ich vielfältigen menschlichen und wissenschaftlichen Gewinn erfahren.

Das Manuskript ist im Frühjahr 1959 abgeschlossen worden.

I. Die Anfänge der Parteienorganisation im Lande

a) Das Verhältnis von Partei und Fraktion

In einem ausgebildeten Parteiensystem stehen Partei und Fraktion in einem eindeutigen Verhältnis zueinander. Die Fraktion ist die Partei im Parlament, neben ihr, außerhalb des Parlamentes, steht die Partei im Lande; beide, Fraktion und außerparlamentarische Organisation, sind Teile desselben Verbandes, eben der Partei. Sie sind ausschließlich aufeinander bezogen, so daß die Partei im Lande die Anhänger jeweils einer Fraktion umfaßt, die Fraktion die Vertretung je einer Partei darstellt. Die Parteien sind Organisationen und als solche klar voneinander abgegrenzt, die Zugehörigkeit zu einer Partei ist formal festgelegt, das Mitglied ist vom Nichtmitglied unterschieden.

In der Zeit, in der sich das Parteiwesen in Deutschland ausbildete, wurden die Begriffe Partei und Fraktion noch anders gebraucht. Sie waren zunächst nicht eindeutig einander zugeordnet, man konnte die Partei im Parlament nicht mit einer Fraktion, die Partei im Lande nicht mit der Anhängerschaft einer Fraktion gleichsetzen. Partei war charakterisiert durch eine große politische Idee oder durch einen Komplex von Ideen und Gefühlen, nicht durch eine bestimmte Fraktionspolitik. In diesem Sinne gab es etwa eine liberale, konservative, nationale oder „klerikale“ Partei, in diesem Sinne galt Partei als eine „dauernde politisch-historische Individualität“¹⁾, die in den Fraktionen nur ihren zugespitzten, aber wechselnden Ausdruck fand. Die Differenzen dieser Fraktionen, situationsbedingt und vorübergehend, waren sekundär gegenüber der großen Gliederung der „eigentlichen“ Parteien nach politischen Grundtendenzen.

Demgemäß wurden auch im Parlament Partei und Fraktion unterschieden. Partei war der höhere Begriff, unter dem mehrere Fraktionen zusammengefaßt werden konnten, und das galt noch bis in die ersten Jahre des neuen Reiches hin. So erklärten die Abgeordneten des preußischen Landtages 1866 bei der Konstituierung der (nationalliberalen) „neuen Fraktion der nationalen Partei“ den anderen liberalen Fraktionen, man wisse mit ihnen „als zur entschieden liberalen Partei gehörig sich auf gemeinsamem Boden“, man werde an den „gemeinsamen Beratungen der liberalen Partei gern teilnehmen“²⁾. Im Gründungsprogramm der nationalliberalen Partei von 1867 hieß es: „Wir sind nicht gesonnen, anderen Fraktionen der liberalen Partei feindselig entgegenzutreten, denn wir fühlen uns eins mit ihnen im Dienste der Freiheit. Aber . . . in dem ver-

¹⁾ Allg. Ztg., 18. März 1875.

²⁾ Salomon, Die deutschen Parteiprogramme I, S. 77.

antwortlichen Bewußtsein, wieviel von der richtigen Wahl der Mittel abhängt, streben . . . wir, innerhalb der Partei die entwickelten Grundsätze zur Geltung zu bringen.“¹⁾ Alle liberalen Fraktionen hatten für die Wahlen zum konstituierenden norddeutschen Reichstag in Preußen noch ein gemeinsames Zentralwahlkomitee, das z. B. den nationalliberalen Lasker in dem fortschrittlich gesinnten Berlin aufstellte und seine Wahl ermöglichte²⁾. Viele liberale Abgeordnete wurden sich nur langsam darüber schlüssig, welcher Fraktion sie beitreten wollten; im ersten Reichstag z. B. waren erst Mitte 1868 die fraktionellen Grenzlinien zu erkennen, und dabei gab es noch eine Menge Fraktionslose, sogenannte Wilde³⁾. Auch die Konservativen unterschieden, z. T. natürlich aus taktischen Gründen, zwischen Partei und Fraktion. Im Statut des „Wahlvereins der Deutsch-Konservativen“ von 1876 hieß es (§ 2): „Der Zweck des Vereins ist Einwirkung auf die politischen Wahlen im Sinne des veröffentlichten Programms . . . (er) wird . . . bestrebt sein, alle konservativen Kräfte im Reiche . . . einheitlich zusammenzufassen, unabhängig . . . von den verschiedenen Parteischattierungen und den augenblicklichen Fraktionsbildungen.“⁴⁾ Von den Fraktionen freilich wurde der umfassende Parteibegriff bald fallengelassen, im Parlament waren die aktuellen Differenzen wichtiger als eine gemeinsame Idee, die leicht zu einem Schemen verblaßte⁵⁾. Für den einzelnen keiner straffen Disziplin unterworfenen Abgeordneten aber konnte das Bewußtsein, einer großen Partei über den Fraktionen anzugehören, häufig noch durchaus Bedeutung haben, ganz besonders für die ehemals fortschrittlichen Nationalliberalen und die Wildliberalen⁶⁾. Die Sessionisten z. B. suchten sich gerade als Zelle der einen liberalen Partei zu rechtfertigen⁷⁾. Auch wo der Parteibegriff schon eingengt war, blieb die Unterscheidung zwischen der eigentlichen Fraktion und der Partei als dem umfassenderen Gebilde möglich. In Berlin erklärten 1870 die Anhänger Jacobys, dieser sei,

¹⁾ Salomon, S. 82 f.; ähnlich in einem Rundschreiben zur Landtagswahl 1867, G. Wittig, 60 Jahre nationale und liberale Politik, S. 18.

²⁾ L. Parisius, Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck, S. 83 f., die Kundgebung dieses Komitees vom 17. Dezember 1866; Wittig, S. 13.

³⁾ Neben 31 Fortschrittlern 9 linkaliberale Wilde, dazu 15 Angehörige der Fraktion Bockum-Dolffs und 86 Nationalliberale, A. Patzig, Die nationalliberale Partei 1867—1892, S. 45. In einzelnen Landtagen bildeten Fortschrittler und Nationalliberale noch gemeinsame Fraktionen, so in Bayern; so nach 1871 eine Zeitlang in Sachsen, vorher hatten sich die Nationalliberalen im Landtag „liberale Fraktion“ genannt, der Fraktionsname war also hier umgekehrt als sonst weiter als der Parteiname, Biedermann, II, S. 307, 311.

⁴⁾ Parisius, S. 220.

⁵⁾ Im Sprachgebrauch konnten Fraktionen natürlich immer schon als Parteien bezeichnet werden, obwohl sie dann oft einen allgemeineren Namen als den der Fraktion wählten; in einem Wahlaufuf der Fraktion Vincke von 1862 z. B. bezeichnen sich deren Abgeordnete als Mitglieder der konstitutionellen Partei, Salomon, S. 55. Andererseits vermied es der Fortschritt, sich im Reichstag von 1867 als Fortschrittspartei zu bezeichnen, man nannte sich Fraktion der Linken, Richter I, S. 11.

⁶⁾ Wildliberale und -konservative Abgeordnete hat es vereinzelt noch bis nach 1900 gegeben.

⁷⁾ Vgl. u. S. 33.

wenn auch aus der Fraktion ausgeschieden, doch zur Fortschrittspartei noch zu zählen¹⁾. 1874 stellten sich Löwe und Berger bei ihrem Austritt aus der Reichstagsfraktion der Fortschrittspartei auf den Standpunkt, sie träten nur aus der Fraktion aus, blieben aber der Partei, nämlich der Fortschrittspartei, treu²⁾. Noch Lasker wollte 1880 bei seinem Austritt aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion der nationalliberalen Partei weiterhin angehören³⁾. Auch wenn solche Unterscheidungen von den Fraktionen offiziell abgelehnt wurden, waren sie doch sinnvoll und allgemein verständlich. Hier wirkt noch eine Haltung nach, die, von der Unabhängigkeit des Abgeordneten ausgehend, die Partei im wesentlichen innerlich, aus Geist und Überzeugung konstituiert wissen wollte und äußere, organisatorische Bindungen als sekundär empfand⁴⁾.

Größere Realität noch hatte der Begriff einer fraktionsübergreifenden Partei im Lande. Die Partei war hier zunächst nicht an einer Fraktion orientiert, sondern an einer gemeinsamen politischen Idee, nicht ein festgelegtes Programm, sondern eine allgemeine Tendenz war maßgebend⁵⁾. In dieser Beziehung hatte sie den offenen Charakter einer Bewegung; auch für die Wahl der Abgeordneten kam es in den 50er und 60er Jahren nur auf die allgemeine Tendenz an, nicht auf den Anschluß an eine bestimmte Fraktion. Der fließende Parteibegriff wurde dadurch verstärkt, daß es keine Organisation gab⁶⁾. Der Name Partei bezeichnete die Anhänger einer politischen Grundvorstellung, und dabei war die Anhängerschaft allein durch persönliche Überzeugung konstituiert. Man war liberal, das war eine Gesinnung, die sich in verschiedenem Maße von Aktivität bekunden konnte, es war ein politisches Glaubensbekenntnis, aber dafür war man nirgendwo eingetragen, dafür zahlte man keine Beiträge. Die Zugehörigkeit zu einer Partei war also ganz offen, man „zählte“ sich, man „rechnete“ sich zu ihr und nur in diesem Sinne gehörte man ihr an⁷⁾. Der gelegentlich verwandte Begriff

¹⁾ Voss. Ztg., 30. Oktober 1870. Die Erklärung war taktisch bedingt, denn die Fortschrittler rechneten Jacoby zur demokratischen Volkspartei.

²⁾ Richter I, S. 88; Voss. Ztg., 16., 22., 23. April 1874. Berger blieb sogar ausdrücklich Mitglied der preußischen Landtagsfraktion. Die Zeitung fand freilich diese Unterscheidungen durchaus künstlich.

³⁾ Berl. Börs.Ztg., 31. März 1880, die Nat. lib. Corr. lehnte diese Unterscheidung wiederum ab.

⁴⁾ Im Brockhaus von 1846 heißt es z. B. unter „Parteien“: „Es läßt sich nichts gegen das natürliche Entstehen und Zusammenhalten der durch Gleichheit der Ansichten und Strebungen Verbundenen, aber sehr viel gegen organisierte, mit bewußter Berechnung verfahrenende Parteien sagen.“

⁵⁾ In einer Kundgebung der Zentrumsfraktion von 1861 wird über die Programme gespottet, sie seien „ganz überflüssig, da z. B. jeder, der zur Fahne des Nationalvereins, der Demokratie oder des Absolutismus schwört, längst weiß, was seine Partei erstrebt“, Salomon, S. 51.

⁶⁾ Zum Fehlen jeder Organisation vgl. für Ost- und Westpreußen: Altpreußische Beiträge, S. 163; für Bayern: Th. Schieder, Die kleindeutsche Partei in Bayern 1863—1871, S. 19.

⁷⁾ In einem Gerichtsurteil von 1875 kommt diese Ansicht klar zum Ausdruck: „Nach der Auffassung des Gerichts hat sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei durch ihre Organisation des Charakters einer Partei entäußert und die eines Vereins angenommen. Das Wort Partei begreift . . . lediglich eine Mehrheit von Personen in unbestimmter Anzahl in sich, deren einzige Verbin-

Parteigenosse oder auch Parteimitglied bedeutet im allgemeinen nichts anderes als dezidierter Anhänger¹⁾. Selbst bei Mitgliedern der zentralen Organe einer fraktionsbestimmten Partei stellte es sich heraus, daß sie im Laufe von wenigen Jahren ohne formellen Akt sich von der Partei getrennt hatten²⁾.

b) Ansätze zentralisierter Parteio rganisation

Es gab allerdings schon Ansätze zu einer moderneren Parteibildung. Die politischen Organisationen der Revolutionszeit, die sich ja auch erst allmählich aus der allgemeinen Bewegung, aus der Erregung und Begeisterung herausgebildet und gegeneinander abgesetzt hatten³⁾, waren zwar in der Reaktionszeit im wesentlichen untergegangen und wurden auch nach Milderung der Reaktion, Ende der 50er Jahre, kaum wieder belebt. Aber aus neuen Notwendigkeiten und in neuen Formen entstanden andere politische Organisationen, und zwar zunächst im Zusammenhang mit der deutschen Frage.

Der erste neue Zusammenschluß von Anhängern einer politischen Tendenz im Lande war der 1859 gegründete Nationalverein⁴⁾. Hier hatten sich die Liberalen, „welche teils der demokratischen, teils der konstitutionellen Partei angehören“⁵⁾, verbunden, um für eine kleindeutsch-freiheitliche Lösung der Einheitsfrage einzutreten. Sie betrachteten sich selbst als Partei, als „nationale Partei“ oder „deutsche Nationalpartei“, wie es dem Sinn von Partei als Anhängerschaft einer Idee entsprach⁶⁾, bildeten aber, über das bisherige Parteiwesen hinausgehend, eine feste Organisation mit Mitgliedern, einem Ausschuß, einem Vorstand und einem

dung darin besteht, daß sie bezüglich einer Reihe gleichartiger Fragen einer Meinung sind. In diesem Sinne spricht man . . . im politischen Leben von einer liberalen, einer konservativen Partei. Eine solche Partei berechtigt ihre Mitglieder ebensowenig wie sie diese verpflichtet; ihre Vermehrung, ihre Verringerung geschieht ihr selbst unbewußt, ein ausdrücklicher Eintritt, ein ausdrücklicher Austritt ist ebensowenig erforderlich wie üblich, eine Organisation ist ihr fremd.“ P. Kampffmeyer und P. Altmann, Vor dem Sozialistengesetz, S. 138 f.

¹⁾ In diesem Sinne sollten bei einer Konferenz der Fortschrittspartei die „Vertreter der Parteigenossen“ stimmberechtigt sein, Voss. Ztg., 12. Oktober 1870; in Elbing beschlossen 1870 „Mitglieder“ der nationalliberalen Partei, einen Verein zu gründen, NL Forckenbeck; Zusammenkunft einiger hundert „Mitglieder“ in Königsberg, Voss. Ztg., 24. April 1872; 1878 sollten die Delegierten zum Parteitag der Fortschrittspartei durch alle, auch die nicht zum Wahlverein gehörenden „Parteigenossen“ gewählt werden, Parl. Korr. (Aus der deutschen Fortschrittspartei), 8. November 1878.

²⁾ s. u. S. 120; Königab. Hart. Ztg., 31. Oktober 1878.

³⁾ Eine zusammenfassende Arbeit über die Organisation der Parteien in den Jahren 1848/49 fehlt leider immer noch.

⁴⁾ Dazu R. le Mang, Der deutsche Nationalverein I; P. Herrmann, Die Entstehung des deutschen Nationalvereins.

⁵⁾ Eisenacher Erklärung vom 14. August 1859, Salomon I, S. 65.

⁶⁾ Der erste Aufruf erging zur Bildung einer „deutschen Nationalpartei“; der § 1 des Statuts besagte, „die Bildung einer nationalen Partei in Deutschland . . . zum Zweck der Einigung und freiheitlichen Entwicklung“ ist „zur Tatsache geworden“. R. le Mang, S. 25; Oncken, Bennigsen I, S. 339, 345.

angestellten Geschäftsführer. Die bei der Gründung vorgebrachten Pläne, die lockere Form eines Ausschusses und einer Wanderversammlung zu übernehmen oder einen kleinen mehr oder minder geheimen Notabelklub zu bilden, wurden verworfen, die Intention der Gründer war auf eine Massenorganisation gerichtet. Wegen der vereinsrechtlichen Praxis in den Einzelstaaten konnte der Verein nicht, wie die späteren Parteiorganisationen, als Verein von Ortsvereinen organisiert werden, sondern hatte unmittelbar die Personen zu Mitgliedern. Diese bekamen eine Mitgliedskarte, sie zahlten jährliche Beiträge; wenn sie den Beitrag nicht weiterzahlten, wurden sie aus den zentral geführten Mitgliederlisten gestrichen. Den Verkehr mit dem Vorstand und die Leitung der örtlichen Aktivität übernahmen zunächst vom Vorstand bestellte, später gewählte Agenten in jedem Ort und Kreis. Über Kundgebungen und Aktionen entschied der vom Vorstand nach Bedarf berufene Ausschuß. Beide zusammen, die allein gegenüber der gelegentlichen und sehr zufällig zusammengesetzten Generalversammlung eine kontinuierliche Politik vertreten konnten, hatten faktisch, z. T. auch satzungsgemäß, vor allem über die Linie des Vereins zu entscheiden, hier und in den örtlichen Gruppen waren die Zentren seiner Wirksamkeit. In der Zeit seines Höhepunktes hat er über 25 000 Mitglieder gehabt¹⁾. Der Versuch freilich, organisierte Volks-, ja Massenbewegung zu werden, den besonders Schulze-Delitzsch forciert hat, ist schon früh gescheitert; mit der Regelung der Beitragszahlung, die kleine Leute praktisch ausschloß, und dem Charakter seiner Wochenschrift²⁾ hatte er sich auf die Kreise von Bildung und Besitz festgelegt und auf eine breitere soziale Basis endgültig verzichtet. Nur in den ihm verbundenen Turn- und Gesangsvereinen konnte er von seiner Idee berührte Massen weiter beeinflussen.

Aber obwohl der Verein ein politisches Programm zu realisieren suchte, obwohl er Mitglieder und Organe besaß, obwohl er im Bewußtsein der Zeitgenossen eine Partei darstellte, kann man ihn nicht eigentlich als Parteiorganisation bezeichnen. Er war auf die deutsche Frage, also auf eine Teilfrage, konzentriert, seine Intention ging nicht dahin, das Ganze der politischen Dinge in einem einheitlichen Sinne zu gestalten. Er hatte ein konkretes Ziel, demgegenüber alle anderen Gegenwartsaufgaben nur vorläufigen Charakter haben konnten; er verlor seine Existenzberechtigung, wenn das Ziel erreicht wurde oder sich als unerreichbar erwies³⁾. Schon dadurch unterschied er sich von einer politischen Partei. Dann aber griff er über die bestehenden Staaten hinaus, und darum fehlte ihm der Spielraum, in dem er hätte versuchen können, Macht auszuüben. Das Parlament für ihn mußte erst geschaffen werden, darauf gerade zielte sein Wirken. Darum konnte er den Gang der Politik nicht direkt beeinflussen oder wenigstens politische Positionen zu erobern suchen. Kurz, sein Feld war nicht der Staat, sondern nur die Öffentlichkeit, es ging nicht auch um Anteil an Macht und

¹⁾ le Mang, S. 35 ff., S. 100; Herrmann, S. 56, 68 ff., 95, 149.

²⁾ Herrmann, S. 112.

³⁾ Oncken I, S. 339.

Entscheidung, sondern allein um die Bildung von Stimmung und Meinung. Der Verein konnte nicht handeln, sondern nur durch Reden künftiges Handeln vorbereiten. In diesem mittelbaren Sinne allerdings konnte er eine Macht werden, indem er durch die öffentliche Meinung politische Entscheidungen beeinflusste. Er war nicht schon eine wirkliche Partei, sondern erst organisierte Bewegung, eine potentielle Partei. Das Statut bezeichnete es denn auch als Aufgabe des Vereins, für die Zwecke der Nationalpartei „mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu wirken, insbesondere die geistige Arbeit zu übernehmen, Ziele und Mittel der über unser ganzes Vaterland verbreiteten Bewegung immer klarer im Volksbewußtsein hervortreten zu lassen“¹⁾. Dafür hat er in seiner Wochenschrift und seinen Flugschriften, in den örtlichen Versammlungen und Diskussionen unermüdlich gearbeitet. Er hat die nationale Stimmung zur Überzeugung gebildet, die politische Anteilnahme erzogen, seinen Gedanken die volkstümliche Resonanz gesichert, „seinen Eifer und seine Erwartung“²⁾ ausgebreitet, ohne freilich über die allgemeinsten Formulierungen der einzuschlagenden Wege hinauszukommen. Denn als Zusammenschluß verschiedener Richtungen barg er in sich so starke Gegensätze, daß sie ohne den Zwang zum Handeln nicht auszugleichen waren. Man konnte sie nur mit der Unbestimmtheit des Programms überspielen, in dem selbst die erstrebte kleindeutsche Lösung mit Rücksicht auf die Süddeutschen immer verschleiert wurde. Als sich während des preußischen Verfassungskonfliktes die Hoffnung auf ein liberales Deutschland unter preußischer Führung als eitel erwies, wurde der Verein „in sich ausgehöhlt“³⁾, die Mitgliederzahl sank schnell — 1864 knapp 18000, 1867 nur noch 1000 Mitglieder —, ein Zeichen dafür, wie stark die Organisation von einer aktuellen Lage gelebt hatte.

Wenn also auch der Nationalverein noch keine Partei war, so hat er doch als Vorform einer solchen Bedeutung gehabt. An den einzelnen Orten entstanden gleichgesinnte Gruppen mit einem ausgeprägten politischen Bewußtsein, die zwar noch „kaum aktionsfähig“ für einen Wahlkampf⁴⁾ waren, aus denen sich aber einmal eigentliche Parteiorganisationen bilden konnten. Die zentralen Organe des Vereins und seine Jahrestagungen dienten den Besprechungen der einzelstaatlichen Abgeordneten und politischen Führer, hier war wie auf den eigentlichen Abgeordnetentagen der Anfang zu einer gesamtdeutschen Parteibildung gemacht. Wenn die Deutsche Fortschrittspartei sich nach Schulze-Delitzsch als Exekutive des Nationalvereins in Preußen aufbaute, zeigt sich darin sein Charakter, noch nicht Partei — es fehlte die exekutive Funktion —, wohl aber mögliche Vorstufe für eine Partei zu sein.

Der Nationalverein ging über das Wesen der älteren Partei im Lande hinaus, indem er seine Anhänger eine Zeitlang zu organisieren suchte, aber es fehlte ihm

¹⁾ le Mang, S. 25, Sperrungen von mir.

²⁾ E. Marcks, Der Aufstieg des Reiches I, S. 461.

³⁾ ebd., S. 460.

⁴⁾ Schieder, S. 19.

das Charakteristikum der Partei, für die Tätigkeit in bestehenden Parla zu wirken. Noch weniger war die großdeutsche Gegenründung, der Reformverein von 1862, Parteiorganisation¹⁾. Dieser umfaßte örtliche großdeutsche Vereine, die zum Teil ansehnliche Mitgliedschaften hatten²⁾, zum Teil allerdings über Tischgesellschaften nicht hinausgingen. Möglichkeiten und Grenzen der Aktivität waren dieselben wie beim Nationalverein. Aber die Gegensätze waren noch wesentlich größer, der Bund zwischen Konservativen und Demokraten, Liberalen und Klerikalen, zwischen partikularistischen heimlichen Gegnern einer Bundesreform und deren großdeutschen Befürwortern konnte nicht wirkungskräftig werden; aus der Ablehnung des Nationalvereins und einem stark gefühlsmäßigen Großdeutschtum ergaben sich noch weniger als beim Nationalverein positive Ziele. Die Reformvereine „verdorrten“³⁾ schon 1863/64, als sich herausstellte, daß eine Bundesreform mit Österreich nicht zustande zu bringen war. Aus diesen verfassungspolitisch so verschieden eingestellten Kreisen hat keine eigentliche Partei entstehen können⁴⁾.

Beide Versuche haben noch nicht zu einer Parteiorganisation geführt, vor allem weil der konkrete Bezug auf die parlamentarische Tätigkeit fehlte⁵⁾. Es gab aber gleichzeitig schon Ansätze zu eigentlicher Parteibildung in den Einzelstaaten. Bisher war die Partei hier dadurch charakterisiert, daß sie 1. sich um eine relativ allgemeine Tendenz sammelte, daß 2. die Anhänger im Lande un-

¹⁾ E. Zimmermann, Der deutsche Reformverein; vgl. a. H. v. Srbik, Deutsche Einheit III, S. 428 ff.

²⁾ Der 1862 in Hannover gegründete Georgverein, der sich bald großdeutscher Verein nannte, hatte Ende 1862 über 1000 Mitglieder. Aus Windthorst's Korrespondenz, Stimmen aus Maria-Laach, 82, S. 20.

³⁾ Marcks I, S. 461; vgl. Schieder, S. 45 ff.

⁴⁾ Man könnte im Zusammenhang dieser Vereine, die die Anhänger einer politischen Idee organisierten, um ihr in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, auch das katholische Vereinswesen und seine Zusammenfassung in der Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands, dem Katholikentag, erwähnen. Diese Organisationen waren Bestandteil der allgemeinen Bewegung, die den politischen Katholizismus trug; aber ihre Tendenz war selbst nicht unmittelbar politisch. Formell war die Politik sogar aus ihrer Tätigkeit ausgeschlossen, seit der Mitte der 50er Jahre trat die Agitation für die Rechte der Kirche ganz hinter allgemeineren Fragen des katholischen Volks- und Kirchenlebens zurück. Man empfand sich zwar als Partei, 1868 setzte die Generalversammlung ein Zentralkomitee als ihre ständige Institution „zur Organisation der katholischen Partei Deutschlands“ ein, aber Partei war hier primär auf die Stellung in der Öffentlichkeit bezogen, auf den Streit der Konfessionen und den Streit um das vatikanische Konzil, auf die Akzentuierung des Katholischen im Leben des katholischen Bevölkerungsteiles. Erst in den 70er Jahren haben sich aus diesen Vereinen die Anfänge politischer Organisationen gebildet. Vgl. unten Kap. VI.

⁵⁾ Das trifft auch für die besonders in Süddeutschland tätigen Schleswig-Holstein-Vereine von 1863/65 zu; diese hatten für die Politisierung des Volkes besondere Bedeutung, sie verkörperten die erste große politische Volksbewegung seit der Revolution und konnten den Parteien als Ansatzpunkte zur Organisation dienen; Schieder, S. 48 ff., nach Briefen von Treitschke und Marquardsen. Aber sie waren nicht eigentlich parteibezogen, zudem gemäß ihrer Entstehung nur vorübergehend. Vgl. a. O. Elben, Erinnerungen, S. 136; A. Rapp, Württemberger u. d. nat. Frage, S. 67 ff.

organisiert blieben und daß 3. zwischen Anhängern und Fraktion kein festes Verhältnis bestand. Anfang der 60er Jahre nun kam es zu den ersten Bestrebungen, die Tendenz zu einem Programm zu verdichten, die Anhänger im Lande zu organisieren und zwischen ihnen und den Parlamentariern eine feste Verbindung zu schaffen.

Die erste Bildung dieser Art stellte wohl die „Deutsche Fortschrittspartei“ in Preußen dar. Die alte Unterscheidung der Demokraten und Konstitutionellen war während der Reaktionszeit zurückgetreten, zumal sich die Linke von den Wahlen zunächst fernhielt. Auch 1858 gingen die Demokraten nur in wenigen Städten — Königsberg, Magdeburg, Breslau — selbständig vor, im übrigen schlossen sie sich den Konstitutionellen, den „vereinigten liberalen Fraktionen“, an, und die Verbindung der beiden Gruppen im Nationalverein beförderte den Ausgleich. Wegen der zögernden Haltung der Liberalen im Landtag trennte sich aber dann eine entschiedenere Minorität von der Fraktion Vincke und bildete am 13. Januar 1861 eine neue Fraktion, die spöttisch „Jung-Litthauen“ genannt wurde. Im Zusammenhang mit dieser Fraktion wurde am 6. Juni 1861 die „Deutsche Fortschrittspartei“ konstituiert¹⁾.

Das strukturell Neue dieser Parteibildung zeigte sich zunächst im Namen. Zum ersten Male wählte man einen festen Parteinamen und wich damit von der bisherigen Gepflogenheit der Fraktionen ab, sich nach Personen zu nennen oder die Tendenz zu beschreiben, aber auch von der Allgemeinheit der neuen Vereinsnamen. Der Name sollte ein eigentümlicher und festgelegter Begriff sein. Dem entsprach eine programmatische Erklärung über die Ziele der Partei; gerade die Ablehnung einer solchen Erklärung überhaupt durch die Fraktion Vincke hatte endgültig zum Austritt der Abgeordneten Jung-Litthauens geführt. Mit Namen und Programm wollte man angesichts der Wahlen eine klar abgegrenzte Position beziehen. Den Anhängern sollte mit dem Programm ein „fester Mittelpunkt“²⁾ gegeben, aus der allgemeinen Tendenz eine bestimmte Partei herausgebildet werden. Indem weiter die Partei sich an das Land wandte, wollte sie ausdrücklich eine eindeutige Beziehung zwischen Anhängern und Fraktion schaffen. Die Wahl irgendwelcher als liberal bekannter Personen genügte nicht mehr, die Kandidaten wurden schon im voraus auf das Wahlprogramm und damit auf eine bestimmte Parteistellung im Parlament verpflichtet, wer sich nicht zum Programm bekannte, wurde bekämpft³⁾. Darum forderte die Partei die Anhänger immer wieder dringlich auf, sich beizeiten zusammenzutun, Organe zu bilden und Kandidaten als Kandidaten der Partei zu nominieren, sie sollten nicht warten, bis die oft ja

¹⁾ Vgl. Parisius, Hoverbeck I, S. 184 ff., 208 ff.

²⁾ So das Gründungsprogramm, Salomon I, S. 44 ff.

³⁾ Altpreußische Beiträge, S. 163 f., 175, 177. „Wir ermahnen, Männer zu wählen, die diesen Standpunkt rückhaltlos vertreten“, wir brauchen Wahlmänner, „die entschieden und rückhaltlos der liberalen Partei angehören“, so hieß es in den Wahlaufufen von 1861 gerade in der Auseinandersetzung mit den ministeriellen Liberalen, Salomon I, S. 44 ff., 47 ff.

nicht parteigebundenen Wahlmänner gewählt seien, und ihnen die Entscheidung über die Abgeordnetenwahl überlassen. Indem die Partei aufhörte, nur allgemeine Tendenz zu sein und sich erst im Parlament zusammenzuschließen, indem sie als solche bei den Wahlen aufzutreten suchte, kann man sie als die erste moderne Partei Deutschlands bezeichnen.

Auch organisatorisch ging man über den bisherigen Rahmen hinaus. In dem zur Gründung einladenden Rundschreiben hieß es, man wolle „alle unabhängigen... Männer im Lande“, die glaubten, „daß die Begründung eines... Rechtsstaates in Preußen und die Einigung Deutschlands auf dem Wege der bisherigen Mehrheit... nicht zu erreichen sei, zu einer einzigen Fortschrittspartei vereinigen“¹⁾. Die allein innerliche Bindung der Gesinnungsgenossen an die Partei sollte in eine organisierte Form überführt werden. So gehörten zu den Gründern der Partei auch eine Reihe von Nichtparlamentariern, ältere oder augenblicklich nicht tätige Politiker wie von Unruh, dann Journalisten und Verleger, Stadtverordnete und bekannte oder notable Persönlichkeiten wie Mommsen, Werner Siemens und Virchow, die gerade wegen ihrer Zugehörigkeit zum Nationalverein an dieser Gründung teilnahmen²⁾. Allerdings war ihre Zahl klein, außerdem wohnten sie vornehmlich in Berlin. Nur diejenigen aus dem Gründerkreis, die dann in das sogenannte Zentralwahlkomitee hineinkamen, und Leute aus der Provinz gehörten nur dem Namen nach dazu, hatten weiterhin für die Partei Bedeutung. Das Zentralwahlkomitee fungierte als Agitationszentrale und suchte den Wahlbetrieb im Lande anzuregen; es war offenbar die einzige zentrale Organisation der Partei, eine formelle Parteimitgliedschaft war auf dieses Organ beschränkt. In ihm wieder spielten die geschäftsführenden Mitglieder, wahrscheinlich zu einem Ausschuß zusammengeschlossen, die Hauptrolle; allmählich wurde dieser Ausschuß, ja das ganze Komitee dann ein von der Fraktion jeweils eingesetztes, später im wesentlichen parlamentarisches Organ³⁾. Der im Zuge einer Neuorganisation 1867 gegründete Zentralwahlverein der Fortschrittspartei, der eine breite Mitgliedschaft hätte umfassen können, reichte faktisch nicht wesentlich über Berlin hinaus und konnte nicht für die Partei verbindlich entscheiden — er ist bald wieder eingeschlafen, nur Vorstand und Ausschuß blieben als parlamentarisch beherrschtes Zentralwahlkomitee übrig —⁴⁾. Die Idee einer über das Parlament ins Land hinausreichenden zentralen Organisation hatte sich

¹⁾ Altpreußische Beiträge, S. 171.

²⁾ Oncken I, S. 524, Heyderhoff-Wentzcke, Deutscher Liberalismus I, S. 69; W. Siemens, Lebenserinnerungen, S. 188; v. Unruh, Siemens u. Virchow kamen erst in den folgenden Jahren in den Landtag.

³⁾ Vgl. Parisius, S. 46 f.; ders., Hoverbeck I, S. 216, II, 1, S. 28, II, 2, S. 81; Heyderhoff-Wentzcke I, S. 69. Neben diesem Zentralorgan gab es in einzelnen Provinzen noch kontinuierliche kleine Zentralwahlkomitees, die ähnlich organisiert waren, deren Mitglieder aber mit der Zentrale organisatorisch nicht verbunden waren. Für Köln und das Rheinland: Erich Uelsmann, Beiträge zur niederrheinischen Parteigeschichte, S. 118.

⁴⁾ Parisius, S. 129; O. Klein-Hattingen, Geschichte des Liberalismus I, S. 360 f.

nicht realisieren lassen¹⁾). Öffentlich trat als „die deutsche Fortschrittspartei“ die Fraktion oder das Zentralwahlkomitee auf, Parteigenossen im Lande waren Anhänger, die sich zur Partei nur zählten.

Auch die Identifizierung der Partei im Parlament mit einer Fraktion und die Orientierung der Anhängerschaft auf diese eine Fraktion ließ sich nicht aufrechterhalten. Zwar die klare Trennung von den Konstitutionellen setzte sich durch, ja diese wurden in die Rolle einer kleinen Minderheit zurückgedrängt. Der Liberalismus in Preußen wurde der entschiedene Liberalismus der Fortschrittspartei. Aber im Abgeordnetenhaus bestand diese Richtung mindestens aus zwei Fraktionen, der eigentlichen Fortschrittspartei und dem linken Zentrum, der Fraktion Bockum-Dolffs; beide führten während des Konflikts gemeinsam den Wahlkampf im Namen der liberalen Partei; als sich die späteren Nationalliberalen selbständig konstituierten, wollten sie gemeinsam mit der fortschrittlichen und der Fraktion Bockum-Dolffs²⁾ die nationale oder entschieden liberale Partei repräsentieren. Ähnlich war die Entwicklung im Lande — Ablösung der entschiedenen von den ministeriellen Liberalen und Orientierung an der Richtung der Fortschrittspartei, ohne daß man sich allerorts präzise auf deren Programm und die fortschrittliche Fraktion festlegte; die persönliche Stellung von Kandidaten und Anhängern innerhalb der einen allgemeinen Tendenz blieb wichtiger. Als die nationalliberale Partei sich konstituierte, konnte man das zum Teil als bloße Fraktionsspaltung betrachten, die die Einheit der Partei nicht wesentlich berührte. Auch die örtliche Zusammenfassung der Anhänger hatte wenig Erfolg; über informelle Wahlbesprechungen und nur ad hoc gebildete Organe ist man nur selten hinausgekommen. Die Gründung der Fortschrittspartei hat sich also in der Hauptsache als eine Umorientierung des Liberalismus ausgewirkt. Das Fließende in der Struktur der Partei — im Parlament, im Lande und in der Zuordnung zwischen beiden — ist dadurch zunächst nur vorübergehend zurückgedrängt worden³⁾.

Gleichzeitig mit dieser ersten liberalen Parteibildung etablierten auch die Konservativen eine eigene Organisation, sie gründeten im Herbst 1861 den „preußischen Volksverein“⁴⁾. Es war die Zeit der neuen Ära, der Nationalverein bewegte sich seinem Höhepunkt zu, und die Konservativen konnten sich nicht auf die Regierung, nicht mehr allein auf die Verwaltung stützen, sie fürchteten um ihre Stellung im Parlament und im Lande. Der Volksverein sollte nun ein preußisch-monarchisches Gegengewicht gegen den Nationalverein darstellen, darum wurde er auch als „Antinationalverein“ bezeichnet; aber er war doch weit

¹⁾ Parisius, Hoverbeck II, 2, S. 38.

²⁾ Wahlaufruf 1863, Salomon I, S. 60 ff.

³⁾ In Sachsen wurde zwar 1861 im Anschluß an die preußische Gründung ein Fortschrittverein gebildet, aber seine Existenz blieb auf dem Papier, er hat nie ein Lebenszeichen von sich gegeben, Biedermann II, S. 209.

⁴⁾ Hugo Müller, Der preußische Volksverein; H. Wagener, Die kleine, aber mächtige Partei; ders., Erlebtes, II, S. 78 ff.

eher Partei als dieser; er beschränkte sich auf Preußen, er war politisch einheitlicher, er vermittelte zwischen Land und Abgeordneten, und er befaßte sich — unmittelbar gegen die sich bildende Fortschrittspartei gegründet — mit den Wahlen. Schon im Juni 1861 hatten sich konservative Politiker, vor allem Landtagsmitglieder, aber auch andere, zusammengefunden und ein zunächst fünfköpfiges „Zentralwahlkomitee“ bestellt, das „in allen Teilen des Landes eine kräftige Organisation ausbreitete“¹⁾, d. h. Verbindungsleute hatte, die die Wahlagitation betrieben. Zugleich bereitete dieses Komitee die Bildung des Volksvereins vor, der dann endgültig am 20. September 1861 auf einer großen, von etwa 1200 Personen besuchten Versammlung in Berlin gegründet wurde²⁾. Man proklamierte ein ausgearbeitetes, auch sozialpolitisch akzentuiertes Programm, das künftig als Richtschnur der Agitation dienen sollte³⁾; man wollte nur noch Anhänger der so festgelegten Richtung wählen und nicht, wie bisher, aus persönlichen und taktischen Gründen auch für konstitutionelle Liberale stimmen. Die Tendenz sollte sich zur Partei verfestigen. Freilich wollte man sich — im Unterschied von den Fortschrittlern — nicht von bisherigen Bundesgenossen separieren, nicht eine schlechthin fraktionelle Partei errichten, man wollte vielmehr die konservativen Kräfte im Lande sammeln, wobei „die feineren Nuancierungen im Schoße der . . . Partei von selbst in den Hintergrund treten“ würden, da das „Einverständnis aller Fraktionen der Konservativen Partei“ in der Hauptsache gesichert schiene⁴⁾.

Der Verein hatte Einzelmitglieder, und zwar Abgeordnete und weitere konservative Kreise im Lande — 1862 waren es über 26000⁵⁾ —, mit ihm verbunden war eine große Anzahl örtlicher preußischer Volksvereine. An der Spitze stand ein zunächst rein feudaler Ausschuß, der aus dem Gründungskomitee hervorgegangen war, der Modus der Wahl wurde abgelehnt. Später kooptierte er, um gewissen Bedenken entgegenzukommen, noch einige bürgerliche Mitglieder⁶⁾. Die Geschäfte besorgte als Syndikus H. Wagener, der Initiator und — mit Kleist-Retzow und Gerlach — der eigentliche geistige Führer der Vereins war. Das Ziel war, der parlamentarischen Partei eine Massenbasis zu schaffen, ihr eine organisierte Volksbewegung zur Seite zu stellen. Darum versuchte man, besonders Handwerker und andere kleinbürgerliche Gruppen, dazu Orthodoxe und Pietisten zu gewinnen. Die örtlichen Vereine haben, wenn sie auch nicht sonderlich aktiv waren, organisatorische und agitatorische Stützpunkte bei den Wahlen abge-

¹⁾ Salomon I, S. 49, aus einem Wahlaufruf der Fortschrittspartei; zur Gründung des Zentralwahlkomitees: Parisius, S. 40.

²⁾ Parisius, S. 41.

³⁾ Salomon I, S. 50 f.

⁴⁾ Man müsse bei den Wahlen der Demokratie „in einer gleich festen Organisation der königlich gesinnten Partei gegenüberreten“, hieß es in der Einladung zur Gründungsversammlung, Wagener, Partei, S. 35.

⁵⁾ Parisius, Hoverbeck II, 1, S. 104.

⁶⁾ Wagener, Partei, S. 39.

geben. Vor allem hat die Zentrale eine Zeitlang eine ziemlich lebhaftere Wirksamkeit entwickelt, mit Flugschriften, Zeitschriften, Kalendern und einer Korrespondenz propagierte sie die konservativen Ziele im Lande und regte zugleich überall zu konservativem Vorgehen bei den Wahlen an. Generalversammlungen des Vereins und Resolutionen sollten Forum und Ausdruck der Partei im Lande sein.

Diese Organisation mit Programm, nichtparlamentarischen Mitgliedern und einer Verbindung zwischen Land und Parlament ähnelte einer Partei, war aber auf Agitation und Demonstration unter maßgebender zentraler Führung beschränkt, der Verein handelte sozusagen nicht selbst als Partei, aber war als Hilfsorganisation doch direkt auf deren Handeln bezogen. Trotz des kräftigen Einsatzes hat er sich nicht gehalten. Das Programm mit seinen bloß negativ gefaßten Grundsätzen hatte nicht genügende Werbekraft, im Zeichen des Konfliktes gingen die Konservativen immer mehr zurück, im Lande war der Sinn für eine kontinuierliche organisierte Bewegung kaum vorhanden¹⁾. Die relative Einheit der konservativen Partei war den Wendungen der Bismarckschen Politik gegenüber nicht aufrechtzuerhalten. Das ganze Unternehmen schloß nach einigen Jahren wieder ein, die offene Struktur der Partei im Parlament und im Lande blieb hier — und zwar wesentlich stärker als im preußischen Liberalismus — erhalten oder bildete sich nach einem kurzen Zwischenstadium wieder heraus.

Auch in Süddeutschland schließlich finden sich Ansätze zu einer festeren Parteibildung. Im bayerischen Liberalismus bildete sich aus einem parlamentarischen Klub heraus und im Anschluß an ein Programm eine außerparlamentarische Organisation, in der es einen relativ definierten Begriff der Mitgliedschaft gab. Die „Deutsche Fortschrittspartei in Bayern“ hatte sich seit 1863 in einem als selbständiger Verein konstituierten Landesausschuß organisiert, der nach und nach mehrere 100 Personen umfaßte. Die Zugehörigkeit zu diesem Führungskreis „bedeutete die eigentliche Parteimitgliedschaft“, während als Partei überhaupt noch die gesamte Anhängerschaft aufgefaßt wurde, die sich nur zum Teil, örtlich ganz verschieden und formal unabhängig von der Fortschrittspartei organisierte. Insofern war doch nur ein kleiner Teil der Parteianhänger „Mitglied“. Der Landesausschuß, der von einer kleinen Gruppe seiner „geschäftsführenden Mitglieder“ geführt wurde, beriet mit den Abgeordneten, die ihm sämtlich angehörten, auch über das parlamentarische Vorgehen, in die Wahlarbeit griff er aus Rücksicht auf lokale Besonderheiten nur wenig ein. Die breitere Öffentlichkeit einer relativ offenen sogenannten Landesversammlung hat er nur selten in Anspruch genommen. Immerhin waren in der Partei Parlament und Land verbunden. Die Einhelligkeit der politischen Richtung dagegen war

¹⁾ Vgl. einen Brief von Leo aus Halle, in dem er gegen die geringsten Ansätze einer bürokratischen Uniformierung, wie sie mit der Organisation gegeben waren, scharf protestierte, Wagener, Erlebtes II, S. 78 ff. — Ausnahmen in Minden-Ravensberg oder in Halle, s. Kap. V.

teilweise gering, da auch die Demokraten noch dazu gehörten, im Lande war der Parteibegriff noch fließend¹⁾).

Nur in Württemberg haben sich noch schärfer gegeneinander abgegrenzte Parteiorganisationen gebildet. Anfang der 60er Jahre gab es zunächst nur eine unklare, liberal-demokratische Opposition in der Kammer und im Lande, die gelegentlich — unter verschiedenen Namen — öffentliche Landesversammlungen abhielt und dann Landeskomitees einsetzte, ohne daß diesen aber besondere Befugnisse übertragen wurden. Aus ihr wuchs im Verlauf der scharfen Ausarbeitung der Gegensätze die demokratische Volkspartei heraus, ohne formelle Gründung und zunächst nur um eine Zeitung, den „Beobachter“, kristallisiert. 1864 setzten die Demokraten auf einer Landesversammlung ein von ihnen beherrschtes Landeskomitee ein, und in dem Streit um dessen Legitimität trennten sich im Laufe des Jahres die beiden Flügel; die Demokraten wurden selbständige Partei, am Dreikönigstag 1866 gaben geladene Vertrauensmänner ihr eine feste Organisation. Die Partei beruhte auf zahlreichen an das Programm gebundenen Volksvereinen mit einer einheitlichen Satzung, die Vereinsmitglieder waren Parteimitglieder. Vereinsversammlungen entschieden über Neuaufnahmen, es gab feste Mitgliedsbeiträge, an denen der Zentrale ein gewisser Anteil zustand. Delegierte der Vereine bildeten ein Zentralkomitee, das neben der Landesversammlung das oberste Organ der Partei darstellte und die Kandidatenaufstellung stark beeinflusste. Auch die Fraktion sollte — eine exzeptionelle Regelung in dieser Zeit — den Instanzen der Parteiorganisation unterworfen sein. Zwischen 1866 und 1869 wurde dann auch die Süddeutschland umfassende Deutsche Volkspartei einheitlich mit Parteitagen, bezirklichen Zusammenschlüssen der Vereine und Vororten organisiert²⁾. Die Organisation war im Volke begründet, die demokratische Überzeugung mündete in der Erkenntnis, daß ihr nur eine Organisation von Massen gegenüber ihren Gegnern helfen könne³⁾. Da für die anderen bürgerlichen Parteien aber noch andere soziale Voraussetzungen maßgebend waren, blieb das ein Einzelfall, ja nach 1870 lockerte sich das Gefüge der Volkspartei trotz der Statuten, und viele Vereine zerfielen oder verloren die Bindung an die Zentrale⁴⁾.

¹⁾ Schieder, S. 21, 71, u. ö.

²⁾ Die Herausbildung der Partei ist im einzelnen dargelegt bei A. Rapp, Württemberger, und bei K. Heger, Demokrat. Partei in Württemberg; über demokratische Vereine in Frankfurt a. M. z. B. Voss. Ztg., 18. Oktober 1870, in Nürnberg und Fürth, Schieder, S. 85; die Organisation der Volkspartei in Bayern 1868, ebd., S. 208.

³⁾ „Die patriotische Kraft der Massen, die sich jetzt in unfruchtbarer Vereinsamung zersplittert, müssen wir in Bündeln sammeln . . ., in geschlossener Phalanx soll das Volk hinter seinen Abgeordneten aufmarschieren, ein Heer ohne Organisation und ohne Disziplin kann nur Schlachten verlieren, aber keine gewinnen.“ So ein Artikel des „Beobachters“, zitiert bei Heger, S. 40.

⁴⁾ Über die Fortentwicklung der Volkspartei s. u. S. 230 f.

c) Entstehen lokaler Organisationen

Im allgemeinen also waren die ersten Organisationsversuche noch nicht mehr als Ansätze zu einer modernen Parteibildung. Für die Wähler blieb Partei trotzdem noch eher eine politische Tendenz als eine in einer Fraktion konzentrierte Gruppe, und eine andere Auffassung drang nur in einzelnen Landesteilen und nur sehr allmählich vor; selbst wo man faktisch schon auf eine Fraktion Bezug nahm, vermied man häufig den offiziellen Namen und bezeichnete nur die allgemeine Tendenz. Ebenso verengte sich der Begriff der Partei trotz jener Ansätze nur sehr langsam von den durch gemeinsame Überzeugung und individuelles Zugehörigkeitsgefühl verbundenen Anhängern auf die formell der Partei beigetretenen Mitglieder. Noch in den 60er Jahren bestand die Partei im Lande wesentlich aus den unorganisierten Anhängern, sie hatte nicht nur keine festen Grenzen, sondern auch keinen festen Kern.

Immerhin machten mit der Zeit die Wahlen gewisse lokale Organisationen der politischen Gesinnungsgenossen erforderlich. Eine Fraktion hatte natürlich ein entschiedenes Interesse an der Aufstellung und Wahl von Gesinnungsgenossen in den einzelnen Wahlkreisen, darum drängten die Zentralen von vornherein auf Organisation, aber ihre Möglichkeiten, auf die verschiedenartigen lokalen Verhältnisse einzuwirken, waren sehr begrenzt und gingen über Anregung und Hilfe nicht hinaus. In Bayern z. B. versuchte die Fortschrittspartei 1863 die Wahl in die Hand zu nehmen, aber „der Gedanke einer zentral geleiteten Wahlbewegung war dem Lande noch fremd; . . . in der Aufstellung der Kandidaten aus örtlichen Honoratiorenkreisen, in dem Bedürfnis, neben das“ — zentrale — „Nürnberger Wahlprogramm noch selbständige Wahlerklärungen zu stellen, siegten an vielen Stellen noch örtliche und provinzielle Sonderwünsche“. Die gleichzeitige Anregung, sich zu organisieren, hatte wenig Erfolg; erst 1865 und 1868/69 bildeten sich in größerem Maße örtliche Organisationen¹⁾. Am ehesten konnten einzelne Abgeordnete persönlich die Anhänger in einem Wahlkreis zum festen Zusammenschluß auffordern. Die eigentliche Initiative aber kam, und zwar nur langsam, aus der Anhängerschaft selbst; diese organisierte sich unabhängig von oben und unterhielt zur Zentrale höchstens sehr lose Beziehungen. Dabei bezeichnete „Organisation“ im Sprachgebrauch zunächst nur die Tätigkeit, die ein Zusammenwirken der Anhänger bei der Nominierung und Propagierung eines Kandidaten in Gang brachte, erst langsam ging die Bezeichnung auf das dabei entstehende Gebilde, eben die Parteiorganisation, über²⁾.

Den stärksten Anstoß zur planmäßigen Organisation der Wahlen gab die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Unter dem indirekten Wahlsystem war eine solche zunächst normalerweise nicht notwendig gewesen, zumal die Wahlentscheidungen noch vielfach mit örtlichen, vorpolitischen Gesichts-

¹⁾ Schieder, S. 24, 71, 173; auch 1867 war die Wahlbewegung noch nicht zentralisiert.

²⁾ Z. B. Oncken II, S. 21, ein Brief Miquels aus Osnabrück, die Organisation „sei im Gange“.

punkten verquickt waren und sich nur langsam von diesen lösten, zu wirklichen Parteientscheidungen wurden. Bei der Auswahl der Wahlmänner spielte z. T. ihre gesellschaftliche Stellung und ihre Vertrauenswürdigkeit eine ausschlaggebende Rolle, in den überschaubaren Urwahlbezirken und bei der geringen Wahlbeteiligung der unteren Klassen konnten die unorganisierten Wähler selbst darüber (mit)entscheiden, die politische Haltung blieb oft sekundär. In jedem Falle war schon wegen der fließenden Parteigrenzen die Parteistellung der Wahlmänner nach der Urwahl noch unklar und unentschieden. Die Entscheidung lag also wirklich bei ihnen, oft stellten sich die Kandidaten erst bei ihrer Sitzung heraus¹⁾ oder ergaben sich kurz zuvor im Gespräch befreundeter Wahlmänner. Auch parteilose Versammlungen von Ortsautoritäten²⁾ oder bürgerliche Vereine, die vopolitische Parteien bildeten, sprachen über die Wahlen, ohne daß im allgemeinen daraus eigene Parteioorganisationen entstanden. Auch für die Nominierung des Kandidaten kam es bei im Wahlkreis Ansässigen manchmal mehr auf Ansehen oder wirtschaftliche Position als auf Parteistellung an³⁾; manchmal wählte man auch auswärtige, irgendwie berühmt gewordene Leute ohne deren Willen oder sogar Wissen, und dabei war unter Umständen ihre politische Ansicht nur ganz vage bekannt; solche Wahlen waren eher persönliche Vertrauenserklärungen⁴⁾. Für die dezidierten Parteianhänger genügte es unter den Bedingungen des indirekten Wahlsystems zumeist, die noch unentschiedenen Wahlmänner im Sinne ihrer Parteirichtung oder ihres Parteikandidaten zu beeinflussen, und dazu reichten häufig einfach persönliche Gespräche aus.

Es gab zwar Anfänge lokaler Parteioorganisation, seltener in Norddeutschland, häufiger in Süddeutschland, wo das konstitutionelle System und damit das politische Bewußtsein weiter entwickelt war, wo die Liberalen in den 60er Jahren durch den Gegensatz zu den partikularistischen Kräften stärker als im Norden eine Minderheit bildeten, wo es nicht das ausgeprägte Klassenwahlrecht Preußens gab, wo die Klassenunterschiede weniger schroff waren, wo politisch unterschiedlich eingestellte Bevölkerungsgruppen in größerer Mischung miteinander lebten

¹⁾ Vgl. z. B. E. Windthorst, *Lebenserfahrungen*, S. 35, in der Besprechung der Wahlmänner wurde er 1867 vorgeschlagen und dann gewählt. Bernstein I, S. 414, in Berlin — um 1870 — sei die Parteistellung der Wahlmänner vielfach unklar gewesen; ein von den Konservativen als Wahlmann Gewählter habe selbst als Urwähler freisinnig gestimmt; ein Teil der Wahlmänner erscheine nicht zur Wahl, andere entschieden sich erst während derselben.

²⁾ Parteilose Besprechungen der Ortsautoritäten in Württemberg, bei denen man sich noch öfter auf einen angesehenen Mann einigte, Rapp, S. 271.

³⁾ Elben, S. 146 ff., über seinen ersten Wahlkampf, s. a. u. S. 40; Hardegen, H. H. Meier, S. 194, über Meiers Kandidatur 1867 in Bremen. — In Bremen und Hamburg waren noch bis in die 70er Jahre vielfach wirtschaftliche Gegensätze, zumal zwischen Börse und Gewerbe, ausschlaggebend für die bürgerlichen Kandidaturen; die Gruppen waren hier in Vereinen und Klubs zusammengeschlossen und organisierten die Wahlen, die eigentlichen Parteigegensätze traten dahinter zurück; Bremen: s. u. S. 41, 46, Berl. Börs. Ztg., 6. September 1881; Hamburg: Laufenberg, S. 318, 534 f., 605 ff., 637; II, S. 128.

⁴⁾ Hüffer, *Lebenserinnerungen*, S. 141 ff.; W. Siemens, *Erinnerungen*, S. 188.

und daher die Liberalen eher auf Sammlung angewiesen waren¹⁾. Aber das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht führte auch hier erst eigentlich dazu, die organisatorischen Ansätze auszubauen²⁾, wie es die Organisation anderswo geradezu erst hervorrief. Die bisherige Methode, persönlichen Einfluß auf die Wahlmänner zu nehmen, hatte beim direkten Wahlrecht keine Basis mehr, man mußte jetzt frühzeitig und vor allen Wählern den eigenen Kandidaten herausstellen und Propaganda für ihn machen. Z. B. hing der Mißerfolg der Fortschrittspartei bei den Wahlen zum norddeutschen Reichstag 1867 auch damit zusammen, daß sie sich nicht schnell genug auf die neue Lage umstellen konnte³⁾. Forderte so die Aufgabe, Parteiziele und Kandidaten vor der ganzen wahlberechtigten Bevölkerung zu propagieren, eine Organisation, so wies ein weiteres neues Problem in dieselbe Richtung. Die von Bismarck als Gegengewicht gegen das allgemeine Wahlrecht durchgesetzte Diätenlosigkeit des Reichstages machte es schwierig, Kandidaten zu finden; es waren dazu, mehr als früher, oft langwierige Verhandlungen nötig, und diese konnten kaum noch allein von Einzelpersonen oder dem nur kurzfristig zu versammelnden Kreise der Wahlmänner geführt werden, sondern machten eine irgendwie geartete Repräsentation der Partei im Wahlkreis notwendig. So stellte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, die mit dem Eindringen der Parteischeidungen in breite Wählerschichten Hand in Hand ging, den wesentlichen Anstoß zur Organisation einer Partei im Lande dar.

d) Fraktionsübergreifende Organisationen im Lande

Gemäß dem Wesen der älteren Partei und gemäß ihrer Entstehung aus den Kreisen der Anhänger nun waren diese Organisationen weniger an den Fraktionen als an bestimmten politischen Grundtendenzen orientiert. Nur bei den Sozialisten, den württembergischen Demokraten, beim Zentrum, bei den Welfen, den Nationalitätengruppen und — mit Einschränkungen — bei den Konservativen fielen Tendenz und Fraktion zusammen; hier waren die geringfügigen örtlichen Organisationen faktisch, wenn auch nicht immer ausdrücklich, fraktionsorientiert. Sonst folgte die örtliche Frontbildung nicht den komplizierten Fraktionsunterschieden, sondern den großen Gesichtspunkten der Parteischeidung. Welche Grundfragen Vorrang hatten, bestimmte sich natürlich auch im Zusammenhang mit den großen nationalen Problemen und den wechselnden Gruppierungen im Parlament. Aber die politische Tradition, die soziale Struktur und vor allem die Kampfstellung konnten örtlich und auch zeitlich jeweils andere Grundfragen in den Mittelpunkt rücken, jeweils andere Gemeinsamkeiten

¹⁾ Zur lokalen Parteiorganisation in Bayern vgl. Schieder, S. 71; für Württemberg die o. S. 21 angegebene Literatur.

²⁾ Vgl. Schieder, S. 173.

³⁾ In Nordhausen erkannte man ausnahmsweise die Notwendigkeit dazu, entwickelte einen planmäßigen Wahlbetrieb und setzte so die Wahl Richters durch, E. Richter, Jugenderinnerungen, S. 168 ff., 176.

ergeben¹⁾); und auch wenn Leute gemäß den Fraktionsunterschieden voneinander abweichend orientiert waren, stellten sie häufig solche Gemeinsamkeiten in den Vordergrund. Taktische Gesichtspunkte — man trennte sich nicht, um nicht einer noch entgegengesetzteren Richtung den Sieg zu ermöglichen — spielten kaum eine Rolle, sie gewannen erst später Bedeutung, als die Ausbildung des Vielparteiensystems die Angewiesenheit verwandter Gruppen aufeinander erhöhte. Zunächst waren die Unterschiede selbst im Bewußtsein der Anhänger wenig ausgeprägt und in der Kampfsituation kaum akut; die Presse- und Parlamentspolemik der Liberalen untereinander, die Programmgegensätze der Rechten hatten im Lande nur geringe Resonanz. Die Grenzen der fraktionellen Parteien erschienen den Anhängern noch durchaus fließend, da sie nach eigenen Maßstäben urteilten. Der spätere nationalliberale Abgeordnete Kulemann z. B. unterschrieb 1881 zunächst einen Aufruf für die Reichspartei in seinem Wahlkreis, zog seine Unterschrift aber bald wieder zurück, weil er sich überzeuete, daß die Nationalliberalen selbst weit genug rechts stünden²⁾. Georg von Siemens erzählt über seine Kandidatur in Wittenberg 1873 einigermaßen sarkastisch: „Morgen ist hier nationalliberale Landesversammlung. Ein Bekannter . . . fragte mich zur Sicherheit vorher, ob ich auch nationalliberal sei. Auf meine Bitte um eine Definition blieb er mir indessen die Antwort schuldig, so daß ich nicht erfahren konnte, ob ich auch wirklich nationalliberal bin.“³⁾ Selbst Kandidaten hatten also nicht immer einen eindeutigen Begriff von den fraktionellen Parteien; wichtig war ihnen nur die Grundtendenz und die Möglichkeit, ihre Überzeugungen innerhalb einer bestimmten Partei noch zur Geltung bringen zu können.

Die Wahlorganisationen der Mittelparteien entsprachen also noch großen, fraktionsübergreifenden Frontstellungen, und zwar entweder unter liberalen oder unter nationalen Gesichtspunkten⁴⁾. Wo die liberalen Ziele Vorrang hatten, waren die Organisationen ohne Rücksicht auf die Trennung zwischen Nationalliberalen und Fortschrittspartei gesamtliberal. Sie entstanden oder erhielten sich einmal in Hauptgebieten der preußischen Fortschrittspartei, vor allem in den ostelbischen Provinzen⁵⁾, aber auch in Teilen des Ruhrgebietes, wo der gemeinsame Ursprung und die zusammenschließende Erfahrung des Verfassungskonfliktes noch nachwirkten. Anderswo fehlte ein den Vorgängen in Preußen analoger Anlaß zur Spaltung, und eine ausgeprägte Kampfsituation hielt sie weiter hintan. In Mecklenburg z. B. war einerseits der sozial akzentuierte Gegensatz zwischen Liberalen und Konservativen und deren Regierung sehr stark,

¹⁾ 1870 z. B. gingen in Württemberg eine Reihe demokratischer Volksvereine zur nationalliberalen Deutschen Partei über, Heger, S. 54.

²⁾ Kulemann, Politische Erinnerungen, S. 28 f.

³⁾ Helfferich, Georg von Siemens III, S. 161.

⁴⁾ In Berlin blieb Anfang der 70er Jahre auch die Grenze zwischen Fortschrittlern und Demokraten noch eine Weile unklar und fließend. Vgl. o. S. 10 f., u. S. 61 ff.

⁵⁾ Noch 1882 bestand ein gesamtliberaler Wahlverein für die Provinz Pommern, Norddt. Allg. Ztg., 27. Mai 1882.

die grundsätzlichen Positionen waren wegen des fehlenden Verfassungslebens nicht durchgebildet, andererseits gab es nicht die Erbitterung des preußischen Konflikts, und die Eingliederung in einen Großstaat konnte vorbehaltloser als in Preußen positiv anerkannt werden. Darum standen die Liberalen in gemeinsamen Organisationen zusammen, und dieses Verhältnis hat sich hier sogar bis zur Jahrhundertwende hin erhalten¹⁾. In Franken und in der Pfalz vereinigte sich der größere Teil der ursprünglich großdeutschen Linken mit den kleindeutschen Liberalen unter deren Führung, weil der Kampf gegen Partikularisten, Konservative und Klerikale vordringlich erschien. Und auch sonst bestanden in Bayern — ebenso im Großherzogtum Hessen — gemeinsame liberale Organisationen²⁾. In Schleswig-Holstein bestand unter Hänel's Führung eine liberale Partei, die sich bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre hin noch die Linksnational-liberalen zurechnen konnte³⁾. In manchen Bezirken endlich, wie in Teilen Thüringens oder in Nassau⁴⁾, gab es zwar keine starken Gegner der Liberalen, aber die Spannung zwischen den Flügeln war noch so unausgebildet, daß man ziemlich selbstverständlich zusammenging. Wo es eine linksliberale Richtung gab, die weder von der nationalen Bewegung gänzlich in den Schatten gestellt wurde, noch partikularistisch oder betont radikal war, blieben die liberalen Flügel oft zusammen⁵⁾, und zwar vor allem dann, wenn die Organisation frühzeitig entstanden war, so daß ein ursprünglicher Zusammenhang bindende Kraft behielt. Nach der Reichsgründung galten in diesen Organisationen auch für diejenigen, die sich eher den Nationalliberalen zurechneten, die liberalen Ziele als vordringlich, wenschon sie die Realisierung von Teilforderungen für besser hielten als die prinzipielle Opposition.

Natürlich gab es auch im Lande konkurrierende Organisationen der in den Fraktionen repräsentierten Flügel. Die Stellungnahme zu Bismarcks Politik nach 1866 konnte auch im Lande organisationsbildend wirken. Stellenweise ging

¹⁾ Patzig, S. 21; es gab einen Landeswahlverein der liberalen Partei mit einem leitenden Ausschuß, Voss. Ztg., 23. Oktober 1881; für die Hauptorte: Voss. Ztg., 8. Februar 1871, 3. Juli 1878, 20. September 1881. In Rostock hatte sich 1876 ein nationalliberaler Verein zeitweise selbständig gemacht, von den nationalliberalen Landesführern wurde das abgelehnt, ebd., 16. September 1876.

²⁾ Gesamtliberale Wahlkomitees z. B. in der Pfalz seit 1868, in Ober- und Unterfranken, Schieder, S. 176, 208; nur in Nürnberg und Fürth schloß sich die Linke der demokratischen Volkspartei an. Über die Münchener liberalen Vereine, Allg. Ztg., 7. Februar 1874, 11. Mai 1876, und Heyderhoff-Wentzcke II, S. 62, Schieder, S. 198 ff.; Würzburg (Bürgerverein), Voss. Ztg., 23. Juli 1875. Die großen bayerischen Kreisvereine, z. B. für Oberbayern, für Schwaben und Neuburg waren durchweg „liberal“, Allg. Ztg., 7. Februar 1874, auch im Landtag blieb man noch in einer Fraktion.

³⁾ Richter I, S. 149, spricht von einer gesamtliberalen Fiktion; über Delegiertenversammlung und Zentralkomitee 1876, Wahlkorr. d. dt. Fortschrittspartei, 14. November 1876; Laufenberg, S. 502, spricht von einem zu diesem Zeitpunkt wenig ehrlichen Versuch zur Sammlung der Liberalen; s. a. u. S. 30 f.

⁴⁾ Gesamtliberale Organisation in Nassau, Zirkular Rickerts v. 17. August 1879, NL Forckenbeck.

⁵⁾ Selbst in Sachsen sind zeitweise, nach 1871, die liberalen Fraktionen zu einer freisinnigen Partei zusammengetreten, die sich allerdings bald auflöste; s. o. S. 10.

sogar der Fraktionsspaltung eine Trennung von liberalen Bürgerkreisen voraus, und es entstanden neben fortschrittlichen neue nationalliberale Organe, die gegen die Fortschrittspartei die Wahl gemäßiger Kandidaten durchsetzen sollten¹⁾. Ähnlich haben sich — z. T. 1867, z. T. in den folgenden Jahren — in manchen der größeren Städte die Liberalen organisatorisch gespalten; auch in diesen Fällen arbeiteten sie aber noch weitgehend zusammen²⁾.

Aber diese getrennten Organisationen entstanden doch nur in einigen Städten mit stark entwickeltem politischen Leben, in Gebieten, in denen die Nationalliberalen sehr weit rechts standen, wie in Kurhessen³⁾, oder der rechte Flügel die Mehrheit bildete, wo also die Grenze zwischen gesamtliberaler und nationaler Orientierung durch die nationalliberale Partei hindurchlief. Zum Teil handelte es sich bei einer der beiden Gruppen auch nur um eine geringfügige Minorität. Die Mehrzahl der liberalen Lokal- und Wahlkreisorganisationen hatte in den 70er Jahren noch gesamtliberalen Charakter. Wie verbreitet das war, beweisen neben gelegentlichen ausdrücklichen Nachrichten⁴⁾ vor allem die späteren Teilungen solcher Organisationen, beweisen die fortgesetzten Versuche der Berliner Fortschrittzentrale, ihre Anhänger zur Loslösung von den gemeinsamen liberalen Organen zu bewegen⁵⁾. Da die Fortschrittler die Gegensätze schärfer zu betonen anfangen, wurde seit der Mitte der 70er Jahre die gemeinsame Organisation mit ihnen schwieriger⁶⁾. Stellenweise, so in Teilen von Schleswig-Holstein und in

¹⁾ Patzig, S. 10 ff.; Wittig, S. 10 ff.

²⁾ Getrennte Organisationen z. B. in Königsberg, Voss. Ztg., 28. Mai 1873; schon 1866 hatten hier die Fortschrittler Forckenbeck bekämpft, Philippson, S. 184; in Danzig, Voss. Ztg., 26. Januar 1871 und 5. Oktober 1876; in Elbing seit 1870, NL Forckenbeck; in Breslau, Heyderhoff-Wentzcke I, S. 394, II, S. 78 (1873); Magdeburg 1870, ebd. II, S. 158; Barmen und Elberfeld, NL Forckenbeck, Voss. Ztg., 9. August 1873, 10. November 1876; Remscheid, ebd., 11. Juli 1878; Köln, Königsb. Hart. Ztg., 5. September 1879; Leipzig-Land, Voss. Ztg., 15. April, 1. Juni 1874; Frankfurt a. M., ebd., 15. April, 21. November 1874. — Im Saargebiet haben sich die liberale Einheitsfront und ihre Organe etwa 1873 aufgelöst, vgl. u. S. 31. In einem Berliner Wahlkreis nominierte auch der größere Teil der Fortschrittler beim Rücktritt eines ihrer Landtagskandidaten den vorgeschlagenen Nationalliberalen Simson, Allg. Ztg., 10. Januar 1874.

³⁾ Fortschrittliche Organisation in Kurhessen 1874 begründet, Voss. Ztg., 20., 27. November 1874.

⁴⁾ Gesamtliberale Organisationen z. B.: Posen, Voss. Ztg., 12. September 1876; Graudenz, ebd., 18. November 1874; Pommern, ebd., 20. September 1881; Landsberg a.d.W., M. Bahr, Eines deutschen Bürgers Arbeit in Wirtschaft und Politik, S. 75; Görlitz, Voss. Ztg., 19. November 1874, 11. Juli 1878; Teltow, ebd., 12. Juli 1878; West-Havelland, ebd., 19. September 1876; Ost-Havelland bis 1878, R. Frank, Brandenburger als Reichstagswähler, S. 105; Guben bis 1884, Ludw. Maenner, Prinz H. zu Schönauich-Carolath, S. 146; Coburg-Gotha, Voss. Ztg., 10. April 1874; Plauen, s. u. S. 67; vgl. o. S. 25 f.

⁵⁾ So heißt es etwa in der fortschrittlichen Wahlkorrespondenz 1876 — noch vor der Annahme der strittigen Justizgesetze durch die Nationalliberalen —, die Fortschrittler hätten in gemeinsamen liberalen Komitees leider auch für rechtsnationalliberale Kandidaten Zusagen gegeben, dagegen sollten die entschiedeneren „Parteigenossen“ jetzt eigene Wahlkomitees bilden. Zitiert Voss. Ztg., 4. Dezember 1876; über die Auflösung bestehender gesamtliberaler Institutionen überhaupt z. B. Bahr, S. 75, Kreuzztg., 31. August 1884 und u. S. 31 ff.

⁶⁾ Gemeinsame liberale Organisation in Danzig noch 1876 gebildet, vgl. u. S. 69.

Hamburg, wo man an sich getrennt vorging, versuchten die Nationalliberalen nach den sozialistischen Wahlerfolgen von 1874 noch gesamtliberale Organisationen zur Sammlung des Bürgertums neu zu begründen, im allgemeinen scheiterten aber solche Verbindungen ziemlich bald an inneren Zwistigkeiten¹⁾. Nur in überwiegend nationalliberalen Gebieten entstanden auch Ende der 70er Jahre noch Organisationen, die grundsätzlich alle Liberalen umfaßten, was sich dann freilich im wesentlichen auf die stark auseinanderstrebenden Flügel der nationalliberalen Partei bezog.

Ein Teil dieser fraktionsübergreifenden Organisationen allerdings war von Anfang an fast nur dem Namen nach gesamtliberal. In manchen Landesteilen, zumal außerhalb der Großstädte, hatten sich die politisch führenden Kreise sogleich an einer Fraktion orientiert; die dort bestehenden „liberalen“ Organe waren faktisch solche einer fraktionellen Partei; die ganz überwiegende Mehrzahl der aktiven Liberalen im Kreise hingen ihr an und die wenigen Unentschiedenen oder Dissentierenden spielten keine selbständige Rolle. Wo eine Richtung derart dominierte, repräsentierte eben sie den gesamten Liberalismus. So war ein Teil der schlechthin liberalen Organisationen in den ostelbischen Provinzen fortschrittlich, in Hannover und Nassau, den norddeutschen Mittel- und Kleinstaaten, in Baden und in Bayern, mit Ausnahme von Mittelfranken, nationalliberal²⁾.

Wo in einem gemeinsamen Organ beide Gruppen wirklich vertreten waren, gab es zwei Möglichkeiten des Verhaltens den Fraktionsunterschieden gegenüber. Normalerweise wurde bei dem das Programm der Partei im Wahlkreise darlegenden Wahlauf Ruf und bei der Kandidatenauswahl im Sinne der Mehrheit entschieden, wobei man sich auf einen Kandidaten einigte, dessen politische Haltung auch die Minderheit befriedigen konnte, also z. B. auf einen Linksnationalliberalen³⁾. Die zweite Möglichkeit war die, daß man einen relativ unabhängigen Kandidaten wählte und es ihm überließ, ob er sich dieser oder jener Fraktion anschloß oder auch wild, d. h. fraktionslos, blieb⁴⁾. Dabei konnte er sich darüber entweder unmittelbar nach der Nominierung erklären, oder, und das war wahrscheinlich häufiger, er konnte sich die Entscheidung bis zum Eintritt ins Parla-

¹⁾ Laufenberg, S. 544. Die antisozialistischen Reichsvereine in Sachsen beruhten vornehmlich auf einem konservativ-liberalen Bündnis, es waren nur wenige Fortschrittler dabei, s. u. S. 31; Biedermann II, S. 343.

²⁾ Fortschrittlich orientierte „liberale“ Organisationen z. B. in Ortelsburg, Memel, Insterburg, Voss. Ztg., 23. Februar 1871, 21. April 1874; in Offenbach — im Bereich der Frankfurter Demokratie —, Voss. Ztg., 26. Januar 1871; nach Voss. Ztg., 29. Oktober 1870, und Heyderhoff-Wentzke II, S. 158, möchte man vermuten, daß in Magdeburg die liberale Organisation anfangs durchaus nationalliberal war; in Leipzig scheint noch 1877 ein nationalliberal orientiertes liberales Wahlkomitee bestanden zu haben, Böttcher, Stephani, S. 187.

³⁾ Vgl. o. S. 27 die Kritik der Zentrale der Fortschrittspartei am Verhalten der Parteigenossen.

⁴⁾ So z. B. in Mecklenburg, s. o. S. 25 f. 1874 waren mindestens 4 der Abgeordneten, die sich der fortschrittlichen Reichstagsfraktion anschlossen, nicht auf den Namen der Fortschrittspartei, sondern „nur als liberal“ gewählt worden; Richter, Im alten Reichstag I, S. 86 f.

ment vorbehalten; die sogenannten Wildliberalen und die Hospitanten der großen Fraktionen, die Angehörigen abgesplitteter kleiner liberaler Gruppen, aber auch andere liberale Abgeordnete kamen aus Wahlkreisen mit solchen Verhältnissen.

Beide Verhaltensweisen wurden begünstigt durch die Praxis der Organisationen wie der Kandidaten, sich nicht auf Programm und Namen einer Partei festzulegen. Die Neigung des liberalen Bürgertums zum Diskutieren von Programmfragen und das eigenwüchsige Entstehen der Organisationen führte oft dazu, daß man eigene Programme und Wahlaufufe ausarbeitete, wobei man Gesichtspunkte aus den Kundgebungen der Fraktionen je verschieden variierte und strittige Fragen ausglich oder offenließ¹⁾. Auch die Kandidaten, die sich einer bestimmten Fraktion anschließen wollten, entwickelten zunächst ihr individuelles Programm, das in der Akzentverteilung und den Vorbehalten ihre besondere Stellung zu dieser Fraktion charakterisieren sollte. Der Nationalliberale von Cuny z. B. erklärte 1878 in seinem Wahlkreis, der Wahlaufuf und die Agitation der Zentrale seiner Partei seien für ihn nicht maßgebend, da er den Kampf gegen die Sozialdemokratie als Hauptaufgabe betrachte und das Nationale stärker als das Liberale akzentuiere²⁾. Stephani lehnte es 1867 überhaupt ab, sich an ein Programm zu binden³⁾. Bei den Nationalliberalen blieb die persönliche und sehr freie Erklärung des Kandidaten über seine Stellung in der Partei und zu ihren Flügeln noch bis ins neue Jahrhundert hinein wichtig⁴⁾.

Die Freiheit in der Auswahl von Programmpunkten erleichterte so die Existenz gesamtliberaler Organisationen. Dazu kam, daß diese manchmal auf einer besonderen Verbundenheit mit der Person des Kandidaten beruhten; sie konnten dann eher als persönliche Gefolgschaft des Kandidaten denn als eine von der Person unabhängige Parteivertretung gelten, oder sie lebten von dem überragenden Prestige eines Abgeordneten in seinem Wahlkreis. Eine solche persongebundene Struktur trat besonders dann zutage, wenn ein Abgeordneter seine Fraktion verließ und die Organisation sich auf seine Seite stellte, ohne damit ihrem „liberalen“ Programm zu widersprechen⁵⁾, oder wenn sie trotz abweichen-

¹⁾ Die Zentrale der Fortschrittspartei, die auf eine geschlossene Organisation drängte, bekämpfte darum die Sucht der Vereine nach eigenen Programmen, Voss. Ztg., 2. August 1878.

²⁾ Voss. Ztg., 2. Juli 1878; Oncken II, S. 375.

³⁾ Böttcher, Stephani, S. 86; ebenso R. v. Mohl 1874, Mohl, Lebenserinnerungen, S. 160. Vgl. o. S. 25 über Siemens und Kulemann.

⁴⁾ Kulemann erklärte bei seiner Kandidatur im Wahlkreis Weimar 1895 seine etwas verschobene Stellung zur Partei, aber gerade deswegen wollte man ihn haben, Kulemann, S. 162.

⁵⁾ So der ursprünglich fortschrittlich orientierte „Deutsche Reichsverein“ in Bochum, der für Löwe-Calbe auch nach seinem Austritt aus der fortschrittlichen Fraktion weiter eintrat, Voss. Ztg., 22. April 1874. Auch andere Abgeordnete der Gruppe Löwe-Berger wurden unter solchen Bedingungen — wenigstens 1877 — wiedergewählt, ähnlich der Abgeordnete Feustel von der Gruppe Schauß-Völk 1881.

der Tendenz an einer bestimmten Person festhielt¹⁾). Solche Bindungen hielten freilich vereinzelt Fraktionswechseln und Kursänderungen gegenüber nur bis zu einem gewissen Grade, auf lange Sicht setzte sich eine weniger personbestimmte Einstellung durch. Bei einer großen Fraktionsspaltung wie der Sezession und der gleichzeitigen Auflösung des Gesamtliberalismus dagegen haben sie eine maßgebliche Rolle gespielt²⁾). Zunächst aber entsprachen sich die personenbestimmte Wahlorganisation und deren überfraktionelle Orientierung.

Selbständigkeit beim Programmwurf und Personenbindung der örtlichen Organisation begünstigten auch die andere fraktionsübergreifende Partei im Lande, die nationale. Nach der Reichsgründung waren für die Liberalen der Ausbau von Einheit und Macht des Reiches und der Ausbau seines freiheitlichen Charakters mindestens gleichwertig, bei der Linken stand jetzt das Freiheitsproblem eindeutig im Vordergrund. Für andere dagegen hatte auch zu diesem Zeitpunkt noch die „nationale“ Frage absoluten Vorrang. Und zwar beruhte die Gemeinsamkeit dieser Richtung weniger auf Tradition, Prinzipien oder großen Zielen, als auf der Bereitschaft, die Regierung in allen aktuellen Fragen zu unterstützen, — eine Haltung, die eher emotional fundiert als theoretisch bewußt war. Hinter dem Willen zur Erhaltung und Steigerung der staatlichen Macht nach innen und außen, die die Größe des Reiches und seine Ordnung verbürgen sollte, traten Gesichtspunkte der Freiheit jedenfalls so weit zurück, daß man ihretwegen keinen Konflikt riskierte. Diese Richtung hatte also einen wesentlich gouvernementalen Zug, es war die Partei der Bismarckanhänger, der „reichstreuen Wähler“, der „Reichsfreunde“, die Kerntruppe der sogenannten Ordnungsparteien³⁾). Nach Fraktionsbegriffen umfaßte sie primär freikonservative und rechtsnationalliberale Kreise, darüber hinaus gelegentlich auch weitere konservative und nationalliberale Kräfte. Neben der Orientierung an der Regierung war hier die Kampfstellung bei den Wahlen ausschlaggebend — unter der Einwirkung von Bismarcks Polemik gegen die „Reichsfeinde“ schlossen sich die „Reichstreuen“ gegen Partikularisten, Sozialdemokraten und Zentrum, öfter auch gegen den Fortschritt, zu einheitlichem Vorgehen zusammen⁴⁾).

Eine solche Parteibildung gab es z. B. in Schleswig-Holstein⁵⁾, in Kurhessen und in manchen mitteldeutschen Staaten, wo die Einheitsfrage stark im

¹⁾ So in Bremen, wo der sezessionistische Reichsverein für den Nationalliberalen H. H. Meier eintrat, s. u. S. 34 f.

²⁾ s. u. S. 33 f.

³⁾ Dazu konnten auch die Fortschrittler beim Kampf gegen die Sozialisten zählen.

⁴⁾ 1873/74 schon hatten sich Rechtsnationalliberale öfter gegen die Fortschrittler mit den Konservativen zusammengeschlossen, Philippson, S. 302.

⁵⁾ In Schleswig-Holstein waren die Nationalliberalen z. T. mit den Fortschrittlern, z. T. mit den Konservativen verbunden, *Voss. Ztg.*, 7. September, 10. November 1876, s. o. S. 26 ff.; der Abgeordnete Wallich bemerkte, zwischen nationalliberal und konservativ bestehe kein wesentlicher Unterschied, Richter I, S. 149; 1876/77 orientierte sich dann die Mehrzahl der Nationalliberalen nach rechts; über Kurhessen s. o. S. 27.

Vordergrund gestanden hatte, dann auch in den alten preußischen Provinzen, dort, wo der Gegensatz zum Zentrum, zur Sozialdemokratie oder zu den Polen besonders akut war und gemäßigt konservative Kräfte vorhanden waren, mit denen sich die Nationalliberalen zusammenschließen konnten, etwa in Teilen von Schlesien, in der Provinz Sachsen, im Ruhr- und im Saargebiet, später auch — beim Kampf um das Sozialistengesetz — in Berlin, endlich in Württemberg, wo die Demokratie die Liberalen nach rechts drückte¹⁾. Gemeinsame Organisationen und gemeinsame Beschlüsse bildeten sich dabei im allgemeinen auf Grund von Kompromissen, weil die Unterscheidung konservativ-nationalliberal noch bewußt blieb, auch wenn sie faktisch nur geringe Bedeutung hatte; wo Vereine dieser Richtung bestanden, waren sie im allgemeinen rechtsnational-liberal²⁾.

e) Die Auflösung übergreifender Parteiorgane

Je mehr aber die Fraktionen im Parlament sich ausprägten und ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Unterschiede im Lande bewußt gemacht wurden, je mehr also sich anfängliche Gemeinsamkeiten als bloß vermeintlich, einzelne und taktische Differenzen als grundsätzlich erwiesen, desto schwieriger war es, gemeinsame Organisationen aufrechtzuerhalten. Um 1880 setzte sich auch im Lande die Scheidung der fraktionsübergreifenden Organisationen durch, sei es, daß diese sich endgültig zu einer Fraktion bekannten, sei es, daß sie sich spalteten.

Es waren vor allem zwei Vorgänge, die diese Scheidung in Gang brachten und beschleunigten. Einmal die Taktik der Fortschrittspartei; diese führte spätestens

¹⁾ Übertreibend bemerkt Hölder, drei Viertel der dortigen Nationalliberalen neigten zu den Freikonservativen, Poschinger II, S. 336.

²⁾ Organe dieser Richtung z. B.: Königsberg-Land, ein liberalkonservativer Verein, Königsb. Hart. Ztg., 11. September 1879; deutscher Verein Posen, Berl. Börs. Cour., 12. Februar 1881; Wirsitz, Kreuzztg., 10. April 1884; Glatz, Verein der Reichsfreunde Neurode, Wahlverein, Voss. Ztg., 13. September 1876; Sagan, Gewerkverein 1874, Nr. 2; konservativ-liberales Zusammengehen im Wahlkreis Guben-Lübben 1884, Maenner, S. 45; Schleswig-Holstein, Voss. Ztg., 7. September 1876, die Vertrauensleute nannten sich noch nationalliberal; Duisburg 1871, ebd., 1. Februar 1871; Essen 1881, der „liberale“ Wahlverein stellte Moltke auf, Königsb. Hart. Ztg., 6. Oktober 1881; in den Wahlkreisen Ottweiler und Saarbrücken gingen bis 1873 die Liberalen zusammen und versuchten, die Konservativen zuzuziehen, dann erwies sich — bis zum Ende der 90er Jahre — das nationalliberal-freikonservative Bündnis als stärker; man bildete gemeinsame Organe; gelegentliche Versuche, den Freisinn einzubeziehen, scheiterten meist; Bellot, 100 Jahre polit. Lebens an der Saar, S. 125, 131 ff., 142 f., 152, 158 ff., 167. In Sachsen und Teilen Thüringens gründeten die Nationalliberalen seit 1874 Reichsvereine zur Sammlung des Bürgertums gegen die Sozialisten; sie waren meist stark rechts orientiert; immerhin hat sich auf einer Zusammenkunft des sächsischen Vereins 1878 die Hälfte des Vorstandes gegen ein Ausnahmegesetz erklärt; auch nach der Sezession gab es weiterhin noch Vereine, die Nationalliberale und Konservative vereinten, so in Gotha (1883); Biedermann II, S. 343; Böttcher, Stephani, S. 218; Voss. Ztg., 1. Oktober 1876 (Gera); Allg. Ztg., 30. November 1883 (Gotha). Der Name Reichsverein besagt nichts Sicheres über die Parteistellung, der Deutsche Reichsverein in Bochum z. B. war fortschrittlich. — Über den Übergang von nationalliberalen Führern in den Provinzen zu gouvernementalen Partei s. u. S. 120.

seit der Annahme der Justizgesetze von 1876 einen immer schärferen Kampf gegen die Nationalliberalen und ihre Kompromißpolitik, der sich vom Kampf gegen Sozialisten und Konservative nur noch graduell unterschied. Indem die Führer des Fortschritts aus ihrer betont prinzipiellen, ja orthodoxen Haltung heraus den Nationalliberalen wahren Liberalismus absprachen, wollten sie das Erbe dieses Liberalismus bei den Wählern antreten. In diesem Sinne versuchte gerade E. Richter eine Wahlpolitik zu betreiben, die einseitig am Mandatsinteresse der Fortschrittspartei orientiert war und in der Konkurrenz mit den Nationalliberalen kaum mehr Rücksicht auf das Ergebnis für den Gesamtliberalismus nahm¹⁾. Die hauptstädtische Presse, die Kundgebungen der Führer, die Wahlaufrufe und insbesondere die „Parlamentarische Korrespondenz“, mit der die Zentrale ihre Meinung bei der kleinen Presse und bei ihren entschiedenen Anhängern verbreitete, griffen nicht nur ständig die Nationalliberalen an, sondern befürworteten auch direkt eine selbständige Organisation und ein selbständiges Vorgehen der Linksliberalen in den einzelnen Wahlkreisen²⁾. Diese Propaganda für den gesonderten Zusammenschluß der Fortschrittler im Lande und die Absage an einen organisierten Gesamtliberalismus, dem man entweder die liberale Substanz oder jede wirkliche Kraft absprach, hatten Erfolg; die Anhänger der Linken trennten sich endgültig von den rechtsstehenden Liberalen.

Der zweite Anstoß zur Auflösung der fraktionsübergreifenden Organisationen ging — gegen ihren Willen — von den Sezessionisten aus. Die Sezession forderte alle nicht schon fortschrittsparteilichen liberalen Organisationen zur Stellungnahme und Entscheidung. Man konnte sich nur noch schwer mit dem wenig profilierten nationalen Liberalismus begnügen, der für seine Anhänger eine Selbstverständlichkeit war, man mußte seine Haltung bewußter einnehmen und schärfer präzisieren, als es bisher üblich gewesen war³⁾. In den bis dahin politisch einhelligen Wahlkreisen und unter den bis dahin einhelligen Liberalen traten jetzt die ersten scharfen Gegensätze hervor, die zu Kämpfen und Parteischeidungen führten⁴⁾. Gleichzeitig sahen die Fortschrittler ihre politische Linie, daß kein Paktieren mit einem reaktionären Regierungskurs erfolgreich sein könne, bestätigt und suchten auch in bis dahin rein nationalliberalen Wahlkreisen die politische Erregung für sich auszunutzen⁵⁾.

¹⁾ Durch liberale Doppelkandidaturen kam es entweder zu einer „falschen“ Stichwahl, indem die liberalen Parteien überhaupt ausfielen, oder die Erbitterung des Kampfes war so nachhaltig, daß die in die Stichwahl gekommene liberale Gruppe ohne die Unterstützung der Nachbargruppe blieb; nur bei Stichwahlen mit den Sozialisten gab es in jedem Fall eine gemeinsame Front.

²⁾ Vgl. z. B. Parl. Korr., 8. Januar 1877; s. a. o. S. 27, S. 29 (Ablehnung eigener Vereinsprogramme).

³⁾ In Sachsen bildete sich nach der Sezession erst ein eigentlich nationalliberaler (Landes)verein, Norddt. Allg. Ztg., 29. Juni 1882, s. unt. S. 112.

⁴⁾ Kulemann, S. 28.

⁵⁾ In Bennigsens Wahlkreis z. B. wurde 1883 nach einem ersten Auftreten 1881 ein Fortschrittler gewählt, bis dahin war der Wahlkreis unbestritten nationalliberal, Oncken II, S. 499.

An sich waren es gerade die Sezessionisten, die an der Überzeugung von der einen liberalen Partei festhielten und anstrebten, Kristallisationspunkt für eine solche zu werden; sie wollten im Grunde keine speziell auf ihre Fraktion orientierten Organisationen, sondern nur schlechthin liberale Gruppen, deren Kandidaten sich dann ihrer Fraktion anschließen sollten¹⁾. Aber praktisch ergab sich aus ihrem Auftreten auf die Dauer und zumeist doch eine Klärung der Fronten, eine fraktionsbestimmte Haltung der einzelnen Organisationen, die gesamtliberalen Organe lösten sich auf, und die bisher nur vornehmlich Nationalliberalen wurden es ausdrücklich oder bekannnten sich zur Sezession.

Die Auflösung oder Aufgliederung gesamtliberaler Organisationen im Lande konnte sich auf verschiedene Weise vollziehen; entweder orientierte man sich bewußt, u. U. nach Auseinandersetzungen, auf eine Fraktion hin; oder es kam zur Spaltung, oder es entstand spontan eine neue Konkurrenzbewegung. Kleine Organisationen hatten mit Gegenründungen und größere, zumal Vereine, mit Spaltungen oder Sezessionen zu rechnen, da jeder rivalisierende Flügel versuchte, die bisher gemeinsame Institution in seinem Sinne weiterzuführen, um ihr Prestige bei den Wählern für sich in Anspruch zu nehmen und der Minderheit die Verantwortung für die Auflösung zuzuschieben. Das Gefüge war aber immer so locker, daß eine Spaltung leicht möglich wurde. War die Minderheit zu klein, um selbständig vorgehen zu können, oder fand sie keinen Rückhalt in der Wählerschaft, so schied sie ganz aus dem politischen Leben aus²⁾.

Sehr wichtig für die Aufgliederung war die persönliche Stellung örtlicher Führer. Zwar setzten sich im ganzen natürlich die allgemeinen Tendenzen der Parteidifferenzierung durch, auch die Verteilung nach Landschaften und bestimmten sozialen Schichten weist noch einige allgemeine Grundzüge auf; aber im einzelnen Wahlkreis hing die Frage der Parteiorientierung wieder sehr eng mit Personenverhältnissen zusammen. Wo der Einfluß anerkannter Führer auf die Honoratioren stark war, wo sie entschieden vorgingen und keine bedeutenden Gegner fanden, die ihren gesellschaftlichen Einfluß auszubalancieren und eine latente Oppositionsbereitschaft der Wähler auszunutzen verstanden, da hing es

¹⁾ Lipke an Forckenbeck, 27. Juli 1880: der Bremer Reichsverein unterschied ausdrücklich zwischen seiner liberalen Parteistellung und seiner Befürwortung einer fraktionellen Sezession, NL Forckenbeck.

²⁾ Über Spaltungen s. a. o. S. 27, u. S. 35f. weiter; die Nationalliberalen schieden 1878 aus dem liberalen Wahlverein im Wahlkreis Ost-Havelland aus, R. Frank, S. 105; der liberale Wahlverein im Wahlkreis Guben spaltete sich 1884, L. Maenner, S. 46; in Bennigsens Wahlkreis gab es über seinen Nachfolger einen durch die Sezession bedingten Konflikt unter den Vertrauensmännern, bei der Wahl siegte der freisinnige Kandidat, von den unzufriedenen Linksnationalliberalen unterstützt, Norddt. Allg. Ztg., 20. August 1883; in Berlin bildeten sich schon 1878 unter den Nationalliberalen rechts- und linksoppositionelle Komitees gegen die bestehenden eigentlichen Parteivereine. Der Bremer Reichsverein entschied sich mit 91:55 Stimmen für die Sezession, Biogr. Jahrbuch (Art. Barth), 1909, S. 344; in Hamburg und Altona zerfielen infolge der Sezession die liberalen Organisationen, im Hamburger Reichstagswahlverein trat ein Teil der Untergruppen für den Fortschrittler ein, es gab viele Austritte, Laufenberg II, S. 80, 146 ff.; über Auflösung des Gesamtliberalismus in den Wählerversammlungen, s. u. S. 71f.

von ihnen ab, daß sich eine Neuorientierung durchsetzte oder daß Neugründungen nicht aufkamen. Es war für den Erfolg der Sezession mit ausschlaggebend, daß die liberalen Institutionen in den Wahlkreisen faktisch noch von Personen abhingen und daß Rickert als Organisator der Sezession seine große Kenntnis der örtlichen Führer benutzte, um sie zu gewinnen, während die nationalliberale Restfraktion keine entsprechende Gegenwirkung ausüben vermochte. Viele Organisationen „waren noch immer auf irgendeinen einzelnen Mann begründet, und wenn nun der Mann seine Ansichten änderte oder starb, dann war die Partei im Wahlkreis mit dem einen Mann dahin und für alle Zeiten ausgelöscht“¹⁾.

Die Bedeutung der Führung wurde dadurch erhöht, daß die Sezessionisten einen aggressiv geführten Kampf gegen die Nationalliberalen vermeiden wollten und daher bei einhellig oder mehrheitlich nationalliberaler Haltung der bisherigen Führung seltener selbständig vorgingen²⁾, eine Rücksicht, die von den Nationalliberalen freilich nicht in diesem Maße genommen wurde. Im allgemeinen zeigten aber die Sezessionisten als die neu Auftretenden mehr Initiative und konnten dann gelegentlich einfach durch Überraschung die Führung im Wahlkreis übernehmen. Bei unklaren Parteiverhältnissen und einer geringen Zahl maßgeblicher Personen hatte der, der zuerst auf dem Plan war, immer einen gewissen Vorsprung, ein Teil der Honoratioren war festgelegt, die Öffentlichkeit schon mit einer Kandidatur vertraut, die Gegner konnten bei nachträglichem Vorgehen als Störer einer Einheit bekämpft werden; waren sie nicht organisiert, so schlossen sie sich dann manchmal, wenn auch widerstrebend, den vorangegangenen Sezessionisten an oder verzichteten auf eine eigene Aktion³⁾.

Personenbindungen und gesamtliberale Vorstellungen konnten manchmal auch dazu führen, daß sich das Auseinandertreten der Gruppen verzögerte, daß man trotz abweichender Meinung noch eine Weile beieinander blieb und sich der einen oder anderen Führung fügte⁴⁾. In Bremen z. B. hielt der sezessionistische Reichsverein 1881 und noch 1884 an H. H. Meier fest, weil seine Erfahrung unersetzlich

¹⁾ Naumann, Die politischen Parteien, S. 27; ähnlich Böttcher, Stephani, S. 276, aus zeitgenössischer Kenntnis. Nach Berl. Börs. Cour. vom 9. Juli 1880 soll in Halle vor allem der Komiteevorsitzende Boretius die rechtsnationalliberale Führung gesichert haben, obwohl die Anhänger eher sezessionistisch gewesen seien. Max Bahr führte als Vorstandsmittglied und seit 1885 als Vorsitzender den liberalen Wahlverein in Landsberg/Warthe von den Nationalliberalen über Sezession, Deutsch-Freisinnige Partei zur Freisinnigen Vereinigung und bestimmte so die Richtung des Liberalismus in seinem Kreise, Bahr, S. 75. Ähnlich 1880 der Komiteevorsitzende Sachse in Forckenbecks Wahlkreis Neuholdensleben, Schreiben vom 6. September 1880, NL Forckenbeck.

²⁾ Nur bei nationalliberal-konservativen Bündnissen gingen sie aktiv dagegen vor, z. B. 1881 in Chemnitz, Heilmann, S. 162.

³⁾ Im hessischen Wahlkreis Alsfeld stimmten 1881 die Nationalliberalen durch „ein Mißgeschick“ wohl solcher Art für einen Sezessionisten; erst 1884 gingen sie selbständig vor; Heyderhoff-Wentzcke II, S. 402.

⁴⁾ So waren die Vertrauensmänner im Wahlkreis des nationalliberalen Abgeordneten Jordan, Deidesheim, z. T. eigentlich sezessionistisch, zogen daraus aber keine Konsequenzen gegen das Komitee, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 371.

sei und weil er, das war der für die Handelsstadt entscheidende Gesichtspunkt, glaubte, auch und gerade als Freihändler in der nationalliberalen Fraktion besonders wirksam sein zu können. Erst 1887, als die Rechtsorientierung der Nationalliberalen ganz deutlich wurde, bezog der Verein, mit Ausnahme seines alten Komitees, eine klare freisinnige Parteistellung gegen ihn¹⁾. Der nationalliberale Verein in Berlin beschloß anläßlich der Sezession, diese durch eine Resolution zu begrüßen, zugleich aber, an einem gemeinsamen nationalliberalen Verein festzuhalten²⁾, und auch Miquel sprach sich zunächst für ein Zusammenbleiben der Vereine aus, weil er mit der überfraktionellen Verbundenheit noch als einer Tatsache rechnete³⁾. Erst die Gründung der deutschfreisinnigen Partei 1884 veranlaßte dann fast überall die endgültige Entscheidung der lokalen Organe für die eine oder andere Fraktion. Nur in ganz wenigen Ausnahmefällen blieb das Verhältnis so, daß man noch gemeinsame Kandidaten aufstellte, die entweder wild blieben oder zur Mittelgruppe zählten⁴⁾.

Ein gutes Beispiel für die nur allmähliche Auflösung der liberalen Einheit bietet Kulemanns Bericht über die Wahl von 1881 im Wahlkreis Gandersheim. 1878 war auf Empfehlung Bennigsens Stauffenberg gewählt worden, der zu den Führern der Sezession gehörte. Jetzt konnte sich eine Versammlung des Komitees und der Vertrauensmänner nicht über seine Wiederaufstellung einigen. Die Mehrheit hielt zwar an ihm fest, aber die Minderheit trennte sich von der Versammlung. „Wir, die wir Stauffenbergs Stellung mißbilligten, traten zu gemeinsamer Beratung zusammen und einigten uns dahin, Hobrecht als Kandidaten aufzustellen.“ Kulemann, der noch kurz zuvor für einen Freikonservativen eingetreten war, und einige Freunde brachten eine große Versammlungsagitation auch auf den Dörfern in Gang, die Wahl endete mit dem Sieg Hobrechts, der aber wegen Doppelwahl nicht annahm. Ehe sich die Nationalliberalen nun über eine neue Kandidatur schlüssig geworden waren, nominierten die Sezessionisten, die nicht mehr mit einem Erfolg rechneten, den Linksnationalliberalen Weber, um so die Kandidatur eines weiter rechts Stehenden zu verhindern. Die Nationalliberalen wollten zunächst, erzürnt über dieses Manöver, selbständig vorgehen, entschlossen sich aber dann, in Rücksicht auf die kampfunwilligen Wähler und die Berliner Parteizentrale, notgedrungen, ebenfalls Weber zu nominieren, man bildete einen gemeinsamen Wahlausschuß, und Webers Wahl war gesichert. Kurz danach besuchte er mit seinem Kollegen Römer ein Siegesfest der Sezession und erregte damit die Entrüstung der Nationalliberalen, die ihm, im Widerspruch zu den örtlichen Führern, ein „Mißtrauensvotum“ erteilten, aber das blieb folgen-

¹⁾ Hardegen, S. 227, 229.

²⁾ Berl. Börs. Cour., 14. November 1880. 16 extreme Antisezessionisten traten aus.

³⁾ Brief Miquels vom 29. August 1880, Oncken II, S. 438.

⁴⁾ So in Dessau, wo — gegen die SPD — Richard Rösicke mehrfach gewählt wurde, er blieb lange wild, schließlich schloß er sich der Freisinnigen Vereinigung an. — Kulemann sollte 1903 bei einer Kandidatur in Göttingen der Fraktionsanschluß freistehen, a.a.O., S. 166 f.; in Mecklenburg bestanden gesamtliberale Organe noch bis zur Jahrhundertwende.

los. Auch hier klärten sich dann erst 1884 und 1887 endgültig die Parteiverhältnisse¹⁾).

Organisationen der nationalen Tendenz haben sich z. T. nach der Sezession, durch die die übrigen Nationalliberalen nach rechts gedrückt wurden, noch neu gebildet, zumal im Kampf gegen die Sozialdemokratie²⁾, aber in der Mehrzahl und auf die Dauer haben sie sich fraktionell orientiert. Sie wurden im wesentlichen rechtsnationalliberal, da es freikonservative Organisationen, mit wenigen Ausnahmen³⁾, eigentlich nicht gab und freikonservative Kandidaten durch auf ihre Person orientierte Komitees oder auf Grund von ausdrücklich abgeschlossenen oder faktischen Koalitionen zwischen Nationalliberalen und Konservativen aufgestellt wurden.

Die Gemeinsamkeit der vielfältigen liberalen Richtungen, die sich in den fraktionsübergreifenden Organisationen mit eigenem Programm und in fließenden Parteigrenzen ausdrückte, also hat sich Anfang der 80er Jahre in einige voneinander abgesonderte Gruppen aufgegliedert, eine Mehrfältigkeit blieb in den Parteien selbst erhalten, aber die Übergänge zwischen ihnen verschwanden. Partei im Parlament und Partei im Lande standen nun im allgemeinen in einer eindeutigen Bezogenheit aufeinander, die Partei war ein profiliertes Gebilde, das Anhänger und Abgeordnete einer Fraktion zusammenschloß⁴⁾.

f) Die Wahlkämpfe

Bis zum Ende der 70er Jahre, solange die fraktionsübergreifenden Parteibildungen noch eine wichtige Rolle spielten, waren die Wahlkämpfe auch bei scharfen Gegensätzen im allgemeinen weder sehr intensiv noch sehr extensiv. Ein faktisches Drei-, Vier- oder gar Fünfparteiensystem in einem Wahlkreis war noch sehr selten, demgemäß hatten die Stichwahlen noch nicht die Bedeutung, die sie später erlangten⁵⁾.

In vielen Wahlkreisen hatten die Nationalliberalen, mochten sie nun mehr das Nationale oder mehr das Liberale akzentuieren, die ganz unbestrittene Führung.

¹⁾ Kulemann, S. 30 ff.

²⁾ Nationaler Landesverein Gotha aus Konservativen und Nationalliberalen, Allg. Ztg., 30. 11. 1883; ähnlich offenbar 1881 in Chemnitz, Heilmann, S. 162.

³⁾ In Marburg führte erst die Bildung eines freikonservativen Vereins 1885 zum Zusammenschluß der Nationalliberalen und zu deren endgültiger Trennung vom Freisinn, Kreuztg., 8. Januar 1885.

⁴⁾ In der nationalliberalen Partei wurde das formal erst im Statut von 1905 festgelegt, in dem von jeder der Partei angeschlossenen Organisation die Anerkennung ihres Programms verlangt wurde; aber das war nur eine späte Kodifikation.

⁵⁾ Leider fehlt eine Übersicht darüber, wieviel Parteien in wieviel Wahlkreisen am Wahlkampf beteiligt waren und wieviel Stichwahlen stattfanden. Treitschke bemerkt in den Preussischen Jahrbüchern für 1877 bedauernd ein Ansteigen des Mehrparteiensystems in den einzelnen Wahlkreisen und ein Ansteigen der Stichwahlen. 1881 galt die Zahl von 97 Stichwahlen offenbar als außerordentlich hoch, Schultheß, 27. Oktober 1881.

In den Braunschweiger Wahlkreisen z. B. waren 1867 alle drei Kandidaten nationalliberal, „das war so selbstverständlich, daß an die Aufstellung von Gegenkandidaten überhaupt nicht gedacht wurde. Ein Wahlausschuß in Braunschweig bezeichnete für die drei Wahlkreise die von ihm vorgeschlagenen Personen. Eine einmalige Anzeige in dem Braunschweiger Tageblatt war die einzige Wahlagitation.“ Und über die Zustände Ende der 70er Jahre heißt es, „es war selbstverständlich, daß ein zurechnungsfähiger Mensch der nationalliberalen Partei angehörte. In der Stadt Braunschweig wurden allerdings einige tausend sozialdemokratische Stimmen abgegeben, aber das war eben eine Sonderbarkeit, die man hinnahm, ohne sich darüber besonders aufzuregen¹⁾.“ Bennigsen blieb bei den Wahlen bis 1878 ohne irgendeinen ernsthaften Gegenkandidaten, und so ging es einer ganzen Reihe von Nationalliberalen, zumal in den nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten²⁾. Das Zentrum hatte 1871 schon, also vor seinem Aufstieg von 1874, eine große Anzahl absolut sicherer Wahlkreise in ländlichen Bezirken im Rheinland, in Westfalen und in Bayern, in denen darum die Gegner sich gar nicht erst formierten. Ebenso gab es solche Wahlkreise der Konservativen³⁾, obschon im Osten die Konkurrenz der Liberalen noch stärker, die Technik der Konservativen, den politischen Betrieb zu beherrschen, dagegen noch weniger ausgebildet war, als man nach den späteren Zuständen vermuten könnte.

In solchen Wahlkreisen gab es keinen Wahlkampf und kaum Wahlpropaganda. Die Bekanntgabe des Kandidaten genügte eigentlich; Wahlversammlungen mit Reden der Kandidaten oder anderer Parteiführer waren nicht unbedingt nötig und jedenfalls nicht häufig⁴⁾. Sie dienten weniger einer direkten Propaganda als dazu, die persönliche Verbundenheit des Kandidaten und insbesondere des Abgeordneten mit „seinen“ Wählern zu bekunden, das war Propaganda genug. Ende der 70er Jahre „hatten die Wähler kaum ein Jahrzehnt hindurch das politische Leben in der Form kennengelernt, wie sie durch Wahlversammlungen geboten wird. Es war auch noch nicht üblich, daß die Kandidaten sich auf die

¹⁾ Kulemann, S. 16, 28; der Partei „angehören“ heißt eindeutig: sie wählen. 1878 gab es im Wahlkreis Holzminden-Gandersheim immerhin schon ein eigenes Wahlkomitee, Oncken II, S. 380.

²⁾ Für 1874 vgl. z. B. Allg. Ztg., 21. Januar 1874.

³⁾ Z. B. war im Wahlkreis West-Prignitz ein Wahlkampf bis 1881, in Templin bis 1884 eigentlich unbekannt, es gab keine nennenswerten Gegenkandidaten, R. Frank, S. 79, 86. Bei Specht-Schwabe, Die Reichstagswahlen 1867—1903, lassen sich auf Grund der Wahlergebnisse eine ganze Reihe solcher sicherer Wahlkreise nachweisen.

⁴⁾ Bennigsen z. B. kam vor der Wahl 1874 überhaupt nicht in seinen Wahlkreis, Oncken II, S. 375; H. H. Meier sprach 1867 in Bremen in einer Versammlung, 1878 in Lippe in zweien, Hardegen, H. H. Meier, S. 194, 223; Stephani wurde 1867, ohne öffentlich aufzutreten, gewählt, Böttcher, S. 86, ebenso Mohl 1874, Mohl, Lebenserinnerungen, S. 160; Forckenbeck erschien zumeist nur einmal in jeder Legislaturperiode in seinem Wahlkreis, wobei dann alles zusammenströmte, um ihn zu hören; „einen Wahlkampf hatte es für ihn nicht gegeben, seine Wahl war gesichert.“ E. Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, S. 19; aber auch unbekanntere Kandidaten konnten sich im allgemeinen mit wenigen Versammlungen begnügen, vor 1871 genügte in relativ homogenen Wahlkreisen die Empfehlung der Ortsautoritäten, die Wahlen erfolgten z. T. ohne Zutun, ja ohne Wissen der Kandidaten, vgl. o. S. 23.

Dörfer begaben . . ., sondern man beschränkte sich auf die Städte und größeren Zentralstellen, indem man es denen, die das nötige Interesse besaßen, überließ, dorthin zu kommen. Dafür wurde aber auch das, was der Kandidat sagte, mit dem natürlichen Zutrauen entgegengenommen, daß es richtig sei und daß jede gegenteilige Ansicht nur auf Bosheit oder Dummheit beruhen könne.“ Was gar ein Reichstagsabgeordneter sagte, „wurde mit dem gebührenden Respekt als Offenbarung einer höheren Intelligenz“ entgegengenommen¹⁾. Bei solchen Verhältnissen waren große Anstrengungen von Partei oder Kandidaten vor der Wahl überflüssig.

Auch in Wahlkreisen mit echten Gegensätzen gab es oft keinen eigentlichen Kampf. Normalerweise erließ man in den Zeitungen einige Anzeigen — fast alle Zeitungen, mit Ausnahme der sozialistischen und wohl der speziell katholischen Blätter, nahmen Anzeigen aller Parteien auf —, die Namen und Programm des Kandidaten enthielten, man ließ etwa noch ein Flugblatt mit einer Rede oder Kundgebung von ihm drucken und verbreiten, gelegentlich, wenigstens bei den Fortschrittlern, warb man auch mit Agitationsschriften zu den großen aktuellen Fragen des Wahlkampfes. Schließlich gab man in stärkerem Maße als in den nicht umkämpften Wahlkreisen Wahlzettel aus, d. h. die vom Wähler selbst zu stellenden Stimmzettel²⁾ mit dem Namen des Kandidaten, den er wählen wollte; diese Zettel wurden dann von der Partei einheitlich gedruckt. Im übrigen sorgte die befreundete Presse für ein gewisses Maß von Propaganda, aber oft erfuhren einzelne Wählergruppen und Gemeinden nichts von gegnerischen Kandidaturen. Der Versammlungsbetrieb beschränkte sich auch hier auf wenige Versammlungen an den Hauptorten. Gelegentlich kam man sogar ohne solche aus, die erwähnte Wahl Stephanis 1867 kam trotz heftiger Gegnerschaft der Partikularisten ohne öffentliches Auftreten zustande; bedeutende Politiker kandidierten häufig in zwei Wahlkreisen, traten dann aber meist nur in einem persönlich auf³⁾. Das Ausmaß der Kampftätigkeit war so auch bei erbitterten Gegensätzen zunächst nicht groß. Die ersten Wahlerfolge der Sozialisten kamen für die bürgerlichen Gruppen oft ganz überraschend, weil sie die Größe dieser Strömungen nicht beachtet, geschweige denn eine Gegenagitation entfaltet hatten. Zum Teil galten auch die Kampffronten schon als starr, die städtischen Wähler etwa waren liberal, die ländlichen konservativ, und dies Verhältnis schien durch eigene Maßnahmen nicht stark verändert werden zu können. Man hätte freilich versuchen können, die Wahlbeteiligung zu steigern. Diese war durchschnittlich relativ gering, 1871 betrug sie 50,7%, zwischen 1874 und 1884 schwankte sie zwischen 56,1% — 1881 — und 63,1% — 1878 —, im Durchschnitt betrug sie

¹⁾ Kulemann, S. 26 (nach Erfahrungen in Braunschweiger Wahlkreisen).

²⁾ Amtliche Stimmzettel gab es nicht.

³⁾ Z. B. Forckenbeck, Belege im Nachlaß. Richter 1871: in Bielefeld, wo er viele Wahlreden hielt und durchfiel, in Rudolstadt, wo er nur ganz kurz auftrat und seine Kandidatur in einigen Gebieten unbekannt blieb, wo er aber trotzdem siegte, Richter I, S. 13.

60,1%¹⁾). Das konnte zwar als Begründung für die geringe Agitationstätigkeit benutzt werden, war aber im wesentlichen deren Folge. Dem Stil der Honoratiorenpolitik und der liberalen Vorstellung von einer Wahlentscheidung aus Einsicht entsprach eine intensive Werbung eigentlich nicht. Der Versuch, durch verstärkte Agitation Nichtwähler zu gewinnen, wurde in diesen Wahlkreisen mit durchschnittlichem Parteigegensatz selten gemacht, die Gegner blieben bei der traditionellen Methode²⁾). Nur wo die Regierung propagandistisch sehr stark in den Wahlkampf eingriff, mußten die angegriffenen und auf sich selbst angewiesenen Parteien versuchen, ihre Anstrengungen zu erhöhen. Das aber gelang ihnen selten³⁾), und es waren höchstens die Kandidaten, nicht die Parteiorgane, die einige Aktivität entfalteten.

Die Vorstellungen von der Sicherheit eines Wahlkreises oder von den starren Wählerfronten erwiesen sich manchmal als Täuschung, die nur darauf beruhte, daß ein Gegner im Wahlkreis oder in bestimmten Wählerschichten einfach unbekannt war. Trat ein solcher dann plötzlich und ausnahmsweise energisch auf, so konnte er überraschend Erfolg haben. Kapp z. B. eroberte 1872 einen altmärkischen konservativen Wahlkreis, indem er dort bis dahin unbekannte „amerikanische Wahlmethoden“ anwandte — Kapp war als 48er zwei Jahrzehnte in Amerika gewesen —, d. h. er bearbeitete 10 Tage lang den Wahlkreis und sprach dabei in 14 Versammlungen⁴⁾). Oder im Wahlkreis West-Priegnitz trat 1881 zum erstenmal ernsthaft ein Fortschrittler gegen die Konservativen auf, und da er lebhaft agitierte, siegte er bei der Wahl⁵⁾). Solche Erfolge beruhten natürlich nur zum Teil auf wirklich politischer Überzeugung der Wähler, z. T. waren sie bedingt durch den Reiz des bis dahin Unbekannten oder die Wirkung der Persönlichkeit eines Kandidaten, der sich so stark um die Wähler kümmerte⁶⁾). Immerhin konnte eine Partei versuchen, ihre Position dann auszubauen. Im allgemeinen waren aber derartige überraschende Wahlkämpfe wiederum Sache des einzelnen Kandidaten, nicht Sache der Organisation, diese behielt weiterhin ihre normale, auf geringere Anforderungen eingestellte Struktur und Funktionsweise bei.

¹⁾ Seit 1887 lag sie dann zwischen 67,7% — 1898 — und 84,5% — 1912 —, durchschnittlich bei 76,1%, ohne die Wahlen von 1907 und 1912 bei 72%; leider fehlt eine zusammenfassende Aufschlüsselung für stark und für wenig umkämpfte Wahlkreise. Braunschweig, wo bis 1878 einschließlich keine Kämpfe stattfanden, weicht in der Beteiligung nur um 1,8% vom Reichsdurchschnitt ab, ebenso Schaumburg-Lippe.

²⁾ Fast alle späteren Versuche, die Organisationsstruktur zu verbessern, enthalten die Begründung, daß der Wahlkampf nicht mehr so lässig wie bisher geführt werden könne.

³⁾ Bunsen führte 1878 einen 15tägigen Wahlkampf, in dem er siegte, NL Bunsen.

⁴⁾ E. Lenel, Friedrich Kapp, S. 143.

⁵⁾ R. Frank, S. 79.

⁶⁾ In einer Broschüre „Die Deutsch-Freisinnigen. Aus den Mitteilungen eines Parlamentariers“, Bln. 1885, S. 4, wird von einem Wahlkreis berichtet, der, nachdem er immer fast einhellig konservativ gestimmt hatte, 1878, als die Fortschrittspartei eines ihrer Berliner Organe gratis verteilte, mit großer Mehrheit den Fortschrittler wählte, und ihm 1881, als die Presseagitation unterblieb, wieder nur ganz wenige Stimmen gab.

Endlich gab es natürlich Wahlkreise, in denen schon in den 70er Jahren ein scharfer Parteigegensatz in einem lebhaften, ausgedehnten, aggressiv geführten und von leidenschaftlicher Aktivität bewegten Wahlkampf zum Ausdruck kam. Die Mittel des durchschnittlichen Wahlbetriebs wurden gesteigert, die Verteilung von Flugblättern und Wahlzetteln vor allem; auf dem Lande wurden wesentlich mehr Versammlungen abgehalten, in den Städten wurde persönliche Werbung in unpolitischen Vereinen und auch von Haus zu Haus betrieben, man versuchte in gegnerischen Versammlungen Gehör zu finden, die unentschiedenen Wähler zu gewinnen, die Nichtwähler zu mobilisieren, am Wahntag wurden die Wahllokale mit ausgeschriebenen Wählerlisten kontrolliert und säumige, der Partei nahestehende Wähler durch sogenannte Schlepper herangeholt.

Vor allem im Kampf der liberalen und konservativen Parteien mit dem Zentrum, also in gemischt-konfessionellen Wahlkreisen und — trotz des katholischen Übergewichts — in Großstädten, nahm der Wahlkampf solche intensivere Formen an, so etwa in München, Augsburg, Köln und Osnabrück, im Ruhrgebiet und in manchen schlesischen Wahlkreisen. Hier, wo in den 80er Jahren die Fronten zwischen den bürgerlichen Parteien wirklich starr waren, glaubten die Zentrumsgegner noch, einen beträchtlichen Teil der Katholiken halten oder gewinnen zu können; sie hofften auf ein Hereinziehen der Nichtwähler, die Erregung des Kulturkampfes verlieh hier den Wahlen zudem einen stark demonstrativen Akzent. Ähnlich heftige Kämpfe gab es zwischen Nationalliberalen und Welfen bei den ersten Wahlen nach der Annexion, bei denen man fast von einer Mobilisierung von Leidenschaften und Massen sprechen kann. Die späteren Wahlen verliefen hier trotz des scharfen Gegensatzes bei dem im Grunde konservativen Charakter der Welfen relativ ruhig und in traditionellen Formen. Bei den Auseinandersetzungen der Nationalliberalen mit der demokratisch-partikularistischen Opposition in Württemberg dagegen war es anders. Agitation, Organisation, Mobilisierung möglichst weiter Kreise der Wählerschaft, dazu eine starke Verwurzelung der Parteiführer im Volk, das gehörte zum Lebenselement dieser Demokratie, die Gegner mußten sich danach zu richten suchen, so kam es bei den Wahlkämpfen zu einer Aktivität, die bis zu handgreiflichen Zusammenstößen führen konnte, wenn auch hier das Kampfklima örtlich und zeitlich wechselte¹⁾. Endlich gab es in manchen Großstädten und ihren Randgebieten, etwa in Berlin, Hamburg, Bremen oder Breslau, in den 70er Jahren heftige Kämpfe der Liberalen, besonders der Fortschrittspartei, gegen die aufsteigende

¹⁾ Elben erzählt von der Wahl zum Zollparlament, wie er wochenlang täglich bis zu sechs Versammlungen hielt, um möglichst in jede Ortschaft seines Wahlkreises zu kommen; der Gegensatz zu den Demokraten wurde dadurch verschärft, daß E. als Stuttgarter gegen einen angesehenen Eingesessenen kandidierte; während er bei dieser Wahl durchfiel, wurde er 1871 ohne großen Kampf gewählt; Elben, Lebenserinnerungen, S. 146 ff.

Sozialdemokratie, bei denen eine außerordentlich rege persönliche Werbung, Organisation und Geld eine bedeutende Rolle spielten¹⁾).

Im ganzen aber sind solche intensiven Wahlkämpfe nicht die Regel gewesen²⁾. Sie blieben in den 70er Jahren, mit Ausnahme von Württemberg, im wesentlichen noch auf einen Teil der großen Städte beschränkt. Die Aktivität war hier größer als sonst, aber das beruhte auf einer Steigerung der angewandten Mittel, ohne daß daraus schon eine qualitative Änderung wurde.

Im Vergleich mit Wahlkämpfen nach der Jahrhundertwende behalten die Kämpfe der 70er Jahre in der Mehrzahl einen relativ harmlosen Charakter, weil sie doch wenig durchorganisiert waren. Noch in den 80er Jahren, in denen sich die Parteigegensätze und die Konkurrenz um dieselben Wählerschichten wesentlich verschärften, verliefen sie in den traditionellen Formen, die nur einen begrenzten Aufwand an Zeit, Geld und Kraft erforderten. Daher war die Struktur der lokalen Organisationen einer Partei zunächst weniger von den Notwendigkeiten des Wahlkampfes als denen des Wahlbetriebs erfordert und bestimmt.

¹⁾ Einführung des Schlepssystem durch die Fortschrittspartei, Th. Müller II, S. 17. Für Hamburg und Umgebung, Laufenberg, pass., vgl. bes. S. 609 ff.; für Bremen 1877, U. Böttcher, S. 113; s. a. u. S. 201, S. 297. Auch in mittleren Städten des Ostens, wo der liberal-konservative Gegensatz scharf war, gab es manchmal ausgedehnte Werbetätigkeit; Bahr z. B. erzählt, wie er, der Fabrikantensohn, vor 1876 in Landsberg a. d. Warthe als Schlepper fungierte und damit seine politische Tätigkeit begann; Bahr S. 75.

²⁾ In einigen Fällen, so in Bremen und Hamburg, führten die Gegensätze zwischen wirtschaftlich und persönlich verbundenen Cliques zu harten Kämpfen, Prügeleien und intensiver Werbung, sie hatten aber keinen eigentlich parteipolitischen Charakter, Hardegen, S. 217, Laufenberg, S. 318 u. ö.

II. Hauptformen der lokalen Organisation bei den Liberalen

a) Das Komitee

Die ältere lokale Parteioorganisation entstand im wesentlichen im Zusammenhang mit den Wahlen, und zwar zunächst prototypisch bei den Liberalen¹⁾. Sie tritt in mehreren Hauptformen auf: als Komitee, mit dem eine Körperschaft der Vertrauensmänner verbunden sein kann, als Wählerversammlung und als Wahlverein. Der anfänglich allgemein verbreitete und noch bis über die Jahrhundertwende hinaus nachwirkende Typ war das Komitee²⁾. Bei anstehenden Wahlen traten aus eigener Initiative einige Leute mit starkem politischem Interesse zusammen und bildeten „das Komitee“, um die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Gesellschaftliches Ansehen, in der Presse ist von „angesehenen Bürgern“ die Rede, war die selbstverständliche Voraussetzung für solche Führung des politischen Betriebes, Komiteegründer waren die Honoratioren. Zwar gab es bei den Liberalen nicht eine durch Geburt, Stand oder Amt festgelegte Führungsschicht, wie sie bei den Parteien der Autorität, Konservativen und Zentrum, mit Adel und Klerus gegeben und durch Alter, Rang oder Größe des Besitzes in sich geordnet war. Aber es gab doch eine Schicht von Leuten, die auf Grund ihrer sozialen Stellung oder ihres Amtes als lokale Führer angesehen werden konnten. Kraft Amtes konnten dazu gehören vor allem Richter, Kommunalbeamte, Professoren, auf dem Lande auch Pastoren; kraft Besitzes Gutsbesitzer, Großkaufleute und Unternehmer, von denen allerdings nur eine Minderheit politisch aktiv war; endlich Rechtsanwälte und Redakteure, die auf Grund ihrer Unabhängigkeit, ihrer Abkömmllichkeit, ihres Verhandlungsgeschicks und ihres politischen Interesses zu den wichtigsten politisch führenden Leuten gehörten. Tätigkeit im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, wie sie fast alle führenden Liberalen ausgeübt haben, und in Wohltätigkeits- und Bildungsvereinen konnte eine einflußreiche Position verstärken oder sogar erst begründen. Hierdurch hatten, jedenfalls bei den Linksliberalen, auch Angehörige anderer Schichten, z. B.

¹⁾ Die Tendenzunterschiede spielen zunächst keine Rolle; erst im weiteren Verlauf der Organisationsgeschichte erweist sich eine Trennung nach den liberalen Einzelparteien als notwendig.

²⁾ Soweit die Zentralen zur Organisation anregten, empfahlen sie die Bildung von Komitees in jedem Wahlkreis, so die Nationalliberalen in Hannover 1867, B. Ehrenfeuchter, Politische Willensbildung in Niedersachsen 1867—1912, S. 47; in Baden, Voss. Ztg., 14. August 1875; für die preußische Fortschrittspartei in den 60er Jahren, vgl. o. S. 16 f.; Komitees als herrschende Organisationsform in Sachsen, Biedermann II, S. 342. Auch in Großstädten gab es manchmal nur Komitees, so bei den Nationalliberalen in Köln, Voss. Ztg., 13. September 1879, Elberfeld, Voss. Ztg., 10. November 1876; vgl. u. S. 86.

Lehrer und Handwerker, die Möglichkeit, in die Führungsgruppe zu gelangen, wenn auch normalerweise Bildung und Besitz ausschlaggebend blieben. Endlich begründete natürlich frühere politische Tätigkeit, in der 48er Revolution oder im Nationalverein z. B., oder eine politische Tradition der Familie die Zugehörigkeit zu den führenden Kreisen.

Die Zahl der liberalgesinnten Honoratioren, deren politisches Interesse zu Aktivität, Initiative und einem gewissen Ehrgeiz wurde, war normalerweise nicht groß. Es gab also eigentlich keine Konkurrenz. Wer die Führung ergriff, konnte sie meist unbestritten halten, wer bereit war mitzuarbeiten, gehörte dazu; wenn mehrere eine politisch gleichgerichtete Komiteegründung beabsichtigten, fanden sie sich sicherlich zusammen. „An einem kleinen Orte wird derjenige, der dafür Interesse hat, gewissermaßen von selbst in das politische Leben hineingezogen, und zumal, wenn er sich in einer einflußreichen Stellung befindet, wird es ihm meist nicht schwer, eine gewisse führende Rolle zu spielen.“¹⁾ In größeren Städten war auch die Zahl der politisch Interessierten natürlich größer, und es bedurfte einer in langen Jahren erworbenen öffentlichen Stellung, besonderer politischer Fähigkeiten, einer stärkeren politischen Leidenschaft oder eines größeren Ehrgeizes, um in den Vordergrund treten zu können²⁾. Aber auch unter solchen Umständen verlief eine Komiteebildung normalerweise konfliktlos, da eben die hier herrschenden Voraussetzungen zur politischen Führung einerseits relativ selten waren, andererseits aber auch selbstverständlich anerkannt wurden. Nur in einer Reihe von eigentlichen Großstädten lagen die Verhältnisse, wie noch zu erörtern sein wird, wesentlich anders³⁾.

Soweit solche Komitees nicht auf persönlichen Freundschaften beruhten, kamen als Kristallisationspunkte — im Stadium der noch unausgebildeten Parteisonderung — die Kollegien der kommunalen Selbstverwaltung, die bürgerlichen geselligen Vereine oder bei den Wahlen von 1867 die Ortsgruppen des Nationalvereins in Frage⁴⁾. Sonst fanden die erforderlichen Vorbesprechungen auch in einem etwas offeneren Kreise statt, zu dem man alle wichtigen Leute zuzog, das Wahlkomitee konstituierte sich dann im Verlauf der ersten derartigen

¹⁾ Kulemann, S. 34, über seine Erfahrungen in einem der damals für das Reich typischen ländlich-kleinstädtischen Wahlkreise, Holzminden, wo er als junger Amtsrichter in den 70er Jahren hinkam, nicht eingeweiht, aber immerhin aus der nahen Landeshauptstadt Braunschweig.

²⁾ Kulemann, S. 34 f.

³⁾ s. u. S. 76 f.

⁴⁾ Besprechung in befreundeten Kreisen von Stadtvertretern und Universität, z. B. in Hildesheim und Göttingen, Oncken II, S. 17, 19. Stephani wurde 1871 in Leipzig durch eine feierliche Aufforderung des Stadtrates dazu veranlaßt, das Reichstagsmandat wieder zu übernehmen, Böttcher, S. 112. In Hannover dienten die örtlichen Mitgliedschaften des Nationalvereins als Ausgangspunkt für die nationalliberale Wahlorganisation, Oncken II, S. 16. In Köln spielte die Lesegesellschaft für die Begründung eines nationalliberalen Komitees eine wichtige Rolle, Voss. Ztg., 14. Juni 1876. In Hamburg und Altona waren Orts-, Bürger-, Kommunalvereine Ausgangs- und Mittelpunkt der eigentlichen liberalen Parteibildungen, Laufenberg, S. 534, 609. — Vgl. a. o. S. 14, S. 23.

Zusammenkunft¹⁾). Dabei war dann manchmal, etwa in Großstädten, die Zahl der Beteiligten ziemlich groß und das eigentliche Komitee für die Wahlgeschäfte wurde als ein kleines Gremium von den übrigen „eingesetzt“. Die andern Beteiligten gaben ihre Unterschrift für den so wichtigen Wahlaufuf, der das politische Programm und den Kandidatenvorschlag enthielt. Ähnlich konnten bestehende Komitees auch einen weiteren Kreis dadurch zuziehen, daß man eine große Anzahl von Bürgern um ihre Unterschrift unter den Wahlaufuf bat, was einerseits deren Geltungsanspruch Rechnung tragen, anderseits eine propagandistische Wirkung auf die Masse der Wähler ausüben sollte. Die Zahl oder das Gewicht der Unterschriften unter einen Aufruf galt als Gradmesser für Ansehen und Aussichten des Kandidaten²⁾).

Eine Schwierigkeit für die Komiteeorganisation lag in der Größe und Einteilung der Wahlkreise. Ein Wahlkreis bestand, wenn man von den relativ wenigen Großstädten absieht, in der Hauptsache aus mehreren landrätlichen Kreisen oder den entsprechenden außerpreußischen Verwaltungsbezirken³⁾; die kleinen Bundesstaaten bildeten je einen Wahlkreis für sich. Der Wahlkreis hatte darum schon mit den Kreisstädten mehrere Mittelpunkte des politischen Lebens. Dazu kam, daß die Einteilung der Landtagswahlkreise sich mit der der Reichstagswahlkreise überschneidet. In Preußen bestanden für die Landtagswahlen Zwei- oder Drei-Mann-Wahlkreise, oft gleich groß wie die für die Reichstagswahlen und wie diese aus mehreren landrätlichen Kreisen zusammengesetzt, aber sehr häufig gerade aus solchen, die zu verschiedenen Reichstagswahlkreisen gehörten. Es gab also zwei politische Gliederungen, und danach mußte sich eine Partei richten. Eigentlich erforderte die Wahl ein einziges Komitee für den jeweiligen Wahlkreis, aber die Tatsache mehrerer Mittelpunkte, deren Honoratioren wenig persönliche Beziehungen hatten, begünstigte eine Mehrzahl von Komitees. So konnten sich örtliche, Kreis- oder Wahlkreiskomitees bilden und unter den letzteren wieder verschiedene für Reichstags- und Landtagswahlen.

Bei der Landtagswahl verstärkten noch besondere Gesichtspunkte die Neigung zur kreisstädtischen Komiteebildung. Weil hier 2 oder 3 Abgeordnete zu wählen waren, bürgerte sich die Praxis ein, die Mandate auf die Kreise zu verteilen, so

¹⁾ Im Wahlkreis Teltow, Voss. Ztg., 18. Januar 1871, ähnlich wohl im Wahlkreis Conitz, ebd., 18. Februar 1871. In Elbing wurden 1870 40 Leute eingeladen, 10 kamen, konnten sich aber über einen Delegierten zum nationalliberalen Parteitag im Februar nicht einigen, NL Forckenbeck.

²⁾ Bennigsen wurde 1867 in Hannover von 40 angesehenen Bürgern aufgestellt, d. h. diese unterschrieben den öffentlichen Wahlaufuf für ihn, Oncken II, S. 20; für H. H. Meier unterschrieben 200 Personen 1881 in Bremen den Wahlaufuf, Hardegen, S. 224. In Württemberg versuchten die Nationalliberalen 1870 ganze Körperschaften und Vereine zur Unterschrift zu gewinnen, Rapp, S. 420.

³⁾ Eine Reihe von Kreisen wurde 1867 (1871) geteilt, um die durchschnittliche Gleichmäßigkeit der Einwohnerzahlen in den Wahlkreisen zu erreichen. Die Wahlkreisgeometrie spielte hier nicht eine solche Rolle wie bei der Einteilung der Abstimmungsbezirke, besonders in der preußischen Landtagswahlpraxis; sie ging über einzelne Fälle nicht hinaus.

daß jeder dann einen Kandidaten präsentieren konnte. Das war deshalb wichtig, weil im Landtag unmittelbare Interessen der Kreise, z. B. Eisenbahnbauten, behandelt wurden, und weil man inoffiziell im Landtagsabgeordneten vielfach einen Mann sah, der die Kreisangelegenheiten bei den Ministerien in Berlin mitvertreten sollte, ein Gesichtspunkt, der mit der Verlagerung der großen Politik in den Reichstag an Bedeutung zunahm. Seitdem sich die Parteien schärfer voneinander unterschieden und die Suche nach Kandidaten häufig lange Verhandlungen erforderte, konnte die Verständigung über den Kandidaten des Kreises kaum noch von den kurzfristig zusammentretenden Wahlmännern geleistet werden, sie mußte von besonderen Kreiskomitees übernommen werden. Neben ihnen fungierten mancherorts auch Gesamtkomitees für den Wahlkreis; nicht jeder Kreis konnte einen geeigneten Mann präsentieren, die Einigung der Kreise auf einen geschlossenen Vorschlag — über jeden der 2 oder 3 Abgeordneten mußten ja alle Wahlmänner entscheiden —, die Kandidaturen von Auswärtigen und Kompromisse mit anderen Parteien über die Verteilung der Mandate ließen sich nur schwer ohne ein solches zentrales Organ vorbereiten. Wo es dazu nicht kam, behalf man sich mit Verhandlungen zwischen den Kreiskomitees.

Bei den Reichstagswahlen mit ihren Ein-Mann-Wahlkreisen und dem größeren Wahlbetrieb brauchte man jedenfalls ein zentrales Führungsorgan für den ganzen Wahlkreis. In manchen Landesteilen war anfangs die Stellung eines einzigen Komitees so stark, daß es für mehrere Wahlkreise die Kandidaten proklamieren konnte¹⁾. Im allgemeinen bestanden aber wohl Wahlkreiskomitees. Entweder fungierte ein Ortskomitee für den ganzen Wahlkreis, oder einige Leute mit starker Initiative taten sich zusammen, luden maßgebliche Personen aus dem ganzen Wahlkreis dazu und konstituierten das Komitee, oder die örtlichen Komitees traten in corpore oder durch ihre Repräsentanten zusammen. Soweit ein Wahlkreiskomitee auf Unterorganen beruhte, kamen Kandidaten oft erst auf Grund von langen Verhandlungen oder festgelegten Übereinkünften zustande, vor allem dann, wenn in den einzelnen Kreisen abweichende Parteirichtungen maßgebend waren. Solche Übereinkünfte betrafen etwa ein alternierendes Vorschlagsrecht der Kreise oder Konzessionen bei den Landtagswahlen; denn wenn auch die Komitees für Reichstags- und Landtagswahlen verschiedene waren, so waren die Personen doch meist dieselben. Wenn Gegensätze nicht überbrückt werden konnten, kam es gelegentlich zu Doppelkandidaturen oder zum Abschluß verschiedener Koalitionen mit anderen Parteien²⁾.

¹⁾ s. o. S. 37 über die Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig.

²⁾ In der Presse wird anlässlich der Kandidatenaufstellungen meist lediglich von Wahlkreiskomitees gesprochen, nur bei Spannungen oder fehlender Koordination werden örtliche und Kreiskomitees erwähnt; spätere Beziehungen zwischen mehreren Komitees im Wahlkreis sowie die Organisationsverhältnisse in anderen Parteien berechtigten zu Rückschlüssen auf die anfänglichen Zustände. Ältere Orts- oder Kreiskomitees, die im Wahlkreis neben anderen standen und jedenfalls bei den Landtagswahlen fungierten, gab es z. B. in Charlottenburg, Voss. Ztg., 28. Februar 1871, Görlitz und Lauban, ebd., 3. November 1876, 6. Juli 1878, Glatz, ebd., 13. September

Die Komitees konstituierten sich ad hoc, für jeweils anstehende Wahlen. Und zwar traten sie entweder für eine — meist fraktionsübergreifende — Richtung ein, wählten dabei jeweils eigene Namen und verfaßten gelegentlich auch ein mehr oder minder ausdrückliches Programm; demgemäß suchten sie dann einen Kandidaten. Oder sie traten von vornherein und vornehmlich für einen bestimmten Kandidaten auf, wobei natürlich auch Cliquengesichtspunkte eine bedeutende Rolle spielen und zu starken Spannungen führen konnten¹⁾. Bei den personenorientierten Komitees zeigte sich der Charakter einer ad-hoc-Gründung darin besonders deutlich, daß sie ihre Tätigkeit einstellten, wenn ihr Prätendent vorzeitig aus dem Wahlkampf ausschied oder wenn seine Chancen sehr schlecht standen, sich aber wieder erneuerten, wenn diese Chancen sich unverhofft noch verbesserten. Öfter ging natürlich das Politische und das Persönliche ineinander über²⁾. Die Hauptaufgabe eines nicht auf eine Person festgelegten Komitees bestand darin, einen Kandidaten zu finden und zu nominieren. Angebot und Konkurrenz waren dabei nicht so lebhaft, daß man unter Vertretern der gleichen Tendenz lange hätte wählen können, nur in großen Städten waren manchmal Mehrheitsentscheidungen nötig³⁾, in ländlichen Gebieten mußte man meist froh sein, überhaupt einen Kandidaten gefunden zu haben, wobei dann bei der Personenauswahl viel Zufälliges eine Rolle spielte. Neben der Nominierung hatte dann das Komitee die Aufgabe, den Wahlbetrieb zu arrangieren, für diesen normalerweise harmlosen Betrieb genügte seine geringe Aktivität durchaus, zu-

1876; Lauenburg, Königsb. Hart. Ztg., 14. September 1882; Dortmund, Voss. Ztg., 11. Juni 1874; Bochum, ebd., 22. Mai 1874; Barmen und Elberfeld, 1870, NL Forckenbeck; generell für Hannover, Ehrenfeuchter, S. 47. Komitees, die für den ganzen Wahlkreis entschieden, z. B. in Plauen, Gewerkverein 1871, Nr. 11; Zerbst, Voss. Ztg., 10. Juli 1878; Zittau, ebd., 13. Juli 1878; Cottbus, Gewerkverein 1871, Nr. 8; Königsberg für Königsberg Land-Fischhausen, Königsb. Hart. Ztg., 3. März 1876; Insterburg, Voss. Ztg., 21. April 1874; Landsberg a. d. Warthe, Gewerkverein 1874, 1; Ottweiler 1876, Bellot, S. 142; in Bennigsens Wahlkreis Otterndorf saß der politische Führer in Osterbruch, Hauptort war das nahegelegene Otterndorf, erst 1884 wurden alle wichtigeren Orte in die Organisation einbezogen, Oncken I, S. 423; ein Konflikt um die Kandidatur entstand 1893 zwischen Hahn und Sattler, weil die nationalliberalen Komitees der Amtsbezirke sich trotz eines Zentralwahlkomitees nicht einigen konnten, zwei blieben beim Protest gegen Hahn und warben für Sattler, Allg. Ztg., 27. Mai 1893, Dt. Tgztg., 9. Mai 1898; eine Doppelkandidatur z. B. im Wahlkreis Ückermünde, wo zwei Nationalliberale in die Stichwahl kamen, Allg. Ztg., 9. Januar 1874; keine Einigung zwischen den Kreiskomitees in Görlitz und Lauban, Voss. Ztg., 6. Juli 1878.

¹⁾ 1874 kämpften in Bremen die nationalliberalen Mosle und Meier um das Mandat, es war ein Streit zwischen bestimmten Cliquen der Handelswelt, U. Böttcher, Arbeiterbewegung, S. 112 f.; Parl. Korr., 22. November 1876. In Hamburg ging von 1867 bis 1874 der Kampf zwischen Börsen-, Handels- und Gewerbecliquen, Laufenberg, pass., vgl. o. S. 23.

²⁾ Stephani z. B. wurde von seinen Freunden in Leipzig ohne Programmbindung als Kandidat der „Nationalgesinnten“ aufgestellt, Böttcher, S. 86. In Köln gab es 1876 ein Komitee der persönlichen Anhänger des Stadtverordneten Classen-Kappelmann, Voss. Ztg., 13. September 1876; über die Bedeutung der Personenorientierung für die Auflösung des Gesamtliberalismus, s. o. S. 33 f.

³⁾ So im nationalliberalen Komitee in Köln bei der Landtagswahl 1879, Königsb. Hart. Ztg., 11. September 1879.

mal bei ausgedehnteren Wahlkämpfen der Kandidat selbst die Sache in die Hand nahm und sich einen Stab von Helfern zusammensuchte.

Nach den Wahlen löste sich das Komitee faktisch auf, weil seine Bestimmung erfüllt war. Zwischen den Wahlen gab es deshalb eine Parteiorganisation eigentlich nicht. Das eine oder andere Komiteemitglied blieb in Verbindung mit dem Abgeordneten des Wahlkreises, fungierte als sein Vertrauensmann, informierte ihn gelegentlich über die Stimmung und die Wahlaussichten, trug Bitten an ihn heran und bereitete seine — seltenen — Reisen in den Wahlkreis, in dem er ja oft nicht ansässig war, vor¹⁾. Bei aktuellen Anlässen griffen darüber hinaus Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten, mit Kundgebungen an die jeweiligen Abgeordneten in die Politik ein; so wurden die Abgeordneten z. B. im Frühjahr 1874, als Bismarck eine starke Pressebewegung wegen der Militärvorlage entfesselt hatte, von allen möglichen Vereinen ihrer Kreise zu mündlichen Stellungnahmen aufgefordert, wobei man — mit Erfolg — versuchte, ihre Haltung im Bismarckschen Sinne zu beeinflussen²⁾. Bei neuen Wahlen mußte sich aber ein neues Komitee jeweils erst wieder bilden.

Sehr bald freilich gewannen die Komitees Kontinuität und Stabilität³⁾. Es war ganz natürlich, daß bei Neuwahlen die Leute, aus denen das frühere Komitee bestanden hatte, wieder zusammentraten. War die Partei im Besitze des Wahlkreises, so war sie im allgemeinen an der Wiederwahl ihres Abgeordneten interessiert; nur wenn er eine wesentlich andere politische Stellung eingenommen hatte, als von ihm erwartet worden war, oder wenn sich im Wahlkreis eine bedeutende Richtungsänderung geltend machte, rückte man von ihm ab. Im allgemeinen trat das „alte Komitee“ an den Abgeordneten wegen seiner Wiederaufstellung heran, und dieser, sofern er daran interessiert war, erklärte auch von sich aus oft seine Bereitschaft, wieder zu kandidieren⁴⁾. War die Partei bei den letzten Wahlen unterlegen, so griff sie, wenngleich nicht so häufig, auch gern auf den früher aufgestellten Kandidaten zurück. Solche Wiederaufstellungen sicherten dem alten Komitee eine natürliche Priorität. Zudem waren seine Mitglieder oft noch immer die einzigen, die den Betrieb in die Hand nehmen konnten, ihre Autorität war durch ihre Tätigkeit gefestigt, und selbstverständlich wollten sie diese behaupten.

Neben diesen subjektiven Gründen spielten auch objektive Momente, Erfordernisse des Wahlbetriebs, bei der Stabilisierung eine Rolle. Wo es örtliche

¹⁾ Bennigsens Vertrauensmann war der Komiteevorsitzende in seinem Wahlkreis, der Pastor Pfaff, vgl. die Korrespondenz bei Oncken II, S. 98, 189, 212, 375, 418, 423, 445, 498, 504; für Forckenbeck: NL.

²⁾ Vgl. Parisius, S. 192 f.; u. S. 81 (Leipzig).

³⁾ Wenn sich auch bis in die 80er Jahre hin immer noch ad-hoc-Komitees bildeten. Z. B. gab es 1881 in Bremen ein „provisorisches Wahlkomitee“ von Gewerbetreibenden, das für einen konservativen Kandidaten auftrat, dann aber verschwand, Hardegen, S. 244.

⁴⁾ Oncken I, S. 189.

Kreis-, Landtags- und Reichstagswahlkomitees gab, sollten deren Beziehungen auf klaren Verhältnissen beruhen. Es mußte nach außen feststehen, wer die Partei repräsentierte, mit wem also andere Kreise oder Parteien verhandeln konnten, es mußte nach innen feststehen, wer im einzelnen solche Verhandlungen zu führen hatte, wer in das Wahlkreiskomitee delegiert werden und wie dieses zusammengesetzt sein sollte, damit Spannungen vermieden wurden. Ein Komitee mußte sich darum institutionalisieren, den Charakter einer privaten und offenen Zusammenkunft aufgeben und als Organ der Partei fungieren, es mußte zugleich sich gliedern und Repräsentanten ernennen, die in seinem Namen verbindlich handelten. Die Existenz eines stabilen Komitees bedeutete zudem für jedes überraschende selbständige Vorgehen einer verwandten Partei und jede Sezession ein Hindernis, weil sein Widerstand und seine Autorität bei den Wählern erst überwunden werden mußten.

Die Institutionalisierung des Komitees erfolgte nicht auf Grund einer formellen Festsetzung, sondern unmerklich, auf Grund des Gewichtes der Wiederholungen, die sehr schnell als Tradition empfunden wurden. Aus einigen namentlich genannten Bürgern, aus liberalen Männern, „einem“ Komitee von Liberalen, dem Komitee für die Wahl des XY, wurde eben mit der Zeit das kontinuierliche Organ der Partei, dessen personelle Zusammensetzung für den Außenstehenden weniger wichtig war. Besonders in ländlichen Wahlkreisen und in solchen mit fließenden oder verworrenen Parteiverhältnissen vollzog sich diese Entwicklung zur Institution natürlich nur langsam. In Bennigsens Wahlkreis Otterndorf z. B. stellte ursprünglich nur ein Mann die Partei dar, der jeweils ein kleines Komitee auf die Beine brachte, und erst 1884 kam ein fixiertes und untergliedertes Zentralwahlkomitee zustande¹⁾; in den Saarwahlkreisen wurden bis zur Mitte der 80er Jahre die Komitees fast für jede Wahl noch neu- und umgebildet²⁾. Aber im allgemeinen bestanden am Anfang der 80er Jahre in den Kreisen wenigstens halbwegs institutionelle Komitees³⁾.

Die Kontinuität der Institution blieb allerdings einigermaßen abstrakt, zwischen den Wahlen ruhte jede Aktivität des Komitees; indem es immerhin zu gegebener Zeit wieder auftrat, bewies es seine fortdauernde, wenn auch ereignislose Existenz. Natürlich konnte der Personenbestand nicht derselbe bleiben. Ein Teil der ursprünglichen Mitglieder kam aus privaten oder politischen Gründen nicht mehr in Betracht, wenn das Komitee neu zusammentrat; dieses mußte sich durch Kooptation ergänzen. Da es zahlenmäßig nicht fixiert war, konnte es auch sonst politisch interessierte und aktive Leute — neue Beamte oder um den Wahl-

¹⁾ s. o. S. 46.

²⁾ Bis 1881 gab es im Wahlkreis Ottweiler kein ständiges Zentralwahlkomitee, Bellot, S. 159; über Neu- und Umbildungen, ebd., S. 125, 131, 133, 142, 161, 167.

³⁾ In Bremen bestanden 1881 bis 1887 ein persönlich — auf H. H. Meier — orientiertes Komitee und ein Verein als Organ der Partei noch nebeneinander, Hardegen, S. 224, 229; das wird auch anderswo vorgekommen sein.

betrieb verdiente Kräfte¹⁾ — heranziehen, und das ist offenbar, zumal in Landkreisen, auch erfolgt. Die bei der Komiteebildung innerhalb des Honoratiorenkreises herrschende Offenheit blieb im System der Kooptation noch bis zu einem gewissen Grade erhalten. Soweit ein Komitee einem der Parteiflügel zuneigte, wird es sich demgemäß ergänzt haben, aber diese Fragen wurden erst eigentlich mit der Sezession akut. Die Ergänzung nahm man jeweils vor den Wahlen vor, wenn man sich neu konstituierte; darum dauerte es meist eine Weile, bis das Komitee aktionsfähig war, und bei überraschenden Ereignissen geriet es leicht etwas ins Hintertreffen.

Für die Landtagswahlen setzte sich die Autorität des Komitees nicht immer oder nur allmählich gegenüber der älteren Autorität der Wahlmänner durch. Diese blieben noch eine Zeitlang sozusagen Organ der Partei neben den Komitees, in größeren Städten bildeten sie insgesamt oder nach Parteien aufgegliedert geradezu besondere Körperschaften, in denen die Parteigrenzen sehr fließend und oft gegenüber den Komitees verschoben waren. In Berlin hatten sie einen gewählten Vorstand und eine feste Praxis der Vorbesprechungen mit dem Erfordernis der ausreichenden Unterstützung von Vorschlägen und der Entscheidung durch Vorabstimmungen, wie es bei der starken Konkurrenz und der großen Zahl der Wahlmänner notwendig war²⁾. In anderen Städten oder Kreisen besprach man sich jedenfalls einmal, um sich auf den zu wählenden Kandidaten zu einigen und nicht durch Uneinigkeit den Gegnern Chancen zu überlassen. Das Komitee konnte nur Vorbereitungen treffen und Vorschläge machen, nicht aber die Wahlmänner festlegen. Es setzte sich auch nur sehr langsam durch, daß schon vor der Urwahl die Kandidaten der Partei festgestellt wurden, daß also die Wahlmänner schon auf einen bestimmten Kandidaten verpflichtet und daraufhin erst gewählt wurden. Zunächst waren sie noch frei in ihren Entscheidungen. Normalerweise verständigten sie sich mit dem mit ihnen ja auch durch Personalunionen verbundenen Komitee; manchmal schlug dieses mehr Personen vor, als zu wählen waren³⁾, oder es legte nur ein „Programm“ fest und stellte den Wahlmännern Auswahl oder Nominierung anheim, insbesondere dort, wo es auf eine Verständigung beider liberaler Gruppen ankam, die bei der unklaren Stellung der Wahlmänner nur von diesen selbst abgeschlossen werden konnte⁴⁾.

¹⁾ Max Bahr z. B., Sohn eines Jutfabrikanten in Landsberg a. d. Warthe, begann seine politische Laufbahn als Zettelverteiler und Schlepper für die liberale Partei unter einem Komitee, 1876 kam er dann in den Vorstand des inzwischen gebildeten Wahlvereins, Bahr, S. 75.

²⁾ Voss. Ztg., 22. und 25. Oktober, 1., 8., 10. und 12. Dezember 1870. Z. B. wurden bei einer Versammlung aller Wahlmänner eines Wahlkreises von 13 Vorgeschlagenen 11 ausreichend, d. h. mit je 100 Stimmen (!) unterstützt; über die Vorwahlpraxis s. u. S. 55 ff. Es gab auch freie Wahlmännerversammlungen, die öffentlich ausgeschrieben wurden für solche, die „u. a. für den Kandidaten X stimmen“ wollten, NL Forckenbeck (1870).

³⁾ So in Frankfurt a. d. Oder, Berl. Börs. Cour., 9. Juli 1880.

⁴⁾ So in Breslau, Königsb. Hart. Ztg., 16. August 1879, hier handelte es sich um einen fortschrittlichen Wahlverein, der für die Kompromißverhandlungen mit den Nationalliberalen den Wahlmännern freie Hand ließ.

Gerade wo es starke Gruppenspannungen gab, etwa zwischen Parteiflügeln oder zwischen Stadt und Land, mußte ein Komitee mit Vorschlägen vorsichtig sein, wenn es nicht riskieren wollte, mit ihnen zu unterliegen¹⁾.

Aber auf die Dauer setzte sich doch das Komitee gegenüber den Wahlmännern durch, es war parteimäßig stärker abgegrenzt, war verhandlungs- und aktionsfähiger, vor den Wählern und gegenüber den Parteispitzen anerkannt, und es hatte darum Autorität — das Komitee wurde so trotz mancher Widerstände zum einzigen lokalen Parteiorgan im Kreis oder Wahlkreis, das verbindliche Entscheidungen traf²⁾. Allmählich übernahm es dann auch die Vorbereitung der zunächst von den Parteischemata ja wenig berührten und kaum organisierten Wahlmännerwahlen.

Das Komitee war im allgemeinen städtisch zusammengesetzt. Nur die Städter — und einige wenige abkömmliche Landbewohner, ein paar Gutsbesitzer und Pfarrer — konnten sich in der Wahlzeit öfter treffen und die nötigen Vorbereitungen organisieren. Die Partei brauchte aber auch Stützpunkte in den Dörfern, jedenfalls in den Wahlkreisen, in denen ein ernsthafter Wahlkampf stattfinden konnte. Zwar waren, wie gesagt, die Dörfer noch kaum in den Versammlungsbetrieb einbezogen, aber man brauchte Leute, die dort die Parole der Partei ausgaben, im täglichen Umgang für sie warben und vor allem Wahlzettel verteilten. Zugleich mußte das Komitee mit den Wählern in Kontakt bleiben. Beide Funktionen, Vertretung der Partei auf dem Lande und zugleich Vertretung des Landes bei den Parteiführern, dem Komitee, übernahmen die sogenannten Vertrauensmänner³⁾. Sozial gesehen handelte es sich vor allem um bäuerliche Honoratioren, die einen gewissen Einfluß in ihrem Lebenskreis besaßen. Das Komitee kam damit dem Prestigebedürfnis dieser Leute entgegen und verschaffte der Partei zugleich größere Popularität: nicht das kleine Komitee allein, sondern ein breiteres, Mittelschichten repräsentierendes Gremium trug nach außen hin die Parteientscheidungen.

Bei der Auswahl der Vertrauensmänner hat man natürlich oft auf die politisch herausgehobene und teilweise den Wählern doch nahe Schicht der Wahlmänner

¹⁾ In Frankfurt/Oder schlug das Komitee 1880 Lasker deshalb nicht vor, weil seine Annahme durch die Wahlmänner zu unsicher sei, Berl. Börs. Cour., 9. Juli 1880; 1879 war Laskers Kandidatur von den Wahlmännern in Posen abgelehnt worden, NL Forckenbeck. Bei der Landtagswahl im Wahlkreis Graudenz-Straßburg 1874 stellte der gesamtliberale Wahlverein 2 Kandidaten auf, die Wahlmänner aber wählten 2 bei der Vorberatung Unterlegene, und zwar setzten sich dabei die ländlichen Wahlmänner gegen den in der Mehrheit städtischen Wahlverein durch, Voss. Ztg., 18. November 1874.

²⁾ Wo die Parteiverhältnisse unklar und fließend blieben und die Instanzen sich nicht vor den Wahlen einigten, fiel die Entscheidung auch weiter noch den Wahlmännern zu, so im Wahlkreis Saarbrücken 1882, Bellot, S. 162.

³⁾ In Bayern z. B. baute die Fortschrittspartei schon 1867 auf dem Lande ein Vertrauensmännersystem aus, Schieder, S. 173. — Natürlich gab es auch in Kleinstädten eines Kreises Vertrauensleute.

zurückgegriffen¹⁾. Ob diese nun von Parteihonoratioren empfohlen oder von den Wählern aus persönlichen oder politischen Gründen selbst ausgewählt waren, ob sie sich vor oder nach ihrer Wahl parteipolitisch orientierten — jedenfalls konnten sie das Vertrauen von Wählern und Partei beanspruchen. Unter ihnen waren darum für ein Komitee die erwünschten Leute. Zudem entsprachen sie nach ihrer Klassenstellung den Honoratiorenkomitees. Zum Teil gingen sie direkt aus der Klassenwahl hervor²⁾; und auch wo es ein gleiches Wahlrecht gab, repräsentierten sie im wesentlichen das Honoratiorenelement ihres Lebenskreises. Natürlich zog das verantwortliche Komitee nur einen Teil der Wahlmänner als Vertrauensmänner zu und beschränkte sich nicht auf diesen Kreis, zumal wenn die Situation der Partei bei den Landtagswahlen schlecht war oder man z. B. auch jüngere aktive Leute brauchte. In sicheren Wahlkreisen oder in solchen, in denen vopolitische Unterschiede, wie der zwischen den Konfessionen, die Parteistellung bestimmten, wurden anfangs zudem Gemeindevorstände, Bürgermeister und ähnliche Personen vom Komitee zur Vorbereitung der Wahl eingeladen, um sie auf diese Weise durch Mitbeteiligung für die Partei zu gewinnen³⁾.

Die Teilnahme der Vertrauensmänner an den Wahlvorbereitungen hat sich nur allmählich und örtlich sehr unterschiedlich herausgebildet. Der Terminus Vertrauensmann hatte anfänglich noch unterschiedliche Bedeutungen. Wer die Korrespondenz des Wahlkreises mit dem Abgeordneten oder einer Fraktionszentrale führte, wer als Mitglied eines Vereins besondere Funktionen ausübte, wer als Wahlhelfer für ein Komitee arbeitete, auch er war Vertrauensmann. In großen Städten stellten Vertrauensmänner ein erweitertes Komitee dar, demgegenüber das engere Komitee als Vorstand fungierte⁴⁾, und sie nahmen dabei eine relativ selbständige und mitentscheidende Position ein⁵⁾. Auch in ländlichen Wahlkreisen mögen manchmal die Bezeichnungen Komitee und Vertrauensmänner für Komiteevorstand und Komiteemitglieder gegolten haben⁶⁾. Aber

¹⁾ In der Korrespondenz Forckenbecks findet sich — November 1870 — eine Bemerkung über „gewählte“ Vertrauensmänner auf dem Lande in Westpreußen. Das ist aber vereinzelt.

²⁾ In Klassen waren zwar nur die Urwähler eingeteilt, und man konnte in einer anderen Klasse als der eigenen zum Wahlmann gewählt werden, der allein die erste Klasse bildende Wähler wählte etwa einen — meist vor ihm — Abhängigen zum Wahlmann seiner Klasse, aber normalerweise wurde das Übergewicht der vermögenden Wähler durch die Wahlmännerwahl verstärkt.

³⁾ Z. B. in Leipzig-Land, Voss. Ztg., 7. Oktober 1876; vgl. a. o. S. 44.

⁴⁾ In Voss. Ztg., 9. April 1874, wird vom Vorstand und Vertrauensmännern der Nationalliberalen in Hannover gesprochen. Die Bezeichnung zeigt einen gewissen Grad der Institutionalisierung an.

⁵⁾ Die Abgeordneten verhandelten häufiger mit diesen Leuten, so sprach z. B. Stephani 1878 in Leipzig vor den Vertrauensmännern, diese machten ihm wegen seiner reservierten Haltung zum Sozialistengesetz so scharfe Opposition, daß man ohne Ergebnis auseinandergehen mußte, Böttcher, S. 218.

⁶⁾ Miquel z. B. wird 1883 in einem Brief im Namen einer kleineren Versammlung von Vertrauensmännern des Wahlkreises Alsfeld um die Übernahme des Reichstagsmandats gebeten, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 404; diese Vertrauensmänner sind das Komitee. Im Wahlkreis Otterndorf faßten die Komitees in den einzelnen Ämtern die andernorts Vertrauensmänner genannten Leute zusammen, Dt. Tgztg., 9. Mai 1898.

einen spezifischen Sinn hat der Terminus „Vertrauensmänner“ nur für die Organisation der Parteien auf dem Lande oder in Industriegebieten, wo ein Wahlkreis eine Menge Gemeinden umfaßte.

Mit der Zeit ist überall eine entsprechende Praxis eingeführt und institutionalisiert worden. Nachdem zunächst ausgewählte Leute als Personen an einer Besprechung mit dem Komitee teilnahmen¹⁾, wurde aus dieser Teilnahme dann gewohnheitsrechtlich eine Parteifunktion; nicht mehr Personen, sondern die Inhaber des Amtes Vertrauensmann traten zusammen, sie bildeten fortan den Körper der Vertrauensmänner, wie es gelegentlich hieß. Diese Institutionalisierung erfolgte im allgemeinen später als die der Komitees. Vor allem seitdem die Wahlbeteiligung und die Konkurrenz der Parteien zunahmen, wurden die ländlichen Wähler für die liberalen Parteien unsicherer, aber auch wichtiger; darum versuchte man, ihnen mit den Vertrauensmännern näherzukommen und sich ihrer zu vergewissern. Spätestens zu diesem Zeitpunkt mußte man die Existenz der Vertrauensmänner und ihre Bindung an das Komitee institutionalisieren.

Die Kontinuität der Institution Vertrauensmänner war so abstrakt wie die der Komitees, zwischen den Wahlen fanden keine Zusammenkünfte statt. Nur bei sehr kritischen Situationen, besonders bei Parteikrisen, setzten sich manche Abgeordnete mit ihren Vertrauensmännern in Verbindung, um sich einen Rückhalt zu verschaffen oder eine Beunruhigung abzufangen, aber das waren Ausnahmen, und erst später ist daraus eine Gepflogenheit geworden. Die Körperschaft ergänzte sich zum Teil durch Kooptationen, zum Teil berief das Komitee auf Grund persönlicher Empfehlungen neue Leute; da es die einladende und nicht an Zahlen oder vorhergehende Zustimmung gebundene Institution war, hatte es hier weitgehende Freiheit. Bisherige Vertrauensmänner konnte es allerdings ohne schwerwiegende Gründe nicht ausschalten.

Der ursprünglich offenen Struktur dieser Gruppe und den fließenden Parteibegriffen entsprach es, daß auch nach der Institutionalisierung die Parteistellung der Vertrauensmänner nicht immer eindeutig und jedenfalls eher wandelbar war als die der Komiteemitglieder, ihre Parteitree konnte sich manchmal nur als relativ erweisen. Die nationalliberalen Vertrauensmänner im Wahlkreis Bochum erklärten 1891, sie würden, weil der bis dahin am entschiedensten bekämpfte Zentrums kandidat die sogenannten Bergarbeiterforderungen unterschrieben hatte, für diesen stimmen, wenn der nationalliberale Kandidat nicht dasselbe tue. Im Wahlkreis Weimar erklärten 1895 die agitierenden Vertrauensmänner des Freisinns, sie würden, „wenn sie nicht schon gebunden wären . . . gar keine Bedenken tragen“, für Kulemanns Wahl einzutreten²⁾. In den 90er Jahren gingen

¹⁾ Z. B. beschlossen „die Nationalliberalen“, d. h. das Komitee, in Osnabrück 1873 die Wiederwahl Miquels und empfahlen ihn auf einer Versammlung von „angesehenen Leuten aus den einzelnen Orten“, Voss. Ztg., 3. August 1873.

²⁾ Kulemann, S. 155 f., 162. In Bochum sind die Vertrauensmänner die Repräsentanten der Partei in den einzelnen Gemeinden und Bezirken des industriellen großen Wahlkreises.

manchmal ganze Gruppen nationalliberaler Vertrauensmänner zu den Agrarkonservativen über, vor allem in Wahlkreisen, in denen bis dahin noch keine anderen bürgerlichen und evangelischen Parteien aufgetreten waren¹⁾. Freilich blieben solche Schwankungen auf Einzelfälle beschränkt und normalerweise bewährte sich das System der Vertrauensmänner.

Einen direkten Einfluß auf die Zusammensetzung und die Entscheidungen des parteileitenden Komitees hatten die Vertrauensmänner zunächst nicht. Sie vermittelten eher von oben nach unten als umgekehrt²⁾. Immerhin konnte aus ihrer Mitwirkung im Parteibetrieb leicht ein Recht auf Gehör, auf Mitsprache und schließlich Mitbestimmung werden. Bei der Zusammenkunft der Vertrauensmänner vor den Wahlen wurden die politische Lage, die aktuellen Forderungen und die Kandidatenfrage besprochen und schließlich die Vorschläge des Komitees angenommen. Zu Gegenvorschlägen kam es normalerweise nicht, dazu war die Autorität und Überlegenheit des Komitees zu stark, dazu bestand auch praktisch kaum eine Möglichkeit, weil ein neuer Kandidat während der Versammlung kaum greifbar war und es Vorverhandlungen der weit auseinanderwohnenden Vertrauensmänner nicht gab. Es konnten aber kritische Stimmen laut werden, die das Komitee bei seiner weiteren Arbeit berücksichtigen mußte oder die den Kandidaten zu bestimmten Erklärungen oder zu Modifikationen seiner Haltung bewogen. Die Meinung der Wähler, die in den Vertrauensmännern ihr Sprachrohr besaßen, hat z. B. 1878 viele nationalliberale Kandidaten veranlaßt, sich in irgendeiner Form für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu erklären, auch wenn sie das bis dahin abgelehnt hatten³⁾. Im übrigen lag es im Interesse des Komitees, seine Autorität und die Parteitreue seiner Anhänger nicht durch einen unbeliebten Kandidaten zu strapazieren und einen leicht möglichen Parteiwechsel oder eine Sezession zu veranlassen. Darum trugen seine Vorschläge von vornherein der Stimmung der Vertrauensmänner Rechnung, und nur bei Wiederaufstellung bisheriger Abgeordneter ging man über Widerstände im allgemeinen hinweg, auch die Vertreter abweichender Ansichten stimmten hier normalerweise zu. Notfalls konnte das Komitee auch versuchen, durch Festsetzung von Ort und Zeit, Art der Einladung und Kooptationen oder Geschäftsordnungspraxis die Zusammensetzung und den Verlauf der Versammlung zu manipulieren, doch wurden solche Verfahren nicht häufig angewandt. Nur in Ausnahmefällen kam es dazu, daß ein Komiteevorschlag nicht angenommen wurde, dann etwa, wenn eine elementare oppositionelle Volksstimmung Wortführer fand, oder wenn es um Parteispaltungen oder Neuorientierung ging. In diesem Fall konnten die Vertrauensmänner tatsächlich eine selbständige Entscheidung

1) Z. B. 1893 im Wahlkreis Otterndorf, Dt. Tgztg., 3. Mai 1898.

2) Das ergibt sich aus der Zunahme ihrer Bedeutung in den 90er Jahren, s. u. S. 92 ff.

3) Oncken II, S. 374, die Kandidaten gaben der laut werdenden Volksstimmung nach und mißbilligten die parteioffizielle Wahlpolitik, die den Angriffen der Regierung entschieden begegnen wollte; vgl. a. u. S. 123, S. 173.

gegen ein Komitee treffen und durchsetzen. Aber derartige Spannungen waren, von der Sezessionskrise abgesehen, selten.

Im ganzen beruhte das Verhältnis von Komitee und Vertrauensmännern auf Autorität und freiwilliger Zustimmung, die Initiative lag faktisch allein beim Komitee, dessen Unabhängigkeit war gesichert, die Vertrauensmänner stellten gleichsam eine lockere Schranke für einen etwaigen Komitee-Absolutismus dar, der sich essentiell in Widerspruch zu ihnen gesetzt hätte; das aber lag nicht im Interesse des Komitees, das ja die Wahl seines Kandidaten durchsetzen wollte und dazu auf die Vertrauensmänner angewiesen war. Das Komitee war trotz all seiner Unabhängigkeit darauf angewiesen, Resonanz bei den Vertrauensmännern zu finden, ein Phänomen, das auf allen Stufen der Parteiorganisation eine bedeutende Rolle spielte. Wie gering auch die Möglichkeiten zur Aktivität für diesen Resonanzkörper sein mochten, so war er doch kein bloßer Zustimmungsapparat; er konnte die Resonanz versagen, und diese Möglichkeit beeinflusste die Entscheidung des Komitees, auf ihr beruhte das politische Gewicht des Vertrauensmännerkreises. Freilich hat sich das nur sehr allmählich entwickelt und das eindeutige Übergewicht des Komitees keinesfalls gefährdet.

Im ganzen entsprach die Komiteeverfassung in weiten Teilen des Landes der politischen und sozialen Lage. Als lokales Parteizentrum war das Komitee Wahlorganisation, und zwar auf Honoratiorenbasis. Es nominierte den Kandidaten, indem es in sich die Einigung der lokalen Parteiführer vermittelte, und arrangierte den Wahlbetrieb. Durch seine Institutionalisierung war festgelegt, wer an der Kandidatenaufstellung zu beteiligen war. Das Komitee garantierte eine gewisse Einheit und Kontinuität der Parteiführung, solange jedenfalls die Partei nicht von ernsthaften Spaltungen bedroht war. Auf eine feste Bindung von Anhängern an die Partei oder eine kontinuierliche Propaganda ging es nicht aus, die von ihm geführten Wahlkämpfe blieben im allgemeinen zahm. Die Vertrauensmänner sicherten den Kontakt mit den Wählern und gaben die erforderliche Resonanz. Das System genügte den Anforderungen des politischen Betriebs, solange die innerparteiliche Einigung noch relativ einfach und informell zu erreichen war, solange das Mitbestimmungsstreben der Parteianhänger gering war, und die Honoratiorenführung einigermaßen unbestritten funktionierte, solange die Massen noch nicht wirklich in die Politik einbezogen wurden und die Parteien nur in den relativ kurzen Wahlkämpfen aktiv zu werden brauchten. Innerhalb einer Gesamtpartei war ein Komitee seiner eigenwüchsigen Entstehung gemäß fast gänzlich selbständig. Anfangs bestimmte es sogar noch selbst sein Programm, aber auch nachdem sich die Fraktionsorientierung durchgesetzt hatte, blieb es allen zentralen Organen gegenüber in seinen Entscheidungen unabhängig, eine Unabhängigkeit, die das lockere Gefüge der älteren Honoratiorenparteien wesentlich mitbedingte¹⁾ — und dem liberal-repräsentativen System mit seiner Auffassung von dem freien Verhältnis zwischen Abgeordneten und Partei durchaus entsprach.

¹⁾ s. u. S. 84 f., S. 155 ff.

b) Die Wählerversammlung

Die lokale Organisation der Liberalen bestand also zumeist aus Wahlkomitees, und zwar zumal in ländlichen Bezirken, in den Klein- und Mittelstaaten und in den 1866 zu Preußen gekommenen Provinzen. Daneben gab es aber noch eine ganz andere Organisationsweise, die vor allem in Berlin und den größeren Städten Ostdeutschlands den Parteibetrieb bestimmte, also in Gebieten, die durch den Gegensatz des Bürgertums zu den preußischen Konservativen und die Konfliktzeit politisch geprägt waren; man kann sie, die im wesentlichen von Anhängern der Fortschrittspartei getragen wurde, als demokratische Organisationsweise bezeichnen. Sie war dadurch charakterisiert, daß Parteientscheidungen in öffentlichen Wählerversammlungen getroffen wurden, daß insbesondere die Kandidaten in einer Vorwahl durch solche Versammlungen ausgewählt wurden. Das beste Beispiel zur Analyse dieses Systems bieten die Berliner Verhältnisse¹⁾.

Ursprünglich stammte es aus der demokratischen Bewegung von 1848, hatte aber während der Reaktionsperiode wegen der Handhabung des Versammlungsrechts keine Rolle gespielt. Erst seit Beginn der neuen Ära konnte man wieder darauf zurückgreifen²⁾. Da aber zunächst die Kandidaten von den Wahlmännern aufgestellt wurden, konnten Wählerversammlungen nur selten bei der Nominierung mitwirken, und auch zur Aufstellung von Listen für die Wahlmännerwahlen kam es bei den Schwierigkeiten wegen der Klasseneinteilung nur gelegentlich³⁾. Erst als das gleiche und direkte Wahlrecht zum Reichstag eingeführt wurde und zumal in Berlin die Radikalen wegen des Übertritts fortschrittlicher Abgeordneter zu den Nationalliberalen eine starke Bewegung zur Kontrolle der Kandidatenaufstellung entfesselten⁴⁾, wurden die Wählerversammlungen für ein Jahrzehnt zur mitentscheidenden, ja wichtigsten lokalen Institution der Partei.

Solche Versammlungen kamen nicht mehr wie in der 48er Revolution relativ spontan zusammen, sondern wurden jetzt von bestimmten Gruppen in festgelegten Formen vorbereitet, und zwar in Berlin von den sogenannten Bezirksvereinen. Diese hatten sich seit 1858 in der liberal-demokratischen Tradition der 48er Volksvereine und im Geiste der Berliner Aufklärung gebildet⁵⁾. Die Trennung der liberalen Fraktionen hatten sie trotz des scharfen Richtungsgegensatzes

¹⁾ Die Berliner Presse ist in diesem Zeitabschnitt unsere Hauptquelle, darum sind wir über die Berliner Verhältnisse besonders gut unterrichtet.

²⁾ Parisius, S. 26.

³⁾ Eine Vorwahl der Wahlmänner durch eine allgemeine Urwählerversammlung z. B. im Wahlkreis Berlin I, Voss. Ztg., 20. Oktober 1870; auf einer Versammlung von Wahlmännern wurde ein Komitee eingesetzt, das die 400 Wahlmänner, die 1867 für Jacoby gestimmt hatten, und andere „Urwähler gleicher Gesinnung“ zu einer Versammlung öffentlich einladen sollte, um über seine Wiederaufstellung zu beschließen, nachdem er zur demokratischen Volkspartei übergegangen war, Voss. Ztg., 26. Oktober 1870.

⁴⁾ Wittig, S. 17.

⁵⁾ Gelegentlich heißen diese Vereine auch Bürgervereine; der Friedrich-Werdersche Bezirksverein bestand seit 1858 und ist der älteste von ihnen, Berl. Börs. Cour., 1. Februar 1879.

in Berlin Anfang der 70er Jahre noch nicht mitgemacht, aber die Fortschrittler bildeten ganz unbestritten die Majorität, zumal dann, wenn es nicht wie bei Landtags- und Kommunalwahlen auf die Klasseneinteilung ankam¹⁾. Der sozialen Struktur nach sammelte sich in den Vereinen das kleine und mittlere Bürgertum, vor allem Selbständige, dazu einige Kommunalbeamte und fortschrittliche Intellektuelle, während die noch liberalen Arbeiter relativ schwach vertreten waren und die entstehende Großbourgeoisie sich mehr auf wohlwollende Unterstützung beschränkte. Die Aktivität der Vereine war der Wohltätigkeit, der Volksbildung und der Geselligkeit, vor allem der Kommunalpolitik und der Organisation der kommunalen Wahlen gewidmet²⁾. Daneben beschäftigten sie sich auch allgemein mit Politik: Abgeordnete hielten Vorträge³⁾, und grundsätzliche wie aktuelle politische Fragen wurden diskutiert, wobei es freilich weniger auf Auseinandersetzungen als auf Selbstbestätigung der gleichgesinnten Mitglieder ankam.

Auch über die allgemeinen Wahlen und die Aufstellung von Kandidaten wurde in diesem Rahmen gesprochen, man betraute dann ein Komitee von Vertrauensmännern mit den notwendigen Vorbereitungen⁴⁾. Diese Vertrauensmänner nahmen einmal den durch intensive Hausagitation besonders lebhaften Wahlbetrieb in den einzelnen Wohnvierteln in die Hand⁵⁾. Zum andern traten sie mit den Vertretern der übrigen Bezirksvereine ihres Wahlkreises zusammen, um mit ihnen über die Kandidaturen zu verhandeln. Sie waren also nicht nur Wahlagenten, sondern zugleich und darüber hinaus Repräsentanten ihrer Wähler. Daher wurden sie im allgemeinen von den Bezirksvereinen auf Vorschlag der Vereinsvorstände gewählt, und zwar mindestens einer, meistens drei für jeden Urwahlbezirk⁶⁾. Gelegentlich kam es auch zur Wahl durch öffentliche Wählerversammlungen, allerdings umgekehrt auch zur Ernennung durch einen Vorstand oder ein Komitee⁷⁾. Im Bewußtsein der Parteianhänger war die Art, auf die die

¹⁾ Erst 1874 gründeten die Nationalliberalen einen eigenen Verein, ohne daß aber alle ihre Parteianhänger schon aus den Bezirksvereinen ausschieden.

²⁾ Sie machten Wahlvorschläge und organisierten nach Abteilungen gegliederte Wählerversammlungen. Bei ihren Vorschlägen verfahren sie — und zwar weniger aus taktischen Rücksichten auf die Rechtskreise in den oberen Wählerklassen als aus sachlichen Gründen — nicht unbedingt als Partei, auch Konservative und Rechtsnationalliberale, wie z. B. Gneist, wurden nominiert; z. B. Voss. Ztg., 8. und 10. September, 4. Oktober, 23. Dezember 1870, 3. November 1874. — Die Stadtverordnetenwahlen waren bis zu den 80er Jahren — mit Ausnahme der gemischt-konfessionellen Städte — noch nicht parteipolitisch durchorganisiert.

³⁾ Voss. Ztg., 10. September 1870.

⁴⁾ Voss. Ztg., 18. und 21. Oktober 1870; Allg. Ztg., 7. Februar 1874; Voss. Ztg., 20., 26. und 27. Oktober 1876.

⁵⁾ Sie sollten auch mit Sammelisten das notwendige Geld für die Wahlen aufbringen, Voss. Ztg., 2. Februar 1871, 26. Oktober 1876, 12. Juni 1877; nach der letzten Angabe hatte jeder Vertrauensmann selbst 5 Taler aufzubringen, das war aber kaum verbindlich, da auch Arbeiter als Vertrauensmänner vorkommen, die solchen Beitrag sicher nicht leisten konnten.

⁶⁾ Ein Wahlkreis umfaßte mehrere Bezirke, der Reichstagswahlkreis VI z. B. 9, jeder Bezirk mehrere Urwahlbezirke. Voss. Ztg., 10., 15. und 16. Februar 1871.

⁷⁾ Voss. Ztg., 27. Oktober 1870, 27. Januar 1871, 10. September 1876.

Vertrauensmänner zu ihrem Amt kamen, wenig wichtig¹⁾, schon deshalb, weil die Ernannten sich immer noch einer Wahl in Versammlungen und Vereinen unterzogen, früher Gewählte sich immer wieder zur Neuwahl stellten und weil niemand Interesse daran hatte, unbekannte oder unbeliebte Leute in diese Stellungen zu bringen.

Die Vertrauensmänner eines Wahlkreises nun traten mehr oder weniger formell, z. T. auf öffentliche Einladung früherer oder auch von selbst sich bildender Führungsgremien zusammen und konstituierten entweder sich selbst als Komitee oder wählten ein solches, auch als Wahlvorstand bezeichnetes Komitee²⁾. Gelegentlich schalteten sich noch die Wahlmänner als Korporation oder durch ein Komitee in die Vorbereitung der Wahlen ein³⁾, ihre Möglichkeiten waren aber begrenzt, da sich Landtags- und Reichstagswahlkreise auch in Berlin nicht deckten, da die Klassenstruktur ihrer Korporation den demokratischen Vorstellungen der Wählerschaft nicht entsprechen konnte. Im ganzen blieb die Organisation der Vertrauensmänner und der Komitees fließend und unklar. Die Verbindung der Bezirksvereine untereinander war lose, sie hatten kein gemeinsames ständiges Organ, die Komitees wurden formal nur ad hoc gebildet, der Rückgriff auf Komitee und Vertrauensmänner der vorigen Wahl war immer zweifelhaft, so daß immer erneute Wahlen, Ernennungen oder Kooptationen notwendig wurden. Natürlich hatten auch die Bezirksvereine kein Monopol für die Wahlvorbereitung, Sondergruppen bildeten immer wieder aus eigener Initiative Komitees, um bestimmte Kandidaten durchzubringen⁴⁾. Die fortschrittlichen Parteiführer machten unter diesen Umständen Versuche, den Wahlbetrieb zentral und rechtzeitig in Gang zu bringen und zu koordinieren, indem sie Besprechungen von Abgeordneten, Komitees, Vereinsvorständen und Journalisten arrangierten, 1876 sogar im Anschluß an einen „Allgemeinen Berliner Verein für öffentliche Angelegenheiten“ einen „Vertrauensmännerkörper für die Reichs- und Landtagswahlen“ konstituierten⁵⁾. Aber zunächst gewann die Organisation keine größere

¹⁾ In einer Besprechung führender Fortschrittler wurden die verschiedenen Bestellungsweisen als gleichberechtigt anerkannt, Voss. Ztg., 10. Februar 1871.

²⁾ Voss. Ztg., 21. und 27. Januar, 10. und 19. Februar 1871, 13. November 1874. — Nur in einem Fall ist vom Wahlvorstand der Fortschrittspartei und von fortschrittlichen Vertrauensmännern die Rede, sonst fehlen solche Parteibezeichnungen.

³⁾ Voss. Ztg., 7. Oktober 1870, 7. November 1876.

⁴⁾ Voss. Ztg., 21. Januar, 9., 19., 21. und 24. Februar 1871, 2. September 1876; Königsb. Hart. Ztg., 6. Januar 1877.

⁵⁾ Voss. Ztg., 10. Februar 1871; Der Gewerkverein, 1876, Nr. 4. — 1874 hatte man auch erwo-gen, klargegliederte Wahlvereine zu begründen, Voss. Ztg., 28. Mai 1874; das Fehlen einer klaren und schnell aktionsfähigen Organisation hatte sich gezeigt, als der Abgeordnete Hagen 3 Tage vor der Wahl von seiner Kandidatur zurücktrat, eine Versammlung von Vertrauensmännern, deren Zuständigkeit für den Wahlkreis unklar blieb, nominierte den Nationalliberalen Simson, weil ein Fortschrittler nicht zur Verfügung stand; Simson, der von dieser Nominierung nichts wußte, nahm die Kandidatur nicht an, woraufhin die Wähler für Hagen stimmten; Allg. Ztg., 10. Januar 1874.

Stabilität, solange die Fortschrittspartei die Wahlen beherrschte, war der Zwang, zu anderen Organisationsformen überzugehen, noch nicht stark genug.

Auch die Komitees waren jeweils sehr um ihre demokratische Legitimität besorgt; in den von ihnen einberufenen Versammlungen ließen sie zunächst sich selbst wählen, d. h. bestätigen, wobei ihnen meist ausdrücklich das Recht zur Kooptation zuerkannt wurde. Im allgemeinen machten solche bestätigenden Wahlen keine Schwierigkeiten, Vorstandsvorschläge auf Wahl oder Wiederwahl eines Komitees wurden befolgt. Bei der großen Allgemeinheit der Vereine und Versammlungen konnte zudem wohl jeder, wenn er beredt genug war, sich einen gewissen Anhang zu verschaffen, und von der allgemeinen fortschrittlichen Linie nicht zu stark abwich, durch Initiative und Aktivität über die Vertrauensmännergruppe in ein Komitee gelangen.

Aufgabe von Komitees und Vertrauensmännern war es zunächst, eine erste Klärung darüber herbeizuführen, welche Kandidaten für die Nominierung in Frage kamen. Da in Berlin die Schwierigkeit, Beruf und Mandat gleichzeitig auszufüllen, für bürgerliche Abgeordnete ebensowenig ins Gewicht fiel, wie die Diätenlosigkeit des Reichstags, gab es jeweils eine Reihe geeigneter und geneigter Anwärter. Die Vertrauensmänner sammelten Vorschläge, diskutierten darüber und schieden diejenigen, die in ihrem Kreise zu geringen Anklang fanden, aus. War die Zahl der Bewerber zu groß, so versuchte man, einige zum Rücktritt zu bewegen, oder in erweiterten Vertrauensmännerversammlungen die Kandidaten kleiner Minoritäten auszuschalten. Die Übrigbleibenden wurden der entscheidenden Wählerversammlung zur Vorwahl vorgeschlagen. Die Einigung auf nur einen Vorschlag war bei Neuaufstellungen nicht üblich, nur Abgeordnete, die sich zur Wiederwahl stellten, wurden *uno loco* vorgeschlagen¹⁾.

Wenn die Vertrauensmänner sich auf einige mögliche Kandidaten geeinigt hatten, luden sie die Wähler zu einer Versammlung ein, um ihnen die Entscheidung über die Kandidatur vorzulegen. Solche sogenannten Wählerversammlungen wurden gut besucht, die Zahlen bewegen sich zwischen 500 und 2000 Personen²⁾. Zu Beginn der Versammlung ließen sich die Einberufer als Vorstand bestätigen, dann machten sie ihre Vorschläge, und weitere kamen aus dem Kreis der Versammlung, wobei auch in den Vorbesprechungen ausgeschiedene Namen

¹⁾ Im Wahlkreis II wurden 4, im Wahlkreis III 3 Kandidaten vorgeschlagen, nachdem hier 2 abgelehnt hatten und 2 zum Rücktritt bewegt worden waren; Voss. Ztg., 7. und 16. Februar 1871; Gewerkverein, 1871, Nr. 15; Voss. Ztg., 5., 9., 16. und 20. April 1871. Noch 1877 wollte der Wahlbezirksvorstand im Wahlkreis I der Wählerversammlung drei Kandidaten vorschlagen, von denen aber zwei, offenbar unter dem Einfluß von Abgeordneten, vorher verzichteten, so daß nur Max Hirsch übrigblieb. Für 1874 vgl. z. B. Gewerkverein 1874, Nr. 7, über einen Doppelvorschlag im Wahlkreis VI.

²⁾ 500 Wähler: Gewerkverein 1871, Nr. 15; 1200: Voss. Ztg., 26. Februar 1871; 832: Voss. Ztg., 20. April 1871; 2000: Allg. Ztg., 31. Januar 1874; im Vergleich mit der Zahl der Wahlberechtigten oder der tatsächlichen Wähler bleiben die Zahlen natürlich gering, sie liegen etwa zwischen 3 bis 8%.

wieder vorgebracht wurden¹⁾). Jeder Vorgeschlagene bedurfte der Unterstützung einer vorher bestimmten Zahl von 10 bis 20% der Anwesenden²⁾, um auf die „Kandidatenliste“ zu kommen. Nach „Schluß“ dieser Liste hielten die zunächst erfolgreichen Kandidaten Programmreden — in der Sprache der Zeit: sie legten ihr politisches Glaubensbekenntnis ab —, die Wähler, zumal bestimmte Gruppenvertreter, konnten die Kandidaten interpellieren, es gab dann lange und heftige Diskussionen, bis schließlich abgestimmt wurde und man den Sieger als „alleinigen Kandidaten der Fortschrittspartei im Wahlkreis“ nominierte.

Grundsätzlich waren die Versammlungen allgemein zugänglich, sie wurden durch Anzeigen in den Zeitungen angekündigt. Dabei war die Parteirichtung entweder nach den üblichen Gepflogenheiten jedem Bürger selbstverständlich, oder sie wurde ausdrücklich genannt, die Einladung richtete sich dann an alle „liberalen Wähler“ oder an alle an der Wahl eines „liberalen Mannes“, eines „Mannes von der Art des bisherigen Abgeordneten XY“, an der Wahl des Z Interessierten oder gab durch die Unterschrift die Parteirichtung an. Trotzdem aber war fast immer von allgemeinen Wählerversammlungen die Rede, und es nahmen an ihnen jeweils Wähler ganz verschiedener Tendenzen teil, wenn auch die angesprochene Richtung dominierte; solange sie führte, hatte sie gegen die Teilnahme Andersgesinnter nichts weiter einzuwenden.

Das Aufkommen der Sozialdemokraten bewirkte hier eine Änderung. Diese, in der Versammlungsfreiheit durch Polizei und Saalbesitzer gehemmt, benutzten auch fortschrittliche Veranstaltungen, um für ihre Partei zu agitieren, zumal sie damit rechnen konnten, radikale Demokraten noch für sich zu gewinnen³⁾. Dabei kam es natürlich öfter zu Lärmszenen oder zu Streit um Geschäftsordnungsfragen, und der Zweck der Versammlungen, bürgerlich-liberale Kandidaten aufzustellen, geriet in Gefahr. Darum begann man seit 1871 damit, die Öffentlichkeit zu beschränken. Man wollte den Zutritt an die Anerkennung des einberufenden Vorstandes binden und von vornherein die Richtung der Versammlung betonen⁴⁾. In einigen Wahlkreisen gab man Einladungs- oder Legitimationskarten aus, die die Vertrauensmänner, Bezirksvereinsmitglieder und „andere achtbare Bewohner“ zu verteilen übernahmen. Es gab zwar anfangs einigen Widerstand dagegen, ein Vereinsvorstand z. B. erklärte, daß trotz der möglichen Störungen „eine allgemeine öffentliche Versammlung“ vor einer „immerhin sich selbst bildenden Vertrauensmännerversammlung . . . noch den Vorzug verdiene“, aber solche Meinungen blieben in der Minderheit, zudem wurden sie teilweise dadurch entkräftet, daß die Einlaßkarten für jeden Wähler des Wahlkreises an öffentlich

¹⁾ Z. B. Gewerkverein, 1871, Nr. 15.

²⁾ 200 Stimmen: Voss. Ztg., 26. Februar 1871; 100: Gewerkverein 1877, Nr. 1.

³⁾ Gewerkverein 1871, Nr. 17; in einer für Jacoby veranstalteten demokratischen Versammlung bestand die Mehrheit aus Lassalleanern, Voss. Ztg., 24. Februar 1871.

⁴⁾ Voss. Ztg., 10. Februar 1871. Die Fortschritt Führer beschlossen, von einer Verpflichtung zu Wählerversammlungen abzusehen.

angegebenen Stellen erhältlich sein sollten¹⁾). In anderen Wahlkreisen war von „Mitgliedern und Gleichgesinnten“ und gelegentlich sogar von Parteimitgliedern die Rede²⁾), die zu vorgesehenen Versammlungen Zutritt haben sollten, ohne daß aus diesem moralischen Appell eine fixierte Bedingung wurde.

Durch diese Beschränkung der Öffentlichkeit wollte man zunächst nur erreichen, bekannte Sozialisten und Wähler, die nicht im Wahlkreis wohnten, auszuschließen, sowie eine bürgerlich-liberale Mehrheit herzustellen, um die Leitung der Versammlungen in der Hand zu behalten. Obschon selbstverständlich die Vertrauensmänner bei der Kartenverteilung ihren Anhang bevorzugten, verfahren sie im ganzen, mindestens bis 1876/77 einigermaßen großzügig³⁾), in ihrem eigenen Kreise gab es ja viele und nicht unbedingt fortschrittliche Tendenzen, zudem konnte man eine genauere Kontrolle der natürlich nicht auf Namen ausgestellten Karten gar nicht vornehmen. Darum blieben die Versammlungen halböffentlich, auch weiterhin waren mindestens die Nachbarparteien, wenn auch nicht mit Mehrheit, vertreten, und jedenfalls immer eine ganze Reihe ernsthaft konkurrierender Richtungen. Obschon praktisch die Allgemeinheit der Versammlungen noch einigermaßen bestehen blieb, war mit dem Kartensystem prinzipiell schon die Möglichkeit gegeben, die Teilnahme zu manipulieren, damit zugleich aber die Legitimität solcher Versammlungen aufzuheben.

Die Wählerversammlung wurde „einberufen“, in diesem Terminus drückte sich die Überzeugung aus, daß es sich hierbei um ein echtes Organ im politischen Betrieb handelte, das eine legitime Funktion auszuüben hatte. Für das politische Bewusstsein der Linken war die Autorität der Wähler fast selbstverständlich, jede Opposition gegen Fraktionen oder Vertrauensmänner berief sich auf die unmittelbare Souveränität der Wähler oder appellierte an sie, und die Führung achtete sie sorgfältig oder wußte sich ihr mindestens anzupassen⁴⁾). In der Wählerversammlung bekundete sich diese eigentliche Souveränität, nur die in ihr vorgenommene Kandidatenwahl hatte Anspruch auf Legitimität. Dabei mußte mindestens theoretisch der Versammlung auch die Möglichkeit zur Auswahl gewahrt werden; stellte das Komitee nur einen einzigen Kandidaten zur Debatte und wurden gar weitere Kandidaturen verhindert, so galt er als „oktroy-

¹⁾ Voss. Ztg., 7., 9., 26. und 28. Februar 1871, 16. und 20. April 1871, 28. April 1874, 13. und 31. Dezember 1876; Allg. Ztg., 31. Januar 1874; Gewerkverein 1871, Nr. 17. Für Januar 1874, den Monat der Reichstagswahlen, standen mir keine Berliner Zeitungen zur Verfügung.

²⁾ Voss. Ztg., 19. und 26. Februar 1871. Mitglieder sind wohl die der Bezirksvereine oder Personen, deren fortschrittliche Gesinnung bekannt war.

³⁾ Nur 1874 gab es einmal Proteste gegen die Handhabung des Zulassungssystems, Gewerkverein 1874, Nr. 7.

⁴⁾ Die Führung legte Wert darauf, daß in jeder Frage der Wille der Wähler zur Geltung kommt“, Voss. Ztg., 8. April 1874, daß das Entscheidungsrecht der Wählerversammlung unangestastet bleibe, Voss. Ztg., 17. Juli 1878; die Fraktion könne nicht diktatorisch über die Köpfe der souveränen Wähler hinweg ein Wahlabkommen schließen und ihre Entscheidung ausschalten, Voss. Ztg., 12. Oktober 1876; nur bei einer breiten demokratischen Organisation könnten die Wähler mit voller Überzeugung für die Partei eintreten, Gewerkverein 1876, Nr. 46.

iert¹⁾), man bestritt ihm die Legitimierung durch das in der Wählerversammlung aktiv werdende Volk. Auf diese Legitimierung aber kam es an.

Auch Kräfte, die sich verfassungs- oder gesellschaftspolitisch von der Fortschrittspartei lösten — wie Demokraten, Rechtsliberale, Zünftler —, versuchten noch, in den allgemeinen Wählerversammlungen ihre Kandidaten durchzubringen und damit die anerkannte Autorität des versammelten Volkes für ihr Gruppeninteresse zu gewinnen²⁾. Wenn sie dabei scheiterten, ließen sie ihre Kandidaten durch eigens berufene Volksversammlungen aufstellen; das widersprach zwar dem eigentlichen Charakter der Institution, aus der Auswahl wurde bloße Bestätigung, aber die fest im politischen Bewußtsein verankerte Form der Legitimierung sollte gewahrt werden.

Das Verfahren dieser Vorwahlen beruhte auf zwei Voraussetzungen. Einmal war der Begriff der Partei als einer unter mehreren, der pluralistische Charakter des demokratischen Systems, noch nicht eigentlich bewußt geworden: indem die Liberalen Parteientscheidungen in jedermann zugänglichen Volksversammlungen treffen ließen, gingen sie von einer eigentlichen Identität zwischen Partei und Volk aus. Sie fühlten sich noch lange als alleinige Vertreter des wirklichen und des ganzen Volkes, andere Parteien waren entweder Anhang der Regierung oder vertraten bloße Klasseninteressen³⁾. Es war der Optimismus, daß ein nicht durch Korruption verdorbenes und nicht durch Demagogie verführtes Volk ganz von selbst „entschieden liberal“ sein würde. Natürlich verlor die unbewußte Identifizierung von liberaler Partei und Volk an Realität, als die „souveränen“ Wählerversammlungen nicht mehr unbeschränkt öffentlich waren. Aber die politischen Vorstellungen wandelten sich langsamer als der politische Betrieb und überdeckten noch eine Zeitlang die veränderte Situation; daß das Volk in mehrere Parteien nicht nur vorübergehend, sondern dauernd gegliedert sei, wurde erst allmählich anerkannt.

Die andere und allein bewußte Voraussetzung war die, daß das Ideal der Staatsverfassung auch für die Parteiverfassung maßgebend sein sollte. Wenn die Staatsgewalt auf der Volkssouveränität beruhen sollte, sollte die Parteigewalt auf der Souveränität der Parteiwähler beruhen. Der erstrebten Mitherrschaft des Parlaments sollte die Mitbestimmung der Wähler bei den Parteientscheidungen entsprechen. Und die Abgeordneten selbst wollten zudem ihren Anspruch akzentuieren, Vertreter des Volkes zu sein, das wirkliche Volk sollte sie nicht nur gewählt, sondern auch aufgestellt haben, und nicht etwa Literaten oder irgendwelche Cliques. Zu diesen ideellen Voraussetzungen des Systems traten drei andere Momente, die es begünstigten: 1. war in Berlin die Wahl eines Fort-

¹⁾ Voss. Ztg., 16. Februar 1871.

²⁾ Die Führer der Zünftler, die sich lange als Fortschrittler fühlten, Bierberg und Brandes, standen 1881 im konservativ-antisemitischen Lager; Voss. Ztg., 20. September 1881; 1871 wurde der altliberale ehemalige Minister Schwerin in einer Versammlung vorgeschlagen, er erhielt aber nicht die erforderliche Unterstützung, um auf die Liste zu kommen, Voss. Ztg., 26. Februar 1871.

³⁾ Diese Argumentation kehrt ständig wieder, vgl. z. B. Berl. Börs. Ztg., 22. August 1872.

schrittlers so gut wie sicher; die Nominierung entschied praktisch über den Ausgang der Wahl, darum mußte sich die demokratische Willensbildung auf sie konzentrieren, und zwar in der Form der Vorwahl; 2. gab es hier eine demokratische Tradition und noch die Konkurrenz einer schwachen, aber lautstarken radikal-demokratischen Minorität. Auch Honoratiorenpolitiker der Linken, die grundsätzlich einer anderen Parteiverfassung zuneigten, mußten aus taktischer Rücksicht das demokratisch geheiligte System der Volksversammlungen anerkennen; 3. hatten die großstädtischen Linksliberalen keine klar geordnete Honoratiorenschicht, deren Spitzen unbestritten die Führung übernehmen konnten; außerdem gab es zu viele, die auf Mitsprache in politischen Dingen Anspruch erhoben. Da Führer nicht mehr natürlich durch Geburt oder Stellung legitimiert wurden, brauchten sie eine Legitimation durch demokratische Wahlen, diesem Anspruch genügte das Vereins- und Versammlungswesen besonders gut.

Die praktische Identifizierung von Wählern und Parteianhängern war ohne Gefahr für die Partei solange möglich, wie die Parteiführer die weit überwiegende Mehrheit der Wähler vertraten und in der Hand hatten, und das war etwa bis zur zweiten Hälfte der 70er Jahre der Fall¹⁾. Die 48er Revolution, die demokratische Tradition der Vereine und die Erfahrungen der Konfliktzeit hatten das Bewußtsein der Wähler im Sinne der Fortschrittspartei geprägt, und die Linksnational-liberalen fühlten sich ihr mindestens bis 1877 noch eng verbunden. Für die späteren Gegner des Liberalismus, zünftlerische Handwerker und antikapitalistische Kleinhändler, und für die z. T. noch liberale Arbeiterschaft rangierten zunächst Verfassungsprobleme vor den wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen; darum war die auf ihren Verfassungszielen gegründete Herrschaft der Fortschrittspartei über das politische Bewußtsein dieser Schichten noch ungebrochen. Auch schien das wirtschaftliche Programm der Partei, Gewerbefreiheit, Genossenschaften, Gewerkschaften, zunächst den wirtschaftlichen Interessen von Bürgertum und Arbeiterschaft noch zu entsprechen.

Bei dieser Struktur der Wählerschaft nahmen natürlich an den Versammlungen im wesentlichen Fortschrittler teil, Anhänger gegnerischer Parteien spielten keine große Rolle, rechtsstehende Gruppen hatten bei den Massen keine Chancen, ihre „staatsmännische“ Einstellung vertrug sich nicht mit dem Agitationsstil der Versammlungen, die Teilnahme von Sozialisten war eingeschränkt, so daß sie nicht weiter ins Gewicht fielen, nur die demokratischen Volksparteiler traten kräftig auf, konnten aber niemals großen Anhang gewinnen. Daher konnte es in den Versammlungen nur um Richtungsfragen und Personenfragen im Rahmen der Partei gehen. Bei den Auseinandersetzungen darüber hatten die führenden Leute des Komitees und der Vereine einen maßgebenden Einfluß. Sie verfügten über einen ziemlich großen Anhang und repräsentierten zudem, aus der

¹⁾ 1871 wurden in Berlin nur 2058 sozialistische Stimmen abgegeben, 1874 waren es etwa 11000 Stimmen, der offizielle Ausschluß der Sozialisten von den Wählerversammlungen also betraf vorerst nur eine kleine Minorität.

breiten Organisation der bezirklichen Vertrauensmänner hervorgegangen, die durchschnittliche Meinung der Mehrheit der Parteianhänger, darum wurde ein einheitlicher Vorschlag von ihnen oder ein von maßgeblichen Abgeordneten unterstützter im allgemeinen angenommen, wenn auch selbst bei populären Abgeordneten durchaus mit beachtlichen Konkurrenten aus dem Kreise der Versammlung zu rechnen war¹⁾. Ein Kandidat, der nicht unter den vom Komitee Vorgesprochenen war, ist wohl niemals endgültig aufgestellt worden. Immerhin gab die Versammlung den Kandidaten und der Führung erst eine wirksame und notwendige Legitimation. Wurden einer Versammlung mehrere Vorschläge vorgelegt, ohne daß einer durch Empfehlung besonders begünstigt war, so hatte ihr souveränes Entscheidungsrecht wirklich reale Bedeutung, sie konnte freier und selbständiger auswählen, freilich nur, wenn sich am Schluß eine überzeugende Mehrheit ergab; kleine Spannungen suchte man sogleich zu lösen, die Versammlungen sollten auch ein Organ von Ausgleich und Einigung sein. Wenn sich das nicht erreichen ließ, wurde die Entscheidung vertagt²⁾; die führenden Leute versuchten mit Hilfe maßgebender Abgeordneter in der Zwischenzeit einen Ausgleich zwischen den rivalisierenden Gruppen zu erzielen, durch Überredung und Druck einen der Kandidaten zum Rücktritt zu bewegen oder eine eindeutige Stellungnahme der Anhänger zu veranlassen, normalerweise kam dann ein Vorschlag, auf den die Führer sich nachträglich geeinigt hatten, durch. Natürlich gab es auch bestimmte Praktiken der führenden Leute, die Zusammensetzung einer Versammlung zu beeinflussen, etwa durch Festsetzung des Termins, die Art der Bekanntgabe und Werbung, oder sie konnten durch das Handhaben der Geschäftsordnung ihren Verlauf bestimmen und z. B. die Vertagungen durchsetzen.

Der vorwiegende Einfluß der Führung kam besonders bei sachlichen Gegensätzen zur Geltung. Solche bestanden etwa zwischen den verfassungspolitisch orientierten eigentlichen Parteileuten und Kreisen, die nebenher wirtschaftliche Sonderwünsche vertraten³⁾, oder wie die Handwerker sogar in den Vordergrund schoben, und zumal zwischen dem sozialpolitisch reaktionären Gros der Fortschrittler und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinlern, die in Berlin noch über einen relativ großen Anhang verfügten. Obwohl sie im Versammlungsbetrieb benachteiligt waren — die Arbeiter hatten weniger Zeit zur Teilnahme als die Selbständigen, die Termine wurden für sie sehr ungünstig angesetzt⁴⁾ —, ver-

¹⁾ Voss. Ztg., 26. Februar 1871, 13. Dezember 1876. Das Gewicht der Führungsvorschläge wurde dadurch gesteigert, daß man bei den häufigen Nachwahlen in Berlin — Kandidaten lehnten wegen Doppelwahl das Berliner Mandat ab — zunächst anderswo durchgefallene Parteiführer berücksichtigte; es gehörte zur Ehre der Parteianhänger, sie durchzubringen; nur Hirsch fiel 1871 trotz Empfehlungen von Schulze-Delitzsch und Duncker bei zwei Nominierungen durch, Gewerkverein 1874, Nr. 6.

²⁾ Z. B. Voss. Ztg., 28. Februar 1871; Gewerkverein 1874, Nr. 7, 8, 10.

³⁾ Voss. Ztg., 26. Februar 1871.

⁴⁾ Nach dem Gewerkverein 1871, Nr. 15, hatte im Berliner Wahlkreis II der Vorstand der Vertrauensmänner die allgemeine Wählerversammlung nach Ort und Zeit für die Arbeiter ungünstig einberufen, um eine Kandidatur des Gewerkvereinsanwaltes Hirsch zu verhindern.

fügten sie doch immer, auch unter den Vertrauensmännern, über nennenswerte Minoritäten. Sie versuchten, ihre Leute, zumal ihren Anwalt Max Hirsch, als Kandidaten zu lanzieren und brachten ihn auch öfter auf die Kandidatenliste, aber bei den endgültigen Vorwahlen unterlag er regelmäßig. Die Gewerkvereine machten dafür die maßgebenden Kreise verantwortlich, die durch Presse und mündliche Propaganda die Instinkte der bürgerlichen Mehrheit gegen den doch gewiß harmlosen — den Streik nur als Ausnahme zulassenden — Hirsch und seine Leute wachriefen oder förderten und mit Hilfe des Schlagwortes: der Abgeordnete darf keine Sonderinteressen vertreten, lange Zeit deren Kandidaturen verhinderten¹⁾. Auch die Konkurrenz mit den Sozialisten in den großen Arbeiterwahlkreisen hat die Mehrheit der Fortschrittler lange nicht zu einer auch nur geringfügigen Konzession bewegen können. Erst 1877 hat die Erbitterung der liberalen Arbeiter und das Anwachsen der Sozialdemokratie die fortschrittlichen Führer veranlaßt, sich für die Kandidatur Hirschs einzusetzen und sie, indem man andere Bewerber zum Verzicht nötigte und neue Vorschläge der Versammlung scharf bekämpfte, durchzubringen²⁾. Auf die Dauer mußte auch eine ständige Minorität berücksichtigt werden.

Im ganzen hatte doch die Stimme der Parteianhänger zwar keinen ungebrochenen, so doch einen größeren Einfluß, als es im Kreise der einem Komitee verbundenen Vertrauensmänner der Fall war, man mußte ihr Entscheidungsrecht berücksichtigen, und im Grunde wurde ihre Mehrheit jedenfalls zureichend repräsentiert. Die Autorität eines Versammlungsbeschlusses und der Einfluß der Fortschrittler konnten natürlich nicht verhindern, daß Minoritäten an ihren Kandidaten festhielten. Wo es mehrere Komitees gab, da benutzten sie Wählerversammlungen geradezu als Kampfmittel gegeneinander. Sofern aber die Minoritätskandidaten der eigentlichen Fortschrittsversammlungen wirklich in erster Linie Fortschrittler waren, versprachen sie meist schon vor der endgültigen Entscheidung, sich dem Beschluß der Mehrheit zu unterwerfen³⁾. Für Sonderkandidaten wurden daher im ganzen so wenige Stimmen abgegeben, daß sie für die politische Entscheidung keine Bedeutung mehr hatten.

¹⁾ In Berlin VI z. B. hatte eine Wählerversammlung Sachse, einen gewerkschaftsfreundlichen Redakteur, und Banks nominiert, wegen des scharfen Gegensatzes aber die Entscheidung noch vertagt. In der Zeit bis zur entscheidenden Versammlung wurde durch „Manöver“, falsche Gerüchte, das Eingreifen von Abgeordneten etc., die öffentliche Meinung zugunsten von Banks bearbeitet und nach Meinung der Opposition der „Entscheidung der Wähler“ vorgegriffen. Trotz der Gegenagitation der Gewerkvereine sah sich Sachse infolge des auf ihn ausgeübten Druckes zuletzt veranlaßt, seine Kandidatur zurückzuziehen. Hier zuerst wurde ein Protest gegen eine parteiische Verteilung der Eintrittskarten laut; Gewerkverein 1874, Nr. 7, 8, 10; über die Gegensätze im allgemeinen ebd., 1871, Nr. 15, 17; 1874, Nr. 6; 1876, Nr. 4.

²⁾ Königsb. Hart. Ztg., 6. Januar 1877; Gewerkverein 1877, Nr. 1. Hirsch erhielt aber nur 2721 Stimmen gegen 3024 für Forckenbeck und siegte erst in der Stichwahl, Bernstein I, S. 324.

³⁾ So bat Hirsch 1871 dringend, nicht an seiner Kandidatur festzuhalten, „wenn dieselbe nicht die Majorität einer allgemeinen Wählerversammlung erlangen könne“, Gewerkverein 1871, Nr. 15; und sogar die Zünftler gingen endgültig erst 1878 selbständig vor, Voss. Ztg., 13. und 18. Juli 1878.

Mit dem Ende der 70er Jahre verliert dieses System ziemlich schnell seine Funktionsfähigkeit und wird von anderen Organisationsformen abgelöst. Zunächst vermehrten sich seit der Mitte der 70er Jahre wieder die Schwierigkeiten mit den Sozialdemokraten. Da deren Versammlungen von der Polizei häufig verboten oder aufgelöst wurden, benutzten sie auch fortschrittliche Versammlungen dazu, ihre Leute zu sammeln, zu agitieren und — bei der Reichstagswahl von 1878 — ihre Kandidaten zu proklamieren. Es kam dabei wieder zu turbulenten Szenen, und die Fortschrittler mußten darangehen, Zulassungsbedingungen und Kontrolle zu verschärfen, die bisherige halbe Öffentlichkeit noch stärker zu beschränken¹⁾. Die letzten Überbleibsel der Überzeugung von der Identität von Partei und Volk konnten angesichts der veränderten Realität nicht mehr aufrechterhalten werden, die Theorie, daß andere Parteien nicht Volksparteien seien, war nichts als eine blasse Abstraktion. Die neue Einschränkung der Öffentlichkeit steigerte zudem die parteiinternen Konflikte mit den Gewerksvereinen, die sich durch Manipulationen bei der Kartenverteilung ausmanövriert sahen.

Aber nicht nur die Abgrenzung nach links, sondern auch die Rücksicht nach rechts erforderten neue Organisationsformen. Wegen des starken Anstiegs der sozialdemokratischen Stimmen hatten die Nationalliberalen an Gewicht gewonnen; diese, seit 1874 organisiert, waren 1877 — nach den scharfen Angriffen der Fortschrittspartei wegen der Justizgesetze — z. T. mit eigenen Kandidaten aufgetreten. 1878 nun mußten und wollten beide liberalen Parteien gemeinsam vorgehen, dabei konnten die Fortschrittler nicht riskieren, daß sich die Nationalliberalen aus Groll über einen Kandidaten der Stimme enthielten oder wie Gneist und Treitschke mit der Rechten stimmten. Die erforderliche Rücksicht bei der Nominierung führte zur Krise des bisherigen Vorwahlsystems. Z. B. glaubten die Fortschrittshelfer, den Nationalliberalen nicht den bisherigen Abgeordneten Hirsch, ihren Stichwahlgegner von 1877, zumuten zu können. Vielleicht sahen manche Parteikreise darin auch eine gute Gelegenheit, ihn wieder loszuwerden²⁾. Zwar hatten sich die Vertrauensmänner und eine erste Versammlung für Hirsch ausgesprochen, die Entscheidung war aber noch auf eine spätere Versammlung vertagt worden. Diese nun wurde sehr lange herausgezögert, inzwischen propagierten die parlamentarischen Führer die Kandidatur Hänel, der Vorstand der Vertrauensmänner wurde zu einer Erklärung gegen Hirsch bewogen, endlich dieser selbst durch starken Druck zum Rücktritt veranlaßt, und eine neue Wählerversammlung nominierte dann endgültig Hänel. Das ging natürlich nicht ohne lebhaften Widerspruch ab, man sprach von Schiebung, Pression und

¹⁾ Bernstein II, S. 14; Gewerkverein 1878, Nr. 26; z. B. wurden die Kartenverteiler nicht mehr öffentlich angegeben, sondern die verlässlichen Vertrauensmänner, von denen jeder 10 Karten hatte, sollten sie — unter der Hand — an Gesinnungsgenossen ausgeben.

²⁾ Schon 1877 hatten viele Fortschrittler für Forckenbeck gestimmt, Königsb. Hart. Ztg., 25. Januar 1877, s. o. S. 64.

Stimmungsmache, von Überrumpelung durch den Vorstand, von der Sinnlosigkeit der Institutionen, wenn ihre Beschlüsse nicht beachtet würden. Aber die Parlamentarier setzten sich durch, und ihre Versicherung, daß der Wählerversammlung das letzte Entscheidungsrecht zustehe, blieb ein rein verbales Entgegenkommen¹⁾. In ähnlicher Weise, wenn auch ohne solche Krisensituation, setzten in den andern Wahlkreisen die Führungsgremien ihren Willen durch²⁾.

Das Auftreten einer neuen Massenpartei, innerparteiliche Spannungen mit dem Gewerkschaftsflügel und die Rücksicht auf Bundesgenossen, deren Notwendigkeit im allgemeinen nur die Führer beurteilen konnten, haben also die Institution der Kandidatenaufstellung durch die Wähler ausgehöhlt. Die Entscheidungen einer Partei und der innerparteiliche Interessenausgleich konnten nicht mehr mit und vor der Öffentlichkeit vorgenommen werden, sie mußten in abgeschlossene Führungsgremien verlagert werden. Endlich konnte nach 1878 der Versammlungsbetrieb auch deshalb nicht mehr fortbestehen, weil die scharfe Polizeüberwachung, die durch das Sozialistengesetz in eigener Agitation gehemmten Sozialdemokraten und die aufkommende antisemitische Bewegung es unmöglich machten, Parteientscheidungen in irgendwie offenen Versammlungen zu treffen. Das System verschwand. Nur noch einzelne Nachklänge tauchten ab und an in den 90er Jahren auf, wenn man bei Auseinandersetzungen um die begehrten Landtagsmandate der Fortschrittspartei auf Urwählerversammlungen rekurrierte³⁾. Auch oppositionelle Gruppen versuchten, diese gegen die Parteileitung auszuspielen, die allein die Kandidaten aufstellte, „die Stimme des freisinnigen Volkes“ nicht kenne und nur befehle: zahlen, Maul halten, Kandidaten annehmen⁴⁾. E. Richter unterdrückte aber solche Versuche, indem er den Versammlungen wegen der Zufälligkeit des Besuchs und des in ihnen herrschenden Cliquenwesens jede Verbindlichkeit absprach. Die Parteileitung wollte keinesfalls, daß die Parteientscheidungen den ihr ergebenen Vereinen aus der Hand genommen wurden. Und sie setzte sich auch auf die Dauer trotz des Grolls vieler Anhänger durch.

Zur gleichen Zeit, als die Wählerversammlungen die Entscheidungsbefugnis verloren, hörten auch die Bezirksvereine auf, Basis der Parteiorganisation zu sein. Sie waren nicht profiliert genug, zu uneinheitlich und für die Wahlkreiseinteilung zu unpraktisch, um die Aufgaben der neuen Situation erfüllen zu können. Ein Teil der bisherigen Vertrauensleute bildete 1878 liberale oder fortschrittliche Wahlvereine, die formal auf freier Mitgliederwerbung beruhten,

¹⁾ Voss. Ztg., 9., 12., 13. und 17. Juli 1878; Gewerkverein 1878, Nr. 26. Zusätzlich argumentierte man, daß Hänel's Wahl in Kiel gefährdet sei, die Fraktion ihn aber keinesfalls entbehren könne.

²⁾ Voss. Ztg., 6. Juli, 27., 28. und 30., 31. August 1878.

³⁾ 1898 wurden im Wahlkreis I zunächst 30 Kandidaten zur Nominierung vorgeschlagen, der Vorstand berief eine beratende Urwählerversammlung, die von über 1000 Wählern besucht war und 7 hinreichend unterstützte Kandidaten den Wahlmännern zur Auswahl vorschlug, Dt. Tgztg., 16. und 18. Oktober 1898.

⁴⁾ Dt. Tgztg., 21., 23. und 27. September, 1. und 11. Oktober 1898 (mit Zitaten aus der freisinnigen Presse).

allerdings zunächst nicht sehr groß waren¹⁾. Mit der Gründung solcher eigener Fortschrittsvereine gewann die Partei eine gewisse Kontinuität; Mitgliedschaft in einem Verein war nun eine festere Position als das doch sehr wenig fixierte Amt des Vertrauensmanns. Die offene demokratische Bewegung wurde durch einen geschlossenen Vereinsbetrieb abgelöst.

Das System der Vorwahl in offenen Versammlungen war nicht auf Berlin beschränkt, sondern auch anderwärts, in Großstädten, im Saargebiet und zumal in Ostdeutschland etwa, üblich, wo der Liberalismus oder die nationale Front noch nicht klar gespalten waren und (oder) wo eine demokratische Tradition noch lebendig blieb²⁾. Die Terminologie ist dieselbe wie in Berlin. Versammlungen werden „einberufen“, sie wählen aus, „beschließen“ über die Aufstellung, sie proklamieren oder „ernennen“ einen als „alleinigen Kandidaten“ der Partei. Auch die Souveränität der Wählerversammlungen wurde akzentuiert, zumal wenn sie faktisch bestritten oder außer Kraft gesetzt zu werden schien. In diesem Sinne forderten etwa die von den Honoratiorenkomitees übergangenen Gewerkvereine, man solle überall Volksversammlungen für die Kandidatenaufstellung einberufen und sich nicht durch Komitees überrumpeln lassen, und damit gaben sie nur einer lebendigen Tendenz in der Wählerschaft Ausdruck³⁾. Gelegentlich waren Versammlungen auch über die Wahlen hinaus die eigentliche Organisation der Partei, so in Leipzig die sogenannte Zentralthallenversammlung vor und nach 1866; sie wurde ab und an von einem gewählten Ausschuß berufen, es kamen jeweils mehrere 100 Personen, Demokraten und Nationalliberale; bei dem zufälligen Besuch kam es zu manchen Konflikten der Gruppen, bis diese sich geschlossener organisierten⁴⁾. Normalerweise waren die Versammlungen nur für die Wahlen zuständig.

Vorbereitung und Leitung solcher Versammlungen wurden unter politisch ruhigeren Verhältnissen meist von selbst gebildeten Komitees, von provisorischen Vertrauensmännern oder auch von einzelnen übernommen, die im allgemeinen aus Honoratiorenkreisen stammten⁵⁾. In Königsberg und in Hamburg gab es

¹⁾ Voss. Ztg., 22. Februar, 17. Juli 1878; bei einer Generalversammlung war den Mitgliedern die Einführung von Gleichgesinnten gestattet.

²⁾ Die für die Provinz bestimmte Korrespondenz der Fortschrittspartei sah für die Kandidatenaufstellung Wählerversammlung und Vorwahl als eine von drei Möglichkeiten vor, Parl. Korr., 8. Januar 1877; außer den Angaben der folgenden Anmerkungen: Biedermann II, S. 296 (Chemnitz 1869); für das Saargebiet: Bellot, S. 131 f., 135, 142 f., 152, 154, 158, 161 f., 167, 175 f.

³⁾ Gewerkverein 1873, Nr. 50. Gegen einen Vorstand in Plauen, der statt des bisherigen Abgeordneten Hirsch einen Nationalliberalen aufgestellt hatte, wurde eingewandt, er habe keinesfalls ohne Einberufung einer Wählerversammlung vorgehen können, ebd., 1871, Nr. 11; in Hamburg gab es 1867 einen demokratischen Protest gegen die Rechtsliberalen, die sich „hinter verschlossenen Türen, hinter dem Rücken des Volkes“ über einen Kandidaten geeinigt hätten, Laufenberg, S. 338.

⁴⁾ Ähnlich in Dresden, Biedermann II, S. 332 ff.

⁵⁾ Z. B. in Glatz: 15 „angesehene Bewohner“ laden zu einer solchen Versammlung ein, Voss. Ztg., 13. September 1876. — In Frankfurt a. M. berief sogar eine privat zusammengetretene Gruppe von 150 Leuten eine Wählerversammlung, die ein vorberatenes Programm annehmen sollte, Voss. Ztg., 1. Februar 1871.

Bezirks- oder Kommunalvereine als Basis der Versammlungsorganisation¹⁾. Zum Teil traten auch direkte Wahlvereine als Organisatoren auf, die dann entweder ihrer Größe nach nichts anderes als Komitees waren, oder ihre Vereinsversammlungen durch öffentlich eingeladene Nichtmitglieder erweiterten²⁾. Bei der Vereinsbildung blieben Traditionen der Wählerversammlung noch erhalten, so daß eine Zeitlang die Verbindung dieser beiden Organisationsformen bei den Linkliberalen häufiger war. Ein Musterstatut der Fortschrittspartei sah ausdrücklich die Möglichkeit vor, daß Vereine die Beschlüsse über Kandidaturen zur Genehmigung einer Wählerversammlung unterbreiteten³⁾.

Bei einem Teil der Versammlungen ist das eigentliche Charakteristikum dieser Organisationsform noch vorhanden: sie wurden vor Alternativen gestellt, und es konnten aus dem Teilnehmerkreis neue Initiativen vorgebracht werden⁴⁾, die gelegentlich gegen Vorstandsvorschläge mit Mehrheit durchgedrückt wurden, bei Spannungen verhielt sich die Führung auch manchmal einfach passiv und stellte der Versammlung die Entscheidung ganz frei⁵⁾. Manche Versammlungen hatten überhaupt weitgehend den Charakter einer öffentlichen Besprechung, in deren Verlauf erst konkrete Vorschläge auftauchten⁶⁾. Häufiger bestand die Funktion einer Versammlung aber darin, einen Vorschlag zu akzeptieren und dem Kandidaten so eine größere Legitimität zu verschaffen oder die Wieder-

¹⁾ Hamburg: Voss. Ztg., 16. April 1874, Laufenberg, S. 535; Königsberg: Königsb. Hart. Ztg., 26. September 1879, hier stellte man aber schon 1876 die Wahlfähigkeit ein, um nicht vom Streit der liberalen Fraktionen gespalten zu werden.

²⁾ So eine Versammlung der Volkspartei in Königsberg, an der Mitglieder und Gäste teilnahmen, Voss. Ztg., 25. September 1870; so in Rostock, ebd., 8. Februar 1871; im Wahlkreis Jüterbog-Zauch, ebd., 19. Dezember 1876; in Posen, ebd., 12. September 1876; im Wahlkreis Glatz ebd., 13. September 1876, ein provisorisches Komitee lädt ein, ein Vereinsvorstand schlägt 5 Kandidaten für drei Mandate vor; in München, Allg. Ztg., 15. Mai 1876, dort gab es ein ausgebreitetes liberales Vereinswesen, s. u. S. 79.

³⁾ Es wurde von einer Versammlung aller Parteigenossen, auch sofern sie nicht dem Wahlverein angehörten, gesprochen, Parl. Korr., 8. Januar 1877; und ebenso waren noch 1878 für die Wahl von Parteitagsdelegierten solche allgemeinen Versammlungen vorgesehen, Parl. Korr., 8. November 1878; in der Regel sollte diese Wahl rasch durch Akklamation erfolgen. Für diese Methode war allerdings auch das Argument maßgebend, daß der Parteitag rechtlich nicht als Organisation von Vereinsdelegierten gelten durfte, während der Zusammentritt von Delegierten aus allgemeinen Versammlungen formal korrekt und erlaubt war, s. u. S. 84 f., S. 198.

⁴⁾ So in Danzig, Gewerkverein 1871, Nr. 9, und Voss. Ztg., 26. Januar 1871; in Greifswald, Gewerkverein 1873, Nr. 52. Im Wahlkreis Ober- und Niederbarnim, Voss. Ztg., 19. September 1876, 3. Oktober 1876; im Wahlkreis Jüterbog-Zauch, ebd., 19. Dezember 1876; Posen, ebd., 12. September 1876; Glatz, ebd., 13. September 1876; in Bonn, ebd., 5. August 1873.

⁵⁾ So in den Saarwahlkreisen, s. o. S. 67, u. S. 71; eine „schwach besuchte“ Wählerversammlung in Lauban beschloß auf Betreiben einiger Industrieller statt der vom Komitee vorgeschlagenen Wiederwahl des bisherigen Abgeordneten die Aufstellung eines neuen Kandidaten, Voss. Ztg., 19. Oktober 1876.

⁶⁾ Königsberg, Voss. Ztg., 24. April 1872; Niederbarnim, ebd., 8. Februar 1871; Lauban, ebd., 24. Februar 1871.

aufstellung des bisherigen Abgeordneten gutzuheißen¹⁾). Dabei wurde das formale Entscheidungsrecht der Versammlung entweder betont, es wurden andere Möglichkeiten besprochen, die politische Richtung des Kandidaten geprüft und kritisiert, über den Abschluß von Wahlbündnissen beraten; oder aber es kam nur auf die einfache Akklamation an, die normalerweise auch erteilt wurde. Wo die Kandidatur auf Verständigung zwischen landrätlichen Kreisen beruhte, mußten sich die Wählerversammlungen sowieso praktisch dem Wahlkomitee oder dem Vorschlag des anderen Kreises fügen²⁾). Zudem gab es bei dem herrschenden Kandidatenmangel jedenfalls im Osten keine große Auswahl. Das Komitee war hier durch seine vorbereitenden Verhandlungen begünstigt, während ein Initiativvorschlag aus der Versammlung nur mit großen Schwierigkeiten noch verwirklicht werden konnte.

Darum hatte die Komiteewahl als Funktion der Versammlung erhöhte Wichtigkeit³⁾), und mindestens in größeren Städten wurden neben den Einberufern auch Leute aus der Versammlung hineingewählt. Fast immer wurde diesen Komitees das Kooptationsrecht zugebilligt, weil sie abwesende einflußreiche Leute und Vertreter der Landgemeinden zuziehen sollten; damit war die formale Souveränität der Wähler anerkannt, die ein solches Recht erteilen konnten, und zugleich die reale Macht des einberufenden Komitees legitimiert⁴⁾). Auch bei anderen Parteientscheidungen wirkten die Versammlungen mit, sie konnten ein Programm festlegen, auf das hin ein Kandidat zu wählen sei⁵⁾), sie beschlossen über die Gründung von Parteivereinen⁶⁾), die die offenen Versammlungen ab-

¹⁾ So z. B. in Insterburg, Voss. Ztg., 14. Februar 1871; in Ortelsburg und in Memel, ebd., 25. Februar 1871, hier ergab sich die Kandidatur vielleicht auch erst bei der Besprechung; in Königsberg-Land, Königsb. Hart. Ztg., 3. März 1876, das Komitee bestand aus 15 Leuten, die Einladung erging zur Wahl „eines“ Kandidaten, es wurde dann aber nur einer vorgeschlagen; in Königsberg, ebd., 29. Juli 1878; in Posen, ebd., 24. Juli 1878, die hier abgehaltene allgemeine deutsche Wählerversammlung mußte schon wegen des in den gemischtsprachigen Provinzen üblichen Wahlkompromisses dem Komitee folgen; in Potsdam und in Charlottenburg, ebd., 28. Februar 1878; in Niederbarnim, ebd., 31. Januar 1871, hier proklamierte später eine Wählerversammlung den bisherigen Abgeordneten, ebd., 2. Juli 1878; in Zittau, ebd., 13. Juli 1878; in Cottbus, Gewerkverein 1871, Nr. 9; in Magdeburg, Voss. Ztg., 26. Oktober 1870; Elberfeld, ebd., 10. November 1876; München, Allg. Ztg., 17. Mai 1876, hier handelt es sich um Wiederaufstellungen für die Landtagswahlen.

²⁾ Z. B. in Görlitz, Voss. Ztg., 19. Oktober 1876; in Elberfeld, ebd., 10. November 1876.

³⁾ Manche Versammlungen wählten nur ein Komitee, z. B. im Wahlkreis Breslau-Neumarkt, Voss. Ztg., 5. September 1876.

⁴⁾ Komiteewahlen durch Wählerversammlungen, die über eine Bestätigung der Einberufer hinausgingen: Königsberg, Voss. Ztg., 28. Mai 1873, Königsb. Hart. Ztg., 19. und 20. Juni 1878; Stralsund: durch energisches Auftreten in einer öffentlichen Wählerversammlung wurden 6 Arbeiter in das vorbereitende Komitee für die Landtagswahlen (!) hineingewählt, Gewerkverein 1873, Nr. 42; Niederbarnim, Voss. Ztg., 11. Juni 1874; Cottbus, Gewerkverein 1871, Nr. 8 und 9; Dortmund, Voss. Ztg., 11. Juni 1874.

⁵⁾ Z. B. Voss. Ztg., 1. Februar 1871.

⁶⁾ So in Breslau, Voss. Ztg., 6. Oktober 1876; eine fortschrittliche Wählerversammlung in Danzig beschloß, die Anhänger sollten in den (gesamt) liberalen Wahlverein eintreten, um sich dort zur Geltung zu bringen, da offenbar mit den Wählerversammlungen nichts auszurichten war, Voss. Ztg., 5. Oktober 1876.

lösten, sie beschlossen Mißtrauensvoten gegen den Abgeordneten, wenn er von seiner ursprünglichen Linie abgewichen war¹⁾, und sie entschieden endlich häufig über Wahlbündnisse, vor allem dort, wo die liberalen Richtungen sich schon getrennt hatten, d. h. sie bestätigten solche Bündnisse oder beauftragten das Komitee mit ihrem Abschluß²⁾).

Zu Schwierigkeiten mit andern Parteien kam es nur in Großstädten, in denen die Sozialisten eine starke Position hatten; hier ging es oft sehr turbulent zu, ein Teil der Versammlungen wurde gesprengt oder kam nicht mehr zur Abstimmung, sehr früh schon verzichtete man vielfach von vornherein auf eine solche, oder die Öffentlichkeit wurde eingeschränkt, indem man Karten ausgab oder nur die Mitglieder bürgerlicher Vereine einlud³⁾. Sonst waren die Anhänger einer Partei oder benachbarter Parteien, die noch in einer gemeinsamen Front zu stehen schienen, unter sich. Die Einladungen ergingen in den Zeitungen und waren an Wähler bestimmter Tendenzen⁴⁾ adressiert; der trotzdem gelegentlich angewandte Terminus Volksversammlung zeigt noch die Vorstellung vom eigentlich einheitlich liberalen Volk⁵⁾. Man kann annehmen, daß in den parteipolitisch noch nicht so zerklüfteten Städten, in denen die Politisierung der Bürgerschaft erst wenig fortgeschritten und daher der Kreis der politisch Aktiven überschaubar war, sich zu solchen Versammlungen nur die Anhänger der einladenden Richtung einfanden. Oft war die Teilnehmerzahl überhaupt ziemlich gering⁶⁾. In kleineren Städten wird es sich praktisch um einen weiteren bis ins Kleinbürgertum reichenden Honoratiorenkreis gehandelt haben, dessen Umfang nicht festgelegt war. Bei den häufigen Wählerversammlungen vor den Landtagswahlen z. B.⁷⁾ müssen die Angehörigen der beiden oberen Klassen die große Mehrheit gehabt haben, da nur so verbindliche Entscheidungen getroffen werden konnten. Die Grenzen zu einer Komiteeorganisation oder einer Vertrauensmännerkorporation waren einigermaßen fließend. Der wichtige Unterschied aber bleibt in jedem Fall, daß erstens Legitimation der Parteientscheidungen von den Wählern erteilt werden sollte und daß zweitens „Wähler“ eine nicht organisierte offene Gruppe von Parteianhängern bedeutete, die über den sich abschließenden Kreis

1) Hamburg 1879, Protest gegen den Abgeordneten Bauer, Laufenberg II, S. 91.

2) Königsberg, Königsb. Hart. Ztg., 28. Juli 1878; Elberfeld, Voss. Ztg., 10. Januar 1876.

3) Hamburg: Laufenberg, S. 318, 338, 534 (1874: 8000 Personen), II, 91 (1879); Bremen 1877, U. Böttcher, S. 113.

4) So in Glatz, an „alle reichstreuen Wähler“, Voss. Ztg., 13. September 1876.

5) Voss. Ztg., 26. Januar 1871, 1. und 14. Februar 1871; Gewerkverein 1873, Nr. 50.

6) Die Kritik an Versammlungsentscheidungen sprach von „schlechtbesuchten“ Urwählerversammlungen, z. B. in Lauban, Voss. Ztg., 19. Oktober 1876, in Niederbarnim, ebd., 31. Januar 1871, in Thorn, ebd., 19. Dezember 1876, und allgemein: Königsb. Hart. Ztg., 21. September 1878; in Saarbrücken dagegen 1876 276, in Ottweiler 1881 552 Personen, Bellot, 142 f., 158.

7) Vgl. o. S. 68 (Anm. 1 u. 2), S. 69 (Anm. 1 bis 3, Anm. 6), u. S. 72; Straßburg/Wpr., Voss. Ztg., 2. September 1876; Steinau, ebd., 7. September 1876; Elbing 1870 (Aufstellung einer Wahlmännerliste), NL Forckenbeck; Wirsitz (deutsche Wähler), Kreuzztg., 10. September 1884.

der Honoratioren wesentlich hinausreichte. Offene Struktur und legitimierende Funktion blieben auch in verkümmerten Formen noch eine Weile erhalten.

Aktuelle politische Bedeutung konnte das Vorwahlssystem dort gewinnen, wo die Parteiverhältnisse nicht den Fraktionsunterschieden entsprachen. Die Versammlung hatte dann Kompromisse zu legitimieren oder zu entscheiden, welcher Richtung der Kandidat angehören sollte, — und dabei konnten leicht Spannungen zwischen den Anhängern der einzelnen Fraktionen oder zwischen extrem und vermittelnd Eingestellten entstehen. Gerade hier gab es echte Mehrheitsentscheidungen, z. T. auch gegen die einberufenden Komitees¹⁾. Daraus ergab sich dann häufig ein Streit um die Legitimität einer solchen Versammlung. Eine unterlegene Minorität etwa protestierte gegen die „zufällige“ Zusammensetzung der Versammlung, damit praktisch aber gegen die ganze Institution²⁾. Oder konkurrierende Gruppen versuchten, Versammlungsentscheidungen gegeneinander auszuspielen. Nationalliberale Wählerversammlungen in Berlin z. B. waren Instrumente im Kampf zwischen dem rechten und linken Flügel und wurden besonders von den im jeweiligen Führungsgremium Unterlegenen angewandt; einmal erklärte sich die Rechte gegen das Wahlbündnis mit der Fortschrittspartei, das die Führer „hinter dem Rücken der Wähler“ abgeschlossen hätten, das andere Mal mißbilligte die Linke das Vorgehen ihres Parteikomitees gegen die Fortschrittspartei als eine „Bevormundung der Wähler durch das Komitee“, das nur „zufällig“ die Gegner eines liberalen Wahlbündnisses repräsentiere³⁾.

Als solches Kampfmittel spielten die Versammlungen eine wichtige Rolle bei der Auflösung des Gesamtliberalismus. Sie waren ihrer Tradition und ihrem Stil nach in Ost- und Mittelddeutschland eher fortschrittlich und jedenfalls einer oppositionellen Agitation sehr zugänglich; sie stellten sich nationalliberalen Komitees entgegen und führten zu selbständigem Vorgehen und selbständiger Organisation der Fortschrittler. Eine liberale Versammlung in Zerbst z. B. erklärte sich 1878 nach einer langen Debatte gegen den damals rechtsnational-liberalen bisherigen Abgeordneten v. Cuny und beschloß im Gegensatz zu seinem Komitee, ihn fallen zu lassen und einen anderen zu suchen. Die in ihrer Mehrheit fortschrittliche Versammlung löste die bisherige Einheit der Liberalen auf;

¹⁾ In Saarbrücken 1876 168:108 für ein liberal-konservatives Kompromiß, in Ottweiler 1881 445:107 für einen Nationalliberalen an Stelle des vom Komitee vorgeschlagenen Freikonservativen, Bellot, S. 142 f., 158. Im Saargebiet spielte das wegen der verworrenen Parteiverhältnisse eine besondere Rolle, es gab eine liberal-konservative Front gegen das Zentrum, die Nationalliberalen orientierten sich allmählich ganz nach rechts, wollten aber die Fortschrittler noch halten.

²⁾ Bei einer Versammlung von Konservativen und Liberalen in Sagan z. B. wurde 1874 der Freikonservative Bethusy aufgestellt, die Konservativen seien aber „auffallend stark vertreten“, d. h. überrepräsentiert gewesen, und die meisten Liberalen wollten für einen anderen stimmen, Gewerkverein 1874, Nr. 2; ähnlich über eine Versammlung in Solingen, Voss. Ztg., 5. Dezember 1876.

³⁾ Voss. Ztg., 28. Juli 1878, 3. September 1878. In einer anderen nationalliberalen Wählerversammlung verließen die Linksnationalliberalen die Versammlung, als die Anhänger Treitschkes einen der ihren aufstellten, ebd., 30. August 1878.

Cuny wurde 1878 noch gewählt, unterlag aber 1881 seinem fortschrittlichen Gegner¹⁾). Eine Wählerversammlung in Breslau verwarf 1876 das Kompromiß der beiden liberalen Fraktionen für die Landtagswahlen und beschloß, selbständig, d. h. gegen die Nationalliberalen, vorzugehen²⁾). Gerade für ein Wahlbündnis war es oft ungünstig, wenn eine Wählerversammlung mit ihrer leicht radikalen Mehrheit vorher oder nachher zugezogen wurde³⁾), solche Bündnisse konnten eigentlich nur in nicht-öffentlichen Verhandlungen zwischen Komitees oder Wahlmännern abgeschlossen werden. Im ganzen konnten die Versammlungen den Ausbruch von Gruppenkämpfen nicht verhindern, vielmehr wurden sie zu einem taktischen und manipulierbaren Mittel dieser Gruppen; die Fiktion des sich gegen Faktionen einheitlich bekundenden Volkes wurde zum Motor der Aufgliederung dieses Volkes in Parteien. Die Befürworter der liberalen Verständigung waren daher gegen Wählerversammlungen, von denen sie nur eine Verschärfung der innerliberalen Spannungen erwarten konnten⁴⁾).

Im Bereich dieser demokratischen Organisationsform haben sich selbst die nach Prinzip und sozialer Struktur autoritären Parteien, Konservative und Zentrum, ihrem Einfluß nicht ganz entziehen können, so vor allem nicht in Berlin. Die Konservativen veranstalteten hier öffentliche Wählerversammlungen, allerdings waren ihre Einladungen in der Presse nur an konservative Wähler adressiert, etwa an solche, die sich für die „Besprechung“ einer bestimmten Kandidatur interessierten. Als Einberufer fungierten selbstgebildete Komitees, Vorstände oder Vertrauensmänner-Körper. Da konservative Kandidaten, wenigstens vor dem Auftreten der Antisemiten, keinerlei Wahlaussichten hatten, kam kein politisch Andersgerichteter auf die Idee, an diesen Versammlungen teilzunehmen. Die Konservativen tagten also unter sich. Die Einberufer „designierten“ den Kandidaten, und die Versammlung bestätigte ihn⁵⁾), oder sie ermächtigte das Komitee, über Kandidaten und Bündnisse selbständig zu entscheiden⁶⁾). Diese abgeblaßte Form der Wählerversammlung hatte mit der demokratischen Organisation nur noch wenig gemein, die Offenheit war faktisch kaum vorhanden, es fehlten nicht nur die Alternativen, sondern auch die legitimierende Funktion war nur schwach

¹⁾ Voss. Ztg., 12. Juli 1878, ähnlich im Wahlkreis Teltow, ebd., 23. Juli 1878.

²⁾ Voss. Ztg., 6. Oktober 1876.

³⁾ Ausnahmsweise konnte eine Versammlung auch der liberalen Verständigung dienen. 1878 lehnten die Vertrauensmänner der Fortschrittspartei in Danzig mit knapper Mehrheit ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen ab; Eugen Richter griff zugunsten der Verständigung ein und erreichte, daß die Frage einer Wählerversammlung vorgelegt und von ihr positiv entschieden wurde, so daß nicht die Vertrauensmänner selbst ihren Beschluß aufzuheben brauchten, Voss. Ztg., 6. Juli 1878.

⁴⁾ Für die Verständigung der liberalen Parteien sei es wichtig, die „Personenfrage“ den Wahlmännern zu überlassen und sie nicht festzulegen, da es unter ihnen eher als in „schlecht besuchten Urwählerversammlungen“ zu einem Ausgleich komme, Königsb. Hart. Ztg., 21. Juli 1878.

⁵⁾ In Berlin, Voss. Ztg., 6. Januar, 2. (Teilnehmer: 72 Personen), 23. und 28. Februar 1871, in Charlottenburg, ebd., 28. Februar 1871.

⁶⁾ Königsberg, Königsb. Hart. Ztg., 3. Januar 1877.

akzentuiert. Zudem hat das System auch in Berlin nur Anfang der 70er Jahre existiert¹⁾. Erst in der antisemitischen Berliner Bewegung ist der Einfluß der Versammlungspraxis noch einmal aufgelebt, es gab öfter Proteste gegen die Kandidatenaufstellung durch Komitees, weil „das Volk“ daran „nicht beteiligt“ sei und es sich lediglich um eine „Cliquenwirtschaft“ handle²⁾, aber jetzt war die organisatorische Form der Parteidemokratie der Verein³⁾. — Auch das Zentrum mußte in Städten mit liberaler Vorwahlpraxis sich dieser gelegentlich anpassen, es blieb aber bei legitimierenden Versammlungen⁴⁾.

Wählerversammlungen und Vorwahlen haben sich auch außerhalb von Berlin nicht lange gehalten, schon weil das System nicht so durchgebildet, das Souveränitätsbewußtsein der politisierten Wähler nicht so entschieden war wie in Berlin. Die Offenheit bei geringer Teilnehmerzahl löste Zweifel an der Autorität solcher Versammlungen aus, dadurch verloren sie für die Wähler an Verbindlichkeit. Die zur Annahme eines Vorstandsvorschlags abgeschwächte Vorwahl büßte den Rest von legitimierender Funktion ein, indem der Kandidat nicht mehr durch, sondern nur noch in einer Versammlung proklamiert wurde und diese nur noch durch Beifall ihre Zustimmung bekunden konnte. Als Mittel im Kampf von Parteien und Parteifügeln verlor die Versammlung den Rest von moralischer Autorität und wurde überflüssig. Die taktische Rücksicht auf andere Parteien wirkte dahin, daß die Entscheidungen nur noch von geschlossenen Gremien getroffen werden konnten. Die jeweilige Führung wollte lieber mit einem klar organisierten Anhängerkreis arbeiten als mit den Schwierigkeiten machenden öffentlichen Versammlungen. Darum kam der Versammlungsbetrieb für Vorwahlen seit dem Ende der 70er Jahre zum Erliegen. Wo die demokratische Tradition lebendig war, erwies sich der Verein als geeignetere Form der Parteiorganisation.

Das Vorwahlssystem ist also nur eine flüchtige Episode geblieben. Trotzdem hat es Bedeutung. Es zeigt, wie offen die frühen Parteiverhältnisse noch waren, wie erst allmählich sich ein Bewußtsein herausbildete, daß mit der Existenz einer Partei notwendig ein Mehrparteiensystem gegeben war, wie stark das Bedürfnis einer demokratischen Partei war, Entscheidungen vor den Wählern durch deren Beteiligung zu legitimieren. Und es hat eine geschichtliche Wirkung gehabt, indem es zu früher Vereinsbildung führte. Wo den Parteilanhängern ein, wenn auch beschränktes, Wahlrecht zugestanden hatte, wo sich der Abgeordnete auch da-

¹⁾ Gelegentliche Nachrichten über ähnliche Versammlungen in der Provinz beziehen sich sicher auf Zusammenkünfte von Notabeln in etwas größerem Rahmen, Voss. Ztg., 13. November 1874, 29. Dezember 1876, 2. Juli 1878; über freikonservative Versammlungen im Saargebiet, a. o. S. 67, S. 71.

²⁾ Zitiert Berl. Börs. Cour., 19. Juli 1881.

³⁾ s. u. S. 247 ff.

⁴⁾ Berlin: Voss. Ztg., 25. Oktober 1870, 14. und 21. Februar 1871; München: s. u. S. 266; eine Wählerversammlung in Krefeld sollte 1871 Reichensperger aufstellen, die Gegner protestierten, daß ein provisorisches Komitee keinen anderen Kandidaten vorschlug oder zuließ, die Versammlung mußte abgebrochen werden, Voss. Ztg., 12. Januar 1871.

durch legitimierte, daß er seine Kandidatur aus ihrer Bestätigung herleitete, da konnte die Parteientscheidung nicht mehr allein in einem kleinen, aus eigenem Ermessen sich bildenden Komitee getroffen werden, da mußte ein größerer Kreis beteiligt werden; das ermöglichte der Verein. Im Unterschied zu westeuropäischen Ländern sind bürgerliche Parteivereine in Deutschland nicht erst als Reaktion auf die sozialistischen Organisationen entstanden, sondern schon vorher aus einer eigenwüchsigen radikalen Tradition. Allerdings war der Bereich dieser Vereinsbildungen zunächst klein, er umfaßte im wesentlichen die größeren Städte, und auch dort primär die Fortschrittspartei, während andere Parteien davon erst indirekt beeinflußt wurden; wo starke Fortschrittsvereine bestanden, mußten auch sie mit Vereinsbildungen vorgehen. Natürlich wurde die lebendige Offenheit der Versammlungen, die dem einzelnen Anhänger manche Einflußmöglichkeiten bot, durch die Verfestigung des Vereinsbetriebes, in dem die Vereinshonoratioren die Führung übernahmen, abgelöst. Immerhin blieb in den Vereinen die Teilnahme eines weiteren Kreises an den Parteientscheidungen mindestens im Ansatz erhalten und konnte sich im Zuge einer innerparteilichen Demokratisierung weiter ausbilden.

c) Der Verein

Die dritte Form lokaler Parteiorganisation war der Wahlverein. Wahlvereine haben sich nicht nur in der Tradition der Wählerversammlungen gebildet, sondern sind, wenn auch z. T. aus ähnlichen Voraussetzungen¹⁾, oft unmittelbar oder nach einer Phase der Komiteeverfassung entstanden. Was zu ihrer Entstehung führte, war im Einzelfall sehr verschieden und sehr komplex, zudem hatte man oft kein bewußtes Motiv dafür, daß man gerade die Form des Vereines wählte, sie bot sich gewissermaßen von selbst an, und man reflektierte nicht lange über die Wahl dieser Form. Aber es gab natürlich allgemeine Momente, die zu dieser Organisationsform drängten, es gab Probleme, die von einem Verein am besten gelöst wurden. Die Analyse dieser allgemeinen objektiven Ursachen der Vereinsbildung²⁾, die von den subjektiven Motiven im Einzelfall absieht, läßt darum deren Funktion besonders deutlich werden.

In größeren Städten, in denen die Zahl der interessierten Parteianhänger groß war und in denen es einen beachtenswerten politischen Gegner gab, konnten Vereine einfach darum entstehen, damit die Gesinnungsgenossen Gelegenheit hatten, sich zu treffen, politische Fragen zu besprechen, sich vom Gegner abzusetzen und die eigenen Überzeugungen zu bestätigen. Die Neigung des liberalen

¹⁾ Die süddeutsche Demokratie war von der gleichen Gesinnung erfüllt, die die Volksversammlungen trug, dem Willen zur unmittelbaren Mitbeteiligung des Volkes an politischen Entscheidungen und zur Aktivierung dieses Volkes, in ihr spielten aber von vornherein Volksvereine die Hauptrolle, s. o. S. 21.

²⁾ Diese ergeben sich aus Entstehungszeit, Verbreitung, Struktur und Leistung der Vereine.

Bürgers zum Entwerfen von Programmen, zur Diskussion und zur Kritik, fand in Vereinen ihren angemessenen Ort. Gesinnungsgemeinschaft also, nicht Aktion war der primäre Sinn solcher Vereine, wie sie sich vor allem in der parteipolitisch bewegten Zeit vor und nach der Reichsgründung bildeten; nach und nach konnten sie dann auch in aktive Funktionen hineinwachsen. Besonders ausgeprägt ist dieses Motiv dort, wo Parteien sich durchaus in der Minderheit befanden, die interessierten Parteianhänger aber über die Zahl eines Stammtisches hinausreichten und zudem eine bedeutende gesellschaftliche Position einnahmen, wie z. B. in zentrumsbeherrschten Universitäts- und Beamtenstädten¹⁾. Hier ging es überhaupt nicht darum, den Wahlkampf zu beeinflussen, eine Führung zu legitimieren und Anhänger zu gewinnen, man konnte sich vielleicht noch in der Lokalpolitik betätigen und bestimmte Interessen der Minderheit wahrzunehmen suchen, in der Hauptsache aber lebten solche Vereine nur in sich und erschöpften sich in der Pflege der Gesinnung ihrer Mitglieder. An ihrer Wirkungslosigkeit gingen die meisten auf die Dauer dann ein. Es gab natürlich Ausnahmen, wie den national-liberalen Verein in Berlin, der auf Grund der hauptstädtischen Verhältnisse relativ viele Mitglieder hatte. Aber auch er, zunächst gegründet, um die Wahlen zu organisieren, konnte allenfalls einen gewissen Einfluß auf die Entscheidungen der herrschenden Fortschrittspartei ausüben, im wesentlichen war er jedoch auf sich selbst und auf innerparteiliche Angelegenheiten konzentriert²⁾.

Sicherlich spielte bei der Gründung von Vereinen oft einfach ein gut Teil Vereinsmeierei eine Rolle. Es gab bei der Vorbereitung politischer Aktionen immer Leute, die etwa sagten: „Wenn aus dieser Sache überhaupt etwas werden soll, muß zuerst einmal ein Verein gegründet werden.“ Verein konnte ein Fetisch sein, ein Surrogat für energische und planmäßige Aktionen oder auch nur eine Demonstration dafür, daß man überhaupt existierte. Solche Vereine hatten keine Lebensgrundlage, sie waren aus einer momentanen Bewegung gebildet oder auf einzelne Personen orientiert, mit dem Abklingen solcher Bewegungen oder dem Ausscheiden solcher Personen schiefen sie wieder ein³⁾. Die häufigen Nachrichten über die Reorganisation oder Neukonstituierung von Wahlvereinen derselben Partei bei Versuchen, den politischen Betrieb zu intensivieren, zeigen die kurze Lebensdauer vieler solcher Gründungen, die eben oft nur aus jenem abstrakten Motiv entstanden waren.

Manchmal handelte es sich bei einem Verein eigentlich nur um ein Komitee.

¹⁾ Ähnlich deutsche Vereine im Elsaß (Straßburg, Allg. Ztg., 1. Juni 1874), nationalliberale in Fortschrittsgebieten (Elbing, NL Forckenbeck); selbstverständlich war die Vereinsbildung bei demokratischen und fortschrittlichen Minoritäten in allen Großstädten.

²⁾ Gründung des nationalliberalen Vereins Berlin, Voss. Ztg., 22. April, 11. Juni 1874.

³⁾ So bestand z. B. in den 70er Jahren ein „Deutscher Reichsverein“ in Bochum unter Löwe-Calbe, s. o. S. 29. 1890 gab es nur noch ein Komitee mit Vertrauensmännern, Kulemann, S. 55. In Württemberg bestanden 1870 in 35 Oberämtern Vereine der deutschen Partei, Rapp, S. 357, später sind sie alle eingegangen; ähnlich Saarburg 1885, Bellot, S. 171, vgl. a. u. S. 92; Gießen 1881, Berl. Börs. Ztg., 5. Juni 1881.

Bei der Institutionalisierung konnte man die Form des Vereines wählen, sie schien einheitlich, übersichtlich und dauerhaft, die Auswahl neuer Mitglieder konnten die Gründer durchaus in der Hand behalten, indem man Empfehlung eines Mitglieds zur Bedingung machte oder ein solches Honoratiorenklima aufrechterhielt, daß niemand ungebeten sich um Eintritt bemühte. Trotzdem schien der Name Verein dem Honoratiorengremium ein gewisses volkstümliches Aussehen geben zu können. Der Sache nach blieb es freilich bei der Komiteeorganisation, wenn schon in der Form des Vereins gewisse Möglichkeiten für eine spätere Weiterentwicklung lagen¹⁾.

Ein wichtiger Grund für die Bildung von Vereinen, der zugleich wieder auf eine ihrer Funktionen hinführt, war die Vielzahl der an der Partei teilnehmenden Honoratioren. In größeren Städten konnte dieser im Bürgertum ja nicht klar abgegrenzte Kreis schon anfangs über den Umfang eines Komitees hinausreichen, zumal wenn es an Leuten fehlte, die kraft ihres politischen Willens und Könnens ohne weiteres Anerkennung als Führung beanspruchten und fanden. Häufiger war es so, daß allmählich die Zahl derer wuchs, die man aus Klugheit bei Beratungen berücksichtigen wollte oder mußte, um sie und ihre Aktivität zu gewinnen oder zu halten. Im allgemeinen war zwar in den ersten Jahrzehnten nach 1870 eine Abnahme des politischen Interesses im liberalen Bürgertum zu beobachten, aber andere Faktoren wirkten in entgegengesetzter Richtung. Die Bevölkerung der Städte nahm enorm zu; daraus und aus der steigenden Industrialisierung, Bürokratisierung und Komplizierung des modernen Lebens resultierte zugleich ein starkes Anwachsen höherer, z. B. akademischer Funktionen in der Gesellschaft; infolge der Politisierung der Stadtverordnetenwahlen erhöhte sich die Zahl der politisch tätigen Parteianhänger; in den zahlreichen wirtschaftlichen Vereinen endlich entstand eine weitere Gruppe prestigebeanspruchender Vereinshonoratioren. Unter diesen Bedingungen drangen allmählich doch, wenn auch nicht unbedingt aus primär politischer Aktivität, mehr Leute auf Geltung und Mitbestimmung in einer Partei. Ihnen gegenüber hatte ein seitheriges Komitee keine unbestreitbare eigene Autorität mehr; denn innerhalb dieser bürgerlichen Schicht galt nach Stellung wie Anspruch der einzelnen weitgehend das Prinzip der Gleichheit. Darum mußte eine Ordnung unter diesen parteitragenden Honoratioren erst etabliert, darum mußten die Autorität der Führung und die Verbindlichkeit der Parteientscheidungen sinnvoll begründet und legitimiert werden, und zwar durch Wahl und Abstimmung. Dazu war organisatorisch die Form des Vereins notwendig.

Die jeweilige Führung brauchte eine gewisse Repräsentanz, ein Bedürfnis, das wie das Faktum der Resonanz auf allen Stufen der Parteiorganisation eine große Rolle spielte. Die Anhänger mußten die Führung anerkennen, sich von ihr repräsentiert fühlen, und dieser Anerkennung eine wenigstens formal konstitutive

¹⁾ Vgl. das Beispiel u. S. 86.

Wirkung zuschreiben; die Führung wieder mußte für möglichst alle Anhänger Repräsentanz besitzen und sich also darum bemühen und ihre Existenz aus der Anerkennung der Repräsentierten rechtfertigen; das war zwar oft ein mehr formal als materiell erfülltes Erfordernis, aber es bildete doch ein auch notwendiges Element für ihren Bestand. In dieser Hinsicht leistete der Verein ein Doppeltes für die Partei: indem er auf freier Mitgliederwerbung beruhte, war er — wenn auch mit Einschränkungen — selbst für alle Parteiwähler zugänglich und darum repräsentatives Organ; indem er sich einen Vorstand wählte, schuf er eine legitime Führung, gab er auch ihr — auf einer zweiten Stufe sozusagen — die notwendige Repräsentanz.

Besonders in der Fortschrittspartei war die Notwendigkeit, Mitbestimmung der Anhänger zu ermöglichen und eine Führung zu organisieren, dringlich. Nach ihrer sozialen Struktur waren es nicht die Kreise mit besonderem gesellschaftlichem Prestige, die sich zu ihr zählten, und die Zahl der aktiv Anteilnehmenden war relativ groß; nach ihrer politischen Struktur als demokratischer Oppositionspartei kam bei ihr Führung stärker durch eigene Leistung im politischen Betrieb zustande als auf Grund einer sonst erworbenen Stellung. Darum mußten die Anhänger mitentscheiden, mußte die Führung gewählt werden. Mit aus diesen — allerdings selten bewußt gemachten — Gründen setzte auch da, wo es keine Wählerversammlungen gegeben hatte, in der Partei die Vereinsbildung schon ziemlich früh ein. Bei den Nationalliberalen spielte dies Problem, ihrer gesellschaftlichen Struktur entsprechend, anfangs nur gelegentlich eine Rolle, im Laufe der Zeit gewann es an Bedeutung. Wo Komitees sich zu Vereinen erweiterten, blieben sie freilich zunächst noch häufig Honoratiorenklubs, und erst langsam bildeten sie sich auch tatsächlich zu Vereinen aus.

Mit der Vergrößerung des mitbestimmenden Kreises ergab sich für die Partei noch ein weiteres Problem, das ebenfalls am besten durch die Vereinsverfassung gelöst wurde. Indem nämlich mehr Personen am Parteibetrieb beteiligt waren, vergrößerten sich die innerparteilichen Spannungen, die im Liberalismus sowieso schon immer erheblich waren und nun durch gegensätzliche wirtschaftliche Interessen vermehrt wurden. Der Verein war in solchen Fällen eine Institution, die eher als das informell verhandelnde und nicht immer repräsentativ zusammengesetzte Komitee einen Ausgleich ermöglichen oder eine Entscheidung treffen konnte, ohne daß Minderheiten sich grollend vom Parteibetrieb zurückzogen. Ein Verein stand allen Gruppen offen, er war in ganz anderem Maße als ein Komitee repräsentativ, hier bestand die Möglichkeit, in einem formell geordneten, darum versachlichten Verfahren zur Geltung zu kommen. Darum gewannen die Entscheidungen eines Vereins erhöhte Verbindlichkeit und konnten leichter von allen akzeptiert werden. Auch wenn unter den Anhängern, die normalerweise sich nicht aktiv an den Parteientscheidungen beteiligten, und unter den Wählern wirtschaftliche Gegensätze in Erscheinung traten, konnte man versuchen, Angehörige solcher rivalisierenden Kreise in den Verein aufzunehmen,

um der Partei alle Anhänger zu erhalten. Beim Divergieren wirtschaftlicher Interessen leistete ein Verein noch am ehesten die für eine liberale Mittelpartei absolut notwendige Integration dieser Interessen, er ermöglichte einheitliche Führung und verbindliche Entscheidung. Das Problem der Integration war, sobald die parteitragende Schicht größer wurde, für alle Parteien und auf allen Organisationsstufen gegeben, die Organisationsverfassung war wesentlich davon geprägt, wie sie dieses Problem zu lösen suchte. Für die lokalen Organisationen gewann es an Dringlichkeit, als die wirtschaftlichen Interessengegensätze in den 90er Jahren, zumal bei den Nationalliberalen, virulent wurden, und das führte zu verstärkter Vereinsbildung.

Endlich drängten die Notwendigkeiten des Wahlkampfes zur Vereinsbildung, ein Gesichtspunkt, der durchaus bewußt war und die meisten organisatorischen Initiativen beherrschte. War eine Partei ihres Wahlkreises sicher oder konnte sie auf eine feste Gruppe der Wählerschaft, die Städter oder die Protestanten z. B., jedenfalls rechnen, hatte sie zudem Einbrüche in die gegnerischen Kreise kaum zu erwarten, so kam es nur darauf an, die weitgehend unpolitische Wählerschaft zur Wahl zu bewegen und einen Teil der relativ wenigen Nicht-Festgelegten zu gewinnen. Dafür genügte an sich die kurzfristige und geringe Aktivität eines Komitees. Wo dagegen Parteien in der Hauptsache um dieselben Wähler warben, weil deren Parteistellung schwankte, erwies sie sich als unzureichend. Es empfahl sich, die Anhänger in Vereinen zusammenzufassen. Der Verein gab einmal den Anhängern ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zur Partei, er band sie durch Teilnahme an seinen Entscheidungen, er hielt sie in engerem Kontakt mit den Parteiführern, er formte und festigte ihr politisches Bewußtsein im Sinne der Partei. Zum andern war der Verein die schlagkräftigere und wirksamere Organisation für den Wahlkampf. Er arbeitete kontinuierlicher als ein Komitee und brauchte sich nicht jeweils neu zu konstituieren. Daher war er bei Wahlen schnell aktionsfähig und plötzlichen Anforderungen, Reichstagsauflösungen oder Nachwahlen z. B., etwas eher gewachsen. Zugleich vergrößerte er die Kampfkraft einer Partei. Ihr Vorgehen wurde planmäßig organisiert, und die politisch aktivierten Mitglieder warben persönlich in ihrem Lebenskreis und setzten sich bei intensiven Wahlkämpfen sogar gelegentlich organisiert, als Schlepper und Zettelverteiler etwa, für die Partei ein. Oft gaben darum zurückliegende oder bevorstehende verschärfte Wahlkämpfe den Anstoß zur Vereinsbildung¹⁾.

¹⁾ In Bremen z. B. gründeten die Liberalen nach dem ersten Erfolg der Sozialdemokraten einen „Reichsverein“ mit dem Zweck, „einen Mittelpunkt für die bisherige Mehrheit zu schaffen, von welchem aus dieselbe sich zweckmäßig organisieren kann, um auch künftig des Wahlsieges sicher zu sein“, daneben spielte das Motiv, innerparteiliche Differenzen auszugleichen, eine Rolle, U. Böttcher, S. 114. Vereinsbildung aus denselben Gründen in Hamburg und Umgebung 1874, Laufenberg, S. 544; die Vereine gingen wegen der Zwistigkeiten der Liberalen bald wieder ein oder wurden, wie in Hamburg, umgegründet. Bildung des Reichsvereins für Sachsen 1874, s. o. S. 31; die Liberalen in Coburg beschlossen nach den Wahlen von 1874, sich in Vereinen fest und dauernd zu organisieren, Voss. Ztg., 10. April 1874; ähnlich in Mainz nach der knappen Niederlage von 1874, Allg. Ztg., 27. Januar 1874.

Vor allem für die Fortschrittspartei erschien bald schon eine stärkere Vereinsbildung notwendig. Sie war einem starken Konkurrenzdruck ausgesetzt, die Sozialdemokratie warb um ihre Anhänger in der Arbeiterschaft und im absinkenden Kleinbürgertum, ebenso warben die „reichstreuen“ Parteien mit nationalen Parolen um ihre bürgerliche Gefolgschaft, eine massive Propaganda der Regierung richtete sich gegen sie und erschwerte ihre Wahlagitation. Um Erfolge zu erzielen, kam es für sie darauf an, oppositionelle Stimmungen aufzufangen, für die Wahlen auszunutzen und so gewonnene Wähler möglichst festzuhalten. Dabei war die Partei im Gegensatz zu ihren bürgerlichen Konkurrenten auf sich allein angewiesen, sie stand gegen die Regierung und konnte sich kaum auf organisierte gesellschaftliche Mächte stützen. Schließlich verwies die Tradition der Wählerversammlungen und das Fehlen einer natürlichen Führung die Fortschrittler besonders auf die Vereinsverfassung. Eugen Richter, mit einem ausgesprochenen Sinn für Organisation begabt, wirkte schon seit Mitte der 70er Jahre ständig dahin, daß sich die Fortschrittler in eigenen Vereinen organisierten¹⁾. Aus diesen Gründen wurde in der Fortschrittspartei zuerst der Verein zur herrschenden Organisationsform. Auf Wahlerfolge konnte sich die neue Organisationstechnik freilich kaum auswirken, weil die Wahlentscheidungen weniger von der Organisation als von der Politik der Partei abhingen, weil die städtischen Zentren des Fortschritts an die Sozialdemokratie verlorengingen und die Entscheidungen zwischen den bürgerlichen Parteien sich in die für Vereine ungünstigen halbländlichen Wahlkreise verlagerten und weil die Vereine zwar Festigkeit, aber kaum werbende Kraft entwickelten.

Für die Rechtsliberalen war eine ähnliche Situation zunächst fast nur in Bayern und Württemberg gegeben. Hier warben sie noch um die gleichen Wählerschichten wie Klerikale und Partikularisten; zudem waren sie, eher Minorität, etwas stärker politisiert als im Norden. So haben sich in Bayern früh schon nationalliberalorientierte Vereine gebildet, und zwar gerade in Zusammenhang mit den Wahlen von 1865 und besonders 1868/69²⁾; in München z. B. gab es seit 1869 ein durchgebildetes Vereinssystem, ein Werk des organisationsbegabten Vecchioni, das sich bei den Wahlen zunächst als sehr aktionsfähig erwies³⁾; in der zweiten Hälfte der 70er Jahre aber verfielen die meisten dieser

¹⁾ Politisch betrieb er damit die Loslösung vom Gesamtliberalismus; zentrale Aufforderungen zur Vereinsbildung: Parl. Korr., 8. Januar 1877; 22. November 1877, man müsse feste „Partei-kader“ schaffen; Berl. Börs. Ztg., 13. Oktober 1880; über zahlreiche Fortschrittvereine in Sachsen und Thüringen, Voss. Ztg., 2. Juli 1878; in Remscheid und im Wahlkreis Teltow, Voss. Ztg., 11. und 12. Juli 1878; vgl. o. S. 31 f.

²⁾ Solche Vereine hatten die verschiedensten Namen, wie Volks-, Bürger- und Fortschrittsverein, liberaler Verein, Wahlverein der Fortschrittspartei; im Allgäu knüpfte man an einen seit 1848 bestehenden Allgäuer Volksverein an; bei den Verschiebungen im fließenden Parteigefüge wurden die Vereine oft umgebildet, vgl. z. B. Schieder, S. 208. Zahlreiche Vereine der deutschen Partei in Württemberg 1870, Rapp, S. 357.

³⁾ Ein Wahlverein war in 10 Bezirksvereine gegliedert; auch die Landtagswahlen wurden von ihm zum erstenmal erfolgreich durchorganisiert, Schieder, S. 198 ff., 208; Heyderhoff-Wentzcke

Vereine. Im übrigen Deutschland waren die Fronten auch in den Städten, in denen allein eine Vereinsbildung in Frage kam, meist starrer; eine Abwanderung eigener Anhänger schien, mindestens bis zur Sezession, unwahrscheinlich. Einbrüche der Rechten beim Wahlkampf um das Sozialistengesetz wurden nicht eigentlich realisiert. Die Notwendigkeiten des Wahlkampfes drängten nur in Ausnahmefällen, in Großstädten, zur Vereinsbildung¹⁾. Dort wo sich früher oder später die beiden liberalen Parteien mit annähernd gleichen Erfolgsaussichten bekämpften, waren auch die Nationalliberalen meist genötigt, dem Beispiel der Fortschrittspartei zu folgen und sich in Vereinen zu organisieren, um sich zu behaupten. Das galt vornehmlich für ost- und mitteldeutsche Städte, andernorts und in der überwiegenden Mehrzahl der Wahlkreise haben sie sich lange auf ihre traditionelle Stellung, ihre gesellschaftliche Macht und ein gewisses offizielles Wohlwollen verlassen und den Aufbau besonderer Organisationen vernachlässigt²⁾.

So bildeten also die Liberalen im Lande auch Vereine; z. T. waren diese einfach von Zeit und Umständen relativ unabhängige Formen menschlicher Verbindung, z. T. spiegelten sie soziale und politische Veränderungen, Erweiterung des Honoratiorenkreises und Verschärfung des Wahlkampfes wider und waren entstanden, um die damit gestellten Aufgaben, Legitimierung, Integration oder Aktivierung, zu lösen. Mancherorts waren Vereine die ursprüngliche Organisationsform einer Partei, ein Teil von ihnen ist wieder eingegangen, weil eine bloße Gesinnungsgemeinschaft, die Gefolgschaft eines Politikers oder eine aktuell bestimmte Bewegung auch in dieser Form nicht lebensfähig war und weil sich die ursprünglichen fraktionsübergreifenden Parteigrenzen differenzierten und verschoben³⁾. Häufiger aber bildeten sich die Vereine nach einer anfänglichen Phase von Komitees oder Wählerversammlungen, und zwar beim Fortschritt schon Ende der 70er Jahre wesentlich um der Kampffähigkeit willen, bei den Nationalliberalen erst später und vornehmlich um des größer gewordenen parteitragenden Kreises willen⁴⁾.

Bei den verschiedenen, ineinandergreifenden Motiven der Vereinsbildung, den fließenden Parteigrenzen, der langsamen Differenzierung und der nur allmähli-

II, S. 62, ein Brief Stauffenbergs von 1872, die Bewegung in München stehe allein auf den zwei Augen Vecchionis; Um- oder Neubildung zum Verein Liberaler Reichsfreunde 1874, Voss. Ztg., 3. November 1874; Allg. Ztg., 11. und 17. Mai. 1876.

¹⁾ Ausnahmen z. B. in Hamburg, wo die Nationalliberalen sich noch nicht klar vom Fortschritt und von Wirtschaftsgruppen abgegrenzt hatten. 1874 gründeten sie den Reichsverein, 1877 den Reichstagswahlverein, Laufenberg, S. 544, 617.

²⁾ „Die Nationalliberalen hätten von Bismarck nicht in drei Jahren zerdrückt werden können, wenn sie einen anderen Organisationsuntergrund im Lande gehabt hätten, festgefügte Vereine, beständige Arbeit unter der Wählerschaft, dann wäre selbst eine Macht wie die Bismarcks nicht imstande gewesen, eine Partei mit solcher Vergangenheit so vollständig in den Hintergrund zu drücken.“ Naumann, Polit. Parteien, S. 32; vgl. u. S. 87.

³⁾ Vgl. Hamburg: o. S. 78, u. S. 84.

⁴⁾ Vgl. a. u. S. 87 ff., S. 92.

chen Herauslösung der Parteiangelegenheiten aus wirtschaftlichen und allgemein bürgerlichen Interessen trat eine Reihe von Vereinen zunächst nicht eigentlich als Partei- und Wahlverein auf, sondern etablierte sich als allgemeiner Bürgerverein oder Klub, in dem einesteils auch wissenschaftliche Themen behandelt wurden, andernteils Fragen des kommunalen und — im Sinne der Wohlfahrtspflege — sozialen Lebens, und der zudem geselligen Zwecken diene. Zum Teil drangen die Parteien auch in bestehende derartige Vereine ein und überformten sie, so daß sie zum eigentlichen Mittelpunkt der Partei in einer Stadt wurden. In den 80er Jahren freilich hat sich diese Symbiose aufgelöst, und es entstanden nun reine Parteigruppen¹⁾.

Über die Größe der Vereine²⁾ und über ihre Struktur läßt sich wenig Allgemeines sagen. Grundsätzlich galt das Prinzip der freien Mitgliederwerbung und der Beitrittsfreiheit, gelegentlich war eine Empfehlung erforderlich. Faktisch waren die Vereine selten darauf erpicht, intensiv um Mitglieder zu werben, sie hatten keine Expansionstendenzen, sondern begnügten sich mit einem kleinen Kreis³⁾. Die Mitgliedschaft ging in gewissem Maße auch über die großbürgerliche akademische Schicht hinaus, in linksliberalen Vereinen spielte das besitzende Kleinbürgertum eine wichtige Rolle. Der Begriff Mitglied war offenbar nicht streng gefaßt. Mitgliedskarten und regelmäßige Pflichtbeiträge, von deren Bezahlung die Fortdauer der Mitgliedschaft abhing, wird es selten gegeben haben, die Kosten des Vereinsbetriebs wurden durch Umlagen bestritten. Immerhin stand der Kreis der Mitglieder insofern fest, als zwar das Ausscheiden unklar bleiben konnte⁴⁾, Eintritt und Zugehörigkeit aber sicher waren; auf den Generalversammlungen waren nur die Mitglieder anwesend. Da die Legitimation kaum je

¹⁾ „Bürgervereine“ in Würzburg; Städtischer Verein Magdeburg, Kern der liberalen Partei, Voss. Ztg., 21. Juli 1875, Königsb. Hart. Ztg., 23. August 1879. In Leipzig waren die Nationalliberalen bis zur Mitte der 70er Jahre in 2 Vereinen organisiert, dem Städtischen Verein und der — etwas weiter rechts stehenden — Gemeinnützigen Gesellschaft, in der Septennatskrise 1874 sollte sich Stephani vor ihnen verantworten; Biedermann, S. 336 ff., Böttcher, S. 141. In Altona waren 1874 die gesamtbürgerlichen Kommunalvereine parteitragend, in Hamburg waren sie und Handwerker- und sogenannte Ortsvereine noch 1877 trotz eines Parteivereins Zentrum der Liberalen, Laufenberg, S. 534, 609.

²⁾ Der Verein in Elbing hatte bei der Gründung 1870 42 Mitglieder, NL Forckenbeck; die württembergischen Vereine hatten 1870 60 bis 100, der in Ulm sogar 190 Mitglieder, Rapp, S. 357.

³⁾ In Hamburg allerdings wollte der Reichswahlverein sich 1877 erst konstituieren, wenn er 10000 Mitglieder hatte, das hat er aber nicht erreicht, Laufenberg, S. 617; über die fortschrittliche Organisation vgl. u. S. 177.

⁴⁾ Der ehemalige nationalliberale Abgeordnete Kulemann bemerkt über sein Verhältnis zur Partei nach 1897, „auch jetzt kam es nicht zu einer formellen und rechtsverbindlichen Trennung zwischen mir und der Partei, aber ich fühlte mich ihr doch so weit entfremdet, daß ich mich nicht mehr als Parteiangehöriger betrachtete“; am 1. März 1897 hatte die parteioffizielle „Nationalliberale Korrespondenz“ erklärt, er habe alle Fühlung mit der Partei verloren, Kulemann, S. 192 ff.; bei dem rechtsverbindlichen Verhältnis könnte es sich um die Mitgliedschaft in einem Braunschweiger nationalliberalen Verein handeln. Spätere Mahnungen Naumanns, die Mitgliederlisten zu pflegen, werden nur aus dieser laxen Praxis verständlich, s. a. u. S. 187, S. 190 f.; in Elbing wurde man Mitglied durch Unterzeichnung des Statuts und Verpflichtung zu einem Mitgliedsbeitrag, NL Forckenbeck; der Verein ist aber bald nach 1870 wieder eingegangen.

auf Grund von Listen überprüft wurde, genügte die persönliche Bekanntschaft in dem meist nicht sehr großen Kreis.

Jährliche Generalversammlungen wird es nicht überall gegeben haben, immerhin waren sie in den größeren und überhaupt in linksstehenden Vereinen üblich. Auf diesen Versammlungen wurde der Vorstand gewählt. Anfangs stellten die Initiatoren der Vereinsgründung, oft also die Mitglieder eines bisherigen Komitees, den Vorstand. Später war die Wahl im allgemeinen Wiederwahl, Ansehen und Leistung einerseits, die konservative und passive Haltung von Organisationsmitgliedern andererseits führten zu diesem Ergebnis. Immerhin durfte der Vorstand seine Autorität nicht strapazieren, raffinierte Tricks zur Aufrechterhaltung seiner Führung waren in der bürgerlich-persönlichen Atmosphäre der Vereine nicht möglich. Im allgemeinen wird man aber von einer Übereinstimmung zwischen Vorstand und Mitgliedern ausgehen können. Bei Ergänzungswahlen richtete man sich meist nach den Vorschlägen des bisherigen Vorstandes; dabei war nicht nur für verdiente Vereinsmitglieder, sondern auch für andere politisch talentierte Leute die Möglichkeit zum Aufstieg gegeben, wenn sie sich zu den herrschenden Konventionen nicht ausdrücklich in Widerspruch setzten. Im ganzen war ein Konkurrenzstreben um Vorstandsposten selten; der Einstieg in die große Politik ging zwar meist durch einen Verein hindurch, aber war nicht unbedingt an ein Vorstandsamt gebunden.

Die wichtigste Funktion des Vorstands war es, manchmal zusammen mit einer besonderen Kommission, die Kandidatenauswahl vorzubereiten, d. h. Verhandlungen zu führen und dem Verein einen Vorschlag zu machen. Darum hatte seine Zusammensetzung politische Bedeutung. Wie maßgeblich sein Vorschlag war, ist unterschiedlich; im allgemeinen war der Verein zur Annahme genötigt, da es kaum realisierbare Alternativen gab. Manchmal wurden aber dem Vorstand vorher schon bestimmte Direktiven erteilt. Jedenfalls mußte er Rücksicht auf die erforderliche Zustimmung der Mitglieder nehmen, er durfte sich nicht in Gegensatz zu ihnen stellen¹⁾. Normalerweise repräsentierte er aber einfach die Mitgliedschaft, so daß diese sich ihm ohne weiteres anschließen konnte. Bei ihm lag die Initiative, bei den Mitgliedern die Legitimation, mit der sie ihn, in höherem Maße als die Vertrauensmänner, indirekt beeinflussten. Wurde ein Wahlbündnis abgeschlossen oder ging es darum, das Stichwahlverhalten festzulegen, den Anhängern die sogenannte Stichwahlparole zu geben, so war die Stellung der Mitglieder freier und aktiver, der Vorstand konnte mit einem Vorschlag scheitern, z. T. verzichtete er auf einen solchen, normalerweise ergab sich die Entscheidung

¹⁾ In der Zeit der Reichsgründung wurde über Kandidaturen oft noch in mehreren Vollversammlungen eines Vereins beraten, so im Wahlverein der Fortschrittspartei in Breslau 1867, Th. Müller, Arbeiterbewegung I, S. 87; in diesem Verein kam es 1874 und 1878 zu Konflikten, weil Vorstand und Mehrheit gegen die SPD ein Kartell mit rechtsstehenden Nationalliberalen schlossen; 1878 gründete die Opposition einen neuen Freisinnigen Verein, ein Zeichen für die Offenheit der Organisation, in der sich ein Monopolanspruch noch nicht durchgesetzt hatte; 1881 gingen beide Vereine einträchtig zusammen, ebd. I, S. 134 ff., II, S. 22 ff.

durch Mehrheitsbeschluß¹⁾. In stärkerem Maße noch hatten die Mitglieder direkten Einfluß auf die politische Linie eines Vereins, wenn im Vorstand selbst Spannungen vorhanden waren oder wenn eine entschiedene Opposition einen Wortführer fand, so vor allem bei Parteispaltungen und -krisen. Hier hatten die Mitglieder zu entscheiden²⁾. Aber nach der Auflösung des Gesamtliberalismus und der Sezession trat diese Souveränität der Mitglieder wieder zurück. Nur die Stellung zu den Parteifügeln hing von der Tendenz der Mitgliedschaft ab, die kein Vorstand überspielen konnte, die sich aber häufig aus dessen Einstellung ergab.

Die Vereine waren im wesentlichen, von Ausnahmen z. B. in Mecklenburg und Bayern abgesehen, städtisch, auch wenn sie für einen ganzen Wahlkreis fungierten³⁾. Mit den ländlichen Gemeinden verkehrte der Verein in der Art des Komitees, er zog bei Entscheidungen über Kandidaten und Bündnisse ländliche Vertrauensmänner zu und ließ sich von ihnen legitimieren. Solange nicht ein besonders akuter Gegensatz zwischen Stadt und Land bestand, konnten die Vereinsentscheidungen mit Anerkennung rechnen.

Unterschiedlicher als die Struktur waren Kontinuität und Aktivität der Vereine. Ein Teil von ihnen, vor allem die kleineren und die nationalliberalen, beschränkte sich gänzlich auf die Aufstellung des Kandidaten und das Ingangbringen des Wahlbetriebs, zwischen den Wahlen traten sie, von Parteikrisen abgesehen, nicht wirklich in Erscheinung. Einem Komitee gegenüber hatten auch solche Vereine den Vorteil fixierter Zusammensetzung und Führung. Trotzdem waren sie für die Wahlen nicht eigentlich gerüstet, man traf keine langfristigen Vorbereitungen für Nominierungen, und daher begannen sie auch bei regulären Neuwahlen ihre Tätigkeit erst wenige Wochen vorher, so daß sie, wie die Komitees, bei Neuaufstellungen leicht in Zeitbedrängnis gerieten und erst spät mit ihrem Kandidaten in den Wahlkampf eintraten.

Andere Vereine arbeiteten etwas weniger diskontinuierlich. Die älteren, aus der Freude am Programmentwurf in einer Zeit unmittelbarer politischer Erregung wie vor der Reichsgründung und während des Kulturkampfes gegründeten, pflegten noch ständig Diskussionen und politische Bildung und versuchten auch außerhalb der Wahlen ihren Standpunkt in der Öffentlichkeit zur Geltung

¹⁾ 1887 allerdings wurde das zentral empfohlene Kartell der Nationalliberalen mit den Konservativen i. a. von den örtlichen Vorständen abgeschlossen; für Breslau, Th. Müller II, S. 188.

²⁾ In Bremen z. B. entschied sich der liberale Reichsverein mit 91:55 Stimmen für die Sezession; Konflikt in Hamburg, s. o. S. 33, S. 78.

³⁾ Das Verhältnis zwischen Orts-, Kreis- und Wahlkreisvereinen entsprach den Verhältnissen unter den Komitees. In Großstädten wie Hamburg und München und in den größeren Bezirke umfassenden bayerischen Kreisvereinen gab es zeitweise zwischen Mitgliedern und Vorstand eine Gruppe von Vertrauensmännern als institutionelles Mittelglied, sie wählten z. T. den Vorstand, berieten ihn und nahmen an der Wahlarbeit besonders aktiv teil; auf die Dauer aber haben sich diese Zwischenstufen nicht gehalten; München und Bayern, Voss. Ztg., 14. Dezember 1872, Allg. Ztg., 7. Februar 1874; Hamburg, ebd., 16. April 1874, Laufenberg (1878), S. 637.

zu bringen¹⁾). Aber diese Art der Aktivität währte im allgemeinen nicht lange, solche Vereine gingen wieder ein oder beschränkten sich auf die Aufgaben der Wahlorganisation. Erst die später gegründeten, vor allem fortschrittlichen Vereine wiesen wieder eine etwas kontinuierlichere Tätigkeit außerhalb der Wahlzeiten auf²⁾). Große Vereine faßten auch bei politisch oder parteipolitisch schwierigen Lagen, bei Abweichungen des Abgeordneten von seiner ursprünglichen Linie z. B., Resolutionen, um den Abgeordneten oder zentrale Parteiinstanzen zu stützen oder zu beeinflussen, um ihre Stellung in der örtlichen Öffentlichkeit zu sichern³⁾). Aber das waren Ausnahmen; die zweifellose Hauptsache waren, und zwar stärker als in der Zeit der Reichsgründung, die Wahlangelegenheiten.

Dabei erfüllten die Vereine in erster Linie die Funktion, die Kandidatenaufstellung innerhalb der Partei rechtzeitig und verbindlich zu regeln. Das schien neben der Bindung der Anhänger auch unter dem Gesichtspunkt der Kampfkraft das wichtigste Argument für Vereinsgründungen. Im übrigen rechnete man mit der persönlichen Werbung der Anhänger. Organisierte Agitation und Tätigkeit am Wahltag blieb meist in bescheidenen Grenzen, bei den Nationalliberalen fehlte sie gewöhnlich ganz. Zusammenhalt und Koordinieren der Anhänger, nicht Massenwerbung und Angriff auf andere Parteien — das war primär die Sache der Vereine. Bei der damaligen Wahlpraxis und dem geringen Grad der Politisierung des Volkes genügte das zunächst.

Eine engere und wirksame Verbindung der Vereine untereinander und mit einer Zentrale war, in organisierter Form wenigstens, schon durch die Vereinsgesetzgebung ausgeschlossen. Das preußische Vereinsgesetz vom 1. März 1850 z. B. verbot im § 8 die Verbindung politischer Vereine, was zwar nach § 21 einer Ausführungsverordnung vom 11. März 1850 für Wahlvereine nicht gelten sollte, aber als Wahlverein wurde nur der betrachtet, der allein für konkret anstehende Wahlen wirkte⁴⁾). Ein Verein mußte daher rechtlich selbständig sein, er war

¹⁾ Das Statut des nationalliberalen Vereins in Elbing von 1870 sah im Winter wöchentliche (!) Sitzungen vor, daran aber hat man sich sicher nur ganz kurze Zeit gehalten. — Im Rheinland gab es die von Sybel begründeten „Deutschen Vereine“, die als Wahlvereine der liberalen oder der reichstreuen Parteien fungierten, in der Hauptsache aber und ausdrücklich dazu bestimmt waren, den nationalliberalen Standpunkt gegen das Zentrum öffentlich herauszustellen, Kißling, *Gesch. d. Kulturkampfes II*, S. 149 ff.; in Hamburg, wo an sich viel politische Aktivität herrschte, heißt es vom (national)liberalen Reichstagswahlverein, daß er nach 1881 „erschlaffte“, 1884 wurde ein neuer Verein begründet, Laufenberg II, S. 283, 399.

²⁾ Vgl. u. S. 179 ff.

³⁾ Z. B. Heyderhoff-Wentzcke II, S. 280, ein Brief des Abgeordneten Mosle vom 1. Dezember 1879, der von einem „Mißtrauensvotum“ des Bremer liberalen Reichsvereins gegen die national-liberale Partei wegen deren Haltung in Zoll- und Wirtschaftsfragen berichtet. Mosle hatte sich zur Enttäuschung seiner Wähler zum Anhänger der Bismarckschen Politik entwickelt. Ebenso Resolution des Reichstagswahlvereins Hamburg gegen den Abgeordneten Bauer, Voss. Ztg., 28. Mai 1879, Laufenberg, S. 91. Der Bochumer Reichsverein erklärte sich 1876 für die Abgeordneten Löwe und Berger und ihre schutzzöllnerischen Ansichten, Voss. Ztg., 7. September 1876.

⁴⁾ So eine Entscheidung des preußischen Obertribunals vom 27. Juni 1869, Parl. Korr., 20. Februar 1877; der § 8 ist erst am 6. Dezember 1899 aufgehoben worden, das die Vereinigungs-

Parteiorganisation als Organisation der Parteianhänger im Wahlkreis, nicht als Organ der zentralisierten nationalen Partei, er war nicht Ortsgruppe. Der rechtlichen Selbständigkeit entsprach, schon auf Grund der Entstehungsweise der Vereine und ihrer unbürokratischen Honoratiorenverfassung eine faktische, und diese wurde durch die Rechtslage stabilisiert. Es gab natürlich Verbindungen zu zentralen Stellen, aber deren Empfehlungen waren unverbindlich, weder konnten noch wollten sie bei Kandidatenaufstellung und Wahlbündnissen die Freiheit der lokalen Organisationen antasten. Nur allmählich und unter besonderen Bedingungen hat sich ein gewisser zentraler Einfluß ausgebildet, ohne daß aber bis 1918 die auch durch die Mehrheitswahl begünstigte Unabhängigkeit der Wahlkreisorgane wesentlich beeinträchtigt worden wäre.

Der Unterschied zwischen Verein und Komitee bestand darin, daß der Verein erstens eine rechtliche und trotz der gemachten Einschränkungen stabilere Existenz mit einigermaßen feststehender Zusammensetzung, mit formalisiertem Verfahren und mit formalisiertem inneren Aufbau hatte und daß er zweitens einen weiteren Anhängerkreis an den Parteientscheidungen beteiligte und eine Ordnung dieses Kreises etablierte, darum erhöhte Verbindlichkeit und geschlosseneres Auftreten im Wahlkampf erreichte. Dagegen blieb es auch in den Vereinen bei der relativ kleinen Zahl und der — auf der Linken etwas erweiterten — Honoratiorenstruktur, es gab keine Mobilisierung oder Organisation von Massen, denn dadurch hätten diese Massen Einfluß auf die Partei gewinnen können, das aber entsprach nicht dem Stil der Honoratiorenpolitik. Zudem hätten die Liberalen auch, wenn sie gewollt oder nach ihren inneren Voraussetzungen gekonnt hätten, keine realen Möglichkeiten gehabt, Massen anzuziehen. Die Massen waren noch nicht politisiert und nicht schnell zu politisieren, die Liberalen hatten, nach der Lösung des Einheitsproblems, dem Stillstand in der Freiheitsfrage, gemäß ihrer Haltung zum Sozialismus und gemäß ihrer Ablehnung einer direkten wirtschaftlichen Interessenpolitik, keine Parolen, mit denen sie eine organisierte Massenpartei hätten anstreben können. Dies Problem war aber eben noch nicht wirklich gestellt. Entsprechend unterschied sich die nach außen gerichtete Tätigkeit der Vereine im Wahlkampf und eine Agitation in der Zeit zwischen den Wahlen nur relativ von der Tätigkeit der Komitees. Massenagitation und intensive Wahlkämpfe waren noch nicht üblich, der herkömmliche Betrieb genügte noch.

freiheit garantierende Reichsvereinsgesetz kam erst 1908 zustande. — Die Bestimmungen galten auch für Komitees, da es nicht auf die Form, sondern auf den tatsächlichen Charakter der Vereinigung ankam.

III. Die Nationalliberalen

a) Die Weiterbildung der lokalen Organisation

In der nationalliberalen Partei herrschte zunächst die Komiteeverfassung vor und hielt sich selbst in manchen städtischen Wahlkreisen¹⁾. Zudem unterschied sich eine Reihe von Vereinen kaum von einem Komitee. Die leitenden Komitees oder Vereinsvorstände waren, wie gesagt, noch stark personenbestimmt. In Bochum z. B. lehnte bei einer Nachwahl 1891 das Komitee es ab, seinen Kandidaten über die sogenannten Bergarbeiterforderungen zu befragen, weil sich sein Vorsitzender, der Großindustrielle Baare, scharf dagegen erklärte und diese Möglichkeit als indiskutabel verwarf. Die Meinung des mächtigen Vorsitzenden, der zudem den ausnahmsweise mit einem ganzen Stab angestellter Redner intensiv geführten Wahlkampf finanzierte, war selbstverständlich ausschlaggebend, obschon ein Wahlsieg durch diesen Entscheid ausgeschlossen wurde; der Einwand, daß es nicht so sehr auf den Vorsitzenden, sondern auf den Kandidaten ankomme, hatte nur rhetorischen Wert, in diesem Fall bestimmte der eigentliche Wahlkreisführer über und für den Kandidaten²⁾.

Die Aktivität der Organisationen außerhalb der Wahlen war durchschnittlich sehr gering. Hellmut von Gerlach berichtet mit ironisch-polemischer Zuspitzung aus einem Landtagswahlkampf im Kreis Bentheim 1903, daß es in dem Hauptorte Schüttorf einen nationalliberalen Verein von einigen Industriellen gegeben habe, dessen einziges Lebenszeichen während seiner langjährigen Existenz gewesen sei, Bismarck einen Stock mit versilberter Krücke überreichen zu lassen³⁾. In diesen Jahren hatte in anderen und günstigeren Wahlkreisen schon eine gewisse Aktivierung der Vereine eingesetzt, für den durchschnittlichen Zustand bis zum Ende der 90er Jahre ist das Beispiel bezeichnend, alle Bemühungen um größere Aktivität setzten solche Verhältnisse voraus. Noch 1902 mußte der Generalsekretär der Partei mahnen, nicht mehr vier Wochen vor den Wahlen erst

¹⁾ Z. B. in Bochum 1891, Kulemann, S. 55 f.; in Dortmund, hier protestierte der Bergwerksverein Hörde 1890 gegen den Kandidaten, Köln. Ztg., 4. Februar 1890; in Essen, Wähler protestierten gegen einen Komiteebeschluß, ebd., 29. Februar 1890; Weimar 1895, Kulemann, S. 165; im Wahlkreis Eisenach faßten 1895 Vertrauensmänner die entscheidenden Beschlüsse, Dt. Tgztg., 14. April 1895; im Wahlkreis Freiberg/Sachsen, ebd., 25. Juni 1903.

²⁾ Die Gegner des Beschlusses, Kulemann und der nationalliberale Generalsekretär Patzig, hielten sich nicht an ihn, sondern verabredeten mit dem Kandidaten eine positive Erklärung zu den Bergarbeiterwünschen, die zu dessen Wahlsieg führte, Kulemann, S. 155 f., vgl. u. S. 151, S. 158.

³⁾ H. v. Gerlach, Von rechts nach links, S. 177; der zu drei Vierteln protestantische Kreis gehörte zum Reichstagswahlkreis Meppen, der sicherer Besitz des Zentrums war; die Nationalliberalen hatten nur bei den Landtagswahlen im Wahlkreis Lingen-Bentheim Bedeutung.

anzufangen, einen Kandidaten zu suchen¹⁾. Als Kandidaten wurden gelegentlich, zumal im Zeichen einer bürgerlichen Sammlung, noch immer parteifremde Leute aufgestellt, die sich erst dann den Nationalliberalen anschlossen²⁾. Auch aktive Teilnahme der Organisationen an der innerparteilichen Meinungsbildung gab es bis in die 90er Jahre hinein eigentlich nicht. Die Parteikrise war mit der Sezession zunächst abgeschlossen, Bewegungen im Lande, wie sie z. B. zur Formulierung des Heidelberger Programms führten, waren Sache weniger Führer, die Erklärung entsprach zwar der Stimmung der Anhänger, wie sie in persönlichen Gesprächen und lebhafter Zustimmung sich ausdrückte, zu besonderer Aktivität der lokalen Institutionen aber kam es dabei nicht. Erst bei der Umsturzvorlage von 1894 hat die starke Erregung der Parteianhänger jedenfalls in Süddeutschland dazu geführt, daß sich die Organisationen aktiv und erfolgreich in die innerparteiliche Meinungsbildung einschalteten³⁾.

Die Verwirrung der Sezession, die damit verbundene entscheidende Niederlage von 1881⁴⁾ hätten vielleicht auf die Dauer Rückwirkungen auf die Struktur und die Tätigkeit der lokalen Organisationen haben können. Aber der mit Hilfe der Regierung und des Kartells errungene Wahlerfolg von 1887 — die Partei erreichte noch einmal rund 100 Sitze — rückte das Organisationsproblem wieder in die Ferne. Der Druck der Lage war noch nicht so, daß er die auf der Organisationsunwilligkeit des Bürgertums beruhende Honoratiorenstruktur und die dementsprechende geringe Aktivität gewandelt hätte, zudem schien es zweifelhaft, ob organisatorische Maßnahmen die Wahlen entscheidend beeinflussen konnten. Man beließ es also beim bisherigen Zustand, die Partei blieb ein Verband ohne Unteroffiziere und Mannschaften und ohne Intensität im politischen Kampf.

Dieser Zustand begann sich erst in den 90er Jahren zu ändern. Im Zuge des Übergangs vom Agrar- zum Industriestaat und der damit verbundenen sozialen Umschichtung bildete sich die moderne industrielle Massengesellschaft aus. Das Schwergewicht verlagerte sich, an die Stelle der Selbständigen, an denen sich Gesellschaftsbild und Organisationsformen orientiert hatten, waren die Abhängigen getreten. Nicht mehr Kaufleute und Handwerker, sondern Arbeiter und Angestellte bestimmten das Gesicht der städtischen Wählerschaften. Dadurch veränderte sich auch der Charakter des politischen Betriebes. Die neuen Schichten begnügten sich nicht mit einer passiven Rolle, sondern drängten nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem politisch auf ihre Emanzipation. Entscheidend war dabei natürlich die sozialistische Bewegung, aber diese wirkte auf alle

¹⁾ Parteitagprotokoll 1902, S. 86; Köhler, Jungliberalismus, S. 3, über die Zustände Ende der 90er Jahre, die Partei sei noch immer durchdrungen gewesen vom „Geiste alter untätiger Honoratiorenpolitik“; in vielen Wahlkreisen hätten kaum Vereine bestanden, einige Vertrauensmänner hätten die Partei ausgemacht.

²⁾ So 1898 im Wahlkreis Mittweida, Heilmann, S. 259.

³⁾ s. u. S. 173.

⁴⁾ Die Partei erhielt 47 Sitze und 14,6% der Stimmen gegenüber 99 Sitzen und 23,1% 1878 und 155 Sitzen und 29,7% 1874, zur Zeit ihres Höhepunkts.

Angehörigen der neuen Klassen, die, in Auseinandersetzung mit ihr und vielleicht schwächlich, doch ihre Emanzipation erstrebten und dadurch in die Politik hineingerieten. Auch die Führungskreise wurden von der Umschichtung der Gesellschaft betroffen. In gewissem Maße nahmen auch hier die Abhängigen zu, die Kräfte der modernen arbeitsteiligen Industrie- und Verwaltungswelt kamen stärker zur Geltung. Vor allem erweiterte sich die Führungsschicht erheblich, das Selbstbewußtsein der ihr Zugehörigen wuchs und damit der Anspruch auf politische Mitbestimmung, Unterschiede von Rang und Autorität traten zurück oder wurden ganz nivelliert.

Die Politisierung der sich verändernden Gesellschaft hing zusammen mit dem Funktionswandel des Staates. Die wachsende wirtschaftliche Verflechtung, die infolge von Strukturwandlungen auftretenden Krisen, das Entstehen neuer Ordnungsprobleme im verschärften wirtschaftlichen Interessenkampf, die vielfältige soziale Frage, die mit den Aufgaben zunehmenden Ansprüche des Staates, — all das führte gerade unter dem Druck der Betroffenen zur Ausbildung des Interventionsstaates und steigerte die Bedeutung von staatlichen Reform- und Regulierungsmaßnahmen. Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden zum wichtigsten Felde der Innenpolitik, demgegenüber alles andere in den Hintergrund trat. An diesem Punkte berührten die Maßnahmen des Staates so sehr die unmittelbaren Interessen des einzelnen, daß hier eben die Politisierung der aufsteigenden wie der führenden Schichten einsetzte. Mit der Komplizierung des wirtschaftlich-sozialen Lebens und mit der Zunahme staatlicher Eingriffe stiegen die Erwartungen, die man auf die Politik setzte, darum stieg zugleich die Anteilnahme an dieser Politik.

Unter diesem Gesichtspunkt veränderte sich auch die Haltung der bis dahin ausschlaggebenden Wählerschichten des bürgerlichen Mittelstandes und der Bauern. Diese fühlten sich durch das wachsende Übergewicht der Industrie und den Eintritt in die Weltwirtschaft, der die schwere Agrarkrise hervorrief, in ihrer Existenz bedroht. Dieser Bedrohung konnte, so schien es den Betroffenen, nur mit staatlichen Mitteln begegnet werden. Da sie zugleich durch die Emanzipationstendenzen ihre soziale Stellung gefährdet sahen, suchten sie, auch in dieser Beziehung positiv wie negativ auf die staatlichen Maßnahmen einzuwirken. Ihr ökonomisch-soziales Interesse, das jetzt nur der Staat befriedigen konnte, trieb sie dazu, aktiv und fordernd in die Politik einzutreten. Beide Vorgänge, das Aufsteigen neuer Gesellschaftsschichten und der Versuch der älteren Klassen, sich in einer sozial und ökonomisch veränderten Welt zu behaupten, führten also zu einer steigenden Politisierung der Wählerschaft. Die Massen traten in die Politik ein, zunächst die sozialdemokratische Arbeiterschaft, aber dann auch andere und bürgerliche Gruppen, unter denen sich die antisemitische und die agrarische Bewegung besonders lautstark zur Geltung brachten. Es ist bezeichnend, daß der Aufruf zur Gründung des Bundes der Landwirte davon sprach¹⁾, man müsse

¹⁾ Mommsen-Franz, Deutsche Parteiprogramme, 4. Aufl. 1932, S. 98 ff.

unter die Sozialdemokraten gehen, d. h. man müsse eine Massenbewegung organisieren, die erst der Regierung gegenüber Ansprüche erheben könne.

Natürlich ging dieser Wandel nur allmählich vor sich, das Ausmaß der Politisierung war — verglichen mit dem der Weimarer Zeit — begrenzt, ohne Kontinuität und von wechselnder Intensität. Die einzelnen Volksteile waren verschieden stark berührt, ein gut Teil des Bürgertums und der Bauern blieb unpolitisch, politisch gleichgültig, und zumal für die Mehrheit der Bildungsschicht spielte die Politik als Auseinandersetzung der Parteien nur eine Rolle ganz am Rande des Lebens, eine Haltung, die Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“ ursprünglich reflektieren, und in jedem Falle blieb die Politik, der Stabilität des Zeitalters entsprechend, natürlich ein sekundärer Bereich. Aber im ganzen hatte sich die Lage geändert. Die Massen waren nicht mehr nur Objekt der politischen Kämpfe innerhalb einer Führungsschicht, sondern waren selbst beteiligt. Mindestens in den Wahlzeiten und bei besonders kritischen Maßnahmen — Handelsverträgen, Zolltarif, Umsturz- und Zuchthausvorlagen, Finanzreform — bewegte der Parteienkampf jetzt breite Kreise, die Herausforderungen zur Urteilsbildung und die Möglichkeiten dazu waren wesentlich gewachsen, darüber hinaus nahm sogar die Zahl derer, die ein aktives und kontinuierliches Interesse am Parteibetrieb zeigten, wesentlich zu. Der ganze Vorgang erreichte zwar erst im Jahrzehnt vor dem Weltkrieg, als das bisherige System überhaupt in Frage stand, seinen Höhepunkt, aber das Faktum war doch in den 90er Jahren schon unübersehbar und gewann ständig an Bedeutung. Davon mußten mit der Zeit auch die lokalen Parteiorganisationen berührt werden.

Freilich gewann die sich verändernde Lage im Bewußtsein der Parteiführer nur langsam Raum, und langsamer noch wurden daraus organisatorische Konsequenzen gezogen. Das lag z. T. auch am Wahlsystem. Die seit 1867/71 unverändert bestehende Wahlkreiseinteilung benachteiligte bekanntlich die enorm gewachsenen Städte ganz außerordentlich, das Mehrheitswahlrecht führte dazu, daß die meisten Großstädte in die Hand der Sozialdemokraten gerieten. Ein gut Teil der Stimmen der städtischen Liberalen, die die neue Gesellschaft repräsentierten, kam darum nicht zur Geltung. Bedeutsamer noch war eine andere, bisher übersehene, Konsequenz des Wahlsystems. Für die parlamentarische Stellung der bürgerlichen Parteien waren die gemischten und die ländlichen Wahlkreise, in denen die Kräfte der alten Gesellschaft die Führung hatten, die wichtigsten. In ihnen ging es nicht vordringlich um die Emanzipation neuer Klassen, die in den Großstädten zum innerparteilichen Problem geworden war. Dadurch wurde eine Umorientierung der Liberalen aufgehalten, die vergehende Gesellschaftsordnung behielt — über ihre natürliche Zeit hinaus — noch prägende Kraft für die Struktur der Partei. Allerdings traten gerade hier die agrarischen und mittelständischen Bewegungen hervor, die zwar keine Neuorientierung, aber doch eine Änderung in der Arbeitsweise der Organisationen erzwangen. Auf die Dauer freilich konnte die Partei die Auswirkungen der gesellschaftlichen Um-

schichtung, die auch die gemischten Wahlkreise erfaßte, auf ihre Struktur nicht hintan halten.

Alle nichtsozialistischen Parteien mußten versuchen, den Forderungen, wie sie aus der veränderten Lage erwachsen, gerecht zu werden. Alle Parteien mußten sich dem Organisationsstil der SPD und der Massenbewegungen angleichen. Die Organisation von Massen wurde zu einem zeitspezifischen Ideal der bürgerlichen Parteien, da man nur so glaubte, mit den Gegnern konkurrieren zu können. Zentrum und Konservative wurden dabei begünstigt durch ihre doch z. T. homogene und stabile Wählerschaft, durch die herkömmlich große Autorität ihrer Führung, durch die Hilfe des Verwaltungs- und des kirchlichen Apparates und das Zentrum durch die Klammer der gemeinsamen Weltanschauung; außerdem gelang es ihnen, durch große außerparteiliche Organisationen die Massen zusammenzuhalten. Die Fortschrittspartei konnte versuchen, die neuen Aufgaben im Rahmen ihrer schon früh ausgebauten Organisationsstruktur zu bewältigen. Dagegen waren die Nationalliberalen besonders von der neuen Situation betroffen, sie waren Mittelpartei ohne eine genügende Zahl sicherer Wahlkreise, wirtschaftlich nicht homogen, ohne einigende Weltanschauung, der Struktur nach auf Honoratioren begründet, deren Autorität nicht selbstverständlich war, ohne die Hilfe einer organisierten, auf die Massen wirkenden Macht und ohne Möglichkeit, sich eine solche anzugliedern. Das gebildete und besitzende Bürgertum, auf das sie sich stützten, stellte gerade die Schicht dar, die politisch besonders gleichgültig war; oder es blieb bei einigem politischen Interesse einer Parteibindung und -tätigkeit, einem Sich-Einfügen des Einzelwillens in die Solidarität der Gruppe gegenüber abgeneigt. Für die Nationalliberalen stellten sich die mit dem Eintreten der Massen in die Politik aufkommenden Probleme schärfer, und ihre Hilfsmittel zu deren Bewältigung waren geringer.

Alle Gründe, die zur Vereinsbildung trieben, gewannen nun an Dringlichkeit. Die soziale Umschichtung führte zu einer Erweiterung der parteitragenden Schicht und damit zu neuen innerparteilichen Problemen. Mit der zunehmenden politischen Mündigkeit der Anhänger wuchs die Tendenz zur Demokratisierung von Institution und Verfahren, das Verlangen nach Mitbestimmung, mit der Zahl der Parteianhänger die Notwendigkeit, eine Führung formal zu legitimieren. Auch wenn diese Tendenz nicht die Massen betraf, sondern nur einen größeren bürgerlichen Führungskreis, so war sie doch beachtlich und hatte eine demokratisierende Wirkung. Indem zugleich die wirtschaftlichen Interessen sich in und vor die politischen schoben, differenzierte sich die Partei stärker; die Divergenzen zwischen den Vertretern der einzelnen Wirtschaftsgruppen in ihr nahmen zu, und zwischen einem Teil des akademischen und dem wirtschaftlich tätigen Bürgertum tat sich ein neuer Gegensatz über Maß und Tempo der Sozialpolitik auf. Die Sicherung von Ausgleich und Einheit wurde darum schwieriger. In dieser Lage kam es darauf an, erstens die Parteiorganisation zu demokratisieren, indem man die Anhänger aus der bürgerlichen Führungsschicht stärker heranzog,

aber sich auch für die breiten Schichten offenhielt, und indem man ein gewisses Maß von Mitbestimmung gewährte; zweitens kam es darauf an, die Integration innerhalb der Organisation zu sichern, und diese Probleme stellten sich der Partei auch dann, wenn sie von dem eigentlichen Massenproblem wenig berührt war.

Weiter veränderte sich die Praxis der Parteikämpfe. Die Massen blieben nicht länger der ferne Hintergrund der Politik, die nur bei den kurzen, wenig intensiven Wahlkämpfen eine Rolle spielten. Dem neu sich bildenden politischen Bewußtsein der Wähler mußten ganz neue Methoden der Massenwerbung im Wahlkampf entsprechen, und man mußte kontinuierlicher arbeiten, um bei den Wählern etwas zu erreichen. Die Emanzipations- und Abwehrbewegungen, die Sozialisten, die Agrarier und die Antisemiten, wandten etwa seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes alle Aktivität daran, Massen zu beeinflussen. Sie entfesselten eine riesige Agitation, zudem arbeiteten sie nicht nur für unmittelbar anstehende Wahlen, sondern auf lange Sicht, auf die Gewinnung einer Massen- gefolgschaft hin, die künftige Wahlen gewinnen oder Druck auf die Parlamentarier ausüben sollte. Dazu kam, daß die Gegensätze zwischen den liberalen Parteien und später auch zwischen Nationalliberalen und Konservativen deutlicher hervortraten. Vielparteiensystem und Stichwahlpraxis wurden in immer mehr Wahlkreisen üblich, die Wahlbeteiligung stieg beträchtlich¹⁾. So wurde die Konkurrenz unter den Bewegungen und Parteien intensiver. Eine Partei mußte ihre Agitation dauernd verstärken²⁾, sie mußte versuchen, Massen fest zu organisieren oder, und jedenfalls bei den Wahlen, solche Massen durch langdauernde Vorbereitungen und intensive Wahlkampfmethoden zu gewinnen. Denn in diesem Konkurrenzkampf hatte der, der gründlicher, schneller und aktiver voringing, Vorteile, und alle andern mußten ihr Vorgehen darauf einstellen, wobei freilich die alten Parteien die Aktivität der Massenbewegungen kaum erreichen konnten. Der Schwerpunkt der Parteiarbeit konnte nicht mehr allein im Parlament liegen, die Wahlen gewannen zusehends an Eigengewicht. Die Kosten eines ernsthaften Wahlkampfes stiegen demgemäß für eine Partei von etwa 1000 Mark 1880 auf 20000 bis 30000 Mark 1912³⁾. Zudem konnten die lokalen Organisationen sich nicht mehr auf diesen selbst beschränken, sondern mußten schon an seiner Vorbereitung kontinuierlich und angespannt tätig sein. Auch darum mußten sie ihre Struktur ändern, und zwar auch dann, wenn sie nicht dazu übergingen, Wählermassen in der Partei selbst zu organisieren.

Beide Probleme, das des Wahlkampfes und das der innerparteilichen Demokratie, hingen natürlich nicht nur in der gemeinsamen Ursache, der gesellschaft-

¹⁾ s. o. S. 39. Das galt auch für die Landtagswahlen, in Bayern stieg die Beteiligung von 31,2% 1893 (also schon zur Zeit des Bauernbundes, aber vor der Wahlrechtsreform) auf 81,9% 1912, Jansen, Vollmar, S. 63.

²⁾ Seit 1906/07 etwa arbeitete man mit Plakataktionen, vgl. für das Saargebiet, Bellot, S. 226.

³⁾ Dazu s. u. S. 154, S. 200 f., S. 236.

lichen Umschichtung, zusammen, sondern auch in den Konsequenzen, die daraus gezogen wurden. Einerseits verstärkte sich in der durch die veränderte Kampfsituation geforderten größeren Organisation zunächst die Tendenz zur Demokratisierung und zur formalisierten Integration¹⁾, anderseits legitimierte innerparteiliche Demokratie gerade eine Partei so, daß sie Massenbewegungen gegenüber konkurrenzfähig war.

Die Umschichtung der Gesellschaft und der Eintritt der Massen in die Politik haben die Tendenz zur Vereinsgründung radikal verschärft und beherrschend gemacht, bei den Nationalliberalen kam es daher zu einem Ausbau der Vereinsverfassung. Die Komitees wurden, vor allem seit der Jahrhundertwende, von Vereinen abgelöst, jedenfalls dort, wo die Nationalliberalen eine einigermaßen beachtliche Rolle spielten. Die alten und neuen Vereine wurden größer, gewannen an Form und Kontinuität und verstärkten, wenigstens relativ, ihre Aktivität. Ein Beispiel für solche Entwicklung, die in diesem Falle allerdings schon ziemlich früh zu einem gewissen Abschluß kam, bietet der Wahlkreis Saarbrücken. Hier war 1885 — angeregt durch einen rheinischen Parteitag — ein nationalliberaler Verein gegründet worden, um die Partei fester zu organisieren, sehr bald hatte er 300, 1887 458 Mitglieder. Für die Landtagswahl 1885 konnte man sich im Vorstand und unter den Mitgliedern nicht über eine Kandidatur einigen, nach einem Mehrheitsbeschluß traten dessen Gegner aus dem Verein aus, sie sahen in ihm nur einen Privatverein, der für die — bisher durch Wählerversammlungen — repräsentierte Partei nicht verbindlich handeln könne. Nach 1887 ist der Verein, der zunächst mit vierteljährlichen Mitgliederversammlungen eine gewisse Kontinuität zeigte, bei der Wiederaufstellung des Reichstagskandidaten 1887 aber nicht als Organisation in Erscheinung trat, wieder eingegangen. 1893 wurde daraufhin ein Wahlverein der Mittelparteien, d. h. der Freikonservativen und Nationalliberalen, gegründet, der aber keine fortdauernde Tätigkeit entfaltete. In einem durch Stumms Auseinandersetzung mit den Christlichsozialen 1896 entfesselten schweren und langjährigen innerparteilichen Konflikt, der bis zur Parteispaltung führte, spielte er keine Rolle, freie Versammlungen und vorübergehende Neugründungen beanspruchten, die Partei darzustellen. Erst nach 1898 hat die Partei sich endgültig als Verein organisiert und sofort in allen Ortschaften des Kreises Ortsvereine gebildet²⁾.

Der Ausbau der Organisation wurde für die Partei durch zwei Strömungen besonders angeregt und vorangetrieben, in denen sich einmal die Gefährdung der älteren Parteistruktur, das andere Mal das Bewußtsein von der anders gewor-

¹⁾ Natürlich war damit nicht über die reale innerparteiliche Demokratie entschieden; in einem Komitee oder Honoratiorenverein konnten die Mitglieder manchmal eher als in einer großen Organisation mit der Führung faktisch gleichberechtigt sein. Aber von demokratischem Verfahren kann man dabei nicht sinnvoll sprechen.

²⁾ Bellot, S. 168, 174, 192, 195 ff.; über den letzten Konflikt: Kulemann, S. 165, Köln. Ztg., 17. Februar 1898.

denen Lage besonders zuspitzte. Zunächst war es die agrarische Bewegung, die die Kreise der herkömmlichen Organisationsverfassung störte¹⁾). In national-liberalen Landbezirken, in Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen, in der Pfalz und im protestantischen Teil von Franken etwa, gelang es dem Bund der Landwirte, Fuß zu fassen und sich mit der Zeit auch bei den nationalliberalen Bauern eine starke Position zu schaffen. Diese wollten ihre traditionelle Parteibindung zwar beibehalten, aber zugleich ihre wirtschaftlichen Forderungen durchsetzen. Sie nahmen daher selbständiger als bisher zu den politischen Fragen Stellung und verlangten entschiedener nach Mitbestimmung, insbesondere bei der Aufstellung der Kandidaten; zudem suchten sie diese auf ihre Forderungen förmlich zu verpflichten. Für die bisherige Parteiinstanz, zumeist also das Komitee, wurde es, um einen etwaigen Abfall der Bauernschaft zu verhindern, notwendig, die Einrichtung der Vertrauensmänner zu aktivieren und auszubauen. Deren Position gewann an Gewicht, sie traten nicht mehr nur als Resonanzkörper für ein Komitee in Erscheinung, sondern als fast gleichberechtigter Faktor mit eigener Initiative, und verlangten wirklichen Einfluß auf die Entscheidungen. Dieser Einfluß wurde gesteigert, weil sie im Bund der Landwirte oder ähnlichen Vereinen eigene organisatorische Mittelpunkte hatten, wo sie Maßnahmen vorbereiten und sich über Vorschläge schlüssig werden konnten. Ein Komitee mußte von vornherein bedeutend mehr Rücksicht auf sie nehmen, es kam zu echten Vorverhandlungen, zur Revision von Komiteevorschlägen oder gelegentlich auch zu ungelösten Konflikten, ja zur Sezession von Vertrauensmännern²⁾). Die stärker agrarisch-konservative Färbung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zwischen 1893 und 1906, besonders seit 1898, hing wesentlich auch mit der aktiveren Anteilnahme der ländlichen Vertrauensmänner an der Kandidatenauswahl zusammen. Die linksnationalliberalen Kreise und ihre Presse bemängelten häufig, daß die nationalliberale Organisation auf dem Lande von Agrariern durchsetzt sei und sich von diesen Kandidaten aufnötigen lasse³⁾). Aber auch da, wo sich

¹⁾ Über den Anstoß, den die Organisation des Bundes der Landwirte der Nationalliberalen Wahlkreisorganisation gegeben hat, Parteitagprotokoll 1902, S. 80 ff.

²⁾ Einige wenige Beispiele: Das Gros der nationalliberalen Vertrauensmänner im Wahlkreis Otterndorf war so agrarisch, daß es 1898 an der Kandidatur des aus der Partei ausgeschiedenen Direktors des Bundes der Landwirte festhielt, Dt. Tgztg., 13. Mai 1898; im Wahlkreis Stade versuchten die Agrarier 1896, allerdings vergeblich, auf der Vertrauensmännerversammlung einen der ihnen gegen den weiter linksstehenden Sattler durchzusetzen, ebd., 18., 24. Oktober 1896; in andern Wahlkreisen gelang es den agrarischen Vertrauensmännern, bisherige Abgeordnete oder vorgesehene Kandidaten zu Fall zu bringen und durch ihnen Nahestehende zu ersetzen, so in Celle, Berl. Börs. Cour., 8. April 1898, Einbeck, Frankf. Ztg., 1. Juli 1898, in der Pfalz, ebd., 9. Juli 1898, Weserztg., 17. April 1899, Göttingen (1905), Kulemann, S. 166 f. Auf diese Verhältnisse werde ich demnächst in meiner Untersuchung über Parteien und Verbände eingehen.

³⁾ Weserztg., 5. Mai 1908, Hannov. Cour., 10. Juni 1908, Tag, 13. März, 1. April 1909; Nat. Ztg., 3. April 1909; Junglib. Blätter, 10. Juni 1909, die agrarische Orientierung der Vertrauensmänner oder Vereinsmitglieder habe in manchen Wahlkreisen die Parteigrenzen nach rechts verwischt; die Köln. Ztg. vom 7. Juni 1910 urteilt rückblickend und etwas übertreibend, die Agrarier hätten in fast allen nationalliberalen Organisationen auf dem Lande die Herrschaft gehabt.

die Partei ihnen gegenüber behauptete, wurde die Vertrauensmännerorganisation ausgebaut¹⁾. Die Partei brauchte in jedem Fall einen stärkeren Rückhalt in der Landbevölkerung, auf den sie sich berufen oder auf den sie sich gegenüber den Extremisten stützen konnte.

Ausbau und Aktivierung des Vertrauensmännersystems bezog sich zunächst nur auf die Wahlen. Erst nach der Jahrhundertwende mußte die Partei auch etwas kontinuierlicher arbeiten und sich zu gelegentlichen Lebensäußerungen zwischen den Wahlen aufraffen, weil sie nur so versuchen konnte, der unermüdlichen Agitation des Bundes der Landwirte, der Kritik an bestimmten Stellungnahmen der Fraktion und der Kritik an den einzelnen Abstimmungen des Abgeordneten zu begegnen. Selbst die agrarisch durchgesetzten Organisationen wurden durch die radikalere und konservativere Tendenz der Agrarier zur Abwehr genötigt. Wenn es der Partei auch niemals gelang, eine gleich kontinuierliche und starke Organisation und Agitation auf die Beine zu stellen wie der Bund der Landwirte, nahm doch ihre Tätigkeit auf dem Lande zu, sie veranstaltete mehr Kundgebungen, sie unterrichtete die Anhänger häufiger über die politische Linie der Partei und warb auch in der Zeit zwischen den Wahlen; es gelang ihr nun besser, sich ihren Konkurrenten gegenüber zu behaupten²⁾.

Im Zusammenhang damit ging man auch auf dem Lande in großem Ausmaße zur Vereinsbildung über, um damit die Organisation zu konsolidieren und agrarische Sezessionen, die bei den locker gebundenen Vertrauensmännern eher zu befürchten waren, hintanzuhalten. Wo schon Vereine bestanden, verstärkten auch sie natürlich ihre Aktivität. Nachdem seit 1900 das vereinsgesetzliche Verbindungsverbot weggefallen war, konnten die Parteien sich untergliedern, an möglichst vielen Orten eines Wahlkreises Vereine oder Untervereine bilden und damit eine breitere Streuung der organisierten Anhängerschaft erreichen und ihre Wirksamkeit intensivieren. Noch sammelten diese Vereine vor allem die Kreise von Ansehen und Besitz, bei der verbreiterten Basis kann man aber von Honoratioren nicht mehr sprechen, wenn es auch auf besonders hohe Mitgliederzahlen nicht eigentlich ankam. Radikal freilich sind die Verhältnisse auf dem Lande nicht geändert worden. Das Ziel, eine ausgedehnte politische Kleinarbeit zu organisieren, konnte man nicht erreichen.

Der zweite besondere Anstoß zur Umbildung der Organisationsverfassung der Partei ging von der jungliberalen Bewegung aus³⁾. Die Jungliberalen waren eine

¹⁾ 1910 z. B. gab es im bergischen städtisch-ländlich gemischten Kreis Mülheim a. Rh. mindestens 296 Vertrauensmänner, die mit 258:38 Stimmen eine Stichwahlentscheidung trafen; im Nachbarkreis Gummersbach waren es 50, Dt. Volkswirtsch. Korr., 26. Februar 1910.

²⁾ Ehrenfeuchter, S. 19 f., bemerkt, gestützt auf lokale Zeitungen, staatliche Akten und Aussagen einiger Kandidaten von 1912, daß in Niedersachsen erst seit den 90er Jahren von einer festeren Parteiorganisation die Rede sein könne und diese erst nach 1900 ausgebaut worden sei.

³⁾ Paul Zimmermann, Die nationalliberale Jugendbewegung; Curt Köhler, Der Jungliberalismus, beide Schriften von jungliberaler Seite mit Abdruck der wichtigen Entschlüsse; dazu die Zeitschrift „Nationalliberale Jugend“, 1902 ff., seit 1910 „Jungliberale Blätter“; vgl.

Vereinigung bürgerlich städtischer Jugend innerhalb der Partei, die sie stärken und in gewisser Weise erneuern wollten. Programmatisch akzentuierten sie die Grundpositionen der Partei und versuchten, sie vor Verwässerungen in der Praxis des politischen Betriebes zu bewahren. Sie waren — von einer schwärmerischen Bismarckverehrung getragen — in der Welt- und Wehrpolitik betont national, ja imperialistisch, sodann ausgesprochen antiklerikal, sie bekämpften das Zentrum, seine parlamentarisch ausschlaggebende Stellung und seine vorwiegend opportunistische Politik besonders erbittert. In beiden Richtungen konnten sie im allgemeinen auf die Zustimmung der ganzen Partei rechnen. Der eigentliche Kernpunkt ihrer Bestrebungen lag aber darin, daß sie in der inneren Politik, in Verfassungs- und Wirtschaftsfragen das liberale Element entschieden hervorkehrten und es wesentlich stärker zur Geltung bringen wollten. Das war praktisch ein Protest gegen die ständige Anlehnung an die Konservativen, gegen das Zurückstellen aller liberalen Forderungen, gegen den konservativ gewordenen Charakter der Partei und ihrer Führung, und daraus ergaben sich natürlich Spannungen mit einem Teil dieser Partei, die bis 1918 nie ganz ausgeglichen worden sind. Diese Spannungen wurden verschärft durch die sozialpolitische Stellung der neuen Bewegung. Ihre Anhänger waren hier wesentlich aufgeschlossener als das Gros der Partei, sie protestierten gegen eine Verquickung der Partei mit der Großindustrie, sie sahen — ähnlich wie die Nationalsozialen — in der Durchführung einer zwar bürgerlich gedachten, aber großzügigen, ständig fortschreitenden Sozialreform, in der Anerkennung, ja Förderung der Gewerkschaften eine der Hauptaufgaben eines modernen Liberalismus. Aus ihren liberalen und sozialen Prinzipien ergab sich ihre Orientierung nach links, die für das taktische Vorgehen dauernd wichtig war und bis zur Befürwortung des Links- oder Großblocks von „Bassermann bis Bebel“ reichte.

Die Partei sollte also mit diesen Zielen erfüllt werden, und sie sollte zugleich einen stärkeren Sinn für die Macht entwickeln. Sie sollte nicht ihre Lebensaufgabe darin sehen, erworbene Positionen zu behaupten, Schlimmes zu verhüten und gegen kleine Zugeständnisse regierungsfromme Kompromisse zu schließen. Die Stagnation des Liberalismus sollte überwunden, das liberale Bürgertum sollte, aus Resignation oder Lethargie erwachend, die ihm angemessene Stellung im Staat endlich entschieden zu gewinnen suchen, es sollte den Liberalismus zu einer Macht im Staate machen. Diese Forderungen sahen zwar manchmal mit einiger jugendlicher Unbekümmertheit und mit der Grundsätzlichkeit des Parteianhängers über die realpolitischen Möglichkeiten hinweg, aber die national-liberale Partei war bis dahin so in Bedingtheiten und Gegebenheiten befangen gewesen, daß ein entschlossener Wille und eine höhere Zielsetzung durchaus am Platze und an der Zeit waren. Die gemächlich dahintreibende Partei sollte mit

auch Eschenburg, S. 11 f. — Die für die Parteigeschichte interessante Bewegung kann in unserem Zusammenhang nur ganz knapp behandelt werden. Über die Organisation vgl. Parteitagssprotokoll 1902, S. 92, und das Gutachten Poensgen, s. u. S. 98 f.

einer neuen Entschiedenheit, mit neuer Energie erfüllt werden. Freilich: dem Liberalismus wirklich neue Kräfte zu geben, war durch eine solche Bewegung allein schon nicht mehr möglich, aber hier lagen doch gewisse Ansätze.

Ursprünglich hatte sich die Bewegung nicht an Programmzielen, sondern aus organisatorischen Gründen gebildet. Es handelte sich zunächst um einen Kreis von jungen Leuten, die sich politisch bilden wollten und zugleich die unpolitische Haltung ihrer Altersgenossen zu überwinden suchten, indem sie diese an die politischen Dinge heranzogen. Dazu wollte man sich zusammentun, und zwar sollte die Jugend, zwischen 21 und 35, unter sich sein, außerhalb der eingefahrenen Gleise sich selbst ihre politische Position gewinnen und ausbauen. Politische Bildung und Diskussion einerseits, Zusammenschluß nur der Jugend andererseits, das waren zunächst die Prinzipien der Organisation. Diese jungen Leute schlossen sich der nationalliberalen Partei an, weil sie glaubten, für ihre sich langsam bildenden Ideen hier den geeigneten Raum zu finden und überhaupt nur in Verbindung mit einer großen Partei wirklich in die Politik hineingelangen zu können. Sie wollten nicht nur jugendliche Hilfsorganisationen oder Rekrutenschule der Partei sein, sondern eine freie Vereinigung mit selbständigem Eigenleben. Darum gründeten sie — seit 1898 — nationalliberale Jugendvereine oder jungliberale Vereine, die zwar in Verbindung, aber normalerweise nicht in organisatorischem Zusammenhang mit den allgemeinen örtlichen Parteivereinen standen, und die sich zum größeren Teil schon 1901 zu einem Reichsverband der nationalliberalen Jugend zusammenschlossen.

Die Jungliberalen wollten dabei — im Sinne einer Erneuerung der Partei — ihre Organisation keinesfalls auf die großbürgerlich-akademische Schicht beschränken, sondern möglichst Angehörige aller sozialen Schichten gewinnen. Hier war einerseits eine bürgerlich romantische Gemeinschaftsvorstellung, andererseits ein gesunder und realer politischer Sinn am Werke, der das Honoratiorenmonopol für die Politik, die Befangenheit der Partei in diesem Honoratiorentum kritisierte und die Notwendigkeit einer Änderung erkannte. Aber dieses Ziel konnte natürlich bei der ideologischen und gesellschaftlichen Enge der Partei und ihrer faktischen Politik nicht erreicht werden, auch die Sonderorganisation der Jungliberalen konnte die reale Klassenbindung der Partei nicht sprengen. Immerhin konnten sie doch einzelne Mitglieder aus allen Schichten gewinnen und darum den Glauben an die erstrebte Gemeinschaft aufrechterhalten. Immerhin hatten sie einen größeren Anhang in dem sogenannten neuen Mittelstand, unter den Angestellten und der sich ausdehnenden Beamtschaft, und erweiterten damit den Kreis der aktiven Parteianhänger beträchtlich. Immerhin entzogen sie mit ihrer Offenheit und ihrem Elan Teile der bürgerlichen Jugend ihrer politischen Lethargie und Ignoranz und brachten sie zum Anschluß an die Partei.

Massen hat diese Bewegung nach ihren Voraussetzungen und ihren Zielen nicht gewinnen können. Aber sie übernahm die Rolle einer aktiven, beweglichen,

intelligenten Vorhut und hat über ihre zahlenmäßige Stärke hinaus die Partei wieder in Bewegung gebracht¹⁾). Immerhin gab es 1907 in den wichtigsten nationalliberalen Gebieten, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Pfalz, Württemberg und Baden, 100 jungliberale Vereine neben 531 allgemeinen Parteivereinen²⁾). 1905 hatten die mit Ausnahme von badischen und bayrischen Gruppen im Reichsverband zusammengeschlossenen Vereine etwas über 10000 Mitglieder, 1914 mögen es 16000 bis 18000 gewesen sein³⁾). In sich waren diese Vereine und ihr Verband, wie es einer solchen Gemeinschaft gleichberechtigter, aktiver, jüngerer Leute entspricht, demokratisch und zentralistisch organisiert, mit gewählten Vorständen, Aufstiegsmöglichkeiten für besonders fähige Leute, Delegation nach Mitgliederzahlen und starker Betonung der demokratischen Verfahrensweisen, die man nicht entleert wissen wollte. Natürlich erleichterte das Fehlen einer so schwerwiegenden politischen Entscheidung wie der Kandidatenauswahl das Funktionieren dieser Praxis. Es bleibt zu beachten und ist für die lockere Organisation der nationalliberalen Partei typisch, daß ein solcher von Energie und Begeisterung getragener Neuanfang in eigenen Vereinen neben den für die Wahlen zuständigen eigentlichen Parteiorganisationen und unabhängig von ihnen Gestalt finden konnte. Und da die bestehenden Organisationen noch keinen Monopolanspruch auf den politischen Betrieb erheben konnten, kam es nicht in Frage, sich die neuen zwangsweise einzugliedern, z. T. förderte man sie sogar, oder man ließ sie unangefochten bestehen, wenn sich auch mancherorts natürlich aus der unterschiedlichen Tendenz erhebliche Spannungen ergaben⁴⁾). Teilweise waren Jungliberale in den Ortsvorständen vertreten, gelegentlich gehörten sie auch den allgemeinen Vereinen an und suchten in ihnen, ihre Tendenz durchzusetzen⁵⁾).

Die Vereine blieben nicht lange auf politische Erziehung und Wahlarbeit beschränkt, sie übernahmen es vielmehr, in der Öffentlichkeit und insbesondere der Parteiöffentlichkeit mit Presse, Tagungen und Reden ihre eigene Richtung zu propagieren und in allen Auseinandersetzungen zur Geltung zu bringen. Die innerparteiliche Meinungsbildung und die Kritik an rechtsorientierten Entscheidungen der Abgeordneten, zumal im preußischen Landtag, rückte in den Mittelpunkt. Durch eine Vertretung in den zentralen Gremien der Partei hatten die Jungliberalen auch die Möglichkeit, direkt an Entscheidungen mitzuwirken. Daneben

¹⁾ Zahlenmäßig hatte die nationalliberale Jugendbewegung keine überragende Bedeutung, doch „war sie für die Partei von hohem Werte, da sie zumeist die junge, vorwärtstreibende Intelligenz des liberalen Bürgertums verkörperte“. Wittig, S. 65.

²⁾ Parteiakten.

³⁾ Berechnet nach der Zahl ihrer Vertreter im Zentralvorstand; nach Kulemann, Zusammenfassung, S. 28, gab es 1905 etwa 15000 Mitglieder in 70 jungliberalen Vereinen. Der Reichsverband hatte einen eigenen Generalsekretär.

⁴⁾ 1906 klagten die Jungliberalen, daß alte Vereine von ihnen beabsichtigte Gründungen verhinderten, Prot. Parteitag, S. 118.

⁵⁾ Mitteilung von Prof. L. Bergsträsser.

versuchten sie auch, auf die Organisationen ihres jeweiligen Wahlkreises einen außerinstitutionellen, aber nichtsdestoweniger starken Druck auszuüben, um sie zu bestimmten Maßnahmen zu bewegen¹⁾. Sie wurden zur Organisation eines politischen Flügels der Partei²⁾. Diese Tatsache wurde auch durch die für eine „Jugendbewegung“ relativ hohe Altersgrenze von 40 Jahren betont, wenn auch offiziell damit die Sonderorganisation in der prinzipiell einheitlichen Partei gerechtfertigt wurde; eine Reihe von süddeutschen Vereinen lehnte selbst diese und jede Altersgrenze ab und bezeichnete sich doch als jungliberal. Für die Führer jedenfalls waren diese Organisationen nicht Vorstufe der eigentlichen Parteiorganisation, sondern durchaus eigene Plattformen zum Einsteigen in die Politik. Insofern bedeutete die Bewegung nicht nur eine Belebung, sondern auch eine Belastung der Partei, ihr Kampf gegen den rechten Flügel führte zu schweren Parteikrisen und verstärkte nach außen das Bild einer kaum noch einheitlichen Partei; mehrfach wurden die Spannungen so groß, daß ein freiwilliges oder unfreiwilliges Ausscheiden der Jungliberalen aus der Partei nahe bevorzustehen schien³⁾.

Die Jungliberalen beschränkten sich aber organisatorisch nicht auf ihre Sonderbildung, sondern wollten in dieser Hinsicht auch eine Erneuerung der ganzen Partei anregen. Die Partei sollte eine Macht werden, sollte die unpolitische Haltung insbesondere der führenden Schicht und der Angehörigen des neuen Mittelstandes und deren Reserve gegenüber dem Parteibetrieb überwinden, sollte ihre Exklusivität durchbrechen und Anhang in breiten Schichten gewinnen, sollte volkstümlich und in ihrer Zusammensetzung mindestens für die nationalliberale Wählerschaft repräsentativ sein. Als moderne Partei könne sie, wie einer ihrer Wortführer darlegte, nicht mehr so bestehen, daß sie rückständige Massen jeweils bei Wahlen nur in Bewegung setze, sondern sie müsse von den Massen ihrer Anhänger wirklich leben. Dazu müsse ein entschiedener Organisationswille an die Stelle der bisherigen Unlust treten, dazu müsse die Organisation groß gemacht werden, weiterhin müsse sie Opfer an Zeit und Kraft fordern, müsse kontinuierlich werden, um endlich auch zwischen den Wahlen politische Kleinarbeit, Werbung und Aufklärung unter der Wählerschaft wirksam durchführen zu können und um die Mitglieder zu einer selbständigen Stellung im Sinne der Partei zu erziehen und sie in nicht abreißen Verbindung mit der konkreten Politik der Partei zu halten. Nur so werde die Partei den Anforderungen der sich umschichtenden Gesellschaft gerecht werden, die Konkurrenz bestehen — als Beispiel aktiver und intensiver Organisation fungierte auch der Volksverein für das katholische Deutschland — und der liberalen Theorie ent-

¹⁾ Vgl. über den Wahlkreis Saarbrücken, Bellot, S. 228; Köln, s. u. S. 107. Im Rheinland versuchten sie 1906 vergeblich, ein Stichwahlbündnis mit der SPD zustande zu bringen, Eschenburg, S. 57; der Versuch, 1908 einige Landtagsmandate zu erhalten, scheiterte am Widerstand der alten Vereine, ebd., S. 126.

²⁾ In Bayern versuchten sie sogar, die Zusammenfassung des Gesamtliberalismus in ihren Organisationen zu realisieren.

³⁾ Vgl. u. S. 128 ff.; Kulemann, Zusammenschluß, S. 28.

sprechend Volkspartei wieder werden können. Zu einer solchen, von der Honorationenstruktur sich lösenden Partei gehörte ein ihren Verfassungszielen entsprechender demokratischer Aufbau der Partei von unten nach oben mit echter Beteiligung der Mitglieder an der Willensbildung statt des bisherigen Autoritätsverhältnisses zwischen Führern und Anhängern. Damit sollte die Organisation für die differenzierte Bildungsschicht und auch für breitere Kreise anziehend werden, die Möglichkeit zur Mitbestimmung sollte die Aktivität und Anteilnahme wecken und stärken und die Partei mit neuen Kräften erfüllen. Durch den Aufbau der Partei von unten nach oben sollte zugleich die Möglichkeit zum Streit über Entscheidungen ausgeschlossen und ihre einheitliche Durchführung, die Bindung von oben nach unten gesichert werden, indem die entscheidenden Instanzen durch die Mehrheit der Mitglieder unzweifelhaft legitimiert waren. Die Demokratie sollte auch der Einheitlichkeit, Stärke und Disziplin der Partei und der Autorität der Parteiführer dienen. Für die lokalen Vereine zunächst kam es darauf an, die Wahlen von Vorständen und Delegierten zu den übergeordneten Parteigremien demokratisch zu ordnen, mit dem weit verbreiteten Kooptationssystem zu brechen und Führungen zustande bringen, die alle Kreise der Mitgliedschaft repräsentierten. Im ganzen wollten die Jungliberalen die in ihrem eigenen Kreise geltenden Organisationsprinzipien auf die Gesamtpartei übertragen.

Sie hatten natürlich nicht die Möglichkeit, ihre Vorstellungen in der Partei einfach durchzusetzen. Aber als intellektuelle Vorhut waren sie die großen Anreger, sie haben das Organisationsproblem für die Gesamtpartei auf die Tagesordnung gesetzt, sie haben deren Passivität aufgestört, den Blick für die neuen Voraussetzungen des politischen Betriebes geschärft und durch ihr Drängen dafür gesorgt, daß diese Frage nicht mehr zur Ruhe kam, daß sie auch von anderen Kreisen der Partei aufgenommen wurde. Wesentlich unter diesem Einfluß unternahm man nun den Versuch, die Organisation beträchtlich zu vergrößern, zu erweitern und ihre Aktivität nach innen und außen zu entwickeln¹⁾.

Formal hatten die Bemühungen der Jungliberalen teilweisen Erfolg. In den Satzungen der nationalliberalen Partei von 1905 wurde eine Bestimmung aufgenommen, nach der jedem wahlberechtigten „Angehörigen“, d. h. Anhänger, der Partei die Möglichkeit geboten sein mußte, Mitglied des örtlichen Vereins zu werden, d. h. die Exklusivität von Honorationsvereinen war formal abgeschafft. Außerdem mußte der Vorstand eines der Partei angeschlossenen Vereins zum größten Teil aus Wahlen der Mitglieder hervorgegangen sein, wobei in der noch 1912 beibehaltenen Einschränkung die starke Rücksichtnahme auf bestehende ältere Verhältnisse deutlich wird (§§ 21, 22). Auch die Vertreter der Organisationen auf den Parteitagten mußten aus Wahlen hervorgegangen sein (§§ 5,

¹⁾ Für die durch die Jungliberalen ausgelöste Organisationsdebatte typisch sind ein Artikel der — keineswegs linksstehenden — Köln. Ztg. vom 31. Dezember 1902 und die Denkschrift eines führenden Jungliberalen, Dr. Poensgen, „Parteiorganisation und Parteireform“ von 1902, die unter der Parteiführerschaft verbreitet wurde; vgl. u. S. 126 f., S. 131 f.

6, 9), eine Bestimmung, die zwar schon früher bestanden hatte¹⁾, aber „milde“ gehandhabt, d. h. häufig nicht beachtet worden war. Der Wahlmodus allerdings blieb den Einzelorganisationen überlassen. Zudem wurde auch im neuen Statut die Komiteeverfassung noch anerkannt, die praktisch eine sich selbst einsetzende Führung und von ihr ernannte Delegationen bedeutete; aber sie ging doch zugunsten der Vereinsorganisation immer mehr zurück.

Natürlich kamen faktisch die Initiative der Jungliberalen wie der Zwang der Lage nur allmählich und sehr abgeschwächt zur Geltung. Die traditionelle Haltung der bisherigen Führer, die geringe Organisationsneigung des Bürgertums, die Aussichtslosigkeit, in Großstädten Wahlerfolge zu erzielen, der nur langsame Aufbau einer demokratischen innerparteilichen Meinungsbildung, die klassenmäßige Begrenztheit der Anhängerschaft und die teilweise, wie in Preußen, reaktionäre Politik der Parlamentarier, — all das hemmte die Umgestaltung der Partei zu einer Massenpartei, die Auflösung der älteren Honoratiorenstruktur und den Übergang zu neuen Formen der Aktivität und der Agitation. Massen, über die die Partei nicht verfügte, vermochte sie natürlich auch nicht zu organisieren. Immerhin gelang es allmählich, da auch die Zentralen ständig in dieser Richtung wirkten, doch, einen immer größer werdenden Teil der Parteiwähler zu organisierten Mitgliedern zu machen und damit wenigstens zahlenmäßig den Rahmen der älteren Parteiverfassung völlig zu überschreiten. Zumal nach 1909, als im Gefolge des Auseinanderfalls des Blockes eine ausgedehnte Agitation und Politisierung auch des Bürgertums einsetzte und die Nationalliberalen eine mehr liberal akzentuierte und zugkräftigere Politik einschlugen, wuchs die Organisation nach Verbreitung und Größe ziemlich stark.

1897 wurde die Zahl der nationalliberalen Vereine etwas übertreibend schon auf 400 geschätzt²⁾. Eine Statistik war erst möglich, seitdem das Statut von 1905 eine Berichtspflicht der Vereine an die Zentrale einführte; vorher war das Interesse an Zahl und Größe der lokalen Organisationen gering gewesen, und auch dann dauerte es noch lange, bis die Berichtspflicht wirklich durchgeführt wurde. Seit 1907 gab es immerhin ein Register der Organisationen. Die Zahl der Vereine entwickelte sich in folgender Weise: 1907: 940, 1908/09: 1285, 1910: 1545, 1911: 1752, 1912: 1870, 1914/15: 2207 Vereine. Über Mitgliederzahlen sind wir nicht so gut, aber immerhin doch ausreichend unterrichtet. 1910 gab es rund 200 000 Mitglieder³⁾, also durchschnittlich 124 Mitglieder pro Verein, 1914/15 283 711 Mitglieder, also 142 Mitglieder pro Verein⁴⁾. Auf einige wichtige Länder und Provinzen verteilen sich die Zahlen wie folgt:

¹⁾ Parteitagprotokoll 1902, S. 80 ff.

²⁾ Politisches Handbuch für nationalliberale Wähler, S. 496.

³⁾ Nach dem mir nicht zugänglichen Organisationshandbuch von 1910, zitiert bei Walter Koch, Volk und Staatsführung vor dem Weltkrieg, S. 2.

⁴⁾ Parteiakten. — Die hier und in den folgenden Abschnitten und Kapiteln dieses Buches gemachten Angaben über Zahl der Mitglieder, Zahl der Funktionäre und Finanzverhältnisse der Parteien sind z. T. in das Gutachten der Parteienrechtskommission, Rechtliche Ordnung . . . , eingegangen.

	Zahl der Vereine 1907, in Klammern: davon jungliberal	Zahl der Vereine 1914/15	Mitgliederzahl 1914/15 ¹⁾	Mitglieder pro Verein 1914/15
Provinz Sachsen . . .	— ²⁾	90	10 500	117
Hannover	81 (4)	152	26 500	174
Westfalen	105 (10)	227	43 100	190
Rheinprovinz	125 (24)	212	64 800	306
Hessen-Nassau	— ³⁾	109	15 200	139
Pfalz	71 (19)	111	12 800	115
Königreich Sachsen .	— ³⁾	170	21 200	125
Württemberg	108 (13)	121	10 800	89
Baden	141 (29)	239	31 200	131
Hessen	— ³⁾	102	2 100	20 ³⁾
Bayern ohne Pfalz .	— ³⁾	53	6 600	125

¹⁾ Von mir abgerundet.

²⁾ Ich verfüge über keine Angaben.

³⁾ In Hessen gab es in vielen Dörfern selbständige Vereine.

Die Größe der Vereine war natürlich sehr unterschiedlich und von vielen mehr oder minder zufälligen Faktoren abhängig; im Osten z. B. wiesen die Mittelstädte durchweg größere Mitgliederzahlen als die Großstädte auf¹⁾. Im Westen war der Organisationsgrad nicht mehr wesentlich von geringen Wahlaussichten der Partei in den betreffenden Wahlkreisen beeinträchtigt²⁾.

Völlig gesichert sind die angegebenen Mitgliederzahlen nicht. Sie sind zwar von der Zentrale direkt aus den Angaben der Vereine und den eingereichten Mitgliederlisten ermittelt und waren, jedenfalls 1914/15, nicht für die Öffentlichkeit bestimmt; auch gab es kein praktisches Interesse, das zu überhöhten Mitgliederangaben angereizt hätte. Immerhin stieg das Prestige der Vereine mit den Mitgliederzahlen, und das konnte zu Abrundungen veranlassen; außerdem war der Begriff des Mitglieds nicht ganz eindeutig festgelegt, da feste obligatorische Beiträge nicht überall üblich waren, und manche Leute schieden stillschweigend aus, so daß die Angaben der Vereine auch bei gutem Glauben manchmal höher gelegen haben mögen, als es dem faktischen Mitgliedsstand entsprach. Immerhin hielt sich das in mäßigen Grenzen, da der Anstieg der Mitgliederzahlen gerade in den letzten Jahren erfolgt war. Versucht man diese Zahlen in ein Verhältnis zu den Wählerzahlen der Partei von 1912 zu setzen, dann kann man mit wohl mindestens 190 000 wahlberechtigten Parteimitgliedern rechnen, das sind etwa

¹⁾ 1912 hatte der Verein in Breslau ca. 200, in Hirschberg und Militzsch je über 400 Mitglieder, Parteiakten.

²⁾ Der Verein in Hannover, das durch einen Sozialdemokraten im Reichstag vertreten war, hatte 1909 2874 Mitglieder, Hannov. Cour., 9. Dezember 1909.

11,4% der nationalliberalen Wähler¹⁾. Das bleibt für eine bürgerliche Partei, die mit der Scheu vor Bindungen und mit dem Hang zur Unabhängigkeit bei ihren Anhängern rechnen mußte, ein erstaunlich hoher Prozentsatz, der doch für einen sichtbaren Erfolg der Organisationsbemühungen spricht.

Dieses günstige Ergebnis hat sich freilich bei den Wahlen von 1912 nicht sichtbar niedergeschlagen, die Partei verlor gegenüber der, allerdings durch Kartellabsprachen auch mit der Rechten begünstigten Wahl von 1907 auch am Anteil der Stimmen²⁾. Einmal war die politische Lage ungünstig: Der Unmut der Wähler über das bisherige System traf auch die Nationalliberalen, die es so lange Zeit mitgetragen hatten. Zum anderen waren sie mit ihrer verstärkten Aktivität ziemlich spät auf den Plan getreten; was in Jahrzehnten nicht geschehen, konnte man nicht in ein paar Jahren nachholen, zumal die Gegner, Zentrum, Konservative und SPD, mit ihren Hilfsverbänden über sehr starke Organisationen schon verfügten. Immerhin kann man annehmen, daß die Partei sich ohne die stärker gewordene Organisation sehr viel schlechter behauptet hätte³⁾.

Eine soziale Aufschlüsselung der Partei- und Vereinsmitglieder gibt es nicht. Ich habe versucht, das Führungspersonal, die Delegierten einiger Parteitage und die Vereinsvorstände in einigen Provinzen und Ländern — trotz der Ungenauigkeit der Angaben — nach ihrer Berufszugehörigkeit aufzugliedern. Führend blieben auch jetzt in der Partei die Kreise, die sie eigentlich repräsentierte, Besitz und Bildung, Fabrikanten, Kaufleute, auch wenn man von ihnen nur einen Teil als Selbständige berücksichtigt, Rechtsanwälte, Ärzte und Oberlehrer. Die Rolle von Landwirtschaft und Kleinbürgertum war gering, das hängt natürlich mit den technischen Obliegenheiten der Vereinsführung zusammen; diese bedingten auch, daß die Lehrer, zumal auf dem Lande, eine sehr wichtige Rolle spielten. Die neuen Schichten drangen, wenn auch nur allmählich, vor, die Zahlen von Angestellten, Technikern und mittleren Beamten, zu denen man auch einen Teil der als Arbeiter Eingestuften, etwa die Grubenbeamten, und die unselbständigen Kaufleute zählen muß, wuchsen auf den Parteitag relativ am meisten; im sozial weit entwickelten Rheinland zeigt sich der gleiche Vorgang. Zunächst wurde diese Schicht in der zweiten Führungsgarnitur wichtig. Einerseits läßt das auf die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft schließen, denn Konzessionsschulzen brauchte man nicht in diesem Maße, andererseits

¹⁾ Ich lege dabei die Zahl der Vereine und die durchschnittliche Mitgliederzahl eines Vereins — entsprechend der Steigerung zwischen 1910 und 1914 — von 1911 zugrunde und ziehe wegen der Zahl der Frauen und der unter 25jährigen und wegen des Abweichens der Listen vom faktischen Mitgliederstand 20% ab. Die Zahl der Nationalliberalen, die auf Grund des Wahlbündnisses für fortschrittliche Kandidaten gestimmt haben, wird etwa der der Fortschrittler entsprechen, die für nationalliberale Kandidaten stimmten. Nach einer Angabe für Sachsen waren 1907 schon etwa 10% der Parteiwähler Parteimitglieder; Knoll, Führungsauslese, S. 182; die Exaktheit der Angabe habe ich nicht nachprüfen können.

²⁾ Der Stimmenanteil sank um 0,7%, lag aber immer noch um 1,2% über dem von 1898.

³⁾ Die Finanzierung der Partei basierte nicht auf den Beiträgen der Masse der Mitglieder, diese spielten also für die hohen Wahlkosten von 1912 keine Rolle; s. u. S. 152 ff.

Berufsgliederung der nationalliberalen Partei 1913/14

nach dem „Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei des deutschen Reiches 1914/15“, abgeschlossen am 24. Januar 1914, und den Parteitagsprotokollen

- a = 1. und 2. Vorsitzende der Vereine
 b = Beisitzer, Kassierer und Schriftführer in den Vereinen
 c = Provinzialausschüsse, -vorstände etc.

	Ostpreußen			Provinz Sachsen			Rheinprovinz ⁶⁾		
	a	b	c ⁷⁾	a	b	c ⁷⁾	a	b	c ⁷⁾
1. Landwirte	26	15	1	15	11	5	19	17	4
2. Kaufleute ¹⁾ , incl. Bankdirektoren; Rentiers	8	17	2	11	34	3	36	69	7 (2)
3. Fabrikanten, incl. Generaldirektoren	2	3	—	20	20	6 (2)	86	38	19 (4)
4. Handwerker	2	6	—	2	15	—	8	9	1
5. Richter, höhere Beamte, incl. Offiziere (a. D.)	11	1	—	11	2	4 (2)	12	4	6 (1)
6. Hochschulprofessoren	1	—	1	—	—	—	3	—	6
7. Oberlehrer und Pfarrer	4	3	1	28	7	5	21	5	4
8. Lehrer	1	11	—	24	31	2	56	74	5
9. Freie Berufe: Rechtsanwälte, Ärzte ²⁾ etc.	7	3	—	34	14	10 (1)	37	7	9
10. Kommunalbeamte ³⁾	5	1	3	4	8	3	8	4	2
11. Redakteure, Schriftsteller, Verbands- und Parteisekretäre, Syndici ⁴⁾	2	2	2	2	3	—	3	17	8 (2)
12. mittl. Beamte ⁵⁾ , Angestellte, Chemiker und Techniker	7	13	—	14	24	1 (1)	42	85	2
13. untere Beamte und Arbeiter	1	15	—	—	15	—	21	63	1
14. ohne Angabe	1	1	—	—	5	—	24	31	3 (2)

¹⁾ Die Angaben unterscheiden hier nicht zwischen Selbständigen und Unselbständigen, zwischen kleinen, mittleren und großen Kaufleuten. Bei der Angabe Kommerzienrat ist es öfter fraglich, ob es sich um Fabrikanten oder Kaufleute handelt.

²⁾ Annähernd etwa ein Drittel sind hier Ärzte.

³⁾ Darunter auch Stadträte, von denen nur ein Teil besoldet war; halbpolitische Berufsstellung.

⁴⁾ Syndici meist von Handelskammern. Die Angehörigen dieser Gruppe treiben berufsmäßig Politik.

⁵⁾ Mittlere Beamte überwiegen in Ostpreußen, Sachsen, Hessen und Württemberg.

⁶⁾ Außerdem je 1 Vertreter jedes Wahlkreises.

⁷⁾ In Klammern: Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses.

⁸⁾ Im Saargebiet viele Vereine in kleinen Gemeinden mit Arbeitern als Vorsitzenden oder Beisitzern, das sind etwa zu zwei Dritteln Steiger. Auch im Ruhrgebiet Arbeiter als Beisitzer, Hüttdirektoren als Vorsitzende.

	Grhzt. Hessen ¹⁾			Württemberg			Zentral- vor- stand ¹⁾	Provinzial- ausschuß Hannover
	a	b	c	a	b	c ¹⁾		
1. Landwirte	54	28	—	8	4	1	10 (4)	4
2. Kaufleute etc.	11	24	7	26	42	7 (1)	13 (3)	7
3. Fabrikanten etc.	14	5	2	37	14	14 (3)	19 (4)	5
4. Handwerker	1	4	—	9	6	1	—	—
5. Richter etc.	4	1	—	4	1	3 (2)	25 (2)	9
6. Hochschulprofessoren	2	—	1	1	—	—	5 (1)	—
7. Oberlehrer und Pfarrer . . .	5	8	—	16	5	11	9	5
8. Lehrer	11	10	—	12	6	3	2	1
9. Freie Berufe:								
Rechtsanwälte, Ärzte etc. . .	13	2	—	34	12	14 (4)	32 (4)	12
10. Kommunalbeamte	2	—	1	13	7	3	11	8
11. Redakteure, Schriftsteller, Verbands- und Partei- sekretäre, Syndici	—	1	—	2	2	7 (2)	9 (1)	3
12. mittl. Beamte, Angestellte, Chemiker und Techniker . . .	9	28	—	20	38	5 (2)	2	—
13. untere Beamte und Arbeiter .	5	10	—	2	10	—	—	—
14. ohne Angabe	12	30	—	8	16	2	3	3

¹⁾ In Klammern: Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses.

²⁾ Sehr viele Vereine in ganz kleinen Orten.

ergibt sich daraus, daß die alte Führungsschicht ihre traditionelle, durch Geschäftskundigkeit noch verstärkte Stellung behauptete. Deutlich zeigt sich die Langsamkeit der Verschiebung auch darin, daß die Provinzialausschüsse noch weniger von der sozialen Umschichtung berührt sind. Im ganzen kann man wohl mit einer breiteren Teilnahme des abhängigen Mittelstandes in den neuen Organisationen rechnen. Die Arbeiterschaft war in der Führung nur dürftig vertreten, es kamen eigentlich nur Staatsarbeiter, untere Beamte, betont evangelische Kreise und einige wenige gelbe Gewerkschaftler in Frage, wegen der kleinen Vereine im Ruhr- und Saargebiet, der Einbeziehung von Werkmeistern etc. erscheint der Prozentsatz in der Statistik noch zu günstig. Zudem spielten sicher optische Konzessionen eine Rolle, einen Teil solcher Wahlen arrangierte wohl die Führung oder ein um Modernität bemühter Mitgliederkreis. Auch die Mitgliedschaft von Arbeitern in den Organisationen hatte vermutlich keine große Bedeutung. Die offizielle Angabe, daß von 200 000 Mitgliedern 24 000 oder 12 % Arbeiter gewesen seien, ist im Interesse des populären Prestiges der Partei sicher übertrieben¹⁾. Von der im Zentrum und der fortschrittlichen Volkspartei stattfindenden Auseinandersetzung über die Emanzipation der Arbeiter innerhalb der Partei ist bei den Nationalliberalen fast nichts bekannt. Wo Arbeiter-

¹⁾ Koch, S. 2, nach dem „Organisationshandbuch“ von 1910.

	Landes- vorstand Baden 1) 2)	Geschäfts- führender Ausschuß Westfalen 3)	Parteitage:			
			1905	1907	1909	1911
1. Landwirte	—	3	17 (4,2%)	22	18	22 (2,9%)
2. Kaufleute etc.	3 (2)	7	42 (10,4%)	101	62	62 (8,0%)
3. Fabrikanten etc.	3	20	92 (22,9%)	139	112	135 (17,5%)
4. Handwerker	1	—	9 (2,2%)	9	12	16 (2,1%)
5. Richter etc.	4 (1)	4	54 (13,4%)	60	61	95 (12,3%)
6. Hochschulprofessoren	2	—	4 (1,0%)	9	14	14 (1,8%)
7. Oberlehrer und Pfarrer	6 (2)	3	26 (6,5%)	61	64	56 (7,3%)
8. Lehrer	3	3	8 (2,0%)	37	38	45 (5,8%)
9. Freie Berufe:						
Rechtsanwälte, Ärzte etc.	6 (2)	7	58 (14,4%)	116	96	123 (16,1%)
10. Kommunalbeamte	3 (1)	1	24 (6,0%)	37	15	33 (4,3%)
11. Redakteure, Schriftsteller, Verbands- und Partei- sekretäre, Syndici	2 (1)	9	39 (9,7%)	60	52	84 (10,9%)
12. mittl. Beamte, Angestellte, Chemiker, Techniker	3 (1)	2	11 (2,7%)	39	51	42 (5,4%)
13. untere Beamte, Arbeiter	2	—	1 (0,25%)	4	4	12 (1,6%)
14. ohne Angabe	—	—	17	18	33	33

1) In Klammern: Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses.

2) Dazu kommen noch die Abgeordneten.

3) Zu Westfalen gehörte der Wahlkreis Essen, nicht Minden und Herford.

kandidaten aufgestellt wurden, 1912 kandidierten zwei in aussichtsreichen Wahlkreisen und wurden gewählt, geschah das vielleicht auf Anregung der Parteileitung in Rücksicht auf die Wählerschaft, oder — wie es 1913 in Saarbrücken vergeblich versucht wurde — die Jungliberalen drängten auf solche Maßnahmen. Im ganzen war also die Partei eine solche des bürgerlichen Mittelstandes geworden, die Führung lag noch weitgehend in den Händen von Besitz und Bildung, wenn auch eine allmähliche Umschichtung eingesetzt hatte¹⁾.

Die Intensität der Mitgliedschaft war nicht sehr stark, es gab zwar, ein Zeichen festerer Organisation, in den Vereinen Ausschlußverfahren bei Verstößen gegen

¹⁾ Die soziale Stellung von Abgeordneten besagt natürlich an sich noch nichts über ihre politische Haltung, man denke an die Rechtsanwälte in der SPD. Die Linksentwicklung der national-liberalen Fraktion ist aus der Berufsstatistik der Abgeordneten nicht ablesbar. Darum sind alle Interpretationen dieser Statistik verfehlt. Aber bei den mittleren und unteren Parteiführern ist das anders. Bei dem damaligen Klassengegensatz war hier der Durchschnitt klassenorientiert, man sah gerade in der Berufszugehörigkeit der Führer ein wichtiges Moment des Einflusses, um sie ging vielfach der Kampf wirtschaftlicher und sozialer Gruppen, für die sich Sachfragen in Personenfragen verwandelten.

das Programm¹⁾, aber im ganzen waren die Verhältnisse mit denen in der SPD, die den Propagandisten der Organisation als Ideal vorschwebten, in keiner Weise zu vergleichen, und zwar weder in der Beitragsleistung noch in der Kontinuität von Schulung, Diskussion und Agitation. In dieser Hinsicht hat die ursprüngliche Initiative der Jungliberalen ihr Ziel nicht erreicht. Die Tätigkeit mancher Vereine ging zwischen den Wahlkämpfen über patriotische Kundgebungen oder gesellige Veranstaltungen nicht wesentlich hinaus. Zwar sollten in größeren Bezirken, manchmal schon für einen Wahlkreis, angestellte Parteisekretäre²⁾ auch das Leben der Organisation anregen, aber bei ihren vielen Aufgaben konnten sie diese nur in bescheidenem Maße erfüllen. Immerhin haben mindestens die zahlreicheren Bezirks- und Provinzkonferenzen und die Parteitage, die Wahlen von Delegierten und deren Berichte den Betrieb der lokalen Vereine etwas intensiviert. Die Kundgebungen der örtlichen Organe, z. B. bei der Wahl des Reichstagspräsidiums im Februar 1912 — die Fraktion hatte für Scheidemann, ein Teil vorher für Bebel gestimmt — zeigen, welches Interesse die Mitglieder an anscheinend wichtigen Vorgängen nahmen, wie sie innerparteilich eine gewisse Aktivität entfalteten; wo es nur selten Routinezusammenkünfte gab, war man mit Sondersitzungen schnell genug bei der Hand³⁾. Man kann annehmen, daß kritische Fragen der Parteipolitik, daneben routinemäßige Organisationsangelegenheiten die Vereine beschäftigten; politische Schulung hat keine nennenswerte Rolle gespielt. Bei der ausgedehnten Wahlagitation wirkte ein Teil der Parteimitglieder mit, eine intensive Kleinarbeit aber ist nicht erreicht worden. Die Zusammenarbeit örtlicher Vereine im Kreis oder Wahlkreis war in einem zentralen Wahlverein oder mit Hilfe eines Delegationsverfahrens formalisiert und hat offenbar kaum noch zu Schwierigkeiten Anlaß gegeben⁴⁾.

Auch die jungliberalen Vorstellungen von einer Demokratisierung der Vereinsverfassung sind im allgemeinen nicht durchgedrungen. Zwar wurden, wie gesagt, Vorstände und Delegierte gewählt und Entscheidungen durch Abstimmungen getroffen, aber die Wahlen waren kaum geheim und hatten vielfach Akklama-

¹⁾ 1906 wurde in Saarbrücken Tille wegen seiner extrem arbeiterfeindlichen Äußerungen während eines Streiks ausgeschlossen, Bellot, S. 220; 1911 wurde in Kassel Prof. Sunkel wegen Propaganda für eine Abänderung des Reichstagswahlrechts vom Vorstand des Vereins ausgeschlossen, M. Lohan, Bassermann, der Nationalliberalismus von heute, S. 17.

²⁾ s. u. S. 117.

³⁾ Eine Zusammenstellung von solchen Kundgebungen in: Parteien I, 1913, S. 176—183; ähnlich bei der anschließenden Diskussion über die Umgestaltung der zentralen Parteiorgane, ebd., S. 183 ff.

⁴⁾ Der Wahlverein Saarbrücken war in Bezirke eingeteilt, von denen jeder einen Vertreter und für je 500 Stimmen bei der letzten Wahl einen weiteren in den Zentralvorstand entsenden konnte. Dieser regelte mit den Bezirksvorständen die Kandidatenfrage. 1898 kam es dabei über den Landtagskandidaten mit dem Nachbarkreis zu Schwierigkeiten. 1908 griffen aber Vereins- und offenbar auch allgemeine Versammlungen in die Nominierung ein. Erst 1913 war endgültig durch ein neues Statut die Sache in die Hand einer Generalversammlung aller Ortsausschüsse gekommen, Bellot, S. 202, 239.

tionscharakter. In vielen Fällen¹⁾ fanden die Neuwahlen des Vorstandes nur nach den Reichstagswahlen statt, wodurch seine Stellung natürlich sehr verstärkt wurde. Gerade in großen Vereinen war die Möglichkeit der einzelnen Mitglieder einer einigen Führung gegenüber beschränkter als in kleinen. Die bisher führende Honoratiorenzunft blieb mit ihren im Grund unpolitischen Prinzipien der Führungsauslese, die relativ wenig frisches Blut in die Partei hereinließ²⁾, noch weithin bestimmend, wie sich das vor allem auf der Provinz- und Landesebene zeigt. Die Ablösung der älteren Führung durch neue Leute, die allein durch ihre Tätigkeit im Verein aufstiegen, war in den wenigen Jahren vor 1914 noch nicht zu verwirklichen. Immerhin gab es wichtige Ansätze zu neuen Formen der Auslese. Bei den Reichstagswahlen, zumal 1912, kam es öfter vor, daß etwa die Aktivität, der wirkliche politische Ehrgeiz und die Begabung von Jungliberalen oder ähnlichen Leuten Beachtung fanden und zum Einstieg in die große Politik führten. Wo die Offenheit des Honoratiorensystems seinen Zunftcharakter noch überwog, wo man also z. B. auch Außenstehende mit berücksichtigte, konnte das ähnliche Wirkungen haben³⁾. In den Organisationen selbst blieben diese Ansätze, wie gesagt, geringfügiger. Immerhin war auch hier in einzelnen Fällen der Aufstieg innerhalb der Partei einem breiteren Kreise möglich als früher. Stresemanns Aufstieg als junger Mann im nationalliberalen Verein Dresden ist ein Beispiel dafür. Doch blieben solche Erneuerungen der Führungsschicht zunächst noch in der Minderzahl.

Obschon die Demokratisierung der Vereinsstruktur also noch nicht durchgreifend war, nahmen die Einflußmöglichkeiten der zahlreicheren Mitglieder gegenüber der Führung zu, wenn große Sachentscheidungen zur Debatte standen. Die scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem jungliberalen linken und dem rechten Flügel, die bei der wachsenden Größe der Vereine auch in diese hineinspielten, und die schwierigen taktischen Entscheidungen, die bei Stichwahlen zwischen links und rechts zu treffen waren, konnten zu Spannungen, ja zu gegensätzlichen Entscheidungen innerhalb der Organisation führen. In Köln z. B. haben die Jungliberalen 1903 erreicht, daß nicht der Vorstand über die Stichwahlparole entscheiden durfte, sondern eine allgemeine Parteiversammlung, bei der dann in sehr stürmischen Formen die Absicht des Vorstandes, eine Parole zugunsten des Zentrums gegen die SPD durchzusetzen, zum Scheitern gebracht wurde⁴⁾. In Saarbrücken haben die Jungliberalen 1908 den von der Industrie

¹⁾ Angaben im Organisationshandbuch 1914/15.

²⁾ Es gab Ausnahmen, zumal, solange die Vereine klein waren. Bassermann ist als ganz junger Anwalt schon Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Mannheimer Vereins, Stadtverordneter (1887 mit 33 Jahren) und Reichstagsabgeordneter (1893) geworden, wobei Familie und öffentliche Tätigkeit natürlich eine Rolle spielten, Eschenburg, S. 7.

³⁾ August Weber berichtet, wie er, ohne vorher am politischen Betrieb teilgenommen zu haben, nur auf Grund einiger öffentlicher Vorträge 1906 von einem nationalliberalen Verein eine Reichstagskandidatur angetragen bekam und dann auch gewählt wurde, Mskr. im Familienbesitz.

⁴⁾ Nachlaß Bachem. Ähnlich schon 1898.

präsentierten Landtagskandidaten gegen Vorstand und eine erste Abstimmung des Vereins durch Proteststürme, eine Gegenkandidatur und offenbar auch durch Wählerversammlungen zu Fall gebracht, ihr weiter linksstehender Kandidat wurde von der Mehrheit anerkannt und der Vorstand mußte sich wohl oder übel fügen. 1913 gab es hier einen ähnlichen Konflikt, der diesmal, da nur die Ortsvorstände entschieden, mit einem Kompromiß endete¹⁾. In Gießen trat 1911 der „Wahlkreisvorstand“ bei einer Stichwahl zwischen Antisemiten und Sozialdemokraten auf Grund eines Abkommens für die ersteren ein; der „erweiterte Vorstand“ aber entschied sich für die sogenannte Freigabe der Abstimmung, daraufhin trat der Vorstand zurück; später wurde dann doch eine Parole gegen die SPD ausgegeben²⁾. Ähnliche Streitfälle wird es gerade bei Stichwahlen und dem Vorhandensein extremer Parteiflügel öfter gegeben haben. Die Organisationen waren für Konflikte groß genug, das Führungs- und Organisationsmonopol aber noch nicht so sicher, daß ein spontanes oppositionelles Vorgehen von Mitgliedern unerhört schwierig gewesen wäre.

Der Strukturwandel der Vereine hat politisch im ganzen keine demokratisierende Wirkung gehabt. Während in den 90er Jahren die Vereinsorganisationen eher links von der stark agrarisch bestimmten Fraktion standen, verschob sich das nun, ein gut Teil der Fraktion kam links von den Organisationen zu stehen. Eine große Zahl von diesen war „sozialistenfresserisch“³⁾ und stellte die „nationalen“ Gesichtspunkte über die Forderungen nach Demokratisierung und Liberalisierung. Wenn auch die Orientierung nach rechts nicht mehr aktuell war, weil die Konservativen nach liberaler Ansicht einseitige Klasseninteressen vertraten und mit dem Klassenkampf von oben eine erbitterte Auseinandersetzung zu provozieren schienen, so trat an deren Stelle doch keine Orientierung nach links, dieser wurde vielmehr — begünstigt durch die sich behauptende ältere Führungsschicht⁴⁾ — eine entschiedene Opposition entgegengesetzt. Die taktische Schwenkung konnte den konservativen Charakter der Partei nicht verändern. Der von den Jungliberalen inaugurierte Ausbau der Parteiorganisation ist politisch nicht dem jungliberalen Flügel zugute gekommen. Das nationalliberale Bürgertum war vom Glanz des Bestehenden so geblendet, daß es zu einer intensiven reformerischen Bewegung nicht zu bringen war. Ihm fehlte ein robuster und solidarischer Wille zur Macht, und den konnte ihm keine noch so redliche Bemühung einimpfen.

Trotz aller Einschränkungen aber ist die Existenz und der Ausbau einer solchen relativ großen Parteiorganisation in kurzer Zeit für eine bürgerlich liberale Partei mit ihrer im Grunde wenig organisationswilligen Anhängerschaft beachtlich. Das Schema der Honoratiorenpartei paßt nicht mehr eigentlich für

¹⁾ Bellot, S. 229, 239. 1913: es ergab sich Stimmgleichheit, man wählte einen dritten.

²⁾ Frankf. Ztg., 17. März 1911.

³⁾ Schönaich-Carolath, bei Maenner, S. 116.

⁴⁾ Für die Landesvorstände, die im allgemeinen rechts orientiert blieben, vgl. o. S. 104, u. S. 118.

diese Organisation, auch wenn man sie nicht dem Typ der bürokratisierten Massenpartei zurechnen kann.

b) Die mittleren Instanzen

Über den lokalen und Wahlkreisorganisationen der Partei im Lande bestanden Landes- und Provinzialorganisationen, sie bildeten den Mittelbau der Partei. Zunächst gab es in den außerpreußischen Ländern eigene Organisationen. In den meisten von ihnen hatten vor der Reichsgründung Landesausschüsse oder ähnliche Gremien der z. T. noch gesamtliberalen Landesparteien existiert. Da die Parteien in den Ländern nach der Reichsgründung noch eine ganze Reihe von Aufgaben behielten und zudem an den Landtagsfraktionen natürliche Mittelpunkte besaßen, blieben mehr oder minder institutionalisierte zentrale Parteiorgane in den Einzelstaaten bestehen. Ihre Funktionen lagen einerseits in der Vorbereitung von Landtagswahlen, dem Erlaß von Wahlaufrufen, der Anregung zur Organisation, der Koordination der Nominierungen, der Vermittlung von Kandidaten, der Ausgabe des ein oder anderen Flugblatts und dem Versuch, sich auf eine gemeinsame Frontstellung im Wahlkampf zu einigen. Andererseits lagen sie in der Beratung von Richtlinien für die Politik der Partei im Landtag.

Neben diesen landespolitischen Aufgaben übernahmen diese Organe aber auch solche, die sich auf die Arbeit der Partei im Reiche bezogen. Die Maßnahmen, die für die Landtagswahlen erforderlich schienen, wurden häufig im Bereich eines Landes auch für die Reichstagswahlen getroffen; man war hier den Wahlkreisen näher als eine Berliner Zentrale und konnte darum besser anregend und beratend eingreifen. Gemeinsame Vorbereitungen für die Agitation waren nicht üblich, sehr oft aber erließ die Landespartei noch eigene Wahlaufrufe neben denen der Reichspartei. Bedeutung hatte eine gemeinsame Wahlpolitik vor allem für den Abschluß von Wahlbündnissen, durch die Wahlkreise unter benachbarten Parteien verteilt wurden, und von Stichwahlabkommen, durch die wechselseitige Unterstützung bei den Stichwahlen in verschiedenen Wahlkreisen zugesagt wurde; denn solche Abkommen kamen selten allein durch die beteiligten Wahlkreisorganisationen zustande. Wichtiger als diese Bedürfnisse des Wahlkampfes war für die Existenz von Landesorganen die Neigung der führenden Anhänger, sich gelegentlich über die Lage und Politik der Partei untereinander auszusprechen und sich mit den Abgeordneten zu beraten, um auf diese Weise wenigstens informell an der Meinungsbildung innerhalb der Partei teilzunehmen.

Welche Gremien in den Ländern es gab, wie sie gebildet und wie ihre Zuständigkeiten verteilt waren, wie sie funktionierten und wieweit sie Kontinuität und institutionellen Charakter besaßen, ist nach dem mir bekannten Material im einzelnen schwer, genau anzugeben. In Baden gab es einmal die relativ offenen Landesversammlungen, die führende Gesinnungsgenossen aus allen Bezirken vereinigten. Institutionell festgelegt waren sie aber offenbar nicht, sie haben die

Partei konstituiert¹⁾), später wurden sie von der Parteiführung nur selten und aus besonderen Anlässen zusammenberufen, so nach der Sezession — auf Anregung von Miquel —, um die antisezessionistische Haltung der badischen Partei zu befestigen²⁾); so 1883, um die Tätigkeit bei den Landtagswahlen anzuregen und den von der Parteiführung entworfenen Wahlauf Ruf zu sanktionieren³⁾), diese Versammlung war nur für Eingeladene und Eingeführte zugänglich. Anfang 1885 wurde eine Zusammenkunft der „Vertrauensmänner“ veranstaltet, um die Einheit der Partei, die der linke Flügel durch die zutage tretende Rechtsentwicklung bedroht sah, zu erhalten. Man erklärte, in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen könnten in der Partei verschiedene Meinungen herrschen, das Heidelberger Programm habe die Zugehörigkeit zur Partei nicht verändert, d. h. es sei nicht verbindlich⁴⁾); damit gab man den Dissentierenden die Möglichkeit, in der Partei zu bleiben. In einer solchen seltenen Krisensituation hatte die Versammlung eigenes Gewicht, sie stellte für die verschiedenen Kräfte das Forum einer Einigung dar, die mit Hilfe einer Formel ihr Zusammenbleiben ermöglichte, oder legitimierte doch eine solche vorentworfene Formel. Sonst aber hatten solche Versammlungen offenbar keine große Bedeutung. Die formelle Parteiführung lag beim Landesausschuß, zu dem ein Teil der Landtagsabgeordneten und vielleicht noch der ein oder andere ältere Politiker gehörten. Auch er trat nur sporadisch zusammen, und seine Berufung stand weitgehend im Ermessen des Fraktions- und Parteiführers Kiefer. Seine Tagungen dienten im wesentlichen zur Abfassung von Kundgebungen, etwa bei Wahlen oder Parteikrisen, meist wurden dann auch die übrigen badischen Abgeordneten zugezogen. 1884 blieb sogar eine Stellungnahme zum Heidelberger Programm aus, was freilich von manchen ausgesprochen kritisiert wurde; offenbar waren die Möglichkeiten der Berufung auch jetzt noch nicht formal geregelt. Ein eigenständiges Organ neben der Fraktion war der Ausschuß kaum⁵⁾).

Formal etwas fixierter, aber tatsächlich ähnlich waren die Verhältnisse in Württemberg. Dort bestanden als Organe Landesversammlung und Landeskomitee. Die Versammlung hatte über die in der Bismarckzeit ja noch wichtigen Programmfragen zu beschließen und das Komitee, theoretisch die eigentliche Parteiführung, zu wählen. Faktisch leitete zunächst fast ausschließlich Hölder

¹⁾ Eine Versammlung am 23. Juli 1863 hatte „eine Organisation“ geschaffen, eine andere am 27. Dezember 1866 das Programm der „liberalen und nationalen Partei Badens“ beschlossen; Wittig, S. 22.

²⁾ Oncken, II, S. 440.

³⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 397.

⁴⁾ Schultheß, 11. Januar 1885.

⁵⁾ 1875 forderte der Ausschuß dazu auf, in allen Wahlkreisen feste Komitees zu bilden, Voss. Ztg., 14. August 1875; Heyderhoff-Wentzcke II, S. 204 (Wahlauf Ruf für die Reichstagswahl 1878), S. 363 (Resolutionsentwurf über die Sezession für die Landesversammlung), S. 397, S. 408 (1884); 1881 ist sogar davon die Rede, daß sich der Ausschuß über die Stellung der Partei zwischen Nationalliberalen und Sezession schlüssig werden müsse, ebd., S. 376

als Vorsitzender — nach dem Sprachgebrauch als „Vorstand“ — des Landeskomitees die Partei. Nachdem er 1875 Kammerpräsident geworden war, gab er die offizielle Leitung auf, und die Geschäftsführung blieb eine Zeitlang vakant, bis sie Ende der 70er Jahre der Abgeordnete v. Wolf übernahm, der die Partei wiederum ziemlich allein zu führen versuchte. Als er 1882 ein großes landespolitisches Programm entwarf, das auch das Verlangen nach einer Verkürzung der Wahlperioden enthielt, traten die Instanzen in Funktion. Im Komitee machte Elben vergeblich Opposition, aber in der entscheidenden Landesversammlung gelang es ihm, das Programm zu Fall zu bringen. Daraufhin fanden anderthalb Jahre lang keine Sitzungen des Landeskomitees mehr statt, zumal Hölder als Minister alle Fragen der Politik im Landtag mit einem kleinen Kreis persönlicher Freunde aus der Partei vorher absprach. Auch zur Vorberatung des Heidelberger Programms wurde das Komitee nicht herangezogen, und erst im Mai 1884 kam es wieder zu einer Landesversammlung, die das Komitee neu wählte; Elben, der gegen den Willen des Vorsitzenden wieder hineingekommen war, wurde durch die Auswahl eines achtköpfigen Geschäftsausschusses aus den zehn Mitgliedern des Komitees kaltgestellt, ein Schachzug allerdings, den man bald wieder zurücknehmen mußte. Elben war immerhin Mitglied geworden, ohne noch im Landtag zu sein, die Mitgliedschaft war nicht an ein Mandat gebunden¹⁾. Im ganzen hingen so Bedeutung und Tätigkeit der Landesversammlung und des Komitees weitgehend von dem fraktionszugehörigen tatsächlichen Parteiführer ab und waren, institutionell nur schwach fixiert, normalerweise gering, auf die Reichstagswahlen hatte das Komitee so gut wie keinen Einfluß.

In Bayern blieb ein kleiner Ausschuß als Führungsorgan der Landespartei erhalten, sein Vorsitzender — bis 1897 Marquardsen — war der eigentliche Parteiführer. Der 1871 von München und Augsburg ausgehende Versuch einer strafferen Organisation in einem einzigen Landesverein oder wenigen großen Vereinen, der aus dem Ausschuß einen Vereinsvorstand gemacht hätte, wurde von diesem abgelehnt, weil er die notwendig „flüssigen Grenzen“ der Partei verfestigte und dadurch verwandte Elemente im ganzen Lande oder in einzelnen Landesteilen abgedrängt würden; die Rücksicht auf die lokale Mannigfaltigkeit und den Gesamtliberalismus blieb vorherrschend und verbot eine straffere Zentralisierung²⁾. In manchen Landesteilen bildeten sich große Kreiswahlvereine mit direkter Mitgliedschaft³⁾, aber sie haben sich nicht lange gehalten

¹⁾ So der wahrscheinliche Hergang, nach Elben, S. 210, und Heyderhoff-Wentzcke II, S. 409 ff., Brief Elbens an Miquel vom 3. Mai 1884; über Landeskomitee und Landesversammlung in den 60er Jahren, als ihnen bei der Bildung und Konsolidierung der Partei noch große Bedeutung zukam, s. Rapp, S. 182, 246, 340, 377, 420.

²⁾ Rundschreiben der bayerischen Fortschrittspartei von 1871, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 15.

³⁾ Liberaler Kreisverein für Oberbayern z. B., Allg. Ztg., 7. Februar 1874; in der Pfalz war 1867 schon die Wahl durch eine Delegiertenversammlung für den ganzen Bezirk organisiert worden, Schieder, S. 176.

und bewährt. Vermutlich hat auch der kaum erwähnte Landesausschuß keine bedeutende Rolle neben der Fraktion gespielt.

In Sachsen bildete sich im Anschluß an eine Reihe von offenen Landesversammlungen 1866 und 1867, die noch ohne Parteiseidungen alle Liberalen umfaßten, Ende 1867 ein Landesausschuß oder Zentralkomitee, das die Partei- und Wahlorganisation im Lande anregen und gelegentliche Zusammenkünfte arrangieren sollte, praktisch lag die Sache in den Händen von Biedermann in Leipzig. 1874 gründete man dann mit andern „Ordnungsparteien“ zusammen den Reichsverein für Sachsen als einheitlichen Landesverein, die Partei gab ihre Sonderexistenz auf, erst nach der Sezession und wegen des gesonderten Vorgehens der Konservativen nahm man 1882 den Namen Nationalliberaler Verein für Sachsen an¹⁾. Maßgeblich blieb der Leipziger Vorstand. Auch in andern Ländern, so in Hessen und Mecklenburg, waren die Parteien zunächst als Landesvereine organisiert²⁾, der Vorstand eines solchen Vereins war dann Landesausschuß oder -vorstand und blieb, auch wenn diese zentralen Vereine im allgemeinen nach einiger Zeit eingingen, als solcher erhalten, oder es bestand, wie in Braunschweig, ein kleiner selbstgebildeter Ausschuß³⁾. Im allgemeinen wird es sich bei diesen Führungsgremien um fraktionelle Organe gehandelt haben, die einige Nichtparlamentarier noch zuzogen. Faktisch war ihre Bedeutung neben den eigentlich die Landespolitik machenden Fraktionen in den ersten Jahrzehnten nach 1870 nicht sehr groß.

Im ganzen beruhten diese Landesorganisationen weit stärker auf personellen als auf institutionellen Bindungen. Das Heidelberger Programm z. B. ist von Personen, von politischen Freunden, nicht von Vertretern der Instanzen vorbereitet worden, das letztere war jedenfalls sekundär; nur ein Teil der Mitwirkenden zog die Landesorgane später zu⁴⁾. Der Kreis der Teilnehmer erstreckte sich ja auch über mehrere Länder oder Landesteile, ohne daß man für dieses Gebiet eine gemeinsame Instanz besessen oder neu konstituiert hätte; das verstärkte den extra-institutionellen Charakter. Die Bedeutung der Heidelberger Besprechung und des späteren südwestdeutschen Partei- oder Delegiertentages in Neustadt a. d. H. ist evident und unvergleichlich größer als die der Sitzungen bestehender institutioneller Gremien. Die personenbestimmte, mehr auf Initiative als auf Organisation beruhende Struktur der Partei ließ Raum für solche nicht vorgesehenen Schritte, und gerade sie inaugurierten eine wesentliche Wendung der Parteipolitik. Die Versammlung der Führer hatte keine formale Kompetenz, aber weil sie die wichtigen Leute ihrer Bezirke waren, hatte ihre

¹⁾ Biedermann II, S. 287, 340 ff.; F. Böttcher, S. 165; Nordd. Allg. Ztg., 29. Juni 1882.

²⁾ Hessen: Landesverein von 1868, Wittig, S. 23; Landesausschuß und -versammlung 1884: Heyderhoff-Wentzke II, S. 403 (Annahme des Heidelberger Programms); für 1878, ebd., S. 209. Mecklenburg: Wittig, S. 23; Voss. Ztg., 23. Oktober 1881, Ausschuß des „Landeswahlvereins der (gesamt)liberalen Partei in Mecklenburg“.

³⁾ s. o. S. 37.

⁴⁾ Patzig, S. 149; Herzfeld, Miquel II, S. 14 f.; s. o. S. 110 f.

Erklärung die durchschlagende Wirkung. Ebenso hatte auch der Parteitag keine Kompetenz, aber danach fragte niemand, er gab die notwendige Resonanz einer breiteren Schicht, dazu war er einberufen, das war seine Bedeutung. Das Vorgehen von Führern und die Resonanz im Lande waren noch nicht an formalisierte Wege und Verfahren, noch nicht an den Instanzenzug, obschon es das alles in Ansätzen gab, gebunden. Das hat sich erst allmählich herausgebildet.

In Preußen waren die Anfänge einer Zentralorganisation mit der Reichszentrale verschmolzen. Hier bildeten sich die Mittelinstanzen in den Provinzen aus. Die Tradition und die sachliche Notwendigkeit waren dabei natürlich geringer als in den Ländern, es fehlte der Kristallisationspunkt einer Fraktion, und darum ging die Organisation nur langsam vor sich. Immerhin spielten auch in den Provinzen das Erfordernis, die Wahlorganisation anzuregen und zu koordinieren, und der Wunsch nach Meinungs austausch eine Rolle. Dazu dienten gelegentliche Besprechungen. Wenn sie für alle Parteimitglieder oder für eine größere Zahl von Eingeladenen zugänglich waren und etwa Abgeordnete sprachen oder öffentliche Kundgebungen stattfanden, nannte man das einen Parteitag¹⁾. Solche Zusammenkünfte waren informell, ihre Einberufung war der freien Initiative anheimgestellt, der Teilnehmerkreis stand nicht fest, wenn man auch aus jedem Wahlkreis jemanden einzuladen suchte, eine auch nur faktische Periodizität solcher Tagungen gab es nicht. Der Wohnsitz am Hauptort der Provinz, Ansehen und Gewohnheit konnten einzelne Leute bei der Einleitung oder Führung begünstigen, aber bei dem im wesentlichen kollegialen Unternehmen spielte das keine große Rolle. Gelegentlich wurden bei solchen Tagungen im kleineren Kreise Ausschüsse eingesetzt, die künftige Zusammenkünfte arrangieren und Besprechungen über die Wahlen vermitteln sollten, vor allem kam es jedoch auf die Initiative von einzelnen an²⁾.

Nach der Niederlage bei den Reichstagswahlen 1878 befürwortete die Fraktion die Veranstaltung provinzieller Parteitage, von denen man sich eine Aktivierung der lokalen Führer erhoffte. Die preußische Landtagsfraktion beschloß 1879 vor den Landtagswahlen, es sollten überall provinzielle oder bezirkliche Organisationen geschaffen werden, die einen Teil der Wahlagitation übernehmen sollten, und Rickert bemühte sich, trotz des weitverbreiteten Indifferentismus diesem

¹⁾ Die spätere Institution Parteitag hieß in den bürgerlichen Parteien offiziell Delegierten- oder Vertretertag, in der Presse freilich setzte sich schon bald der Begriff Parteitag auch hier durch.

²⁾ Ein Plan Forckenbecks von 1867, einen nationalliberalen Provinzialverein für Westpreußen zu errichten, ist offenbar nicht zur Ausführung gekommen, Philippson, S. 179. 1873 berief Forckenbeck eine Versammlung liberaler und freikonservativer Vertrauensmänner Schlesiens zum Abschluß eines Wahlbündnisses, 1876 fand eine Tagung der schlesischen Liberalen wegen der Wahlen statt, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 78, 156; in Kurhessen gab es ein „schlafendes“ Provinzialkomitee, das 1876 erst durch Wehrenpfennig aktiviert wurde und für die Wahlen eine Landesversammlung berief, ebd., S. 155; in Hannover war 1866 von einer Versammlung auf Betreiben Bennigsens ein Zentralwahlkomitee gegründet worden, es hatte keine Dauer, später — z. B. 1880 — wurden Versammlungen aus der Initiative von einzelnen zusammenberufen, Oncken II, S. 14 ff., 445 ff.; Ehrenfeuchter, S. 47.

Beschluß Realität zu geben¹⁾. Großen Erfolg hatten diese Bemühungen zunächst nicht, zur Zeit der Sezession bestanden die Provinzialorganisationen jedenfalls noch kaum, oder sie waren völlig inaktiv.

Erst Sezession und Heidelberger Programm führten dann zu einer größeren Zahl von Provinzialparteitagen. Die Abgeordneten versuchten hier, eine breite Schicht der führenden Parteianhänger bei der Partei zu halten, die Unruhe in diesem Kreise aufzufangen, der Parteiführung die verlorengelungene Resonanz und Repräsentanz wiederzugewinnen, indem man die Anhänger durch Information und Beratung an der Politik der Partei beteiligte. Normalerweise schlossen solche Tagungen mit Treuekundgebungen für die Partei und die Reichstagsfraktion oder mit der Bestätigung der programmatischen Erklärungen der Zentralen, für die Abgeordneten war aber auch die Meinung der Anhänger, die bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck kam, wichtig, durch diese wurde ihr politischer Kurs durchaus mitgeformt. Zunächst wurden diese Parteitage noch von einzelnen „berufen“, der Kreis der Teilnehmenden oder Eingeladenen war auch jetzt noch nicht genau abgegrenzt, die Versammlungen hatten noch keinen institutionellen Charakter²⁾.

Erst Mitte der 80er Jahre erlangten provinzielle Organe — Versammlungen und Ausschüsse — Kontinuität und Stabilität, sie wurden zu Institutionen³⁾. Die Kartellwahlen und ihr Erfolg haben die Entwicklung etwas verzögert, und erst nach der Niederlage von 1890 kam es zum eigentlichen Ausbau der Provinzial- und Landesorganisationen⁴⁾. Dafür waren vor allem zwei Dinge ausschlaggebend. Einmal gewann das Problem der Stichwahlen und Wahlbündnisse an

¹⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 228 (vom 7. Januar 1879 aus Magdeburg); die Magdeburger Parteiführer hielten neue Organe für überflüssig, unterstützten aber das Abhalten von Parteitagen, von denen sie sich eine Wirkung auf die Organisation in ländlichen Bezirken versprachen; Rundschreiben 3. August 1879, ebd. II, S. 262 f. Organisationen bestanden 1879 in Hannover und — noch gesamtliberal — in Nassau; ein Parteitag fand in Stettin für Nordostdeutschland statt, NL Forckenbeck.

²⁾ Im Rheinland 1880, durch Miquel angeregt, Oncken II, S. 440; 1882 ein großer, von 2000 Personen besuchter Parteitag für die Rheinprovinz, Westfalen und Hessen-Nassau, Schultheß, S. 102; 1884 ein rheinisch-westfälischer Parteitag in Elberfeld, zu dem Einlaßkarten ausgegeben wurden; der Parteitag verpflichtete die Teilnehmer, in ihren Wahlkreisen für eine dauernde Organisation der Partei zu sorgen, Kreuzztg., 15. Juli 1884; Heyderhoff-Wentzcke II, S. 416. Hannover: 1878, ebd., S. 209, 1880 mit einer Rede Bennigsens, Oncken II, S. 445 ff.; 1884 ebd., S. 513; 1881 sollte eine größere Delegiertenversammlung in Magdeburg für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Braunschweig stattfinden, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 381. — In den Landesverbänden war die Entwicklung ähnlich, in Sachsen z. B. fanden nach 1870 erst nach der Sezession und nach Heidelberg wieder Parteitage statt, Biedermann II, S. 347 f., s. a. o. S. 109 ff.

³⁾ 1883 z. B. bestand ein Wahlkomitee für die Rheinprovinz, ein Ausschuß der Partei in Hannover, der einen — wahrscheinlich nebenamtlichen — Geschäftsführer bestellte, Allg. Ztg., 12. Oktober 1883; 1885 Landesversammlung Hannover, Schultheß, 20. September 1885.

⁴⁾ „Die Mißerfolge der 90er Jahre führten zu einer stärkeren Tätigkeit der Provinzial- und Landesverbände.“ Wittig, S. 59. Das Parteistatut von 1892 setzte ihre Existenz schon voraus, s. u. S. 126 f. Auf einem westpreußischen Parteitag in Graudenz erklärte der Parteivorsitzende Hobrecht, die Partei wolle sich in der Provinz eine feste Organisation schaffen, Schultheß, 8. November 1891.

Bedeutung, weil die Wahlkämpfe, zwischen mehr Parteien ausgetragen, schärfer wurden und die durch die Sezession und die Niederlage von 1890 geschwächte Partei stärker auf andere angewiesen war. Zum andern war das Land bei der parteiführenden Fraktion nicht mehr genügend durch Abgeordnete vertreten, manche Bezirke blieben ganz ohne Mandat; darum suchten die lokalen Führer über ihre Provinz- oder Landeszusammenschlüsse ihre Meinung bei der Parteizentrale zur Geltung zu bringen¹⁾, durch sie suchte die Fraktionsführung mit dem Lande in Verbindung zu bleiben²⁾. Durch beide Vorgänge also erhielten diese sogenannten „landschaftlichen“ Organisationen und Verbände eine notwendige Funktion, darum gewannen sie Form und formale Kontinuität³⁾.

Die Bildung der Landes- oder Provinzgremien war auch nach der Institutionalisierung noch stark von Personen bestimmt. In der Denkschrift Poensgen von 1902 wird bemerkt, daß die Bezirksinstanzen nicht von den lokalen Organisationen gewählt wurden, formal aus Rücksicht auf das Vereinsgesetz, an das die Nationalliberalen sich mehr als andere Parteien zu halten suchten. Diese Gremien bestanden also aus Personen, nicht aus Delegierten, traten auf persönliche Einladung zusammen und ergänzten sich durch Kooptation. Praktisch sah man natürlich darauf, daß die Wahlkreise durch ihre wichtigen Leute vertreten waren und kein entschiedener Widerstand gegen die Provinzialinstanz aufkam, aber der Manipulation bei der Auswahl war doch ein ziemlicher Spielraum gelassen. Diskussion und Kritik waren — nach Poensgen — in diesen nur gelegentlich zusammentretenden Gremien selten; wo es doch dazu komme, sei dergleichen wegen der fehlenden Repräsentanz für die eigentliche Partei im Lande, die Vereine und ihre Mitglieder, unmaßgeblich. Die Instanzen konnten unabhängig eine Politik treiben, die vor den Mitgliedern nicht verantwortet und von ihnen nicht legitimiert wurde. Die meist mittelgroßen Komitees oder Ausschüsse bildeten, „ernannten“, geschäftsführende Ausschüsse, Vorstände etc., die die eigentlichen Funktionen der Institution den Wahlkreisen und der Parteizentrale gegenüber wahrnahmen⁴⁾.

Nach der Aufhebung des Verbindungsverbots schlossen sich die lokalen Organisationen zu Landes- oder Provinzialverbänden zusammen und demo-

¹⁾ 1892 forderte eine vom Ausschuß berufene schlesische Delegiertenversammlung unter anderem Ruhe in der Sozialpolitik; eine wohl nicht institutionelle Versammlung in Heidelberg erklärte sich gegen Anlehnung an das Zentrum und verlangte entschiedener Betonung der liberalen Grundziele, Schultheß 1892, 1. Mai und Mitte Dezember.

²⁾ Über ihr Verhältnis zur Zentrale, s. u. S. 117 f.

³⁾ 1897 bestanden Landes- oder Provinzialkomitees in Westpreußen, Schlesien, Braunschweig, dem Bezirk Magdeburg, Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz, Kurhessen, Nassau, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen, Braunschweig und Waldeck, zentrale Wahlvereine in Ostpreußen, Schleswig-Holstein, der Pfalz und dem Königreich Sachsen; ohne Organisation also Posen, Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Oldenburg, die Hansestädte und Teile der Provinz Sachsen, Nat.-lib. Handbuch, S. 496.

⁴⁾ In der Rheinprovinz gab es neben einer Landesversammlung einen geschäftsführenden Ausschuß mit Vertretern aller Wahlkreise und einen kontinuierlich fungierenden Vorstand, also 3 Instanzen, Dt. Tgztg., 25. Juni 1903.

kratisierten formal ihren Aufbau, indem die Provinzialleitung aus Wahlkreisdelegierten oder (und) von einer Delegierten-Konferenz Gewählten gebildet wurde¹). Zunächst blieben aber auch unter den neuen Verhältnissen, wie die soziale Zusammensetzung und das politische Verhalten zeigten²), die alten Honoratiorenführer maßgebend, ihre Ablösung durch neue aufgestiegene Leute brauchte eine lange Zeit; in den Ländern hatten die Fraktionen natürlich ausschlaggebende Bedeutung³). Immerhin aber trug das formalisierte Verfahren jetzt in größerem Maße der Meinung der lokalen Organisationen Rechnung.

Die landschaftlichen Organe beruhten auf Vereinbarung der unabhängigen Wahlkreisorganisationen, sie bestanden zunächst nur als eine Form ihres Zusammenwirkens. Den Wahlkreisorganisationen gegenüber blieben sie durchaus in dienender Position, sie konnten Hilfen leisten, aber nicht deren entschieden gewährte Selbständigkeit antasten. Zumal auf die Kandidatenauswahl hatten sie so gut wie gar keinen Einfluß⁴), aber auch von ihnen abgeschlossene Stichwahlabkommen konnten sie nur empfehlen, jedoch gegen einen gerade in diesem Fall vorkommenden Widerstand der Wahlkreisorganisationen keinesfalls durchsetzen⁵). Sie hatten als Instanzen nur einen indirekten Einfluß, sie konnten durch das Gewicht persönlicher Autorität und sachlicher Gründe wirken, die Einigung der Wahlkreisdelegierten anregen und die gemeinsame oder mehrheitliche Linie mit einem geringen Maß von moralischem Druck vertreten; nur insofern hatten sie Bedeutung für die lokale Wahlpolitik, für die Akzentuierung bestimmter Gegenschichten oder den Abschluß von Bündnissen.

Mit der Zeit wuchsen die Aufgaben der Bezirkszentralen. Die Intensivierung der Wahlkämpfe und der Ausbau der lokalen Organisationen erforderten mehr

¹) Das Parteistatut von 1905 bestimmte noch nichts über ihre Organisation. Ein Beispiel für ein fortgeschrittenes Stadium der Demokratisierung bietet die Zusammensetzung des Vorstandes der Partei in Baden: er bestand 1914 aus den Abgeordneten, 14 Wahlkreisvertretern, 8 Jungliberalen, 8 von der Landesversammlung gewählten Mitgliedern, womit die in den Wahlkreisen nie maßgeblichen Minoritäten, Arbeiter und Angestellte, berücksichtigt werden sollten, 4 anderen Zugewählten und dem geschäftsführenden Ausschuß aus 10 Personen, Organisationshandbuch 1914.

²) s. o. S. 104; s. u. S. 118, S. 135, S. 139.

³) Ihre Stellung wird der der Reichstagsfraktion zum Zentralvorstand entsprochen haben, s. u. S. 172f.; in Bayern scheint die Organisation besonders lange in den traditionellen Formen verlaufen zu sein; eine Parteipublikation: „Nationalliberale Parlamentarier. 1867—1917“, bemerkt, daß dort zu viel Honoratiorenpolitik getrieben worden sei, die Parteinteressen hätten hinter denen der Fraktion zurückgestanden, S. 262. Maßgebende Führer der Partei, die auch im Zentralvorstand saßen, wie Tafel und Geiger, traten vor 1914 zu den Freikonservativen über.

⁴) Ehrenfeuchter, S. 20, über die Verhältnisse in Niedersachsen, noch 1912 habe die Nominierung in der Hand der Wahlkreisorganisationen gelegen, der Schriftwechsel mit Zentralen sei ganz gering gewesen.

⁵) Die nationalliberale Organisation in Köln z. B. widersprach 1898 und 1903 den vom geschäftsführenden Ausschuß der Rheinprovinz empfohlenen Stichwahlabkommen, die eine Unterstützung des Zentrums vorsahen, dieser Widerspruch war ausschlaggebend, NL Bachem, vgl. o. S. 107; ebenso in Mainz, wo der Landesauschuß von Hessen Unterstützung des Zentrums empfahl, die örtliche Organisation das aber ablehnte, Dt. Tgztg., 25. Juni 1903.

Propaganda- und Informationstätigkeit, wie Druck und Verteilung von Material und Entsendung oder Vermittlung von Rednern; die gleichzeitig wachsenden Reibungsmöglichkeiten innerhalb der Partei machten Schlichtungen notwendig¹⁾, und wegen des ausgedehnteren politischen Betriebs mußte man beträchtliche Geldmittel aufbringen und verteilen²⁾. Endlich mußte die Partei bei vielen Gelegenheiten, etwa bei Verbandstagen, vertreten sein. Zur Bewältigung dieser Aufgaben gingen die Nationalliberalen als erste bürgerliche Partei dazu über, durch die landschaftlichen Organisationen Parteisekretariate einzurichten, die dann auch für einzelne Wahlkreise, und z. T. von diesen angeregt oder getragen, geschaffen wurden³⁾. Diese Parteisekretäre waren von der Exekutive angestellt, also nicht gewählte Funktionäre, eine Reihe von ihnen war noch journalistisch tätig, zum Teil hatten sie Sitz und Stimme in den ausschlaggebenden Gremien, einen eigentlichen politischen Einfluß aber hatten sie nicht. Gelegentlich konnte dem ein oder anderen die Stellung zum Einstieg in die „große“ Politik, zur Erlangung eines Mandates dienen, das waren aber Ausnahmen. Im Grunde mangelte es sogar den Fraktionen und der Parteileitung an einer genügenden Zahl von Routiniers des politischen Betriebs, von rücksichtslosen Taktikern, wie sie aus dieser Gruppe hätten hervorgehen können⁴⁾. Die Honorationen blieben in der Partei bestimmend, sie wurde in keiner Weise zu einer Funktionärspartei. Auch hat die Übernahme neuer technischer Obliegenheiten das Verhältnis der Mittelinstanzen zu den Wahlkreisen zunächst kaum geändert, die Erweiterung der Funktionen bedeutete nicht unmittelbar einen Gewinn an Macht.

Während die Bedeutung der landschaftlichen Organe für die Wahlkreise auf freiwilliger Zusammenarbeit beruhte, war ihre Stellung gegenüber der Parteizentrale gesicherter und selbständiger. In ihnen sammelten sich die Meinungen der lokalen Führer zu einem gemeinsamen Standpunkt, den man im offenen Raum der gesamtparteilichen Meinungsbildung wie in den entscheidenden Instanzen kräftig vorzubringen suchte⁵⁾. Daß dabei wirklich die Meinung des Landes, und nicht nur die der jeweiligen Vorstandsmitglieder zur Geltung kam, ist fraglich, parteioffiziell aber repräsentieren die Landesverbände das Land

¹⁾ Z. B. im Wahlkreis Saarbrücken, 1902, Bellot, S. 209.

²⁾ Über die Parteifinanzierung s. u. S. 152 ff.

³⁾ 1897 bestanden Parteisekretariate in Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz, in Bayern und im Königreich Sachsen, Polit. Handbuch, S. 496. 1913 gab es 50 Parteisekretäre, davon im Rheinland 10, in Westfalen 8, im Königreich Sachsen 5, in der Provinz Sachsen und in Hessen-Nassau 4, Parteiakten. In Saarbrücken wurde 1907 ein Wahlkreissekretariat eingerichtet, Bellot, S. 229.

⁴⁾ Vgl. Eschenburg, S. 123.

⁵⁾ Jede Tagung schloß mit Resolutionen zu anstehenden Fragen der Parteipolitik, z. T. auch mit Aufträgen an die Vertreter des Landesteils bei der Zentrale. Die Menge der Belege kann hier nicht vorgetragen werden. Einige Beispiele: Auf dem Parteitag 1906 trug Stroseemann eine Resolution des sächsischen Landesausschusses vor; 1909 gingen zahlreiche Zuschriften von Provinzial- und Landesverbänden für die Erbschaftssteuer bei der Parteileitung ein, Eschenburg, S. 219; Kundgebungen 1911/12, Die Parteien, S. 20 ff., 175 ff.; im Juni 1917 nahmen die Landesvorsitzenden zur Frage der Parlamentarisierung — negativ — Stellung, Wittig, S. 72.

gegenüber der Parteiführung, nicht allein, denn es gab mit den Parteitagen auch einen unmittelbareren Weg, aber doch vornehmlich und kontinuierlich. In umgekehrter Richtung, „von oben nach unten“, zog die fraktionelle Parteiführung gerade die Mittelinstanzen zu ihrer Information und Beratung und zur Vermittlung von Beschlüssen an das Land heran¹⁾, sie förderte ihre Stellung, da sie sich von ihnen eine größere Aktivierung der Partei versprach, als sie sie selbst hätte leisten können. Aus dem Verlangen der Parteihonoratioren in den Landschaften nach innerparteilicher Mitbestimmung, dem Anspruch auf Gehör, und aus dem Bedürfnis der Fraktion, mit kleinen Führungskreisen im Lande in Kontakt zu bleiben, dem Verlangen nach Rat, ergab sich so die selbständige Stellung der mittleren Instanzen im Gesamtaufbau der Partei.

Allmählich bildete sich dann der Zustand heraus, daß Landesverbände zu Stützen bestimmter Parteiflügel bei deren Kampf um die Führung wurden. Ursprünglich folgte die Parteiorganisation der Verwaltungseinteilung, und die soziale Struktur und die Kampfsituation konnten dabei eine besondere politische Schattierung bedingen. Im Laufe der Zeit differenzierte sich das, Personen- und Machtverhältnisse wurden für die unterschiedliche Orientierung wichtig, zumal nicht die Tendenz der Anhänger, sondern die von dieser vielleicht abweichende Einstellung der Führung ausschlaggebend war; so nahmen etwa die westfälische und die sozial ähnliche rheinische Parteiorganisation vor dem Weltkrieg ganz verschiedene politische Positionen ein. Die Westfalen gehörten wie die Landesverbände von Hessen und Schleswig-Holstein zum prononciert rechten Flügel²⁾, sie trieben im Gegensatz zur Zentrale eine eigene nach rechts orientierte Wahlpolitik, hielten und stützten sogar aus der Fraktion ausgeschlossene Mitglieder³⁾ und vertraten vor der Öffentlichkeit und in den zentralen Parteigremien sehr entschieden ihren rechtsgerichteten Standpunkt. Ähnlich gab es auch betont linksstehende Verbände wie den badischen, der die in Norddeutschland perhorreszierte Großblocktaktik, das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, befürwortete. Unter den Vorständen waren allerdings die rechtsgerichteten durchaus in der Mehrheit⁴⁾. Wenn auch nicht alle Lokalorganisationen eines Bezirkes einer solchen Linie folgten⁵⁾, so wurde doch in diesen Fällen eine relativ starke Einhelligkeit erreicht, die vielleicht mit auf taktischen Maßnahmen der Verbandsleitungen beruhte.

¹⁾ Nach dem Statut von 1905 sollten Zentrale und Wahlkreis normalerweise nur über die landeschaftlichen Organe miteinander verkehren, von diesen sollte auch die Anerkennung einer Wahlkreisorganisation abhängen.

²⁾ Vgl. z. B. Frankf. Ztg., 18. Januar 1911; Tägl. Rdsch., 13. April 1912.

³⁾ a. u. S. 157.

⁴⁾ 1917 z. B. sprachen sich die Landesvorsitzenden — offenbar mit großer Mehrheit — gegen die vom linken Flügel geforderte Parlamentarisierung aus, Wittig, S. 72.

⁵⁾ In Hessen z. B. schlossen sich 1912 linksnationalliberale Organisationen gegen die offizielle Landesorganisation zu einer freien Vereinigung zusammen, Köln. Volksztg., 25. Juni 1912. In Sachsen war Anfang des Jahrhunderts, als der Landesverein für das Dreiklassenwahlrecht eintrat, ein nationalliberaler Deutscher Reichsverein zeitweise ausgeschieden, Rheinbaben, Stresemann, S. 49.

c) Die Parteizentrale

1. Geschichte der zentralen Organisation

Die Zentrale der Partei im Lande hat sich zunächst aus der Fraktion und als ihr Organ entwickelt. Und zwar gaben dazu die Wahlen den Anstoß. Hier war es auch für die Reichstagsfraktion notwendig, zumal es eine preußische Landeszentrale nicht gab, die Tätigkeit der Parteianhänger anzuregen, die Wahlkreisorgane bei Kandidatenmangel zu unterstützen, die mehrfache Aufstellung bekannter Politiker zu koordinieren oder ihnen sichere Wahlkreise zu verschaffen, Flugblätter- und Broschürendruck zu organisieren und endlich den Wahlauf Ruf zu erlassen. Ein Teil dieser Aufgaben wurde ohne besondere Regelung von einigen Abgeordneten übernommen, der Wahlauf Ruf meist von der ganzen Fraktion oder jedenfalls in deren Namen ausgegeben. Aber es blieb doch genug, was man nicht einfach der Spontaneität überlassen konnte, und dafür setzte man ein Zentralwahlkomitee ein. Das war zunächst ein wesentlich geschäftsmäßiges Organ, das die losen Beziehungen zu den Wahlkreisen aufrechterhalten sollte; eine selbständige politische Bedeutung und Wirkung hatte es ursprünglich nicht.

Aber auch ein anderes Problem veranlaßte die Bildung eines zentralen Organs. Mit der Existenz mehrerer Landtagsfraktionen neben der Reichstagsfraktion hatte die Partei, gerade solange sie wesentliche Partei im Parlament war, mehrere Zentren. Zwar machte sie keine planmäßige einheitliche Politik, sie mußte die verschiedenen Zentren nicht unbedingt koordinieren, aber man wollte sich doch, so oft es notwendig schien, miteinander verständigen. Zugleich wollte die Reichstagsfraktion in Verbindung mit dem Lande, den führenden Leuten der Provinzen, bleiben, um ihrer Politik den notwendigen Rückhalt zu sichern. Dazu bedurfte es eines zentralen Organs neben der Reichstagsfraktion.

Von beiden Gesichtspunkten — Organisation der Wahlen, Beratung mit dem „Lande“ — ist die Entwicklung der zentralen Parteiorgane bestimmt. Noch 1867 vor dem Ende des konstituierenden norddeutschen Reichstags einigte sich die nationalliberale Fraktion über die Bildung eines zentralen Gremiums. Die in Berlin ständig ansässigen, darum vornehmlich für solche Aufgaben in Frage kommenden Fraktionsmitglieder, besonders Lasker, daneben von Hennig, Twesten, Oppenheim, Assmann, v. Unruh und Michaelis, übernahmen die „regelmäßigen Geschäfte einer Parteileitung“, andere, wie Forckenbeck und Rickert, befaßten sich mit der Organisation der Partei und der Wahlen in den einzelnen Provinzen¹⁾. Bei den Wahlauf Rufen traten jeweils noch einige andere, so Forckenbeck und Braun, hinzu.

¹⁾ Sie gaben Rundschreiben über die Politik der Partei aus und unterstützten die Wahlorganisation, Patzig, S. 42; Philippson, S. 179; Heyderhoff-Wentzcke I, S. 381; ob neben dem geschäftsführenden Ausschuß noch ein weiteres Gremium bestanden hat, bleibt unklar. Vermittlung von Kandidaten z. B., ebd., S. 436 f., Koordination von Kandidaturen der Führer schon 1866, ebd., S. 359.

Eine „Reichsorganisation“ der Partei wurde durch eine „konstituierende Parteiversammlung“ am 5. Februar 1870 in der Weise geschaffen, daß man aus je fünf von den Abgeordneten vorgeschlagenen Vertretern der preußischen Provinzen und der norddeutschen Länder einen für drei Jahre bestellten Landesausschuß bildete, der dann jährlich aus seiner Mitte den „Vorstand der national-liberalen Partei“ wählte¹⁾. Bei der Reichsgründung traten auch die Süddeutschen in diese Organe ein. 1873 setzte man, um die Organisation zu straffen, an die Stelle von Ausschuß und Vorstand ein offenbar etwas kleineres, Landesvertreter und Abgeordnete zusammenfassendes Zentralkomitee, das auch als Zentrallausschuß bezeichnet wurde²⁾. Dies Komitee war aber noch relativ groß, so daß die Arbeit von seinen formell oder informell geschäftsführenden Mitgliedern getan wurde. Gemeinsam, als Korporation trat es mit Erklärungen auf, die die Politik der Fraktion rechtfertigen und sie des Rückhaltes im Lande versichern sollten³⁾.

Freilich scheint die Zugehörigkeit zu diesem Wahlkomitee eher nominell und nicht eben bindend gewesen zu sein. Die seltenen Sitzungen waren nur von wenigen Mitgliedern besucht, die Erklärungen wurden erlassen, ohne daß man etwa schriftlich die Abwesenden um ihr Einverständnis ersuchte⁴⁾, ein gut Teil der Mitglieder war, jedenfalls 1878, praktisch aus der Partei ausgeschieden und hatte sich einer weiter rechts- oder weiter linksstehenden Gruppe angeschlossen⁵⁾. Die Existenz des Komitees als Landesvertretung hatte also keine eigentliche Realität, sie stand nur auf dem Papier. Bis zur Sezession war die Fraktion das einzige funktionierende Organ der Partei, bei ihr lag gewissermaßen selbstverständlich die „Autorität“⁶⁾. Sie zählte die führenden Leute der wichtigen Landtage, der drei süddeutschen, des preußischen und des sächsischen, und der Provinzen zu ihren Mitgliedern und war darum groß genug, um allein das ganze Land zu vertreten. Noch die Sezession war primär allein eine Sache der Abgeord-

¹⁾ NL Forckenbeck; Philippson, S. 205; Parisius, S. 132. Zu diesem Vorstand gehörten z. B. im Mai 1870 Bamberger, Bennigsen, Biedermann, Braun-Wiesbaden, Bunsen, Forckenbeck, Fries, Hardt, Hennig, Lasker, Lent, Miquel, Oetker, Oppenheim, Soltmann, v. Unruh und Zabel, fast alle Reichstagsabgeordnete, die im wesentlichen auch bisher schon Politik und Geschäfte der Partei geführt hatten; Vorsitzender war v. Unruh, Stellvertreter Miquel und Bunsen, Geschäftsführer Hennig, Patzig, S. 80; Wittig, S. 18.

²⁾ Der Sinn der Umgliederung ist nicht ganz klar, die Angaben bei Patzig, S. 80, und Herzfeld, Miquel I, S. 257, weichen voneinander ab. Patzig gibt, wahrscheinlich ungenau, 1874 als Jahr der Neuorganisation an. Nach Herzfeld sollte eine Instanz entstehen, die wichtige politische und organisatorische Fragen schnell entscheiden konnte und doch enge Verbindung zu der Masse der Parteianhänger besaß, die also die Schlagkraft der Partei erhöhte. Die Anregung scheint wesentlich von Miquel ausgegangen zu sein.

³⁾ Patzig, S. 97; so anläßlich der Annahme der Justizgesetze 1876.

⁴⁾ Patzig, S. 97, über die Erklärung zu den Justizgesetzen, von der nach Parisius die meisten Mitglieder nichts gewußt hätten; die offiziöse Parteigeschichte bemerkt dazu nur, daß von nachträglichem Widerstand nichts bekannt geworden sei.

⁵⁾ Königab. Hart. Ztg., 31. Oktober 1878. Die Zeitung ist gewöhnlich gut unterrichtet.

⁶⁾ Patzig, der langjährige Generalsekretär der Partei auf dem Parteitag 1902, Prot., S. 80 ff., und 1905, Prot., S. 13.

neten, bei der von einer auch nur möglichen Funktion von Landesvertretern keine Rede ist. Diese wurden erst nachträglich, um die Resonanz zu sichern, von beiden Gruppen zugezogen.

Bei den Wahlaufufen der 70er Jahre traten als Zentralwahlkomitee auch öffentlich eigentlich nur Abgeordnete in Erscheinung, die zumeist dem Fraktionsvorstand angehörten, ausnahmsweise konnte auch einmal ein augenblicklich mandatsloser Politiker dazugehören¹⁾. Gelegentlich wurde der Aufruf dann von weiteren Parteigenossen aus dem Lande in unbestimmter Zahl — 1879 waren es 400²⁾ — unterschrieben, das hatte aber keine besondere Bedeutung. Von der kleinen parlamentarischen Gruppe wurde 1878 auch das Wahlbündnis mit der Fortschrittspartei abgeschlossen³⁾ und über seine Einhaltung verhandelt. Bei anderen Gelegenheiten handelten ganz informell zusammentretende Personen im Namen der Partei, so 1877, als unter Wehrenpffennigs Leitung eine Reihe von Leuten durch ein Rundschreiben zur Sammlung von Geld und zur Verbesserung der Organisation im Lande aufforderte⁴⁾, so 1879, als der Wahlaufuf für die preußischen Landtagswahlen auf Initiative Rickerts von einer eigens geladenen Versammlung aus Abgeordneten, Herrenhausmitgliedern und „Vertrauensmännern“ ausgegeben wurde⁵⁾.

Über die Führung der Geschäfte war offenbar wenig festgelegt, praktisch kam es darauf an, wer von Fall zu Fall geneigt war mitzuarbeiten⁶⁾. Die Anregung, wichtige Parlamentarier in sicheren Wahlkreisen aufzustellen oder bei Nachwahlen durchzubringen, wurde oft von Parteiführern persönlich vermittelt⁷⁾. Die Parteikorrespondenzen, mit denen die Parteiführung auf die Provinzpresse hätte Einfluß nehmen können, unterstanden ihr nicht, sie waren, obschon sie als

¹⁾ Der Wahlaufuf 1877 war von 16 Reichstagsabgeordneten unterschrieben, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 168; die Einladung zu den Sitzungen ging 1876 vom Abgeordneten Techow aus, ebd., S. 159; Fraktionsvorstandsmitglieder: Nat. lib. Parlamentarier, S. 1 f.; 1878 unterschrieben 21 Personen, von denen nur H. B. Oppenheim, der seit der Gründung zum Komitee gehörte, seit 1877 kein Mandat hatte, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 204, Kiefer bezeichnet hier das Komitee als „Parteiausschuß“.

²⁾ Königsb. Hart. Ztg., 6. September 1879.

³⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 221 f.

⁴⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 172.

⁵⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 258, 272 f.; Sybel hatte die Unterschrift abgelehnt. Zunächst war in dem Aufruf statt von der nationalliberalen nur von der liberalen Partei die Rede, auch Bennigsen und seine Freunde verweigerten die Unterschrift, und das ergab schwere Konflikte, Rachfahl, S. 305; Philippson, S. 329.

⁶⁾ So beteiligte sich Kapp als Abgeordneter an der Arbeit des Komitees und hatte z. B. bei der Vorbereitung der preußischen Landtagswahl 1873 täglich etwa 2 bis 3 Stunden zu tun, noch 1880 verwaltete er einen Parteifonds, E. Lenel, F. Kapp, S. 163; Oncken II, S. 434. Miquel hatte in der ersten Hälfte der 70er Jahre mit der Auswahl von Kandidaten in Hannover, Hessen, Thüringen und der Priegnitz zu tun, Herzfeld I, S. 257.

⁷⁾ Vgl. z. B. Oncken II, S. 471, 534; Heyderhoff-Wentzcke II, S. 212 ff., S. 286 f.; über eine Anfrage aus dem Wahlkreis Frankfurt/Oder und den Vorschlag von drei Leuten durch die Zentrale, Berl. Börs. Cour., 9. Juli 1880. Viele informelle Anfragen über Kandidaturen im NL Forckenbeck.

Parteiorgane galten, Privatunternehmen führender Abgeordneter, und gemäß der Breite der Partei hatte jeder Flügel sein eigenes Unternehmen, Wehrenpfennig leitete die Nationalliberale Korrespondenz (NLC) im Sinne des rechten, Lasker die Berliner Autographische Korrespondenz (BAC) im Sinne des linken Flügels¹⁾. Noch 1897 war die Nationalliberale Korrespondenz ein Privatunternehmen von A. Weber, das zwar als offiziös galt, für das aber die Verantwortung von der Fraktion jederzeit abgelehnt werden konnte²⁾.

Zwar machte das persönliche System bei der Erledigung der Geschäfte zeitweise Schwierigkeiten. 1877 plante man deshalb die Anstellung eines Geschäftsführers und die Errichtung eines ständigen Büros³⁾. Zunächst aber ist aus diesem Plan nichts geworden. Der dem Reichstag angehörende Rickert übernahm die Verbindung der Zentrale mit den einzelnen Abgeordneten und Wahlkreisen, er gab Auskünfte, Anregungen, Empfehlungen, forderte dazu auf, Komitees zu bilden und Vertrauensmänner zu werben, und hat sich mit unermüdlicher Aktivität der Organisation der Wahlen gewidmet⁴⁾. Er richtete auch, zeitweise von den Abgeordneten Lammers und Böttcher unterstützt, ein privates Wahlbüro ein, in dem schon Akten, z. B. ein Verzeichnis der Vertrauensmänner in den Wahlkreisen, angelegt wurden⁵⁾ und von dem aus auch das ein oder andere Flugblatt versandt wurde.

Wie ausschließlich die Zentrale Organ der Fraktion war, wie stark darüber hinaus sie von den leitenden Personen bestimmt wurde und wie wenig festgelegt ihre Stellung gegenüber dem Lande war, zeigte sich besonders bei den Wahlen von 1878. Der von dem parlamentarischen Wahlkomitee erlassene Wahlaufruf war der Regierung und dem geplanten Ausnahmegesetz gegenüber noch zurückhaltend. Immerhin hatte das Komitee für eine ganze Reihe von Wahlkreisen ein Wahlbündnis mit der Fortschrittspartei abgeschlossen, und die ausgegebenen Flugblätter dann wandten sich in durchaus scharfer Tonart vornehmlich gegen die massiven Angriffe, die die Regierungsorgane gegen die Partei vorbrachten,

¹⁾ Parisius, S. 188; Wittig, S. 17; nach ihm war die NLC im Gegensatz zur BAC ausdrücklich parteiamtliches Organ. Miquel — der eher rechts stand — übernahm aus Kollegialität bei einer Krankheit Laskers einige Zeit dessen Korrespondenz, damit sie nicht eingehe, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 135.

²⁾ Kulemann, S. 192; wann die Korrespondenz in den Besitz der Partei übergang und seit wann die „Mitteilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei“ erschienen, habe ich nicht feststellen können; das letztere dürfte schon Anfang der 90er Jahre der Fall gewesen sein, Nat. lib. Handbuch 1897, S. 496.

³⁾ Wegen der dazu notwendigen Geldmittel wandte sich Wehrenpfennig im Namen des Komitees z. B. an die Bremer Liberalen, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 181.

⁴⁾ 1878 machte er z. B. eine Erkundungsreise durch die Provinzen und versuchte, das mit der Fortschrittspartei abgeschlossene Wahlabkommen — den Verzicht auf eigene Kandidaturen in bestimmten Wahlkreisen — durchzusetzen, indem er brieflich, persönlich und durch andere auf die lokalen Führer einwirkte, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 209 f.; in einem Falle mußte er mehr als 30 Briefe schreiben, ebd., S. 260, 262 f.; NL Forckenbeck.

⁵⁾ Stephani war bei der Sezession um das Schicksal dieser Listen besorgt, Oncken II, S. 440; über das Büro: Voss. Ztg., 18. September 1878; NL Forckenbeck.

und akzentuierten so im Sinne Rickerts und des linken Flügels den Liberalismus der Partei. Im Lande dagegen schien den Anhängern die Auseinandersetzung mit den Sozialisten und anderen „Reichsfeinden“ absolut vordringlich, ein Teil der Kandidaten stand sowieso weiter rechts als die Zentrale, ein anderer rückte unter dem Druck der Wählermeinung von ihr ab¹⁾. In Sachfragen hatte die Zentrale auf die Organisationen und die Kandidaten kaum einen Einfluß. Im übrigen war auch die Organisation so locker, daß Rickert vor der Sezession glaubte, einen besonderen „liberalen Wahlverein“ der Linken innerhalb der Partei bilden zu können²⁾.

Bei der Sezession zeigte sich, daß die Zentralorganisation fast allein auf Rickert beruht hatte, durch seinen Übertritt zur Sezession ging sie zunächst völlig in die Brüche³⁾. Die Beziehungen zu den Wahlkreisen waren noch wesentlich an seine Person gebunden gewesen. Außerdem veränderte sich die Lage der Partei insofern, als die kleingewordene Fraktion die Parteiführerschaft im Lande nicht mehr gleichmäßig und hinreichend repräsentierte. Zunächst wurden freilich noch keine neuen Formen der zentralen Organisation entwickelt, die Verhältnisse blieben weiterhin wenig institutionell fixiert, die Fraktionsführung blieb auch formal allein ausschlaggebend, sie war die Parteiführung⁴⁾. Teilweise wurden die Wahlbesprechungen auch ganz informell im Kreise der Parteiführer abgehalten, zumal Miquel und Bennigsen bis 1887 nicht dem Reichstag angehörten⁵⁾. Man begann zwar, Vertreter des Landes zur Zentrale zuzuziehen⁶⁾, aber doch nur gelegentlich und informell, die personellen Beziehungen ersetzten noch eine Organisation. Bei dem Aufstieg der Partei bei den Kartellwahlen von 1887 dann schien sich zunächst der Ausbau einer organisierten Verbindung mit dem Lande zu erübrigen⁷⁾, noch 1890 entschied allein die Fraktionsführung über die Wahlpolitik, die Erneuerung des Kartells. Erst die Niederlage bei diesen Wahlen machte die Organisationsfrage auch für die Zentrale mit der Frage der Verklammerung von Land und fraktioneller Parteileitung wieder dringlich.

Ogleich so in den 80er Jahren die Zentrale ein fraktionelles Organ blieb,

¹⁾ S. z. B. o. S. 29 über v. Cuny; Wittig, S. 38 ff.; Oncken II, S. 374 ff.

²⁾ Philippson, S. 335.

³⁾ Stephani an Bennigsen, 7. September 1880; Oncken II, S. 440; Patzig, S. 138; s. o. S. 34.

⁴⁾ 1881 ist von einem „geschäftsführenden Zentralausschuß der Partei“ die Rede, in dessen Namen Cuny an Bennigsen schreibt, Oncken II, S. 474, 1883 vom Vorstand, ebd., S. 504, 1884 vom Zentralvorstand, der von Hobrecht, von Benda, Gneist, Hammacher, Weber und Cuny, offenbar dem Vorstand der Reichstagsfraktion, gebildet wurde, Oncken II, S. 517. Die Fraktionsführer Hobrecht und Benda galten als Parteiführer, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 405; die Resolution für den Parteitag 1884 wurde von den Berliner Fraktionsvorständen vorbereitet, ebd., S. 408; das Wahlkartell 1887 wurde von der Fraktionsführung abgeschlossen.

⁵⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 417, Wahlbesprechung 1884 auf dem Gut Bendas.

⁶⁾ Parteitagprotokoll 1902, S. 82, 1905, S. 13.

⁷⁾ Kulemann berichtet aus seiner Reichstagszeit 1887—1890 zwar eingehend über die organisatorischen Verhältnisse in der Fraktion, von der Tätigkeit eines außerparlamentarischen Zentralvorstands und der Mitwirkung der Landesvertreter aber berichtet er nichts.

veränderte sie doch ihren Charakter. Aus dem Zentralwahlkomitee wurde ein Zentralkomitee oder ein Zentralvorstand¹⁾. Die Funktionen erweiterten sich und gingen nicht mehr in der nur zeitweiligen Aktivität für Wahlen auf. Die Information der Partei im Lande über Absichten und Motive der Fraktion, die Sorge um Resonanz und um einen nicht abreißenden Kontakt zu den Wahlkreisen, Abfassung von Korrespondenzen und sogenannten Rechenschaftsberichten über die Parlamentstagungen und die Politik der Fraktion, die nicht mehr der Initiative einzelner überlassen werden konnte, die jetzt erst dringlichere Notwendigkeit, die Verbindung der Abgeordneten unter sich und mit Landtagsmitgliedern zu organisieren, — das alles führte zu einer gewissen Kontinuität in der Arbeit der Parteiführung. Das Zentralkomitee gewann damit eine Position, die über die eines bloßen Fraktionsorgans hinausging. Die Fraktionsführung, aus der es sich zusammensetzte, handelte als Zentralkomitee in einer anderen Eigenschaft als der der Fraktionsführung. Die Fraktions- und die Vorstandsentscheidungen konnte man nach den Angelegenheiten, die sie betrafen, stärker voneinander unterscheiden, ein zunächst nur formaler Unterschied, der aber für die Selbständigkeit der späteren Institution Bedeutung hatte.

In dieser Richtung liegt es, daß die Fraktion 1882 beschloß, einen Geschäftsführer für die Parteiangelegenheiten anzustellen und ein ständiges Büro zu errichten²⁾. 1884 war Dr. Jerusalem Generalsekretär des „nationalliberalen Zentralvorstandes“³⁾, spätestens seit 1887 A. Patzig. Dieser unterhielt ein Büro mit einigen Hilfskräften, führte allerdings noch keinen büromäßigen Geschäftsbetrieb, die anfallenden Unterlagen wurden nicht systematisch gesammelt⁴⁾. Immerhin arbeitete er ausschließlich für die Organisation und Agitation der Partei. Er bearbeitete Propagandamaterial, er erledigte die Korrespondenz mit den Organisationen und den Führern im Lande⁵⁾, wobei er nicht nur Wahlangelegenheiten, sondern auch wichtige politische Fragen berührte, so wenn er 1889 in einem Rundschreiben an die führenden Leute darauf verwies, daß die Stellung Bismarcks erschüttert sei und man darum vor einer zu weitgehenden Unterstützung warnen müsse⁶⁾. Gelegentlich griff er auch als Redner und Organisator in einzelne Wahlkämpfe ein. In allen diesen Angelegenheiten machte er aber keine selbständige Politik, er blieb der Angestellte des Zentralvorstandes⁷⁾.

¹⁾ Vgl. Patzig auf dem Parteitag 1902, Prot., S. 82.

²⁾ Fraktionsatzung vom 23. Januar 1882, Fraktionsprotokolle; diese Protokolle geben nur Daten, Themen, Redner und etwaige Beschlüsse an, der Inhalt der Debatten fehlt.

³⁾ Kreuzztg., 29. Juli 1884.

⁴⁾ Parteiakten; nach dem Zeugnis seines Nachfolgers Breithaupt.

⁵⁾ Auskunftstätigkeit des Zentralbüros, vgl. Herzfeld, Miquel II, S. 99.

⁶⁾ Herzfeld, Miquel II, S. 101.

⁷⁾ Bei dem Wahlkampf in Bochum 1890/91, s. o. S. 86, hat er zwar gegen die Intention des Komiteevorsitzenden Baare eine Erklärung des Kandidaten zugunsten der Bergarbeiterforderungen mit veranlaßt, aber die Initiative und die Verantwortung in dem nachträglichen Konflikt lag allein bei Kulemann.

Parteitage spielten für die zentrale Organisation zunächst keine große Rolle. Sie waren nicht Institution, sondern Ausnahme, sie wurden nur bei ganz grundsätzlichen Fragen zusammenberufen. Nach zwei sogenannten Vertrauensmännerversammlungen von 1870 für das damalige Bundesgebiet, die sich mit der Organisation und der Aufstellung eines Programms befaßten¹⁾, kam es erst 1881 wieder zu einem von der Reichstagsfraktion berufenen Parteitag. Forckenbeck hatte schon 1878, Rickert 1880 erwogen, einen Parteitag zu berufen, um die Sezession zu vermeiden und die Partei nach links zu ziehen²⁾, diese Pläne hatte man aber dann fallengelassen. Jetzt nach der Sezession schien es notwendig, zum erstenmal mit einem Programm der Partei einen gemeinsamen festen Boden zu sichern und möglichst viele Anhänger durch klug gewählte Formulierungen bei ihr zu halten; es handelte sich um eine fast ausschließlich parlamentarische Veranstaltung, von 197 „Delegierten“ waren 185 Abgeordnete des Reichstags und der Landtage, die übrigen offenbar ehemalige Abgeordnete³⁾. Nach der Verkündung des Heidelberger Programms fand erneut ein Parteitag statt, um eine für die Gesamtpartei verbindliche Stellungnahme abzugeben. Dieser war nun zum erstenmal von Vertretern der Organisationen im Lande, etwa 550 Personen, besucht; ein wirkliches Delegationsverfahren wird es nicht gegeben haben, wahrscheinlich wurden durch die Abgeordneten Einladungen verteilt, daneben gab es offenbar die Möglichkeit der Anmeldung⁴⁾. Der Parteitag war aber durchaus parlamentarisch bestimmt. Geleitet wurde er durch die Fraktionsvorsitzenden Hobrecht und Benda, Reden und Rednerfolge waren weitgehend abgesprochen, politisch spielten natürlich Miquel und Bennigsen eine besondere Rolle. Die eigentliche Frage, die Stellung zum Heidelberger Programm, war durch eine von Hobrecht entworfene und in einer fraktionellen Kommission vereinbarte Kompromißformel gelöst, die der Reserviertheit der norddeutschen Parlamentarier entsprang, aber dem neuen Ansatz Rechnung trug, dem Miquelschen Flügel Raum in der Partei zubilligte. Die versöhnliche und den Gegensatz verschleiende Formel mußte allgemein Anklang finden, eine Entscheidung war also eigentlich nicht mehr zu treffen⁵⁾. Immerhin hatte die Zustimmung des Parteitags zu der vorgelegten Erklärung durchaus Bedeutung. Er verkörperte die selbstverständliche Autorität einer verfassunggebenden Versammlung, die, wenn sie auch nur

¹⁾ 5./6. Februar, 30. April/1. Mai 1870, Wittig, S. 18; Patzig, S. 80; man überließ es den Bezirken, bei Bedarf eigene Programme aufzustellen; über die Organisation s. o. S. 120; an der ersten Versammlung nahmen 130 Personen teil.

²⁾ Philippson, S. 300 f., 335; NL Forckenbeck, Brief Lipke, 13. Juli 1880.

³⁾ Ihre Erklärung begann mit den Worten: „Die am 29. Mai in Berlin versammelten, der nationalliberalen Partei angehörenden Mitglieder des Reichstags und der Volksvertretungen deutscher Einzelstaaten haben beschlossen . . .“, Kulemann, Zusammenschluß der Liberalen, S. 78; Wittig, S. 45; Patzig, S. 140; Oncken II, S. 467.

⁴⁾ So läßt es sich aus den Verhältnissen der 90er Jahre erschließen. Über die Delegiertenzahl: Schultheß 1884, S. 59.

⁵⁾ Herzfeld, Miquel II, S. 21 f.; Heyderhoff-Wentzcke II, S. 414.

die Beschlüsse der Fraktion oder des Vorstands bestätigen konnte, ihnen doch erst eigentliche Legitimität verlieh. Zugleich wurde auf diesem Parteitag deutlich, daß Miquel jetzt — vor Bennigsen — mit seiner Initiative und Energie der eigentlich führende Mann der Partei war.

Die Niederlage der Partei 1890 und die Änderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse führte zu einer wirklichen Neuorganisation der Zentrale, bei der die bisherigen Ansätze ausgebaut und institutionalisiert wurden. Angesichts des starken Wechsels im Personalbestand der Fraktion sollte eine kontinuierliche Parteileitung sichergestellt werden. Zugleich sollte der Kontakt der Fraktion mit der Partei im Lande verbessert werden, und auch die nicht durch Abgeordnete vertretenen Landesteile sollten bei der Zentrale repräsentiert sein. Das Streben der Fraktion nach Rückhalt im Lande kam dabei der Tendenz der Landesführer entgegen, die über die Parteiangelegenheiten mitberaten und mitentscheiden wollten. Aus Besprechungen der Berliner Fraktionen ging 1891/92 in diesem Sinne das erste Parteistatut hervor. Es wurde eine von der Fraktion formal unabhängige Parteileitung geschaffen und die Vertretung des Landes bei der Zentrale in der Form institutionalisiert, daß Delegierte der Landes- und Provinzialleitungen eben diese Parteileitung, den sogenannten Zentralvorstand der Partei, bildeten; die Vertreter der Fraktionen gehörten natürlich ebenfalls zu diesem Gremium. Es bestand also eine Art innerparteilicher Bundesrat, der in sich zentrale Führung und Repräsentation des Landes vereinigte.

In dieser Neuorganisation kamen zwei Entwicklungslinien zusammen und fanden ihren Abschluß — die Umbildung des Zentralwahlkomitees zum Zentralvorstand, die mit einer Ausgliederung dieses Organs aus der Fraktion verbunden war, und die mit der Festigung von Provinzial- und Landesverbänden aufkommende Tendenz der Landesführer, in zentralen Angelegenheiten mitzubestimmen, der Fraktion, sie zur Beratung heranzuziehen. Indem eine nicht fraktionelle Spitze der Organisation, durch die die Entstehung der Partei im Lande abgeschlossen wird, sich ausbildete, wurde sie zugleich auf die föderalistischen Kräfte der Partei gegründet. Neben dem auf diese Weise gebildeten Zentralvorstand sollten Parteitage die Verbindung mit breiten Schichten der Partei aufrechterhalten, sie wurden nunmehr institutionell fixiert.

Nach der Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine gab sich die Partei, vor allem auf Grund jungliberaler Initiative, 1905 ein neues Organisationsstatut¹⁾. Darin wurden zunächst die Institutionen der Partei, ihre Zusammensetzung, ihre Rechte, ihre Verfahrensweisen und ihre Funktionen in viel stärkerem Maße als bisher fixiert. Das Statut von 1892 hatte sich, auch in Rück-

¹⁾ Der Vorstand hatte auf dem Parteitag 1902 seine Pläne angekündigt, dann hatte man eine Kommission unter Beteiligung der interessierten Kreise gebildet, die den Entwurf eines neuen Statuts ausarbeitete, dieser Entwurf ging den lokalen Organisationen zu, die jedoch, ohne Interesse an Organisationsfragen, nur zum geringen Teil sich dazu äußerten, der Zentralvorstand billigte ihn, und mit nur wenigen Änderungen setzte ihn der Parteitag in Kraft, Parteitagsprot. 1905, I, pass. Das Statut war von dem Jungliberalen Poensgen entworfen, Köhler, S. 23.

sicht auf das Vereinsgesetz, auf relativ allgemeine Bestimmungen beschränkt, die vieles offenließen; dem sollte jetzt ein Ende gemacht werden, zumal die Probleme der großen und intensiver gewordenen Organisation nicht mehr wesentlich durch die Beziehungen zwischen Personen gelöst werden konnten. Der zweite Hauptzug der Neuorganisation war, den Intentionen der Jungliberalen entsprechend, eine gewisse Demokratisierung der Partei, eine stärkere Betonung des Aufbaus von unten nach oben, indem vor allem die Wahlen zu den Parteieninstanzen geregelt und die bis dahin vorhandenen Möglichkeiten, sie von oben zu organisieren, abgeschafft wurden. Die Jungliberalen erreichten dabei, wie die Erörterung über die einzelnen Institutionen zeigen wird, ihre Ziele nur sehr teilweise, die Macht- und Führungsverhältnisse wurden nicht entscheidend verändert. Drittens endlich wurde der Parteiaufbau insofern umgebildet, als den Jungliberalen eine eigene Stellung in der Partei zugebilligt wurde. Sie gehörten neben den in den Landesverbänden zusammengeschlossenen allgemeinen Lokalorganisationen als eigener Körper zur Partei, und zwar so, daß sie im wesentlichen erst zentral über ihren Reichsverband der Partei eingegliedert waren¹⁾. Dessen Stellung war der der Landesverbände parallel, wie diese hatte er eine eigene Vertretung im Zentralvorstand, wie die Wahlkreisorganisationen eine Vertretung auf dem Parteitag²⁾.

Die föderalistische und lockere Struktur der Partei blieb im wesentlichen erhalten. Es hatte eine vornehmlich jungliberale Minorität gegeben, die eine strafere Struktur begünstigte, mit der Demokratisierung die Zentralisierung, die für ihr Denken eng mit jener verflochten war, ja z. T. ihren Sinn ausmachte, durchsetzen und den Mittelinstanzen nicht fast vollständig die Ordnung ihrer Angelegenheiten überlassen wollte. Aber die Parteizentrale befürwortete die selbständige und starke Stellung der mittleren Instanzen, sie wollte nicht schematisieren, wollte die Entwicklung auch der lokalen Organisation dem Ermessen der Beteiligten überlassen³⁾. In dieser Haltung spiegelt sich die notwendige Rücksicht darauf, daß Stärke der Organisation und Bedeutung für die Partei durchaus differierten, die schwachorganisierten ländlichen Wahlkreise waren die wichtigsten, und daß es daher keine einheitliche Norm geben konnte. Außerdem besaßen die unteren und mittleren Organisationen ihre unabhängige Stellung schon, diese war mit Paragraphen eines Statuts nicht aus der Welt zu schaffen, so daß die Zentrale kaum anders konnte, als die bestehenden Verhältnisse anzuerkennen. Diese waren so erwachsen, weil man beim Mangel zentraler organi-

¹⁾ Ein von den Vertretern des Reichsverbandes angestrebtes Monopol, das allein den ihm angeschlossenen Vereinen die Zugehörigkeit zur Partei gewährt hätte, war allerdings abgelehnt worden, weil die Rechte — dem Reichsverband abgeneigt — seine Stellung als Parteiflügel nicht noch weiter verstärken wollte.

²⁾ Über die Parteistatuten 1892 und 1905: Manuskript Poensgen; Parteitagsprot. 1902, S. 80 ff.; 1905, I, passim (dort auch Abdruck der Statuten).

³⁾ Protokoll 1902, S. 83 ff.

satorischer Initiativen auf jeden lokalen Organisationsversuch angewiesen war und ihn anerkennen mußte. Da es zudem der Zentrale auf die Funktionsfähigkeit der Organisationen im Wahlkampf ankam und nicht auf die innerparteiliche Meinungsbildung, war sie an einer Normierung der Organisationsverhältnisse nicht interessiert. Endlich zeigte sich in dieser Haltung überhaupt die ältere liberale Einstellung zum Organisationsproblem, die nur anregen wollte, die nicht mit „Unteroffizieren“, sondern mit selbständig vorgehenden Offizieren rechnete, die nur das Notwendigste an Zusammenarbeit befürwortete, aber sich im Grunde vor Apparat und Bürokratie, vor der notwendig einheitlichen Massenorganisation noch scheute.

Zu einer letzten Änderung der Organisationsverfassung kam es 1912 im Zusammenhange mit einer krisenhaften Auseinandersetzung, vor allem über die Sonderstellung der Jungliberalen. Der rechte Parteiflügel war über deren jetzt fast ausschließlich nach links orientierte Politik in wachsendem Maße erbittert, weil diese Politik in der Partei maßgebend zu werden schien. Die Führungsgremien der Partei nun konnten in politischen Fragen keine verbindlichen Entscheidungen fällen oder vorbereiten, hatten diese Möglichkeit aber bei Organisationsfragen, zumal wenn diese zentral im Statut geregelt waren oder mit solcher Regelung zusammenhingen. Darum wurde in ihnen die politische Auseinandersetzung mit den Jungliberalen, an ihren krisenhaften Höhepunkten jedenfalls, als ein Streit um Organisationsprobleme geführt, und umgekehrt wurde die organisatorische Frage nur wichtig, weil es um Machtverhältnisse ging. Zudem war ein Konflikt gerade über die organisatorische Stellung der Jungliberalen deshalb möglich, weil sie im einheitlichen Bau der Partei nicht selbstverständlich war und nicht unbedingt aufrechterhalten werden mußte. Schon im Herbst 1907 hatte in diesem Zusammenhang eine ernste Parteikrise gedroht. Der Reichsverband wollte sich damals mit den badischen und bayerischen jungliberalen Organisationen zusammenschließen, obwohl sie keine Altersgrenze kannten und sich in scharfem Gegensatz zu den dortigen Landesverbänden der Partei befanden. Die Rechte sah darin eine weitere Radikalisierung und Verselbständigung des Reichsverbandes und verlangte Verzicht auf den Zusammenschluß oder Trennung von der Partei. Der geschäftsführende Ausschuß erhob unter Führung Friedbergs — gegen eine Stimme — Einspruch gegen diese Absicht, und als die Jungliberalen sie trotzdem durchführten, forderte die Rechte, der Generalsekretär Breithaupt und der Ausschußvorsitzende Friedberg, der mit seinem Rücktritt drohte, den Beschluß rückgängig zu machen. Es gelang dem Parteivorsitzenden Bassermann aber, auf der dem Parteitag vorausgehenden Sitzung des Zentralvorstandes, den Streit noch einmal zu schlichten, zumal die Jungliberalen jetzt im Zeichen des Blocks die allgemeine politische Linie der Partei gerade unterstützten. Der Vorstand billigte den Zusammenschluß unter der Bedingung, daß zu Delegationen nur Mitglieder unter 40 Jahren herangezogen werden durften. Schließlich löste sich aber das ganze Problem auf, weil

die bayerischen und badischen Jungliberalen den Zusammenschluß ablehnten¹⁾). War so eine Organisationskrise, zumal vor der Öffentlichkeit, noch vermieden worden, so dauerte doch die politische Spannung zwischen den Flügeln an und verschärfte sich nach dem Zusammenbruch des Blockes wieder sehr. Die Erbitterung der Rechten über die Jungliberalen erreichte dann 1912 nach der Wahl des Reichstagspräsidiums, bei der der linke Flügel der Fraktion für Bebel als Präsidenten und fast die gesamte Fraktion für Scheidemann als Vizepräsidenten gestimmt hatte, ihren Höhepunkt und wurde durch die Protestkundgebungen der Organisationen im Lande bestärkt. Zu einer Aktion war der rechte Flügel jetzt am ehesten im Zentralvorstand, in dem er eine starke Stellung hatte, in der Lage. Hier ging er zum Angriff über und beantragte in der ersten Sitzung nach der Reichstagswahl im März 1912 Ausschluß oder Auflösung des jungliberalen Reichsverbandes in der Form, daß Vereine nur dann der Partei angehören könnten, wenn sie den Landesverbänden angeschlossen seien und keinen besonderen Gesamtverband bildeten. Dieser vor allem von den Vertretern Schleswig-Holsteins und Westfalens vorgebrachte Antrag wurde mit 63:43 Stimmen angenommen, indem beschlossen wurde, dem Parteitag eine entsprechende Statutenänderung vorzuschlagen.

Über diesen Beschluß erhob sich nun eine heftige Diskussion in der Partei, die sich zu krisenhafter Schärfe steigerte. Die Jungliberalen wollten keinesfalls sich aus der Partei drängen lassen oder ihre eigene Spitze aufgeben. Auch die Reichstagsfraktion griff in den Streit ein, weil sie durch das Vorgehen des rechten Flügels angegriffen worden war²⁾ und sie im Interesse einer liberalen Politik oder der Einheit der Partei das Vorgehen des Zentralvorstands nicht gutheißen konnte. Sie beantragte, um zugleich die Stellung der Parlamentarier gegenüber der Organisation zu stärken, statt nur durch ihren Vorstand künftig insgesamt im Zentralvorstand vertreten zu sein. Daraufhin beantragte die preußische Landtagsfraktion in diesem Falle für sich dasselbe Recht, um ein Gleichgewicht, wenn nicht ein Übergewicht zugunsten des in dieser Fraktion vorherrschenden rechten Flügels herzustellen. Da die Mehrheit der Parteiführung keinesfalls eine offene Parteikrise riskieren wollte, bildete man auf Antrag einiger Landesverbände eine Verständigungskommission, die eine Kompromißlösung fand; diese wurde vom Zentralvorstand und später auch vom Parteitag einstimmig angenommen.

Die Vertretung der Fraktionen im Vorstand wurde nicht erweitert; die Jugendvereine wurden in die Landesverbände eingegliedert, der Reichsverband wurde zwar nicht aufgelöst, verlor aber seine Rechte auf Delegation zu den zentralen Parteibehörden und seinen statutenmäßig festgelegten Charakter als Bestandteil

¹⁾ Eschenburg, S. 81 ff.

²⁾ s. auch u. S. 135.

der Partei; er bestand nur noch als private Vereinigung fort¹⁾. Die Rechte versprach sich davon eine bessere Eingliederung der Jugendvereine in die Gesamtpartei und eine geringere Belastung derselben durch die Sonderpolitik des Reichsverbandes, um die sie sich jetzt offiziell nicht mehr zu kümmern brauchte. Von den Jungliberalen wurde zwar diese Veränderung als eine gewisse Niederlage empfunden; aber praktisch änderte sich nicht viel, zumal die Jungliberalen in der Reichstagsfraktion eine starke Stellung hatten und die Parteiführung ihnen wohlwollend gegenüberstand. Die Absicht dieser Führung und des Parteizentrums, den Streit der Flügel zu entschärfen, wurde keineswegs erreicht; vielmehr schloß sich der rechte Flügel, verärgert darüber, daß die Auflösung des jungliberalen Reichsverbandes nicht geglückt war, zu einem „Altliberalen Reichsverband“ zusammen, der zwar keinen eigenen Vereinsunterbau hatte und formal eine ebenso nur persönliche Verbindung blieb wie der jungliberale, aber mit einem geschäftsführenden Ausschuß, einer Korrespondenz und mit Resolutionen energisch seine politische Linie in der Gesamtpartei propagierte. Der Streit der Flügel ging von eigenen organisatorischen Zentren aus weiter, obschon diese Zentren außerhalb der Parteiorganisation gestellt waren.

2. Einzelne Institutionen

a) Der Zentralvorstand

Der Zentralvorstand war formal das Führungsgremium der Partei. Er bestand aus den Vertretern der Landschaften und den Vorständen der Berliner Fraktionen, die letzteren stellten 1897 z. B. 18 von 65 Mitgliedern. In den 90er Jahren waren die süddeutschen Vertreter z. T. Landtagsabgeordnete, auch aus den Provinzen konnten Abgeordnete gewählt werden, so daß die Parlamentarier eine ansehnliche Gruppe bildeten. Ein überwiegend parlamentarisches Gremium aber war der Vorstand nicht; als 1905 die Zahl der Landesvertreter erhöht wurde, ging der Anteil der Abgeordneten noch beträchtlich zurück. Die landschaftlichen Vertreter wurden zunächst nominell durch die Fraktionsvorstände zugewählt, da eine Verbindung der provinzialen mit zentralen Organen gesetzlich unstatthaft war, praktisch geschah das aber nur im Einvernehmen mit den landschaftlichen Führungsorganen, die die Kandidaten präsentierten²⁾. Das Statut von 1905 konnte dann bestimmen, daß die landschaftlichen Verbände selbst, und zwar durch ihre Gesamtleitungen, ihre großen Vorstände, die Vertreter im Zentralvorstand wählten. Zugleich wurde eine proportionale Vertretung eingeführt, und zwar so, daß den Verbänden für je 20 000 nationalliberale Stimmen bei den

¹⁾ Dazu: Parteien, S. 183 ff., mit zahlreichen Pressestimmen; weiter Parteitageprot. 1912, S. 3 ff., dort auch die Neufassung des Statuts; eine Polemik zwischen dem damals altliberalen Leidig und dem jungliberalen Poensgen in: Täg. Rundsch., 12. und 13. April 1912.

²⁾ Protokoll des Parteitage 1905, S. 96.

letzten Reichstagswahlen ein Vertreter zustand, aber jeder wenigstens einen entsenden konnte. Weiterhin erhielt der Reichsverband der nationalliberalen Jugendvereine das Recht, je einen Vertreter für 3000 Mitglieder in den Vorstand zu entsenden, das waren damals praktisch vier Vertreter. Nachdem er 1912 seine offizielle Stellung verloren hatte, sollten die Jungliberalen nur durch die landwirtschaftlichen Verbände, entsprechend ihrer Mitgliederzahl, im Zentralvorstand repräsentiert werden; faktisch war das Ermessen der Landesleitungen ausschlaggebend, und wegen der Vermehrung der Vorstandssitze¹⁾ und der relativ stärkeren Erhöhung der Parteimitgliedschaft wurde die Stellung der Jungliberalen geschwächt. — Ein Antrag, der parteinahen Presse eine Vertretung im Vorstand einzuräumen, war 1905 abgelehnt worden.

Der Vorstand hatte ein Recht auf Kooptation. Er sollte außerpreußische Landtagsmitglieder zusätzlich heranziehen können, und vor allem Vertreter aus Bezirken, die keine nationalliberale Bezirksorganisation hatten²⁾ oder wegen ihrer besonderen Lage bei dem auf Wählerstimmen basierenden System zu schwach vertreten geblieben wären, so aus Berlin, Frankfurt a. M., Brandenburg und Schlesien. Für die Zahl dieser nichtparlamentarischen Kooptierten war als sehr hohes Maximum die Hälfte der übrigen Mitglieder festgesetzt³⁾. Die Parteileitung versicherte, daß mit den Kooptationen die Mitte des Zentralvorstandes keinesfalls verschoben werden solle und zudem die Vertreter der Verbände als Mehrheit die Zuwahl in der Hand hätten. Der politische Sinn dieser Bestimmung war das sicher nicht. Allerdings konnte natürlich in zweiter Linie diese Kooptation doch politisches Gewicht haben, die Überlegenheit der Landesvertreter war, da dieselben keine Einheit bildeten, ohne Bedeutung, die Mehrheit konnte ihre Position verstärken, die eigentlichen Parteiführer, die allein die Übersicht hatten und mit ihren Vorschlägen die Kooptationen bestimmten, konnten ihnen genehme Personen bevorzugen und damit die Flügelbildung in gewissem Sinne manipulieren. Da aber die Frontstellungen nicht zwischen Parlamentariern und Landesvertretern verliefen, waren solchen Manipulationen doch starke Schranken gesetzt. Immerhin hielt die Parteiführung gegenüber Änderungsvorschlägen an ihrer hochgelegenen Grenze für die Kooptation fest.

Ein Kernstück der jungliberalen Organisationsidee, die Wahl des Vorstandes durch den Parteitag, konnte nicht verwirklicht werden. Die Jungliberalen wollten damit eine konsequente innerparteiliche Demokratie realisieren, die Parteiregierung nach Art des Bundesrates durch eine von den Abgeordneten des Parteivolkes gewählte, sozusagen parlamentarische Regierung ersetzen. Die Vertreter der Landesleitungen sollten auf eine beratende Rolle beschränkt werden, die

¹⁾ Statt 20 000 wurden 15 000 Stimmen der Delegation zugrunde gelegt.

²⁾ So die gemischtsprachigen Teile von Westpreußen, Posen, Elsaß-Lothringen, Pommern, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Waldeck und die Hansestädte.

³⁾ Der Vorstand wollte 1905, ehe jedem Verband eo ipso ein Vertreter unabhängig von den Wählerzahlen zugebilligt war, bei 50 Landesvertretern 11 Landtagsabgeordnete und statt des Maximums von 44 etwa 23 andere kooptieren. Prot. 1905, I.

föderalistische Struktur schien das einheitliche Vorgehen der Partei und damit ihre Position vor den Wählern zu gefährden, darum sollte eine zentralistische an ihre Stelle treten. Von einem demokratischen Zentralismus versprach man sich erhöhte Schlagkraft der Partei, weil die Entscheidungen der gewählten Führung von allen mitgetragen und jedenfalls ausgeführt sein sollten; Demokratisierung und Aktivierung hingen auch hier zusammen. Aber diese Absicht scheiterte, ehe sie überhaupt dringlich vorgebracht wurde, an der gewordenen Machtposition der Landesführungen, an den föderalistischen Neigungen der Parlamentarier und Delegierten und wohl auch daran, daß die Parteiführung lieber mit der Oligarchie der Landesleitungen arbeitete als mit den Vertretern des Parteivolks, denen sie sich dann hätte zur Wahl stellen müssen. Die Jungliberalen selbst zogen diesen Plan schon vor der Diskussion über das Statut zurück¹⁾.

Die Zahl der Mitglieder des Vorstands war schon durch die Ordnung von 1905 gewachsen und wurde 1912 noch weiter vermehrt. Während es 1897 65 Mitglieder gab, waren es 1912, vor der Statutenänderung, mindestens 106, 1916 mindestens 135 und 1917 217²⁾. 1916/17 wurde das System der Kooptation stark erweitert, weil sich die innerparteiliche Meinungsbildung ohne Parteitage — mit einer Ausnahme 1918 — und bei zensurierter Presse nicht wie bisher vollziehen konnte und die Parteileitung die Verbindung mit dem Lande befestigen wollte. Bei den Kooptationen wurde praktisch so verfahren, daß der geschäftsführende Ausschuß, normalerweise im Einvernehmen mit den jeweiligen Organisationen, die Vorschläge machte, und er erwartete, daß der Vorstand sie annehme. Ob der Ausschuß dabei, wie die Opposition 1916 unterstellte, eine bestimmte politische Richtung verfolgte oder ob es sich nur um eine autoritäre Führungspraxis handelte, die z. B. eine en-bloc-Annahme einer ganzen Kooptationsliste verlangte, ist nicht zu entscheiden; für das letztere spricht, daß Opposition sowohl von rechts wie von links geäußert wurde. Im Einzelfall setzte der Ausschuß sich durch, aber im großen und ganzen war eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Vorstands bei der Wachsamkeit des rechten und linken Flügels nicht möglich³⁾.

Da die Zusammensetzung des Vorstands von den Reichstagswahlen abhing, konstituierte er sich jeweils neu nach diesen Wahlen; über die Häufigkeit seiner Tagungen war nichts festgesetzt, ihre Einberufung stand normalerweise im Ermessen seiner Vorsitzenden, die auch die Tagesordnung festsetzten. Praktisch hat er ein- bis zweimal jährlich getagt, wobei immer nur ein Teil der Mitglieder zugegen war⁴⁾.

¹⁾ Manuskript Poensgen und Parteitageprotokoll 1902.

²⁾ 1897: Nat. lib. Handbuch, S. 496; 1912: der Beschluß über die Jungliberalen wurde von 106 Mitgliedern gefaßt, s.o. S.129; 1916 und 1917: Vorstandsprot.; die Zahl für 1916 entspricht noch etwa dem Statut von 1912.

³⁾ Vorstandsprot. vom 21. Mai 1916 und 23. September 1917.

⁴⁾ Nach Paasche war oft nur ein Drittel der Mitglieder anwesend, er gibt die Mitgliederzahl 1905, abweichend von Patzig, ziemlich hoch und m. E. ungenau mit ca. 150 an; Parteitageprot. 1905, I, S. 88.

Zum Aufgabenbereich des Vorstands gehörte formal die „Organisation und Agitation der Partei im Lande“, die „Verbreitung der Parteigrundsätze“ und die Vorbereitung der Wahlen¹⁾; dazu kam die Einberufung von Parteitag und das Festsetzen ihrer Tagesordnung und bis 1905 der Erlaß von parteioffiziellen Kundgebungen. Der Vorstand wählte seine drei Vorsitzenden, von denen der erste im allgemeinen als Parteivorsitzender galt. Vor allem aber hatte er den geschäftsführenden Ausschuß zu wählen, der aus den drei Vorsitzenden des Zentralvorstands und seit 1905 aus mindestens sechs Vorstandsmitgliedern bestand. Dieser Ausschuß war das permanente eigentliche Führungsorgan der Partei im Lande; im Statut tritt er allerdings ganz hinter dem Zentralvorstand zurück.

Fragen wir nun nach der tatsächlichen Funktion und Bedeutung des Zentralvorstands. Auf die Organisation und Agitation der Partei im Lande hatte er fast keinen Einfluß. Theoretisch hatte er zwar seit 1905 über den Anschluß oder Ausschluß eines Vereins zu entscheiden, aber er war dabei an die landschaftlichen Verbände gebunden. Praktisch ist es zu Ausschlußverfahren kaum gekommen, es gab nur — als eine Art Vorform der Ausschlußverfahren straff organisierter Parteien — Erklärungen über das Verhältnis prominenter Leute zur Partei²⁾. Der Verkehr zwischen Zentrale und Wahlkreis sollte im allgemeinen nur über einen landschaftlichen Verband gehen, eine direkte Einwirkung der Zentrale über den Kopf einer Landesleitung hinweg ist offenbar nicht vorgekommen. Vor allem hatte für die Beziehungen der Zentrale zum Land nur der kontinuierliche geschäftsführende Ausschuß Bedeutung, das Aufsichts- und Weisungsrecht des Zentralvorstands war hier rein formal. Die Entgegennahme des Geschäftsberichts des Ausschusses durch den Vorstand war eine Formalität, sie diente in der Hauptsache der Information der oberen Parteiführer über die Organisationsangelegenheiten der Partei, allenfalls konnten sie neue Vorschläge mitberaten.

Faktische Bedeutung unter den Funktionen des Zentralvorstands hatte darum normalerweise einmal die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses und des Parteivorsitzenden, zum anderen die Vorbereitung der Parteitage, endlich und vor allem der Meinungsaustausch der Organisationsführer mit den Parlamentariern, bei dem sie einen gewissen Einfluß zu üben, die Abgeordneten Unterstützung zu gewinnen hofften, und bei dem es dann gelegentlich auch zu Erklärungen und Beschlüssen kam.

Bei der Wahl des Vorsitzenden und des geschäftsführenden Ausschusses war der Vorstand selbstverständlich von Rücksichten auf die Parlamentarier geleitet. Schon technisch brauchte man Leute, die erstens möglichst häufig, wenn nicht ständig, in Berlin anwesend sein konnten und zweitens freigestellt genug

¹⁾ § 1 im Statut von 1892, § 12 in den Statuten von 1905 und 1912.

²⁾ Vgl. u. S. 151.

waren, um sich der Geschäftsführung widmen zu können, das hieß normalerweise Abgeordnete. Aber auch politisch konnte man als Parteiführer nur maßgebende Parlamentarier herausstellen. Die Partei, und zumal die im Vorstand vertretene ältere Führungsgeneration, war ganz und gar auf die parlamentarische Politik als die Aufgabe der Partei eingestellt, die Fraktion hatte für sie noch eine natürliche Autorität. Zwar war die Zentralorganisation auch aus dem Bestreben der führenden Honoratioren nach Mitbestimmung hervorgegangen, aber das Bewußtsein, an der Spitze eines eigenen und großen Apparates zu stehen, fehlte ihr weitgehend, die Stellung der Abgeordneten war schon prinzipiell stark und unabhängig. Nicht die numerische Stärke, sondern das Ansehen der Parlamentarier im Zentralvorstand führte dazu, daß der geschäftsführende Ausschuß sich normalerweise im wesentlichen aus Abgeordneten zusammensetzte. So hatten die Vorsitzenden der Berliner Fraktionen ein fast natürliches Anrecht auf einen Platz im Ausschuß und auf ein Vorsitzendenamt, darum war für die Parteiführer die Wahl zum Fraktionsvorsitzenden das politisch Entscheidende. Immerhin bestand in Ausnahmefällen wenigstens die Möglichkeit, auch die Parteiführer im Vorstand zu stürzen. Bei der Wahl der übrigen Ausschußmitglieder war der Vorstand schon normalerweise und faktisch relativ frei, er konnte insbesondere die eine oder die andere Richtung in der Führung stärken, und gerade damit hatte seine Entscheidung politisches Gewicht. Natürlich mußte der Ausschuß nicht nur aus parlamentarischen Mitgliedern bestehen, er hatte, auch wenn man von ehemaligen Abgeordneten absieht, fast immer das ein oder andere nichtparlamentarische Mitglied, schon um einem gewissen Selbstbewußtsein der Organisationsführer Ausdruck zu geben, aber die Abgeordneten überwogen doch durchaus.

Seit 1892 wohl war Hobrecht, der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Vorsitzender des Zentralvorstands; Bennigsen, Vorsitzender der Reichstagsfraktion und der eigentliche Führer, reflektierte offenbar wegen seines Alters nicht mehr auf dieses Amt; als Hobrechts Stellvertreter fungierte bis 1898 ein Nichtparlamentarier, Simon, Berlin¹⁾. Der Ausschuß war zunächst relativ klein, Anfang 1903 bestand er aus Hammacher, Hobrecht, Büsing, Bassermann, Paasche und Sattler; von diesen führte Hobrecht, noch immer Fraktionsvorsitzender im Landtag, den Vorsitz, Hammacher, jetzt der einzige Nichtabgeordnete, hatte über 30 Jahre im Reichstag und zuletzt im Fraktionsvorstand gesessen und war dann 1898 Vorsitzender des Zentralvorstands geworden; Bassermann, Vorsitzender der Reichstagsfraktion seit 1899, hatte als junger Führer noch kein Vorsitzendenamt in der Organisation; die übrigen waren Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion. 1905 wurde die Mitgliederzahl auf mindestens neun erhöht. Seit dem Tode Hammachers 1904 schon war Bassermann Vorsitzender des Vorstandes, seine Stellvertreter waren Friedberg, in-

¹⁾ Parteitagprot. 1896, S. 3; von Nichtparlamentariern gehörte zu diesem Zeitpunkt ausnahmsweise noch Franken und der Generalsekretär Patzig zu den Mitgliedern des Ausschusses.

zwischen Führer der preußischen Landtagsfraktion, und Geiger, Führer der bayerischen Liberalen. Es entstand eine Tradition, als 3. Vorsitzenden einen außerpreußischen Parteiführer zu wählen; Nachfolger von Geiger wurde Vogel, zuletzt Fraktionsvorsitzender in der 1. sächsischen Kammer. Als Vorsitzender des Ausschusses fungierte Friedberg¹⁾; weil dieser sehr weit rechts stand, war dadurch der Einfluß des etwas liberaleren Parteiführers Bassermann im Führungsgremium bis zu einem gewissen Grade ausbalanciert. Ein Versuch des jungliberalen Reichsverbandes, einen ständigen Sitz im Ausschuß zu bekommen, scheiterte am Widerstand des rechten Flügels²⁾.

Ein gutes Beispiel für die politischen Möglichkeiten des Vorstands bei der Bestellung des Ausschusses bietet die Wahl von 1912. Bei der Wahl des Vorsitzenden wurde zwar Bassermann wiedergewählt, aber der enragierte rechte Flügel bekundete mit 30 Enthaltungen seinen Protest³⁾. Bei der Wahl der Ausschußmitglieder gelang es der Rechten, die nach planmäßiger Vorbereitung — bei geheimer Zettelwahl — mit vorgedruckter Liste operierte, Stresemann und den Führer des jungliberalen Reichsverbands, Fischer, der, obwohl nicht Abgeordneter, Mitglied des Ausschusses gewesen war, aus diesem herauszuwählen⁴⁾. Der neue Ausschuß hatte 15 Mitglieder, von denen bis auf den Generalsekretär und einen ehemaligen Reichstagsabgeordneten alle Berliner Abgeordnete waren⁵⁾. Fischer ist einige Zeit danach auf Grund des Kompromisses, das den Streit um die Jungliberalen beendete, zusammen mit einem Vertreter des rechten Flügels wieder in den Ausschuß gewählt worden; Stresemann kam Anfang des Krieges nach seiner Wiederwahl in Reichstag und Fraktionsvorstand wieder in den Ausschuß und stieg als Führer der Fraktion und auf Grund seines rechten Kurses in der Kriegszielpolitik zum zweiten Vorsitzenden des Vorstands auf. 1917 hatte der Ausschuß 17 Mitglieder, darunter nur einen Nichtparlamentarier, eben Fischer, und drei ehemalige Abgeordnete. Nach dem Tode Bassermanns wurde im Sinne zunächst des rechten Flügels Friedberg 1917 zum neuen Parteivorsitzenden gewählt, diese Wahl kam auf Veranlassung des Vorsitzenden

¹⁾ Freis. Ztg., 11. Februar 1903; Dt. Tgztg., 11. Dezember 1906; Vorstandsprot.

²⁾ Eschenburg, S. 126.

³⁾ Schon 1910 hatte eine Reihe von Landesverbänden den Sturz Bassermanns als Parteiführers betrieben, Eschenburg, S. 210.

⁴⁾ Führend waren die Vertreter von Hessen, Westfalen, Schleswig-Holstein und Magdeburg, gegen die Jungliberalen wurden sie auch von den Vorsitzenden der Landtagsfraktion Friedberg und Schiffer unterstützt. Schon vorher hatte die Rechte sich bei einem Streit über die in Hessen gewählten Vorstandsmitglieder durchgesetzt. Deren Wahl wurde angefochten, weil in Hessen Vereine, deren Führer aus der Fraktion ausgeschlossen waren, anerkannt wurden, gegnerische Gründungen aber nicht. So der gut informierte Jungliberale Poensgen in Täg. Rundsch., 13. April 1912; Wormser Ztg., 29. Mai 1912. Über die Vorbereitung der Rechten auch Bassermann an Stresemann, 26. März 1912, NL Schiffer.

⁵⁾ Friedberg, Bassermann, Blankenhorn, Bartling, Beck, Haarmann, Hausmann, von Krause, Paasche, Röchling, von Schwabach, Schiffer, Prinz Schönaich-Carolath, Sieg und der Generalsekretär, Vorstandsprot. vom 6. Februar 1913.

der Tagung des Zentralvorstandes, Vogel, durch Zuruf und Akklamation zustande.

Zu den wirklichen Funktionen des Vorstands gehörte weiter die Vorbereitung der Parteitage. Jeweils am Vortag tagte er, um über die vom Ausschuß ausgearbeiteten Resolutionen zu beschließen, die in seinem Namen dem Parteitag unterbreitet wurden. Sie sollten nach außen den Standort und die Richtschnur der Partei darstellen, sie konnten Kritik oder Akzentverlagerung enthalten, sie konnten die Partei vor den Wählern und vor den Gegnern auf eine bestimmte Politik festlegen oder gerade nicht festlegen, darum wurde um diese Formeln von den verschiedenen Gruppen erbittert gerungen. Bei der Unabhängigkeit der Fraktion wie der Landes- und Lokalorganisationen hatten sie freilich nicht die Bedeutung, die die wortgläubige Partei ihnen beimaß, sie hatten nur geringe unmittelbare Wirkung, immerhin konnten sie jeweils einen Teil der Anhänger und Wähler beschwichtigen und bei der Partei halten oder einen anderen Teil hinausdrängen. Der Vorstand nun war das Organ, in dem sich der Führungskreis auf ausgleichende Formeln einigte, in denen alle Anhänger noch sich bestätigt und angesprochen fühlen konnten. Hier gab es immer sehr lange Verhandlungen, bis jeder die Möglichkeit sah, seine Auffassung in eine solche Resolution noch hineinzulegen, oder von der Notwendigkeit eines formelhaften Kompromisses überzeugt worden war. Über Einzelheiten wurde mit — gelegentlich sehr kleiner — Mehrheit entschieden, im ganzen nahm man endgültig meist den Vorschlag des geschäftsführenden Ausschusses oder einer von ihm eingesetzten Kommission wenig verändert an¹⁾. Die vorgelegten Formulierungen waren dabei jeweils sehr allgemein gehalten, weil die Parteileitung auf jeden Fall vermeiden wollte, die Einheit der Fraktion durch nicht von allen gebilligte Erklärungen zu gefährden oder ihre Unabhängigkeit durch konkrete Gebote oder Verbote zu beeinträchtigen, was ständige Parteikrisen provoziert hätte. Der Vorstand, in dem das Interesse an der Einheit die Gegensätze immer überwog, stimmte solchen weitgefaßten Sätzen letzten Endes zu, aber er legitimierte sie nicht einfach, sondern vollzog mit ihrer Hilfe selbst die innerparteiliche Einigung.

Wichtiger war die andere, informelle Funktion, die Beratung über die politische und propagandistische Linie der Partei und der Fraktionen. Man nahm zu wichtigen Ereignissen vor der Öffentlichkeit²⁾ Stellung, man sprach sich nachträglich über Entscheidungen der Abgeordneten aus, diese warben um Unterstützung für ihre Politik, die Landesvertreter gaben ihre Zustimmung³⁾ oder brachten abweichende Meinungen vor und suchten, durch den Tenor der Ver-

¹⁾ Wittig, S. 54: Kommission für eine wirtschaftspolitische Programmresolution 1894, Protokolle der Parteitage 1896, 1898, 1902; kleine Mehrheit im Vorstand, Prot. 1896, II, S. 28; die Entscheidung von 1912 über die Stellung der Jungliberalen in der Partei war durch eine vom Ausschuß berufene Kommission vorbereitet und de facto getroffen worden.

²⁾ 1900 z. B. über die Affäre der 12000 M., die das Reichsamt des Innern für Propagandazwecke von einem Industriellenverband erhalten hatte, Parteitageprot. 1902, S. 260.

³⁾ Z. B. 1906 zu einer außenpolitischen Interpellation Bassermanns, Dt. Tgztg., 12. Juni 1906.

handlungen oder durch formulierte Entschlüsse die künftige Politik zu beeinflussen. Wenn bestimmte Schritte der Fraktion Erregung in der Parteiöffentlichkeit hervorgerufen hatten, die krisenhaften Charakter annehmen konnte, dann versuchte der Vorstand, durch ausgleichende Erklärungen die Entscheidungen der Fraktion so zu interpretieren, daß die Spannungen gelöst, die Gegner zufriedengestellt wurden, man verdeckte die Gegensätze, unterlegte dem kritisierten Verhalten einen anderen Sinn und beruhigte mit Versprechungen für die Zukunft¹⁾. Oder der Vorstand nahm gegen eine Fraktionsminderheit, die sich in scharfem Gegensatz zur Gesamtpartei gesetzt hatte, Stellung und versuchte so, auf sie einzuwirken²⁾.

Weiter wurde aber auch im Vorstand über die künftige Stellung zu anstehenden noch offenen Fragen beraten. Dabei konnte einesteils wiederum ein Gegensatz zwischen Abgeordneten und Landesvertretern zutage treten, zumal dann, wenn die Fraktion sich auf ein Kompromiß geeinigt hatte und dieses nun gegenüber den zunächst weniger kompromißgeneigten Flügeln des Vorstands vertreten werden mußte. Häufiger bestand aber ein Gegensatz sowohl unter den Abgeordneten als auch unter den Organisationsführern, und jede Gruppe suchte sich dann zu stärken und ihrer Meinung größeres Gewicht zu verschaffen. Gerade bei Gegensätzen in einer Fraktion oder zwischen der Reichstags- und einer Landtagsfraktion, zumal der preußischen, konnte der Vorstand eine gewisse ausgleichende oder wenigstens koordinierende Funktion zu entwickeln suchen. Zwar wurde der gelegentliche Wunsch, der Vorstand möge um der Einheit der Partei willen gerade den Landtagsfraktionen gegenüber die Zügel straffer anziehen und förmliche Direktiven ausgeben, grundsätzlich abgelehnt³⁾, weil er der Struktur und Machtlage innerhalb der Partei nicht entsprach; aber im Einzelfall versuchte die Parteileitung doch, den Vorstand zur Integration oder zur Verstärkung des Mehrheitswillens einzusetzen, so vor allem in der preußischen Wahlrechtsfrage, über die in der Landtagsfraktion und zwischen dieser und der Reichstagsfraktion tiefgreifende Gegensätze bestanden. 1908 entschied der Vorstand mit geringer Mehrheit für die geheime Abstimmung, die dann von der Partei öffentlich und auch im Landtag verfochten wurde; die nichtpreußischen Mitglieder hatten nicht mitstimmen dürfen, aber freilich einen gewissen moralischen Druck auf die Preußen ausgeübt⁴⁾. Die Gegensätze waren damit natürlich nicht aus-

¹⁾ So als die preußische Landtagsfraktion 1904 mit den Konservativen ein Kompromiß über das Schulgesetz abgeschlossen hatte, das die Konfessionsschule als Norm anerkannte; auf die lauten Proteste hin — die Jungliberalen hatten schon einen außerordentlichen Delegiertentag einberufen — gab der Vorstand einschließlich der Landtagsmitglieder dem Kompromiß eine andere Deutung und legte die Fraktion auf diese fest, damit gelang es, die Gemüter einigermaßen zu beruhigen. Parteitagprot. 1905, II, S. 41; Kulemann, Zusammenschluß; S. 28; Zimmermann, S. 23.

²⁾ 1896 z. B. gegen die Befürworter des Antrags Kanitz; vor der (Partei)öffentlichkeit wurden sie aber geschont; Parteitagprot. 1896, pass.; 1902; S. 168.

³⁾ Parteitagprot. 1896, S. 58.

⁴⁾ Eschenburg, S. 109.

geglichen, und da man Beschlüsse nicht durchsetzen konnte und eine Majorisierung wegen der Gefahr von Sezessionen scheute, unterließ es Bassermann 1910 bewußt, den Vorstand zur Beratung der preußischen Wahlrechtsreform einzuberufen¹⁾. Erst im März 1918 ist der Vorstand in dieser Frage wieder zu einem Beschluß aufgefordert worden und hat nach langer Debatte mit 104:24 Stimmen eine Erklärung für das gleiche Wahlrecht angenommen, wobei 64 Mitglieder aus Preußen dafür und 21 dagegen stimmten. Die Landtagsfraktion blieb aber davon einigermaßen unberührt, 37 Abgeordnete stimmten für, 32 gegen das gleiche Wahlrecht²⁾.

Auch bei Fragen der Reichspolitik — der großen Linie der Partei wie des Verhaltens zu Einzelfragen — versuchte man, zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen³⁾, wobei freilich die Parteileitung, wenn sie den Vorstand nicht einfach hinter sich hatte, darauf aus war, allzu scharfe und detaillierte Beschlüsse zu verhindern, um die Fraktion, wenn sie von ihnen abwich, nicht in einen gar zu krassen Gegensatz zum Vorstand geraten zu lassen; das gelang allerdings nicht immer⁴⁾. Es kam dann natürlich auch vor, daß man sich nicht einigen konnte, daß etwa die Parteileitung einen gesuchten Rückhalt nicht fand und man auf jeden Beschluß verzichten mußte⁵⁾. Ob nun die Diskussionen zu Vertrauens- oder Mißtrauensvoten für die Fraktion oder Parteiführung oder zu förmlichen Direktiven führten oder ob entsprechende Stimmen nur zu Worte kamen, ohne daß sie als Beschluß festgelegt wurden, in jedem Fall kamen die Meinungen der Gruppen ausreichend zur Geltung; wenn sich eine beachtliche Mehrheit in Unterstützung oder Kritik der Führung zusammenfand, so faßte man das im Vorstand auch ohne Abstimmung als eine Art Direktive für die Fraktionspolitik auf, obschon die Fraktion daran keineswegs gebunden wurde und oft genug andere Wege ging.

Ein Beispiel lebhafter Auseinandersetzung bietet die Sitzung vom 23. September 1917⁶⁾; zu diesem Zeitpunkt waren die Gegensätze innerhalb der Partei in der Frage der Kriegsziele und der Verfassungsreform sehr ausgeprägt, die Beschränkungen, die ihrem öffentlichen Austrag entgegenstanden, gaben dem Vorstand besondere

¹⁾ NL Schiffer.

²⁾ Wittig, S. 80.

³⁾ 1906 beschloß der Vorstand z. B., die Partei solle weiterhin für die Beschränkung der Vieheinfuhr eintreten, Dt. Tgztg., 11. Dezember 1906; 1908 besprach er ganz generell Richtlinien für das Vorgehen bei der Finanzreform, Eschenburg, S. 138.

⁴⁾ 1915 konnten Schönaich-Carolath und andere Nicht-Annexionisten noch ein förmliches Mißtrauensvotum gegen Bethmann verhindern, im März und im Mai 1916 kam es dann doch dazu, Maenner, S. 147; Wittig, S. 72; Vorstandsprotokolle. 1916 erklärte sich der Vorstand dezidiert gegen eine weitere Vermehrung direkter Reichssteuern, eine Meinung, der die Fraktion auf die Dauer nicht folgen konnte, ebd.

⁵⁾ So im Frühjahr 1909 über die Frage der Erbschaftssteuer, Eschenburg, S. 138.

⁶⁾ Protokoll.

Bedeutung. In dieser Sitzung kam der Unwille über die Parlamentarisierung sehr unmittelbar zum Ausdruck und konnte auch von Stresemann nicht abgefangen werden. Die Reichstagsfraktion wurde heftig angegriffen, weil sie sich mit ihrem Verhalten bei der Friedensresolution, gegenüber dem interfraktionellen Ausschuß und der Osterbotschaft nicht an die vom Vorstand noch 1916 festgelegte Linie gehalten habe; dieser Linie solle sie aber folgen, so führte der 3. Vorsitzende Vogel aus. Die Opposition mit wechselndem Akzent auf Kriegsziel- oder Verfassungsfrage wurde nicht nur von Vertretern des Landes, so dem sächsischen Vorsitzenden E. Brandenburg, dem bayerischen Fraktionsführer Casselmann und dem Hessen Osann, sondern auch vom ehemaligen Abgeordneten Weber, von Mitgliedern des preußischen Landtags, Schifferer, Röchling und dem gerade gewählten Parteivorsitzenden Friedberg, sowie von dem Reichstagsabgeordneten Hirsch, dem Vertrauensmann der Großindustrie, vertreten. Von der Fraktion verteidigten List und Schönaich-Carolath deren Politik; dieser führte sehr bestimmt aus, daß der Zentralvorstand zwar Direktiven geben könne, daß er aber den Weg der Politik der Fraktion überlassen müsse, eine Ansicht, die vollkommen der Sachlage entsprach, die man aber natürlich in diesem Kreise nicht gern hörte. Unterstützt wurde er von Rießler, dem Präsidenten des Hansabundes und ehemaligen Reichstagsabgeordneten, der für das Zusammengehen mit den Mehrheitsparteien eintrat und im übrigen betonte, daß die Fraktion im einzelnen selbständig entscheiden müsse, womit gesagt war, daß sie praktisch allein die Richtung der Politik bestimmte. Die Sitzung schloß mit einer Resolution im Sinne des rechten Flügels — gegen acht Stimmen —, diese blieb aber ohne direkte Wirkung auf die Politik der Fraktion.

Eine Entscheidungsfunktion in politischen Angelegenheiten hatte der Vorstand im allgemeinen also kaum, die Politik machte allein die Fraktion — mit dem Zentralvorstand oder gegen ihn. Trotzdem aber war die Beratung des Vorstands nicht ohne Bedeutung für die Partei. Fraktion und Parteiführung konnten nicht in dauerndem Gegensatz zu ihm stehen. Die Führung wurde von ihm gewählt. Die Abgeordneten waren für die allgemeinen Wahlen, obwohl abhängig nur von den Wahlkreisorganisationen, auf die Landesleitungen angewiesen. Die Fraktion brauchte die Zustimmung der Landesführer, nicht im Einzelfall — manchmal konnte sie auch eine ganze Weile lang ohne diese ihre Politik machen —, aber auf die Dauer mußte man mit ihnen einig werden. Die Möglichkeit, zu Nachbarparteien überzugehen, war immer gegeben, stärker war noch die Gefahr, daß Landesverbände eine Wahlpolitik mit eigenen Koalitionsvereinbarungen trieben, was auf die Dauer die Einheit der Partei gefährdete. Positiv konnte der Vorstand der Führung das geben, was sie notwendig brauchte, Resonanz und Repräsentanz. Darauf basierte sein Einfluß auf die Führung, die seiner nie ganz sicher sein konnte, die seine Meinung, auch wenn sie formal nicht entscheidend war, mitberücksichtigen mußte. In diesem Sinne war der Zentralvorstand ein Faktor, wenn auch nur einer, bei der zentralen Willensbildung in der Partei. Es gehörte

zur Parteiführerschaft Bassermanns, daß er sich im Vorstand immer wieder behaupten mußte und, wenn auch mit Mühe, immer behauptet hat. Daß der Meinungsbildung im Zentralvorstand ein Gewicht zukam, zeigte sich auch darin, daß die Flügel versuchten, eine Mehrheit zu gewinnen, um damit ihre Position wenigstens indirekt zu stärken. Im allgemeinen war der Gegensatz zwischen Vorstand und Reichstagsfraktion nicht so scharf wie in der Kriegszeit, vor allem, weil beide Gremien selbst weniger einheitlich waren, wenn auch der rechte Flügel im Vorstand immer ein größeres Gewicht hatte. Unter diesen Bedingungen war es die Bedeutung des Vorstands, daß er versuchen konnte, die fraktionellen Führungsgruppen zu koordinieren, daß die Partei sich in seinen Beratungen doch zusammenfand oder daß ihre Kräfte sich maßen und die Abgeordneten ein Bild von ihnen erhielten, das sie, denen allein die Entscheidungen zukamen, mit berücksichtigen mußten.

Eigentlich politische Macht fiel dem Vorstand 1918 zu, als er die geschichtliche Entscheidung über Bestand und Schicksal der Partei zu treffen hatte, weil er die Spitze der Organisation darstellte. Als sich die Einigung der liberalen Parteien zunächst zerschlagen hatte, forderten am 21. November 1918 die Vorsitzenden des Vorstands die Nationalliberalen zur Bildung der Deutschen Volkspartei auf, Friedberg und Stresemann gehörten neben Rießler und Schönaich-Carolath und den Fortschrittlern Wiemer und Kopsch auch zu dem vorläufigen Ausschuß dieser Partei. Dann aber kam es zu neuen Verhandlungen mit den Demokraten, und auf Verlangen Stresemanns wurde der Zentralvorstand einberufen, um zu entscheiden, ob die nationalliberale Partei selbständig weitergeführt werden oder in der neuen Demokratischen Partei aufgehen sollte. Die Sitzung am 15. Dezember 1918 war wegen der Lage schlecht besucht, von 217 waren 61 Mitglieder anwesend; mit 33:28 Stimmen wurde beschlossen, die Partei als Deutsche Volkspartei fortzuführen. Stresemann, von der Fusion mit den Demokraten, die ihm keine führende Stellung zubilligen wollten, zurückgetreten, hatte sich dabei gegen Friedberg durchgesetzt, eine eigentümliche Vertauschung der Positionen, nachdem bis dahin Friedberg als Exponent des rechten, Stresemann innenpolitisch als der des linken Flügels gegolten hatte; er versöhnte sich gerade mit der von ihm besonders heftig bekämpften rechtsstehenden westfälischen Gruppe der Partei. Diese Entscheidung machte die Einigung der Liberalen, die einen Augenblick lang Wirklichkeit zu werden schien, unmöglich. Zwar wäre vielleicht, wenn die Mehrheit anders entschieden hätte, ein Teil der Nationalliberalen doch selbständig vorgegangen. Aber dann wäre einmal die Anziehungskraft der Deutsch-Nationalen noch größer gewesen — nach regionalen Wahlbündnissen war im Mai 1919 der organisatorische Zusammenschluß ziemlich nahegerückt —, zum andern hätte die Deutsche Volkspartei einen noch größeren Teil der ehemals nationalliberalen Organisationen an die Demokraten verloren. Der Eifer, mit dem sie ihre Legitimität als einzige Fortführerin der Nationalliberalen Partei betonte, zeigt, welches politische Gewicht sie diesem

Faktum zumaß. In einer einmaligen Situation hat so der Zentralvorstand eine geschichtlich bedeutungsvolle Entscheidung treffen können¹⁾).

β) *Der Parteitag*

Während sich der Zentralvorstand als Vertretung der landschaftlichen Partei-regierungen etabliert hatte, wurde auch der Parteitag als Vertretung des Partei-volks zur Institution, formell seit dem Statut von 1892. Dies Statut setzte fest, daß allgemeine Programmkundgebungen der Zustimmung eines Delegiertentages bedürften. Zur Teilnahme an diesem sollten neben den Abgeordneten und den Vorstandsmitgliedern die „Vertrauensmänner“ des Landes berechtigt sein, und zwar so, daß die Vorstände der landschaftlichen Organisationen pro Wahlkreis drei Karten zur Verteilung erhielten; alle Wahlkreise waren also gleichberechtigt, wenn sie auch nicht alle von ihrem Recht Gebrauch machten²⁾). Diese Bestimmung entsprach zunächst dem Vereinsrecht, indem offiziell nur Personen am Parteitag teilnahmen. Zugleich trug sie dem Honoratiorencharakter der Partei Rechnung, der Parteitag wurde formal und teilweise auch faktisch von oben organisiert, die Teilnehmer waren im strengen Sinne keine Delegierten der Parteimitgliedschaft.

An diesem System haben vom Standpunkt der innerparteilichen Demokratie aus die Jungliberalen Anstoß genommen. Sie wünschten Wahl der Delegierten, und zwar direkte Wahl, damit alle Meinungen vertreten wären und eine Majorisierung im Bezirk unmöglich gemacht würde, und ein die Stärke und Bedeutung der Organisationen berücksichtigendes Delegationsrecht. Bis zu gewissem Grade sind diese Ziele im Statut von 1905 erreicht worden. Jeder Wahlkreis durfte fortan mindestens zwei, höchstens fünf Vertreter entsenden, wobei die Zahl der Vertreter normalerweise sich nach der Zahl der bei der Reichstagswahl für die Partei abgegebenen Stimmen im Wahlkreis bemaß³⁾). Über den Modus der Delegation war nichts festgelegt, wenn schon Wahl durch die Mitglieder als Ideal galt, aber auch Komitees hatten das Recht zur Delegation. Außerdem ernannte die Zentrale für Wahlkreise, in denen keine eigentliche Parteiorganisation bestand, je einen Vertreter. Der jungliberale Reichsverband endlich konnte — bis 1912 — entsprechend seiner Mitgliederzahl eigene Delegierte entsenden.

Bei den Beratungen des Statuts war zumal ein Antrag, der eine den Wähler- und Mitgliederzahlen proportionale Delegation forderte, auf lebhaften Widerstand gestoßen. Manche, z. B. die Bayern, befürchteten mit Recht, daß dabei die Zahl ihrer Delegierten zurückgehen würde, und wollten ihre einmal erworbene

¹⁾ Wittig, S. 83; Pachnicke, *Führende Männer*, S. 195 ff.

²⁾ § 15 des Statuts.

³⁾ Bei über 3000 Stimmen 3, bei über 6000 4, bei über 10000 5 Vertreter. In Ausnahmefällen konnte für je 500 Mitglieder ein Vertreter entsandt werden.

Position behaupten. Andere wollten gerade die „Diaspora“ der Partei durch besondere Rechte stärken. Der sächsische Parteiführer Vogel schließlich betonte, daß auch die Höhe der Geldbeiträge und die Zahl der Landtagsmandate für das Delegationsrecht eine Rolle spielten, im übrigen aber die Vertretungsrelation der einzelnen Landesteile ziemlich gleichgültig sei, da Entscheidungen des Parteitags nie mit knappen Mehrheiten getroffen würden — ein Standpunkt, in dem sich die Honoratiorenansicht, die der Demokratisierung sehr kühl gegenüberstand, mit klarem Blick für die wirkliche Lage, die in der Auseinandersetzung über die ideale Zusammensetzung des Parteitags nur zu leicht verschleiert wurde, verband¹⁾. Die Regelung des Statuts war ein Kompromiß, indem die Berechnung nach der Wählerzahl nur für Zusatzdelegierte in Frage kam. Ein Antrag, wahlweise auch die Mitgliederzahl zu berücksichtigen, um einen Anreiz für die Organisation zu schaffen, wurde nur für solche Wahlkreise angenommen, in denen die Partei für andere Parteien gestimmt hatte, die Spitze des Antrags war so beseitigt. Ein anderer Antrag, der die Befugnis der Zentrale, die Vertreter der sogenannten nichtorganisierten Wahlkreise zu ernennen, streichen wollte, drang nicht durch, weil sonst manche Wahlkreise, in denen — wie im Osten — die Parteianhänger mit anderen noch gemeinsame Vereine bildeten und nicht von sich aus isoliert vorgehen konnten, unvertreten geblieben wären²⁾.

Im ganzen hat die von den Jungliberalen so wichtig genommene Neuordnung der Delegation die politische Struktur der Parteitage wenig verändert. Vor und nach der Reform unterscheiden sie sich nach der Fülle der vorgetragenen gegensätzlichen Meinungen und Oppositionsneigungen eigentlich nicht voneinander. Die Wortführer der Partei im Lande gegenüber der Fraktion und in der Auseinandersetzung der Flügel repräsentierten doch die Mitgliedschaft, und sie waren vor wie nach auf dem Parteitag vertreten. Im übrigen hatte eine relative Verschiebung der Zusammensetzung des Parteitags keine Bedeutung, weil nur selten Beschlüsse gefaßt wurden und diese, ziemlich allgemein gehalten, immer einstimmig oder mit sehr großen Mehrheiten angenommen wurden. Der teilweise Sieg der Jungliberalen bei der Umgestaltung hatte also kein eigentlich politisches Ergebnis und war in gewisser Weise ein Stoß ins Leere geblieben.

1905 wurde festgesetzt, daß die Parteitage mindestens alle zwei Jahre einzuberufen seien. Die zunehmende Intensität der innerparteilichen Diskussion und das Verlangen der Mitglieder, in zentralen Fragen gehört zu werden, umgekehrt das Bedürfnis der Führung, solchem Verlangen wenigstens optisch entgegenzukommen und sich in der Agitation auf die Zustimmung der Partei berufen und den Befürchtungen innerhalb, den Erwartungen außerhalb der Partei auf deren Zerfall mit Kundgebungen der Einigkeit entgegenzutreten zu können — das alles führte dazu, daß die Parteitage öfter abgehalten wurden, nämlich 1894, 1896, 1898, 1902, 1903, 1905, 1906, 1907, 1909, 1910, 1911 und

¹⁾ Parteitagsprot. 1902, S. 97 ff.

²⁾ Parteitagsprot. 1905, I, S. 52 ff.

1912. Mit der Größe der Organisation und ihrer wachsenden Teilnahme am Parteigeschehen erhöhte sich auch die Zahl der Teilnehmer an einem Parteitag ziemlich stark. 1905 — und ähnlich in den Jahren vorher — waren es 402, 1906: 509, 1907: 712, 1909: 653¹⁾, 1911: 935²⁾, 1912: 1235 Vertreter. Diese Größe allein schon machte eine politische Entscheidungsfunktion, ja auch nur eine wirkliche Beratung auf dem Parteitag so gut wie unmöglich.

Der Parteitag dauerte meistens zwei bis drei Tage, zu Anfang hielt normalerweise der Parteiführer eine Rede über die politische Lage und die allgemeine Stellung der Partei, wobei etwa Resolutionen über aktuelle Fragen der Gesamtpolitik vorgelegt wurden. Dann folgte die wichtige Generaldebatte. Später gab es noch Referate zu Spezialthemen mit anschließenden, meist nur kurzen Diskussionen und der Annahme etwaiger Resolutionen. Eigene Anträge der Organisationen oder Delegierten waren wenig üblich, nur Abänderungsanträge wurden von letzteren öfter gestellt³⁾. Die Organisationen legten ihre Delegierten nur selten auf eine bestimmte Linie fest, in den 90er Jahren kam das bei Wirtschaftsfragen vor, während des Streites um die rechts- oder linksliberale Orientierung nach 1909 nahm es einen etwas stärkeren Umfang an⁴⁾, große Bedeutung hat es aber nicht gehabt.

Über die Funktionen des Parteitags hatte das Statut von 1892 bestimmt, daß er die Zustimmung zu Programmkundgebungen zu erteilen habe. 1905 wurde er als „oberstes beschließendes Organ der Partei“ bezeichnet, der die Grundsätze und Ziele der Partei festsetzen und erläutern und die allgemeinen Programmkundgebungen erlassen sollte. Die Jungliberalen hatten die Funktion des Parteitags insofern erweitern wollen, als er die Wahl des Vorstands übernehmen sollte, damit wollten sie die Stellung der Mitglieder stärken und die Autorität der Führer wirklich legitimieren⁵⁾. Dieser Plan war schon 1902 fallengelassen worden. Aber noch 1905 versuchten sie (und andere), die politische Stellung des Parteitags zu stärken. Ein Antrag wollte den Vorstand zu einem Tätigkeitsbericht an den Parteitag verpflichten, über den dieser dann diskutieren und entscheiden sollte. Es war das Bestreben, die an der Theorie der Gewaltenteilung orientierte Feststellung des Statuts, daß der Parteitag oberstes beschließendes, der Zentralvorstand aber nur oberstes verwaltendes Organ sei, mit einem gewissen Inhalt zu erfüllen. Man wollte die Verantwortlichkeit des Vorstands dem Parteitag gegenüber akzentuieren und diesem Gelegenheit geben, Rechenschaft zu fordern und eine wirksame Kontrolle auszuüben. Das war freilich der vergebliche Versuch,

¹⁾ Der Parteitag war sehr kurzfristig einberufen worden.

²⁾ In der Berufsstatistik sind die Delegierten nicht alle aufgeführt.

³⁾ 1906 bezeichnete der Zentralvorstand eine kritische Resolution als „zur Verhandlung ungeeignet“, er hatte also die Auswahl in der Hand, Prot., S. 74.

⁴⁾ Z. B. erteilten die Vertrauensmänner der Partei in Worms den Delegierten 1910 die Richtlinie, für eine Verständigung mit der Rechten, einen Bruch auch mit den Linksliberalen zu wirken, Voss. Ztg., 20. September 1910.

⁵⁾ s. o. S. 131 f.

einer Fiktion noch Realität zu geben. Denn die These vom Parteitag als oberstem Organ der Partei verschleierte die wirklichen Machtverhältnisse und war nur eine rein verbale Konzession an jungliberale Vorstellungen. Die Politik wurde von der Fraktion gemacht, und diese war dabei durchaus unabhängig. Es sei, so hieß es, für sie „sehr wichtig“, wie sich der Parteitag stelle, aber für den Abgeordneten seien seine Wähler „höchstes Forum“; die Parteinstanzen könnten ihm „wohl Direktiven geben“, aber es bleibe ihm überlassen, ob er diesen Direktiven folgen wolle¹). Wegen dieser Unabhängigkeit der Fraktion bot ein Bericht des Zentralvorstands keine Möglichkeit, Rechenschaft über die Politik der Partei zu fordern. Auch die Rede vom obersten verwaltenden Organ war weitgehend fiktiv. Es gab keine Weisungen des Parteitags, die der Zentralvorstand zu erfüllen gehabt hätte. Die Geschäftsführung wurde vom Ausschuß besorgt, er allein hätte praktisch berichten können, aber hier wieder gab es nur wenig wirklich Berichtenswertes. Die Parteileitung konnte sich daher mit guten Gründen gegen jenen Antrag wenden und ihn als unpraktisch kritisieren. Sie betonte zudem, daß es nicht Hauptaufgabe des Parteitags sein dürfe, sich mit vergangenen Dingen zu beschäftigen, und daß jeder gewünschte Punkt durch einen Antrag von 15 Delegierten vor den Parteitag gebracht werden könne, — eine Bestimmung freilich, deren Realisierung schon wegen der Frage der Placierung auf der Tagesordnung durchaus nicht gesichert war. Im ganzen war die Führung bestrebt, den Rechenschaftsbericht zu umgehen, weil wegen der Personalunion der Führungsgremien dieser Bericht die Unabhängigkeit ihrer Politik hätte belasten können und weil sie auch ihre Geschäftsführung nicht öffentlich erörtern lassen wollte. Im Sinne der Führung lehnte der Parteitag den Antrag ab, und auch spätere Versuche, für den Parteitag in konkreten Fällen eine Stellung über Vorstand und Fraktionen zu beanspruchen, scheiterten.

Fragen wir nun nach der wirklichen Funktion und Bedeutung des Parteitags. Entscheidungen im eigentlichen Sinne hatte er nicht zu treffen, wenn man von der Festsetzung des Statuts 1905 und seiner Änderung 1912 absieht; gerade in diesen Fällen richtete der Parteitag sich ganz nach den Vorschlägen des Vorstands, 1912, als die heikle Frage der Stellung der Jungliberalen geregelt wurde, unter kräftigem Druck ohne Diskussion²), 1905 gab es zwar eine lebhafte Diskussion, aber Abänderungsanträge wurden nur angenommen, wenn sie vom Vorstand gutgeheißen waren. Auf Programm und Grundsätze bezog sich der Erlaß von Wahlaufufen (1898 und 1911) und von Resolutionen, in denen die derzeitige Meinung der Partei zu bestimmten politischen Fragen zusammengefaßt wurde³)

¹) Prot. 1905, S. 85; ähnlich Oriola auf dem Parteitag 1896, Prot., S. 62; die Delegierten meinten, sie müßten zu akuten Fragen klar Stellung nehmen, auch wenn die Abgeordneten frei seien, ebd., S. 43.

²) 1907, als eine Krise um die organisatorische Stellung der Jungliberalen drohte, hatte man, gerade um jede Diskussion auf dem Parteitag auszuschließen, vorher im Vorstand ein Kompromiß vereinbart, s. o. S. 128 f.

³) 1894 wurde ein ganzes wirtschafts- und sozialpolitisches Programm beschlossen.

und die für das wortgläubige Bürgertum, wie wir dargelegt haben, durchaus von Bedeutung waren. Praktisch freilich einigte sich der Zentralvorstand über diese Erklärungen, der Parteitag diskutierte sie zwar ausführlich, und die Flügelgruppen stellten manchmal Abänderungsanträge, aber im Ergebnis bestätigte der Parteitag die Vorlagen jeweils nur, und zwar in den meisten Fällen einstimmig oder mit sehr großer Mehrheit. Nur selten kam es auf Grund der Opposition des ein oder anderen Flügels zu wirklichen Kampfabstimmungen, bei denen aber die Opposition immer in einer relativ schwachen Minderheit blieb¹⁾. Wenig bedeutende Abänderungen dagegen, denen auch die Führung zustimmte, oder solche, die vom Vorstand mit kleiner Mehrheit gefaßte Beschlüsse revidierten, wurden gebilligt. Dagegen wurden alle Versuche zu größerer Konkretion, sei es der Kritik an geschehenen Dingen, sei es der Empfehlung eines zukünftigen Handelns, von der Führung und der ihr folgenden Mehrheit des Parteitags abgewiesen²⁾; die Flügel, die auf solche Konkretion drängten, wollten ihren Standpunkt vor der Öffentlichkeit dominierend machen, auch um die Angriffe der Nachbarparteien aufzufangen und die von ihnen repräsentierten Wähler der Partei zu erhalten, sie wollten klare Stellungnahmen und etwas größere Einheitlichkeit und Straffheit der Partei, die Führung dagegen wollte die Fraktion nicht binden und vor allem keine Gruppe in einer Weise majorisieren, daß ihr Verbleib in der Partei fraglich geworden wäre³⁾. Um der Einheit der Partei willen konnte sie eine Konkretion des Mehrheitswillens nicht zulassen. Nur wo Fraktion und Parteiführung es relativ geschlossen selbst anregten, legte man sich in den Resolutionen des Parteitags konkret fest, so 1902 auf den Zolltarifentwurf der Regierung, oder forderte direkte Maßnahmen, so 1894 ein gesetzgeberisches Vorgehen gegen den „Umsturz“; gerade dieser Beschluß aber hatte keine Wirkung, die Opposition der süddeutschen Organisationen und Abgeordneten gegen die Regierungsvorlagen bis zum Zuchthausgesetz und die Veränderungen der Entwürfe durch Konservative und Zentrum veranlaßten die Fraktion zur Ablehnung. Erst 1918 sollte ein — preußischer — Parteitag eine konkrete Entscheidung über die Wahlrechtsreform treffen, er entschied mit 419:129 Stimmen für das gleiche Wahlrecht der

¹⁾ 1894 sprachen sich 11 von ca. 450 Delegierten gegen die Forderung nach Umsturzgesetzen aus, Dt. Tzgtg., 2. Oktober 1894, 22. Juni 1899. 1896 stimmten von 419 etwa 50 Delegierte für eine antiagrarische Verschärfung, 30 für eine proagrarische Milderung der wirtschaftspolitischen Resolution; 1898 29 gegen einen proagrarischen Satz; 1902 stimmten 81 gegen die zollpolitische Festlegung auf die Regierungsvorlage, 48 lehnten am Schluß die Resolution ab.

²⁾ Z. B. 1896 eine Erklärung gegen den Antrag Kanitz, der ein staatliches Außenhandelsmonopol und festgelegte Preise für Getreide vorsah und von einigen Nationalliberalen im Reichstag unterschrieben worden war, oder 1898 bestimmte Erklärungen über die Forderungen zum Zolltarif oder 1902 Bestimmungen über Wahlbündnisse oder 1909 ein Antrag, die Auflösung des Reichstags zu fordern, um der Unzufriedenheit ein positives Ziel zu geben, oder ein Mißtrauensvotum gegen Bülow auszusprechen, der vor seinem Rücktritt noch die Finanzreform mit seinen Gegnern gemacht hatte.

³⁾ 1896 z. B. sprach die Führung sich gegen jede purifizierende Tendenz, gegen jedes Brückieren, jedes Scherbengericht aus, weil es die Partei sprengte.

Regierungsvorlage; aber auch diese EntschlieÙung war nur eine Meinungskundgebung, von der die Landtagsfraktion sich, wie von dem BeschluÙ des Zentralvorstands, nicht berühren lieÙ¹⁾.

Im ganzen also war einmal die Wirkung der Resolutionen nicht sehr groÙ, zum anderen wurden sie im wesentlichen von der Fñhrung entworfen und vom Parteitag nur gebilligt; diese Billigung war ziemlich selbstverstãndlich und hatte nur in Ausnahmefãllen, etwa bei der Frage der Umsturzgesetzgebung, eine legitimierende Bedeutung. Auf den letzten Parteitagen wurden Resolutionen nur noch seltener ein- und durchgebracht.

Die eigentliche Bedeutung des Parteitags bestand darin, Ausspracheforum und Resonanzkõrper zu sein. Aller MiÙmut, alle Opposition gegen die Linie oder gegen ein bestimmtes Verhalten der Fraktionen, gegen ihre Fñhrer oder gegen einzelne Abgeordnete und alle wahltaktischen, õkonomischen, sozial- und verfassungspolitischen Spannungen innerhalb der Partei, alle Streitigkeiten um Rechts- oder Linksorientierung wurden auf ihm laut, er war das Ventil der Kritik, und von ihm erwartete man sich dann so etwas wie eine Reinigung der Atmosphäre²⁾. Vor allem zwischen 1896 und 1906 war die Kritik an der illiberalen Politik der Fraktionen, zumal des Landtags, ihren stãndigen Kompromissen mit den Konservativen, ziemlich lebhaft und bitter³⁾, und die Parteifñhrung, obwohl sie der Kritik Raum gab, reagierte doch meist sehr empfindlich darauf und suchte, ihr Recht oder Gewicht abzusprechen⁴⁾. Wie das ganze bñrgerliche Parteileben der Zeit hatten die Erõrterungen stark retrospektiven Charakter, man forderte Rechenschaft von den Abgeordneten, Geschehenes wurde kritisiert oder verurteilt, aber solche Verurteilungen blieben folgenlos. Perspektiven und Forderungen traten durchweg zurñck, obschon die Parteifñhrung, um sich der Kritik zu entziehen, die Debatten daraufhin zu lenken suchte; die Unabhãngigkeit der Fraktion, ihre geringe Initiativmõglichkeit und faktische Passivitãt gegenñber dem Bundesrat nahmen dergleichen von vornherein die Wirksamkeit. Daher rñhrte es, daÙ die Aussprachen der Parteitage stark in sich selbst kreisten. Die innerparteilichen Streitfragen wurden keineswegs gelõst, die Kritik konnte andere Akzente als Fñhrung und Referenten setzen, die Debatte konnte als Indiz fñr die Stãrke der verschiedenen Strõmungen gelten; man versuchte aber, die Spannungen zu klãren und zu beruhigen, Verstãndnis fñr die Position des gegnerischen Flñgels und fñr die schwierige Lage der Fñhrung zu wecken, die die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten hatte. Im Ergebnis fand man sich

¹⁾ Wittig, S. 80; s. a. o. S. 137 f.

²⁾ Man solle alle Unzufriedenheit aussprechen und dann zufrieden nach Hause gehen, so meinte jovial-ungeschickt Paasche 1906, Prot., S. 24.

³⁾ Z. B. 1896 an der Agrar- und Handwerkspolitik, 1905 an der Sozial- und Schulpolitik zumal im Landtag, 1906 besonders heftig an der Finanzpolitik und am ganzen Kurs.

⁴⁾ Das Ideal der älteren Fñhrungsgruppe war geradezu, durch den Parteitag lediglich das Interesse im Lande wachzuhalten, die Delegierten zu informieren, damit sie die Wãhler angemessen aufklãren konnten, Prot. 1902, S. 104; 1906, S. 76.

dann mehr oder minder hoffnungsvoll miteinander ab, man einigte sich in Worten auf eine, wenn auch vage gefaßte gemeinsame Linie, diese ausgleichende Einigung und die mit ihr erstrebte Stärkung der Partei waren geradezu die Aufgabe der Debatte, man bekräftigte die mehr oder minder mühsam gewonnene Einheit vor sich selbst und vor der Öffentlichkeit und erwartete, daß die Fraktions- und Parteileitung den auf dem Parteitag laut gewordenen Meinungen und Stimmungen der Delegierten doch in irgendeiner Weise Rechnung tragen würde.

Die Aussprache hatte auch eine gewisse Bedeutung für den Aufstieg junger und tatkräftiger Politiker in der Partei. Bassermann, Stresemann und Lohmann, der letzte Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, haben eigentlich zuerst auf Parteitag in großem Maße von sich reden gemacht, und zwar die beiden ersteren durch scharfe Opposition gegen die Parteiführung. Bassermann gehörte 1894 zu den Wortführern der kleinen Minorität gegen die Umsturzgesetzgebung¹⁾, 1898 schon wurde er Fraktionsvorsitzender. Stresemann trat — wie die meisten Redner — 1906 sehr scharf gegen die Schul- und Steuerpolitik der Berliner Fraktionen auf und forderte, endlich den so lang hintangestellten Liberalismus stärker zu betonen, seine Rede löste einen erbitterten Protest Bassermanns aus; auf Grund dieser Rede wurde er dann für die Reichstagswahl nominiert²⁾, wenige Jahre darauf war er der anerkannte „Kronprinz“ in der Partei. Bei der flexiblen Linie der Fraktion und der Tatsache der Flügelbildung bedeutete eine zeitweise Opposition kein Hindernis für den Aufstieg in die oberste Führung, ja eine gewisse Profilierung konnte sich auch als vorteilhaft erweisen.

Für die Führung und die Fraktionen waren die auf dem Parteitag laut werden den Meinungen nicht maßgebend, zumal es niemals zu Abstimmungen auch nur mit beachtlichen Minoritäten gegen sie kam; im einzelnen konnten sie auch weiterhin durchaus gegen die Stimmung eines Parteitags handeln. Darin wurden sie bis 1905/06 dadurch bestärkt, daß die nationalliberalen Wahlkreise und Abgeordneten z. B. in Wirtschaftsfragen ziemlich weit rechts standen, während die an Mitgliederzahlen starken, lebhaften und oft durch Intellektuelle vertretenen städtischen Kreise dagegen Opposition machten; die Führung mußte aber Rücksicht auf die Kreise nehmen, die der Partei bei den Reichstagswahlen Mandate verschafften, der normale Gegensatz zwischen prinzipielleren Anhängern und taktisch orientierten Abgeordneten verschärfte sich auf diese Weise. Immerhin versuchten Führung und Fraktion, in Kontakt mit dem auf dem Parteitag vertretenen Land zu bleiben, ihre Politik verständlich zu machen, die Opposition aufzufangen und die Zustimmung der Mehrheit zu gewinnen. Die Resonanz, die sie suchten oder fanden, war doch beachtlich und konnte, sofern sie als Grad-

¹⁾ Dt. Tgztg., 2. Oktober 1894, 22. Juni 1899: mit 400 bis 450 gegen 12 Stimmen wurde die Resolution angenommen. Nach Wittig, S. 58, hätte B. damit der Meinung der Parteitagmehrheit entsprochen, die die fragliche Resolution unbesehen und überrascht angenommen hätte; das Protokoll lag mir nicht vor, die Deutung ist ganz unwahrscheinlich.

²⁾ Im Wahlkreis Annaberg, Rheinbablen, Stresemann, S. 51.

messer der Stimmung auch der Wähler aufgefaßt wurde, bei einer Revision von Zielsetzungen oder Methoden eine Rolle spielen, man mußte sie als einen, wenn auch nicht den wichtigsten Faktor ins Kalkül einbeziehen. Insbesondere war etwa eine Wiederholung oder Fortsetzung bestimmter Maßnahmen, die auf heftige Opposition des Parteitag gestoßen waren, durch diesen stark erschwert. Das eigentliche Ziel der Führung war natürlich, ein Vertrauensvotum zu erhalten, das ihre Linie bestätigte. Und dabei handelte es sich nicht einfach um eine Demonstration, eben weil vor oder auf dem Parteitag erregte Auseinandersetzungen und heftige Kritik vorausgingen, eben weil er auch als Ventil und Stimmungsbarometer fungierte¹).

Nur wenn man allein auf die direkte Wirkung sieht, waren die Parteitage lediglich Veranstaltungen, die für die Öffentlichkeit und allenfalls zur Beruhigung der Anhänger bestimmt waren. Faktisch änderte sich an der Richtung der Partei allerdings nach einem Parteitag unmittelbar nichts. Ein direkter Einfluß auf die Politik der Fraktion wurde ihm keinesfalls zugebilligt. Aber für das Verhältnis von Fraktion und Parteiführung zu den Organisationen und für das Verhältnis der verschiedenen Kräfte innerhalb der Partei hatte der Parteitag doch seine Bedeutung. Er war nicht der Raum der Parteientscheidungen, aber doch ein wesentlicher Bereich im Vorraum dieser Entscheidungen. Dieses Verhältnis von parlamentarischer Führung und Parteitag wird in zwei Bemerkungen Bassermanns gekennzeichnet. 1912 führte er aus, die Politik, die er als Parteiführer empfehle, sei nur möglich, wenn sie von der Mehrheit der Partei getragen sei, sonst würde ihn ein Delegiertentag „hinwegschwemmen“; diese Feststellung wurde zwar in Rücksicht auf die Theorie der innerparteilichen Demokratie durch die fiktive Behauptung ergänzt, nicht der Ausschuß oder gar die Generalsekretäre, sondern der Delegiertentag mache die Politik der Partei, der Vorstand propagiere nur dessen Beschlüsse, „dessen politische Grundsätze“, während in Wahrheit diese politischen Grundsätze leer und abstrakt waren und die Politik gerade in der Führung der laufenden Geschäfte und vor allem natürlich in den Entscheidungen der Fraktion bestand. Aber im Kern ist es richtig, daß die Führer ohne oder gar gegen die auf dem Parteitag zu Wort kommende Partei keine Politik machen konnten. Wie weitgehend sie freilich andererseits über einen Parteitag als Machtmittel verfügen konnten, zeigt eine Äußerung Bassermanns von 1909²), daß er, falls sich beim Durchhalten seiner Politik in der Finanzreform Schwierigkeiten mit einzelnen Fraktionsmitgliedern ergeben würden, einen Parteitag einberufen werde, da fänden sich genügend Intellektuelle, die seine Politik

¹) Der Parteitag von 1909 allerdings war eine reine Demonstration der in diesem Falle sicheren Einheit der Partei, 1907 und 1910 standen — trotz schwerer latenter Krisen — überwältigende Vertrauensvoten für Bassermann im Mittelpunkt; 1910 wagten es seine auf Protest vorbereiteten Gegner nicht, gegen ihn aufzutreten, die Diskussionsredner setzten nur noch verschiedene Akzente.

²) Pachnicke, S. 93.

voll unterstützen und sie vor der Öffentlichkeit als die Linie der Partei festlegen würden.

Zusammenfassend läßt sich sagen: der Parteitag war ein Element der innerparteilichen Meinungsbildung, er war ein Forum, auf dem die Parteianhänger ihre Meinung vorbrachten, auf dem die stark divergierende Partei sich jeweils einigermaßen zusammenband, auf dem die Führung sich um Resonanz bemühte und solche gewann. Direkt hatte er keinen Einfluß, aber für die Stellung der Partei in der Öffentlichkeit und für die Orientierung der Fraktion hatte er doch eine gewisse Bedeutung. Er hatte nicht zu entscheiden, aber man konnte ihn nicht ignorieren, man mußte seine Stimmung beachten, man mußte durch die Art der Politik seine mögliche Opposition verhindern. Diese Bedeutung hatte er zumal deshalb, weil die Fraktion ja auf den guten Willen der Anhänger angewiesen blieb, diese auch real immer die Möglichkeit, nach rechts oder links abzuschwenken, hatten und man darum auch die ständige Brückierung einer Minderheit oder gar ihren Verlust nicht riskieren konnte.

3. Parteiführung und Parteistruktur

Parteitag und Zentralvorstand spielten also bei der Gestaltung der Politik der Partei und der Führung der Organisation im wesentlichen nur eine indirekte Rolle. Die eigentliche, permanent fungierende Parteileitung war der geschäftsführende Ausschuß; er stellte die Spitze der Partei im Lande dar, und da er fraktionell zusammengesetzt war, bildete er das Verbindungsglied zwischen ihr und der Partei im Parlament. Eine seiner wesentlichen politischen Aufgaben bestand, wie wir gesehen haben, darin, daß er die Politik der Fraktion in den zentralen Gremien der Organisation vertrat, daß er für deren Resonanz sorgte, indem er die Sitzungen des Zentralvorstands und des Parteitags vorbereitete und die Parteimeinung so formulierte, daß sie mit möglichst großer Anerkennung rechnen konnte. Daneben war auch seine wichtigste organisatorische Funktion, die Entscheidung über die Wahltaktik, natürlich eminent politisch und von der Fraktionslinie gar nicht zu trennen. Parlamentarische und organisatorische Führung hingen hier, sosehr sie im einzelnen streng auseinandergehalten wurden, eng zusammen und bedingten einander.

Auch die Stellung eines Parteiführers, die Bassermann seit 1904, nach einer Zeit der bloßen Parteivorsitzenden, wieder einnahm, verband die Partei im Lande mit der Partei im Parlament, er war Vorsitzender der Reichstagsfraktion und des Zentralvorstands und führendes Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses. Dabei beruhte, wie gesagt, seine Position gerade auf seinem Prestige als parlamentarischer Führer, das gab ihm die erforderliche relative Unabhängigkeit von den Parteiorganen. Freilich mußten diese ihn tragen, er hatte der Partei gegenüber

keineswegs eine absolut gesicherte Autorität, er mußte auf einflußreiche Kreise der Partei, des Zentralvorstands und der Fraktion Rücksicht nehmen, die ihm doch sehr reserviert gegenüberstanden, das Gegeneinander in der Partei drängte ihn gelegentlich fast zum Rücktritt¹⁾). Aber es gelang ihm immer erneut, die notwendige Zustimmung zu gewinnen. Er führte die Partei, indem er die divergierenden Kräfte auszugleichen oder zu integrieren, ja auf die Dauer seiner eigenen Linie Anhang zu verschaffen wußte. Er führte — nicht als Herr, aber als Mittler und Repräsentant seiner Partei, ja er konnte nach 1910 geradezu als Programm dieses sonst so gegensätzlichen Gebildes gelten²⁾).

Neben und mit dem Parteiführer fungierte der Führungsausschuß³⁾). Seine politische Bedeutung in entscheidenden innerparteilichen Krisen und bei der Beratung und Formulierung der Parteilinie im Vorstand und auf dem Parteitag stand, wie wir gezeigt haben, fest. Formal und routinemäßig hatte er die organisatorische Durchführung der politischen Linie zu erledigen. Wir fassen seine Tätigkeit, so wie sie sich nach der stärkeren Institutionalisierung der Parteit Spitze etwa seit der Jahrhundertwende ergab, näher ins Auge. Als eigentliche Geschäftsführung war er mit Wahlen, mit Organisation, Agitation und Finanzierung der Partei befaßt und hatte darüber zu entscheiden. Er vertrat die Partei nach außen, d. h. er verhandelte mit anderen Parteien über Wahlbündnisse, so seit Anfang 1910 mit der Fortschrittlichen Volkspartei für die Wahl von 1912, und Stichwahlabkommen, er verhandelte mit Verbänden, z. B. dem Hansabund oder dem Deutschen Bauernbund, im wesentlichen über Finanz- und Kandidatenfragen⁴⁾). Angelegenheiten der parlamentarischen Politik gehörten nicht zu seinem Aufgabenbereich; gelegentlich vermittelte er Gespräche zwischen Abgeordneten und Interessenten⁵⁾), 1916 gründete er dazu einen Beirat für Arbeiter-, Beamten-, Angestellten- und Handwerkerfragen, der aber bis zum Kriegsende keine besondere Bedeutung erlangt hat. Innerhalb der Parteioorganisation verhandelte der Ausschuß mit den Wahlkreisen, um seine Wahldirektiven zu realisieren, er setzte Personal und Mittel in den Wahlkämpfen ein; er regte organisatorische Initiativen an. Er leitete und verantwortete die zentrale Agitation und

¹⁾ S. o. S. 135, S. 137 ff.; u. S. 156 f. 1912 wollte er nach der Krise im Vorstand, s. o. S. 135, zurücktreten, NL Schiffer.

²⁾ Vgl. Parteitagsprot. 1910; s. u. S. 171.

³⁾ Sein Vorsitzender war der rechtsgerichtete Friedberg; ob sein politischer Gegensatz zu Bassermann auch die Geschäftsführung berührt hat, muß ich offenlassen.

⁴⁾ Wo Wahlabkommen kurzfristig abgeschlossen wurden, konnte auch der Parteiführer selbst vorgehen. Bassermann hat Ende 1906 die Verhandlungen mit den Freisinnigen selbst geführt, Eschenburg, S. 51. — Auf die Tätigkeit eines geschäftsführenden Ausschusses gehe ich bei der Fortschrittlichen Volkspartei etwas näher ein, weil für diese mehr Akten zur Verfügung standen.

⁵⁾ 1908 bestand ein Ausschuß nationalliberaler Industrieller, der aber bald wieder einging, Eschenburg, S. 119.

das inzwischen parteiamtliche Organ, die Nationalliberale Korrespondenz¹⁾, und richtete seit 1908/09 in Zusammenarbeit mit der Reichstagsfraktion Pressekonferenzen für die der Partei nahestehenden Organe ein²⁾. In Organisationsangelegenheiten konnte er auch für die Partei verbindliche Erklärungen erlassen, so 1917, als er den Beitritt zur Vaterlandspartei freistellte, so 1891, 1894 und 1897, als er in Verlautbarungen gegen Kulemann den industriellen Flügel zu beruhigen suchte³⁾.

Als sich die Organisation vergrößerte und die Tätigkeit der Zentrale erweiterte, wurde das Büro als Hilfsorgan weiter ausgebaut. 1903 hatte es einschließlich des Generalsekretärs erst drei Angestellte, 1909 schon 17, darunter inzwischen zwei Generalsekretäre, Kalkoff und Fuhrmann, der später — nach 1912 — durch Breithaupt ersetzt wurde. Die verschiedenen Sachgebiete waren nach einzelnen Abteilungen, darunter Organisations-, Presse-, Finanz- und wahrscheinlich Wahl- und Agitationsabteilung, aufgegliedert, daneben gab es eine Bibliothek und ein politisches Archiv, das auch der Fraktion zur Verfügung stand, und innerhalb der Organisationsabteilung ein Archiv mit den Mitgliederverzeichnissen der Vereine. Für das Parteischrifttum hatte man 1907 eine selbständige Buchhandlung eingerichtet, der Umsatz an Druckschriften, die für einen niedrigen Preis an die unteren Organisationen abgegeben wurden, stieg von rund 7500 M 1905 auf etwa 87000 M 1908⁴⁾. Das Büro gab Mitteilungen für die Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei heraus und daneben Rundschreiben zu den anstehenden Fragen, zur Politik, Finanzlage und Organisation der Partei, und erledigte kleinere Anfragen der Vereine selbständig. Für die Parteiführer wurden vor allem von der Wahlabteilung Denkschriften über Wahlaussichten (1912) oder über die Chancen der Partei bei den verschiedenen Möglichkeiten einer Änderung des Landtagswahlrechts ausgearbeitet. Vielleicht wurden auch Fraktionsmitglieder durch das Büro mit Zusammenstellungen und Ausarbeitungen unterstützt. Auf die Tätigkeit der provinziellen Parteisekretäre hatte das

¹⁾ Eine eigene Tageszeitung besaß die Partei nicht. Die Nationalzeitung in Berlin wurde von führenden Parteikreisen getragen; 1908 bildete die Partei für sie einen besonderen Sanierungsausschuß. Politisch, und zumal wirtschaftspolitisch, zählte sie aber schon seit den 90er Jahren zum linken Flügel und wurde von den Parteiführern des öfteren mit dem Bemerkten abgeschüttelt, sie hätten auf ihre Politik und auch auf ihre langfristig angestellten Redakteure keinen Einfluß; so rückte Friedberg 1898 im Landtag von der Wahlpolitik des Blattes ab, Post, 23. Februar 1898; ähnlich eine Polemik des Abgeordneten v. Eynern, Berl. Tagebl., 24. Februar 1898; vgl. a. Bachem VI, S. 153, abweichende Haltung des Redakteurs Dix beim Zolltarif; zur Finanzierung: Maenner, S. 114.

²⁾ Vgl. Eschenburg, S. 228.

³⁾ 1891 Kulemann, S. 157, s. o. S. 86; 1894 wurde er wegen seines Auftretens gegen das Umsturzgesetz getadelt, Dt. Tgztg., 23. Dezember 1894; 1897 wegen eines Vortrags bei den Nationalsozialen, Kulemann, S. 192.

⁴⁾ Von 1907 bis 1915 wurden 6336850 Flugschriften, 1384345 Broschüren, Handbücher etc., 1133814 „Deutsche Stimmen“ (eine Wochenzeitung der Partei) abgesetzt, H. Kalkoff, Die Literatur der nationalliberalen Partei, 1906—1916, Berlin 1916.

Zentralbüro so gut wie keinen Einfluß¹⁾). Die Generalsekretäre führten als Beauftragte der Parteileitung die Geschäfte, bei besonderen Gelegenheiten nahmen sie oder der eine oder andere der Angestellten auch an der Wahlagitation im Lande teil. Nur der rechtsstehende Generalsekretär Fuhrmann, als Abgeordneter unabhängiger gestellt, verfolgte — vielleicht im Einverständnis mit dem Ausschußvorsitzenden Friedberg — eine eigene politische Linie, etwa bei öffentlichen Kundgebungen und auch bei den Wahlverhandlungen²⁾). Aber einen Einfluß auf die Politik der Parteileitung und auch auf die Wahlpolitik konnte er auf die Dauer nicht ausüben, dazu war seine Stellung zu schwach³⁾). Auch der größer gewordene Apparat blieb noch nichts anderes als Hilfsmittel der parlamentarischen Führer.

Zu den wichtigsten Aufgabenbereichen des Ausschusses gehörte die Finanzorganisation der Partei. Diese war etwa folgendermaßen aufgebaut. Nennenswerte Pflichtbeiträge gab es offenbar selten, sie deckten höchstens die Unkosten der Vereine oder gingen in den letzten Jahren vor 1914 an die Landesorganisationen. Die Mittel für die Wahlkämpfe und das Zentralbüro wurden zentral aufgebracht. Bei den Wahlen spielte zwar auch die Finanzierung aus den Wahlkreisen eine Rolle, und bis etwa 1890 wird sie den größeren Teil der Kosten gedeckt haben. Aber für die zentrale Agitation und seit der Intensivierung der Wahlkämpfe auch für die ansteigenden Kosten in den Einzelkreisen mußte die Zentrale aufkommen, schon deshalb, weil in aussichtsreichen Wahlkreisen die Organisationen und die Mitglieder kapitalschwach, in wenig aussichtsreichen, in den Industriestädten, gerade kapitalstark waren. Hilfsverbände standen der Partei direkt nur selten zur Verfügung, 1898 ging sie in vielen Wahlkreisen mit dem Bund der Landwirte zusammen, der dann die Agitation übernahm; 1907 wurde sie im Kampf gegen die SPD durch den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit einem enormen Agitationsapparat entlastet, 1912 spielte diese Unterstützung aber nur noch eine geringe Rolle. Die zentralen Mittel wurden bis zur Jahrhundertwende „durch eine Umlage“ „von einigen Dutzend potenter Männer erhoben“, deshalb scheute sich die Parteileitung bei kritischen Gelegenheiten, ihre industriellen Geldgeber zu verärgern⁴⁾). Als aber nun die Finanzbedürfnisse anwuchsen, mußte man die Methoden der Geldbeschaffung ausweiten und differenzieren. Es gab seitdem erstens laufende Beiträge von Einzelmitgliedern, die zum großen Teil vereinsunlustig oder so reich

¹⁾ Kalkoff an Bassermann vom 30. April 1909, die „eigenartigen Zustände bei unseren Parteigeschäftsstellen im Lande“ machten einen Überblick unmöglich. „Die Herren wursteln ruhig weiter und verfolgen zum größten Teile ihre Sonderinteressen.“ Parteiakten.

²⁾ Die Führer der Fortschrittlichen Volkspartei bezeichneten ihn als „Vater aller Schwierigkeiten“, Parteiakten. Bassermann schreibt am 26. März 1912 an Stresemann über die Wahl des Ausschusses, bei der Stresemann herausgewählt wurde, s. o. S. 135, das sei „des Zentralbüros Geschoß“, NL Schiffer.

³⁾ Kalkoff spricht 1912 Bassermann gegenüber ironisch von Leuten, die immer noch glaubten, daß Fuhrmann irgendeinen Einfluß habe, Parteiakten.

⁴⁾ Vgl. Kulemann, S. 158.

Aufstellung der eingegangenen Beiträge 1905 bis 1912 in Mark¹⁾

	Einmalige ²⁾	Laufende	Reichstag	Abg. Haus	Insgesamt
1905		27 969,55 (23 392,—)	4 190,—	16 130,—	48 289,55
1906 Reichs- tagswahl	114 404,70	31 236,55	5 910,—	19 150,—	170 701,25
1907 Reichs- tagswahl	102 319,— (119 276,—)	21 710,95 (48 370,—)	4 020,—	16 340,—	144 389,95
1908 Preußen- fonds	39 540,75	61 522,25 (61 222,—)	3 190,—	12 150,—	116 403,—
1909 Organisa- tionsfonds	91 005,37	46 127,65	3 135,—	10 830,—	151 098,02
1910 Ostfonds	36 857,90	69 424,64	3 225,—	9 210,—	118 717,54
1911 Reichs- tagswahl	208 416,88	62 058,20	2 830,—	8 980,—	282 285,08
1912 Reichs- tagswahl	32 457,64	50 093,07	1 145,—	10 325,—	94 020,71
Mark	625 002,24	370 142,86	27 645,—	103 115,—	1 125 905,10

¹⁾ Nach einer Zusammenstellung von 1913, die Angaben in Klammern stammen aus einer älteren Aufstellung von 1909. Parteiakten.

²⁾ Bei den Jahreszahlen sind die Zwecke der Sammlungen angegeben.

waren, daß sie sich neben der örtlichen Parteitätigkeit noch zu einem festen Beitrag an die Zentrale verpflichteten. Die zweite Geldquelle bildeten einmalige Beiträge, die jedes Jahr unter besonderen Titeln, z. B. 1906/07 und 1911/12 für die Reichstagswahl, 1908 als Preußenfonds für die preußische Landtagswahl, 1909 als Organisationsfonds, 1910 als Ostfonds für die Agitation in Ostelbien, erbeten wurden. Man hatte über 10000 Adressen, an die entsprechende Rundschreiben der Parteiführer verschickt wurden, 1911/12 kamen dabei Spenden auch aus breiteren Kreisen, nicht nur der Bildungsschicht, sondern ebenso des Mittelstandes. Gerade in Wahljahren brachten diese Sammlungen beträchtliche Ergebnisse; das Verhältnis der einmaligen zu den festen Beiträgen stellte sich in der Zeit von 1905 bis 1912 etwa auf 7:4. Drittens wurde regelmäßig in den Fraktionen gesammelt. Die Parteiführer und die Zentralvorstandsmitglieder

beteiligten sich meist an den allgemeinen Sammlungen, Bassermann und Friedberg 1911 z. B. mit je 3000 M. Im ganzen waren die Einnahmen der Partei, jedenfalls im Vergleich mit den anderen bürgerlichen Parteien, enorm. Von 1905 bis 1912 wurden insgesamt 1125905,10 M aufgebracht, dazu kamen noch größere Fonds aus Stiftungen¹⁾. 1906/07 erhielt die Parteizentrale außerdem aus einer von Bülow eingeleiteten Sammlung im Kreis der Großunternehmer fast 250000 M für die Wahlen.

Die Vermögenslage der Partei war entsprechend gut, 1905 verfügte sie, von den Fonds abgesehen, über knapp 100000 M, 1909, also nur zwei Jahre nach den Wahlen, über etwa 326000 M: die Bedeutung des Geldes in der Politik nahm jetzt dauernd zu. Die Ausgaben betrafen einmal die regelmäßigen Kosten des Zentralbüros²⁾, der laufenden Agitation und Zuschüsse an bestimmte Gruppen, wie den jungliberalen Reichsverband, der jährlich 3000 M erhielt, und den Bauernbund von 1909. Zum andern und vor allem natürlich betrafen sie die allgemeinen Wahlen und die aus Prestigegründen immer besonders wichtig genommenen Nachwahlen. 1906/08 wurden etwa 210000 M an die Wahlkreise verteilt, 1911/12 standen ca. 500000 M zur Verfügung³⁾. Inzwischen waren die Wahlkosten freilich erheblich gestiegen, 1910 wurden für eine Nachwahl in Oletzko-Lyck mindestens 30000 M⁴⁾, davon sicher 15000 bis 20000 M durch die Zentrale, ausgegeben, und in den nächsten Jahren hielt die Aufwärtsentwicklung an. Die liberalen Parteien wollten sich gegen die Propagandaorganisationen der Konservativen, des Zentrums und der SPD behaupten, sie griffen jetzt Domänen von Konservativen oder Zentrum an, wobei ein enormer Aufwand nötig war, um die bis dahin in politischer Unmündigkeit gehaltenen Bevölkerungskreise überhaupt erst zu informieren, und auch sonst erreichte die Wahlagitation, bei der jeweils ein ganzer Stab angestellter Redner und Wahlhelfer verwandt wurde, einen bis dahin nicht gekannten Höhepunkt.

Neben den Mitteln der Zentrale standen 1912 Gelder von Wirtschaftsorganisationen, des Hansabundes und des schwerindustriellen Zentralverbandes deutscher Industrieller, zur Verfügung, sie gingen aber direkt an die Wahlkreise, von seiten des Zentralverbandes, der nur einen kleinen Teil der nationalliberalen Kandidaten unterstützte, sogar ganz ohne Information der Zentrale. Endlich brachten auch die Wahlkreise oder die Bezirke noch eigene Mittel für den Wahlkampf auf, oder der Kandidat persönlich steuerte solche bei⁵⁾; bei einer Nach-

¹⁾ Z. B. eine v.-Eynern-Stiftung 1909 mit 10708 M., ein Friedberg-Fonds zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Zentrums.

²⁾ 1903 etwa 74000, 1904 62000, 1905 47000, 1906 67000, 1907 66000, 1908 83000 M.

³⁾ Wahrscheinlich ist diese Summe nicht ganz verbraucht worden; die Verwaltung hatte zeitweise das Ziel, die fixen Kosten aus den Zinsen eines angesammelten Parteivermögens zu decken.

⁴⁾ Nat. Ztg., 17. April 1910.

⁵⁾ Der liberale Verein von Hannover z. B. erhielt Spenden aus dortigen Industriekreisen; ein Versuch des Handelskammersekretärs Rocke, damit Druck auszuüben, endete mit dessen Ausscheiden aus dem Vorstand, Hann. Cour., 9. Dezember 1909.

wahl in Ragnit 1913 z. B. war man auf einen Beitrag des Kandidaten angewiesen und mußte darum statt eines aussichtsreichen Bauern des Kreises einen auswärtigen Kommerzienrat mit geringen Chancen aufstellen. Manche Kandidaten hatten lange Zeit um eine Begleichung ihrer Wahlschulden zu kämpfen. Zunächst überwogen freilich die zentralen Mittel bei weitem; aber es gab Ansätze einer Verschiebung. Schon 1911/12 fingen die Landesverbände unter Führung der Parteisekretäre an, die finanzstarken Kräfte und ihre Beiträge an sich und von der Zentrale abzuziehen und sich somit auch finanziell unabhängiger zu machen. Diese Tendenz hatte für die Wahl von 1912 noch keine große Bedeutung, nahm aber unverkennbar zu, was von der Zentrale mit Sorge betrachtet wurde, teils aus Ressortefersucht, teils deshalb, weil die finanzschwachen und auf die Zentrale angewiesenen Bezirke gerade die meisten Chancen boten¹⁾.

Obschon im ganzen die finanzielle Position der Partei vergleichsweise ausgezeichnet war, erachtete die Führung ihre Mittel noch für ungenügend. Die „Bearbeitung“ gerade der ländlichen Wahlkreise und z. B. die Förderung des Bauernbundes schien ihr bei Aufwand erheblicherer Mittel noch große Erfolge zu versprechen, daneben wurden auch die Mittel der Gegner immer größer, mit ihnen mußte man Schritt zu halten suchen²⁾. Bei ihrer Finanzierung geriet die Partei zwar nicht in direkte Abhängigkeit von den sie unterstützenden Kreisen, aber doch unter einen gewissen indirekten Einfluß, sie mußte Rücksicht nehmen und versuchen, ihre Geldgeber zu halten. Immerhin hat sie Drohungen und die Sezession der Schwerindustrie 1910 ertragen, ohne ihre Richtung zu ändern³⁾.

Das Verhältnis der Parteiführung zu den Wahlkreis- und Provinzialorganisationen war schwierig. Sofern sie nicht nur eine Vermittlungsstelle sein, sondern auch eine von ihr ins Auge gefaßte einheitliche Wahlpolitik realisieren wollte, brauchte sie Einfluß auf das Land, auf die Kandidatenaufstellung und die Frontstellung des Kampfes. Die Wahlkreisorganisationen aber waren in ihrer Wahlpolitik unabhängig, selbst gegenüber den ihnen nahen provinzialen Organen. Der ältere Standpunkt, in die Angelegenheiten der Wahlkreise von selbst nicht einzugreifen, sondern nur auf Anfragen Ratschläge zu erteilen, wurde notgedrungen oder aus Lässigkeit lange Zeit aufrechterhalten⁴⁾. Eine einheitliche

¹⁾ Über Parteifinanzen, Parteiakten, Schreiben des Zentralbüros, gez. H. Kalkoff, an Bassermann vom 30. April 1909; Memorandum desselben vom 4. Februar 1913.

²⁾ In einem Brief vom 4. August 1913 bemerkt Bassermann, etwas übertreibend, „hätten wir das Geld, das der Hansabund auch nicht hat, würden wir hundert Mandate erobern“, NL Bassermann; ähnlich am 19. Juli 1913, ohne das Geld des Hansabundes sei der Kampf im Osten verloren, NL Schiffer.

³⁾ Auf diese Zusammenhänge wie auch auf die finanziellen Verbindungen der Partei zu Verbänden werde ich in meiner späteren Untersuchung eingehen.

⁴⁾ „Die . . . Parteileitung hat stets den Grundsatz befolgt, . . . sich in die Wahlvorbereitungen der . . . Wahlkreise nur dann einzumischen, wenn sie um . . . ihre Meinung oder Unterstützung direkt angegangen wird, sonst aber von jedem Versuch eines Eingriffs in die freien Entschließen-

Wahlpolitik kam — nach 1887 — erst wieder 1907, unvorbereitet und fast selbstverständlich, und dann, durchgeplant und lange vorbereitet, 1912 zustande, als man ein Wahlbündnis mit dem Fortschritt schon für die Hauptwahl abschloß. Die Parteileitung mußte versuchen, die Organisationen gütlich zur Anerkennung ihrer Linie zu bringen, 1912 also eine Reihe von ihnen zum Verzicht auf eigene Kandidaturen zu bewegen; sie konnte ihre Politik plausibel machen und für sie die Autorität von Parteiführern und Abgeordneten einsetzen und mit der Agitation der Zentrale die Frontstellung im Lande beeinflussen. Auf diese Weise gelang es ihr 1912 in vielen Fällen, von vornherein durchzudringen, in anderen setzte sie sich auf die Dauer durch. Aber in einer Reihe von Wahlkreisen und zumal dort, wo Landesverbände ihren Intentionen ablehnend gegenüberstanden, wie in Hessen, Westfalen, Schleswig-Holstein, vermochte sie nicht, ein abweichendes Vorgehen der Organisation zu hindern¹⁾. Selbst die Stichwahlparolen, die generell zur Unterstützung der Fortschrittlichen Volkspartei aufforderten, wurden nicht von allen Organisationen beachtet; der Parteileitung blieb nur übrig, dieses Vorgehen zu bedauern²⁾. Zentrale Stichwahlvereinbarungen hatte es natürlich schon länger gegeben, so 1898 und 1903 mit dem Zentrum über eine Reihe von rheinischen Wahlkreisen, es gelang auch dabei durchaus nicht immer, ihre Annahme bei den örtlichen Organisationen durchzusetzen³⁾. Selbst 1907, als die allgemeine Frontstellung mit Linksliberalen und Konservativen gegen Zentrum und Sozialdemokratie schon für die Hauptwahl ganz eindeutig war, hatten sich eine Reihe von Organisationen nicht der von der Zentrale befürworteten Linie gefügt, und selbst in Stichwahlen gab es manche Abweichungen, so z. B. im Wahlkreis Bingen, wo die Partei gegen die Freisinnige Volkspartei für das Zentrum stimmte⁴⁾.

In Personenfragen war die Unabhängigkeit der Wahlkreisorganisationen noch größer; nur gelegentlich gelang es der Parteileitung, Kandidaturen, die im Gesamtinteresse der Partei lagen, zu Wege zu bringen, etwa solche von Arbeitern, Angestellten oder Bauernbündlern. Dagegen war die Sicherung guter Wahlkreise selbst für so populäre Führer wie Bassermann und Stresemann fast immer ein

gen der Wähler sich fernzuhalten“; die Wahltätigkeit müsse aus dem eigenen Antrieb der Wähler hervorgehen, Nat. lib. Korr., zitiert Kreuzztg., 6. Juli 1884. Über Kandidatenaufstellung gab es bis nach 1900 keinen Schriftverkehr mit der Zentrale, Ehrenfeuchter (für Niedersachsen), S. 20.

¹⁾ In Hessen und Schleswig-Holstein hatten die Landesausschüsse das Bündnis abgelehnt und sich hinter der Selbständigkeit der Wahlkreise verschanz. Frankf. Ztg., 18. Januar 1911; Freis. Ztg., 15. November 1910; Koch, S. 112.

²⁾ Schleswig-Holstein, Hagen, Hessen: Nat.-Ztg., 19. Januar 1912.

³⁾ S. o. S. 107 f., S. 116; die Kölner Organisation lehnte das Abkommen ab; die Abgeordneten Sattler und der Generalsekretär Patzig, die die Verhandlungen geführt hatten, ersuchten den Führer der Kölner Nationalliberalen, Moldenhauer, trotzdem für eine Stimmenabgabe zugunsten des Zentrums gegen die SPD einzutreten, NL Bachem.

⁴⁾ Tägl. Rundsch., 13. April 1912; Eschenburg, S. 51; die von der Parteileitung propagierte Verständigung mit dem Zentrum über Stichwahlen gegen die SPD im Rheinland konnte wiederum wegen des Widerstands der Jungliberalen nicht durchgeführt werden, ebd., S. 57.

Problem¹⁾, nur bei Nachwahlen hatten bekannte Abgeordnete bessere Chancen, aufgestellt zu werden. Teilweise nominierten lokale Organisationen sogar Leute, die mit der Reichsorganisation der Partei oder der Fraktion zerfallen waren²⁾, die aber, da es keine Disziplinarordnung gab, weiterhin Mitglieder ihrer Wahlkreisvereine und Landesverbände bleiben konnten. Eine Befragung der Zentrale vor den Aufstellungen war nicht üblich, und nur langsam, seit 1909, hat es sich durchgesetzt, daß sie wenigstens unmittelbar darüber informiert wurde³⁾. Die Verfügung über beträchtliche Finanzmittel hat die Zentrale nicht gegen Widerstände einsetzen können. Einmal erschien die Situation der Partei so prekär, daß sie den Verlust eines Wahlkreises oder eine Parteikrise infolge ihres Eingreifens, die Opposition eines Flügels oder eines Landesverbandes etwa, nicht riskieren konnte, zum andern war die Unabhängigkeit der Wahlkreisorganisationen noch so selbstverständlich, blieb die Atmosphäre noch so von der Honoratiorentradition mitbestimmt, daß einer Ausnutzung ihrer Macht Grenzen gezogen waren. Nur die Unterstützung des Hansabundes konnte seit 1909 als Druckmittel in die Waagschale geworfen werden, da er nur dann eingriff, wenn im Sinne des zentralen Wahlbündnisses lediglich ein liberaler Kandidat auftrat.

Die Spannungen zwischen Zentrale und Wahlkreisen wurden natürlich besonders begünstigt durch die Flügelbildung, die ja gerade in der Frage der Wahltaktik ganz akut war. Und da sie auch die Fraktion und die Parteizentrale selbst betraf, mußte es schwerfallen, eine zentrale Linie zur Anerkennung zu bringen. Einer der Generalsekretäre, die das Wahlabkommen mit der Fortschrittspartei seit 1909 aushandelten, Fuhrmann, tendierte, wie gesagt, eigentlich nach rechts und sprach sich auch öffentlich für eine spätere Versöhnung mit der Rechten aus⁴⁾. Als 1912 bei einer Nachwahl in Waldeck Naumann, der prononcierte Vertreter eines Linksblocks, kandidierte, traten zwar namhafte Nationalliberale lebhaft für ihn ein, sie konnten aber eine Parole zu seinen Gunsten weder von Bassermann erreichen, der nach der gerade mühsam beigelegten Krise Schwierigkeiten mit dem rechten Flügel fürchtete, noch von der örtlichen Organisation, die sich lediglich dazu bereit fand, auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten

¹⁾ Nach Kulemann, S. 194, versuchten 1910 Rechtskreise Bassermann durch Vorenthalten einer Kandidatur kaltzustellen.

²⁾ So 1910 im Wahlkreis Friedberg ein früheres Mitglied des Zentralvorstands, Becker, den die Zentrale zwar zum Rücktritt bewog, Frankf. Ztg., 3. Mai 1910, der aber trotz des Einspruchs von Bassermann 1912 wieder nominiert und gewählt wurde, NL Schiffer; so 1911 im Wahlkreis Worms den Abgeordneten Heyl, Köln. Ztg., 6. Februar 1911; zu Heyl vgl. auch Leipz. Neueste Nachrichten, 28. September 1909.

³⁾ 1909 forderte die Zentrale auch wegen des Wahlbündnisses die Wahlkreise auf, ihre geplanten Kandidaturen schon jetzt zu benennen. 1915 noch wurde im Wahlkreis Sangershausen ohne Befragen der Zentrale der ganz rechtsstehende Hirsch nominiert, unter den Bedingungen des Burgfriedens wurde ihm praktisch das Mandat übertragen, wogegen die Fortschrittspartei protestierte, da der Wahlkreis nur auf Grund des Bündnisses nationalliberal geworden war und man hier keinen Gegner dieses Bündnisses aufstellen könne, Akten der Fortschritt. Volkspartei.

⁴⁾ Auf dem Parteitag für Schleswig-Holstein, Berl. Börs.-Cour., 19. Oktober 1910.

zu verzichten¹⁾. Die Gegensätze in der Gesamtpartei schützten und stärkten die institutionell garantierte Unabhängigkeit der unteren und mittleren Organe. Nur die Notwendigkeiten der Lage, die Wählerstimmung, und das Prestige der Parteiführer brachten eine gemeinsame Wahlpolitik der Mehrzahl der Organisationen zustande²⁾.

Es lag der Parteileitung natürlich daran, auch abgesehen von den Wahlen, ihre Linie im Lande verständlich zu machen — ihr Resonanz zu verschaffen und die Einheit der Partei zu wahren. Sie verfaßte Rundschreiben in diesem Sinne, und in ihrem Auftrag besuchten führende Leute die Tagungen der landschaftlichen Gremien oder Wahlkreise und Gebiete, in denen eine kritische Situation herrschte, um dort schlichtend einzugreifen, z. T. hatte das Erfolg, wenn schon sie über keine direkten Machtmittel verfügten³⁾. Aber im Grunde hatte sie auch auf die Meinungsbildung der Partei im Lande, die Presse, die öffentlich agitierenden Verbände der Flügel, die einzelnen Abgeordneten oder Führer, die Landesverbände kaum einen wirklich führenden Einfluß, die Gegensätze, von der die Nationalliberalen mehr als jede andere bürgerliche Partei betroffen waren, konnte sie nie ausgleichen oder zusammenfassen, ein auch nur geringes Maß von Disziplin ließ sich nicht realisieren, jede Entscheidung bedrohte die Einheit der Partei, setzte ihre Existenz aufs Spiel. Die Organisation bildete nur das Notdach, unter dem man immer noch und immer wieder sich zusammenstritt und zusammenblieb.

d) Die Fraktion

Die maßgebende Institution der Partei war die Fraktion; ursprünglich stellte sie überhaupt deren einzige organisierte Form dar. Konstituiert wurde sie auf Grund eines gemeinsamen Programmes, anfänglich trat man ihr bei, indem man dieses unterschrieb⁴⁾, später genügte eine einfache Erklärung, wobei das Einverständnis mit Programm oder Richtung der Partei als selbstverständlich vorausgesetzt war. Der Zusammentritt der Fraktion und der Beitritt zu ihr blieb

¹⁾ Heuß, Naumann, S. 295 ff.

²⁾ Es gab auch gelegentlich Versuche der Organisationen im Lande, auf die Geschäftsführung einzuwirken, so 1891 einen Proteststurm gegen die von der Parteileitung zu verantwortende Wahltaktik Kulemanns in Bochum; die Industriellen hatten mit dem Übergang zu den Freikonservativen gedroht, die Parteileitung beruhigte, indem sie von Kulemann abrückte, Kulemann, S. 157, s. o. S. 26, S. 151. 1912 wurde Friedberg von den pommerschen Organisationen wegen Presseerklärungen und des Versuchs, eine Kandidatur zu beeinflussen, sehr scharf angegriffen, hier schloß man formal ein Kompromiß, NL Schiffer.

³⁾ Rundschreiben z. B. im Mai 1909, Eschenburg, S. 233; Auftreten Lohmanns auf dem Parteitag in Bayern, Stresemanns in Hessen 1910/11, Koch, S. 81, NL Schiffer (Bassermann an Stresemann, 10. Juni 1911), und 1908 Saarbrücken, wo Bassermann schon 1902 schlichtend eingegriffen hatte, Bellot, S. 209, 229.

⁴⁾ Beim Zusammentritt des Reichstages traten der nationalliberalen Fraktion 1871 zunächst 102 Abgeordnete durch Unterschrift unter das Programm bei, endgültig waren es dann 125, Voss. Ztg., 5. April 1871.

noch bis in die 80er Jahre bei Eröffnung eines neuen Reichstags jeweils ein besonderer Akt, bei dem sich erst die Zahl ihrer Mitglieder feststellen ließ¹⁾.

Der ursprüngliche Zweck dieser Verbindung war die Vorberatung der Plenarsitzungen und -entscheidungen unter Gleichgesinnten. Praktisch wurde aus diesen zunächst unverbindlichen Beratungen²⁾ vielfach eine Vorentscheidung; für die Verständigung mit der Regierung oder mit anderen Parteien, für das Zustandekommen eines Gesetzes, das nicht der Zufälligkeit von Anwesenheit und Stimmung der Abgeordneten überlassen werden konnte, war die Klärung und Einigung innerhalb einer Gruppe notwendig³⁾. Außerdem wurden Fraktionsbildung und Fraktionsanschluß erforderlich wegen der Besetzung der Ausschüsse, der Kommissionen, und der Benennung der Redner für die Plenarsitzungen. Zwar war im Reichstag geschäftsordnungsmäßig die Bildung der Kommissionen Sache der ausgelosten Abteilungen, das Erteilen des Wortes an die darum nachsuchenden Abgeordneten stand im Ermessen des Präsidenten⁴⁾, aber über den informellen Senioren-Konvent wurden beide Fragen durch die ebenfalls informellen Fraktionen geregelt. Der Präsident richtete sich bei der Verkündung der Ausschußbesetzung und dem Aufruf der Redner nach deren durch die Fraktionsführer übermittelten Vorschlägen, während die Abteilungen und das Sich-zu-Wort-melden oder die freie Rednerliste nur als mehr und mehr entleerte Formen weiterbestanden⁵⁾. Schon bald wurden die Ausschußsitze auch nicht mehr im Konvent ausgehandelt, sondern proportional der Fraktionsstärke ausgerechnet⁶⁾. Diese Praxis erhöhte wesentlich die Bedeutung der Fraktion für den einzelnen Abgeordneten und hat im Lauf der Zeit auch die Position der Fraktionsführer, die im Konvent über die Geschäftsordnung entschieden, ver-

¹⁾ Die nationalliberale Fraktion des Reichstags beschloß sogar 1880 vor der Sezessionskrise, eine neue Mitgliederliste aufzustellen, in die man sich durch Unterschrift eintragen sollte, um überhaupt festzustellen, wer sich ihr noch zurechnete; bei dieser Gelegenheit schied Lasker aus, Oetker spricht davon, daß er lange überlegt habe, ob er sich wieder eintragen solle, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 299, 303; Wittig, S. 42; s. o. S. 11; Oetker, Poschinger III, S. 22.

²⁾ Die Freie parlamentarische Vereinigung im Reichstag von 1867 z. B. wollte ausdrücklich nur die hervortretenden Fragen in einem allgemein liberalen Sinne besprechen, ohne Beschlüsse zu fassen oder ihren Mitgliedern Entscheidungen nahezulegen, H. Hüffer, Lebenserinnerungen, S. 182.

³⁾ Kritik an der Entstehung sich abschließender Fraktionen: Treitschke, Preuß. Jb. 1871, I, S. 363 ff.

⁴⁾ Geschäftsordnung §§ 2, 26, 42, 47; eine freie Rednerliste zum Eintragen war nur im Landtag vorgesehen.

⁵⁾ In den 70er Jahren waren wohl erst die Hauptsprecher der Fraktion vorher bestimmt, der Präsident hatte im übrigen noch Freiheit, wen er zu Wort kommen ließ, vgl. Elben, S. 177, 181. Protokollarisch wurden die Ausschußbesetzungen bis 1909 als Ergebnis der Wahlen in den Abteilungen, die bald schon nicht einmal formal mehr stattfanden, dargestellt. Nur für Wahlprüfungen fungierten Anfang der 70er Jahre die Abteilungen noch. J. Hatschek, Das Parlamentsrecht des deutschen Reiches I; K. Perels, Das autonome Reichstagsrecht; Neumann-Hofer in Ztschr. f. Politik IV, 551 ff.

⁶⁾ 1877 allerdings stritten die Fraktionen noch über ihren Anteil an den Kommissionen, Brief Hölders, Poschinger II, S. 255.

stärkt, zumal bei vielen Fragen wegen vorbereiteter Schlußanträge nur die Hauptredner der Fraktionen zu Wort kamen¹⁾).

Über die innere Organisation der nationalliberalen Fraktion gab es nur wenige grundsätzliche Bestimmungen. Die Mitglieder verpflichteten sich, Anträge nur nach vorheriger Mitteilung in der Fraktionssitzung zu stellen oder, wenn sie von Abgeordneten anderer Fraktionen ausgingen, zu unterschreiben²⁾. Einen Fraktionszwang gab es nur insofern, als eine Sache durch Beschluß von zwei Dritteln der Mitglieder zur „Fraktionssache“ erhoben werden konnte; kein Mitglied durfte dann im Plenum bei Strafe des Ausschlusses gegen den Mehrheitsbeschluß stimmen, Dissidenten konnten sich nur enthalten oder der Sitzung fernbleiben³⁾. Ein gewählter Vorstand der Fraktion bereitete ihre Sitzungen vor und vertrat sie nach außen. Faktisch war aber mit diesen bis 1918 in Kraft gebliebenen Bestimmungen über die beiden entscheidenden Komplexe der Fraktionsorganisation, Einheit und Führung, wenig gesagt, sie hingen von den jeweiligen politischen und persönlichen Bedingungen ab.

Zunächst war die Fraktion ein ziemlich lockeres Gebilde. Sie stellte einen „mehr durch eine allgemeine Stimmung als durch bestimmte gemeinschaftliche Überzeugungen zusammengehaltenen Körper“ dar⁴⁾; ihre Größe in den 70er Jahren — 125, 155 und 128 Abgeordnete im Reichstag von 1871 bis 1878 —, die Kürze der Tagungen und die nicht kontinuierliche Teilnahme vieler Abgeordneter, die uninteressiert oder beruflich nicht freigestellt genug waren, erschwerten den Zusammenhalt⁵⁾. Dazu kam die sehr verschiedene politische Tradition der Abgeordneten, die gegensätzliche Bewertung des Nationalen und des Liberalen, die Flügelbildung also, die schon anfangs, wenn auch nach Sachfragen noch wechselnd die Einheit der Fraktion, die ungesichert sich nur in dauernder Verständigung herstellen und erhalten konnte, ständig problematisch machte⁶⁾).

¹⁾ Klage darüber bei Payer, Bethmann, S. 15.

²⁾ Weil die 2. Lesung der Strafgesetznovelle im Februar 1876 ohne vorhergegangene Fraktionssitzung stattfand und einzelne Sonderanträge ohne Mitteilung an die Fraktion einbrachten, entstand eine erhebliche Mißstimmung und Erregung, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 145; Anträge von Abgeordneten verschiedener Fraktionen waren durchaus üblich, vgl. Kulemann, S. 55.

³⁾ Parisius, S. 196; Berl. Börs. Ztg., 26. Juni 1872. Ein frühes Beispiel ausnahmsweise straffer Disziplin ist die Wahl des Landtagspräsidenten in Bayern 1869, nach Jordan hatten beide Parteien, Liberale und Patrioten, „ihre Soldaten ganz militärisch organisiert, alle Mitglieder wurden vorher aufgerufen und die Stimmzettel kontrolliert“, Schieder, S. 213 f.

⁴⁾ Oncken II, S. 248.

⁵⁾ Ein Abgeordneter in den 70er Jahren schreibt, „unter den 120 Mitgliedern der Fraktion kennt einer kaum den andern“, daher gäbe es keine feste Bindung untereinander, Wittig, S. 38 f.; und 1887: „Es waren doch eigentlich nur recht wenige Abgeordnete, die . . . sich eifrig an der praktischen Arbeit beteiligten“, viele kamen nur zu den wichtigen Abstimmungen nach Berlin, Kulemann, S. 40 f.

⁶⁾ In gesamtliberalen Landtagsfraktionen wie in Bayern war der Zwiespalt — nach 1871 — noch größer, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 19. Stephani, der öfter seinen Mißmut über den linken Flügel ausdrückt, berichtet wohl zu negativ über die Flügelbildung, Böttcher, S. 96; vgl. u. S. 164; Philippson, S. 302 f.

In den Fraktionssitzungen wurden die Hauptredner für die Plenarverhandlungen bestimmt und gelegentlich auch mit Direktiven versehen¹⁾. Die Sitze in den Kommissionen wurden eine Zeitlang, jedenfalls im Reichstag von 1874, von einer besonderen „Wahlkommission“ besetzt, der damit natürlich eine erhebliche Bedeutung zukam²⁾, sonst entschied die Gesamtfraktion auf Grund eines Vorstandsvorschlags über die Besetzung, und zwar meist durch einfache Akklamation. Um diese Wahlen gab es oft lange Auseinandersetzungen persönlicher wie richtungsmäßiger Art, manchmal gelang es dem einen oder anderen Flügel, eine überproportionale Vertretung in einem bestimmten Ausschuß zu erreichen³⁾. Der Fraktionsvorstand war ziemlich groß, 1874 z. B. umfaßte er 16 Personen, in ihm sollten nicht nur die verschiedenen Richtungen, sondern auch die maßgeblichen Führer der langsam zusammenwachsenden Landschaften vertreten sein. Mindestens vor den wichtigeren Sitzungen der Fraktion hielt er eigene formelle Besprechungen ab⁴⁾. Das konnte, soweit man sich einigte, eine gewisse Bedeutung haben, obschon bei der Vielfalt der Richtungen und der Unabhängigkeit der Abgeordneten die Entscheidung damit nicht präjudiziert war.

Wieweit der Vorsitz festgelegt war, ist nicht klar⁵⁾, das Amt des Schriftführers, der unter anderem die Tagesordnung der Sitzungen zusammenstellte, bildete erst die Basis für eine Führungsposition. Bennigsen, der Parteiführer, hatte wohl zunächst eine informelle Stellung, die nachträglich durch Vertretung der Fraktion im Senioren-Konvent auch formale Funktion gewann. Die eigentlich politischen Führer mußten zuerst aus dem Vorstand ohne besondere Wahl kraft ihrer Autorität heraustreten, und weil die Fraktion eher eine Stimmungs- als eine Überzeugungsgemeinschaft darstellte, hatte sie nicht einen einzigen, sondern mehrere Führer⁶⁾. Zu ihnen gehörten in den 70er Jahren Bennigsen, Forckenbeck, Lasker,

¹⁾ Beim ersten Entwurf des Sozialistengesetzes sollte Bennigsen sprechen, auf Instruktionen verzichtete man, er werde schon die richtige Linie aus dem Parallelogramm der Kräfte, wie es in der Fraktionssitzung hervorgetreten sei, ziehen, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 197.

²⁾ Elben, S. 169; ob ihre Vorschläge noch einer formellen Genehmigung durch die Fraktion bedurften, ist nicht ganz klar, 1878 wurden nach dem Tagebuch Hölders bei Poschinger II, die Kommissionssitze durch die Gesamtfraktion vergeben. Über die Besetzung des Reichstagspräsidiums verhandelte die gesamte Fraktion, ebd., S. 179.

³⁾ Auseinandersetzung und Verdruß bei Bildung der Kommission für die Justizgesetze, Böttcher, S. 163; Elben, S. 193 f. 1878 verhinderten die Fraktionsführer die Wahl ihrer Gegner auf der Rechten in die Kommission für das (2.) Sozialistengesetz, Hölder, Poschinger II, S. 294; bei der Wahl der Mitglieder der Tarifkommission sicherte sich die freihändlerische Linke durch ihren Einfluß auf den Vorstand 4 Kommissionssitze, die Rechte und die Mitte hatten jeweils 2, das entsprach keineswegs den Stärkeverhältnissen in der Gesamtfraktion, Oncken II, S. 409; Hölder, Poschinger II, S. 345.

⁴⁾ 1867 ist von einer „Redaktionskommission“ zur Vorbereitung der Fraktionssitzungen, offenbar wegen der Ausarbeitung der Bundesverfassung, die Rede, Oncken II, S. 32. — Die Angaben über die Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes bei Kalkoff sind ungenau und z. T. falsch. Sitzungen des Fraktionsvorstandes: z. B. Hölder, a. a. O., S. 271, 276, 280.

⁵⁾ Für die Sitzungen kamen verschiedene Vorsitzende in Frage, Stephani war wegen seiner ruhigen und ausgleichenden Art besonders beliebt, Elben, S. 182.

⁶⁾ Vgl. auch Herzfeld I, S. 253.

Miquel und Stauffenberg, die beiden letzteren schon mehr in zweiter Linie, Forckenbeck durch seine Stellung als Reichstagspräsident von 1874 bis 1878 in der aktiven Parteiführung verhindert, nach seinem Rücktritt aber wieder sehr aktiv¹⁾).

Laskers Stellung beruhte, wie später die Stellung Richters und Erzbergers in ihren Fraktionen, auf seinem Fleiß und seinen großen Fähigkeiten. Er widmete sich, in Berlin ansässig, mit seltener Ausschließlichkeit der parlamentarischen Tätigkeit, kannte die in der Fraktion zur Debatte stehenden Fragen immer genau, während die Mehrzahl seiner Kollegen sich noch wenig mit ihnen befaßt hatte, und verfügte, juristisch geschult und mit durchdringendem Blick begabt, bereits über eine begründete Meinung, die er überzeugend darzustellen wußte; zudem besaß er große persönliche Liebenswürdigkeit²⁾). In erster Linie war er, reserviert gegenüber Bismarck, um das parlamentarische und rechtsstaatliche System noch kämpfend und gegen das Aufgehen der Partei in Taktik und Kompromissen opponierend, der Führer des linken Flügels, aber die von ihm erstrebte Wiedervereinigung des Liberalismus übte auch auf die Parteimitte noch Anziehung aus, und seine sachliche Autorität reichte noch über die Stellung des Führers eines Flügels hinaus, zumal Bennigsen, durch Verhandlungen mit der Regierung und anderen Parteien verhindert, öfter bei der ersten Meinungsbildung in der Fraktion nicht zugegen war³⁾). In der preußischen Landtagsfraktion, die 1873 z. B. rund 170 Mitglieder umfaßte, hatte er eine geradezu dominierende Stellung, hier schied Bennigsen seit 1873 als Präsident des Hauses aus der direkten Fraktionsführung aus⁴⁾). Lasker war, wie Bamberger es ausgedrückt hat, Generalstabschef und Feldwebel seiner Partei zugleich⁵⁾). Seine Stellung schloß keineswegs aus, daß er gelegentlich fast alleinstand⁶⁾), aber das beeinträchtigte bis 1879 nicht seine Führerschaft, deren informelle Begründung durchaus Alleingänge zuließ.

Trotzdem war nicht Lasker, sondern unbestritten Bennigsen der Führer der Fraktion. Er war der Mann des mittleren Weges und des Ausgleichs und erfüllte damit das wichtigste Erfordernis für einen Führer der nur langsam zusammenwachsenden Fraktion. Er war seinem Herkommen und seinen Fähigkeiten nach

¹⁾ Oncken II, S. 248; Elben, S. 179, Stauffenberg war Schriftführer; Hölder, a.a.O., pass.; Philippson, S. 328. — Daneben gab es noch einige in Einzelfragen führende Leute wie Wehrenpfennig, Gneist und Braun, Elben, S. 181.

²⁾ Elben, S. 178.

³⁾ Elben, ebd., die Abwesenheit Bennigsens beschleunigte nach ihm die Flügelbildung. Der relativ rechtsstehende Elben spricht mit großer Überzeugung von Laskers Führerstellung. 1874 verstärkte sie sich, weil dem linken Flügel für eine positive oder negative Mehrheitsbildung die Schlüsselstellung zufiel.

⁴⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 95.

⁵⁾ Zu Laskers Stellung: Herzfeld I, S. 253 ff.; Oncken II, S. 252 ff.; Braun, bei Poschinger III, S. 12.

⁶⁾ Stephani, der ihn offenbar nicht leiden mochte, verzeichnete besonders, wenn er in der Fraktion oder im Plenum eine isolierte Stellung einnahm, Böttcher, S. 108, 110, 129, 163.

auch der Mann der Verhandlungen mit der Regierung, wozu der prinzipiellere Lasker nicht nur wegen seiner sozialen und konfessionellen Stellung ungeeignet war; Führung der Fraktion und Verhandeln mit der Regierung bedingten sich gegenseitig. Endlich hatte er als Präsident des Nationalvereins und als nicht vom Konflikt geprägter Neupreuße eine bei allen anerkannte Autorität, die in ihrer ruhigen Art auch der dezidierten Schärfe Laskers überlegen war.

Die wichtigsten Fragen wurden unter den genannten Führern, Bamberger und Stephani konnten noch hinzutreten, besprochen, die vor dem Fraktionsvorstand und der Fraktion versuchten, sich über das Vorgehen in konkreten Fällen schlüssig zu werden¹⁾, und zum Teil, wie bei der Frage der Ministerkandidaturen 1877/78, ohne Befragen der Fraktion entschieden²⁾. Gerade Bennigsen legte schon um der Einheit der Partei willen Wert darauf, sich in allen Angelegenheiten mit Lasker und Forckenbeck zu beraten, daneben natürlich mit seinem Freunde Miquel, um eine möglichst weitgehende Einhelligkeit zu erreichen; seine Partner waren ebenfalls an solcher Verständigung wesentlich interessiert³⁾.

Die Abgeordneten fühlten sich noch unabhängig, sie stellten das eigene Ermessen nur schwer hinter das Gruppeninteresse zurück, darum wollte man, soweit es ging, einander Freiheit lassen. Immerhin mußte jedem daran liegen, sich nicht zu häufig oder gar einzelgängerisch von der Mehrheit oder den großen Flügeln zu isolieren, weil die Fraktion über Kommissionssitze und Plenarreden verfügte und es bei deren Verteilung natürlich auf ein genügendes Vertrauen der Fraktion ankam. Besondere Mittel aber, Disziplin herzustellen, gab es nicht⁴⁾. Der Fraktionszwang wurde praktisch kaum je festgesetzt⁵⁾.

Die Führung war also nicht durch Statut von vornherein gesichert. Zwar war die Autorität der Führungsgruppe ziemlich groß; ein Rechtsoppositioneller wie Hölder spricht — allerdings in den Krisenjahren 1878/79 — ständig davon, daß die Führer, eine kleine „Clique“, mit ihren Trabanten als „Götter und Halb-

¹⁾ So beim Septennat, die Führer brachten dann einhellig einen Antrag in der Fraktion ein und durch, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 103; Oncken II, S. 260. Besprechungen 1878, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 220; Oncken II, S. 387; Böttcher, S. 221; Hölder, a.a.O., S. 267.

²⁾ Bennigsen besprach sich darüber oft mit Lasker und Forckenbeck, dann auch mit Stauffenberg und Miquel, er wollte jedenfalls eine Parteispaltung vermeiden, Oncken II, S. 328. Nach Rachfahl, Richter, S. 293, lag doch ein Fraktionsbeschluß vor. Über die verschiedenen Versionen zuletzt: Dill, Lasker, S. 136.

³⁾ Oncken II, S. 232. Lange Zeit aß Bennigsen häufig mit Lasker und Forckenbeck zusammen, so schon 1868, ebd., S. 128.

⁴⁾ „Unter den einzelnen Mitgliedern aber war es um die Disziplin oftmals schlecht bestellt“, Wittig, S. 39, von einem unhistorischen Standpunkt aus gesehen.

⁵⁾ Ein Versuch des linken Flügels, die Ablehnung der Tarifgesetze 1879 verbindlich zu machen, solange die Franckensteinsche Klausel darin stand, scheiterte, weil die dazu notwendige Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden war. Mit 41:7 Stimmen sprach sich die Fraktion zwar feierlich für die Ablehnung aus, aber dem Beschluß wurde ausdrücklich ein zwingender Charakter abgesprochen, Hölder, a.a.O., S. 354 ff.; Oncken II, S. 418; Philippson, S. 326; Böttcher, S. 250. Ähnlich bei der Frage der Eisenbahnverstaatlichung im Landtag 1880, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 286.

götter“ die Fraktion oligarchisch geleitet, ja „unter Anwendung aller kleinen und großen Kniffe“ beherrscht hätten, allerdings seien sie auch die hervorragendsten Mitglieder der Fraktion gewesen¹⁾. Aber diese — begrenzte — Autorität durchzusetzen, die einzelnen zu gewinnen, war eine jeweils neue politische Aufgabe. Bei wichtigen Fragen, wie den Kompromissen in der Septennatsfrage 1874, bei den Justizgesetzen 1876 und sogar noch beim Sozialistengesetz, konnten die Führer meist die große Mehrheit gewinnen, beim Septennat und den Justizgesetzen hing die schließliche Zustimmung des linken Flügels wesentlich mit dem Eintreten Laskers für diese Vorlagen zusammen²⁾. In anderen Fällen gelang es Bennigsen wenigstens, die verschiedenen Kräfte auf ein Kompromiß zu einigen, vor allem dann, wenn wegen einer besonderen Lage allseitiges Interesse daran bestand, innerfraktionelle Spannungen nicht zu sehr aufkommen zu lassen³⁾. Bei vielen bedeutenden Angelegenheiten aber, wenn es für die Mehrheitsbildung im Plenum nicht auf die Mehrheit der Nationalliberalen ankam, konnte sich die Fraktion ein Auseinandergehen leisten⁴⁾; oder der verhandlungsbereiten Führung genügte die Zahl von Fraktionsmitgliedern, die für die Annahme eines Gesetzes erforderlich war⁵⁾; oder eine entscheidende Mehrheit endlich stellte sich gegen den Rat der Parteiführer⁶⁾. In jedem Fall gab es Leute, die aus abweichender Ansicht gegen die Mehrheit der Fraktion stimmten, dabei zwar auch erwogen, ob sie dann noch in der Fraktion bleiben könnten oder von ihr weiter als Mitglied angesehen würden, aber dies Risiko für ihre Überzeugung eingehen zu müssen meinten⁷⁾. Praktisch änderte sich auch in solchen Fällen, solange sie nicht überhand nahmen, nichts an ihrem Verhältnis zur Fraktion⁸⁾. Zu Austritten kam es im wesentlichen nur dann, wenn sich zu einer politischen Differenz eine persönliche eine Verletzung der Kollegialität gesellte. So ist die Gruppe Schauß-

¹⁾ Hölder, a.a.O., z. B. S. 272, 293, 337. Über autokratische Führung der Nationalliberalen, Biedermann II, S. 315.

²⁾ Beim Septennat stand der linke Flügel unter dem Druck der Wähler, der „Umfall“ bedeutete für ihn eine schwere Niederlage. Bei den Justizgesetzen, denen der linke Flügel doch reserviert gegenüberstand, stimmten in der Fraktionssitzung 114 für das endgültige Kompromiß, 4 dagegen und 2 enthielten sich der Stimme, Oncken II, S. 291. Nach Richter I, S. 162, wurde den Dissidenten Stimmenthaltung unter Androhung des Ausschlusses auferlegt.

³⁾ Beim ersten Entwurf des Sozialistengesetzes einigte man sich auf Vertagung, nur Treitschke und Gneist blieben dabei, für den Entwurf einzutreten, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 197; Oncken, II, S. 379; Hölder, a.a.O., S. 280.

⁴⁾ So bei der Annahme eines 3jährigen Pauschquantums für das Heer 1871, Elben, S. 171; Heyderhoff-Wentzcke II, S. 33; Oncken II, S. 257; Böttcher, S. 125; Philippon, S. 227 f.

⁵⁾ Entscheidung über die Todesstrafe, Böttcher, S. 101.

⁶⁾ So 1876 bei der Wiederwahl Hänel's ins Reichstagspräsidium gegen den Rat selbst der rechtsstehenden Miquel und Wehrenpfennig, Richter I, S. 150 f.

⁷⁾ Z. B. Biedermann gegen das Jesuitengesetz, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 53 f.; Lasker gegen Jesuitengesetz und Kanzelparagraphen, Böttcher, S. 129.

⁸⁾ Hölder allerdings, der bei der Wahl von 1879 für das Sozialistengesetz eintrat, bemerkte, er könne nur kandidieren, wenn die Fraktion seinen Standpunkt nicht nur dulde, sondern mindestens seine Berechtigung anerkenne, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 208.

Völk 1879 unmittelbar nicht wegen der Stellung zum Zollgesetz aus der Fraktion ausgeschieden, sondern deshalb, weil Völk im Plenum Bennigsen sehr scharf angegriffen hatte und die verlangte Entschuldigung verweigerte, auf das daraufhin von der Fraktion mit 45 gegen 35 Stimmen ausgesprochene Bedauern über sein Verhalten traten er und seine Freunde aus. Die Linke hatte die Gelegenheit benutzt, den rechten Flügel herauszudrängen, indem sie erklärte, ohne die Entschuldigung selbst auszutreten, während Bennigsen noch vermittelnd auf förmliche Entschuldigung verzichtet hatte¹⁾. Natürlich wurde „unter dieser Form“ „über eine viel tiefer liegende Frage entschieden“, darüber, ob die Linke oder die Rechte austreten sollte, beide Flügel hatten seit langem entsprechende Pläne vorbereitet. Aber der für die Haltung der Parteimitte und damit für das Ergebnis entscheidende Anlaß war ein persönlicher.

Die seit 1878/79 schwelende Parteikrise lockerte freilich das Fraktionsgefüge immer stärker auf. Im Herbst 1878 hatte Bennigsen — nach ergebnislosen Besprechungen im Führungskreis — unter der Einwirkung von Miquel²⁾ die Verhandlungen mit Bismarck über die endgültige Fassung des Sozialistengesetzes allein geführt, ohne, wie sonst üblich, Lasker zuzuziehen, und das Ergebnis in der Fraktion zunächst gegen Lasker und eine verschwindende Minorität durchgesetzt. Bei seinen Verhandlungen hatte er immerhin den durch Unterschriften bekräftigten Willen des linken, für die Annahme des Gesetzes notwendigen Flügels, bei einer über 2 ½ Jahre hinausgehenden Gültigkeitsdauer des Gesetzes dieses abzulehnen — die Gewissensberuhigung der „rechtsstaatlichen“ Linken —, benutzt, um dies Zugeständnis von Bismarck zu erreichen. Trotz sehr gereizter Auseinandersetzungen wegen einzelner Separatvoten der Linken und trotz Austrittsdrohungen gelang es Bennigsen, gerade mit dieser Konzession endgültig eine einheitliche Stellungnahme der Fraktion zu erreichen³⁾. Die Tarifreform trieb aber dann die Spaltung der Fraktion weiter voran. Der Einfluß Laskers ging erheblich zurück. Die — geheimen — Vorstandswahlen wurden nun zu vorbereiteten politischen Aktionen, zu Vertrauens- oder Mißtrauenskundgebungen, im Frühjahr 1879 kamen Bamberger und Lasker nur noch gegen erheblichen Widerstand in den Vorstand⁴⁾. Die Schutzzöllner hatten sich der interfraktionellen Freien Wirtschaftlichen Vereinigung angeschlossen⁵⁾ und faßten in deren Rah-

¹⁾ Hölder, a.a.O., S. 358 ff.; Patzig, S. 123; Heyderhoff-Wentzcke II, S. 253; Böttcher, S. 254; Philippon, S. 324 ff. Nur Treitschke war schon vorher wegen der politischen Differenz ausgetreten, Wehrenpennig gleichzeitig. — Mosle wurde 1879 — zunächst vergeblich — zum Austritt gedrängt, weil er im Plenum antisemitische Bemerkungen gegen die Freihändler gemacht hatte, Hölder, a.a.O., S. 344; Poschinger II, S. 332.

²⁾ Hänel führte die ganze Rechtsentwicklung Bennigsens seither auf den Einfluß Miquels zurück, Rachfahl, S. 297, 326.

³⁾ Hölder, a.a.O., S. 295 ff.; Oncken II, S. 393 ff.; Böttcher, S. 226. — Die Linke stand stark unter dem Druck der Wählerstimmung.

⁴⁾ Mit 30:17 Stimmen, der rechtsstehende Völk erhielt allerdings noch die große Mehrheit von 41 Stimmen, Hölder, a.a.O., S. 338.

⁵⁾ Böttcher, S. 262, 248.

men verpflichtende Sonderbeschlüsse. Auch innerhalb der Partei hielten die Flügel Sonderbesprechungen ab, die Spaltung wurde offen diskutiert, in dem wichtigen Monat Juni 1879 fanden überhaupt kaum Fraktionssitzungen statt¹⁾. Zwar erkannte die Partei in Wirtschaftsfragen auseinandergelagerte Meinungen an, aber bei dieser Reform war doch die Summe der Wirtschaftsangelegenheiten ein Politikum ersten Ranges. Es gelang auch Bennigsen nicht mehr, die an sich noch zum Zusammenhalt entschlossene Fraktion auf seine Linie zu bringen und die für das Kompromiß mit Bismarck notwendige Mehrheit zu gewinnen, er mußte mit der Gegnerschaft von 30 bis 40 Stimmen rechnen. Da Bismarck die Reform mit dem Zentrum machte, konnte die Linke die Mitte noch einmal auf ihre Seite ziehen²⁾, und die Einheit blieb nach dem Ausscheiden der Gruppe Schauß noch eine Weile erhalten.

Die Phasen des Zerfalls haben im Hinblick auf die Fraktionsorganisation kein Interesse. Die langen Auseinandersetzungen, die offene Vorbereitung der Sezession³⁾, das Werben Rickerts um Anhang und der von ihm gehegte Plan, ein besonderes Komitee des linken Flügels in der Fraktion zu bilden oder trotz Gründung eines eigenen Wahlvereins in der Fraktion zu bleiben, waren nur bei deren lockeren Gefüge möglich. Sie war in dem Moment nicht mehr funktionsfähig, in dem die Einheit der Führung, die gemeinsame Basis der Mitglieder und der Wille zur Einigung dahinschmolzen. Die Organisation selbst hatte keine bindende Kraft. Im Sommer 1880 wurde die Partei durch die Sezession endgültig gesprengt. Der Versuch Laskers, nach der Sezession einen Notverband der Liberalen durch einen gemeinsamen Ausschuß für gewisse Vorberatungen zu bilden, scheiterte schon am Widerspruch der Nationalliberalen⁴⁾.

Die nationalliberalen Restfraktionen⁵⁾ waren wesentlich homogener, wenn es auch weiterhin ein Auseinandergehen gab. Bennigsen war, zumal Miquel dem Reichstag nicht angehörte, der unbestrittene Führer. Trotzdem blieb er bei der Beratung der kirchenpolitischen Vorlagen im Sommer 1883 im Landtag ohne Unterstützung, was ihm, dem seine Vermittlungspolitik jetzt aussichtslos erschien, den letzten Anstoß zur Niederlegung seiner Mandate gab. Nach seinem Ausscheiden gab es unter Buhl und Marquardsen keine starke Leitung der Fraktion mehr⁶⁾.

¹⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 245; Böttcher, S. 250; Hölder, a. a. O. S. 340 ff., die Protektionisten begannen mit den Sonderkonferenzen, Hölder spricht von ihrer Unterfraktion, die Rechte unterzeichnete auch einen Antrag, obwohl er von der Fraktion verworfen worden war, Lasker sah darin schon einen Bruch der Fraktionsgepflogenheiten.

²⁾ Oncken II, S. 402 ff.

³⁾ Oncken II, S. 428; Wittig S. 43; Heyderhoff-Wentzcke II, S. 303 ff.; NL Forckenbeck; Philippon, S. 324 ff.

⁴⁾ Oncken II, S. 477.

⁵⁾ Im preußischen Abgeordnetenhaus waren die Verhältnisse ganz ähnlich gewesen.

⁶⁾ Oncken II, S. 496, 517; Wittig, S. 48.

Die Kartellwahlen brachten der Fraktion noch einmal fast 100 Mandate. Die Größe der Fraktion machte aber jetzt weniger Schwierigkeiten als früher, da die Partei zusammengewachsen war und da viele Abgeordnete neu in den Reichstag eintraten und ganz selbstverständlich die Führung der älteren Politiker anerkannten. Fraktionsführer waren seit ihrem Wiedereintritt in den Reichstag Miquel und Bennigsen¹⁾, deren Autorität gegenüber den vergangenen Jahren unbedingt zugenommen hatte. Sie führten in allen wichtigen Dingen die Verhandlungen mit der Regierung und den Kartellparteien, „ohne den Fraktionsmitgliedern vorher Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Auffassung zu geben“, die Fraktion konnte ihre Vorschläge praktisch nur noch annehmen²⁾. Neben ihnen hatte Marquardsen als Schriftführer bedeutenden Einfluß, er stellte die Tagesordnungen zusammen und konnte so unliebsame Erörterungen weitgehend unmöglich machen³⁾.

Führung oder Mehrheit warfen ihr Gewicht zugunsten eines einheitlichen Vorgehens energisch in die Waagschale. Der Fraktionszwang kam jetzt auch faktisch zur Geltung, allerdings noch selten, zwischen 1887 und 1890 nur beim Septennat und bei der Verlängerung der Legislaturperioden⁴⁾. Sonst wurde ein starker moralischer Druck auf widerstrebende Abgeordnete ausgeübt, sich einer Mehrheitsentscheidung anzuschließen⁵⁾, und meist hatte das Erfolg. Gerade Neulinge fügten sich trotz Bedenken der Autorität der anerkannten Führer⁶⁾. Wenn eine Minderheit allerdings ganz entschieden auftrat, konnte sie ihren Willen geltend machen; bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes 1890 wollte der rechte Flügel zuletzt das Gesetz mit der Ausweisungsbefugnis auf unbegrenzte Zeit, auf der die Regierung bestand, annehmen, wofür er die große Mehrheit gewonnen hatte; da aber über ein Dutzend Fraktionsmitglieder bei ihrem Wider-

¹⁾ Kulemann, S. 63; K. gibt für diese Zeit einen ausgezeichneten Bericht über die Fraktionsverhältnisse.

²⁾ So bei der Verlängerung der Legislaturperioden, eine der wichtigsten Entscheidungen dieses Reichstags, so bei der Erneuerung des Kartells 1890; darüber bemerkt Kulemann, „aber wie bei anderen Gelegenheiten zeigte es sich auch hier, daß in Fragen, die sich auf die Grundrichtung der Politik bezogen, die Führer tatsächlich die Entscheidung trafen, ohne die Fraktion zu wirksamer Mitbestimmung zuzulassen. Auch in diesem Fall wurde eigentlich nur von der vollzogenen Tatsache Mitteilung gemacht, und die Beratung hatte lediglich formelle Bedeutung. Einige Mitglieder erhoben Bedenken, aber alle wußten, daß dies ohne Einfluß bleiben mußte“, ebd., S. 145.

³⁾ Kulemann, S. 136 f., K. nennt ihn geradezu „spiritus rector“ der Fraktion.

⁴⁾ Kulemann, S. 47, 125.

⁵⁾ Kulemann, S. 47, über den „recht erheblichen moralischen Druck“, der „häufig stärker ist, als man es mit der Rücksicht auf das Verantwortlichkeitsgefühl vereinbaren kann“. Solcher Druck z. B. bei einer ersten Marinevorlage 1888/89, die die Mehrheit gegen ihre sachliche Überzeugung befürwortete, um den Kaiser nicht zu brüskieren, ebd., S. 106 ff. Ebenso beim Branntweinsteuergesetz, das die landwirtschaftlichen Brenner mit der „Liebesgabe“, einem differenzierten Steuersatz, begünstigte; nur wer sich seinen Wählern gegenüber verpflichtet hatte, wurde nicht zur Annahme gedrängt, ebd., S. 149.

⁶⁾ Auch auf Veröffentlichungen der Abgeordneten übten die Fraktionsführer Einfluß aus und verhinderten, was die Fraktionspolitik hätte belasten können, ebd., S. 132, 137.

spruch blieben und ohne sie im Plenum keine sichere Mehrheit vorhanden war, entschloß sich auch die Mehrheit zur Ablehnung der Regierungsfassung¹⁾. Unter diesen Umständen beabsichtigten einige Abgeordnete, im nächsten Reichstag einen besonders beratenden linken Flügel zu bilden — ein Plan, den man organisatorisch noch für möglich hielt, der aber schon deshalb scheiterte, weil die betreffenden nicht wiedergewählt wurden²⁾. In wirtschaftlichen Fragen galt an sich noch eine gewisse Freiheit zum Auseinandertreten, hier wurde kaum der Versuch gemacht, eine Einigung herzustellen³⁾, zumal natürlich die Rücksicht auf die jeweils verschiedene Wählerschaft der einzelnen eine bedeutende Rolle spielte. Im allgemeinen war aber diese Rücksicht nicht sehr groß, das Invalidenversicherungsgesetz und die Branntweinsteuernovelle, beide in hohem Maße unpopulär, wurden von der großen Mehrheit der Fraktion als sachlich richtig oder als taktisch notwendig angenommen⁴⁾.

Die jüngeren Abgeordneten sahen sich einer Hierarchie der älteren gegenüber und fanden schwer ein Betätigungsfeld und eine Aufstiegsmöglichkeit, eine Klage, die in fast allen Berichten von Fraktionsneulingen wiederkehrt. Das Dilemma in diesem Fall war, daß tüchtige neue Abgeordnete herausgestellt werden sollten, um Ansehen und Wahlchancen der Partei zu vergrößern, daß andererseits aber bisher maßgebende Leute die Konkurrenz fürchteten und sie hintanzuhalten versuchten. Wesentlich für einen Aufstieg war unter diesen Umständen vor allem die Gunst anerkannter Führer⁵⁾.

Die straffe Fraktionsorganisation im Kartellreichstag blieb aber eine vorübergehende Erscheinung. Miquel schied 1890 aus, Bennigsen, durch sein Amt als Oberpräsident, sein Alter und eine gewisse Resignation gehemmt, nahm die Zügel der Fraktionsführung nicht mehr fest in die Hand⁶⁾. Die zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen machten bei den sehr verschiedenen Einstellungen und Rücksichten ein einheitliches Vorgehen selbst in so wichtigen Fragen wie dem Abschluß der späteren Capravischen Handelsverträge, dem Umsturz- und dem Zuchthausgesetz illusorisch. Eine Politik, die sich weitgehend an der Regierung orientierte, ohne das, wie das Zentrum, zum Grundsatz zu erheben und taktisch auszunutzen, die also zwischen Prinzip und Opportunität schwankte und einer energischen Führung entbehrte, war einem

¹⁾ Kulemann, S. 133.

²⁾ Kulemann, S. 153.

³⁾ Auseinandergehen bei der Erhöhung der Getreidezölle 1887, Schultheß, S. 196; Oncken II, S. 537; bei einem Gesetzentwurf über Konsumvereine, Kulemann, S. 95.

⁴⁾ Ebd., S. 118, 149; von den nicht wiedergewählten Abgeordneten sagte man später, sie seien im Schnaps erstickt.

⁵⁾ Ebd., S. 59 f., 121 ff. Kulemann, originell und gründlich, wurde ein Schützling Miquels. Dieser beauftragte ihn, für die Fraktion einen Entwurf auszuarbeiten, der das Sozialistengesetz aufheben und Wesentliches von seinen Intentionen ins gemeine Recht aufnehmen sollte.

⁶⁾ Der zum linken Flügel zählende Oechelhäuser klagt 1892, wie ohne Bennigsen die Fraktion zerfalle mit „einem Mann von Kautschuk“ — wohl Benda oder Marquardsen — an der Spitze, Oncken II, S. 569.

geschlossenen Auftreten nicht günstig. Ein Zwang wurde nicht ausgeübt, da man — zumal unter dem Druck der Agrarbewegung — eine immer mögliche Sezession nicht riskieren konnte¹⁾; nur bei gar zu offensichtlichen Verstößen gegen die liberalen Rechtsstaatvorstellungen kam es zu Ausschlüssen aus der Fraktion²⁾. Der Fraktionsvorstand war mit neun Leuten relativ groß³⁾, nach welchen Prinzipien er gewählt wurde und welche Bedeutung er hatte, ist nicht ganz klar, wahrscheinlich trat er zu Vorberatungen zusammen.

In die 90er Jahre fällt der Aufstieg Bassermanns. 1893 in den Reichstag eingetreten, war er, obgleich 1894 auf dem Parteitag im Gegensatz zur weit überwiegenden Mehrheit gegen ein Umsturzgesetz, schon 1897 interimistischer Fraktionsvorsitzender geworden, nachdem er vorher Mitglied des Fraktionsvorstandes, zuletzt Schriftführer und mehrfach Kommissionsvorsitzender gewesen war; und 1899 wurde er endgültig zum Vorsitzenden gewählt. Die Rücksicht auf die Anciennität spielte also keine ausschlaggebende Rolle⁴⁾. Primär große Arbeitskraft und die seltene intensive Anteilnahme am parlamentarischen Betrieb, dann ein starker Sinn für den Ausgleich zwischen den Flügeln — bei konservativer Grundstimmung war er im einzelnen fortschrittlich —, rhetorische Fähigkeiten und Verhandlungsgeschick, dazu die Gunst des älteren Parteiführers Bennigsen, der ihn schließlich als seinen Nachfolger vorschlug, und natürlich ein beträchtlicher Ehrgeiz, haben Bassermann, der, etwas oberflächlich und opportunistisch, an sich kein großer Führer, doch über den Typ des bloßen Vorsitzenden hinausreichte, in diese Stellung gebracht. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes kamen wegen ihres Alters oder als Vertreter eines Flügels nicht in Frage; außer Bassermann erschien 1898 keiner von ihnen mehr im Reichstag. Der zeitweise aufgetauchte Gedanke, bei Bennigsens Ausscheiden ein mehrköpfiges Direktorium zu bilden, zu dessen Befürwortern vor allem der mit Bassermann konkurrierende Heyl gehörte, daneben wohl auch Schönaich-Carolath, war nicht durchgedrungen⁵⁾. Nach 1898 wurde die Stellung Bassermanns dadurch ge-

¹⁾ Angeblich wollte Bennigsen 1895 die Befürworter des Antrags Kanitz — die extremen Agrarier — aus der Fraktion ausschließen, die Mehrheit erklärte sich aber dagegen, Dt. Tgztg., 7. Januar 1896.

²⁾ Als MdL Schoof 1897 für den reaktionären Entwurf eines preußischen Vereinsgesetzes stimmte, erklärte die Fraktion, ihn nicht mehr als Mitglied zu betrachten, Dt. Tgztg., 26. Juli 1897; der Hospitant der Reichstagsfraktion, Hahn, wurde vornehmlich wegen antisemitischer Reden im Plenum ausgeschlossen.

³⁾ 1893 bis 1898: Bassermann, Benda, Bennigsen, Bürklin, von Cuny, Hammacher, Marquardsen, Osann, Pieschel; Kalkoff, X ff.; vielleicht bezieht sich diese Angabe erst auf die Zusammensetzung des Vorstandes 1897.

⁴⁾ Das ist auch in anderen Parteien so gewesen. Westarp, Erzberger, Scheidemann sind in wenigen Jahren zum Rang politischer Führer aufgestiegen.

⁵⁾ Maenner, S. 143; Eschenburg, S. 10. Heyl war ein Einzelgänger, Großindustrieller, aber einerseits mit dem Bund der Landwirte eng liiert, andererseits mit starker Neigung zur Ausdehnung der Sozialpolitik, darum mit keinem der Parteiflügel ganz verbunden; mit Bassermann stand er ausgesprochen schlecht. — Formell wurde Bassermann erst 1899 — gegen 2 Stimmen — gewählt, Wittig, S. 51.

stärkt, daß auch weiterhin die Mitglieder des Vorstandes stark wechselten, vor allem deshalb, weil die Partei nur über wenige sichere Wahlkreise verfügte und darum die Zusammensetzung der Fraktion nach jeder Wahl sich änderte¹⁾. Die Wiederwahl des Vorsitzenden erfolgte stets in großer Einmütigkeit, auch 1912 erhielt Bassermann alle Stimmen, obwohl der rechte Flügel im Zentralvorstand gegen ihn heftige Opposition machte.

Die Führung war nicht institutionell oder gewohnheitsmäßig, etwa durch Bestimmung der Redner und Kommissionsmitglieder, und nicht durch Autorität gesichert, sie mußte jeweils durch Ausgleich und Initiative und durch Sichstützen auf bestimmte Gruppen in der Partei erhalten werden. Diese außerordentlich schwierige Aufgabe ist von Bassermann immer wieder einigermaßen bewältigt worden. Dabei war er trotz eigener Initiative weniger prägender Führer der Fraktion, wie etwa Heydebrand oder Richter, als Repräsentant ihrer Kräfte, die er durch seine Leitung auf einen Nenner zu bringen und einzusetzen wußte. Neben ihm gab es noch einige andere Führer, Experten für wichtige Einzelgebiete, und vor allem die Repräsentanten der Flügel, für die Führung der Gesamtpartei war aber die mittlere Linie, die die fluktuierende Parteimitte hinter sich hatte, Voraussetzung.

Die Stellung des sogenannten Geschäftsführers der Fraktion hatte keine eigentliche Führungsbedeutung, ihre Inhaber, Graf Oriola bis 1909, dann Fuhrmann, der zugleich einer der Generalsekretäre der Partei, aber nicht wie Oriola Mitglied des Fraktionsvorstandes war, standen weit rechts, auf die politische Linie der Fraktion hatten sie als Schriftführer keinen Einfluß²⁾. 1912 übernahm der linksstehende Abgeordnete Beck dieses Amt.

Mit der Zeit gelang es Bassermann, eine größere Einheitlichkeit nicht der Auffassung, aber des Vorgehens der Fraktion zu erreichen; die ältere liberale Anschauung, daß man nur in politischen Dingen einig sein müsse, in Wirtschaftsfragen aber durchaus differieren könne, war in einer Zeit, in der Wirtschaftsfragen zu erstrangigen Politika wurden, nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Fraktion mußte versuchen, sich auch in diesen Fragen weitgehend zu einigen, wenn sie nicht ihre politische Bedeutung verlieren wollte. Der einzelne mußte die „für einen politischen Verband notwendigen Opfer der Anschauung“ zu bringen lernen. Beim Zolltarif 1902 ging die Fraktion zum ersten Mal in einer großen Frage freiwillig geschlossen vor³⁾. 1909 wurde wegen der Abstimmung über die

¹⁾ 1903 blieben 4 von 9 Mitgliedern übrig, 1907 6, 2 schieden spätestens 1909 aus dem Vorstand aus, 1912 blieben 3 übrig, Kalkoff, S. X ff. 1903 war auch Bassermann durchgefallen und kam erst bei einer Nachwahl durch. 1907 waren von 55 Fraktionsmitgliedern 29 neu gewählt, Eschenburg, S. 65.

²⁾ Hannov. Cour., 18. April 1910; Rhein. Westf. Ztg., 7. Juli 1910; Parteiakten.

³⁾ Bassermann auf dem Parteitag 1912, Prot., S. 39. — Nur Büsing hatte sich 1902 der Stimme enthalten. Nur in wirklichen Spezialfragen, auch solchen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, blieb die Ungebundenheit der Abgeordneten erhalten. Es blieb üblich, daß von Abgeordneten verschiedener Fraktionen Anträge eingebracht wurden, ohne daß die Mehrheit dieser Fraktionen dahinterstehen mußte.

Erbschaftssteuer, an der sich die Finanzreform und das Schicksal Bülow's entschieden, Fraktionszwang beschlossen¹⁾. An sich bestand die Möglichkeit, der Abstimmung fernzubleiben, aber infolge des Beschlusses, der ja grundsätzlich über die künftige Linie der Partei entschied, traten die hochagrarischen Fraktionsmitglieder Heyl, Oriola und Lehmann aus²⁾.

Es gab natürlich weiter ausgesprochene Flügel, und deren repräsentative Vertreter versuchten, die Parteilinie in ihrem Sinne zu beeinflussen³⁾. Die Gegensätze, bei den Nationalliberalen besonders ausgeprägt, waren so scharf, daß sie die Einheit ständig problematisch machten und bedrohten. Aber man fand, wenn auch mit großer Mühe, immer wieder einen *modus vivendi*; Bassermann blieb, obschon er manchmal vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren gesonnen war⁴⁾, der anerkannte Führer, er wahrte einen mittleren Kurs, dem sich alle fügen konnten, die Politik der Konservativen, die zum Ende des Blocks geführt hatte, machte einen eigentlichen Rechtskurs sowieso unmöglich, und der Vorstoß des rechten Flügels im Zentralvorstand 1912 bewirkte überraschend ein besonderes Maß von Einigkeit in der Fraktion⁵⁾. Bei den meisten wichtigen Entscheidungen konnte sie ihre Stimmen relativ einheitlich zur Geltung bringen, die Gegensätze reichten nur noch selten bis in die Entscheidungen des Plenums hinein. Bei der Wahl des Reichspräsidenten 1912 stimmte die Linke für Bebel als Präsidenten, während sich die Rechte der Stimme enthielt; aber bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten stimmte die Fraktion ziemlich geschlossen für Scheidemann. Im Kriege ging dann, zumal wegen der Kriegszielfrage, der durch Richthofen und Schönaich-Carolath repräsentierte linke Flügel erheblich zurück.

Seit 1907 zog Bassermann unter den Neulingen Stresemann und Weber, die als Befürworter einer gemäßigt jungliberalen Richtung — ohne Tendenz zu einem Linksblock — gelten konnten, daneben den linksstehenden Junck, als seine jungen Leute heran, er verhalf 1909 Weber, der sich in der Finanzkommission sehr aktiv beteiligt hatte, und 1912 Junck zum Sitz im Fraktionsvorstand und Stresemann trotz der Reserve des rechten Flügels zur Stellung eines „Kronprinzen“ in der Partei. 1917, Bassermann war tödlich erkrankt, führte Schönaich-Carolath mit einem mehrköpfigen Vorstand die Fraktion, politisch war aber Stresemann, 1914 in den Fraktionsvorstand gewählt, maßgebend, in der Kriegszielfrage rechts-, in der Verfassungsfrage linksstehend, konnte er von beiden Flügeln als der gegebene Führer anerkannt werden, zumal er die stärkste poli-

¹⁾ Anfangs war sich Bassermann der Fraktion nicht ganz sicher gewesen, Eschenburg, S. 228.

²⁾ Heyl schied sofort aus. Oriola wurde um Niederlegung seiner Ämter beim Bund der Landwirte gebeten und aus einer Kommission der Fraktion ausgeschaltet, daraufhin trat er aus, Nat. Ztg., 21. Juli 1909; Berl. Tagebl., 27. September 1909; Parteitageprot. 1912, S. 39; Bachem VII, S. 75. Heyl und Oriola blieben Mitglieder der hessischen Landespartei.

³⁾ 2 an Bassermann gerichtete Denkschriften von Exponenten der Flügel, Fuhrmann und Junck, Eschenburg, S. 268.

⁴⁾ So 1912, NL Schiffer.

⁵⁾ Dazu Briefe im NL Schiffer.

tische Energie darstellte. Daher verzichtete der ältere Schönaich bei der Neuwahl im September 1917 auf das Amt, und Stresemann wurde gewählt¹⁾. Der Aufstieg jüngerer Leute zu Führungsrang war also relativ einfach, da ein Teil der Abgeordneten sich nicht intensiv am parlamentarischen Betrieb beteiligte und die Gruppenbildung nicht zwischen „Alten“ und „Neuen“, sondern nach Sachfragen wechselnd zwischen rechts und links verlief.

Gemäß dem durch den Dualismus Reich-Preußen bestimmten Staatsaufbau hatte neben der Reichstagsfraktion noch die preußische Landtagsfraktion eine eigenständige und bedeutende Führungsposition in der Gesamtpartei. Denn Politik im Reich konnte nicht ohne Rücksicht auf die in Preußen getrieben werden, beide bedingten einander. Die Landtagsfraktion nun, durch ihren Vorstand mit der Reichstagsfraktion gleichberechtigt im Zentralvorstand vertreten, stand wesentlich weiter rechts als die des Reichstags, ihr fehlte das südwestdeutsche linksliberale Element, sie war durch das Klassenwahlrecht zustande gekommen, sie brauchte auf das allgemeine Stimmrecht keine Rücksicht zu nehmen, und sie war auf Grund der parlamentarischen Lage auf Zusammengehen mit den Konservativen angewiesen. In ihr hatte auch die Industrie einen stärkeren Einfluß als im Reichstag. Sie war daher im ganzen etwas einheitlicher, und sie wurde von Friedberg, auch schon unter dem nominellen Vorsitz Hobrechts, geschickt und entschieden geleitet²⁾. Gerade während der Blockzeit, als eine gewisse Einheitlichkeit im Vorgehen nötig gewesen wäre, spielte dieser Gegensatz eine wichtige Rolle, Bassermann als Führer der Politik im Reichstag hatte keinen Einfluß auf die Landtagsfraktion, diese war unter der Führung seines stillen Gegners Friedberg nicht bereit, sich gänzlich in den Dienst der Reichspolitik zu stellen und ihren Sonderstandpunkt in der entscheidenden Wahlrechtsfrage zu revidieren. Neben dem Wahlrecht waren es Steuerfragen, die den Kern der Gegensätze ausmachten. Weder die Vermittlung des Zentralvorstands in der Frage der geheimen Wahl³⁾ noch die Einführung gemeinsamer Tagungen und Ausschüsse beider Fraktionen 1907/08 konnten die unterschiedlichen Positionen vereinigen, die Spannungen und Konflikte einigermaßen ausräumen⁴⁾. Die Landtagsfraktion blieb ein eigenständiges und selbständiges Machtzentrum in der Partei.

Fragen wir schließlich nach dem Verhältnis der Fraktionen zu der Partei außerhalb des Parlaments. In ihrer Politik waren sie institutionell unabhängig, keinem Parteiorgan Rechenschaft schuldig. Politisch brauchten sie grundsätzlich die Resonanz und die Zustimmung von Zentralvorstand und Parteitag, zeitweise und im einzelnen konnten sie auch gegen diese Instanzen handeln, im übrigen gelang es ihnen normalerweise, diese meist erst nachträglich mit den Entscheidungen befaßten Gremien zu gewinnen oder letzten Endes wieder hinter

¹⁾ Maenner, S. 143.

²⁾ Eschenburg, S. 13.

³⁾ s. o. S. 137 f.

⁴⁾ Eschenburg, S. 126.

sich zu bringen. Ebenso besaßen auch die Fraktions- und Parteiführer eine gewisse Selbständigkeit. Der Einfluß der Spitzen der Parteiorganisation auf die Fraktion war nur indirekt, darum nicht entscheidend, aber freilich beachtlich.

Die Mitglieder hatten formal noch geringeren Einfluß auf die Fraktion, zumal der Weg über die landschaftlichen Verbände und den Zentralvorstand mit seinen langjährigen Mitgliedern zu lang war, um wirksam benutzt werden zu können. Es gab nur den informellen Weg der Resolutionen, in denen die Mitglieder ihre politischen Meinungen und Forderungen an ihre Abgeordneten brachten; zu einer Drohung, den Abgeordneten nicht wiederzuwählen, ist es dabei kaum gekommen, das entsprach nicht der liberalen Überlieferung von der Unabhängigkeit der Abgeordneten. Sofern eine Resolutionsbewegung große Teile des Landes erfaßte und hohe Wellen schlug, konnte sie entweder den Abgeordneten den Rücken steifen wie 1892 beim Zedlitzschen Schulgesetzentwurf und wie 1909 bei der Finanzreform¹⁾. Oder sie konnte auch die Fraktion zu einer Modifikation ihrer Haltung bewegen. So hatte schon beim Septennat und dann beim Sozialistengesetz die Stimmung der lokalen Führungskreise die Abgeordneten beeinflußt, ja ihre Haltung ganz verändert²⁾, so bewogen bei der Umsturzvorlage die kulturpolitisch erhitzten Kundgebungen aus dem Lande, zumal aus Süddeutschland, die Fraktion, die zunächst diese Vorlage gefordert hatte, zu ihrer ablehnenden Haltung³⁾. 1912 haben die Proteste aus den „sozialistenfresserischen“ Orts- und Landesvereinen wegen der Haltung der Abgeordneten bei der Präsidentenwahl die Fraktion auf eine andere Linie gedrängt, Paasche wurde dadurch gezwungen, den Posten des zweiten Vizepräsidenten niederzulegen, als er nach Spahns Rücktritt nur mit einem Fortschrittler und einem Sozialdemokraten im Präsidium saß⁴⁾. Im Kriege beeinflusste die von Bassermann und Stresemann im Lande forcierte Stimmung für einen Siegfrieden auch die linke Mitte der Fraktion, die sich mit ihrer abweichenden Meinung zurückhielt⁵⁾. Öfter natürlich waren die Versuche, durch Resolutionen auf die Abgeordneten einzuwirken, vergeblich⁶⁾. In wirtschaftlichen Spezialfragen standen einzelne von ihnen unter

¹⁾ Ein Nachgeben der Fraktion hätte eine Sezession von Anhängern und Wählern veranlaßt, das stärkte Bassermanns Position gegenüber der Rechten, Eschenburg, S. 228.

²⁾ s. o. S. 123; für 1874 vgl. Parisius, S. 192 f.

³⁾ Richter, ABC-Buch 1897, S. 343, spricht geradezu vom Umschwenken der Partei infolge der Kundgebungen; vgl. auch Maenner, Schönaich-Carolath, S. 64; Wittig, S. 58, verschleiert die Lage. — Noch beim preußischen Schulkompromiß von 1904 kam es zu einer ähnlichen Erregung in der Partei, Parteitagssprot. 1905; Köhler, S. 21.

⁴⁾ Maenner, S. 116.

⁵⁾ Vgl. Maenner, S. 142.

⁶⁾ 1896 forderten die Vertrauensmänner Westpreußens vergeblich, die Abgeordneten dürften Anträge nur mit Genehmigung der Fraktion unterstützen und müßten aus der interfraktionellen wirtschaftlichen Vereinigung ausscheiden, sie wandten sich dabei gegen die Nationalliberalen, die den ein staatliches Getreideeinfuhrmonopol verlangenden Antrag Kanitz unterstützt hatten, Dt. Tgztg., 16. September 1896. Auch die drohende Sezession industrieller Kreise bei Verwerfung des Zuchthausgesetzes hat die Fraktion nicht beeinflusst.

dem Einfluß der Organisationen ihrer Wahlkreise, die sie schon vor den Wahlen auf bestimmte Versprechungen festlegten oder dann mit Resolutionen angingen, so z. B. die pfälzischen Abgeordneten in Fragen des Weinzolls etc., und bei großen zoll- und handelspolitischen Entscheidungen ergoß sich natürlich eine Flut von Einzelwünschen über die Parlamentarier¹⁾. Die Wiederaufstellung von Abgeordneten hat relativ selten zu Schwierigkeiten geführt, zumal natürlich sich diese ein gutes Verhältnis zu den örtlichen Führern angelegen sein ließen. Größer war selbstverständlich beim System der Personen- und Stichwahlen der indirekte Einfluß der Wählerstimmung auf die Entscheidungen der Abgeordneten, gerade zwischen 1893 und 1900, dieser ist aber im einzelnen nur schwer greifbar²⁾.

Die Politik der Fraktion hing von mehreren Faktoren ab, sie ergab sich aus der Grundrichtung der Partei, der Einsicht in sachliche oder taktische Notwendigkeiten, der Rücksicht auf die Möglichkeit, der Wählerschaft diese Politik plausibel zu machen, und aus dem Streben nach Erhaltung der Resonanz in der eigenen Partei, wobei sich die Anhängerschaft aber mehr nach der Politik der Fraktion richtete als diese nach der Meinung der Anhängerschaft. Man wird von einer relativen Unabhängigkeit der Abgeordneten, zumal bei Einzelentscheidungen, wenn schon sie nicht so ausgeprägt war wie beim Zentrum, sprechen können. Die bei starkem Wechsel infolge des Wahlsystems jeweils neue Zusammensetzung der Fraktionen aber lag in der Hand der Wahlkreisorganisationen, über die Auswahl der Abgeordneten wirkten sie doch mitbestimmend auf die Politik der Partei.

e) Schluß

Die wesentlichen Strukturzüge der Organisation und ihrer Geschichte lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen. Der ältere Parteityp, die nur für die Wahlen arbeitende Honoratiorenpartei mit vornehmlich persönlichen Bindungen wurde, etwa zwischen 1892 und 1910, zum Typ einer kontinuierlicher tätigen Mitgliederpartei mit durchgehend institutionalisiertem Aufbau umgebildet. Die psychologischen Voraussetzungen dafür waren lange Zeit sehr schlecht gewesen, weil die liberal bürgerliche Wählerschaft eine wo nicht unpolitische, doch mindestens organisationsunwillige Haltung einnahm. Es gelang nicht, Massen zu orga-

¹⁾ Vgl. Beumer auf dem Parteitag 1902, Prot., S. 147. — Festlegung in Fragen der Tabakbesteuerung 1907 z. B., Eschenburg, S. 200. — Solange noch Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik zu entscheiden waren, versuchten auch Organisationen auf Abgeordnete einzuwirken, Hammacher berichtet von Schwierigkeiten, die er als Zöllner mit seinem freihändlerischen Wahlkreis 1879 hatte, Bein, S. 79.

²⁾ Auf Fälle, wo Verbände einen Wählerdruck organisierten, werde ich in meinem Buch über die Verbände eingehen. Im Wahlkreis Worms z. B. wurde 1893 der bisherige Abgeordnete nicht wieder nominiert, weil er für den russischen Handelsvertrag gestimmt hatte, Prot. Parteitag 1896, S. 76 f.

nisieren, immerhin aber einen beachtlichen Anteil der Wählerschaft zu Parteimitgliedern zu machen, die Intensität der Beteiligung und die Politisierung der Anhänger war freilich im allgemeinen nicht sehr stark. Aufstieg blieb für originelle politische Köpfe unschwer möglich. Auch in der so veränderten Organisation lagen noch bei Fraktion und Wahlkreisorganisation die unabhängigen Schwerpunkte der Macht. Die Fraktion konkretisierte die politische Linie und entschied im einzelnen, die Wahlkreisorganisationen machten über die Kandidatenauswahl die neuen Abgeordneten. Die Bindungen zwischen oben und unten blieben sehr lose, was durch die — für das innere Parteileben charakteristische — ausgeprägte Flügelbildung noch gefördert wurde. Im letzten Jahrzehnt vor 1914 dann haben die Landesverbände eine stärkere Bindekraft entwickelt, aber kaum durch institutionelle Sicherung oder gewohnheitsmäßige Verfestigung, sondern auf Grund der gemeinsamen Orientierung der führenden Leute der örtlichen Organisationen auf bestimmte Flügel hin. Die Tendenz zu einer Machtverlagerung auf diese Instanzen wuchs an. Die Beteiligung der Anhänger an den Organen der innerparteilichen Meinungsbildung, in denen die provinziellen Honoratiorenführer im Zentralvorstand, das Parteivolk der Wahlkreise auf den Parteitag vertreten waren, diente wesentlich dem Kontakt zwischen Fraktion und Land, diente durch die Institutionalisierung von Aussprache und Kritik der notwendigen Integration, gab der Führung Resonanz und Repräsentanz und erleichterte die Bindung der Anhänger an die Partei. Auf dem Wege über diese Organe konnte die Mitgliedschaft gelegentlich einen gewissen Einfluß auf die Fraktion nehmen, weil in dieser selbst verschiedene Kräfte um die Gestaltung der Politik rangen, die je nach der Unterstützung durch Zentralorgane Auftrieb erhielten. So wichtig aber diese Institutionen auch für eine Art von Mitbestimmung der lokalen Führer sein mochten, die entscheidenden Gremien blieben Fraktion und Wahlkreisorganisationen. Das Gefüge der Partei blieb locker, blieb ständig von Auflösung bedroht. Die durch den Eintritt von Massen in die Politik und die Verschärfung der organisierten Parteigegensätze bedingten neuen Formen des politischen Kampfes haben sich nicht nur auf die Umwandlung zur Mitgliederpartei ausgewirkt, sondern auch auf den Gebrauch von Hilfsmitteln und Hilfskräften. Gerade im Einsatz von Geldern und in der Verwendung angestellter Parteisekretäre war die Partei relativ modern; einen Einfluß auf die Führungsverhältnisse, etwa im Sinne einer Machtsteigerung der Zentrale, hatte die neue Technik aber noch nicht. Die Wirksamkeit der gegnerischen Organisationen auf der Rechten und Linken bei den Wahlen ist schon infolge des verspäteten Beginns kaum erreicht worden; immerhin war die Partei 1912 organisatorisch konkurrenzfähig. Sie hatte angefangen, den Forderungen des politischen Betriebs und des politischen Bewußtseins gerecht zu werden.

IV. Die Linksliberalen

Die verschiedenen Parteibildungen innerhalb des Linksliberalismus sind politisch und ideologisch einander nah verbunden, in ihrer Grundtendenz einheitlich. Aber auch ihre selbständigen, gegeneinander abgegrenzten Organisationen stehen in einem engen Zusammenhang: im größeren Teil unseres Zeitraums hat es — von der süddeutschen Volkspartei abgesehen¹⁾ — nur eine linksliberale Partei gegeben, die Fortschrittspartei bis 1880, die Deutschfreisinnige Partei 1884 bis 1893 und die Fortschrittliche Volkspartei seit 1910; die Parteien haben sich auseinander entwickelt, es besteht eine Kontinuität der Institutionen, der Mitgliedschaft, der Führung und auch eine Kontinuität des Organisationsstils einerseits der Fortschrittspartei, andererseits der Sezession, beide laufen sich überschneidend weiter. Darum müssen diese Parteien auch unter dem Gesichtspunkt der Organisation zusammenfassend behandelt werden. Wir erörtern im parteiübergreifenden zeitlichen Zusammenhang nach ihren beiden Hauptsträngen zunächst die Entwicklung der Lokal- und Provinzialorganisationen und dann, für jede Gruppe gesondert, Zentralorgane und Parteistruktur.

a) Die Organisationen der Parteianhänger

I. Die Fortschrittspartei und ihre Tradition

Die Deutsche Fortschrittspartei, die schon Ende der 70er Jahre eine ganze Reihe von Vereinen besaß²⁾, hat das Vereinssystem schnell weiter ausgebaut und es zur Grundlage der Parteiorganisation gemacht. Damit verbunden war die Ablösung vom Gesamtliberalismus; die Bezugnahme der Vereine auf das Programm der Partei wurde seit 1878 durch das Statut gefordert und 1884 wieder als obligatorisch eingeschärft, auch wenn sie weiterhin verschiedene Namen führen konnten³⁾. Anfang 1879 hatten erst 40 Vereine in 33 Wahlkreisen auf dem Standpunkt der Partei gestanden, Ende 1880 waren es schon 83, 1884 dann 181⁴⁾, eine beachtliche Zahl angesichts des begrenzten Verbreitungsgebietes der Partei⁵⁾.

¹⁾ s. u. S. 230 f.

²⁾ Es gab natürlich auch noch Komitees, so im Wahlkreis Gera, in dem 1881 ein Fortschrittler gewählt wurde, Gewerkverein 1881, Nr. 38.

³⁾ Parl. Korr., 7. März 1884.

⁴⁾ Der 1. Parteitag der Deutschen Fortschrittspartei, S. 56; Richter II, S. 172; 1884: (incl. allerdings der Provinzialausschüsse) nach dem Vereinskalendar, Matthes, S. 178.

⁵⁾ Auf dem wichtigen zentralen Parteitag 1878 in Berlin waren im ganzen 91 Wahlkreise vertreten, darunter nur 19 außerpreußische, nämlich 11 sächsische, 2 bayerische, 2 hamburgische, und je 1 Wahlkreis von Hessen, Weimar, Anhalt und Oldenburg, Parteitagsprot., S. 8 ff. Knapp zwei Drittel dieser Wahlkreise waren derzeit also noch ohne Verein.

Über die Mitgliederzahlen fehlen genaue Angaben, der ausnehmend große Hamburger Verein, in über 100 Bezirksvereine untergliedert, hatte etwa 5200 Mitglieder, der in Hannover hatte 1881 185 Mitglieder, das wird etwa den guten Durchschnitt darstellen¹⁾. Einen Anhaltspunkt für die Zahl der organisierten Anhänger gibt die Auflagenhöhe der partei-offiziellen „Parlamentarischen Korrespondenz“ und des Richterschen „Reichsfreundes“; die Korrespondenz hatte 1881 eine Auflage von fast 20000, der Reichsfreund 1884 eine solche von 23000 Stück²⁾. 1884 verfügte die Partei über lokale Organisationen, „die zahlreicher und fester“ waren, „als die irgendeiner anderen Partei“³⁾.

Bei der Fusion 1884 wurden ihre Organisationen mit denen der Sezession zwar nur z. T. vereinigt — häufig blieben ursprünglich getrennte Vereine nebeneinander bestehen —, aber sie konnten sich doch mindestens durch viele bis dahin unorganisierte Anhänger der Sezession erweitern. Indem die einheitliche freisinnige Partei die Enge und Zersplitterung des Linkliberalismus zeitweise zu überwinden schien, ja sich auf eine führende Rolle Hoffnung machen konnte, erhöhte sie dessen Anziehungskraft, sie konnte bei einer ihr günstigen Volksstimmung, zumal 1884 und nach 1889, ihre Expansionstendenz realisieren, zahlreiche Parteivereine wurden neu gegründet⁴⁾. Obschon beide fusionierten Parteiflügel, an ihrer Spitze Richter und Rickert, mit eigenen Presseorganen und Vertrauensleuten in den Wahlkreisen⁵⁾ die Partei im Lande zu beeinflussen suchten, kamen die Erfolge der Organisation im wesentlichen dem Richterschen Flügel zugute, der darauf mehr Gewicht legte, von Anfang an über eine breitere Ausgangsbasis — mehr als dreimal soviel Vereine — verfügte und agitatorisch radikaler vorging⁶⁾. Das zeigte sich schon bei der Parteikrise von 1890⁷⁾ und dann vor allem bei der Spaltung von 1893: die Mehrzahl der Vereine schloß sich der Richterschen Partei an. Gelegentlich kam es zu Spaltungen, so in Schleswig-Holstein, in manchen Seestädten, wie in Stettin, oder im Wahlkreis Coburg⁸⁾,

¹⁾ Hamburg: Richter II, S. 172; Hannover: Voss. Ztg., 20. September 1881. Der Berliner Jugendverein hatte Ende 1878 nach einjährigem Bestehen 300 Mitglieder, Reiwald, Geschichte des fortschrittlichen Vereins Waldeck zu Berlin, S. 5.

²⁾ Ullstein, E. Richter, S. 64, 78 f. Die Korrespondenz war auf Parteimitglieder zugeschnitten.

³⁾ Hänel, zitiert bei Rachfahl, E. Richter und der Linkliberalismus, S. 328.

⁴⁾ Über Nebeneinander-Bestehen-Bleiben von Vereinen der fusionierten Flügel, Matthes S. 182, 229; das wird von M. allerdings überbewertet. — Nach den erfolgreichen Wahlen von 1890 wurde z. B. die lokale Organisation in Nassau bedeutend verstärkt; im Wahlkreis Höchst-Usingen wurde zum ersten Mal ein Wahlverein gegründet und daneben ebenso wie im Taunus und im ganzen Rhein-Main-Gebiet eine große Zahl von kleinen Ortsvereinen; der Frankfurter Verein gewann bei einer großen Parteikundgebung 1890 mit einem Schlage 120 neue Mitglieder, C. Funck, Lebenserinnerungen, S. 160.

⁵⁾ s. u. S. 208.

⁶⁾ Philippson, Forckenbeck, S. 354; Nat.lib. Handbuch, 1897, S. 308, 317; s. u. S. 208 ff.

⁷⁾ s. u. S. 213 ff.

⁸⁾ Mit 21:20 Stimmen beschlossen hier die Delegierten der Vereine, Siemens, der zu Richters Gegnern zählte, wieder aufzustellen; er trat aber unter diesen Umständen zurück, K. Helfferich, Georg von Siemens III, S. 194.

aber vielfach setzten sich auf die Dauer doch noch die robusteren und fraktions-egoistischeren Richterschen Anhänger durch¹⁾). Die Freisinnige Volkspartei war Erbin der deutsch-freisinnigen Organisation. 1893, als die Deutsch-Freisinnige Partei zu bestehen aufhörte, hatten innerhalb derselben 418 Ortsvereine bestanden²⁾. 1895/96 gehörten 379 Vereine zur Freisinnigen Volkspartei, eine bei ihrem geringen Wähleranteil relativ hohe Zahl³⁾. Auf ihrem ersten Parteitag 1893 waren schon 154 Wahlkreisorganisationen durch Delegierte vertreten, davon 103 preussische und 18 süddeutsche. Der Schwerpunkt der Partei, die ja die Tradition der Fortschrittspartei fortsetzte, lag in deren altpreußischen und sächsischen Stammgebieten, dazu hatten sie in Hessen, Mecklenburg und den mitteldeutschen Kleinstaaten Positionen gewinnen können⁴⁾.

Die Mitgliedschaft war formal festgelegt und häufig an einen allein den Vereinen zugute kommenden Jahresbeitrag gebunden⁵⁾. Vorstände, Delegierte für die Parteitage und Kandidaten wurden in Generalversammlungen gewählt⁶⁾. Nach der demokratischen Tradition der Partei wurden diese Bestimmungen wohl auch — mindestens formal — im allgemeinen erfüllt⁷⁾. Natürlich gab es, wie in jeder Vereinspraxis, genügend Methoden, mit denen der Vorstand die Abstimmungen beeinflussen konnte. Auf dem Parteitag von 1893 brachte Richter Anträge zu Fall, die einen demokratischen Modus für die Wahl der Parteitage-delegierten festsetzen wollten⁸⁾, vielleicht aus Rücksicht auf vereinsrechtliche Schwierigkeiten, vielleicht, um den Vereinen eines Wahlkreises die Art ihrer Zusammenarbeit selbst zu überlassen oder um noch bestehende Komitees zu schonen, vielleicht auch, um die Möglichkeit zu Vorstandsdelegationen aufrecht-

¹⁾ Im Wahlkreis Hirschberg z. B. hatte die Organisation Th. Barth wieder aufgestellt, aber sich dann kurz nach der Wahl zunächst gegen ihn und dann für die Richtersche Partei erklärt, Biograph. Jahrb., 1909, S. 353.

²⁾ Prot. d. Parteitages d. Freis. Volksp. 1893, S. 34. Die Namen der Vereine waren noch unterschiedlich.

³⁾ Richter, ABC-Buch 1896, S. 163.

⁴⁾ 13 weitere Wahlkreise hatten Delegierte angemeldet. Über 50% der Wahlkreise waren vertreten und also organisiert (einschließlich der nur angemeldeten) aus Brandenburg, Schlesien, der Provinz Sachsen, dem Königreich Sachsen, Hessen, Weimar und den mitteldeutschen Kleinstaaten (Ostpreußen, Mecklenburg). Prot. d. Parteitags 1893, S. 26 f. — 1894 waren 170 Wahlkreise vertreten, Schultheß, 21. September 1894.

⁵⁾ So nach dem von der Parteileitung veröffentlichten Musterstatut für Vereine, Parl. Korr., 8. Januar 1877, § 2.

⁶⁾ Musterstatut § 3; die Vorstandswahl sollte alljährlich sein. Bei der Fusion wurde bestimmt, daß, wenn die Zahl neuer Mitglieder erheblich sei, bis zum Juni 1884 eine Neuwahl des Vorstandes stattfinden solle, „um eine entsprechende Beteiligung der neu hinzutretenden Mitglieder an der Vereinsleitung zu ermöglichen“, Parl. Korr., 7. März 1884.

⁷⁾ Voss. Ztg., 20. September 1881, Bericht über eine Kandidatenwahl zwischen Alternativvorschlägen im Wahlkreis Stettin; Parl. Korr. 1883, Nr. 9, S. 67, wird die 4fach gestufte indirekte Wahl in der Hamburger Organisation als Ausnahme gegenüber den sonst unmittelbaren Wahlen tadelnd vermerkt.

⁸⁾ Prot. S. 36.

zuerhalten und Einsprüche abzuwehren. Bei Wahlbündnissen und Stichwahlparolen konnte ein Vorstand eine eigentlich erforderliche Entscheidung der Mitgliedschaft gelegentlich direkt hintertreiben, wenn die Gefahr bestand, daß sie entgegen seiner Intention ausfallen würde¹⁾.

Die Vereine entwickelten eine größere Aktivität als in anderen bürgerlichen Parteien. Das galt zunächst für die Wahlbewegungen. Die Organisationen waren auf Grund ihrer Vorbereitungen mit der Aufstellung ihrer Kandidaten selbst bei überraschenden Wahlen immer sehr schnell bei der Hand und entfalteten dann einen rührigen Agitationsbetrieb²⁾. So konnten sie, auch wenn es ihnen häufig an über die bloße Opposition hinausreichenden Zielen mangelte, die Unzufriedenheit breiter Schichten auffangen und, wie 1881 und 1890, in Wahlerfolge umsetzen. Zwischen den verschiedenartigen Wahlen ruhte die Agitation nicht ganz, es gab immer wieder zu allen möglichen politischen Angelegenheiten Kundgebungen mit mehr oder minder prominenten Parteirednern, bei denen die Partei Einfluß an eine breitere Öffentlichkeit zu nehmen suchte. Außerdem inszenierten die Vereine bis in die 90er Jahre hinein große Bewegungen, in denen Unterschriften für Petitionen an die Parlamente oder Regierungen gesammelt wurden, etwa in Zollfragen, in Sachen des Zedlitzschen Schulgesetzes, des Umsturzgesetzes oder bei bestimmten, die Öffentlichkeit erregenden Duellaffären. Diese Petitionen hatten, an der Zahl der Unterschriften gemessen, jeweils großen Erfolg, und in solchen Bewegungen zeigte sich die Stärke der fortschrittlichen Organisationen auch zu Zeiten, in denen die Partei im Parlament sehr schwach war.

Stärker war aber die Kontinuität der Vereinstätigkeit in innerparteilichen Fragen. Die Lust der Anhänger zum Politisieren, zu Proklamationen der Selbstbestätigung, zum Abhalten „demokratischer“ Feste — Märzfeiern, Gedenktage für Waldeck oder Hoverbeck, Stiftungsfeste — das fand in den Organisationen einen weiten Spielraum³⁾. Meist war diese Aktivität, mit sich selbst befaßt, ohne Konsequenzen, immerhin gab es aber auch Diskussionen und Entscheidungen, die nach außen wirkten. Die Auseinandersetzungen anläßlich der Fusion 1884, der Parteispaltung 1893 und Kämpfe um die Kandidatenaufstellung⁴⁾ zwar blieben Einzelfälle. Etwas häufiger und für die gesamte Partei wichtiger waren zeitweise die Debatten über strittige Programmfragen, zumal bei der Neufestsetzung des Programms 1878 und 1893. Nach den Statuten waren dafür die

¹⁾ Z. B. verhinderten die Organisationsvorstände im Wahlkreis Pinneberg 1890 Vereinsversammlungen über die Stichwahlparole, auf die vor allem das Provinzialkomitee drängte, und gaben von sich aus die Parole zugunsten der SPD, die von der Mehrheit der organisierten Anhänger mißbilligt, aber doch von einer für die Entscheidung genügenden Zahl von Wählern geteilt wurde, Nat.lib. Handbuch, S. 308; Kieler Ztg., 1. und 2. Juni 1890; s. u. S. 209.

²⁾ Im Wahlkreis Höchst fanden 1890 bei der Reichstagswahl in 4 Wochen 41 Versammlungen, davon 26 mit dem Kandidaten, statt, Funck, S. 160 f.

³⁾ Vgl. z. B. Reiwald, passim; über den Berliner Fest- und Redebetrieb siehe auch Funck, S. 14.

⁴⁾ Vgl. o. S. 66, S. 117 f., u. S. 220. Diskussionen im Verein Waldeck 1884, 1890, 1893, die jeweils zu einigen Rück- oder Austritten führten, während die Mehrheit zu Richter stand, Reiwald, S. 16, 22 f., 32.

Parteitage zuständig, und ihnen gingen in manchen Vereinen echte Diskussionen — etwa über Fragen des Gemeindevahlrechts, des Schulwesens, der Sozialgesetzgebung — voraus, nach deren Ergebnissen Anträge formuliert und die Delegierten instruiert wurden. In der Mehrzahl der Vereine und auf den Parteitagen allerdings setzte sich die Meinung Richters immer durch, und insofern erwies sich dieser Ansatz einer wirklichen Meinungsbildung aus den Vereinen heraus als folgenlos¹⁾.

Politisch größere Bedeutung aber hatten die Vereine durch Resolutionen, die bei strittigen Vorlagen oder Parteikrisen an Abgeordnete oder an die Gesamtpartei gerichtet wurden; in ihnen sollte die Meinung der Partei zum Ausdruck kommen, und die Abgeordneten, als Beauftragte des Volkes verstanden, sollten damit unterstützt oder umgestimmt werden. Freilich gaben sie häufig genau das wieder, was die Parteiführung durch die Presse, aber auch durch vertrauliche Zirkulare ihren Anhängern vorgesprochen hatte; in dieser Weise provozierte Richter z. B. 1890 bei der Krise um seine Parteiführung und 1892/93 bei der Caprivischen Militärvorlage Kundgebungen zu seinen Gunsten und in seinem Sinne²⁾. Die Vereine im Land waren so auf seine Linie eingeschworen, die in ihnen herrschende Überzeugung ließ so wenig Raum für verschiedene Spielarten der Politik, daß der Tenor solcher Kundgebungen von vornherein festlag. Sie bildeten nicht selbst Meinung, sondern waren Echo und Instrument in der Hand der Führung und als solche allerdings sehr wirksam.

Die Praxis des Organisationsbetriebes hat, mindestens in Norddeutschland, allmählich zu einem Verfall der inneren Lebendigkeit geführt, die Vereine verloren an Anziehungskraft³⁾. Sie waren wie die ganze Partei im Doktrinarismus befangen, die radikale Phraseologie und Prinzipienfestigkeit bestimmte den Stil, man hielt, besonders z. B. in der Sozialpolitik, an den vergangenen Positionen fest und ging auf neue Probleme und Ideen nicht eigentlich ein; ein Blick für politische Möglichkeiten konnte bei dieser Haltung kaum aufkommen, jedes Kompromiß galt schon als suspekt. Unter dem herrschenden einheitlichen Stil wurde auch die Mitgliedschaft und zumal die Führung relativ gleichförmig. In vielen Fällen war patentierte Rechtgläubigkeit Voraussetzung zum Aufstieg, und dadurch gelangten relativ farblose Köpfe zu wichtigen Stellen. Diese Entwicklung wurde noch dadurch gefördert, daß sich schon bald in den Organisationen die Herrschaft der Vereinshonoratioren durchsetzte; Wiederwahlen wurden zum Normalfall, die Dauer der Vereinszugehörigkeit zu einem der wichtigsten Krite-

¹⁾ Anträge zur Parteioorganisation, Parteitagsprot. 1893, S. 43; zum Programm s. u. S. 221 f.; Reiwald, S. 34 f., 42; eine Wählerversammlung gegen den Programmentwurf der Parteileitung 1894, Schultheß 1894, S. 137.

²⁾ S. u. S. 214 ff.; Rachfahl, S. 344 f.; Ullstein, S. 152 f. Bei Reiwald werden z. B. für 1880, 1890, 1892, 1893, 1898 Resolutionen erwähnt, die den Standpunkt Richters deckten.

³⁾ Der Historiograph des fortschrittlichen Jugendvereins Waldeck in Berlin bemerkt, daß nach der Mitte der 80er Jahre hier — in dem stark politisierten Berlin — das Interesse des Bürgertums an der Partei nachgelassen habe, Reiwald, S. 16.

rien bei der Besetzung der Führungsämter. Auf diese Weise kam es zur Überalterung der Führungsschicht, zur Inzucht und zur Herrschaft eines wenig originellen Mittelmaßes¹⁾. Als Organe für Auslese und Aufstieg politischer Führer haben die Vereine im Durchschnitt versagt²⁾. Da es eine offene innerparteiliche Meinungsbildung nicht gab, waren auch die Chancen einer Umgestaltung der Partei gering. Die Erstarrung im Vereinsleben führte daher — endgültig seit 1893 — zu einer Stagnation der Organisation; sie entsprach der starken Einbuße an Anziehungskraft und Rang, die die sterile Politik der Partei im Bewußtsein gerade der jüngeren Generation erlitten hatte, ihre Ziele schienen keine Zukunft mehr zu haben. Ihre volkstümlichen Grundlagen gaben ihr gegenüber den Parteien mit Komiteeverfassung keine größere innere Bewegtheit, vermittelten ihr keine frischen Kräfte. Sie blieb, während die nationalliberalen Honoratioren konservativer wurden, zwar kleinbürgerlich-demokratisch, aber sie versteinerte darin.

Es gab natürlich auch nach 1890 noch Ausnahmen. Aus Tradition oder liberaler Überzeugung traten noch weiterhin Leute in die Partei ein, in vielen Wahlkreisen — in Ostdeutschland oder in Oldenburg z. B. — waren linksbürgerliche Kreise auf diese Organisation einfach angewiesen. In den großen Kommunen behielt die Partei als Basis für die in den 90er Jahren immerhin noch zahlreichen an der Kommunalpolitik aktiv interessierten Bürger eine gewisse Anziehungskraft. Aber mit diesen Kräften konnte sie im wesentlichen doch nur ihren Bestand wahren, und sie haben ihren Charakter nicht verändern können³⁾.

Die Umschichtung der Gesellschaft und der Eintritt der Massen in die Politik berührte die Parteistruktur kaum. Innerparteilich konnte die demokratische Mitbestimmung formal als gesichert gelten, faktisch stellte sie ebenso wie die Integration kaum ein Problem dar, da die Anhängerschaft wesentlich einheitlicher war als bei den Nationalliberalen. Für den Agitationsbetrieb und die Bindung von Massen an die Partei schien das Vereinssystem das Gegebene, das Gewinnen einer zahlreichen Mitgliedschaft war in diesem Falle kein organisatorisches, sondern ein politisches Problem. Auch die Möglichkeit, Wahlerfolge zu erzielen, wäre bei anderen organisatorischen Voraussetzungen nicht wesentlich

¹⁾ Schon 1882 spricht die zum demokratischen Flügel rechnende Volkszeitung von der Inzucht in der Partei, zitiert in Norddt. Allg. Ztg., 7. November 1882; s. u. S. 203; über die Überalterung, mit Zitaten aus der Berliner Presse und Berichten von freisinnigen Versammlungen, Kreuztg., 21. September 1887; über eine deswegen ausbrechende Krise, s. o. S. 66; Dt. Tgztg., 21., 22., 23., 27. September 1898 mit Auszügen aus der Parteipresse. In Berlin konkurrierten ausnahmsweise immer eine Reihe von Bewerbern um frei werdende Landtagsmandate, ebd., 13. November 1895 (7 Bewerber), die Entscheidungen fielen in informellen Verhandlungen.

²⁾ Selbst R. Eickhoff, Polit. Profile, S. 151, gesteht, daß die Zahl der Talente in der Fraktion, deren Mitglied er war, 1898 bis 1903 „nicht allzu groß“ gewesen sei.

³⁾ Ein Beispiel für Ausnahmen: 1898 traten im Berliner Wahlkreis 6 kurzfristig 212 Lehrer in die Organisation ein, die hier wegen der im Landtag anstehenden Gehaltsregelung für die Lehrer ein Mandat haben oder Verpflichtungen der Kandidaten erwirken wollten, Dt. Tgztg., 23. September 1898, nach der Freis. Ztg.

größer gewesen, da die Partei, in den Großstädten von der SPD, auf dem Land von der konservativen Agrarbewegung und der preußischen Bürokratie bedrängt, kaum Aussicht hatte, bei dem geltenden Wahlrecht ihre Position zu verbessern.

Trotzdem war der unter den bürgerlichen Parteien seltene Organisationswille der Anhänger ein Positivum, die Vereine mit ihrer kontinuierlichen Tätigkeit, mit dem Eifer und der Treue ihrer Mitglieder bildeten ein festes Gerüst und hielten auch nach Niederlagen die Partei zusammen, bei Wahlkämpfen waren sie immer wieder rechtzeitig und mit einer gewissen Aktivität zur Stelle; ein boshafter Kritiker meinte geradezu, daß sich die sterile Partei nur noch kraft ihrer Organisationen erhalte¹⁾. Die Partei selbst entwickelte eine Art von Organisationsfetischismus, die Politik wurde leicht von der Rücksicht auf die Organisation geleitet; das lange Zögern vor der Einigung des Linksliberalismus 1910 entsprang wesentlich der Sorge um eine Aufweichung der eigenen Organisationen²⁾.

Erst seit etwa 1904/05 kam, vor allem in Süd- und Westdeutschland, eine Erneuerung der lokalen Organisationen in Gang, die Frage der Einigung des Linksliberalismus bewegte die Mitgliedschaft und führte in den Vereinen und auf den Parteitag zu lebhaften Diskussionen³⁾, es gab spontane Zusammenschlüsse mit anderen linksliberalen Vereinen⁴⁾, es drang langsam eine andere Einstellung zu nationalen und sozialen Problemen durch. Freilich betraf diese Umwandlung zunächst nur eine Minderheit und hat erst allgemein Raum gewonnen, als seit 1909 die Unzufriedenheit mit dem bisherigen System rapide anwuchs und die Vereinigung der linksliberalen Parteien deren Anziehungskraft steigerte.

2. Die Sezession und ihre Tradition

Die Sezessionisten befanden sich in einer schwierigen Lage. Einmal hatte es in der nationalliberalen Partei nicht sehr viele Vereine gegeben, und von diesen konnten sie nur einen Teil mit sich ziehen. Zum andern waren sie von der Idee des Gesamtliberalismus erfüllt, sie wollten nur als Platzhalter der liberalen Einigung betrachtet werden; darum gingen sie zunächst kaum mit konkurrierenden Vereinsgründungen vor. Zwar hatten Leute wie Rickert und Lipke durchaus das Gefühl, daß die Sezession nicht die Angelegenheit einiger diskutierender Parlamentarier sein dürfe, sondern unbedingt eine Basis in breiteren Schichten haben müsse⁵⁾. Aber es war dabei an die kleine Zahl der Wahlkreis-Honoratioren

¹⁾ W. Giese, Deutsche Hammerschläge I, Bln. 1897; G. war Parteisekretär der antisemitischen Deutschsozialen Partei und hatte Sinn und Blick für Organisationsfragen.

²⁾ S. u. S. 222 f.

³⁾ S. u. S. 223 f.

⁴⁾ Parteiakten; Kulemann, Zusammenschluß, S. 32, Wahlkreis Hof.

⁵⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 335, 344, (Rickert an Lasker); S. 349, 350, (Lipke an Stauffenberg); S. 345, Laaker (an Baumbach) wünschte vor der Sezession schon eine Organisation der Wahlkreise in ihrem Sinne. Forckenbeck dagegen wollte nur Parlamentarier und später wenige politisch wichtige Leute heranziehen, Zustimmungsadressen etc. hielt er für „alte und verbrauchte Mittel“, Philippson, S. 338. Material dazu im NL Forckenbeck.

gedacht, man wollte Vertrauensmänner im Lande haben, um die Sache der Partei weiter zu betreiben. Wenn von einer Reorganisation des Liberalismus aus dem Volke die Rede war, bezog man das auf die Wählerschaft und die Komitees¹⁾, die Organisation der Partei jedoch sollte von wenigen übernommen werden, nur im Unterschied von den Abgeordneten konnten diese als „Volk“ oder „Land“ angesehen werden.

Die Partei bestand demgemäß aus Abgeordneten, einigen hauptstädtischen Notabeln und persönlichen Vertrauensmännern in den Wahlkreisen²⁾, während Komitees und Vereine wie bei den Nationalliberalen unabhängig waren und sich häufig ohne Mitwirken der Parteileitung zur Sezession bekannten³⁾. Die Zahl der sezessionistischen Vereine blieb relativ gering⁴⁾. Die aktiven, tragenden Schichten der Sezession, freihändlerische Wirtschafts- und liberale Bildungskreise, blieben schmal. Sie waren organisationsunwillig, wünschten wohl den Sieg der Partei, fanden sich aber nicht wie die kleinbürgerlichen Anhänger der Fortschrittspartei bereit, Ansehen und Zeit sonderlich dafür einzusetzen, und blieben selbst gegen die Übernahme von Mandaten sehr reserviert. Wieweit sie die Wählerschaft gewannen, hing von persönlichen Bedingungen und der allgemeinen politischen Situation ab. Auch ihre tatkräftigen und einsichtigen Abgeordneten scheuten die intensive und kontinuierliche Bearbeitung eines Wahlkreises⁵⁾. Die Sezessionisten stellten zwar im Parlament die relativ meisten und stärksten Intelligenzen, aber im Lande blieben sie Offiziere ohne Unteroffiziere und darum häufig ohne Mannschaften. Nach der Niederlage von 1887 schien es zwar manchem Parteiführer so, daß die Partei, d. h. der sezessionistische Flügel, sich nicht mehr auf das besitzende und gebildete Bürgertum verlassen könne, das politisch abdanke und eine selbständige Rolle nicht weiter spiele, sondern sich auf die Masse der kleinen Leute stützen müsse⁶⁾; aber diese Reflexion blieb nur eine augenblicksweise Erkenntnis ohne reale Konsequenz.

Während der Zugehörigkeit zur Deutsch-Freisinnigen Partei allerdings konnten sich die Sezessionisten auch auf die fortschrittlichen Vereine stützen. Sie nahmen in einer Partei, die das Prestige der Sezession und einer einheitlichen Linken und die Energie Richters verband, durchaus am Ausbau der Organisation teil. Aber die Wahlerfolge blieben aus — ein Teil der Wähler sah in der Fusion den Anschluß an Richter, das Kartell mobilisierte große Teile des Bürgertums für die Rechte — und die Organisationsbewegung kam im wesentlichen

¹⁾ Mahnende und zustimmende Briefe aus dem Lande vor der Sezession, Philippson, S. 340.

²⁾ S. u. S. 204 ff.

³⁾ Vgl. z. B. Philippson, S. 348.

⁴⁾ Vor allem gab es sie in den großen Handels- und Seestädten; auf dem Parteitag von 1884 war davon die Rede, daß alle Vereine durch Delegierte vertreten seien, Schultheß 1884, S. 22 f.; Matthes, S. 182, schätzt etwa 50 Vereine für 1884.

⁵⁾ Barth verlor darum 1884 seinen Wahlkreis Gotha, BJB 1909, S. 350.

⁶⁾ Schrader an Stauffenberg, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 430.

doch der Richtergruppe zugute¹⁾), noch nicht bei den Kandidatenaufstellungen, die von Rickerts Vertrauensmännern mitbeeinflusst wurden, wohl aber in den Parteikrisen von 1890 und 1892/93 und zumal dann bei der Spaltung²⁾).

Der nun erneut selbständige, durch die Anhänger Hänel's in Schleswig-Holstein etwas erweiterte sezessionistische Flügel, die Freisinnige Vereinigung, stand wieder denselben organisatorischen Problemen wie 1880 gegenüber. Einmal bevorzugten die Parteiführer auch weiterhin eine ganz offene Organisation, die allen Liberalen zugänglich sein sollte, während die ihnen nahestehenden Vereine wegen dieser Haltung gerade den Anschluß an die fraktionelle Gruppe scheuten³⁾. Zum andern hatten sie es weiterhin mit der Abneigung der parteitragenden Kreise gegen eine auch nur etwas intensive Parteiarbeit zu tun; es fehlte der Partei der Eifer und die Begeisterung, die eine Organisation damals aufbringen mußte⁴⁾), zudem orientierte sich ein großer Teil der Bildungsschicht in steigendem Maße nach rechts. Organisiert war die Partei als ein einziger Wahlverein, der formal nur Einzelmitglieder hatte. Es gab natürlich Vereine, die auf ihrem Standpunkt standen⁵⁾), aber es waren im ganzen doch wenige, und sie hatten sich nur zum Teil der eigentlichen Parteiorganisation angeschlossen; selbst in Wahlkreisen, in denen die Partei bei Wahlen Erfolg hatte, bestanden häufig nur Komitees⁶⁾. Der Prozentsatz der organisierten Wähler blieb sehr gering; die Situation der Partei in den Wahlkreisen war darum immer sehr unsicher und von vielen äußeren Faktoren, etwa der Haltung des örtlichen liberalen Blattes, abhängig⁷⁾. Es gab zwar der Vereinigung nahestehende Hilfsorganisationen, liberale Bauernvereine in Mecklenburg und Pommern und freihändlerische Vereine, wie den Handelsvertragsverein, aber sie konnten unter dem Druck der Großgrundbesitzer und der Verwaltung keine bauerlichen Wählermassen organisieren oder das zur Politik unwillige Großbürgertum dauernd zur finanziellen Unterstützung heranziehen⁸⁾. Der Eintritt der Massen in die Politik berührte die Partei zunächst wenig und kam ihr nicht zugute, die Wahlkämpfe wurden etwas intensiver geführt, aber die Organisationen blieben klein, daher

¹⁾ Vgl. Philippson, S. 354, und o. S. 177 f.

²⁾ Die Sezessionisten, die 1893 wiedergewählt wurden, verdankten das öfter nicht ihren lokalen Organen, sondern der Unterstützung der Mittel- und Rechtsparteien.

³⁾ Prot. des Parteitags der Freis. Vereinigung 1906, S. 12 ff.

⁴⁾ Das war die skeptische Meinung ihres Vorsitzenden Schrader, Pachnicke, S. 39.

⁵⁾ Z. B. in den Seestädten von Bremen bis Danzig, in Landsberg a. d. W., in Dessau, in Halle, in Schleswig-Holstein.

⁶⁾ Reichsblatt, 10. September 1898, im Wahlkreis Schlawa wurde Steinhauer von einem gesamtliberalen Wahlkomitee mit 22:9 Stimmen aufgestellt. Selbst Th. Barth ist 1893 in Hirschberg und 1898 noch im Landtagswahlkreis Kiel-Neumünster von Vertrauensmännern aufgestellt worden, BJB. 1909, S. 353 ff. Auch er war trotz theoretischer Einsicht zu einer intensiven Bearbeitung eines Wahlkreises nicht befähigt.

⁷⁾ Barth verlor seinen Wahlkreis Hirschberg 1898 wegen einer Schwenkung des liberalen Organs.

⁸⁾ S. u. S. 226 f. Auf diese Verhältnisse werde ich in der Untersuchung über die Verbände eingehen.

spielten auch die Probleme der Demokratisierung und Integration keine Rolle. Die örtlichen Gruppen wahrten gegenüber ihren Abgeordneten einige Selbständigkeit und das Recht zur Kritik¹⁾.

Zu einer Änderung in der Organisation der Partei kam es erst nach 1903 durch den Anschluß der Nationalsozialen. Diese verfügten über eine ganze Anzahl von Ortsvereinen, die in sich jeweils starken Zusammenhalt besaßen und nach innen wie außen eine rührige Aktivität entfalteten²⁾. Getragen wurden sie von einer mittleren akademischen Schicht, unter Einschluß der Volksschullehrer, Arbeiter zählten praktisch kaum dazu³⁾. Im ganzen handelte es sich um kleine, lebendige Reformgruppen, breitere Schichten hatten sie nicht erreicht⁴⁾. Unter ihrem Einfluß ging die Freisinnige Vereinigung dazu über, ihre Anhänger zur Organisation in Vereinsform aufzufordern und diese Organisation mit Hilfe angestellter Parteisekretäre zu betreiben. Durch eine Statutenänderung von 1905 wurden zum erstenmal statt der Einzelmitglieder Vereine im Rahmen der Partei vorgeesehen, und mit Hilfe einer Beteiligung an den zentralen Entscheidungen versuchte man, ähnlich gerichtete Gruppen zum Anschluß zu bringen⁵⁾. Gerade die Nationalsozialen waren ähnlich wie die Jungliberalen davon erfüllt, die Partei zur Volks- und Massenpartei mit demokratischer Verfassung auszubauen, um sie sozialer, aktionsfähiger und anziehender zu machen, und beteiligten sich darum eifrig am organisatorischen Ausbau und der kontinuierlichen Kleinarbeit.

Freilich stießen solche Bemühungen auf große Schwierigkeiten. Der Organisationsgrad blieb im Vergleich mit anderen Parteien schlecht, es gab Wahlkreise mit Tausenden von Wählern, ja solche im Besitz der Partei, in denen diese trotzdem nur eine minimale Zahl von Mitgliedern besaß⁶⁾. Das Delegationssystem für die Parteitage von 1905 trug dieser Lage mit dem sehr geringen Schlüssel von einem Delegierten für 50 Mitglieder Rechnung. Noch immer blieb eine Reihe gerade großer Vereine, die der Partei nahestanden, außerhalb der Organisation, ein Teil der im Sinne der Partei begründeten neuen Vereine konstituierte sich zunächst in Erwartung der liberalen Einigung interfraktionell, um nicht durch

¹⁾ Barth wurde durch die Kritik seiner Wähler an seiner Idee, mit der SPD zusammenzugehen, genötigt, auf die Landtagaskandidatur in seinem Wahlkreis Kiel 1903 zu verzichten, BJB 1909, S. 355.

²⁾ Vgl. seit 1898 die wöchentlichen Übersichten in der „Hilfe“: „Aus unserer Bewegung“.

³⁾ Auf dem Delegiertentag 1902 z. B. waren unter 153 Delegierten 81 Pfarrer und Lehrer; Richter, ABC-Buch 1903, S. 143.

⁴⁾ Es gab bezeichnende Ausnahmen. Im Wahlkreis Marburg gründete H. v. Gerlach seit 1898 in allen Dörfern „Bürgervereine“, um mit ihnen und einer von ihm erworbenen Zeitung seine Wahl 1903 durchzusetzen, ein Beispiel dafür, wie die sonst fast nur von den Antisemiten praktizierte langjährige persönliche Bearbeitung eines Wahlkreises noch große Wirkung haben konnte, H. v. Gerlach, Erinnerungen eines Junkers, S. 62 f.

⁵⁾ Prot. d. Delegiertentages 1906, S. 12 ff., ist von der früheren geringen Wertschätzung der Organisation die Rede; das Delegationsrecht zum Parteitag habe die Mitgliederzahl erhöht. Ähnlich im Rückblick, Prot. 1910, S. 12.

⁶⁾ Die Geschäftsberichte auf den Parteitag sind mit Feststellungen über den unzureichenden Stand der Organisation erfüllt; Prot. 1905, S. 24 ff.; 1906, S. 12 ff.; 1908, S. 17 ff.

Gruppenrivalitäten belastet zu werden¹⁾. Immerhin hatte die Organisationsarbeit in wenigen Jahren doch relativ gute Erfolge, die zwar die Dimension der kleinen Partei noch keineswegs überschritten, aber sich dann bei und nach der Vereinigung der Linksliberalen 1910 weiter auswirken konnten. Vor dem Beitritt der Nationalsozialen hatte der Wahlverein etwa 1000 Mitglieder, durch die Nationalsozialen wurde diese Zahl verdreifacht, 1909 gab es 9494 Mitglieder; 1907 bestanden etwa 60 Ortsvereine, 1910 schon 150, darunter allerdings in manchen Gegenden eine Vielzahl von kleinen Vereinen²⁾. Eine Reihe von Mitgliedern, 1909 1117, war keinem Verein angeschlossen, zum größeren Teil handelte es sich dabei um reiche Leute, die sich an dem kleinen Organisationsbetrieb nicht beteiligen wollten, für die Partei aber besondere Bedeutung hatten, weil sie die Zentrale weitgehend finanzierten³⁾.

Der Charakter der Mitgliedschaft blieb durchweg bürgerlich, auch soweit Arbeiter liberal wählten, wurden sie in den Vereinen als „unbequem empfunden“⁴⁾. Die Zugehörigkeit zur Organisation war genau fixiert, es gab durchweg Pflichtbeiträge, wenn sie auch zum Teil nur geringe Höhe erreichten⁵⁾, die Mitgliedschaft hatte für den einzelnen einen hohen Rang, der Zusammenhang untereinander war eng. Die Vereine entfalteten eine lebhafteste Aktivität, dem starken Anteil der reformistischen Intelligenz entsprechend wurde viel diskutiert und durch Diskussionen entschieden⁶⁾, was sich in zahlreichen Entschlüssen und Anträgen an den Parteitag manifestierte⁷⁾. Im übrigen dienten die regelmäßigen Diskussionen und Vorträge der politischen Bildung. Im Wahlkampf setzten sich die Vereine nach Kräften ein, und auch zwischen den Wahlen traten sie mit vielen Kundgebungen und anderen Aktionen — etwa mit Flugblättern — vor die Öffentlichkeit⁸⁾.

¹⁾ Prot. 1905, S. 24 ff.; 1906, S. 10 f.; 1908, S. 17 ff.; 1909, S. 9 ff.; 1910, S. 12; Parteiatkten. Nicht angeschlossen z. B. Vereine in Danzig, Stettin, Bremen, der Reichsverein mit über 5000 Mitgliedern, Dessau, Mecklenburg und Schleswig-Holstein.

²⁾ 1905 waren auf der Generalversammlung 51 Wahlkreisorganisationen vertreten, 1908 93, 1906 274 Stimmen, 1908 432; in 58 Wahlkreisen trat die Partei bei der Reichstagswahl 1906/07 sehr aktiv mit eigenen Kandidaten auf; Wenck, Geschichte der Nationalsozialen, S. 106: etwa 2000 Nationalsoziale traten zur Vereinigung über, Prot. 1905, S. 4 f.; 1906, S. 3, S. 12; 1907, S. 18 f.: Verdoppelung der Mitgliederzahl; 1908, S. 8, 17 ff.: die Zahl der Vereine habe sich um 71% auf über 100 erhöht; 1909, S. 9 ff.; 1910, S. 12; Parteiatkten.

³⁾ S. u. S. 227.

⁴⁾ Prot. 1908, S. 72; ebd., S. 17: die Mitgliedschaft bestehe vornehmlich aus dem Mittelstand, Handwerkern und Kaufleuten; die Intelligenz bleibt aus verständlichen Gründen unerwähnt; über die Frage der Arbeiter in der Partei s. u. S. 187 ff.

⁵⁾ Prot. 1908, S. 17 ff.

⁶⁾ Nach dem Eintritt der Nationalsozialen kam es in manchen älteren Vereinen zu Auseinandersetzungen über Fragen des Programms und der Wahltaktik, in Hamburg z. B. trat ein langjähriges Vorstandsmitglied bei diesem Anlaß zurück, Prot. 1906, S. 42.

⁷⁾ So beim Ausscheiden der Barth-Gerlach-Gruppe 1908, Prot. 1908, S. 7 ff.; s. u. S. 229 f.; Prot. 1907, S. 7 ff.

⁸⁾ Über die Aktivität der Vereine geben die o. S. 185, Anm. 2, angeführten Übersichten der „Hilfe“ ausführlich Aufschluß.

3. Die Fortschrittliche Volkspartei

Seit der Vereinigung von 1910 wurde die Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei, wie bei den Nationalliberalen begünstigt durch die allgemeine Erregung über die Politik der Konservativen und des Zentrums, die bei den Linksliberalen zu einer Auseinandersetzung mit dem ganzen bisherigen System drängte, weiter vorangetrieben. Die Politisierung größerer Kreise des Volkes mündete jetzt in die Partei selbst ein. Überall wurden neue Ortsgruppen gegründet, Anfang 1912 gab es bereits 1452 Parteivereine, im Herbst 1912 ist von 1680 die Rede¹⁾, und auch die Mitgliederzahlen wuchsen beständig²⁾. Vor allem Naumann hat sich immerfort für den Ausbau der Organisation, für Mitgliederwerbung und Intensivierung der Mitgliedschaft eingesetzt. Der Ausdehnung der Organisation auf das Land standen allerdings in Ostelbien Druck und Boykott der Verwaltung und der Konservativen entgegen, noch 1913 konnte die Partei in manchen Bezirken trotz größerer Wählerzahlen keine Wahlmänner gewinnen. Im ganzen waren noch nicht 10% der Wähler organisiert, die Zahl der Mitglieder mag ca. 120 000 (8%) betragen haben³⁾, für die wenigen Jahre der Parteitätigkeit ein großer Erfolg, wenn auch der Organisationsgrad der Nationalliberalen nicht erreicht wurde.

Die soziale Basis der Partei blieb der Mittelstand, zumal Intelligenz und Kaufmannschaft, in geringerem Maße Handwerker und — in Oldenburg und Schleswig-Holstein z. B. — Bauern. Aus der Industrie kamen ihrer Interessenlage nach nur am Export besonders beteiligte und von Konsumsteuern stark betroffene Zweige in Betracht, sonst traten Industrielle nur in Einzelfällen bei, wenn ihre verfassungspolitischen Ideen ihnen wichtiger als eine Wahrnehmung ihrer nächsten Interessen erschienen. Eine besondere Rolle spielten die Volksschullehrer, die zumal in den wichtigen ländlichen Wahlkreisen vielfach den Parteibetrieb aufrechterhielten⁴⁾.

Ein akutes Problem blieb unter diesen Umständen die innerparteiliche Emanzipation der neuen Gruppen der Abhängigen. Dem Eintritt weiter Kreise der mittleren Angestellten und Beamten, die in der Partei auch wirtschafts- und sozialpolitisch ihre Repräsentation fanden, stand nichts im Wege. Anders war es bei den Arbeitern und den ihnen gleichstehenden Schichten der Angestellten. Es gab unter ihnen eine beträchtliche Zahl, die liberal wählten, etwa Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, der Staatsarbeiter- und Unterbeamten-

¹⁾ Parteiakten und Parteitageprot. 1912, S. 104; Anfang 1912 gab es außerdem 34 Jugend- und 13 Arbeitervereine und noch 1054 Einzelmitglieder. Ein 1911 gegründeter freiheitlich-nationaler Jugendverband entfaltete lobhafte Propaganda, selbständige Bedeutung hatte er nicht.

²⁾ So stieg 1910/11 im Laufe eines Jahres die Mitgliederzahl in der Rheinprovinz um 72%, Parteien, S. 69; in Niedersachsen um über 100% auf 10 000 Mitglieder, Koch, S. 91; das wären über 15% der Wähler von 1912.

³⁾ Fortschrittlich. Taschenbuch 1914, S. 100; die Mitgliedschaft war aber stärker fixiert als bei den Nationalliberalen. Nach den Angaben auf dem Parteitag 1912 gab es z. B. in Ostpreußen 20, in Schlesien 44, in Hessen 127, in Rheinland-Westfalen 161 Vereine.

⁴⁾ 1912 z. B. kam es deshalb zu besonders vielen Kandidaturen von Lehrern und Geistlichen, die Parteileitung mußte dem wegen der Wahlchancen entgegenreten, s. u. S. 238.

verbände, des Werkmeisterverbands, der evangelischen Arbeitervereine und ostdeutsche Landarbeiter, — gegenüber der Sozialdemokratie natürlich nur eine kleine Minderheit, aber immerhin für die Partei doch von beachtlichem Gewicht. Man rechnete 1908/09 mit über 500 000 liberal wählenden Arbeitern; von diesen waren zwar einige 100 000 in großen Verbänden organisiert, aber nur sehr wenige bei den liberalen Parteien politisch aktiv¹⁾. Man mußte, um diese Zahl der Anhänger zu halten oder zu vergrößern, den Arbeitern und Angestellten einen Platz in der Partei einräumen, nur so konnte man einen Appell an diese Schichten glaubwürdig machen. Die darauf abzielenden Überlegungen waren von seiten der Partei natürlich stark taktisch bestimmt, sie intendierten primär den eigenen Machtgewinn, entsprachen aber auch den Idealen einer erneuerten Volkspartei, den Vorstellungen von der Funktion eines sozialen Liberalismus im Leben der Nation. Auch die liberalen Arbeiterführer wollten taktisch Einfluß gewinnen, um ihrer Bewegung neuen Auftrieb zu geben und sich gegenüber der Konkurrenz der christlichen Gewerkschaften besser behaupten zu können, zugleich wollten sie jedoch als Liberale den Liberalismus durch ein neues Element beleben. Die älteren Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsführer hatten der Richterschen Partei nahegestanden und waren politisch ziemlich zahm und abstinente geblieben²⁾. Nur im Ruhrgebiet, wo die Führung etwa seit der Jahrhundertwende aktiver und radikaler vorging, hatte ein Teil der Gewerkvereine sich der Freisinnigen Vereinigung genähert³⁾. Nach 1905 wurden dann auch die Angestellten-, die Staatsarbeiter- und die Unterbeamtenverbände aktiver, die zentrale Leitung der Gewerkvereine trat entschiedener auch für politische Belange ein. Deren Führer gerade waren bestrebt, liberal wählende Angestellte und Arbeiter der Partei zu verbinden, an ihrer Spitze Anton Erkelenz, der diese Frage dauernd in Bewegung gehalten hat.

Die Partei hat das schwierige Problem bis 1918 nicht lösen können. Die überkommene bürgerliche Einstellung der Mehrzahl ihrer Anhänger hatte einer sozialen Umschichtung gegenüber starke Beharrungskraft. Dem Eintritt von Arbeitern in die fortschrittlichen Vereine standen darum auf beiden Seiten schwer überwindbare psychologische Widerstände entgegen, bei den Bürgerlichen spielte auch eine zunftmäßige Abschließung gegen neue Kräfte überhaupt eine Rolle⁴⁾. Eine Eingliederung größerer Arbeitermassen schien darum nur über

¹⁾ Der Arbeiterführer Erkelenz auf dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung 1908: Liberale und liberale Arbeiter liefen noch nebeneinander her; allerhöchstens 20 000 seien in den Parteien organisiert, Prot., S. 72; vgl. o. S. 186.

²⁾ Nach Hirschs Ausscheiden saß einer ihrer Journalisten, Goldschmidt, durch Vermittlung der Parteileitung im Landtag. Richter behandelte den freisinnigen Berliner Arbeiterverein als bedeutungslos, Dt. Tgztg., 7. September 1894, nach der Freis. Ztg.

³⁾ Deren dortige Parteisekretäre kamen z. T. aus den Gewerkvereinen, der Arbeitersekretär Erkelenz hatte seit 1905 eine Subvention seiner im Sinne der Gewerkvereine redigierten Tageszeitung in Höhe von 3000 M pro Jahr erhalten, Parteiakten.

⁴⁾ „Die Arbeiter fühlen sich in den bürgerlichen Parteivereinen unter dem Übergewicht von Fabrikanten und Akademikern bedrückt. Die Klassengegensätze sind so scharf, daß wir sie durch

besondere liberale Arbeitervereine möglich, die dann allmählich auch hie und da ins Leben gerufen wurden. 1912 schlossen sie sich zum Reichsverband liberaler Arbeiter und Angestellter zusammen¹⁾, kamen aber bis 1914 nicht über die Zahl von 5000 Mitgliedern hinaus. Vor allem waren die Arbeiter damit noch nicht in die Partei wirklich eingefügt, denn die Sonderorganisationen hatten keinen Einfluß auf die Delegierten- und Kandidatenwahlen. Gelegentlich wurde zwar eines ihrer Mitglieder in den örtlichen Parteivorstand aufgenommen, aber das blieb eine Konzession ohne eigentliche Bedeutung. Das Ziel, Wahlkreisausschüsse aller fortschrittlichen Vereine zu bilden, d. h. mit den allgemeinen Parteivereinen gleichberechtigt zu werden, konnte die schwache, nur mit ihren Zukunftsmöglichkeiten werbende Arbeiterbewegung nicht erreichen. Darum forderten die Gewerkvereinsführer ihre Mitglieder doch wieder zum Eintritt in die Parteivereine auf. Aber beachtliche Positionen konnten sie dort nicht erringen²⁾, geschweige denn in die Führungsorgane der Bezirksverbände oder der Gesamtpartei gelangen³⁾; ein Versuch des Reichsverbandes, auf Provinzialparteitag 1914 den Arbeitern ein satzungsmäßiges Recht auf Vertretung in den Führungsgremien zu sichern, scheiterte.

Den Arbeiterführern blieb nur der Weg über die Parteileitung, die die Kandidatur von Arbeitern und Angestellten in aussichtsreichen Wahlkreisen bei den dortigen Organisationen betreiben konnte. Weil der Leitung aber massive Druckmittel fehlten, blieben ihre generellen Empfehlungen bei der reservierten Stellung der Organisationen zu Arbeiterkandidaturen normalerweise erfolglos; auch wo sie ganz bestimmte Vorstöße machte, scheiterte sie. Selbst als im Krieg die Rücksicht auf den Wahlkampf wegen des Burgfriedens wegfiel, war die Nominierung von Arbeitern bei Ersatzwahlen nicht möglich. Die Arbeiterführer kritisierten, daß von einem Teil der Führung, z. B. von Kopsch, das Zukunftsreiche ihrer Bemühungen nicht klar genug erkannt und nicht energisch genug unterstützt werde. Die Parteileitung operierte ihnen gegenüber zwar wohlwollend, sie unterstützte ihre Arbeit auch finanziell, aber im ganzen doch haltend, sie engagierte sich in ihrer Sache nicht allzusehr; noch im Oktober 1918 beklagten sich eine Reihe großer Angestellten- und Arbeitergruppen über die ständigen Vertröstungen und verglichen sie mit der positiven Stellung des Zen-

den guten Willen allein nicht aus der Welt schaffen.“, Denkschrift Erkelenz 1908/09; 1913 beschwerten sich etwa 100 Eisenbahner aus Lissa, weil ihre Aufnahme in die Parteioorganisation verzögert worden war, bis die 50 alten Mitglieder über die Landtagskandidatur entschieden hatten; Parteiakten.

¹⁾ Erkelenz auf dem Parteitag 1912, Prot., S. 63, die Partei sei noch keine Volkspartei, die Sonderorganisation der Arbeiter wolle sie unterstützen und dabei für die Übernahme der Kleinarbeit und die Ausdehnung der Anhängerschaft politischen Einfluß gewinnen. 1914 gab es 72 Ortsgruppen des Verbandes, Parteiakten.

²⁾ Nur neugegründete Vereine in aussichtslosen Wahlkreisen interessierten sich gelegentlich für Arbeiterkandidaten, so 1911 der Ortsverein in Gummersbach, Parteiakten.

³⁾ Prot. 1912, S. 66.

trums zu seinen Arbeitern¹⁾. Im ganzen haben so die Bemühungen, eine Emanzipation der Arbeiter innerhalb der Partei zu erreichen, keinen Erfolg gezeitigt und nicht einmal die wenigen gegebenen Möglichkeiten nutzen können.

Die Vereine waren etwas straffer als früher organisiert. In Stuttgart z. B. gab es neben Bestimmungen über die Aufnahme von Mitgliedern, über die der Vorstand — er hieß hier Ausschuß — zu entscheiden hatte, auch solche über ihren Ausschluß (§ 3). Die von den Nationalsozialen übernommenen regelmäßigen Pflichtbeiträge wurden allmählich überall eingeführt und, sehr viel langsamer allerdings, auf einen halbwegs vernünftigen Satz normiert. Naumann forderte als Mindestbeitrag 2 Mark²⁾, schon das waren nur zwei Fünftel des Betrages, den SPD-Mitglieder normalerweise aufbrachten. Manche größeren Vereine gingen auch schon zu einer Untergliederung über, indem besondere Ausschüsse für Agitation, Finanzen, Literatur und Wahlvorbereitung, d. h. Vorberatung der Kandidatenauswahl und Planung der Kampagne, gebildet wurden³⁾. Die Intensivierung der Organisation kam freilich zunächst über Ansätze noch nicht hinaus. Die Vereine eines Wahlkreises oder eines geschlossenen Stadtbezirks bildeten durch Delegation oder Zusammentritt der Vorstände eine einheitliche Wahlkreis- oder Stadtorganisation mit eigenem Vorstand. In Groß-Stuttgart z. B. gehörten außer den Delegierten der Ortsvereine, z. T. den Vorständen, noch Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete dazu, der Vorsitzende des Ortsvereins Alt-Stuttgart war hier per se Vorsitzender, es gab auch eine halbjährlich einzuberufende Mitglieder-versammlung, über deren Funktionen freilich nichts Näheres festgesetzt war; eine bedeutende Rolle kann sie nicht gespielt haben. Die Ortsvereine waren verpflichtet, einen kleinen Anteil ihrer Einnahmen abzuführen⁴⁾. Zu Konflikten hat ein solches System offenbar nirgendwo Anlaß gegeben.

Wie bisher war die Organisation demokratisch aufgebaut. In Stuttgart z. B. wurde der Vorstand (Ausschuß), dessen Größe der Mitgliederzahl proportional war, in 3 Wahlgängen und geheimer Abstimmung mit relativer Mehrheit gewählt; die Delegation zu übergeordneten Parteigremien lag in der Hand des Vorstands. In den alten Vereinen spielte die Vorherrschaft der langjährigen Mitglieder weiter eine bedeutende Rolle. Der Aufstieg in die große Politik war, anders als in den Parteien mit erst allmählich abgelöster Honoratiorenverfassung, weitgehend an eine Tätigkeit in diesen Vereinen gebunden. Dabei hielt aber die Schicht der politischen Intelligenz den reinen Vereinsgrößen im Durchschnitt die Waage, wenn sich auch im Einzelfall Schwierigkeiten ergaben, indem begabte oder aus gesamtpolitischen Gründen empfohlene Leute⁵⁾ hinter solchen zurücktreten

¹⁾ Ständige Auseinandersetzungen in Korrespondenz und Besprechungen zwischen Reichsverband und Parteileitung, Parteiakten.

²⁾ Fortschritt. Taschenbuch 1914, S. 100. In Stuttgart betrug der Satz 3 Mark, Satzungen § 8, abgedruckt bei Heger, Anhang.

³⁾ Programatisch dazu Naumann im Fortschritt. Taschenbuch 1912/13, S. 86 ff.

⁴⁾ Satzungen der Fortschrittlichen Volkspartei Groß-Stuttgart Heger, Anhang.

⁵⁾ S. o. S. 189, u. S. 237 f.

mußten, die um die Organisation verdient waren. In neuen Vereinen hatten natürlich junge Leute eine besondere Chance, ohne freilich in wenigen Jahren schon eine maßgebliche Stellung auch im Wahlkreis erlangen zu können.

Die innere Aktivität der Organisationen war relativ lebhaft — in Stuttgart z. B. fanden mindestens vierteljährlich Mitgliederversammlungen statt —, meist etwas stärker als bei den Nationalliberalen, und sie nahm weiter zu. Im Prozeß der innerparteilichen Meinungsbildung¹⁾ in den sich vergrößernden Organisationen befreite sich auch der Richtersche Flügel allmählich von seinem exklusiven Dogmatismus, oder er verlor an Bedeutung. Das Bündnis mit den Nationalliberalen 1912, das gegenüber der Linie Richters eine erhebliche Änderung bedeutete, ist letzten Endes von nahezu allen Organisationen anerkannt worden, selbst das Stichwahlabkommen mit der SPD hat nur eine geringe Zahl von Protesten ausgelöst, der Zwang der Lage und die Parteidisziplin im Wahlkampf überwand den Widerstände²⁾. Immerhin blieb das Verhältnis der Organisationen zur Sozialdemokratie, entsprechend der bürgerlichen Struktur und mindestens der volksparteilichen Ideologie, noch reservierter als das der Parteileitung; von einem Widerstand gegen die Führung, wie bei den Nationalliberalen, kann aber nicht eigentlich die Rede sein.

Nach außen intensivierten die Organisationen ihre Tätigkeit, zumal um die durch die politische Erregung nach 1909 und die Vereinigung der Linksliberalen gegebenen neuen, bisher durch die Zersplitterung herabgeminderten Chancen bei der Wählerschaft auszunutzen. Freilich war die Organisation noch nicht weit genug gediehen, freilich neigten die bürgerlichen Mitglieder, zumal die führenden Leute, mehr zur Diskussion als zur werbenden Kleinarbeit³⁾. Der Einsatz der örtlichen Vereine bei den Wahlen von 1912 war zwar relativ sehr bedeutend, blieb aber hinter dem der durchgebildeten Agitationsapparate, des Bundes der Landwirte, des Volksvereins und der SPD, noch zurück. Der immerhin erreichte höhere Organisationsgrad und die gesteigerte Tätigkeit führten nicht schon zu großen Erfolgen; das lag einmal an dem die Liberalen benachteiligenden Wahlsystem, zum anderen daran, daß ein Teil der oppositionell Gestimmten zur SPD überging, endlich und vor allem, wie bei den Nationalliberalen, daran, daß die Möglichkeiten, durch Organisation Wahlerfolge zu erzielen, begrenzt waren, zumal die Reorganisation, Einigung und Expansion, sich erst eine kurze Weile hatte auswirken können. Ohne diese Organisation aber wäre die Selbstbehauptung der Partei und ihre Gewinne am Stimmenanteil bei dem herrschenden Konkurrenzkampf nicht zu denken gewesen.

¹⁾ Kundgebungen der Vereine zur Wahlpolitik der Zentrale 1911/12, Parteien, S. 226. Eine auf Diskussion in den Vereinen beruhende Debatte auf dem Parteitag 1912 zur Frage einer Neuorientierung der Agrarpolitik, Prot. 1912, S. 19 ff.; Anträge zur Organisation, ebd., S. 97 ff.; s. u. S. 233.

²⁾ S. u. S. 238.

³⁾ „Etwas weniger Geistreichigkeit, etwas mehr Organisation“ forderte Naumann, Prot. 1912, S. 10.

Im ganzen hatte der Richtersche Flügel am wenigsten von den bürgerlichen Parteien den Charakter der Honoratiorenpartei gehabt, mit dem Eintritt der Nationalsozialen war diese Struktur auch in der Freisinnigen Vereinigung zurückgetreten, die Gesamtpartei von 1910 beruhte auf einem ausgedehnten und kontinuierlich arbeitenden Vereinssystem. Die bürgerliche Zusammensetzung und die bürgerliche Art des Betriebes lassen allerdings einen Vergleich mit der Aktivität und der Intensität der Mitgliedschaft in der SPD und gar dem Rang dieser Zugehörigkeit für den einzelnen nicht zu, eine straff organisierte Massenpartei entstand nicht, wohl aber eine Mitglie­derpartei. Der Stil eines aktiven, teilweise spießbürgerlichen, teilweise aber auch recht aufgeschlossenen Vereins mit demokratischen Formen blieb erhalten. In der gegebenen Situation hat die Partei, auf das wenig organisationswillige Bürgertum angewiesen und ohne anderweitige Hilfsorganisationen, dazu in der politisch schwierigen Lage des Liberalismus, die Anforderungen dieser Lage, wenn auch spät, erkannt und zu bewältigen gesucht. Dabei konnte sie kurz vor dem Krieg einige Erfolge aufweisen, ohne freilich ihr damaliges, auf einer Verkennung der sozialen Gegebenheiten beruhendes Ideal, die Größe, Geschlossenheit und Aktivität der sozialdemokratischen Organisation, auch nur von fern zu erreichen. Sie hat aber die Begrenzung auf kleine Kreise überwunden, und trotz mancher Erscheinungen organisatorischer Erstarrung war die im Aufbau befindliche lokale Parteio­rganisation durch eine gewisse Beweglichkeit und Lebendigkeit charakterisiert.

b) Die Provinzial- und Länderorganisationen

Die Mittelinstanzen hatten zunächst bei den Linksliberalen geringere Bedeutung als bei den Nationalliberalen. Die Fortschrittspartei beschränkte sich in der Hauptsache auf Preußen, außerpreußische Fortschrittler gehörten im allgemeinen, wie in Bayern, Hessen, Mecklenburg, noch zu einer gesamtliberalen Landespartei. Erst Sezession und Fusion schufen ihr auch in anderen Ländern, mit Ausnahme vorläufig von Baden und Württemberg, eigene Mittelpunkte; der Zusammenhang der Partei beruhte aber dort wesentlich auf persönlichen Beziehungen. In Preußen bestand anfangs nur in Schleswig-Holstein unter Hänel's Führung eine — noch gesamtliberal firmierende — provinzielle, allerdings ziemlich lockere Organisation¹⁾. Eugen Richter drängte freilich dann seit dem Ende der 70er Jahre ständig auf das Abhalten landschaftlicher Parteitage, die primär der Ermutigung der Anhänger, darüber hinaus der Koordination der Wahlvorbereitungen dienen sollten; 1878 wurde in diesem Sinne ihre Existenz im Statut festgelegt²⁾. Sie sollten von Delegierten besucht werden, die dann einen leitenden,

¹⁾ Richter I, S. 149; Reichstagswahlcorrespondenz der deutschen Fortschrittspartei, 14. November 1876; vgl. o. S. 26; über informelle provinzielle Verbindung in Schlesien, s. o. S. 113.

²⁾ Richter II, S. 24; Entwurf des Statuts, Königab. Hart. Ztg., 1. Mai 1878, endgültige Annahme, ebd., 10. November 1878; Prot. des Parteitags 1878. Ein „Parteitag“ der Provinz Branden-

mit Kooptationsrecht ausgestatteten Ausschuß einsetzten; praktisch wurden erst allmählich aus größeren relativ offenen Zusammenkünften von Personen¹⁾ geschlossene Gremien mit fixierter Zusammensetzung. Auch das Statut der Deutsch-Freisinnigen Partei sah den Zusammentritt von Landes- oder Provinzialparteitag vor, die von dem zentralen geschäftsführenden Ausschuß oder von einem durch die Provinzialvertreter früher bestellten Organ berufen wurden; sie konnten permanente Ausschüsse benennen²⁾, die aber primär als ausführende Organe der Zentrale fungieren sollten. Für die innerparteiliche Meinungsbildung sollten die Bezirksinstitutionen keine selbständige Bedeutung haben. Ein auf dem Parteitag von 1878 unternommener Versuch demokratischer Kreise, ihre Beteiligung am Zentralwahlkomitee durchzusetzen, scheiterte vollständig, der Abgeordnete galt noch als der selbstverständliche Repräsentant der Partei³⁾.

Immerhin konnten die Provinzialinstanzen bei ihren Beratungen über die Wahlen eine selbständige Bedeutung entwickeln. So lehnte z. B. eine sächsische Landesversammlung 1883 im Gegensatz zur Landtagsfraktion und zum Landesvorstand, aber im Sinne der Berliner Zentrale ein Zusammengehen mit anderen liberalen Parteien bei den Wahlen ab⁴⁾. So traten bei den Landtagswahlen 1882 in Schleswig-Holstein der geschäftsführende Ausschuß und die Delegiertenversammlung gegen Richter für ein Wahlbündnis mit den Nationalliberalen ein; 1887, in der deutsch-freisinnigen Partei also, widersetzten sie sich der von der Zentrale gewünschten Wahlhilfe für die Dänen. 1890 kritisierte Hänel Richters Parole, Zentrum und SPD vor den Nationalliberalen zu bevorzugen, als engherzige Fraktionspolitik; Parteitag und Provinzialausschuß entschieden sich in diesem Sinne gegen ein Zusammengehen mit der SPD und den Dänen, zumal Hänel auf Stichwahlhilfe der Rechten angewiesen war, die diese von Kompensationen abhängig machte. In all diesen Fällen entwickelte sich jedesmal ein erbitterter Streit mit der Zentrale, die Provinzialorganisation bestand auf ihrem Recht, wahltaktische Fragen selbst zu entscheiden⁵⁾. Aber entscheidend war hier nicht das Gewicht der Institution, sondern die Persönlichkeit Hänel's. In anderen Landesteilen kam es nicht zu einer eigenen Politik der Mittelinstanzen, es gab

burg z. B. schon 1877, Königsb. Hart. Ztg., 23. Oktober 1877, in Hessen und Nassau 1878, ebd., 1. Mai 1878. — In den letzten Monaten des Jahres 1880 etwa fanden wegen der Wahlen von 1881 9 Provinzialparteitage statt, Richter II, S. 171; Parteitag Schlesien 1882, Th. Müller II, S. 92.

¹⁾ Voss. Ztg., 2. Juli 1878.

²⁾ In Schleswig-Holstein z. B. bestand neben einem Delegiertentag ein engerer und ein weiterer Ausschuß, zu dem letzteren gehörten generell alle derzeitigen und alle früheren Abgeordneten der Partei, Kieler Ztg., 1. und 2. Juni 1890.

³⁾ S. u. S. 199.

⁴⁾ Der Vorstand lehnte daraufhin seine Wiederwahl ab, Allg. Ztg., 11. April 1883.

⁵⁾ Kieler Ztg., 1. und 2. Juni 1890; Schultheß 1882, S. 172; Nat.lib. Handbuch, S. 308; Rachfahl, S. 308, 343; vgl. u. S. 209. 1890 drohte Hänel gegenüber den selbtherrlichen Maßnahmen Richters sogar mit seinem Austritt, Matthes, S. 243.

gelegentlich selbständige Äußerungen führender Leute¹⁾, aber diese bemühten sich nicht darum, ihre Position durch eine organisatorische Basis zu sichern. Im übrigen war die landschaftliche Organisation in den 80er Jahren auch noch recht wenig durchgebildet. Erst 1891 z. B. wurde in Südwestdeutschland ein überlokaler Parteiverband gegründet, der Hessen, Nassau, Baden und die Pfalz umfaßte, und erst Ende der 90er Jahre dann bildeten sich in diesen Gebieten eigene Bezirksorganisationen²⁾.

Nach 1893 behielt die Richtersche Freisinnige Volkspartei in ihrem Statut die bisherigen Bestimmungen im wesentlichen bei. Es wurde ein alljährlicher Zusammentritt von Provinzialparteitagen festgesetzt, und die Einsetzung von geschäftsführenden Ausschüssen und ehrenamtlichen Geschäftsführern empfohlen, die für die Ausbreitung der Partei im Lande wirken sollten — eine andere Funktion war ihnen nach Richters Intention nicht zugebilligt. Auch diesmal wurde von süddeutscher Seite beantragt, Delegierte der Provinzialparteitage in das Zentralorgan aufzunehmen, aber der Antrag kam nicht durch, nur nach Ermessen der Zentrale sollten Provinzialvertreter zugezogen werden³⁾. Auf Grund des Statuts entwickelten sich dann die Bezirksverbände mit Delegiertentagen, gewählten Vorständen und geschäftsführenden Ausschüssen; angestellte Parteisekretäre gab es nicht⁴⁾. Den Wahlkreisen gegenüber blieben sie nur vermittelnde Instanzen. Nach 1900 sind sie zwar zur Bildung des zentralen Parteiausschusses herangezogen worden, aber eine selbständige Bedeutung konnten sie in ihm und neben der Parteiführung nicht entwickeln⁵⁾. Erst seit 1904 kam es im Zusammenhang mit den linksliberalen Einigungsbestrebungen vereinzelt zu einer Sonderpolitik von Landesorganisationen, zu einer größeren Geneigtheit zu Wahlbündnissen, wie sie z. B. in Schleswig-Holstein, Bayern und Baden selbständig abgeschlossen wurden⁶⁾.

Die kleine Organisation der Freisinnigen Vereinigung besaß kaum Mittelinstanzen⁷⁾. Bei den zentralen Vorstandswahlen wurde darauf geachtet, daß alle

¹⁾ Auf einem Parteitag für Oldenburg und Hannover 1889 polemisierte der Bremer Reichstagsabgeordnete Bulle gegen die ewig negative Haltung der Partei, gegen die Richtersche Parteilinie also, Nat. lib. Handbuch, S. 306.

²⁾ Funck, S. 160 ff.; Schultheß 1891, S. 93; eine frühere Organisation, ein südwestdeutscher Provinzialausschuß der deutschen Fortschrittspartei 1878, war sehr schnell wieder eingegangen, Voss. Ztg., 20. September 1878. Eine Landesversammlung der Deutsch-Freisinnigen Bayerns in Nürnberg, Schultheß 1892, S. 91.

³⁾ Parteitagsprot. 1893, S. 4, 38 ff., 51.

⁴⁾ Parteitagsprot. 1912, S. 9. Geschäftsführer waren nebenamtlich tätig, z. B. in Sachsen, Dt. Tgztg., 17. Dezember 1906.

⁵⁾ ABC-Buch 1903, S. 64; vgl. u. S. 220, S. 222 ff.

⁶⁾ Hilfe 1905, Nr. 41; s. u. S. 223 f.; Kulemann, Zusammenschluß, S. 32 ff.

⁷⁾ In Schleswig-Holstein bestand eine provinzielle Organisation der „Deutsch-Freisinnigen Partei“, die die Spaltung von 1893 nicht anerkennen wollte, fort, sie umfaßte im wesentlichen Anhänger der Vereinigung, Kulemann, Zusammenschluß, S. 36; ebenso gab es diese Partei in Bayern, dort wohl eher volksparteilich; in Schwaben-Neuburg bestand weiter ein gesamtliberaler Kreisverband, ebd., S. 32.

Landesteile vertreten waren¹⁾). Eine Änderung ergab sich, als seit 1904 in verschiedenen Bezirken Parteisekretäre angestellt wurden, die die Agitation und die Ausbreitung der Organisation in die Hand nehmen sollten. Da sie zur Hälfte von den interessierten Wahlkreisvereinen bezahlt wurden, mußten diese organisatorisch in Verbindung treten²⁾). Meist waren die Parteisekretäre noch journalistisch tätig, selbständige Bedeutung für die politische Richtung der Partei hatten sie nicht. Auf Grund ihrer Tätigkeit kam der eine oder andere von ihnen gelegentlich zu einer Reichstagskandidatur³⁾).

Bei der Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei wurde das z. T. bestehende System der Bezirksverbände übernommen, zugleich wurde diesen das Recht eingeräumt, die Mitglieder des Zentralausschusses zu bestimmen⁴⁾). In ihren eigenen Angelegenheiten sollten sie insoweit selbständig sein, als diese nicht wegen des Zusammenhanges der Vereine mit der Partei und der Durchführung des Programmes von der Zentrale geregelt werden mußten, — eine Bestimmung, die freilich vielfältige Auslegungsmöglichkeiten bot. In den Verkehr zwischen Zentrale und Wahlkreise waren sie an sich nicht eingeschaltet, ihren Wunsch, in jedem Falle gehört zu werden, haben sie nur zum Teil, so in Württemberg, durchsetzen können. Als Organe eines solchen — in diesem Falle in einer langen Tradition stehenden — Verbandes fungierten z. B. in Württemberg eine alljährliche Landes(Mitglieder)versammlung, das „oberste Organ“, ein Landesauschuß aus 2 Delegierten jedes Ortsvereins und den Abgeordneten, der ebenfalls jährlich und vor den Wahlen zur Beratung zusammentrat, und ein von diesem Landesauschuß jährlich gewählter 30köpfiger engerer Ausschuß. Dieser führte die Geschäfte, stellte die Parteisekretäre in den Bezirken an und hatte auch die Sitze im Zentralauschuß der Partei zu besetzen⁵⁾). 1912 bestanden im ganzen 19 Landes- oder Provinzialorganisationen, wobei 4 in 11 Bezirksverbände untergliedert waren und zu dreien je ein besonderer angeschlossener Bezirksverband gehörte; die Zahl der Parteisekretäre, deren Anstellung der Zustimmung der Zentrale bedurfte, betrug 29⁶⁾); seit der Gründung der Partei hatten 67 Delegiertentagungen dieser Verbände stattgefunden. Eine besondere Rolle spielten sie bei der Vereinbarung der Abkommen mit den Nationalliberalen für die Wahlen von 1912 und 1913, die zentral abgeschlossen, aber im einzelnen auch auf mittlerer Ebene festgelegt und ratifiziert wurden⁷⁾).

1) Vgl. z. B. Parteitagsprot. 1905, S. 27.

2) 1904 gab es 4, 1905 9 Parteisekretäre, Prot. 1905, S. 4, 1906, S. 12 ff.

3) So Otto Nuschke, seit 1905 Parteisekretär in Marburg, 1912 Reichstagskandidat in Waldeck; dabei hatte auch eine Empfehlung des bisherigen Abgeordneten Potthoff mitgespielt; 1913 trat er zugunsten von Naumann zurück; persönliche Mitteilung.

4) S. u. S. 232.

5) Statut; Heger, Anhang.

6) Prot. 1912, S. 9.

7) Parteiakten, die Korrespondenz der Landesverbände mit der Zentrale beschäftigte sich 1911 im wesentlichen mit den Einzelheiten des Wahlbündnisses; vgl. a. Parteien, S. 65 f., 223.

In der Wahlpolitik, der Besetzung des Zentralaussschusses und den Kundgebungen zur Lage und zur Politik der Partei¹⁾ haben aber die Provinzialorganisationen keine eigenständige Bedeutung erlangt, und auch die Ansätze zu einer Flügelbildung über die Landesverbände waren geringfügig. Im rheinisch-westfälischen Bezirksverband führte ein Konflikt um den Abgeordneten Eickhoff, der sich gegen ein Stichwahlbündnis mit der SPD erklärte, zum Sieg des linken Flügels, die rechtsgerichteten bergischen Wahlkreise bildeten einen eigenen Verband²⁾; 1913 bei einem preußischen Parteitag stellte die radikale rheinische Gruppe einen Antrag, bei den Landtagswahlen mit der SPD zusammenzugehen, zog ihn aber wieder zurück, als sie mit ihm allein blieb³⁾; in Hessen verfolgte der Parteiführer Pfarrer Korell eine eigene agrarpolitische Linie, die vom Verband jedenfalls nicht desavouiert wurde. Aber all das waren Ausnahmen. Die Zeit, in der die bisherigen Parteien erst zusammenwuchsen, war zu kurz, als daß sich auf der Basis der Provinzialverbände Flügel hätten ausbilden können, zudem war die Partei trotz der verschiedenen Traditionen im ganzen einheitlicher als die nationalliberale.

c) Parteizentralen und Parteiführung

1. Die Deutsche Fortschrittspartei

Das in den 60er Jahren ausgebildete Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei hat nach der Abspaltung der Nationalliberalen in ähnlicher Form weiterbestanden, ein 1867 gegründeter Zentralverein war schon vor 1870 wieder eingeschlafen⁴⁾. Anfang der 70er Jahre gehörte zu dem Komitee eine ganze Reihe von Vertretern der Provinzen, die aber — nicht Berufspolitiker — an den Sitzungen in Berlin kaum teilnahmen. Daher bildeten 1873 die Berliner Fraktionen das Komitee um, und zwar so, daß alle in Berlin wohnenden oder anwesenden Abgeordneten dazu gehörten⁵⁾. Theoretisch sollten Vertreter der Provinzen auf Vorschlag von Abgeordneten zugezogen werden können⁶⁾, dazu ist es aber kaum gekommen. Es blieb bei einem rein parlamentarischen Organ, das auch den Rahmen zur Koordination der Berliner Fraktionen bot. Nicht dem Reichstag angehörende Abgeordnete anderer Landtage brauchte man bei der ganz überwiegend preußischen Struktur der Partei nicht heranzuziehen.

Das Komitee legitimierte einmal Wahlauftrufe und Wahlbündnisse, zum andern

¹⁾ Z. B. 1911/12, Parteien, S. 226.

²⁾ Parteien, S. 66, 222; Prot. 1912, S. 100.

³⁾ Parteiakten.

⁴⁾ S. o. S. 17; Parisius, S. 129. Bis 1871 war Loewe Vorsitzender des Zentralwahlkomitees, Voss. Ztg., 22. Juli 1871. Der Ausschuß wurde auch als Aktionskomitee oder Zentralvorstand bezeichnet.

⁵⁾ Parisius, S. 129; Parteitageprot. 1878, S. 3, 46 ff.; Voss. Ztg., 23. März 1873.

⁶⁾ Königsb. Hart. Ztg., 23. Januar 1876.

wählte es einen kleinen geschäftsführenden Ausschuß. Dieser nahm in den ersten 70er Jahren unter Führung von Loewe-Calbe und F. Duncker die üblichen Wahl- und Agitationsgeschäfte in die Hand¹⁾, er verhandelte mit den Nationalliberalen über Wahlbündnisse oder über Kandidatenwünsche der Gewerkvereine, wobei er erst durch seine Empfehlung einen Teil von deren Leuten zu eigentlichen Parteikandidaten approbierte²⁾. Nach dem Urteil Richters war er in seiner Tätigkeit wenig initiativ und systematisch, in der Hauptsache beschränkte er sich auf die Beantwortung eingegangener Anfragen³⁾. Loewe gab eine Zeitlang die *Liberales Correspondenz* heraus⁴⁾, spätestens seit seinem Ausscheiden aus der Partei verfügte die Parteileitung nicht mehr über eine eigene Korrespondenz. Im ganzen war die Existenz des Ausschusses offenbar wenig institutionalisiert, sein Fungieren hing stark von den beteiligten Personen ab⁵⁾.

Die Führung der Partei lag bei der Fraktion. Diese war wie alle älteren Fraktionen ziemlich locker aufgebaut, den durch qualifizierte Mehrheit festzusetzenden Fraktionszwang kannte sie nach ihrer Geschäftsordnung von 1862 nicht. „Die Einheit der Fraktion in ihren politischen Grundsätzen bürgt dafür, daß die Beschlüsse ihrer Majorität im Plenum des Hauses befolgt werden.“ Trotzdem mußten von solchen Beschlüssen abweichende Stimmabgaben der Fraktion vorher angezeigt oder nachträglich gerechtfertigt werden, Anträge durften nur nach Ankündigung und Diskussion in der Fraktionssitzung gestellt oder unterstützt werden⁶⁾. Für die Abstimmungen herrschte relative Freiheit, auch in wichtigen Einzelfragen ging man auseinander, so bei der Indemnitätsvorlage und bei den Kulturkampfgesetzen, etwa dem Kanzelparagraphen und dem Jesuitengesetz. 1874 erklärten 6 Mitglieder, nicht unbedingt gegen das Septennat stimmen zu wollen, und unterzeichneten z. T. dann auch, ohne Rücksicht auf die Geschäftsordnung, den nationalliberalen Kompromißantrag. Die Fraktion rügte ihr Verhalten ziemlich scharf, worauf Loewe und Berger, die an sich gegen das Septennat waren, aber in anderen Fragen von der Fraktion abwichen, und eine Reihe von anderen Abgeordneten austraten. Die Fraktion brauchte keinen

¹⁾ 1871 vermittelte die damalige Parteileitung die Kandidatur von E. Windthorst in Berlin 3, Windthorst, *Lebenserfahrungen*, S. 38. Schulze-Delitzsch empfahl, vielleicht nur als Privatperson, E. Richter als Kandidaten nach Rudolstadt, Richter I, S. 13.

²⁾ Parisius, S. 171; Ablehnung eines Arbeiterkandidaten, Parteitageprot. 1878, S. 49; s. a. o. S. 64.

³⁾ Richter II, S. 23. Richter hatte schon als Nichtparlamentarier für das Komitee gearbeitet, 1866 Flugblätter verfaßt, 1867 als Generalbevollmächtigter in Düsseldorf den Wahlkampf mit bis dahin unbekannter Planmäßigkeit und Rücksichtslosigkeit geführt, aber das war eine an Zeit und Person gebundene Ausnahme, Ullstein, S. 36; Parisius, S. 105.

⁴⁾ Parisius, S. 99.

⁵⁾ 1876 mußte er erst neu eingesetzt und ergänzt werden, Parisius, S. 171; Parteitageprot. 1878, S. 3. Außer Duncker und Loewe gehörten Richter, Langerhans und seit 1874 Hoppe zum Ausschuß.

⁶⁾ Parisius, S. 196. — Ein Versuch Hoverbecks, 1867 die Mitglieder der Adreßkommission auf den Waldeckschen Entwurf zu verpflichten, blieb vereinzelt; Unruh trat wegen dieses versuchten Fraktionszwanges aus, Poschinger I, S. 285 f.

Druck auszuüben, da die Abweichenden, wenn ihnen die Differenzen grundsätzlich erschienen, im Bewußtsein der Unabhängigkeit des Abgeordneten von selbst austraten. Bei späteren Meinungsverschiedenheiten forderte allerdings der unbestrittene Führer der Fraktion, Hoverbeck, die Mitglieder dringend auf, diese nicht nach außen dringen zu lassen, woraufhin die Minderheiten der Abstimmung fernblieben, aber das beschränkte sich doch auf einzelne Fälle¹⁾. Nach Hoverbecks Tod 1875 konkurrierten zunächst Saucken-Tarputschen, Hänel, Duncker und Richter um die Führung²⁾. Richter setzte sich als die weitaus stärkste politische Energie schon bald durch; als Berufspolitiker, der all seine Zeit und Kraft der Realisierung seiner ganz ausgeprägten politischen Ziele widmete, hatte er allen anderen gegenüber einen unvergleichlichen Vorteil; schon früh hatte er sich durch Spezialisierung auf Finanzprobleme eine bedeutende Stellung in der Fraktion verschafft³⁾; dank seiner phänomenalen Arbeitskraft und seines Gedächtnisses beherrschte er jeweils vollständig das zur Debatte stehende Material, und zugleich konnte er es mit besonderer Prägnanz und Wirksamkeit darstellen. Er übernahm die Führung der Fraktion und war der eigentliche Motor im geschäftsführenden Ausschuß — formal war Langerhans Vorsitzender —, beide Funktionen trugen und ergänzten sich gegenseitig. In der Fraktion hatte nur Hänel neben ihm noch eine gewisse Führungsposition, aber er konnte sich den parlamentarischen Geschäften nicht mit der gleichen Energie widmen⁴⁾.

1876 und 1877 organisierte Richter zunächst den Ausschuß in einer festeren Form, seit 1877 gehörten ihm 5 Abgeordnete an, dazu traten in besonderen Fällen noch einige Mitglieder der Fraktionsvorstände⁵⁾. 1878 wurde ein endgültiges Parteistatut verabschiedet, und zwar auf Richters Initiative hin durch einen Parteitag. Dies Verfahren entsprach der demokratischen Ideologie der Partei, und dieser gemäß trug die Parteileitung sogar die Kosten der Delegation zu diesem Parteitag⁶⁾. Eingeladen waren alle gegenwärtigen und früheren Abgeordneten, Verleger und Redakteure von der Partei nahestehenden Zeitungen und bis zu 5 Delegierte aus jedem Wahlkreis, die in öffentlichen Versammlungen der Anhänger gewählt wurden, im ganzen nahmen 89 Parlamentarier, 28 Journalisten und 132 Delegierte aus 91 Wahlkreisen teil⁷⁾. Mit dem Statut vollzog der Parteitag endgültig die Trennung vom Gesamtliberalismus, etablierte die Verbindung zwischen Fraktion und Land und legitimierte die bisherigen Führungsverhältnisse, er

¹⁾ Richter I, S. 86 f., S. 96; Parisius, S. 179 ff.

²⁾ Oncken II, S. 292. Duncker schied wegen seines Alters bald aus dem Reichstag aus.

³⁾ Richter I, S. 21, sieht in der Spezialisierung die einzige Möglichkeit für jüngere Abgeordnete, zu Einfluß zu gelangen.

⁴⁾ Rachfahl, S. 286 f.

⁵⁾ Rachfahl, S. 292; Richter II, S. 23; Königsb. Hart. Ztg., 21. und 23. Januar 1876; eine 1877 eingeleitete Wiederbegründung des zentralen Wahlvereins hatte keinen Erfolg, ebd., 15. Februar 1877.

⁶⁾ Voss. Ztg., 17. September 1878.

⁷⁾ Richter II, S. 86; Prot., S. 8 ff.; 84 Delegierte kamen aus Berlin oder seinen Randbezirken.

selbst wurde zur Institution, er sollte in der angegebenen Zusammensetzung in jeder Legislaturperiode einmal zur Beratung der Parteiangelegenheiten zusammentreten. Die von demokratischer Seite ausgehenden Versuche, dadurch die Vorherrschaft der Abgeordneten, zumal der preußischen, in der Partei zu vermindern, daß das Zentralwahlkomitee aus 12 Abgeordneten, 12 Delegierten des Parteitags und je 1 Delegierten der Provinzialparteitage zusammengesetzt sein sollte, hatten keinen Erfolg. Die Parteileitung konnte darauf verweisen, daß sich eine solche Ordnung vor 1873 nicht bewährt hatte; vor allem aber wurde dem Mißtrauen gegen die Abgeordneten widersprochen, gerade sie galten als demokratisch gewählte Vertreter und Beauftragte des Volkes, zumal natürlich, weil ihre „prinzipienfeste“ Politik den Anhängern keinen Anlaß zur Kritik bot¹⁾. Die Verbindung zwischen dem Komitee und den Organisationen im Lande wurde wie bei den Nationalliberalen durch sogenannte Korrespondenten in jedem Wahlkreis aufrechterhalten²⁾.

Zugleich mit dem Statut sollte der Parteitag ein von einer Kommission des Zentralwahlkomitees ausgearbeitetes Programm verabschieden, das den seit der Parteigründung von 1861 veränderten Verhältnissen Rechnung tragen sollte. Über den Entwurf gab es eine lange Debatte, von radikal-demokratischer Seite wurden zwei Gegenentwürfe vorgelegt; sie forderten eine weniger negative Stellung zur Sozialdemokratie und zur Sozialpolitik, eine Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf Landtags- und Gemeindewahlen und scharfe Gegnerschaft gegen die Nationalliberalen. Diese Anträge wurden nach heftigen Auseinandersetzungen verworfen, der linke Flügel war doch nur eine zwar entschiedene, aber kleine Minderheit, für die Führung erklärte Hänel zudem, das Programm lasse einer gemäßigten wie einer entschiedenen Richtung genügend Raum. Auch die meisten sonstigen Abänderungsanträge wurden abgelehnt³⁾. Im ganzen hatte der Parteitag zwar keine selbständige, aber immerhin eine wichtige Funktion als Forum der Auseinandersetzung und als legitimierende Instanz. Doch das war auf die einmalige Verabschiedung von Programm und Statut beschränkt. In der Folgezeit demonstrierte er eigentlich nurmehr die Verbindung zwischen Abgeordneten und Land; praktisch diente er der Agitation und bestätigte die Führung, so etwa beim Beschluß über die Fusion 1884, die nur von den Reichstagsabgeordneten Lenzmann und Wendt abgelehnt wurde, weil diese sich schärfer gegen die Nationalliberalen absetzten und eine positive Sozialpolitik befürworteten⁴⁾.

Das Zentralwahlkomitee trat kaum in Erscheinung. Zu wichtigen Fragen der Parteipolitik nahm es in Erklärungen Stellung, so etwa zur Sezession; dabei

¹⁾ Nur um den Süddeutschen entgegenzukommen, wurde, vom Entwurf abweichend, dem Komitee ein Kooptationsrecht zugbilligt, das es zu ihren Gunsten handhaben sollte.

²⁾ Über den Statutenentwurf und die Verhandlungen des Parteitags: Prot., S. 46 ff.; Königsb. Hart. Ztg., 10. und 28. November 1878.

³⁾ Prot., S. 17 ff. — Die Diskussionsbeiträge sind im Protokoll nur sehr knapp angedeutet.

⁴⁾ Rachfahl, S. 331.

handelte es sich aber, wenn wie in diesem Fall Reichstag und Landtag Ferien hatten, nur um die Berliner Abgeordneten, 10 waren es 1880, die alle zum engeren Kreise oder Gefolge Richters gehörten¹⁾. Die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses war selbstverständliche Wiederwahl. Dieser bestand von 1877 bis zur Fusion 1884 aus den Abgeordneten Hermes, Langerhans, Parisius, Richter und Zelle, für die Wahlauftrufe traten aus den Fraktionsvorständen Hänel, Klotz und Virchow hinzu. Die eigentliche Arbeit wurde von Richter und Parisius besorgt. Dabei konnten sie sich der für die Parteianhänger im Lande 1876/77 geschaffenen, aus einer Wahlkorrespondenz zum offiziellen Organ gemachten „Parlamentarischen Correspondenz“ bedienen, deren Auflage von 1858 Exemplaren 1878 auf fast 20 000 1881 stieg²⁾. Bei der formal lockeren Organisationsstruktur kam einem solchen Organ für die Bildung einer einheitlichen Partei besondere Bedeutung zu, außerdem verfügte Richter seit 1881 über ein eigenes Wochenblatt, den gegen Rickerts „Reichsblatt“ gegründeten „Reichsfreund“, der bis 1884 eine Auflage von 23 000 Stück erreichte³⁾. Die für breite Wählerschichten bestimmte Flugblatt- und Broschürenagitation dehnte er energisch aus, 1878 wurde eines seiner Flugblätter in mehr als 1 Million Exemplaren verbreitet⁴⁾, und mit seinen großen Reden innerhalb und außerhalb des Parlaments wirkte er ständig auf die Wähler, mit seiner ausgedehnten Korrespondenz auf die örtlichen Führer ein. Mit solchen Mitteln setzte er auf die Dauer seine organisatorischen Ziele, Lösung vom Gesamtliberalismus, Gründung neuer Parteivereine, und vor allem seine politische Linie der konsequenten Opposition und der Ablehnung national-liberaler wie sozialistischer Tendenzen durch; er machte diese Linie im Bewußtsein der Parteianhänger herrschend. Umgekehrt führte er seine Politik auch stark von den Gesichtspunkten der Agitation her. Auf diese Weise schuf er eine enge Verbindung der Anhänger zur Politik der Fraktion und sich selbst die Stellung des großen Volksmannes.

Für den Agitationsbetrieb, der bei den Wahlen durch eine ganze Reihe bezahlter Wanderredner noch unterstützt wurde, brauchte die Zentrale erhebliche Geldmittel; die Parteiführer gingen daher planmäßig daran, Gelder bei den Parteigenossen flüssig zu machen. Gerade die Fortschrittspartei, die von der Agitation lebte und deren vermögende Mitglieder schon früh in nur wenigen Wahlkreisen sich konzentrierten, war auf eine organisierte Finanzierung angewiesen; deren frühe Planmäßigkeit entsprang dem Blick und der besonderen

¹⁾ Um den Eindruck einer Berliner Kundgebung zu vermeiden, berief sich das Komitee auch auf „Zuschriften“ aus dem Lande, aber die Sezessionisten bemerkten sofort, daß die Gruppe um Hänel an der sehr reservierten Erklärung nicht beteiligt gewesen sei, Heyderhoff-Wentzcke I, S. 360, 362.

²⁾ Ullstein, S. 64.

³⁾ Ullstein, S. 72, 78.

⁴⁾ „200 Millionen neue Steuern“, Rachfahl, S. 295; 1879 erschien seine Broschüre „Der liberale Urwähler oder was man zum Wählen wissen muß“. Auch Gratisexemplare großer Berliner Zeitungen dienten der Agitation, s. o. S. 39.

Energie Richters in solchen Dingen. Für die Wahl 1878 hatte man fast 16 000 M aufgebracht und davon knapp 4000 M für 10 Wahlkreise, den Rest für allgemeine Aufgaben verbraucht¹⁾. Bis 1881 waren für einen zentralen Wahlfonds 206 000 M gesammelt worden, für Berlin noch zusätzlich 24 000²⁾, eine erstaunliche Summe, deren Höhe zum Teil mit der Unterstützung zusammenhing, die der Partei durch die von Zöllen und Konsumsteuern betroffenen Wirtschaftskreise und die vom Antisemitismus bedrohten Juden zuteil wurde³⁾. Bei der Fusion belief sich das angesammelte Kapital der Partei schon wieder auf 100 000 M⁴⁾. Von den 1881 verfügbaren Geldern wurden 64 Wahlkreise mit im ganzen 87 000 M unterstützt. In den Städten war zusätzlich mit einer örtlich aufgebrauchten Summe zu rechnen; daß die Wahlkosten in Hamburg pro Wahlkreis 10 000 M betragen hätten⁵⁾, ist, wenn nicht polemisch übertrieben, so jedenfalls eine mit dem Kampf gegen die SPD zusammenhängende Ausnahme; im allgemeinen wurde im Wahlkreis weniger aufgebracht, als von den Zentralen kam. 50 000 M aus dem zentralen Fonds hatte man für Diäten an Abgeordnete der Partei vorgesehen, einen weiteren Teil für die Kosten des zentralen Betriebs. Die Sorge um die finanzielle Basis der Partei hätte Richter 1884 beinahe noch bewegt, von der Fusion zurückzutreten, weil er erfahren hatte, daß die Sezessionisten keineswegs einen angemessenen und in der größeren Partei notwendigen Fonds, sondern im wesentlichen Schulden mit einbrachten⁶⁾.

Der Einfluß der Zentrale auf die Wahlkreise war zunächst wie in allen Parteien auf Empfehlungen beschränkt⁷⁾, Weisungen konnte sie nicht erteilen⁸⁾. Das Zentralwahlkomitee hatte daher z. B. bei der Durchführung von Wahlbündnissen, wie sie 1876 für die Landtags- und 1878 für die Reichstagswahlen mit den Nationalliberalen abgeschlossen worden waren, vielfache Schwierigkeiten mit den lokalen Organisationen und konnte seine Vorschläge nicht immer zur Annahme bringen⁹⁾. Immerhin wurde 1878 das Abkommen in den meisten betroffenen Wahlkreisen schließlich befolgt. Immerhin wurde die Zentralisierung so durchgeführt, daß alle Organisationen mit der Zentrale in Verbindung standen,

¹⁾ Parl. Korr., 23. Oktober 1878.

²⁾ Richter II, S. 229 f.

³⁾ Richter erwähnte z. B. 1884 die Bedrohung von Handel, Banken und Versicherungen besonders, um aus diesen Kreisen Geldmittel zu erbitten, Parl. Korr. 1884, I, Vertrauliches Zirkular an bekannte, wohlhabende Parteigenossen. Juden: Heyderhoff-Wentzcke II, S. 382.

⁴⁾ Rachfahl, S. 321.

⁵⁾ Norddt. Allg. Ztg., 7. Februar 1884.

⁶⁾ Rachfahl, S. 321, gegen Philippon, S. 351.

⁷⁾ 1876 z. B. empfahl sie, Gewerkvereinsmitglieder zu dem Komitee zuzuziehen, Gewerkverein 1876, S. 18.

⁸⁾ Voss. Ztg., 9. Mai 1873; Königsb. Hart. Ztg., 22. Juni 1878, den Komitees könnten keine „bindenden Vorschriften“ gemacht werden.

⁹⁾ Ablehnung 1876 in Görlitz, Voss. Ztg., 13. Oktober 1876; 1878 in Danzig, die Parteileitung veranlaßte eine Revision durch die Wählerversammlung, Königsb. Hart. Ztg., 28. Juni 1878; über die Vorgänge in Berlin s. o. S. 65 f.

auf sie Bezug nahmen und auf die anfangs noch üblichen eigenen Programme sehr schnell verzichteten¹⁾. Unter Richters Führung gewann der Ausschuß einen jedenfalls seit 1878 erheblichen Einfluß. Er bereitete die Wahlen „planmäßig“ vor, drängte die Organisationen frühzeitig und ständig zu geeigneten Maßnahmen und forderte sie auf, sich mit der Zentrale über die Kandidaten zu verständigen²⁾. In Berlin waren seine Vorschläge eigentlich Beschlüsse, bei der Landtagswahl von 1879 gingen Richter und Parisius sogar gegen bisherige Abgeordnete oder schon aufgestellte Kandidaten vor, die ihren Absichten nicht entsprachen, indem sie durch starken Druck deren Rücktritt oder eine andere Entscheidung der Wahlkörper veranlaßten³⁾. Auch im Lande fielen Empfehlung oder Billigung der Parteileitung sehr bald maßgebend ins Gewicht. Seit 1881 spielte dabei ihre Verfügungsgewalt über die großen Finanz- und Agitationsmittel, wozu auch die Vermittlung von bekannten Abgeordneten als Rednern gehörte, sowie die tatsächliche oder mögliche Sperrung dieser Mittel eine wichtige Rolle⁴⁾. Dazu kam die ausgedehnte Korrespondenz Richters und seine journalistische Tätigkeit für die Provinzzeitungen, mit deren Hilfe er seinen Einfluß auf die Organisationen enorm verstärkte. Indem er auf die Prinzipienfestigkeit der Abgeordneten den Ton legte, sie in seinem Sinne auslegte und an die daran orientierte Einstellung der Anhänger appellierte, konnte er in sehr vielen Fällen seinen Willen durchsetzen.

Immerhin gab es noch manchen beachtlichen Widerstand gegen diese zentralisierte Wahlpolitik. Bei den preußischen Landtagswahlen von 1882 suchte Hänel im Gegensatz zu Richter eine Verständigung mit den Nationalliberalen, und unter seiner Führung hatte, wie erwähnt, die schleswig-holsteinische Partei ein Wahlabkommen mit diesen geschlossen. Richter bekämpfte dieses Abkommen aufs heftigste, und die Angegriffenen wehrten sich, indem sie die Selbständigkeit ihrer provinziellen Organe verteidigten, die Richtigkeit ihrer Linie gegenüber der nur demagogischen, politisch der Reaktion zugute kommenden Taktik Richters herausstellten und sich gegen die Verdächtigung ihrer politischen Überzeugung wandten⁵⁾. Sie waren fest entschlossen, sich gegen die Richtersche Tyrannei zu

¹⁾ Voss. Ztg., 2. August 1878, das Programm eines Leipziger Vereins wird von der Parteileitung abgewiesen.

²⁾ Richter II, S. 170, über die Wahl 1881.

³⁾ So gegen den bisherigen Abgeordneten Hoffmann, der nicht freiwillig zurücktrat, und gegen den ursprünglichen Kandidaten Eberty, statt dessen nach der Urwahl Richter aufgestellt wurde, Königsb. Hart. Ztg., 9. Oktober 1879; Verteilung der Berliner Mandate durch das Zentralwahlkomitee 1881, Berl. Börs. Cour., 5. Juli 1881.

⁴⁾ Im Wahlkreis Lübben schlug z. B. 1884 vor der Fusion das liberale Komitee einer Wählerversammlung einen Fortschrittler vor, diese wünschte einen Sezessionisten aufzustellen, fügte sich aber auf den Hinweis des Vorsitzenden, daß in diesem Falle jede Berliner Unterstützung ausbleiben werde, Norddt. Allg. Ztg., 8. Februar 1884.

⁵⁾ Königsb. Hart. Ztg., 30. Juli 1882; Nordd. Allg. Ztg., 3. Oktober, 7. November 1882, darin zitiert Kieler Ztg., Reichsfreund, Parl. Korr., Volksztg.; Schultheß 1882, S. 177; Nat. lib. Handbuch, S. 308; s. o. S. 193, u. S. 205.

behaupten; mit Anhängern anderer liberaler Gruppen veranstalteten sie einen mitteldeutschen „Parteitag“ in Gotha, der sich nach einer Rede von Hänel gegen die Wahltaktik Richters und für die Verständigung der liberalen Gruppen aussprach¹⁾. Immerhin konnte sich Hänel als anerkannter Führer eine selbständige Wahlpolitik in seiner Provinz leisten. Die geplante Ausdehnung seiner Wahltaktik auf ganz Preußen aber war von vornherein an Richter und seinem Einfluß auf die Organisationen gescheitert. Hänel spielte im Parteibetrieb doch eine zu passive Rolle, um als gleichwertiger Konkurrent Richters auftreten zu können. In anderen Provinzen gab es nicht einmal solche Führer²⁾.

Auch von anderer Seite wurde die Politik der Zentrale angegriffen. Die radikale „Volkszeitung“ tadelte die von dem fraktionellen Komitee ausgeübte Vorherrschaft in der Partei, die zu Inzucht und Versicherung der Alten und Unfähigen auf Gegenseitigkeit, zu einer Orthodoxie in der Fraktion geführt habe und Partei und Wähler geradezu unter Vormundschaft stelle³⁾. Gerade im Hinblick auf die Personenentscheidungen traf diese Kritik einen Wesenszug der Partei, der infolge der Verhältnisse in den Vereinen⁴⁾, der Orientierung an Agitationsbedürfnissen und vor allem infolge des Richterschen Einflusses allmählich dominierend wurde. Dazu trug bei, daß die Partei den auswärtigen Reichstagsabgeordneten Diäten gewährte⁵⁾; auch aus diesem Grunde konnte der Parteiführer bei ihrer Auswahl mitwirken, er hatte sie bis zu einem gewissen Grade in der Hand, und das zog selbständigere Köpfe nicht eben an. Die sezessionistischen Kollegen urteilten über die Ergebnisse von Richters Personalpolitik ähnlich wie die Volkszeitung: Bamberger meinte, das Gefolge Richters sei reines Stimmvieh, das auf Kommando alles täte, Siemens bemerkte, sein Flügel sei zum großen Teil aus unbedeutenden und unselbständigen Köpfen zusammengesetzt, als Kandidaten ziehe er jedenfalls „einen gefügigen, abhängigen Mann einem unabhängigen . . .“ vor; beide kritisierten als ausgeprägte Honoratiorenpolitiker die Ausgabe von Diäten: weil Richter keinen Wert auf finanzielle und soziale Unabhängigkeit lege, gewinne nur der Gehorsam⁶⁾.

Nicht nur in ihrer Zusammensetzung, sondern auch in ihrem Verhalten wurde die Reichstagsfraktion unter der Ägide Richters einheitlicher, schon sehr bald

¹⁾ Schultheß 1882, S. 178; Philippon, S. 349; Heyderhoff-Wentzcke II, S. 391, über die „Hänelsche Schilderhebung“ gegen Richter. Mit Hänel gemeinsam operierte auch der langjährige Reichstagsabgeordnete Ahlhorn.

²⁾ Stauffenberg bemerkte 1881 über Richters Vorgehen gegen die Sezession, die Abgeordneten der Partei seien einflußlos, da Richter mit Hilfe der Presse die ganze Wahlpolitik mache, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 375.

³⁾ Zitiert: Norddt. Allg. Ztg., 7. November 1882.

⁴⁾ S. o. S. 180 f.

⁵⁾ 500 M pro Session, Ablehnung war möglich; vgl. Allg. Ztg., 1. November 1883.

⁶⁾ Bamberger, Bismarcks großes Spiel, S. 291; Helfferich, Siemens III, S. 195, ein Brief von Siemens.

setzten die Vorwürfe gegen seine Tyrannei auch in der Fraktion ein¹⁾). Die Landtagsfraktion stand noch stärker unter dem Einfluß Hänels, vor allem wegen dessen Haltung zu den Kulturkampfgesetzen, außerdem hatte Richter auf ihre Zusammensetzung geringeren Einfluß, weil Klassenwahl und Diäten die Unabhängigkeit der Abgeordneten begünstigten und die der Partei 1879 verbliebenen Mandate sicherer und Wechsel daher seltener waren. Aus der Reichstagsfraktion wurde sie wegen ihrer etwas versöhnlicheren Stellung direkt angegriffen²⁾), die Einmütigkeit der beiden Fraktionen war also noch nicht ganz hergestellt. 1882 kam es im Zusammenhang mit der Hänel'schen Opposition gegen Richters intransigente Wahlpolitik sogar zu einem Aufstand gegen ihn und seine Führung, indem die Landtagsfraktion sich mit Mehrheit, 17 zu 13, und bei einer zweiten Abstimmung mit 20 zu 11 Stimmen gegen seine Linie und für die Hänel'sche Taktik erklärte, woraufhin Richter sich aus dem Fraktionsvorstand eine Zeitlang zurückzog³⁾). Seine Stellung in der Reichstagsfraktion aber und im Lande war schon so stark, daß ihm auf die Dauer die Parteiführung und also auch die Führung der Wahlpolitik nicht bestritten werden konnte. Darum konnte er auch zunächst die von Hänel und Virchow begünstigte Fusion verhindern, die er nur als Anschluß der von unsicheren Kantonisten befreiten Sezession an die Fortschrittspartei zulassen wollte. Erst 1884 fand er sich wenigstens taktisch zur Fusion bereit, die dann auch zustande kam. Allerdings ging er auch jetzt nur ungern darauf ein, konnte sich aber der Meinung der überwiegenden Mehrheit seiner Fraktion und den sachlichen Notwendigkeiten, den schlechten Wahlaussichten und dem Kandidatenmangel bei isoliertem Vorgehen, nicht entziehen⁴⁾). Letzten Endes stand hinter der Fusion natürlich die Erwartung des Thronwechsels.

2. Die Sezession

In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Sezession als eine parlamentarische und personenbestimmte Vereinigung, jeder Sonderorganisation zudem abgeneigt, nur Ansätze zentraler Institutionen entwickelt. Anfängliche Pläne, sofort einen zentralen Wahlverein als Organ der Partei im Lande zu gründen, kamen nicht

¹⁾ Der Abgeordnete Berger trat 1881 aus, weil „die Tyrannei des Herrn Richter nicht länger zu ertragen“ sei, Berl. Börs. Ztg., 19. Mai 1881. Königsb. Hart. Ztg., 2. November 1880, zitiert eine Behauptung der Nat. Ztg., die Minorität der Fraktion füge sich jeweils aus Loyalität der Majorität, das Dementi ist wenig stichhaltig. — 1884 sprach der Abgeordnete Lenzmann, der die Fusion nicht mitgemacht hatte, rückblickend von Richters Tyrannei in der Fraktion, Kreuzztg., 10. September 1884; über seine Herrschaucht auch sein Fraktionskollege Windthorst, Lebenserfahrungen, S. 60.

²⁾ Nat. lib. Handbuch, S. 299.

³⁾ Schultheß 1882, S. 212.

⁴⁾ Rachfahl, S. 321 f.; Matthes, S. 147 ff.

zur Ausführung¹⁾). Die Sezessionisten diskutierten viel und waren, reine Honoratiorenpolitiker, viel auf Reisen. Das begünstigte eine energische Organisations-tätigkeit nicht eben. In einer ersten Besprechung, zu der neben Abgeordneten auch eine Reihe von Notabeln zugezogen worden waren, setzte man ein Exekutivkomitee aus den Abgeordneten Rickert und Lipke und den Nichtparlamentariern Gröning, Kapp und Lesse ein, das zunächst ein Büro für Wahlangelegenheiten einrichtete, die Herausgabe einer Korrespondenz in die Wege leitete und das dazu notwendige Geld sammelte²⁾). Einen eigenen Namen hatte man sich aus Rücksicht auf die anderen Liberalen noch nicht gegeben³⁾). Bald darauf wurde dann doch neben der parlamentarischen „Liberalen Vereinigung“ ein „Wahlverein der Liberalen“ als Organisation im Lande gegründet, und zwar auf einem Parteitag, einer Versammlung von führenden Anhängern⁴⁾).

Die Verbindung der führenden Abgeordneten und Berliner Notabeln mit den zum Teil in dem Wahlverein organisierten Anhängern im Lande wurde auch weiterhin durch Parteitage aufrechterhalten⁵⁾), zu denen die wichtigsten Leute der Wahlkreise eingeladen wurden⁶⁾); darüber hinaus herrschte wohl eine gewisse Offenheit der Teilnahme. Der Parteitag hatte kaum den Charakter einer Institution, vielmehr den einer Besprechung mit den „Freunden“ im Lande. In einem Einzelfall konnte er auch direkt entscheiden, 1881 lehnte er mit 55:55 Stimmen ein generelles Wahlbündnis mit der Fortschrittspartei — „dort wo es durch die Verhältnisse geboten scheint“ — ab⁷⁾). Dieser Beschluß hatte zwar keine formale Verbindlichkeit, schon weil nur ein Satz gestrichen wurde, ohne durch eine positive oder negative Bestimmung ersetzt zu werden, und weil die Wahlkreise selbständig über ein Bündnis entschieden; aber politisch war er beachtlich: wäre er anders ausgefallen, so hätte das die Taktik der Parteileitung doch stark beeinflußt⁸⁾). Sonst hat er eigentlich nur Beschlüsse der fraktionellen Führung legitimiert, so 1882 eine programmatische Erklärung en bloc angenommen und, um die nur auf dem Papier stehende eigene Organisation endgültig aufzubauen, einen geschäftsführenden Ausschuß „eingesetzt“, d. h. die bisherige Parteileitung

¹⁾ S. o. S. 182 f.

²⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 361, 368, 382 f.; Geldmittel wurden durch Sammlungen bei wenigen reichen Anhängern aufgebracht, Philippson, S. 340.

³⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 361, 368. Lipke klagt darüber, daß Rickert die Begründung einer neuen Partei mit „politischem Gewimmer“ über die Sezession eröffne.

⁴⁾ Philippson, S. 340; Rickert hatte schon früher, zur Zeit des Volkswirtschaftlichen Kongresses, einen Parteitag abhalten wollen, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 366.

⁵⁾ Am 29. Januar 1881 ein von 110 Teilnehmern besuchter Tag in Halle, am 6. Mai 1882 ein Tag in Berlin, der von etwa 200 Vertrauensmännern besucht war; Schultheß 1881, S. 50; 1882, S. 99; Philippson, S. 347; Norddt. Allg. Ztg., 9. Mai 1882.

⁶⁾ NL Forckenbeck.

⁷⁾ Philippson, S. 350, spricht von einer Abstimmung über den Anschluß an die Fortschrittspartei, das könnte höchstens die unausgesprochene Absicht dieses Antrags gewesen sein.

⁸⁾ Der erwähnte gesamtliberale Parteitag in Gotha sprach sich im Herbst für ein Zusammengehen der Liberalen bei den Landtagswahlen aus, s. o. S. 202.

bestätigt und ihr ein Kooptationsrecht zugebilligt, und so 1884 die Fusion gutgeheißen¹⁾). Selbständige Bedeutung hatten solche Beschlüsse nicht mehr.

Die Organisation der zentralen Körperschaften war nicht klar festgelegt, praktisch bildeten die wichtigen Abgeordneten, die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses und der Fraktionsvorstände, die Parteiführung, von Fall zu Fall zogen sie noch andere Personen zu²⁾). Die Verbindung mit den Wahlkreisen hatten von Anfang an Rickert und Lipke in die Hand genommen, 1881 wurden noch häufig ohne Zutun der Zentrale sezessionistische Kandidaten aufgestellt³⁾, später hatte Rickert überall seine Vertrauensleute. In der Fraktion ließ man sich gegenseitig viel Freiheit, Lasker z. B. trat fast allein für das Krankenkassengesetz ein, aber das gefährdete die Einheit in keiner Weise. Über die Fusion entschieden die Führer ziemlich selbständig. Während Forckenbeck, Bamberger und andere den darauf abzielenden Plänen sehr zurückhaltend gegenüberstanden, weil sie ohne die erstrebte Aufnahme der Nationalliberalen ihre mittlere Position einzubüßen fürchteten und das autokratische Wesen Richters scheuten, trat Rickert im Verein mit Bunsen lebhaft dafür ein. Auch hier war die Erwartung des Thronwechsels das wichtigste Motiv, objektiv hatte sich zudem der wirtschaftspolitische Gesichtspunkt, der eine Vereinigung mit den Nationalliberalen ausschloß, als ausschlaggebend erwiesen, während die verfassungspolitische Idee des Gesamtliberalismus erheblich an Gewicht verloren hatte; dazu hatte — subjektiv — Bismarcks Verhalten in der Lasker-Affäre die Stimmung der Sezessionisten radikalisiert. Es gelang Rickert in einer „Vorstandssitzung“, auch die Zögernden zu gewinnen, so daß das vorbereitete Abkommen perfekt wurde. Die offizielle Entscheidung wurde dann von der bis dahin nicht verständigten Fraktion getroffen⁴⁾).

3. Die Deutsch-Freisinnige Partei

Bei der Fusion wurde ein Organisationsstatut vereinbart, das klar fixierte zentrale Institutionen vorsah⁵⁾). Wie in der Fortschrittspartei wurde das jetzt sogenannte Zentralkomitee aus den beim Zusammentritt eines neuen Reichstags in Berlin anwesenden Abgeordneten gebildet. Es blieb also ein parlamentarisches

¹⁾ Schultheß 1884, S. 27. Die Erklärung der Fraktionen wurde am 5. März ausgegeben, die legitimierenden Parteitage fanden am 15. und 16. März statt.

²⁾ So wurde der von Rickert und Lasker entworfene Wahlauf Ruf 1881 in einer Versammlung von einigen 20 Abgeordneten, Kandidaten und Notabeln „angenommen“ und von den Verfassern, den Abgeordneten Forckenbeck, Bamberger, Stauffenberg und dem Kandidaten Kapp unterschrieben, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 384; 1884 gehörten Forckenbeck, Bamberger, Stauffenberg, Rickert, Bunsen, Baumbach, Witte, vielleicht Karl Schrader und noch einige andere zur Parteileitung, Philippson, S. 351 ff.

³⁾ Klage über die fehlende (zentrale) Wahlvorbereitung der Sezession 1881, Heyderhoff-Wentzcke II, S. 384.

⁴⁾ Philippson, ebd.; Bamberger, S. 288 f.; Matthes, S. 150 ff.

⁵⁾ Parl. Corr., 7. März 1884.

Organ mit ausgesprochenem Übergewicht der Preußen, und wie bisher sollte es auch den Zusammenhang der Berliner Fraktionen organisatorisch sichern. Seine einzig wichtige Funktion bestand darin, einen 13köpfigen geschäftsführenden Ausschuß, den 13er-Ausschuß, zu wählen. Dieser sollte die parteioffiziellen Kundgebungen erlassen¹⁾, während er zur eigentlichen Geschäftsführung wieder einen engeren 7köpfigen Ausschuß, den 7er-Ausschuß, wählte. Diese Doppelorganisation rührte zunächst daher, daß die bisherigen Führer auch weiter an der Leitung beteiligt werden mußten, daß aber aus praktischen Gründen zusätzlich ein kleineres Gremium notwendig war. Die indirekte Wahl des engeren Ausschusses schien — im Sinne Richters — dessen Permanenz besser zu sichern, während — im Sinne der Sezessionisten — der größere Ausschuß als Wahlkörper und Instanz für die Wahlauftrufe eine gewisse Kontrolle über Maßnahmen der Geschäftsführung üben konnte. Die Fortschrittspartei erhielt nach dem ersten Übereinkommen über die Besetzung der Ausschußsitze jeweils einen Sitz mehr; und zwar waren der Vorsitz im 7er- und im 13er-Ausschuß den Fortschrittlern Richter und Virchow zuerkannt worden, während sich die Sezessionisten mit den Stellvertretern Rickert und Bamberger und dem eher repräsentativen Vorsitz im Zentralkomitee, den Stauffenberg übernahm, begnügen mußten. Neben diesen Ausschüssen bestand als zentrales Organ der Parteitag, zusammengesetzt aus den Reichs- und Landtagsabgeordneten, den Mitgliedern des vorigen Reichstags und aus 3 Delegierten jedes Wahlkreises. Zuständig war er für Änderungen von Programm und Statut, er konnte aber auch zu andern Zwecken versammelt werden; die Berufung lag in der Hand des Zentralkomitees. Praktisch hat er bis zum Auseinanderfall der Partei keine Rolle gespielt. Die Vereine oder Komitees traten als Elemente der Partei formal nicht in Erscheinung, sie wurden nur, wenn sie auf das Parteiprogramm Bezug nahmen, als zu ihr „gehörig . . . angesehen“. Die Zentrale trat zu ihnen weiter durch „Korrespondenten“ in Beziehung, die formal nur als Einzelpersonen fungierten.

Eine Geschäftsordnung der neuen Reichstagsfraktion bestimmte, daß ein mit relativer Majorität gewählter 8köpfiger Vorstand die Verhandlungen leiten sollte. Praktisch tagte er meist vor den Fraktionssitzungen, um nach Möglichkeit sich auf eine politische Linie und das taktische Vorgehen im Fraktionsplenum zu einigen²⁾. Anträge sollten erst nach Beratung der Fraktion gestellt werden, für Schluß- oder Vertagungsanträge sollte allgemeine Übereinstimmung erforderlich sein; bei abweichenden Abstimmungen oder anderen selbständigen Schritten war eine Mitteilung an die Fraktion oder mindestens den Vorstand erforderlich. Einen direkten Fraktionszwang sollte es auch jetzt nicht geben³⁾.

¹⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 419, 1884 berief, abweichend vom Statut, der geschäftsführende Ausschuß das Zentralkomitee zum Erlaß des Wahlauftrufs, vielleicht um dem Aufruf dadurch größeres Gewicht zu geben.

²⁾ Bamberger, S. 292. Geschäftsordnung: Parteiakten.

³⁾ Der Beitritt zur Fraktion war an eine Erklärung mit Zustimmung zum Programm gebunden, unter den Mitgliedern wurde nach Bedarf eine Umlage für die Unkosten erhoben, Parteiakten.

Die Fusion konnte die politische und persönliche Spannung zwischen den beiden Gruppen nicht aufheben. Selbst die organisatorischen Mittel wurden nur z. T. fusioniert. Richters Parlamentarische Korrespondenz wurde zwar offizielles Parteiorgan, er behielt aber seine große, ständig erneuerte Agitationsbroschüre, das ABC-Buch für freisinnige Wähler¹⁾, und den Reichsfreund in eigener Regie; zu dem Vorschlag, dies Organ mit dem Rickertschen Reichsblatt zu vereinigen, erklärte er ganz offen, er werde doch seine Machtmittel nicht aus der Hand geben²⁾. 1885 gründete er dann die Freisinnige Zeitung als sein eigenes tägliches Organ. Die Sezessionisten behielten die Liberale Korrespondenz und das Reichsblatt. Auch im Finanzwesen, das nach den bisherigen Methoden mit gutem Erfolg gehandhabt wurde, bei Auflösung der Partei sollen 180 000 M vorhanden gewesen sein³⁾, blieb manches separiert. 1888 sammelten Richters Anhänger zu seinem 50. Geburtstag über 100 000 M, die ihm persönlich für Parteizwecke zur Verfügung gestellt wurden⁴⁾. Endlich behielt jeder der beiden Parteiführer, Richter wie infolgedessen auch Rickert, im Lande seine eigene „Vertrauensmännermaschinerie“, und wo Vereine vor der Fusion nebeneinander bestanden hatten, blieb dieser Zustand teilweise erhalten⁵⁾. Hinze, der sich schon an der Organisation der Sezession aktiv beteiligt hatte, unterhielt ein eigenes, bis 1887 vom Vorstand unabhängiges Parteibüro, um Richters Herrschaft in der Partei widerstehen zu können⁶⁾.

Diese Rivalität führte dazu, daß Richter die Organisation der Wahlen und die Agitation im Lande mit Rickert, der sich Richters Methoden anpaßte, teilen mußte, wobei beide natürlich zeitweise auch durchaus zusammenarbeiteten⁷⁾. Der Einfluß der Zentrale auf die Wahlkreise und deren Bindung nach oben war unter diesen Umständen wesentlich stärker als in anderen Parteien. Barth beklagte später, nicht nur im Hinblick auf Richter, der Fehler der Organisation der Partei habe in dem „allzu bürokratischen Zuschnitt“ gelegen, in „der zu straffen Zentralisation, dem überwiegenden Einfluß einiger weniger Führer, worunter gerade bei plötzlich eintretenden Ereignissen, wie Auflösung des Reichstags und Neuwahl, die Kriegsbereitschaft der kleinen Organisationen leiden mußte“, weil diese erst auf Direktiven von oben warteten⁸⁾. Auf die Dauer setzte sich aber

¹⁾ Die Auflagen des ABC-Buchs bis 1893: 1878, 1881, 1884, 2 Nachträge von 1884, 1885, 1889, 1890, 1892.

²⁾ Pachnicke, S. 35.

³⁾ Köln. Ztg., zitiert bei Giese, S. 10, die Freisinnige Volkspartei soll davon zwei Drittel erhalten haben.

⁴⁾ Nat. lib. Handbuch, S. 305.

⁵⁾ Max Weber, S. 147. Weber war von Beteiligten gut unterrichtet; s. a. o. S. 177.

⁶⁾ Ullstein, S. 69, nach persönlichen Berichten von Fischbeck.

⁷⁾ Funck, S. 152, erzählt, daß gerade Rickert ihn, den alten Fortschrittler, als Kandidaten für den Wahlkreis Höchst empfohlen habe; obschon Frankfurter, sei er erst daraufhin zu seiner Kandidatur gekommen.

⁸⁾ Nation 1893, S. 586.

Richters Einfluß im Lande durch. Zwar war er nicht in der Lage, die sezessionistischen Abgeordneten in ihren Wahlkreisen „abzusägen“, er stieß auch fernerhin auf Gegnerschaft gegen seine Wahlpolitik, aber allmählich zog er doch die meisten Lokalorganisationen weitgehend auf seine Seite¹⁾.

Auch in der Fraktion blieb das Verhältnis der Flügel gespannt. Schon bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes 1884 wäre es beinahe wieder zum Bruch gekommen. Ein Teil der Sezessionisten stimmte, um die Reichstagsauflösung zu vermeiden, dafür, während Richter, um das Gesicht der Partei zu wahren und die Stichwahlhilfe der Sozialdemokraten nicht zu verlieren, schärfstens dagegen auftrat; da er aber insgeheim aus Furcht vor der Auflösung ebenfalls die Annahme wünschte und deshalb einige seiner Anhänger aus der entscheidenden Sitzung „abkommandierte“, konnte er es nicht zum Bruche kommen lassen²⁾. Sonderlich harmonisch war das Zusammenwirken in der Fraktion auch weiterhin nicht³⁾. Zu den politischen Spannungen kam, daß die Sezessionisten eine Fülle bedeutender Intelligenzen darstellten, die z. T. von beträchtlichem persönlichen Ehrgeiz und starken Antipathien gegen ihre neuen Parteifreunde erfüllt, nur schwer mit andern unter einen Hut zu bringen waren. Forckenbeck und Bamberger fühlten sich als Antipoden Richters und bildeten mit Barth, Rickert und Siemens eine besondere, sich distanzierende Clique⁴⁾. Hänel versuchte weiter, eine vermittelnde Stellung einzunehmen. Geführt wurde die Fraktion von Richter, aber seine Führung und damit die Einheit der Fraktion war nicht vom Vertrauen oder wenigstens einer gewissen Konzilianz getragen, man beugte sich seinem Willen, aber auch die ihm Näherstehenden taten das oft nur mit Widerstreben und innerem Groll⁵⁾, und die Sezessionisten klagten offen über seine Herrschsucht und Anmaßung. Das Abstimmungsverhalten war zwar zunächst unter dem Druck der Regierung einigermaßen einheitlich, es gab aber auch im Plenum immer wieder Sondervoten von einzelnen oder Minoritäten.

¹⁾ S. o. S. 177 ff. 1887 begünstigten er und die Parteizentrale die dänischen Kandidaten, was den entschlossenen Widerstand Hänels und der schleswig-holsteinischen Parteileitung herausforderte, Rachfahl, S. 308; gegen den Protest der dortigen Parteileitung veranlaßte er, und zwar selbstherrlich, ohne einen Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses, im Wahlkreis Pinneberg 1890 die Vorstände, eine Stichwahlparole für den Sozialdemokraten auszugeben, Kieler Ztg., 1. und 2. Juni 1890; Matthes, S. 243; Philippson, S. 354: Richter war darin erfolgreich, seine Autokratie auch über die ganze neue Partei auszudehnen.

²⁾ Bamberger, S. 290 ff.; Kulemann, S. 120; Matthes, S. 217.

³⁾ Payer berichtet, in der Partei seien die Fraktionssitzungen eine ganze Zeitlang selten gewesen, Mein Lebenslauf, NL Bunsen hielt schon 1885 die Fusion für einen Mißerfolg, er wollte die Partei sprengen, schließlich zog er sich nur zurück, er legte sein Mandat nieder; Briefe im NL Bunsen; Rachfahl, S. 335.

⁴⁾ Rachfahl, S. 334, nach Papieren Hänels; Funck, S. 155, spricht von häufigen Eifersüchteleien und Intrigen, z. B. über die Benennung der Redner für die Plenarverhandlungen; auch er stellte die Monopolstellung der älteren Fraktionsmitglieder gegenüber den jüngeren fest.

⁵⁾ Kulemann, S. 76. In Einzelfragen konnte Richter natürlich isoliert bleiben, so etwa 1891 in der Frage der Sonntagsruhe, die er fast allein völlig ablehnte, Vorwärts, 16. Oktober 1891.

Die Spannungen innerhalb der Partei waren vom Organisatorischen her begründet in Richters Praxis der Parteiführung. Seine Macht beruhte auf der Verbindung von Fraktionsführung, Geschäftsführung und seiner Position in der Presse. Zumal die Freisinnige Zeitung diente ihm, z. T. auf dem Umweg über die Provinzpresse, fast ausschließlich als Mittel, seinen Willen bei Anhängern und Organisationen im Lande durchzusetzen¹⁾. Einmal benutzte er sie im Sinne seiner Wahl- und Personalpolitik und befestigte damit den Einfluß, den er schon durch seine Geschäftsführung hatte. Zum anderen machte er mit ihr Fraktionspolitik. Lange bevor die Fraktion eine Entscheidung traf, ja bevor sie sich überhaupt ein Urteil bilden konnte, stellte er seinen dezidierten Standpunkt als die eigentliche Parteimeinung dar, legte die Fraktion auf ihn fest oder machte mindestens dadurch ein Abweichen von ihm eminent schwierig; denn einmal hätte dies eine Desavouierung des Parteiführers und einen schweren Prestigeverlust für die Partei bedeutet, zum andern wären die Abgeordneten mit großer Sicherheit in einen Gegensatz zu ihren Wählern geraten. Zudem nutzte er jede vorläufige Entscheidung der Fraktion sofort agitatorisch aus und schnitt ihr so die Möglichkeit zum Kompromiß weitgehend ab. Gerade wenn er der Fraktion nicht sicher war, mobilisierte er mit der Presse und mit besonderen Anweisungen an die Vorstände das Land und setzte die einzelnen Abgeordneten unter den Druck ihrer Wahlkreise²⁾. Damit befestigte er seine Fraktionsführung, die ihm wiederum das große Prestige im Lande und die Legitimation für den Parteivorsitz verschaffte. Allerdings beschränkte er mit diesem Verfahren, sich publizistisch früh festzulegen, auch seine eigene taktische Freiheit in starkem Maße.

Das von ihm angestrebte Ideal einer Partei war nicht sosehr der große als vielmehr der einheitliche Verband³⁾. Die Gleichheit der Meinung, die parteiorthodoxe Gesinnung war der Maßstab, an dem im Grunde jeder gemessen wurde. Die sezessionistische Tendenz, in einem von einer gemeinsamen Grundanschauung getragenen Verband im einzelnen verschiedene Meinungen zu tolerieren und sich mit einem modus vivendi zu begnügen, lehnte er vollkommen ab; sie schien ihm zur gänzlichen Unwirksamkeit der Partei zu führen. Darum trat er auch allen gesamtliberalen Plänen, einer Verbindung mit nationalliberalen Elementen, wie sie etwa von Hänel nach der Fusion befürwortet wurde, trat er jeder Möglichkeit einer Erweiterung der Partei entschieden entgegen. Von den Sezessionisten erwartete er im Grunde, daß sie Fortschrittler würden⁴⁾. Nur mit einer wirklich

¹⁾ Ullstein, S. 141.

²⁾ Rachfahl, S. 344 f., er ließ die Abgeordneten mit festgelegten Kundgebungen „terrorisieren“, so 1890.

³⁾ Auf dem Parteitag 1893, Prot., S. 30 f., pries er geradezu die kleine Partei, weil sie besonders beweglich sei und durch ihr Vorgehen besondere Kräfte für das parlamentarische Leben mobilisieren könne. — Zu Pachnicke sagte er: „Mein Ideal ist eine Fraktion von 15 Mann, mit der ich manövrieren kann.“ Pachnicke, S. 30.

⁴⁾ Rachfahl, S. 315; vor und nach 1881 hatte er sich noch gegen jede Fusion gesträubt. — Helfferich III, S. 179, Abstoßen der linksnationalliberalen Elemente 1890.

homogenen Partei glaubte er, seine Politik machen zu können, eine Politik der entschlossenen demokratischen Opposition, des unbeirrten Festhaltens an den einmal als richtig erkannten Prinzipien, der Abwehr jedes Versuchs, Kompromisse einzugehen, um Einfluß zu gewinnen; nur so könne der Liberalismus davor bewahrt werden, sich endgültig zu korrumpieren. Jede Neuorientierung der Partei hielt er für gänzlich überflüssig. Dabei wurde ihm die Partei als Mittel der Politik fast zum Selbstzweck. Wie er Personen im wesentlichen nach ihrer Eignung für die Partei beurteilte, so betrachtete er politische Fragen wesentlich unter dem Gesichtspunkt, was sich daraus, vor allem agitatorisch, für die Partei ergeben könnte, eine Haltung, die bei einer Partei ohne eigene Zukunftsperspektive und ohne Hoffnung, die Gesamtverantwortung zu übernehmen, unverantwortlich war. Politik bedeutete ihm also primär Partei-, ja Fraktionspolitik, und zwar so, daß er über dem taktischen Gewinn den strategischen Sieg, ja den Unterschied zwischen Wichtigem und Unwichtigem aus dem Auge verlor. Bei den Wahlen sah er fast nur auf den Erfolg der eigenen Partei, nicht auf die Gesamtkonstellation, etwa für den Liberalismus, und das rechtfertigt in seinen Augen auch Demagogie und Unsachlichkeit seiner Agitation.

Diese seine starre und jedenfalls der Perspektive des Thron- und Kanzlerwechsels gegenüber beschränkte Politik, so großartig immer ihre Unbedingtheit in vielen seiner Parlamentsreden sein mochte, suchte er nun in der Partei selbst so durchzusetzen, daß er jede Opposition gegen eine von ihm verfochtene Position mit Hilfe seiner Zeitung schroff und erbittert bekämpfte. Dabei verschärfte er rechthaberisch und kleinlich jede geringfügige, jede taktische Meinungsverschiedenheit und bauschte sie, von seinem unbedingten Recht besessen, zu einem prinzipiellen Gegensatz auf, den er dann mit Methoden austrug, als ginge es gegen einen äußeren Gegner. Er war daher ständig mit Polemik gegen Parteigenossen befaßt und ging dabei oft tendenziös vor, ohne Angabe von Sachverhalten und mit z. T. böartigen persönlichen Angriffen in den von ihm systematisch angewandten fingierten Briefkastennotizen. Nach der Meinung seiner innerparteilichen Gegner umgab er sich mit einem „Glorionschein . . . der Unfehlbarkeit“¹⁾, und mit inquisitorischem Eifer, stets geneigt zu einer Art von Ketzergericht, einer Reinigung der Partei, zensierte er alles und jedes, verdächtigte er seine Widersacher als halbe Parteianhänger und machte sie verächtlich oder lächerlich. Er trachtete, wie Hänel 1890 bemerkte, danach, die ihm persönlich nicht zusagenden Elemente von der Partei abzusprenge oder — wie Barth, die Seele des Widerstands, bemerkte — die Partei zu einer Partei Richter sans phrase zu degradieren²⁾. Er war nicht der ausgleichende konziliante Führer, den die vielfältig zusammengesetzte Partei brauchte, sondern er versuchte — aus

¹⁾ Rachfahl, S. 346. Über die tendenziös-unwahre Art der Parteinachrichten: Nation, 23. Oktober 1907.

²⁾ Rachfahl, S. 343, 348.

einem subjektiv sachlichen Motiv heraus —, die Partei autokratisch zu führen¹⁾. „Die Organisation war nur äußerlich demokratisch, in Wirklichkeit war Diktatur die Verfassung der Partei. Es galt nur das Kommando, und wer sich widersetzte, wer nur sein Bedenken dagegen geltend zu machen suchte, war dem Schicksal eines Rebellen verfallen.“²⁾ Gerade daran entzündete sich immer erneut der Widerstand seiner politischen Gegner in der Partei. Wo sich diese an die Wählerschaft wandten, griffen sie weniger die Politik als die Diktatur Richters an und appellierten an die demokratischen Sentiments der Anhänger. Man wolle in der Partei keinesfalls „eine Art von Suprematie einzelner Persönlichkeiten . . . dulden“ und „sich niemals unter die Autorität irgendeines Menschen begeben . . .“²⁾ Man bekämpfte „den Absolutismus nicht nur im Staats-, sondern auch im Partei- leben“, wenn Richter allein die Partei führe, bestimmten nicht die Wähler und deren Organe, Abgeordnete und Parteitag, die Politik, diese sei „vielmehr schon von vornherein durch die von Herrn Richter begründete Zeitung in jeder wichtigen Frage festgelegt“³⁾.

Schon 1887 beabsichtigten Sezessionisten unter Führung von Barth, Richter ein Ultimatum zu stellen, entweder die Leitung im geschäftsführenden Ausschuß oder seine Zeitung aufzugeben; die Gesamtpartei wollte nicht die Verantwortung für diese übernehmen, die ihr zufiel, solange der Parteivorsitzende sie herausgab. Zugleich wünschten sie Hinze als Geschäftsführer anzustellen und in den Ausschuß aufzunehmen, wobei dann ein ehemaliger Fortschrittler hätte ausscheiden sollen. Bei den Verhandlungen darüber wollten sie die Entscheidung nicht dem 13er-Ausschuß, sondern dem Zentralwahlkomitee übertragen, was Hänel, der dies Komitee zu berufen hatte, ablehnte. Eine informelle Zusammenkunft der Abgeordneten, bei der auch diese Frage behandelt werden sollte, stellte in Wahrheit eine Versammlung des Komitees hinter dem Rücken Hänels dar, und dieser erklärte deshalb seinen Austritt aus der Fraktion. Bei der Besprechung gab es scharfe Auseinandersetzungen, aber die Richtersche Mehrheit siegte; Hänel wurde um Rücknahme seines Austritts gebeten. Die Sezessionisten hatten — mehr als ungeschickt — den ihnen wohlgesonnenen Hänel verprellt und Richters Stellung gefestigt. Von einem Herausdrängen Richters oder dessen Verzicht auf die Zeitung konnte keine Rede mehr sein. Immerhin wurde Hinze beratendes

¹⁾ Freis. Ztg., 1. Juni 1890, nach Meinung seiner Gegner sei er ein im „Unfehlbarkeitsbewußtsein befangener herrschsüchtiger Diktator“; Danz. Ztg., 4. Juni 1890: er schulmeister jeden, sei diktatorisch und in keiner Weise tolerant, die Art, in der er seine Gegner bekämpfe, sprengte die Partei; von seiner Polemik wurden Anfang 1890 allein unter den Führern Rickert, Schrader, Forckenbeck, Hänel und auch sein Anhänger Zelle wegen einer Berliner Kommunalangelegenheit betroffen; vgl. weiter Kieler Ztg., 1., 2. Juni 1890; Vorwärts, 2. Oktober 1891; Frankf. Ztg., 1. Juli 1893; Kulemann, S. 76; Ullstein, S. 73, 99 f. u. ö.; Rachfahl, 344 ff., beide mit weiteren Belegen.

²⁾ Frankf. Ztg., zitiert bei Rachfahl, S. 361.

³⁾ Volksztg., 2. April 1890, Barth in einer Vereinsversammlung.

⁴⁾ Eugen Richters Sprengbombe, S. 39 f.

Mitglied des Ausschusses, und sein Privatbüro wurde in die ordentliche Zentralorganisation eingebaut¹⁾.

Erst 1890 kam es dann zum offenen Ausbruch der Parteikrise; die Sezessionisten hofften, der Liberalismus könne unter Caprivi zum Zuge kommen, könne einen neuen Anfang machen, und diese Möglichkeit sollte nicht durch Richters — bloß negative — Politik verhindert werden. Zunächst entstand eine Rebellion in der Landtagsfraktion. Richter hatte im Plenum durch einen Geschäftsordnungsantrag eine Plenarentscheidung verhindert, ohne daß eine Fraktionsberatung darüber stattgefunden hatte. Die Fraktionsmehrheit, unter dem Einfluß seines Antagonisten Rickert, nahm das zum Anlaß, ihren Unmut über Richters autokratisches Gebaren und seine Forderung eines „Kadavergehorsams“ durch einen formulierten Tadel über sein Vorgehen zum Ausdruck zu bringen; sie ersuchte ihn, sich künftig zunächst mit der Fraktion zu verständigen. Daraufhin trat Richter — taktisch geschickt — aus dem Fraktionsvorstand aus und zeigte das zuerst in seiner Zeitung an; er erklärte, ein technischer Antrag bedürfe statutenmäßig nicht der Vorberatung in der Fraktion und griff diese an, weil sie in seiner Abwesenheit über ihn verhandelt habe. Ein Teil seiner Anhänger in der Fraktion erklärte sich daraufhin öffentlich für ihn, aber das blieb die Minderheit. Der Streit griff auch auf Presse und Versammlungen über²⁾.

Einige Wochen nach diesem Vorspiel sollte dann der entscheidende Schlag der Opposition folgen. Da die sachlichen Differenzen mit Richter nicht ausgeprägt genug waren, spielte sich die politische Machtprobe als Kampf um die geschäftliche Organisation der Partei ab. Das Zentralkomitee wählte den 13er-Ausschuß in der bisherigen Zusammensetzung³⁾, dieser wählte eine Woche später den 7er-Ausschuß wiederum in der alten Zusammensetzung, aber mit anderen Vorsitzenden; an die Stelle von Richter und Rickert traten Schrader und Zelle. Dabei war die Ablösung Richters durch einen Sezessionisten das Entscheidende, während die Ablösung Rickerts mehr eine optische Kompensation bedeutete⁴⁾. Die neue Mehrheitsbildung, 6:5 Stimmen, Virchow und Stauffenberg fehlten, war dadurch möglich geworden, daß Hänel sich endgültig auf die Seite der Sezessionisten gestellt hatte. Er hatte auch beantragt, daß die Wahl der Vorsitzenden des engeren Ausschusses, da im 7er-Ausschuß Richter die Mehrheit hatte, durch den 13er-Ausschuß erfolgen sollte — ein Modus, über dessen Be-

¹⁾ Heyderhoff-Wentzcke II, S. 432 f., Virchow erklärte das Vorgehen gegen Richter von vornherein für unmöglich. Über die Affäre Hinze-Hänel, Rachfahl, S. 337 ff.; Matthes, S. 232 ff. M.s These, Richters Herrschaft im Apparat sei durch die jetzt erst erreichte Gleichberechtigung der Sezessionisten eingeschränkt worden, überschätzt die Bedeutung der Veränderung bei weitem.

²⁾ Volksztg., 2. April 1890, Rachfahl, S. 346; Matthes, S. 247; Nat. lib. Handbuch, S. 310. Angeblich waren beim Beschluß über den Tadel nur 9 Mitglieder anwesend.

³⁾ Die Sezessionisten Barth, Rickert, Schrader und Bamberger, Forckenbeck, Stauffenberg, die Fortschrittler Hermes, Parisius, Richter, Zelle und Hänel, Klotz, Virchow, die jeweils Erstgenannten gehörten zum 7er-Ausschuß.

⁴⁾ Man habe nur einen persönlichen Gegensatz in der Parteiführung ausschalten wollen, war die These der Mehrheit.

rechtiung sich in der Folge ein Streit erhob, zunächst hatte aber die Richtergruppe dem zugestimmt, nur der abwesende Virchow erklärte die Wahl nachträglich für ungültig.

In der nun folgenden, von beiden Seiten intensiv geführten Pressekampagne hielt Richter, von allen Vorwürfen unberührt, an der Richtigkeit seiner Führungspraxis fest. Er bestritt mit Recht, daß er in den wenigen Sitzungen des Ausschusses seine Kollegen je tyrannisiert habe, ein geschicktes, aber sophistisches Argument, das das eigentliche Argument der Opposition — daß er als Parteiführer ungeeignet sei — nicht entkräftete. Er versuchte, im Namen der „Volkstreisinnigen“ die ganze Partei gegen seine „salonfreisinnigen“ Gegner, die er am liebsten aus der Partei herausgedrängt hätte, zu mobilisieren, in den Organisationen im Lande wurde eine Hochflut von Kundgebungen zu seinen Gunsten entfacht. In seiner Zeitung verstieg er sich dazu, perfide Angriffe gegen Schrader drucken zu lassen, der als Vorsitzender eines zwielichtigen kapitalistischen Unternehmens, einer Investmentgesellschaft, denunziert wurde, um ihn als Vorsitzenden einer Volkspartei unmöglich zu machen. Da ein Rücktritt Schraders jetzt wie eine Anerkennung dieser Vorwürfe gewirkt hätte, war zunächst die Frontstellung weiter verschärft. Die Gegner Richters hielten zwar an der Rechtmäßigkeit der Wahl der Vorsitzenden durch den 13er-Ausschuß fest, erklärten sich aber zu einer für sie ungefährlichen Wiederholung der Wahl in Anwesenheit von Stauffenberg und Virchow bereit, die von Richters Anhängern zur Klärung der Lage geforderte Einberufung des Zentralkomitees lehnten sie dagegen zunächst ab. Richter aber drohte für den Fall, daß er nicht mehr das Vertrauen der Partei im Lande und im Parlament habe, mit seinem Rücktritt. Eine höchst ungeschickte Erklärung des Kriegsministers über künftige Militärvorlagen, das Scheitern sezessionistischer Anträge in der Militärkommission und Andeutungen über Staatsstreichpläne schwächten die sachliche Position seiner zu Kompromissen mit Caprivi geneigten Gegner und mobilisierten die Sentiments der Parteianhänger weiter zu seinen Gunsten. Seine Drohung, sein Appell an die Entscheidung der Gesamtpartei und sein Rückhalt bei den Organisationen im Lande zwangen unter diesen Umständen seine Gegner zum Nachgeben. Sie hatten seine Machtstellung unterschätzt und konnten, da er zum äußersten, zur Sezession, entschlossen war, jetzt, da Richter in die Rolle des Angegriffenen, ja des Märtyrers geraten war und ihre sachliche Position sich verschlechtert hatte, dies äußerste gerade nicht riskieren, ohne ihre und der Partei politische Existenz zu gefährden. Barth, der den Bruch wünschte, versuchte zwar noch, die Positionen umzukehren, er verfaßte eine sehr nachgiebige Erklärung und rechnete damit, daß Richter dadurch und durch seine intransigente Reaktion darauf noch mehr und weiter öffentlich ins Unrecht gesetzt würde; aber auch dies Manöver scheiterte, denn Richter ging auf das nur taktisch gemeinte Verständigungsangebot ein, das dadurch vor der Öffentlichkeit den Charakter einer Kapitulation erhielt. Die Opposition mußte trotz ihrer Mehrheit im 13er-Ausschuß den Kampf abbrechen.

In der nach 3 Wochen abgehaltenen neuen Sitzung des Zentralkomitees wurde der 13er-Ausschuß ersucht, Richter wieder als ersten Vorsitzenden einzusetzen und Schrader zum gleichberechtigten zweiten Vorsitzenden zu machen; so wurde dann auch verfahren; ein ursprünglicher Plan der Sezessionisten, zwei Ausschüsse mit abgegrenzten Kompetenzen zu errichten, kam nicht einmal zur Debatte. Der Doppelvorsitz hat faktisch keine besondere Bedeutung gehabt, das Ziel des Angriffes, Richter als offiziellen Parteiführer auszuschalten, war nicht erreicht worden¹⁾. Angesichts einer Parteikrise konnte die zunächst siegreiche Opposition sich nicht auf ein Recht, eine getroffene unangreifbare Entscheidung berufen; sie mußte vielmehr dem politischen Appell der Richtergruppe, wenn sie die Einheit der Partei aufrechterhalten wollte, zustimmen und eine neue Entscheidung des nächstgrößeren Parteigremiums zugestehen; an dieses fiel bei dem Konflikt die Macht sozusagen zurück, dieser Rekurs aber bedeutete die Niederlage der Opposition. Richters Einfluß auf die Partei im Lande hatte es ermöglicht, daß die Aktion seiner vielen parlamentarischen Widersacher im Sande verlief, daß sie ihren Plan einer Neuorientierung nicht durchsetzen konnten und er seine Macht behauptete, wenn er auch die Opposition weiterhin dulden mußte. Freilich zeigte der ganze Vorgang, daß er seine Stellung nur auf Kosten der Einigkeit der Partei aufrechterhielt, sein Sieg konnte den Bruch in ihr nicht überwinden. In der Folgezeit verringerte sich allerdings sein Einfluß auf die Partei im Parlament; in manchen Fragen blieb er allein, in anderen — so in der Sozialpolitik und bei den Handelsverträgen — mußte er eine von den Sezessionisten getragene Revision der bisherigen doktrinären Linie der Partei zulassen²⁾.

Richter mußte nun, wenn er seine Parteiführung behaupten wollte, die Partei wieder auf den schroffsten Oppositionskurs bringen. Nachdem ihm schon der konservativ-agrarische Kurs in Preußen dazu eine Möglichkeit bot, suchte er dann vor allem die Capriviche Militärvorlage von 1893 in diesem Sinne zu benutzen und die Partei von „revisionistischen“ Elementen zu säubern. Hier kam es dann auf Grund seiner Taktik zum endgültigen Auseinanderfall der Partei. Er hatte im Lande eine Erregung gegen die Capriviche Militärvorlage hervorgerufen, zahlreiche Kundgebungen für eine auf Ziffern festgelegte unnachgiebige Haltung provoziert und so einen starken Druck auf die Abgeordneten erzeugt³⁾. Zugleich hatte er wiederum alle vorläufigen Beschlüsse der Fraktion sofort öffent-

¹⁾ Germania, 22. Mai 1890, mit Zitaten aus der Lib. Korr. und fortschrittll. Zeitungen; Reichsbote, 29. Mai 1890; Kieler Ztg., 20. Mai, 1., 2. Juni 1890; Rhein. Kur., 2. Juni 1890; Freis. Ztg., 31. Mai, 2. Juni 1890; Voss. Ztg., 1. Juni 1890; Danz. Kur., 4. Juni 1890; Berl. Tgbl., 12. Juni 1890; Nation, 30. Mai, 7. und 14. Juni 1890; Ullstein, S. 146 ff.; Rachfahl, S. 347 f.; Presseauschnitte in den Parteiakten; Matthes, S. 258 ff.; M. überbetont m. E. die Rolle der Militärvorlage, erst die Entrüstung der Wähler über die lautwerdenden Regierungspläne habe den schon gestürzten Richter wieder emporgehoben.

²⁾ Matthes, S. 282 ff.

³⁾ Sprengbombe, S. 12; Ullstein, S. 152 f., 157. Gegen Hinze, der in der Kommission einen Antrag Richters nicht unterstützt hatte, entfesselte er eine besonders starke Entrüstungsbewegung in dessen Wahlkreis, Matthes, S. 319.

lich festgelegt und damit deren Modifikation zusätzlich erschwert. Er konnte sich vor den Abgeordneten auf die von ihm manipulierte Meinung des Volkes berufen, und es gelang ihm, die Mehrheit der Fraktion auf seine Seite zu bringen. Der Versuch freilich, einen Fraktionsbeschluß zu erwirken, daß über eine bestimmte Bewilligungsziffer nicht hinausgegangen werden dürfe, scheiterte noch am Widerspruch von 22 Mitgliedern, man kam nicht über eine Meinungskundgebung hinaus. Die von den Sezessionisten, zeitweise auch von Virchow und zuletzt vielleicht sogar von Richter selbst gesuchte Verständigung mit Caprivi kam aber nicht zustande. Bei der endgültigen Abstimmung über den Antrag Huene stimmte daher der größere Teil der Sezessionisten doch mit der Mehrheit dagegen, zumal der Antrag aussichtslos war, 6 Abgeordnete der Fraktion aber traten — aus sachlichen Gründen — für dieses Kompromiß ein. Richter stellte daraufhin in der Fraktion den Antrag, zu erklären, daß die Haltung der 6 Abgeordneten mit der der Partei nicht zu vereinbaren sei, um sie so zum Austritt zu nötigen; bei Ablehnung seines Antrags werde er aus der Fraktion ausscheiden. Er faßte die taktischen Fragen, die zur Entscheidung standen, ganz prinzipiell auf und sah darin nur ein Problem der Parteidisziplin; die große Perspektive einer Verbindung zwischen den Liberalen und Caprivi, eine fast einmalige Gelegenheit in der Geschichte des deutschen Liberalismus, wollte er nicht sehen. Wieder spielte unter seinen Beweggründen der Gesichtspunkt der Agitation eine besondere Rolle, er hielt bei Wahlen über die Militärvorlage — im Gegensatz selbst zu Virchow — eine einheitliche Haltung der Partei für so absolut erforderlich, daß auch nur wenige Abweichende untragbar schienen¹⁾, obwohl von diesen nur ein Teil sozusagen auf eigene Faust kandidieren wollte. Das eigentliche Motiv war aber, die Dissentierenden aus der Fraktion zu drängen und die Sezessionisten so entscheidend zu schwächen. Die drohende, fast vernichtende Niederlage des Linkliberalismus bei den Wahlen hatte für ihn demgegenüber keine Bedeutung. Richters Antrag stieß über den Kreis der Betroffenen hinaus auf Widerspruch, mit 27:22 Stimmen wurde er zwar angenommen, aber die Flügel konstituierten sich daraufhin als eigene Parteien²⁾.

Richters Stellung an der Spitze der Fraktion, der Organisation und der Parteipresse bedingten wechselseitig seine über formale Befugnisse hinausgehende Autorität, die er rücksichtslos zum Ausmanövrieren seiner Gegner benutzte³⁾.

¹⁾ Ähnlich stellte er auf dem Parteitag seiner Gruppe 1893 erleichtert fest, daß die durch die inneren Gegensätze in der Fraktion seit Jahren gelähmte Agitation nun erst wieder energisch betrieben werden könne, Prot. 1893, S. 31.

²⁾ Pachnicke, S. 27; Helfferich III, S. 193; Rachfahl, S. 359 f.; Nat. lib. Handbuch, S. 315 f.; Parteitag der Freisinnigen Volkspartei 1893, Prot., S. 4 f., 7, ein Brief Richters an die Vereine: ohne festen und gesicherten Rückhalt der eigenen Partei, d. h. der Fraktion, ohne die Trennung also, wäre ihm jede weitere parlamentarische und politische Tätigkeit unmöglich gewesen; Matthes, S. 316 ff.

³⁾ Gerade darin folgten ihm seine Anhänger bedingungslos; der Parteitag 1893 gab ihm ein begeistertes Vertrauensvotum, Prot., S. 52.

Während im allgemeinen in den damaligen Parteien die Mitglieder keinen über die Kandidatenaufstellung hinausgehenden direkten Einfluß besaßen, aber auch die Parteileitung keinen Einfluß auf die Anhänger hatte, lagen die Verhältnisse unter Richters Führung, und zwar ungeachtet der formalen Struktur der Partei, anders: die Verbindung zwischen Parteileitung und Lokalorganisationen war eng, der Zusammenhang der Partei dicht. Einerseits hatte Richter seine Anhänger weitgehend, auch bei der Kandidatenauswahl, in der Hand. Andererseits konnten diese mit ihren Meinungsäußerungen als Faktor bei den Entscheidungen der einzelnen Abgeordneten, der Festlegung der Fraktionspolitik und der Machtverteilung innerhalb der Führung in Erscheinung treten, ein Faktor, der sich bis zum Auseinanderfall der Partei als sehr beachtlich erwiesen hatte; erst in der Existenzbedrohung, in die der sezessionistische Flügel durch Richters Machtanspruch geriet, entschied er unabhängig von den Anhängern. Aber die Stimme der Anhänger war nicht spontan, sie war nur Instrument in der Hand Richters, der es nach seinem Willen handhabte, um damit seine Macht zu unterbauen. Selbständige Bedeutung hatten die Anhänger trotz der Dichte der Parteistruktur nicht, wo sie gegen Richter aufzutreten suchten, ging er über sie hinweg. Die scheinbar demokratische Beteiligung der Mitgliedschaft am Parteigeschehen, schon auf Resolutionen beschränkt und von der direkten Wahl der Führungsgremien ausgeschlossen, diente nur als Mittel der autokratischen Herrschaft des Parteiführers; das System war Cäsarismus. Freilich ließ sich darauf nur die Führung einer kleinen, gänzlich sich unterordnenden Partei gründen, während in der schwierigen Situation einer Partei mit divergierenden Flügeln Richter zwar nicht verdrängt werden, aber auch nicht wirklich integrierend führen konnte.

4. Die Freisinnige Volkspartei

Die neue Partei Richters gab sich sogleich auf ihrem ersten Parteitag 1893 ein Organisationsstatut; der demokratischen Ideologie entsprechend wurde in der Partei immer sehr stark auf vollständige innerparteiliche Legalität geachtet, der Parteitag war gemäß dem Statut der Deutsch-Freisinnigen Partei einberufen worden, bei der Trennung hatten die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittspartei von 1878 die Leitung der Partei übernommen¹⁾. Die neue Organisation behielt formal weitgehend die Züge ihrer Vorgängerinnen bei. Ein Zentralausschuß der Partei bestand weiterhin aus den Berliner Abgeordneten. Ein mit demokratischen Argumenten begründeter Antrag, der eine Beteiligung von Delegierten der Provinzialparteitage forderte, wurde auf Verlangen Richters abgelehnt. Er wollte seine Machtstellung in den Fraktionen nicht durch eine neue Institution gefährden, zudem glaubte er noch, daß ein Gremium mit über das Land verstreuten Mitgliedern nicht aktionsfähig sei. Nach außen er-

¹⁾ Prot. 1893, S. 8; Statut ebd.; ABC-Buch 1896, S. 161.

klärte er eine Kontrolle der Abgeordneten durch eine auf innerparteilicher Demokratie beruhende andere Institution für überflüssig und argumentierte dabei, der demokratischen Ideologie gemäß, daß die Abgeordneten nicht Leiter und Führer der Wähler, sondern „Vollstrecker ihres Willens“ seien¹⁾, ohne daß er reale Konsequenzen aus dieser Theorie hätte befürchten müssen. Als obligatorisch konzedierte er zunächst nur ein Hinzuziehen der Provinzialvertreter zu der jährlichen Entlastung der Geschäftsführung²⁾. Diese lag nunmehr wieder in der Hand nur eines, und zwar 5köpfigen Ausschusses, der mit seinen Vorsitzenden vom Zentralausschuß gewählt wurde, für den Erlaß der Wahlauftrufe traten die 3 Vorsitzenden dieses Wahlgremiums hinzu.

Der Parteitag, im Sinne der Demokratie als oberstes Organ der Partei bezeichnet, sollte alle 3 Jahre vom Zentralausschuß berufen werden. Richter lehnte die beantragten jährlichen Parteitage ab, weil sie den nach seiner Meinung für die Agitation und Organisation wichtigeren Provinzialparteitagen Konkurrenz machen würden und er ihnen in der innerparteilichen Meinungsbildung keinen Platz einräumen wollte³⁾. Teilnahmeberechtigt waren neben den Abgeordneten die Mitglieder des letzten Reichstages, die Kandidaten der letzten Reichstagswahl und 3 Delegierte jedes Wahlkreises, die in diesem selbst wohnen mußten⁴⁾. Versuche, die Delegiertenzahl an die Wählerzahl zu binden, wurden, offiziell wegen der Schwierigkeiten bei Wahlbündnissen, abgelehnt, praktisch deshalb, weil die Parteileitung über die schwachen Organisationen eher als über starke verfügte und mit ihnen eine sichere Majorität besaß. Der Presse wurde nicht mehr wie 1878 ein besonderes Delegationsrecht zuerkannt, Richter erwartete von ihr nur störenden Widerspruch⁵⁾. Der Parteitag hatte eine eigene Geschäftsordnung, Anträge bedurften der Unterstützung von 15 Delegierten, 30 konnten eine zweite Lesung beantragen, 50 eine Abstimmung statt nach Kopffzahl nach Reichstagswahlkreisen verlangen⁶⁾. Ein 1893 unternommener Versuch, der formalen Zuständigkeit für Grundsatzfragen dadurch Realität zu geben, daß der Parteitag eine nur zur Hälfte aus Abgeordneten bestehende Programmkommission wählte, scheiterte. Die Parteileitung setzte, „um unnütze Diskussionen zu vermeiden“, ihren Antrag durch, den Zentralausschuß mit der Ausarbeitung des Programms zu beauftragen⁷⁾.

Das wichtigste Kennzeichen des Statuts war, daß die Parteiführung ausschließ-

1) So Träger gegen einen ähnlichen Antrag, Prot., S. 41 f.

2) Prot. 1893, S. 34 ff.

3) Ursprünglich wollte er nur in jeder Wahlperiode, alle 5 Jahre also, einen Parteitag.

4) Die Normierung der Delegiertenwahl wurde abgelehnt, man wollte nicht zu sehr in lokale Verhältnisse eingreifen; s. o. S. 178 f. Die Teilnahme der Kandidaten und die Bestimmung über den Wohnsitz der Delegierten kamen infolge zweier von der Leitung gebilligten Abänderungsanträge ins Statut.

5) Ullstein, S. 137.

6) Prot., S. 27.

7) Prot., S. 41 ff.

lich in der Hand der Berliner Fraktionen blieb. Auch die Partei der demokratischen Ideologie wurde von einer parlamentarischen Oligarchie geführt, deren demokratische Legitimation wegen der Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung, der Zufälligkeiten von Wahlsiegen bei den Hauptwahlen, der 3-Klassen-Einteilung im preußischen Landtagswahlrecht und der Praxis selbstverständlicher Wiederaufstellungen brüchig war; ihr stand nicht wie in andern Parteien eine Vertretung der provinziellen Oligarchien gegenüber. Obschon es innerhalb der Partei festere Bande gab als sonst, war ihre parlamentarische Spitze institutionell stärker garantiert als in den anderen Parteien. Natürlich konnte auch diese Führung nur handeln, indem sie sich Resonanz und Repräsentanz bei ihren Anhängern sicherte, aber da sie deren Meinung weitgehend beeinflußte und da sie, in unentwegter Opposition, die Kritik der prinzipientreuen Anhänger nicht herausforderte, war sie in den Grenzen der Parteitradition unabhängig. Richter blieb die beherrschende Gestalt der Partei, der seine Autorität zur faktischen Diktatur verfestigt hatte. Den Glanz des großen Führers brauchte er nicht mehr, sosehr er ein bedeutender Redner blieb, Organisation, Taktik und sein erworbenes Prestige genügten. Die Gefahr auch der zentralen Organisation lag in der Herrschaft einer Parteiorthodoxie, der Originalität und Aufgeschlossenheit für neue Bewegungen abging und die das, was man den Berliner Kommunalfreisinn nannte, für die ganze Partei und die Politik im Reich verbindlich machen wollte. Das Selbstbewußtsein der Parteiführung war so starr, daß sie jede Niederlage nur den Gegnern oder den Wählern zuschrieb, niemals aber sich selbst.

Der geschäftsführende Ausschuß bestand nur aus engsten Vertrauten Richters aus den Fraktionen, zeitweise gehörte auch ein Mitglied der Berliner Stadtvertretung, zu der man immer gute Beziehungen unterhielt, dazu¹⁾. Ein eigener Generalsekretär im Zentralbüro wurde erst 1909 angestellt, bis dahin hatte Müller-Sagan dessen Funktionen wahrgenommen. Der Einfluß des Ausschusses auf das Land blieb groß, zumal in der Wahlpolitik. Richter führte konsequent seine fraktionsenge Linie fort, 1893 wollte er vor allem seine sezessionistischen Gegner beseitigen und lehnte daher jede Verständigung über die Wahlkreise ab²⁾; auch weiterhin nahm er gegen die Vereinigung Stellung und machte nur in Ausnahmefällen einmal Konzessionen³⁾. In Personenfragen behielten die Empfehlungen der Zentrale maßgebliche Bedeutung, sie konnte gerade Berliner Politikern öfter Kandidaturen in der Provinz vermitteln. Zudem bestimmte sie

¹⁾ Neben Richter 1893: Hermes, Langerhans, Parisius, 1897: Hermes, MdL, Fischbeck, MdR, F. Schneider, MdR, Generalanwalt der Schulze-Delitzschen Genossenschaften, H. Sachs, Stadtverordneter in Berlin, ABC-Buch 1897, S. 162; 1902 (wohl seit 1898) Fischbeck, Kopsch, Wiemer, Müller-Sagan, die bis zur Fusion 1910 die Partei weiterführten, ABC-Buch 1903, S. 64.

²⁾ Ob ein „Kreis freisinnig oder antiliberal wird, steht erst in zweiter Linie“, Helfferich III, S. 195, Brief G. v. Siemens; Rachfahl, S. 360; Matthes, S. 333; Nation, 24. Juni 1893.

³⁾ So hat er 1898 ein zentrales Bündnis mit der Vereinigung abgelehnt und bei den lokalen Organisationen jedes Eingehen auf derartige Angebote zu verhindern gewußt, Nat. lib. Handbuch, S. 320; Protest gegen diese Wahlpolitik, Berl. Tgbl., 15. Dezember 1897.

vor allem durch ihre Agitation den Geist der Partei und weitgehend die Art der Leute, die als Kandidaten ausgewählt wurden und als Abgeordnete in die Führungsgruppe einrückten¹⁾). Auch nach Richters Tod hat der Einfluß der Zentrale auf die Organisationen fortbestanden²⁾).

Die Finanzverfassung der Partei wurde wie bei den Nationalliberalen nicht nur auf einmalige, sondern auch auf laufende freiwillige Beiträge aufgebaut³⁾; besonders unter den Berliner Anhängern und den durch indirekte Steuern oder Börsengesetze bedrohten Wirtschaftskreisen fanden sich Geldgeber. Neben den Beiträgen gab es natürlich auch große Fonds, die durch Stiftungen oder allgemeine Sammlungen zustande gekommen waren. Aus den Wahlkreisen, zumal den immer wichtiger werdenden ländlichen, wurde, von Ausnahmen, reichen Kandidaten z. B., abgesehen, wenig aufgebracht; bei antisemitischen Gegnern griff der Zentralverband deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens unterstützend ein. Im ganzen war die Finanzlage der Partei, wenn auch durchaus schwächer als die der Nationalliberalen, so doch einigermaßen solide⁴⁾. Die Höhe der Einnahmen vom Anfang der 80er Jahre wurde freilich kaum noch erreicht. Eine Pflicht der Vereine zu finanziellen Beiträgen an die Zentrale gab es nicht.

Der Zentralausschuß hatte zu Richters Lebzeiten keine große Bedeutung, er tagte nur einmal im Jahr und wählte zu Beginn einer Legislaturperiode den geschäftsführenden Ausschuß nach den Vorschlägen Richters. Erst 1900 oder 1902 wurden auch die Mitglieder der Bezirksvorstände in etwa gleicher Stärke wie die Abgeordneten in dies Gremium aufgenommen⁵⁾, nachdem das inzwischen ungefährlich geworden war. Wie in anderen Parteien sollte der Ausschuß über Grundsatzfragen beschließen und die Parteitage vorbereiten. Wichtige Entscheidungen hatte er erst nach Richters Tod zu treffen, zunächst durch die Wahl eines neuen Vorsitzenden. Er entschied für Müller-Sagan, damit unausdrücklich

¹⁾ Oppositionsversuche wurden unterdrückt, so 1898, als die Berliner Lehrerschaft, verärgert über die Partei, die in der Stadtverordnetenversammlung wesentlich weniger Lehrerhonorare bewilligte, als sie im Landtag als Minimum gefordert hatte, ein Mandat verlangte, Dt. Tzgtz., 21., 23., 27. September 1898.

²⁾ 1908 wurde ein schon aufgestellter Landtagskandidat, Rosin, hinter dem die Beamtenverbände standen, auf Betreiben des in der Berliner Partei höchst einflußreichen Vorsitzenden der Ältesten der Kaufmannschaft, Kämpf, „abgesägt“, und durch dessen Freund Weigert, der vom Haus- und Grundbesitzerverein unterstützt wurde, ersetzt; dieser soll für die Wahl 25000 M aufgewandt haben, Parteiakten.

³⁾ Auf dem Parteitag 1893, Prot., S. 45, wurde die Bildung eines Finanzausschusses beschlossen, der bemittelte Parteigenossen für die Dauer einer Wahlperiode um Jahresbeiträge zu zentralen Zwecken der Partei ersuchen sollte.

⁴⁾ 1893: 120000 M Vermögen, Giese, S. 10; 1898: 22000 regelmäßige, 82000 außerordentliche Einnahmen, 100000 M Ausgaben; 1899: 11000 und 6000 M Einnahmen, 15000 M Ausgaben, Geschäftsbericht, Dt. Tzgtz., 23. Oktober 1900; 1905/07: 37840 ordentliche Einnahmen, 200000 M Ausgaben, Geschäftsbericht, Schultheß 1907, S. 142. Fonds, Sammlungen und Bülow-Gelder, s. o. S. 154, sind zusätzlich zu berücksichtigen.

⁵⁾ ABC-Buch 1903, S. 64, dort ist diese Aufnahme vorausgesetzt, sie wird von einem Parteitag legitimiert worden sein. Stärke: Rückschluß aus dem Statut von 1910.

gegen andere Aspiranten, wie den scharf antikerikalen und sozusagen jungliberalen Müller-Meinigen oder den für baldige Fusion der Linksliberalen eintretenden Eickhoff; die Richtersche Linie der Politik wurde bestätigt¹⁾. Ein wirklicher Nachfolger Richters war Müller-Sagan nicht, faktisch übernahmen die Führung Fischbeck, nach Müllers Ausscheiden aus dem Reichstag 1907 vielleicht auch formal Vorsitzender und 1910 vom Zentralauschuß als Vorsitzender der neuen Partei benannt, und der weniger bedeutende Wiemer, der im Reichstag Vorsitzender der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft war.

Die dritte zentrale Institution, der Parteitag, hatte bei der straffen Führung und der festgelegten oppositionellen Linie für die aktuelle Politik der Partei keine Bedeutung. Aber er konnte an sich auf die Formulierung des Programmes und späterer programmatischer Erläuterungen, die in der doktrinären Partei so wichtig waren, Einfluß nehmen. 1894 wurde ein Programmwurf der Parteileitung zunächst von einer Kommission, einem kleinen „Parteitag“, dessen Legitimität allerdings nicht unbestritten blieb, beraten. Dabei entstand lebhafter Streit, da Intellektuelle, Lehrer und Gewerkvereiner versuchten, die Einberufung des Maximalarbeitstags und der Berufsschulpflicht, die Abschaffung der Vorschulen, die Reform des Kommunalwahlrechts und die Trennung von Staat und Kirche im Programm zu verankern. Richter brachte aber diese reformerischen Forderungen zu Fall, zum Teil aus manchesterlicher Überzeugung, zum Teil in Rücksicht auf seine mittelständischen, besonders gegen Arbeiterschutzbestimmungen eingekommenen Wähler und auf das kaufmännische Großbürgertum, das eine Demokratisierung der Schulen wie des Gemeindewahlrechts ablehnte. Schon 1893 hatte er gegen die große Mehrheit des Parteitags eine Resolution über die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft verhindert, weil er, in der Vorstellung des einheitlichen Volkes verhaftet, keine Klasse besonders bedenken wollte, zumal er Kompensationsforderungen anderer Stände und damit einen Interessenkonflikt innerhalb der Partei fürchtete²⁾. Über die Programmfrage erhob sich 1894 noch einmal eine lebhafte Opposition gegen ihn, seine Argumente und seine Methoden, z. T. in den Vereinen, vor allem aber in der Presse, die zudem über den Ausschluß der Öffentlichkeit von den Parteitagen verärgert war. In der Freisinnigen Zeitung wiederum eiferte er gegen diese innere Opposition und kanzelte sie diktatorisch ab³⁾. Auf dem beschließenden Parteitag in Eisenach setzte er seinen Programmwurf dann trotz heftiger Widerstände, vor allem mit häufigen Rücktrittsdrohungen durch⁴⁾. Gegen seine Position als Partei-

¹⁾ Dt. Tgztg., 26. März 1906.

²⁾ Ullstein, S. 160, Polemik zwischen Freis. und Voss. Ztg.; im Prot. von 1893, S. 44, ist Richters Stellung verschleiert.

³⁾ Schultheß 1894, S. 139; Dt. Tgztg., 4., 7., 8., 25. September 1894, mit Zitaten aus der Freis. Ztg., der Voss. Ztg., der Berl. Ztg., der Schles. Schulstg., Volksztg., Berl. Tgbl.

⁴⁾ Ein Teilnehmer bemerkt in der Volksztg.: „Es habe sich auf dem Parteitag eine Unsumme von Unzufriedenheit angehäuft, weil Richter bei jedem kritischen Fall die Kabinettafrage gestellt habe. Sobald ein der Parteileitung nicht genehmer Antrag Aussicht auf Annahme zu haben

fürher konnte auch eine im einzelnen oppositionelle Mehrheit nicht an, sie mußte sich seinem Willen, wenn auch grollend, fügen. Reale Bedeutung hatten weder die programmatischen Forderungen noch der Widerspruch und der Groll gegen Richter. Das Programm wurde einstimmig angenommen und der Parteitag mit einem emphatischen Vertrauensvotum für Richter beendet¹⁾.

Später hat es eine Opposition auf den Parteitagen — 1897 in Nürnberg, 1900 in Görlitz, 1902 in Hamburg — offenbar kaum noch gegeben. Die Delegierten der auf die Parteileitung eingeschworenen Vereine waren in der Überzahl, und diese konnte sich immer durchsetzen²⁾. Im wesentlichen befaßte man sich mit programmatischen Resolutionen, so zur Arbeiter-, zur Handwerker- und zur Agrarfrage, die die Parteiziele verdeutlichen und der Agitation zugrunde gelegt werden sollten. Bedeutung hatten diese Parteitage auch für die Integration der Partei nicht mehr.

Erst die Bestrebungen zum Zusammenschluß der Linksliberalen seit etwa 1904 veränderten die innerparteiliche Situation. Diese Bestrebungen gingen von Süddeutschland, wo die Gegensätze der Richtungen nie so scharf gewesen waren, und zumal von der süddeutschen Volkspartei aus, in der nach einigen Kämpfen mit der sogenannten Heilbronner Richtung die Befürworter der liberalen Einigung an die Spitze gerückt waren, und wurden von der Freisinnigen Vereinigung lebhaft unterstützt. Zunächst verhandelten führende Leute in privatem Rahmen und vereinbarten im Frühjahr 1905 ein Einigungsprogramm³⁾. Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei lehnte aber Programm und Einigung ab und wollte sich höchstens zu einem Wahlbündnis verstehen. Darüber kam es auf dem Parteitag im Herbst 1905 zu Auseinandersetzungen, als die Südwestdeutschen einen, auch vom bayerischen Abgeordneten Müller-Meinigen lebhaft ver-

schieben, drohte Richter mit seinem Rücktritt. Die treuesten alten Anhänger sind verstimmt . . . Der Parteitag . . . ist der Todestag der Freisinnigen Volkspartei . . . Der Abgeordnete Richter befolgt dieselbe Taktik, die er bereits auf dem Berliner Parteitag versucht hat. Denn schon auf diesem hat . . . Richter mit seinem Rücktritt gedroht, wenn die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Kommunen in das Programm aufgenommen würde. Was diese Taktik bedeutet, wird erst dann verständlich, wenn man weiß, daß niemand mit größerer Spottlust sich darauf losstürzte, als . . . Richter, wenn der frühere Reichskanzler bei kritischen Gelegenheiten die Kabinettsfrage stellte“, Schultheß 1894, S. 151. In Wirklichkeit allerdings war die Opposition nicht so allgemein, wie dieser verbitterte Beurteiler es darstellt.

¹⁾ Schultheß 1894, S. 150 f.; Prot., passim.

²⁾ Ullstein, S. 163. Die Presse war ausgeschlossen, die Protokolle geben die Diskussionen nur summarisch wieder und verschleiern die Gegensätze, von 1897, 1900 und 1902 waren sie mir nicht zugänglich. — 1900 wurde der Versuch, die Öffentlichkeit auf dem Parteitag wieder einzuführen, abgelehnt, auch sonst habe Richter alles in seinem Sinne beschließen lassen, Dt. Tgztg., 22. Oktober 1900, nach freisinnigen Organen.

³⁾ Klein-Hattingen, S. 607; Kulemann, Zusammenschluß, passim; Heuß, Naumann, S. 239 ff.; Payer, Bethmann, S. 19; schon 1904 war in Nürnberg ein erstes Einigungsprogramm entstanden. Auch aus privater Initiative wurde 1907 der überfraktionelle „Nationalverein für das liberale Deutschland“ gegründet, ein Verein zur politischen Aufklärung und Volksbildung im Sinne eines modernen Liberalismus, der auf eine Einigung der Linksliberalen hinarbeitete. Seine Wirkung läßt sich schwer abschätzen; die Freisinnige Volkspartei war seinen Bestrebungen abgeneigt.

teidigten Antrag zugunsten einer raschen Einigung der Liberalen stellten. Die Parteileitung trat dem sehr scharf entgegen, sie drohte mit einer Parteispaltung und stachelte den antisozialistischen und antinationalsozialen Affekt der Mehrheit zu hochgradiger Erregung auf; man wolle lieber für den Ultrakonservativen v. Kröcher stimmen als für Th. Barth, weil dieser für ein Wahlbündnis mit der SPD eintrat. Die Süddeutschen gaben bei dieser turbulenten Reaktion nach und begnügten sich mit einem Kompromiß, nach dem man zwar die Vereinigung, nicht aber die — in dieser aufgegangenen — Nationalsozialen unterstützen wollte; die Sonderabmachungen in Baden, Bayern und Schleswig-Holstein jedoch blieben davon unberührt¹⁾.

Der Zentralausschuß war der Hüter der Parteiorthodoxie, er hielt gegenüber dem Streben zum Zusammenschluß an der prinzipiellen Selbständigkeit der Gruppe fest und entzündete an der Frage der Wahltaktik immer erneut die Gegensätze. Eine Einladung der süddeutschen Volkspartei zu einer Einigungskundgebung lehnte er 1906 wiederum ab, er fürchtete, die Parteiorganisation könne dadurch zerstört werden²⁾. Er konzidierte nur eine Besprechung über ein Zusammengehen bei den Wahlen und das vorläufige Zusammentreten eines Einigungsausschusses. Bei den Blockwahlen 1906/07 konnte die Parteileitung freilich auf dem früheren Beschluß gegen die Nationalsozialen nicht bestehen. Aber noch auf dem Parteitag von 1907 wurde sehr stark die Selbständigkeit der Partei und die mehr als kritische Reserve gegenüber einem Teil der Bundesgenossen betont³⁾.

Innerhalb der Fraktion griff immerhin eine größere Aufgeschlossenheit Platz, ein Teil wollte über die 1907 gegründete linksliberale Fraktionsgemeinschaft zu einer Vereinigung kommen. Die Parteiführung berief deshalb den orthodoxen Zentralausschuß immer dann ein, wenn eine Mehrheit der Fraktion von seiner Linie abzuweichen drohte; er sollte die Abgeordneten jeweils „mürbe machen“⁴⁾. Das Organ der Partei im Lande machte sich so als Gegengewicht gegen die Fraktion bemerkbar, freilich in dem Sinne, mit dem diese selbst die Organisation jahrzehntelang erfüllt hatte. Ihr Geist, von dem sie sich zu lösen suchte, kehrte sich in dieser Institution, ihrem Produkt, gegen sie, um sie in ihrer Tradition festzulegen.

Auch im Lande stieß die Parteileitung aber auf Widerstand⁵⁾, und zwar selbst in der an sich konservativen Oligarchie der Provinzialführungen. Den süddeutschen Organisationen schlossen sich die west- und nordwestdeutschen an, die endlich von der sich isolierenden erfolglosen Taktik loskommen wollten, während

¹⁾ Hilfe 1905, Nr. 23, 39, 40, 41 mit einem Bericht eines Teilnehmers aus dem fortschrittlichen „Gießener Anzeiger“.

²⁾ Prot. der Parteitage der Freis. Vgg. von 1907, S. 10; 1910, S. 13 ff.

³⁾ Schultheß 1907, S. 142.

⁴⁾ Prot. des Parteitags der Vereinigung 1908, S. 56.

⁵⁾ s. o. S. 182, 194; Kulemann, Zusammenschluß, S. 32 ff.

freilich die nord- und ostdeutschen Kerngebiete an der bisherigen, durch die Sozialistenfürchtigkeit neu belebten Linie festhielten. Noch 1909, als die Fraktionen schon eng zusammenarbeiteten, kam es zu Konflikten der Zentrale mit Landesverbänden, die sich, wie in Oldenburg, selbständig mit den anderen Linksliberalen zusammengeschlossen hatten und ihre Politik gegen moralischen und finanziellen Druck entschieden verteidigten¹⁾. Der Widerstand des konservativen Teils der Parteiführer konnte aber die Vereinigung nur herauszögern, unter der sachlichen Nötigung und wegen des Unwillens der Wähler kam sie 1910 endgültig doch zustande²⁾. Auf die Dauer konnte auch der Zentralausschuß nur im Bund mit der politisch maßgebenden Fraktion — und in zweiter Linie mit der Bewegung im Lande — die Partei leiten. Die Politik war, bedingt durch den parlamentarischen Charakter der Partei, stärker als die Organisation.

5. Die Freisinnige Vereinigung

Die nur schwach zentralisierte Partei war als Wahlverein der Liberalen, bis 1894 als Wahlverein der Freisinnigen Vereinigung für das deutsche Reich, organisiert. Der Vorstand dieses Vereins mit seinem geschäftsführenden Ausschuß stellte die Spitze der Partei im Lande dar. Er wurde zunächst auf einer Generalversammlung gewählt, deren Zusammensetzung — sie fand an wechselnden Orten statt — freilich einigermaßen zufällig war. 1905, als man die Partei statt auf Einzelmitglieder auf Vereine aufbaute, wurde sie durch eine Delegiertenversammlung mit einem Delegationsrecht der Organisationen nach Wähler- und Mitgliederzahlen ersetzt; neben den Abgeordneten hatten auch die Kandidaten der letzten Reichstagswahl das Recht zur Teilnahme³⁾. Der Vorstand war nach 1905 relativ groß und nicht zahlenmäßig festgelegt, 1906 gehörten ihm 59, 1907 68 Mitglieder an⁴⁾, man sah darauf, daß alle Landesteile und Berufszweige in ihm eine angemessene Vertretung besaßen. Wiederwahlen durch Akklamation waren so gut wie sicher, bei Neuwahlen richtete man sich meist nach dem Vorschlag des Vorstands, der sich oft mit führenden Leuten eines Landesteils verständigt hatte⁵⁾.

¹⁾ Briefwechsel zwischen dem oldenburgischen Parteiführer Tantzen und dem Zentralbüro. T. beklagte sich über Parteiegoismus und Kleinlichkeit, Parteiakten.

²⁾ Funck, S. 26, „wenn auch der Zentralausschuß nur zögernd an eine völlige Verschmelzung der Parteien herantrat, ließ sich diese nicht mehr aufhalten, nachdem die süddeutsche Volkspartei im Sommer 1909 den Zeitpunkt dafür als gekommen erklärte.“

³⁾ Je 1 Delegierter auf 50 Mitglieder oder 1000 Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen, ein Delegierter konnte mehrere Stimmen führen; Prot. 1905, S. 6 f.

⁴⁾ Prot. 1906, S. 4; 1907, S. 4 f.

⁵⁾ 1908 setzte er die Wahl von Erkelenz als Arbeitervertreter durch. Zwischen 1905 und 1910, die früheren Protokolle waren mir außer dem von 1893 nicht zugänglich, gab es nur 1910 einen Konflikt zwischen Vorstand und Parteitag über eine Besetzung im Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei, der Vorstand setzte sich für sein bisheriges Mitglied Bräsel, den Vorsitzenden des größten pommerschen Vereins — in Stettin — und Vertreter einer Parteizeitung ein, auf Betreiben der Pommern wählte der Parteitag aber einen anderen, Prot. 1910, S. 30.

Der Vorstand trat halbjährlich zusammen und beriet über grundsätzliche Fragen, seit 1905 z. B. über die Einigung des Linksliberalismus; gerade hier kam ihm besondere Bedeutung zu, weil diese diffizile, mit vielen Empfindlichkeiten belastete Frage von dem öffentlichen Parteitag nicht behandelt werden konnte, die parlamentarischen Führer aber nicht ohne Zustimmung der Organisation vorgehen wollten. Vor dem neuen Statut von 1905 hatte offenbar allein die Fraktion auch in so wesentlichen Organisationsfragen wie dem Anschluß der Nationalsozialen 1903 entschieden. Eigentlich nur für Organisation und Wahlen zuständig, beriet der Vorstand natürlich doch auch über die Politik der Fraktion und gab ihr im allgemeinen die Zustimmung, um die sie ihn ersuchte¹⁾. Gelegentlich stellte er allerdings auch Forderungen an sie, so 1907, als er von ihr nach Bülow's nichtssagender Antwort auf eine Wahlrechtsinterpellation im Abgeordnetenhaus verlangte, die Kündigung des Blocks in der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft durchzusetzen; als das nicht gelang, ließ man freilich trotz des ursprünglichen Beschlusses, dann selbständig vorzugehen, die Sache auf sich beruhen²⁾. Die veränderte Beurteilung in der Fraktion, die den erneuten Zerfall des Linksliberalismus scheute, setzte sich durch, demgegenüber wollten auch die Gegner des Blocks noch keine Parteikrise riskieren. Doch war dieser Versuch zu selbständigem Vorgehen eine Ausnahme. In Parteikrisen diente der Vorstand als Organ und Forum für die Einigung der Führungsgruppen, so Anfang 1905, als er den Streit um das Maß eines Wahlbündnisses mit der SPD, der bis zur Sprengung der Partei zu gehen drohte, durch eine Kompromißformel entschärfte³⁾.

Der geschäftsführende Ausschuß wurde vom Vorstand gewählt⁴⁾. Die Zugehörigkeit zum Parlament war in einer so kleinen Gruppe nicht notwendig, auch führende Leute wie Schrader, Barth, Naumann und Gerlach hatten zeitweise kein Mandat. Parteiführer war zunächst Rickert, im Vorsitz des Ausschusses zeitweise abgelöst oder unterstützt von Hinze, Barth und Schrader; nach seinem Tode folgte ihm Schrader, ein Mann des Ausgleichs, wenn auch, von Resignation über die Möglichkeiten liberaler Politik erfüllt, kein eigentlicher Führer; Stellvertreter blieb Barth⁵⁾. Der Ausschuß entschied über Agitation und insbesondere über Wahlbündnisse der Partei und beeinflusste die Stichwahlparolen; solche Entscheidungen konnten natürlich die Taktik der Fraktion mitbestimmen, zumal ja deren führende Mitglieder im Ausschuß saßen⁶⁾. Seit dem

¹⁾ So in zwei Sitzungen während der Finanzreform 1908/09, Prot. 1909, S. 4 ff.

²⁾ Prot. des Parteitags 1908, S. 21 ff., 29 ff.

³⁾ Kulemann, Zusammenschluß, S. 25.

⁴⁾ 1906: Schrader, Barth, Mommsen, Gothein, Gerlach, Naumann, Ernst, Nathan und Stern, Prot. 1906, S. 4.

⁵⁾ Heuß, Naumann, S. 235; Pachnicke, S. 39.

⁶⁾ Für manche Angelegenheiten, so Agrar- oder Beamtenfragen, bestanden Sonderausschüsse bei der Zentrale, in denen sie eine Verbindung von Abgeordneten mit beteiligten Kreisen vermittelte, im wesentlichen sollten sie dazu dienen, solche Kreise an die Partei zu binden.

Tode Rickerts und dem Eintritt Naumanns entwickelten sich in diesen Fragen schärfere Gegensätze. Für die preußischen Landtagswahlen 1903 beantragte Barth, sich für ein möglichst allgemeines Zusammengehen mit den Sozialdemokraten zu erklären, während der weiter rechtsstehende Pachnicke dies Zusammengehen auf Einzelfälle beschränkt wissen wollte. Über diese Taktik, bei der es zugleich um den Vorrang eines Bündnisses der Liberalen oder eines der entschiedenen Linken ging, dauerte der Streit an¹⁾. Obwohl Pachnicke sich 1903 mit Hilfe des Parteitags durchsetzte, traten er und Brömel 1905 offen protestierend aus dem Ausschuß aus²⁾, weil sie die von der Mehrheit eingeschlagene Richtung nicht billigten. Die aus der Politik der Partei sich ergebende Blockwahltaktik gegen die Sozialdemokratie konnte freilich auch Barth nicht verhindern; darum verschoben sich die Gegensätze in der Führung. Barth und Gerlach traten als dezidierte Gegner der Blockpolitik auf, zumal seit dem ersten Mißerfolg der Wahlrechtsvorlage und den Beratungen über das Vereinsgesetz und seinen Sprachenparagrafen. Da sie in der Presse und in öffentlichen Versammlungen kein Hehl aus ihrer Meinung machten und damit die Stellung der Partei belasteten, legten sie ihre Sitze im Ausschuß nieder, ein Vorspiel zu ihrem späteren Austritt aus der Partei³⁾.

Bei der Führung der Parteigeschäfte wurde der Ausschuß von einem Zentralbüro mit einem seit 1905 hauptamtlichen Generalsekretär, zunächst dem Abgeordneten Pachnicke⁴⁾, seit 1904 dem ehemaligen Nationalsozialen Weinhausen, unterstützt. Die Anstellung der Parteisekretäre im Lande, die von der Zentrale mitgetragen wurde, und die Koordinierung von deren Arbeit, dazu die zentral geleiteten Versuche, neue Organisationen zu bilden und bestehende zum Anschluß an die Partei zu bewegen, und die wegen der noch fehlenden Provinzialorganisationen größere Agitationsarbeit vermehrten die Aufgaben der Zentrale über das übliche Maß hinaus. Im allgemeinen waren die Organisationen zentralen Anregungen etwa in der Kandidatenfrage zugänglicher als in anderen Parteien⁵⁾.

Die Finanzierung der Vereinigung war zunächst ähnlich wie in den andern Parteien geregelt. Lange Zeit lebte sie von einem offenbar aus Stiftungen hervorgegangenen Vermögen, während die normalen Einnahmen nie die Ausgaben deckten⁶⁾. Während der Zollkämpfe haben freihändlerische Wirtschaftsverbände

¹⁾ Pachnicke, S. 23 f.; Prot. 1908, S. 34.

²⁾ Klein-Hattingen, S. 604.

³⁾ s. u. S. 229 f.

⁴⁾ Dem späteren Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Konservative Korrespondenz, 5. Oktober 1896.

⁵⁾ Prot. 1907, S. 15; 1906 wurde eine ganze Kandidatenliste aufgestellt.

⁶⁾ 1903/04: Einnahmen ca. 12000 M, Ausgaben ca. 30000 M, Vermögen knapp 60000 M, Parteiakten; natürlich mag auch die lokale Finanzierung eine Rolle gespielt haben, im ganzen wird sie sich auf wenige Großstädte beschränkt haben, während für die wichtigen ländlichstädtisch gemischten Wahlkreise wie in allen liberalen Parteien eine zentrale Umleitung der Mittel notwendig war.

die Finanzierung einer Agitation im Sinne der Partei getragen und sie so entlastet, aber das war eine vorübergehende Erscheinung. Nach dem Beitritt der Nationalsozialen ging man zum System der Beitragspflicht der Mitglieder über. Die Vereine mußten mindestens 10% der Beiträge an die Zentrale abführen, eine Vorschrift, die freilich nicht strikt durchgesetzt werden konnte; da zudem die Beiträge nicht normiert und also stellenweise niedrig waren, nahmen die Abgaben an die Zentrale keinen großen Umfang an¹⁾. Die Einzelmitglieder zahlten ihre meist beträchtlich höheren Beiträge direkt an die Zentrale. Im ganzen kamen z. B. 1907 90% der Einnahmen von den Einzelmitgliedern, 10% von den Vereinen²⁾, jedes Einzelmitglied brachte über achtmal soviel auf wie ein Vereinsmitglied, deswegen widersetzte sich die Parteileitung jedem Versuch, Einzelmitglieder zum Anschluß an Ortsvereine zu verpflichten³⁾. Infolge der Beitragspflicht und des Ausbaus der Organisation wurde die finanzielle Misere der Partei allmählich etwas besser. 1906/07 sind für die Reichstagswahl in 58 Wahlkreisen durch die Parteikasse vielleicht 200 000 bis 220 000 M ausgegeben worden⁴⁾. Bis 1910 konnte man einen relativ stabilen Ausgleich herstellen, 1909 betrug Einnahmen und Ausgaben je etwa 30 000 M, von den Ausgaben wurden 10 000 M für die provinziellen Parteisekretäre verwandt. Die Basierung der Parteifinanzen auf feste Beiträge aller Mitglieder fiel dann bei der Fusion als Aktivum besonders ins Gewicht⁵⁾.

Trotzdem war im ganzen die Finanzsituation der Vereinigung, die lange Zeit als Partei von Banken, Börsen und Großhandel galt, ziemlich schwach, zumal wenn man sie mit der ausgezeichneten Situation der nationalliberalen oder auch der Richterschen Partei vergleicht⁶⁾. Das liberale Großbürgertum opferte wenig für die Politik, Naumann wies immer wieder darauf hin, daß seine Opfer, verglichen mit denen der Agrarier und Großindustrie einerseits, mit denen diese indirekt über die Schutzzölle ihr Einkommen zu steigern suchten, mit denen der SPD-Massen andererseits, beschämend gering sei⁷⁾. Immerhin ist es interessant, daß gerade in dieser Partei zuerst die Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge und durch Anteil an den Vereinseinnahmen aufkam.

Die dritte zentrale Institution, der Parteitag, war formal wie überall für Programm und Statut und die Fragen, die die Existenz der Organisation betrafen, sowie für die Wahl des Vorstands zuständig⁸⁾. In der Hauptsache fungierte er als

¹⁾ Prot. 1908, S. 17 ff., die Vereine blieben allen Mahnungen gegenüber taub.

²⁾ Prot. 1908, S. 17 ff.

³⁾ Prot. 1907, S. 30.

⁴⁾ Prot. 1907, S. 10, 19. Von der Sammlung Bülow hatte die Partei nichts erhalten.

⁵⁾ Prot. 1910, S. 12 f.

⁶⁾ Vgl. Prot. 1908, S. 17 ff.

⁷⁾ Z. B. Mitteilungen des Handelsvertragsvereins, Nr. 30 (1903); der Einsatz von Geld in der Politik werde im Bürgertum noch nicht zu den notwendigen Betriebskosten gerechnet.

⁸⁾ Die konstituierende Generalversammlung von 1893 hatte programmatische Resolutionen verabschiedet, aber auf ein Gesamtprogramm ausdrücklich verzichtet, um keine Schranken gegen

Ausspracheforum zwischen Führung und Land. An dieser Aussprache nahmen die Mitglieder und Delegierten sehr lebhaft teil, seit 1906 etwa wurden von den Ortsvereinen, ja auch von Einzelmitgliedern jeweils zahlreiche Anträge an den Parteitag gestellt, ein Verfahren, das sonst nur in der SPD üblich war. Meist verlangten diese Anträge von der Fraktion das Eintreten für bestimmte Forderungen, oder sie richteten sich an die Parteileitung und konnten über Organisation und Agitation auch verbindliche Entscheidungen des Parteitags fordern. Soweit sie mehr deklamatorischen Charakter hatten, wurden sie normalerweise angenommen. Soweit sie Organisationsfragen betrafen, verfielen sie, wenn die Parteileitung ihnen widersprach, der Ablehnung oder wurden in Kommissionen begraben¹⁾. Der Vorstand und seine Referenten brachten Resolutionen ein und ließen sie annehmen, mit denen die Führung sich der Resonanz der Partei versichern oder propagandistische Wirkungen erzielen wollte. Manchmal konnte eine solche an sich nicht belangreiche Meinungskundgebung auch den Charakter einer innerparteilichen Entscheidung haben, so als die Wahlrechtspolitik eines Teils der Hamburger Liberalen verworfen wurde²⁾; so, als man sich 1909 gegen den Widerspruch einiger Parteiführer für den neuen, im wesentlichen national-liberalen, Bauernbund erklärte³⁾.

Wichtiger als solche propagandistischen Kundgebungen war die Erörterung der politischen Linie, bei der nicht nur der natürliche Gegensatz zwischen prinzipiell eingestellten Anhängern und realpolitisch vorgehenden Abgeordneten eine Rolle spielte, sondern auch die Gegensätze innerhalb der Führung im Unterschied von anderen bürgerlichen Parteien ziemlich freimütig zum Austrag kamen. So sprach man sich 1907 über das Verbleiben im Block aus, ohne direkte Folgen⁴⁾, aber so, daß Tendenz und Stärke der gegensätzlichen Gruppen klar wurden und die Fraktion sie in Rechnung stellen mußte. Gelegentlich konnte der Parteitag auch hier nicht nur reden, sondern entscheiden, so als er 1903 sich gegen ein generelles Zusammengehen mit der SPD, gegen die Barthsche Taktik also, entschieden aussprach und durch die Abstimmung über eine Resolution die Wahlpolitik der Partei festlegte, im Kampf der Führungsgruppen sich für Pachnicke erklärte⁵⁾. Auch über Abstimmungen der Fraktion wurden wiederum, im Gegensatz zu den

andere Gruppen aufzurichten, Prot., pass.; 1910 legitimierte der Parteitag die Fusion, Programm und Statut waren durch die Parteileitungen vereinbart und konnten nicht mehr verändert werden, Prot., pass.; über den Anschluß der Nationalsozialen 1903 hatte, vor dem Statut von 1905, noch die Fraktion allein beschließen können.

¹⁾ Abgelehnt: Verpflichtung aller Einzelmitglieder zum Beitritt zu Ortsvereinen; Kommission: Gründung einer Tageszeitung.

²⁾ Prot. 1906, S. 37—43; die Hamburger wünschten für ihre Republik ohne Oberhaus Beschränkungen des allgemeinen Wahlrechts.

³⁾ Prot., S. 40 ff.

⁴⁾ Naumann sagte über die Aussprache, „es wird nicht die letzte sein über diese Dinge, . . . wir wollen sehen, wie weit wir übers Jahr gekommen sind“. Prot., S. 75.

⁵⁾ Pachnicke, S. 23; s. o. S. 226; Kulemann, Zusammenschluß, S. 25.

Gepflogenheiten der anderen bürgerlichen Parteien, Beschlüsse gefaßt. Als es 1905 darum ging, ob man die Handelsverträge aus freihändlerischem Grundsatz ablehnen oder als „geringeres Übel“ annehmen sollte, nahmen zwar einige Abgeordnete und Delegierte den Standpunkt ein, daß man nicht durch einen Beschluß die Freiheit der Abgeordneten beschränken¹⁾ oder ihnen eine Position oktroyieren dürfe, daß man nicht durch eine Majorisierung Orthodoxe und Häretiker schaffen solle, ein Zeichen dafür, wie ungewohnt eine Mehrheitsentscheidung der Partei noch war. Die Mehrheit aber, darunter Barth, Gerlach und Naumann, forderte den Beschluß, nicht als Festlegung der Abgeordneten, aber als an die Fraktion gerichtete Aufklärung über die Stimmung im Lande; sie wollte ein Bekenntnis, auch wenn die Tat der Fraktion überlassen blieb. Ohne solchen Beschluß schien der ganze Apparat des Parteitags zwecklos. Mit 150:20 Stimmen wurde eine Erklärung gegen die Annahme der Handelsverträge angenommen²⁾. Die Freiheit der Fraktion war nicht wie in den anderen bürgerlichen Parteien oberstes Gesetz für alle Beschlüsse des Parteitags, allerdings behielt die Fraktion faktisch genug Freiheit, sie mußte zwar mit dem Unwillen, aber nicht mit Sanktionen der Partei rechnen.

Unmittelbare politische Bedeutung und Wirkung hat der Parteitag nur einmal, 1908, gehabt, als er über einen Konflikt zwischen der damals außerparlamentarischen Gruppe Barth, Breitscheid und Gerlach und der Fraktion wegen der Annahme des Sprachenparagraphen im Vereinsgesetz zu entscheiden hatte. Im Grunde lehnte die Opposition die Blockpolitik ab, weil sie die Brücke zur Sozialdemokratie zerstöre, den Revisionismus entmutige und eine prinzipielle demokratische Politik der Linken unmöglich mache, die Linksliberalen vielmehr um geringer Vorteile willen zum Vorspann der Konservativen mache. Sie verlangte einen Beschluß des Parteitags, der das Verhalten der Fraktion für eine Verletzung der Grundsätze des Liberalismus erklären und bedauern sollte; die Fraktion glaubte, bei einem solchen Mißtrauensvotum ihre Tätigkeit nicht fortsetzen zu können. Praktisch ging es um das Verbleiben des linken Flügels in der Partei. Der rechte Flügel, repräsentiert durch den Abgeordneten Pachnicke, wünschte durch eine Vertrauenskundgebung für die Fraktion die Linke herauszudrängen, weil sie die Wählerschaft irre mache und die Einigung der Liberalen verhindere. Die Mitte, an ihrer Spitze Naumann und Schrader, suchte ein Auseinanderfallen der Partei und eine Desavouierung der Fraktion zu vermeiden und daher eine Resolution überhaupt zu verhindern oder abzuschwächen. Ein Teil der linken Opposition, wie die Abgeordneten Gothein, Neumann-Hofer und Potthoff, wollte zwar das Bedauern, aber in jedem Fall doch die Einheit der Partei, während die Extremen bei Ablehnung des geforderten Votums austreten wollten; eine verwaschene Resolution oder gar der Verzicht auf eine solche würde, so

¹⁾ Ähnlich in einem Antrag 1908, Prot., S. 7 ff., man solle die Haltung der Fraktion nicht im voraus festlegen.

²⁾ Prot. 1905, S. 49 ff.

erklärte Gerlach, der Fraktion die Vollmacht geben, bei nächster Gelegenheit dieselbe Politik zu wiederholen. Die Abstimmung ergab einen Sieg der Fraktionsmehrheit, mit 315:99 Stimmen bei 18 Enthaltungen wurde das Bedauern abgelehnt, daraufhin trat ein Teil der Linken sofort aus, mit 371:33 Stimmen wurde die Fortführung der liberalen Fraktionsgemeinschaft beschlossen, d. h. 56 Stimmen der Opposition bekannten sich trotzdem zur Einheit der Partei. Die Entscheidung kam erst im Laufe der Verhandlungen zustande, bis zuletzt hatte die Opposition gehofft, den Parteitag für sich zu gewinnen, hatten die meisten Delegierten gehofft, ein versöhnendes Kompromiß zu finden. In einer Parteikrise innerhalb der Führung, bei der beide Flügel auf Resonanz im Lande rechnen konnten, fiel der Vertretung der Mitgliedschaft, dem Parteitag, die tatsächliche Entscheidung zu. Deren Konsequenz war die Sezession der Linken, die freilich unter der Anhängerschaft weniger Wirkung hatte, als man anfänglich annahm, und bei den Wählern gänzlich mißglückte¹⁾. Das verbleibende Gros der Partei war nun etwas einheitlicher, Fraktion und Parteileitung wurden zwar in der Fortführung der Blockpolitik bestätigt, zugleich aber von zu weit gehenden Kompromissen abgeschreckt, da sie das Risiko einer neuen Sezession nicht eingehen konnten.

Die Freisinnige Vereinigung ist trotz ihrer Kleinheit organisatorisch von Interesse, weil sie eine eigentümliche Struktur zeigt: zunächst nur mit Einzelmitgliedern und unabhängigen Vereinen, dann unter dem Einfluß der nationalsozialistischen Intellektuellen von stärkeren Organisationstendenzen erfüllt, mit einem besonderen Finanzsystem, relativ starkem Einsatz von Parteisekretären, einer sehr freien Meinungsbildung, zumal auf den Parteitag, mit einer Führung, die faktisch fraktionell, doch in enger Verbindung mit der Partei stand, die dem individualistischen Gepräge der Partei entsprechend lose organisiert war und ihre Auseinandersetzungen offen austrug. All das war freilich nur möglich in einer kleinen Gruppe, schon in ihr führten die Divergenzen ja zu schweren Krisen, nur sie konnte Offenheit und ein großes Maß innerparteilicher Demokratie sich leisten. Die Masse konnte gerade sie kaum erreichen. Weder Honoratioren- noch Massenpartei, weder autoritär noch demokratisch zementiert, bot sie den Anblick einer großen, intellektuell bürgerlichen Reformgruppe mit guten Ansätzen zur Organisationspraxis, die allmählich zum Tragen kommen konnten.

6. Die Deutsche Volkspartei

Die Organisation der süddeutsch-demokratischen Volkspartei kann hier nur in ganz knappem Umriß dargelegt werden. Nachdem die erste Bewegung sich verlaufen hatte, bildete die Partei in den 70er Jahren zunächst nur einen sehr losen Verband. Erst 1878/79 wurde durch Parteitage eine wirksame und feste

¹⁾ Die „Demokratische Vereinigung“ der Opposition konnte keine Erfolge erringen. Breitscheid trat daraufhin schon vor dem Weltkrieg zur Sozialdemokratie über.

Organisation geschaffen. Nach der Fassung des Statuts von 1890 bestand die Partei als einheitlicher Verein, in den einzelnen Orten wurde sie durch einen gewählten Vertrauensmann repräsentiert; die Mitglieder — spätestens seit 1885 mit Mitgliedskarten ausgestattet — zahlten feste Beiträge. Alljährlich tagte ein Parteitag, eine Generalversammlung, wobei das Stimmrecht der Mitglieder eines Ortes auf 15 oder auf 1 Stimme für 10 Mitglieder begrenzt war. Der Parteitag wählte einen 19köpfigen weiteren und einen 7köpfigen engeren parteileitenden Ausschuß. Die Mitglieder des letzteren sollten am Vorort der Partei, in Stuttgart, wohnen, im wesentlichen war er ein parlamentarisches Gremium mit dem Fraktionsvorsitzenden Payer an der Spitze. Bei allen wichtigen Angelegenheiten mußte er die Meinung des weiteren Ausschusses einholen. 1902 wurden auch Vereine als Mitglieder aufgenommen, sie hatten 10% ihrer Einnahmen abzuführen. Württemberg, das Kerngebiet der Partei, besaß eine besondere Landesorganisation mit Bezirks- und Ortsvereinen und vor allem Vertrauensmännern und Einzelmitgliedern; auch hier gab es eine Landes-(General-)versammlung, einen weiteren Landesausschuß aus Delegierten der Vereine und einen von diesem gewählten engeren parteileitenden Ausschuß. In Baden bestand eine Organisation mit der Freisinnigen Volkspartei gemeinsam und Landesversammlung und Landesausschuß an der Spitze. Mindestens seit den 90er Jahren hatte die Partei einen Parteisekretär, E. Ostertag¹⁾. Die Parteitage dienten der Agitation und der Fortbildung des Programms, wobei es über die sich erst langsam durchsetzende sozial-liberale Linie Sonnemanns öfter zu Auseinandersetzungen kam. Auch die Probleme, die sich mit dem Übergang von der Opposition zur Regierungsverantwortung in Württemberg und später aus den Initiativen zur Einigung des Linksliberalismus ergaben, führten zu manchen Spannungen, die auf den Parteitagen debattiert und geklärt wurden. Die Fraktion bildete mindestens seit 1893 mit der Richterschen ein Kartell für die Kommissionsbesetzung, war aber im übrigen unabhängig. Zu Konflikten zwischen Parteiorganisation und Fraktion ist es nicht gekommen; nach einem Wort von Haußmann fühlte sich die Fraktion als Organ der Partei, aber so, daß sie als ihr überzeugungstreuestes und energischstes Organ die Partei zu ebensolchem Handeln erziehen sollte¹⁾. Da sie Oppositionspartei im Reiche war, konnte sie diese Haltung ohne Schwierigkeiten durchführen, die weitgehende innerparteiliche Demokratie, die den Abgeordneten keinen Vorrang einräumte, wirkte sich darum nicht gegen diese aus, sie blieben auch unter radikal demokratischer Verfassung Führer der Partei.

¹⁾ s. o. S. 21; Klein-Hattingen, S. 180 f.; Richter, ABC-Buch 1896, S. 446; Payer, Mein Lebenslauf, im NL; Heger, passim, die Statuten im Anhang.

²⁾ Prot. d. Parteitags d. Freis. Volkspartei 1893, S. 47.

7. Die Fortschrittliche Volkspartei

Das Statut der 1910 begründeten Partei war durch Vereinbarung der Parteileitungen zustande gekommen, also ohne Mitwirkung von Organisationen und Delegierten, diese hatten es nur legitimieren können¹⁾. Das formelle Führungsorgan, der Zentralausschuß, bestand nurmehr aus den Reichstagsmitgliedern, und zwar allen, aus den Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses, die nicht schon als Reichstagsabgeordnete dazu gehörten, und daneben aus 60 Vertretern der Landesverbände; dabei setzte die Geschäftsführung entsprechend den Wähler- und Mitgliederzahlen den Anteil der einzelnen Verbände fest, diese benannten ihre Vertreter selbst, die Liste der Benannten wurde dem Parteitag formal „vorgelegt“²⁾. Eine Kooptation war auf 6 Mitglieder beschränkt und sollte dazu dienen, nicht repräsentierten Gruppen eine Vertretung zu schaffen, so wurde 1913 Erkelenz als Arbeiterführer kooptiert. Der Ausschuß mußte mindestens einmal im Jahr zusammentreten, praktisch tagte er etwa alle halbe Jahre³⁾. Als seine Funktionen waren wie bisher nur vage Vorbereitung der Wahlen, Verbreitung der Grundsätze und Organisation der Partei angegeben. Vor allem wählte er den geschäftsführenden Ausschuß, dem zum ersten Mal auch formell die Vertretung der Partei nach außen und die Leitung der Agitation im Lande zugewiesen war, und dessen Vorsitzende. Dieser Ausschuß wurde, um die fusionierten Gruppen zu berücksichtigen, aus 18 Mitgliedern gebildet. Die personelle Zusammensetzung der beiden zentralen Gremien hatte man zunächst durch Vereinbarung gemäß den Mandats- und Wählerzahlen der Gruppen festgesetzt; im geschäftsführenden Ausschuß verteilten sich die Sitze im Verhältnis von 10:5:3 auf die Freisinnige Volkspartei, die Freisinnige Vereinigung und die süddeutsche Volkspartei, zum Vorsitzenden war hier Fischbeck bestimmt worden, als er 1913 aus Gesundheitsgründen zurücktrat, löste ihn Wiemer ab; den eher repräsentativen Vorsitz im Zentralausschuß hatte der Landtagsabgeordnete Funck inne.

Als nominell oberstes Organ fungierte der Parteitag, der alle zwei Jahre zusammentreten sollte⁴⁾. Zur Teilnahme waren die Abgeordneten, die Reichstagsabgeordneten der letzten Session und höchstens drei Delegierte pro Wahlkreis berechtigt; eine Bemessung des Delegationsrechts nach Mitglieder- und Wählerzahlen hatte gegen den Widerstand der Freisinnigen Volkspartei nicht durchgesetzt werden können. Die wenigen fixierten Funktionen des Parteitags betrafen

¹⁾ Prot. 1910 und Sonderdruck 1910.

²⁾ Es wurden auch Stellvertreter gewählt, um die Funktionsfähigkeit des Vorstandes sicherzustellen.

³⁾ Ein aus der Verärgerung über das Stichwahlabkommen mit der SPD geborener Vorschlag auf dem Parteitag 1912, den Zentralausschuß vor den Stichwahlen einzuberufen, wurde abgelehnt, er war wegen des Wahlkampfes undurchführbar.

⁴⁾ Der 1912 unternommene Versuch, jährliche Tagungen einzuführen, scheiterte am Widerstand der Parteileitung.

wie üblich die Bestimmung von Programm und Statut. 1912 wurde zwar, wie 1905 in der nationalliberalen Partei von den Jungliberalen, beantragt, eine Berichtspflicht des geschäftsführenden Ausschusses an den Parteitag einzuführen und ihn durch den Parteitag, wie in der SPD, wählen zu lassen, um dessen Kontroll- und Mitbestimmungsrecht wirksamer zu machen. Aber die Parteileitung brachte beide Anträge zu Fall, gegen die Wahl durch den Parteitag führte sie unter anderem aus, daß die Delegierten nicht den erforderlichen Überblick über die in Frage kommenden Personen hätten¹⁾.

Praktisch hatte der Parteitag kaum Einfluß auf die Geschicke der Partei, soweit sich das in den wenigen Jahren ihres Bestehens beurteilen läßt. Im wesentlichen diente er²⁾ wiederum der Aussprache. Es wurden zwar 1912 von den Organisationen viele Anträge zu aktuellen Programmfragen und zu organisatorischen Angelegenheiten eingebracht, über die hätte entschieden werden können. Die Parteileitung erreichte aber in jedem Falle, daß alle Gegenstände, über die nicht Einstimmigkeit herrschte, zurückgestellt wurden, so daß man sich nach einem längeren Meinungsaustausch, z. B. über Agrarpolitik und Arbeitsrecht, auf die Verabschiedung von ganz allgemeinen Resolutionen beschränkte, die bestimmte Wählerschichten ansprechen sollten. Auch der Bericht der Fraktion auf dem Parteitag, eine Gepflogenheit, die man von der SPD übernommen hatte, sowie schließlich die Billigung der Stichwahlpolitik der Partei blieb wesentlich eine Formsache³⁾. 1913 erklärte sich der preußische Parteitag für ein selbstverständliches Wahlbündnis mit den Nationalliberalen; ein rheinischer Antrag zugunsten eines Bündnisses mit der SPD wurde zurückgezogen, er hatte keine Aussicht auf Annahme, und man wollte eine Mißstimmung vermeiden; die Rücksicht der Parteileitung auf die Landtagswähler und die Meinung der Mitgliedschaft kamen hier zum selben Ergebnis. Der Parteitag fällt also keine Entscheidungen, die Aussprache war für eine Klärung der Machtverhältnisse der Gruppen und die Integration der Partei nicht notwendig, die Funktion eines Resonanzkörpers ergab sich zu selbstverständlich, als daß sie eine besondere Position begründet hätte. Die Partei war noch zu sehr im Zusammenwachsen begriffen und konnte sich den offenen Austrag von Spannungen nicht schon leisten.

Auch beim Zentralausschuß handelte es sich, wie in allen Parteien, um ein Gremium der Beratung, zumal in ihm im Unterschied von andern Parteien alle Reichstagsabgeordneten saßen. Sie machten zwei Fünftel der Mitglieder aus und traten natürlich für die Entscheidungsfreiheit der Fraktion ein. Zu einem direkten Einfluß auf die Parteiführung über die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses hat er es in der kurzen Zeit seines Bestehens nicht gebracht. Einesteils besprach er grundsätzlich die Angelegenheiten der Geschäftsführung, Finanzen,

¹⁾ Prot. 1912, S. 108.

²⁾ 1912, und 1913 für Preußen. Der erste Parteitag, 1910, war nur eine Gründungskundgebung.

³⁾ Prot. 1912, passim.

Stellung zu Verbänden, Organisation, Wünsche über die Kandidaturen und vor allem Wahltaktik. So stimmte er 1910 den vom geschäftsführenden Ausschuß vorgelegten Grundzügen des Wahlaufufes und dem Wahlbündnis mit den Nationalliberalen vorher zu. So hieß er 1912 das Stichwahlabkommen mit der SPD, allerdings nach einer erregten Debatte, gegen 6 Stimmen noch nachträglich gut¹⁾. Bei dieser schnell notwendigen Entscheidung war der geschäftsführende Ausschuß über eine beachtliche Gruppe des Zentralausschusses hinweggegangen; aber auch diese Gruppe konnte die Führung nach den relativ erfolgreich ausgegangenen Wahlen sinnvoll nicht mehr desavouieren. — Zum andern befaßte sich der Zentralausschuß auch mit gesetzgeberischen und parlamentarisch taktischen Angelegenheiten²⁾, im wesentlichen handelte es sich dabei um einen informativen Meinungsaustausch der Landesvertreter mit den Parlamentariern, der zwar nicht institutionell, wohl aber politisch geboten schien.

Die maßgebende Zentralinstanz war natürlich der geschäftsführende Ausschuß, der während der parlamentarischen Saison etwa alle 14 Tage zusammenkam. Er hatte — wie der Ausschuß bei den Nationalliberalen — einmal über Verhandlungen mit Gruppen außerhalb der Partei zu entscheiden, d. h. vor allem Wahlbündnisse mit anderen Parteien, und zwar zunächst mit den Nationalliberalen, abzuschließen. Da es bei den Bündnissen darum ging, schon für die Hauptwahl die Wahlkreise unter Berücksichtigung der Erfolgchancen unter die Parteien zu verteilen, waren sehr lange Verhandlungen nötig, die für die Reichstagswahl 1912 z. B. schon seit 1910 ständig zwischen den Generalsekretären und maßgebenden Ausschußmitgliedern liefen. Das Stichwahlabkommen mit der SPD von 1912 wurde zwar von den Parteivorsitzenden — im Hause des Ausschußmitgliedes Mommsen — ausgehandelt, aber die Initiative war im Ausschuß beschlossen, das Abkommen von ihm gebilligt und verantwortet und die zu seiner Realisierung notwendigen Maßnahmen, Schreiben an die Organisationen und ein Stichwahlaufuf, waren von ihm in die Hand genommen worden. Neben den Verhandlungen mit anderen Parteien führte er solche mit Verbänden, so mit dem Hansa-Bund, der ja für das Zustandekommen eines liberalen Wahlabkommens auch im einzelnen eine maßgebende Rolle spielte und zugleich als Geldgeber fungierte³⁾. Andere Verbände traten an die Parteileitung heran, ersuchten um Teilnahme an ihren Tagungen, um Berücksichtigung ihrer Sachforderungen und zumal um Berücksichtigung ihrer Führer bei der Kandidatenaufstellung⁴⁾. Zu den innerparteilichen Aufgaben des Ausschusses gehörten die Abfassung des Wahlaufufes und die Fixierung des politischen Kurses für die zentrale Agitation,

¹⁾ Parteien, S. 224.

²⁾ So erörterte er 1912 den gesetzlichen „Schutz der Arbeitswilligen“, wobei die Fraktion für ihre ablehnende Haltung die Mehrheit auf ihrer Seite hatte.

³⁾ s. o. S. 150, S. 154, S. 157.

⁴⁾ Der Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens z. B. protestierte öfter gegen die Aufstellung getaufter Juden. Er unterstützte Kandidaten im Kampf gegen Antisemiten. — Wichtig waren die Verhandlungen mit den liberalen Arbeiterverbänden, s. o. S. 189 f.

die Beschaffung von Geldmitteln und deren Verteilung, die Anstellung des Generalsekretärs, die Mitentscheidung über die Anstellung provinzieller Parteisekretäre, die Besprechung der an diese auszugebenden Weisungen und der von ihnen eingehenden Berichte, die Vorbereitung und Regieführung der Parteitage, die Schlichtung von Streitigkeiten. Vor allem beriet der Ausschuß natürlich über die Durchführung der von ihm beschlossenen Wahlpolitik in den einzelnen Wahlkreisen, über Wünsche zur Berufsstellung der Kandidaten und mehr noch über Personenfragen und über die Vermittlung wichtiger Leute als Kandidaten¹⁾.

Unterstützt wurde er durch den Generalsekretär Issberner²⁾ und das Zentralbüro, das die Korrespondenz und die laufenden Verhandlungen führte, Zirkulare mit Nachrichten über Beschlüsse und Wünsche der Parteileitung und Mitteilungen für die Vertrauensmänner herausgab, Redner vermittelte, Flugblätter verfaßte und druckte, organisatorische und politische Ratschläge erteilte und in Konferenzen der Parteisekretäre deren Arbeit koordinierte. Der Generalsekretär blieb dabei wie in allen Parteien ein Hilfsorgan der Parteivorsitzenden.

Der relativ große Ausschuß bildete eine Reihe von Unterausschüssen, nämlich für Presse, für Finanzen und für Organisation und Agitation; der letztere war der wichtigste, er erledigte je nach Dringlichkeit einen Teil der Aufgaben des Gesamtausschusses selbständig, z. B. gerade bei Wahl- und Kandidatenangelegenheiten, er bereitete, über seinen Aufgabenbereich hinausgehend, die Sitzungen des Zentralaussschusses vor, er hatte, zumal in ihm die Vorsitzenden Fischbeck und Wiemer und der geschäftsgewandte Kopsch saßen, eine Führungsfunktion; einen eigentlichen Parteiführer, der wie Bassermann oder Heydebrand seine Partei repräsentiert oder beherrscht hätte, gab es aber nicht.

Der Finanzausschuß plante die Geldbeschaffung und stellte einen ordentlichen Finanzplan auf; über Sonderausgaben für den Wahlkampf entschied der Gesamtausschuß. Grundsätzlich wurde die Finanzorganisation nach dem System der Vereinigung gehandhabt: man übernahm also eine Abgabe von 10% von den Vereinsbeiträgen an die Zentrale und die regelmäßigen Beiträge von Einzelmitgliedern. Freilich bürgerte sich diese Einrichtung nur langsam ein, da es keine Mittel zur Durchsetzung gab. Die Mitgliedsbeiträge in den Vereinen waren zum großen Teil so niedrig, daß der Anteil der Zentrale an ihnen kaum Bedeutung hatte. Die Zahl der Einzelmitglieder ging zwar zurück, immerhin belief sie sich 1912 noch auf 1054, davon etwa ein Viertel aus den Berliner Vororten, und 1913 brachten sie 6mal soviel auf wie die Vereine, jedes Einzelmitglied zahlte 72mal soviel wie ein Vereinsmitglied. Daneben ging man vermögende Mitglieder, zumal in Berlin, mit besonderen Werbeaktionen um feste größere Beiträge an und veranstaltete vor den Wahlen zusätzliche Sammlungen. Gegen Ende des Krieges

¹⁾ s. u. S. 237 f. — All das nach den Parteiakten.

²⁾ Ein früherer Sekretär Richters, später Chefredakteur der Freisinnigen Zeitung, Ullstein, S. VIII. Bis 1911 hatte neben ihm der ehemalige Nationalsoziale Weinhausen als Generalsekretär gearbeitet.

bildete die Partei Beiträge aus bestimmten Wirtschaftszweigen, so z. B. für Tabak-, Spiritus-, Textilindustrie, Warenhäuser, Banken und Börsen, deren Meinung sie einholte und die sie vor allem zur Zeichnung von Beiträgen für Parteizwecke aufforderte, ein Verfahren, das trotz der Unzufriedenheit der Wirtschaft mit der Konsumentenpolitik der Partei beträchtliche Summen, 1918 mehrere 100 000 M, einbrachte.

Im allgemeinen herrschte im ordentlichen Voranschlag immer ein Defizit, das aus dem Vermögen und den außerordentlichen Einnahmen gedeckt werden mußte¹⁾. Die Ausgaben bestanden fast zur Hälfte — 1911 26 000 M — aus Zuschüssen zu den provinziellen Parteisekretariaten, im übrigen dienten sie dem Unterhalt und der Agitation des Zentralbüros. Zu den Wahlen von 1912 sind kaum mehr als 80 000 bis 100 000 M an Wahlkreise gezahlt worden, dazu kamen freilich die inzwischen nicht mehr unerheblichen Beiträge aus diesen selbst und solche, die von Einzelpersonen direkt dahin gingen, sowie die relativ großen Mittel des Hansabundes, die durch die Zentrale vermittelt wurden. Die Kosten der Wahl waren natürlich wie bei den Nationalliberalen enorm gestiegen, in hart umkämpften Wahlkreisen betrug sie etwa 25 000 M, von der Zentrale wurden meist 5000 bis 10 000 M angefordert, von denen sie jeweils bloß einen Teil gewähren konnte, nur für Nachwahlen wandte sie wegen ihrer symptomatischen Bedeutung jedenfalls in ländlichen Wahlkreisen bis zu 30 000 M auf²⁾. Organisationen und Kandidaten hatten sich nach den Wahlen mit erheblichen Wahlschulden heruzuplagen. Im ganzen blieb die Finanzlage der Partei im Vergleich mit der des Bundes der Landwirte, der SPD und gerade der Nationalliberalen schwach. Die Zahl der Parteisekretariate konnte aus Geldmangel nicht vermehrt, eine systematische Agitation in den aussichtsreichen ostelbischen Wahlkreisen nicht durchgeführt werden. Die Parteianhänger waren nicht bereit, mehr Mittel für politische Zwecke aufzuwenden³⁾, eine auch nur halbwegs wirksame Zentralisierung des Beitragswesens in der Partei gelang nicht. Bis zum Krieg änderte sich an diesem Zustand trotz fortgesetzter Mahnungen nichts Wesentliches.

Mit Fragen der parlamentarischen Politik befaßte sich die Geschäftsführung nicht, das blieb, etwa gegenüber den Anforderungen der Verbände, streng Sache der Gesamtfraktion; diese blieb — wie bei den Nationalliberalen — die eigentliche politische Führung der Partei. Es wurden allerdings wie schon früher in der Frei-

¹⁾ Anfangskapital 1910: 94 000 M, nämlich 40 000 M von der Freisinnigen Volkspartei, 21 000 von der Vereinigung, 33 000 aus einer Berliner Sammlung zur Parteigründung; Einnahmen (ordentliche) und Ausgaben wurden geschätzt, Anfang 1910 17 000 und 41 000, Mitte 1910 47 000 und 61 000, 1911 26 000 und 54 000, 1912 und 1913 46 000 und 63 000 M. Eine Sammlung 1911 z. B. ergab mindestens 50 000 M.

²⁾ 1914 im Wahlkreis Labiau.

³⁾ Naumann meinte auf dem Parteitag 1912, es sei fabelhaft, was man bei der Wahl angesichts der miserablen Finanzlage habe leisten können, Prot., S. 10. „Im allgemeinen wird bei uns viel zu wenig geopfert . . . ehe das nicht anders wird, kommen wir nicht in die Höhe.“ Fortschrittli. Taschenbuch, S. 86 ff.; vgl. o. S. 190.

sinnigen Vereinigung bei der Parteileitung Expertenausschüsse¹⁾ aus Abgeordneten und interessierten Parteimitgliedern gebildet, Besprechungen zwischen Berufsvertretern und Abgeordneten arrangiert, zumal bei anstehenden parlamentarischen Vorlagen. Es ging dabei aber weniger um Information oder Beeinflussung der Abgeordneten als darum, die verschiedenen Berufskreise enger mit der Partei zu verbinden, eine organisatorische Entwicklung, die sich in der Deutschen Demokratischen Partei fortgesetzt hat.

Natürlich traf der Ausschuß mit der Entscheidung über Wahlbündnisse und Wahlauf Ruf eine solche über den politischen Kurs der Partei. Gegenüber der eng mit ihm liierten Reichstagsfraktion hatte er aber dabei grundsätzlich keine Selbständigkeit, nur im einzelnen konnte er vielleicht anders akzentuieren. Gegensätze in der Fraktion oder zwischen Reichs- und Landtagsfraktion, die es natürlich gab, die aber nicht eine solche Rolle wie bei den Nationalliberalen spielten²⁾, konnten bei der Wahlpolitik auch im Ausschuß Bedeutung gewinnen. Manche Mitglieder, so Fischbeck, Kämpf, Cassel, Kopsch und Pachnicke, standen dem nach links geneigten Kurs aus monarchistischer oder wirtschaftlicher Überzeugung oder in Rücksicht auf die Wählerschaft reservierter gegenüber als die Mehrheit³⁾, sie erkannten aber die wahlstrategischen Notwendigkeiten an oder fügten sich der Mehrheit, Fischbeck gerade war die treibende Kraft beim Abschluß des Stichwahlabkommens mit der SPD.

Das Verhältnis der Parteileitung zu den Wahlkreisen war unterschiedlich. Grundsätzlich blieben diese, wie in allen Parteien, unabhängig, das Statut hatte ihnen ausdrücklich auch die Entscheidung über die Stichwahlparole vorbehalten. Ein finanzieller Druck ist auch hier aus denselben Gründen wie bei den Nationalliberalen nicht ausgeübt worden. Die stark persönlich geprägte enge Verbindung zwischen Zentrale und Wahlkreisen in der Richterschen Partei bestand nicht mehr⁴⁾, zumal die taktische Linie, das Bündnis mit den Nationalliberalen, neu war. Die Zentrale mußte ihre Wahlpolitik also mit Argumenten plausibel zu machen suchen, mußte mit der persönlichen Autorität der Parteiführer bitten und beschwören. Grundsätzlich steuerte sie auf eine stärkere Zentralisierung zu, sie forderte, keine Abmachungen mit anderen Parteien oder mit Verbänden ohne ihre Mitwirkung einzugehen und vor der Aufstellung der Kandidaten sich mit ihr zu verständigen, damit sie die Möglichkeit hätte, ihr erwünschte Leute unterzubringen; teilweise erhob sie auch Einspruch gegen aufgestellte Kandidaten, wenn diese die Wahlabkommen stören konnten. Bei ihrer Kandidatenpolitik trach-

¹⁾ Agrar- und sozialpolitische Ausschüsse, im Krieg dazu Beamten- und Mittelstandsausschüsse.

²⁾ Für die Kriegszeit: Gegensätze über Annexions- und Friedensfrage, in deren Verlauf 1918 der Fraktionsvorsitzende Fischbeck sein Amt niederlegte, Ostfeld, Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei, z. B. S. 10 f., 37, 54.

³⁾ Die ersten drei bemängelten z. B. an dem Wahlauf Ruf von 1912 den fehlenden Akzent auf der Treue zur Monarchie und die zu milde Absetzung gegenüber der Sozialdemokratie, Parteiakten.

⁴⁾ Wiemer klagte darüber, er könne keine Kandidaten mehr einfach unterbringen, Parteiakten.

tete sie danach, möglichst alle wichtigen Berufe vertreten zu sehen, vor allem Arbeiter, Handwerker und Industrielle, sie legte Gewicht auf die Mitgliedschaft im Hansabund, während sie den zahlreichen Kandidaturen von Lehrern und Geistlichen reserviert gegenüberstand. Der Blick über die Wahlkreis- und Organisationsinteressen hinweg war in den Vereinen oft gering, hier konnte die Parteileitung ihre im allgemeinen größeren, gesamtpolitischen Gesichtspunkte zur Geltung bringen.

Im ganzen setzte sich die Zentrale in personalen Fragen nur ganz selten durch, die Wahlkreise bestanden gerade darin auf ihrer Selbständigkeit; nur ab und an, zumal bei Landtagswahlen und bei Ersatzwahlen im Kriege, konnte sie einem von ihr Favorisierten zur Aufstellung verhelfen. Das Bündnis mit den Nationalliberalen 1912, das für einen Teil der Wahlkreise Verzicht auf eigene Kandidaten bedeutete, machte Schwierigkeiten, zumal dort, wo die Nationalliberalen sich in Nachbarkreisen nicht an das Abkommen hielten oder rechtsstehende Kandidaten aufstellten, so daß ein Abmarsch der fortschrittlichen Wähler zu den Sozialdemokraten zu befürchten war, dort, wo man sich durch die Verteilung benachteiligt fühlte oder wo man aus persönlichen Gründen seinen Mann unbedingt in den Reichstag bringen wollte. Nur nach langwierigen Korrespondenzen und Verhandlungen und mit ständigem moralischen Appell gelang es, diese Schwierigkeiten zu beheben; einen erheblicheren Druck konnte auch hier der Hansabund üben, da er nur zahlte, wo das Abkommen eingehalten wurde. Auf direkten Widerspruch stieß bei manchen Organisationen das Stichwahlabkommen mit der SPD von 1912, durch das sich die Fortschrittspartei bereit erklärt hatte, diese in 31 Wahlkreisen zu unterstützen, und dieser Widerspruch konnte bei der Kürze der Zeit und der Grundsätzlichkeit der Frage nicht aus der Welt geschafft werden¹⁾. Im ganzen blieb allerdings die Opposition auf eine Minderzahl von Fällen beschränkt, die meisten Organisationen hielten sich doch, erbittert durch den Wahlkampf und die die Partei benachteiligende Auseinanderlegung der Stichwahltermine, an die zentrale Parole. Im Grunde war es erstaunlich, wie schnell die Notwendigkeit der Lage und die Taktik der Führung die antisozialistische Haltung vieler Mitglieder und die Tradition der ehemals Richterschen Organisationen wenigstens für den Augenblick überwand. Die Wähler allerdings folgten der Parole nur zum Teil²⁾, wie ja überhaupt die Liberalen niemals so sicher über ihre Wähler verfügten wie Sozialdemokraten und Zentrum.

¹⁾ Die Vertrauensmänner im Wahlkreis Bielefeld lehnten es ab, eine Parole für Severing gegen Posadowsky auszugeben; ausdrückliche Aufforderung der Parteileitung und ein spezieller Zeitungsartikel des Abgeordneten Potthoff nutzten nichts, Posadowsky siegte; Severing, *Lebensweg I*, S. 185. In Liegnitz, wo der Parteiführer Fischbeck kandidierte, lehnte der Vorstand das Abkommen aus sachlichen und formalen Gründen — als Eingriff in die Selbständigkeit der Wahlkreise — entschieden ab; in Jena wurde keine Parole ausgegeben, Parteien, S. 226.

²⁾ 1912 hat nur etwa die Hälfte der Wähler der Fortschrittlichen Volkspartei in der Stichwahl für die SPD gestimmt, 16 Wahlkreise gingen so der SPD verloren; bei der anderen Hälfte handelte es sich zum großen Teil um Nationalliberale oder um gerade von der Rechten nach links schwenkende Wähler, ein Gesichtspunkt, der in den Urteilen der Tagespresse vielfach vergessen wurde. Zur Frage dieses Wahlbündnisses, s. u. S. 375.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die Linkliberalen hatten sich wie die Nationalliberalen zu einer relativ großen Mitgliederpartei entwickelt. Die neue Partei konnte dabei auf das schon früh aus den bloßen Wahlkomitees entstandene Vereinssystem der Fortschrittspartei und der süddeutschen Volkspartei und auf die Lebendigkeit der Organisation der Vereinigung, die sich beide in politischer Bildung und Agitation erfüllten, aufbauen. Die Partei wurde durch diese Verbindung einerseits fester, andererseits offener und freier, ohne freilich ihre bürgerliche Begrenzung sprengen und, was damals allen Parteiführern notwendig schien, in breite Massen vorstoßen zu können. Immerhin sammelte sich in ihr eine recht breite Schicht der alten und neuen städtischen Gesellschaft. Die innerparteilichen Probleme einer Politik im Übergang zur Massengesellschaft: Demokratisierung, Aktivierung und Integration hatten sich bei ihren Voraussetzungen nicht neu und sonderlich dringlich gestellt. Ihre voneinander relativ unabhängigen Schwerpunkte stellten wie in allen bürgerlichen Parteien Wahlkreis und Fraktion oder fraktionell geprägte Parteizentrale dar; deren Verhältnis bestimmte Struktur und Machtverteilung. Die Bindungen zwischen oben und unten hatten sich gegenüber der Zeit der Richterschen Herrschaft etwas gelockert, blieben aber im Vergleich zu anderen Parteien doch relativ eng, weil die Partei formal demokratisch aufgebaut, etwas homogener als andere war, die Parteistruktur hatte eine gewisse Dichte. Die zentralen Organe der Mitgliedschaft, praktisch der Unterführer, der Parteitag und der aus mehrfach gestufter indirekter Wahl hervorgegangene Zentralausschuß, dienten einer informellen Meinungsbildung, der notwendigen Sicherung von Repräsentanz und Resonanz der Führer, und im selben Sinne wirkten auch die möglichen unmittelbaren Kundgebungen der Mitgliedschaft. Direkten Einfluß auf den Kurs der Politik hatte sie in der institutionellen wie in der außerinstitutionellen Form eigentlich nicht. Hier waren Fraktion und Parteileitung unabhängig und konnten gelegentlich, wie bei der Stichwahlparole 1912, gegen die Mitglieder oder über ihren Kopf hinweg entscheiden, wobei dann der Erfolg die notwendige nachträgliche Rechtfertigung sicherte. Wegen der Unabhängigkeit der Wahlkreise hatten diese aber über die Kandidatenaufstellung die Zusammensetzung der parteileitenden Fraktion weitgehend in der Hand; dieser Einfluß der Mitglieder kann freilich nicht unbedingt positiv eingeschätzt werden, weil die Auswahl, z. T. doktrinär und vereinsmeierisch bestimmt, nicht leicht die besten Leute nach vorn brachte, aber auch ein stärkerer Einfluß der Zentrale hätte hier kaum eine durchgreifende Veränderung bedeutet. Praxis der Wiederwahl und liberale Tradition ließen aber eine genügende Unabhängigkeit des Abgeordneten bestehen. Das Problem der innerparteilichen Meinungsbildung und Mitbestimmung war damit unter den damaligen Umständen befriedigend gelöst, zumal die Führung wegen des im Vielparteiensystem leicht möglichen Abfallens von Anhängern stark auf deren Resonanz achten mußte. Finanzwesen und zentrale Agitationstechnik, die Verwendung von Parteisekretären hatten die verschiedenen Parteien — wenn auch

unterschiedlich — relativ früh schon entwickelt, immerhin stak das noch in Ansätzen. Die Parteiorganisation war, strukturell ähnlich wie die der Nationalliberalen, zwar mitgliedermäßig und finanziell schwächer als diese, aber ohne ausgeprägte Flügelbildung und stark divergierende selbständige Landesverbände einheitlicher und etwas offener und intensiver. Wenn auch die Parteibindung und die politische Bildung der Anhänger trotzdem noch viel zu wünschen übrigließ, wenn auch der Doktrinarismus noch mächtig war, so schien es doch nicht unmöglich, die organisationsunwilligen Linksliberalen relativ schlagkräftig, zusammenhängend und beweglich zu organisieren, eine Aufgabe, deren Bewältigung freilich bis 1914 erst angefangen hatte.

V. Die Konservativen

Die Konservativen¹⁾ konnten eher als andere Parteien ohne einen organisatorischen Unterbau auskommen: in ihren Kerngebieten im Osten waren die Autorität und die Einflußmöglichkeiten der maßgebenden Großgrundbesitzer, die sie bis zum rücksichtslosen Wahlterror ausnutzten, lange Zeit noch so stark, daß ohne weitere Organisation und Werbung ein fester Wählerstamm gesichert, ja die Wahl entschieden war. Die Landarbeiter kannten keine anderen als konservative Zeitungen, sie wurden jeweils geschlossen zur Wahl geführt und bekamen konservative Stimmzettel zugeteilt, die, da es bis 1903 keine Wahlkuverts gab, vom Gutsbesitzer als Wahlvorsteher leicht zu kontrollieren waren. In sehr vielen Dörfern waren andere als konservative Versammlungen unmöglich, da die Wirte, die über Säle verfügten, völlig vom Gutsbesitzer als Amtsvorsteher abhängig waren. Nichtkonservative Stimmzettel konnten in den Gutsbezirken kaum verteilt werden. Auch Pastoren und Lehrer waren z. T., infolge des Patronatsrechts, im wesentlichen auf die Gutsbesitzer angewiesen²⁾. In den Gemeinden außerhalb der Gutsbezirke und auch sonst stand der behördliche Apparat — Landräte, Gemeindevorsteher usw. —, jedenfalls seit der Aussöhnung der Konservativen mit Bismarck, klar auf ihrer Seite, und das auch dann, wenn das Verhältnis zwischen Partei und Ministern schlecht war. Dank dieser Verwaltungspraxis war eine antikonservative Agitation auf dem Lande außerordentlich erschwert, und die Wahlfreiheit wurde mit Drohungen und Versprechungen stark eingeschränkt³⁾. Kriegervereine und nationale Verbände gehörten zum Ge-

¹⁾ Wir behandeln hier die Deutsch-Konservativen. Die Freikonservativen hatten kaum eine Organisation, die Leitung hatte ein vornehmlich parlamentarisch besetzter, sich kooptierender Zentralausschuß, der auch ein Büro unterhielt. In Schlesien und in der Provinz Sachsen und in manchen Städten — z. B. Halle, Marburg, später Freiburg i. Br. — gab es Vereine, im wesentlichen aber Komitees, die meist eng an die leitenden Personen gebunden waren; Allg. Ztg., 19. Januar 1882; Köln. Ztg., 4. Februar 1890; Königsb. Hart. Ztg., 26. September 1879; Kreuzztg., 31. August 1884, 8. Januar 1885; Breslau: Neuer Wahlverein seit 1878, Th. Müller, Arbeiterbewegung I, S. 202; W. Braun, Evangelische Parteien, S. 70; Bellot, S. 142, 175, 205 u. ö., nach Stumms Tod 1901 übernahm fast selbstverständlichen Nationalliberaler die Anwartschaft auf das Mandat. Nach 1906 fanden gelegentlich Parteitage statt, die aber keine besondere Bedeutung hatten, Viebig, S. 32. Die Partei blieb primär „Personalpartei“.

²⁾ Gute Schilderung dieser Verhältnisse bei H. v. Gerlach, Erinnerungen, S. 23 ff.; ders., Von rechts nach links, S. 32, 131, 156 f. In Mecklenburg wählten die Gutsleute im Gegensatz zu denen der Domänen konservativ, weil sie unter dem Druck der Großgrundbesitzer standen, Gabler, Entwicklung der dt. Parteien, S. 26. Noch bis 1909 gab es im Osten eine Reihe sogenannter „Riviera-Wahlkreise“, in denen der Kandidat während des „Wahlkampfes“ an der Riviera weilen konnte, so sicher war seine Wahl.

³⁾ Über den Einfluß der Landräte bieten die Verhandlungen über Wahlanfechtungen reiches Material; weiter Gerlach, Erinnerungen, S. 65, 78; unter Puttkamer wurden sehr kleine Wahl-

folge der Partei und machten für sie Propaganda, anfänglich spielte auch die Empfehlung des Kandidaten, angeblich sogar das Zettelausteilen, in der Kirche eine Rolle¹⁾. Zur Beeinflussung der Wähler bedurfte sie zunächst also keiner eigenen Organisation. Teilweise konnte man sogar noch auf öffentliche Wahlversammlungen verzichten.

Weiter war die Zahl der politischen aktiven Anhänger der Partei normalerweise im Wahlkreis nicht so groß, als daß sie hätten organisiert werden müssen, um eine einheitliche Willensbildung zu erreichen; zudem war unter diesen Anhängern durch das Gewicht von Alter, militärischer, höfischer oder Verwaltungsstellung, Größe des Besitzes und das Prestige meist eine klare Hierarchie hergestellt. Und schließlich war die politische Fähigkeit und der politische Ehrgeiz im Kreise der ländlichen Aristokratie im allgemeinen nicht sehr stark oder jedenfalls nicht vordringlich auf eine parlamentarische Stellung, zumal im Reichstag, gerichtet, so daß die Übernahme der Kandidatur — und das bis nach der Jahrhundertwende — eher als mehr oder minder leidige Pflicht denn als Anlaß zu einem Konkurrenzkampf erschien²⁾. Faktisch also genügte für die meisten Wahlkreise die informelle Besprechung einer Reihe von Großgrundbesitzern, um einen Kandidaten aufzustellen und die Wahl zu organisieren. Einige bürgerliche Konzessionsschulzen, Pfarrer, höhere Beamte und Handwerker, wurden vielleicht noch hinzugezogen, ohne daß diese aber irgendwelche selbständige Bedeutung gehabt hätten³⁾.

Solche informell und ad hoc zusammentretenden Komitees, die sich etwa bei gesellschaftlichen Zusammenkünften bildeten oder, solange es noch keine feste Tradition gab, auf Initiative und unter der Leitung des rangältesten Landrats zustande kamen, haben vielfach die Organisation der Konservativen ausgemacht. Unter diesen Verhältnissen traten die späteren Kandidaten z. T. von sich aus

bezirke gebildet, wodurch die Kontrolle wesentlich erleichtert wurde, vgl. z. B. Frs. Ztg., 29. Mai 1898; Gerlach, Von rechts nach links, S. 156 f.; über einen Aufsehen erregenden Prozeß 1910/11 um die Schikanen der Landräte, s. Koch, S. 76; Westarp I, S. 21, berichtete, wie er als Landrat in seinem gemischtsprachigen Kreis die Wahlen organisiert habe, ein deutscher Wahlverein „gab die Firma her“.

¹⁾ Gabler, S. 10; R. Frank, Brandenburger, S. 20, über Vereine, die auf der Seite der Konservativen standen.

²⁾ Joachim v. Winterfeldt, Jahreszeiten meines Lebens, S. 133, berichtet, wie er sich 1908 nach dem Tod seines Vaters aus Sohnes- und Standespflicht, ohne Ehrgeiz und Geschmack an der Politik, in den Reichstag habe wählen lassen. Fontanes Dubislav Stechlin steht trotz seiner Reichstagskandidatur mit seinem ganzen Kreis dem „parlamentarischen Schwindel“ innerlich fremd gegenüber. Für Wahlkämpfe waren diese Leute kaum geeignet; Löbe, Erinnerungen, S. 27 f.: der konservative Kandidat v. Egloffstein im Wahlkreis Weimar 1898 sagte in einer Versammlung, wenn die Wähler der Meinung seien, sein Gegner sei der bessere Abgeordnete, dann müßten sie ihn eben wählen. Der Kandidat im Wahlkreis Plön 1898 war ahnungslos und unfähig, er trat nie auf, Gerlach, Von rechts nach links, S. 156 f.

³⁾ Über Komitees als vorherrschende Organisationsform, Norddt. Allg. Ztg., 20. Oktober 1882, Klage über Anonymität der Komitees; vgl. a. Gerlach, Erinnerungen, S. 23, Von rechts nach links, S. 32, 131.

an die einflußreichen Leute heran und bewarben sich um die Kandidatur¹⁾. Natürlich konnten sich trotz des relativ geringen politischen Interesses auch persönliche Cliques und Rivalitäten bilden; gerade in sicheren Wahlkreisen traten bis in die 90er Jahre gelegentlich zwei konservative Kandidaten und zwei Komitees noch bei der Wahl gegeneinander auf²⁾, zumal diese Komitees meist für einen landrätlichen Kreis gebildet waren und zwischen den Kreisen eines Wahlkreises Rivalitäten entstehen konnten. Auch Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Richtungen der Partei oder zwischen ihr und den Freikonservativen, die sich auf ähnliche Komitees stützten, konnten bei dieser personenorientierten Organisationsform vorkommen; normalerweise gab die Tendenz eines Komitees oder die Person des Kandidaten, dem man die Entscheidung freistellte, den Ausschlag, welcher Fraktion er beitrug, aber es kam auch aus diesem Grunde gelegentlich zu Doppelkandidaturen. Oft waren auch die lokalen und richtungsmäßigen Gegensätze miteinander verflochten³⁾.

In den ostelbischen Kerngebieten der Partei konstituierten sich diese Komitees gelegentlich und im Laufe der Zeit öfter und unter den verschiedensten Namen als Wahlvereine⁴⁾, zunächst in Wahlkreisen mit mittleren und größeren Städten und in Gebieten, wo man mit Anhängern anderer Parteien gegen Polen oder Sozialdemokraten zusammenging, später unter dem Druck gegnerischer Agitation auch in rein ländlichen Bezirken. Man tat das, um das Odium eines Aristokratenklubs zu vermeiden, dem Prestigebedürfnis von Handwerkern und Bauern entgegenzukommen und den konservativen Teil der städtischen Bil-

¹⁾ Z. B. Kreuztg., 8. März 1888: im Wahlkreis Greiffenberg hatte sich v. Köller durch zeitige Besuche des Komitees versichert, so daß ein anderer Bewerber keine Chance mehr hatte; Dt. Tzgtg., 8. Januar 1896: der „Vorstand“ in Namslau entschied zwischen 2 aufgetretenen Bewerbern.

²⁾ Z. B. Kreuztg., 28. September 1884, 24. Februar 1888; Vorwärts, 11. Oktober 1891: Konkurrenz von zwei konservativen Landtagskandidaten, die für verschiedene Eisenbahnlinien eintraten; Dt. Tzgtg., 7. November 1894.

³⁾ Im Wahlkreis Angermünde kandidierte 1876 ein Ultrakonservativer gegen einen Gouvernementsalen, Voss. Ztg., 30. Dezember 1876; Schönaich-Carolath bewarb sich 1881 um das Reichstagsmandat in Guben-Lübben, indem er sich auf das Recht seines Kreises Guben zur Präsentation berief; zugleich vertrat er die freikonservative Richtung; 1887 konnte er für seine Wahl ein neues, „von den Rechtsradikalen gesäubertes“ Komitee bilden, Maenner, Schönaich-Carolath, S. 33, 47; 1883 ein Konservativer gegen einen Freikonservativen im Landtagswahlkreis Flatow, Allg. Ztg., 14. Oktober 1883; im Wahlkreis Wohlau kandidierte ein freikonservativer Pastor gegen einen konservativen Adligen, Gerlach, Erinnerungen, S. 23; die Kreiskomitees Johannesburg und Oletzko traten 1895 für, das von Lyck gegen Udo Stolberg ein; Stolberg hatte im Gegensatz zur Mehrheit der Konservativen für den russischen Handelsvertrag gestimmt, Dt. Tzgtg., 26. Januar 1895; 1903 konkurrierte ein städtischer Freikonservativer gegen den konservativen Oldenburg im Wahlkreis Elbing-Marienburg, Dt. Tzgtg., 19. Mai 1903.

⁴⁾ Z. B. Kreiswahlverein Schwerin, Voss. Ztg., 14. November 1878; Schlawe, Königsb. Hart. Ztg., 21. Juni 1878; Potsdam, Voss. Ztg., 24. September 1881; Osthavelland 1881, Frank, Brandenburg, S. 105; Neustettin 1866, Wagener, Kleine Partei, S. 50 (206 Mitglieder!); Posen, Berl. Börs. Cour., 12. Februar 1881; in Sachsen gab es eine ganze Anzahl von Vereinen, vgl. Allg. Ztg., 2. Juni 1876; 1882 hatte ein Landesverein 880 Mitglieder, Norddt. Allg. Ztg., 2. April 1882; 1894 gab es 57 Vereine, Dt. Tzgtg., 5. November 1894.

ungsschicht festzuhalten. Hammerstein hatte zwar den Plan, die Partei von der Wahlhilfe der Regierungsorganisation und damit von dieser überhaupt dadurch unabhängig zu machen, daß statt der Honoratiorenkomitees große konservative Vereine gegründet würden und die Partei so eine organisierte Massenbasis erhalte, aber diese Idee hat im feudal geführten Osten keine Bedeutung erlangt¹⁾. Die Komitees blieben ausschlaggebend, sie führten durchaus auch in den Wahlvereinen, Vorstandswahlen waren Wiederwahlen oder Selbstergänzungen mit gelegentlicher Akklamation durch die Vereinsmitglieder. Die Zahl solcher Vereine und die Zahl ihrer Mitglieder war zunächst sehr gering. Erst nach der Jahrhundertwende ging man etwas stärker zum Vereinssystem über, aber die Entwicklung ist mit der bei den Liberalen gar nicht zu vergleichen²⁾. Die Vereine, ohne kontinuierliche Tätigkeit, hatten zumeist eine bloß formale Existenz. Auch institutionell blieb der Vorstand maßgeblich. Eine nennenswerte funktionsfähige Organisation gab es im Grunde nicht³⁾, die Anhänger wurden nicht gebunden, die Wähler nicht durch die Aktivität der Parteiorganisationen erfaßt. Innerparteiliche Probleme stellten sich daher in den Vereinen kaum⁴⁾. Die Bemühungen z. B. der ostpreußischen Konservativen nach 1910 um eine straffere Organisation, um das Anlegen von Wahlfonds, um regelmäßige Zusammenkünfte der Kreisdelegierten und Bildung von Wahlkreisvorständen, um Mißhelligkeiten vor den Wahlen auszuschließen, um die Einrichtung von Ortsgruppen, häufige Vertrauensmännerversammlungen, Anstellung ständiger bezahlter Hilfskräfte zum Zettelverteilen etc., um die Aufnahme von Angehörigen des Mittelstands und „kleinen Leuten“ in die örtlichen Vorstände — diese Bemühungen⁵⁾ zeigen, wie schwach die Organisation war, und sie blieben im wesentlichen auf dem Papier, im Stadium der Planung stecken.

¹⁾ Leuß, Hammerstein, S. 109, 118 f.; Heffter, Kreuzzeitungspartei, S. 60.

²⁾ 1909 gab es in Sachsen 74 konservative Ortsgruppen, Kreuzztg., 26. November 1909; die Konservative Vereinigung in Westpreußen — nur in den rein deutschen Wahlkreisen — hatte 1909 500 Mitglieder, Kreuzztg., 20. Dezember 1909; der konservative Verein im Kreise Marienburg/Wpr. hatte 1903 100 Mitglieder, der Vorstand wurde von 10 Personen gebildet, hier kam es zu einer Spaltung, s. o. S. 243, Dt. Tgztg., 21. Mai 1903; der konservative Wahlverein im Wahlkreis Hameln hatte 1907 120 Mitglieder, Hann. Cour., 2. Dezember 1907; 1911 hatte — angeblich — der konservative Verein Elbing, der, freikonservativ orientiert, auch Nationalliberale umfaßte, 800 Mitglieder, Dt. Bauernbund, 10. November 1911; in Brandenburg gab es vielerorts Vereine, die aber nicht zu einer festen Organisation ausgebaut waren, R. Frank, S. 20; bei den Wahlen gab es je nach Parteikombinationen öfter Neubildungen, so 1903 im Wahlkreis Westhavelland, ebd., S. 114; in Ostpreußen sollte es (ca. 1905) in jedem Kreis einen Verein geben, die 4- bis 5köpfigen Vorstände wurden von Generalversammlungen offen gewählt und waren dann allein maßgebend; häufig bestand aber nur ein Vertrauensmännersystem, das erst allmählich von Vereinen abgelöst wurde, NL Kapp.

³⁾ Kritik am Fehlen der Organisation, Parteitagssprot. 1906, S. 8, 27; 1909, S. 61; die Partei sei wahltechnisch desorganisiert und siehe am Honoratiorentum dahin, „Das Reich“ (konserv.), 22. Januar 1907.

⁴⁾ Vgl. aber unten S. 247.

⁵⁾ NL Kapp.

Wenn ein Komitee nicht als Wahlverein fungierte, zog es zu seiner Unterstützung wie die anderen Parteien Vertrauensmänner heran, die die Parolen der Führung in jedes Dorf tragen sollten und durch ihre — im Kreis der ostelbischen Konservativen selbstverständliche — Genehmigung der von der Führung aufgestellten Kandidaturen den nötigen volkstümlichen Hintergrund für die Agitation boten. Bei der losen Organisationsform von Komitees, Wahlvereinen oder Vertrauensmännergruppen¹⁾ war die Zahl und Art der Teilnahmeberechtigten meist nicht festgelegt. Zu den Versammlungen der entsprechenden Körperschaft wurde persönlich eingeladen, gesinnungsverwandte Gruppen oder Personen wurden zugezogen²⁾. In jedem Fall hatte auf dem Lande das Komitee als einzige Aktionsgruppe, als durch Akklamation bestätigter Vorstand des Wahlvereins oder als Einberufer der Vertrauensmännerversammlung, die unbestrittene Führung. Das gesamtstaatliche Ideal der Partei, Autorität, wurde von den Anhängern auch für die innerparteiliche Struktur selbstverständlich anerkannt. Mit der Führung übernahm das Komitee jeweils auch die Lasten; die Wahlkosten eines Wahlkreises wurden im allgemeinen nicht durch bäuerliche oder bürgerliche Mitgliedsbeiträge, sondern durch Umlage bei den großen Besitzern oder auch durch einen allein, oft erst nachträglich, aufgebracht³⁾.

So bestand die „Partei im Lande“ vornehmlich aus den lokalen Führungsgruppen. Diese waren wie bei den Liberalen relativ selbständig, die Hierarchie im Aufbau der Konservativen Partei war hier unterbrochen, die Autorität war nicht zentralisiert, sondern ruhte für die Wahlvorgänge allein bei den Wahlkreisführern; die bisherigen Abgeordneten waren, falls sie zu gouvernemental wurden oder (und) gegen vermeintliche agrarische Interessen verstießen, dieser Gremien nicht mehr sicher⁴⁾, die Zentrale wiederum hatte keinen nennenswerten Einfluß auf sie⁵⁾.

In großen Städten und konservativen Kerngebieten des Westens wie in Minden-Ravensberg und im Siegerland war die Lage anders; hier sah man sich durch die größere gesellschaftliche und politische Selbständigkeit der Bevölke-

¹⁾ Die Unbeständigkeit solcher Vereine tritt in den häufigen Nachrichten hervor, daß ein Verein reorganisiert, d. h. wieder neu begründet worden ist; vgl. z. B. für Westfalen E. Hoener, Die Geschichte der christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg von 1866 bis 1896, S. 44, 77, 104.

²⁾ Der konservative Kandidat Oertel wurde im Wahlkreis Freiberg/Sachsen von einem Komitee mit Vertretern des Handwerkervereins, des Vereins „Feierabend“, der Gemeindevorstände und anderen städtischen Vertretern aufgestellt, Freiburger Tagebl., 1. Januar 1898. In den Städten spielten Handwerkervereine eine gewisse Rolle, so in Breslau, Th. Müller II, S. 66 ff. Wegen der nicht festgelegten, wechselnden Zusammensetzung dieser Vertrauensmännerversammlungen kritisierte eine etwa vorhandene Opposition diese Aufstellungen gelegentlich als „faul“, z. B. Dt. Tzgtg., 9. November 1897, über eine Aufstellung im Wahlkreis Westprienitz.

³⁾ Westarp, Konservative Politik I, S. 400.

⁴⁾ Von den 22 Anhängern des Fraktionsvorsitzenden Helldorff wurden 1893 nur 6 wiederaufgestellt und gewählt; in Mecklenburg wurden 1893 von 7 Kandidaten 6 zum ersten Mal aufgestellt, Allg. Ztg., 27. Mai 1893.

⁵⁾ s. u. S. 263.

rung und durch die Konkurrenz mit den Liberalen stärker zur Vereinsbildung genötigt. Schon 1862 waren die preußischen Volksvereine hier besonders entwickelt¹⁾, freilich stellten sie eher autoritär geleitete Sammelstellen der konservativ Gesinnten als Orte der innerparteilichen Meinungsbildung dar, und einen dauernden Bestand über die Konfliktperiode hinaus haben sie nicht gehabt. Auf die Dauer war, namentlich auf dem Lande, wo ein Vereinswesen sich nur schwer entwickeln konnte, die Institution der Vertrauensmänner, die auch hier oft mit den Wahlmännern identisch waren, maßgebend. Diese hatten im Westen mehr selbständige Bedeutung als im Osten; „Vertrauensmänner“ war hier nicht ein verschleiender Ausdruck für ein kleines Komitee oder eine Gruppe, die nur Zustimmungsfunktion hatte; sie nahmen vielmehr dieselbe Stellung ein wie die entsprechenden Leute in den liberalen Parteien. Ihre Versammlungen trafen bei der Kandidatenauswahl echte Entscheidungen, die manchmal nur für die Personenfrage, manchmal auch für die politische Richtung ausschlaggebend waren²⁾. Gegenüber den Mehrheitsentscheidungen der Vertrauensmänner splitterten allerdings, namentlich bei den Landtagswahlen, Teile der Minoritäten nach rechts oder links ab³⁾; die Verbindlichkeit solcher Beschlüsse galt im öffentlichen Bewußtsein noch nicht absolut; die Organisation oder gar die Mehrheit derselben besaß bis etwa zur Jahrhundertwende auch bei den Konservativen noch nicht das Monopol, alleiniger legitimer Repräsentant der Partei zu sein. Die maßgebliche Vorentscheidung traf natürlich das jeweilige Komitee oder der Vereinsvorstand, sie präsentierten einen Kandidaten, dem die Vertrauensmänner zustimmten⁴⁾, diese hatten kaum Initiativmöglichkeiten, und eine Entscheidung konnten sie nur bei Differenzen innerhalb der Führung oder zwischen den Gremien der einzelnen Kreise treffen⁵⁾. Aber die Führung mußte doch ihre Stimmung und ihre Resonanz in Rechnung stellen, sie war nicht unabhängig von ihnen. Dagegen hatten neben den Vertrauensmännern die festen Anhänger der Partei keinen Einfluß: die Vertrauensmänner waren den Urwählern meist von oben präsentiert worden⁶⁾, und in den Vereinen gab es strenge Ausschlußverfahren gegen Opponenten. — In weniger geschlossenen konservativen Gebieten, wie in Teilen von Franken, Württemberg und Baden, in Hannover und Kurhessen (vor dem Aufstieg der Antisemiten) beruhte dagegen die Organi-

¹⁾ Hoener, S. 12; vgl. o. S. 18 ff.

²⁾ So entschied bei einer Reichstagsnachwahl in Herford die Vertrauensmännerversammlung mit 60:53 für den Freikonservativen Weihe gegen Stöcker, Hoener, S. 98; vgl. ebd., S. 25.

³⁾ Hoener, S. 66, 74.

⁴⁾ So z. B. die Aufstellung Hammersteins, s. H. Leuß, Hammerstein, S. 80; in Ausnahmefällen, wie bei der Kartellwahl 1887 in Bielefeld, konnte auch das Komitee allein entscheiden, Hoener, S. 64.

⁵⁾ Letzteres war z. B. 1881 im Wahlkreis Minden-Lübbecke der Fall, hier haben sich weder die Kreiskomitees — für Stöcker oder für v. d. Goltz — noch die Vertrauensmänner geeinigt, Hoener, S. 45.

⁶⁾ Sie zu beseitigen war dagegen für die Führung schwer möglich.

sation wesentlich auf Honoratiorenkomitees, oft unter der Führung höherer Beamter; mit der Zeit etablierten sich diese dann, ohne ihren Charakter zu verändern, als Wahlvereine¹⁾).

In großen Städten gab es konservative Vereine mit freier Mitgliederwerbung, Beiträgen, Vorstandswahlen und oft ansehnlichen Mitgliederzahlen²⁾); nach der Jahrhundertwende bestanden solche, auch unabhängig von den Wahlen tätigen Vereine wohl in den meisten Großstädten, mit Ausnahme der westdeutschen. Für die Partei sind sie ebenso wie die christlich-sozialen Sonderevereine, die sich ihr noch eine Zeitlang zugehörig fühlten³⁾, von geringer Bedeutung gewesen. Da die Konservativen dort bei Wahlen meist keine Kandidaten aufstellten, sondern mit der nächststehenden Partei stimmten, und da es eine innerparteiliche Meinungsbildung kaum gab, entfielen politische Entscheidungen, die Vereine waren eher gesellige und debattierende Klubs konservativer Gesinnung. Eine Institution zum Einstieg in die Politik waren sie nicht. Ein von ihnen, zumal den Vereinen der Berliner Vororte, ausgehender Versuch, nach dem Sturz Bülow's 1909 eine Protestbewegung gegen die Politik der Parteileitung zu inszenieren, blieb in ohnmächtigen Resolutionen stecken⁴⁾).

Nur in Berlin haben die konservativen Vereine in den 80er und Anfang der 90er Jahre in Verbindung mit der christlich-sozialen und der antisemitischen Bewegung eine politische Rolle gespielt. Es gab eine Menge entsprechender, meist neu gegründeter, zum Teil auch reorganisierter Vereine unter verschiedenen Namen⁵⁾); formal war die Bewegung eine lokale Sonderbildung und vom deutschkonservativen Wahlverein unabhängig. Wegen der verschiedenen Strömungen im Lager der Rechten, den verschiedenen engen Bindungen an die eigentliche Partei ging es in den Vereinen sehr bewegt zu; hier fanden lange Auseinander-

¹⁾ Dazu W. Frank, Stöcker, S. 237, aus den ungedruckten Erinnerungen des Abgeordneten Hüpeden: im Wahlkreis Kassel-Melsungen fehlte eine größere konservative Organisation, es gab nur Führer und Geldgeber; die Wahl Hüpeden's wurde agitatorisch allein von den Antisemiten durchgeführt; H. v. Gerlach, Erinnerungen, S. 59: in Marburg machte — vor dem Einbruch der Antisemiten — ein kleines Komitee die ganze konservative Wahl, ohne daß der Kandidat auch nur eine Versammlung abhalten mußte; in Kassel entschied 1903 das Komitee 7:6, Stichwahlparole für die Nationalliberalen gegen die Antisemiten auszugeben, Dt. Tgztg., 9. April 1903; Gründung einiger konservativer Vereine in der Provinz Hannover, die aber z. T. wieder eingingen, Kreuztg., 25. Februar 1885.

²⁾ Z. B. in Berlin, Voss. Ztg., 20. April 1872; in Halle/Saale 1884 ein Verein mit angeblich 1200 Mitgliedern, Kreuztg., 31. August 1884; in Breslau, Th. Müller II, S. 66 f., neben einem freikonservativen Verein; hier fanden auch Auseinandersetzungen über Stichwahlpolitik gegenüber der Fortschrittspartei und den Sozialisten statt.

³⁾ Heffter, S. 246, 250.

⁴⁾ Vgl. z. B. Prot. des Delegiertentages 1909, S. 61 ff.; Koch, S. 30 f.; einige Vereine wurden ausgeschlossen; nur die Wahlniederlage Oldenburg-Januschaus im Wahlkreis Elbing 1912 war eine Folge der Abspaltung der städtischen Konservativen in Elbing, die ihre Sonderkandidatur mit Unterstützung der anderen Parteien durchsetzen konnten.

⁵⁾ Eine Zusammenstellung solcher Vereine in der Norddt. Allg. Ztg., 5. Mai 1882; über Gründung konservativer Wahlvereine in Berlin mit Statuten und Mitgliederbeiträgen Berl. Börs. Ztg., 11. Februar 1880; vgl. W. Frank, S. 109.

setzungen über Programm- und Kandidatenfragen und über die Vorstandswahlen statt¹⁾, es gab ständig wechselnde innerparteiliche Oppositionsgruppen²⁾. Auf die Initiative Hammersteins hin haben vor allem die christlich-sozialen Redakteure Gerlach und Oberwinder diese stark fluktuierenden Gruppen Ende der 80er Jahre nach den Kartellwahlen in den Bürgervereinen zusammengefaßt³⁾ und an der hochkonservativen, christlich-sozialen Tendenz der Kreuzzeitungsgruppe ausgerichtet. In diesen konservativen Organisationen waren nicht höhere Beamte und konservative Intellektuelle vertreten, sondern Massen des Mittelstandes.

Trotzdem wären diese großen, demokratisch organisierten Vereine nur eine folgenlose Randerscheinung geblieben, zumal sich bei den Vorstandswahlen seit 1894 die Kooptation wieder durchsetzte⁴⁾, wenn sie nicht in der Hand der jüngeren christlich-sozialen Führer zu einem Machtmittel geworden wären, das in einer kurzen Zeitspanne offener Parteiorganisation ins Gewicht gefallen ist; auf dem Tivoliparteitag im Dezember 1892 konnten die Berliner Konservativen wegen der kaum vorhandenen Kontrolle und der Unbestimmtheit der Teilnahmeberechtigten erheblich Einfluß üben und das Programm in ihrem Sinn — gegen die Parteileitung — abändern⁵⁾. Später, 1894, hat Gerlach die von Hammerstein im Auftrag Eulenburgs verlangte einhellige Zustimmung der konservativen Partei zu dessen Staatsstreichplänen, der Abschaffung des Reichstagswahlrechts, vereitelt, indem er drohte, die Bürgervereine dagegen mobil zu machen, und indem er veranlaßte, daß die Vereine sofort Resolutionen an den Parteivorstand richteten, in denen sie öffentlich dagegen protestierten und vor solchem Vorgehen warnten⁶⁾.

Diese Vereine, die in ihnen organisierten Massen, gaben so ihren Führern eine gewisse, zeitweise entscheidende Machtposition; ihr sozial- oder volkshervortretender Charakter entsprang zwar der Initiative der Führung, aber zugleich ermöglichten sie als Bewegung und als Organisation diese Position der Führung doch erst und gaben ihre einige Dauer. Insofern kann in diesem Fall von einer

¹⁾ Z. B. Berl. Börs. Ztg., 6. April 1880.

²⁾ Auf die vielen inneren Streitigkeiten in dieser Bewegung kann hier nicht eingegangen werden; wegen dieser Wirrnisse in den Vereinen gewannen die Komitees allmählich wieder mehr Bedeutung, wenn auch ihre führende Rolle bei der Kandidatenaufstellung immer umstritten blieb. Im Sinn der konservativen Partei sollte die Bewegung durch das konservative Zentralkomitee geleitet werden. 1887 z. B. gelang es demselben mit massivem Druck, die extrem antisemitischen Kandidaten zum Rücktritt zu bewegen. Vgl. W. Frank, pass.; Heffter, S. 21 ff., 79 ff., 143.

³⁾ H. v. Gerlach, Erinnerungen, S. 84.

⁴⁾ Z. B. Dt. Tgztg., 1. Februar 1896.

⁵⁾ Vgl. dazu im folgenden S. 254 ff.

⁶⁾ „Volk“, 19. Oktober 1894; W. Frank, S. 282; H. v. Gerlach, Erinnerungen, S. 86, von rechts nach links, S. 134 f.; auch wenn Gerlach seine Rolle in dieser Sache übertreibt — als ob er die Staatsstreichpläne verhindert habe —, bleibt der Vorgang im Kern bestehen: die Zustimmung der konservativen Partei — für Eulenburg ein wesentliches Moment — blieb ihm durch Gerlachs Vorgehen mit den Bürgervereinen versagt.

bedeutenden Einwirkung der Anhänger auf zentrale Entscheidungen der Partei gesprochen werden. Das blieb freilich Episode; diese war nur möglich in einer Zeit, in der die Partei mit einem Minimum an Organisation noch auskommen konnte und die Führungsgruppen sich noch nicht abgeschlossen organisiert hatten und in der die Partei zugleich von einer inneren Krise bewegt war, vor der Entscheidung über ihre gouvernementale, christlich-soziale oder agrarische Orientierung stand.

Das Problem der Massenbasis der Partei und der notwendigen Massenagitation stellte sich freilich trotz der außerparteilichen Machtmittel auch für die Konservativen, und man konnte es nicht ignorieren, obwohl der christlich-soziale Versuch, die Partei in eine Volkspartei umzubilden, gescheitert und abgewürgt worden war. Gelöst wurde das Problem durch die eigenständig aufkommende und die Christlich-Sozialen sofort überspielende agrarische Bewegung und ihre Organisation, den Bund der Landwirte. Dieser, 1893 entstanden, verfügte über 200 000 bis 300 000 Mitglieder, ein ausgebreitetes, straff zusammengehaltenes und diszipliniertes Netz von Organisationen, die sich speziell mit den Wahlen — und zwar auch mit der Kandidatenaufstellung — befaßten, und eine bis dahin im bürgerlichen Lager gänzlich unbekannt demagogische, aber unerhört wirksame Agitationsmaschine. Formal überparteilich, aber unter eindeutig konservativer Leitung und mit der Partei durch vielfache Personalunionen verflochten, hat er, indem er das wirtschaftliche Interesse mobilisierte, die bäuerlichen Massen an sie gebunden, ja ihr Eingang in Süd- und Westdeutschland verschafft, für sie die Wahlkämpfe geführt und damit auch die kostspielige moderne Massenagitation für sie finanziert. Er wurde der Partei unentbehrlich, da er praktisch ihre eigene Organisation ersetzte. Faktisch autoritär organisiert, räumte er seinen Mitgliedern kaum Einfluß auf seine Politik ein; und auch die Partei war bei ihren Entscheidungen von dem Druck der Anhängermassen entlastet, da sie eben in einem Sonderverband zusammengefaßt waren. Sie war einer Masse sicher, ohne ihr Einfluß gewähren zu müssen. Aber das Problem verschob sich. Die Partei geriet auf Grund dieser Funktionsteilung unter den Druck des Bundes, der extrem agrarischen, antigouvernementalen Bundesführer, ohne deren Hilfe sie sich im Lande kaum halten konnte. Der Bund war nicht Hilfsverband, sondern eigenständige, selbstbewußte und einflußreiche Kraft, er brachte sich etwa bei den Personalentscheidungen in den Wahlkreisen sehr nachdrücklich zur Geltung. Daraus entstanden natürlich manche Spannungen und Konflikte, was man innerparteilich vermieden hatte, eine Bedrohung der Unabhängigkeit der Parteiführer durch eine Massengefolschaft, kehrte nun in Gestalt einer neuen äußeren Macht wieder und mußte bewältigt werden. Unter dem Druck des Bundes gerade hat sich die Konservative Partie endgültig zur Agrarpartei umgebildet. Die Gemeinsamkeit beider Gruppen war aber in jedem Fall so stark, daß alle Schwierigkeiten überwunden wurden und man sich stets wieder zusammenfand. Dank dem Bund konnten die Konservativen sich in der Kon-

kurrenz der Mitglieder- und Massenparteien und ihrer Agitation behaupten, obwohl sie ihre lockere Honoratiorenstruktur beibehielten¹⁾). Das Problem einer eigenen Massenorganisation bestand also kaum, nur bei Spannungen mit dem Bund wurde es gelegentlich erörtert²⁾, ohne daß aber je irgendwelche praktischen Schritte unternommen wurden.

Provinziale Zusammenschlüsse innerhalb der Partei haben sich, ähnlich wie bei den Nationalliberalen, in den 80er Jahren ausgebildet, und früher schon einige wenige landesmäßige; es fanden Parteitage, besser Konferenzen führender Leute, und öffentliche Kundgebungen statt, und es wurden Provinzial- oder Landesvereine gegründet, die wiederum die lokal führenden Leute zusammenfaßten, zu politischen Besprechungen und meist deklamatorischen Kundgebungen zusammentraten und mit Hilfe ehrenamtlicher Generalsekretäre eine allerdings ganz geringe Agitation betrieben³⁾. Erst nach der Jahrhundertwende haben diese Verbände, die nun nicht mehr nur Einzelmitglieder, sondern auch Vereine umfaßten, eine etwas größere Bedeutung erlangt, wenn sie auch keine eigenen Machtzentren wurden und nicht die Bedeutung hatten, die ihnen in anderen Parteien zuwuchs; z. T. verfügten sie für die laufende Agitation und die Organisation der Wahlkämpfe auch über hauptamtlich angestellte Generalsekretäre. Auf die innere Struktur eines solchen Verbandes kam es unter diesen Umständen nicht eigentlich an. Der ausnahmsweise relativ gut organisierte ostpreußische Verein z. B. besaß eine jährliche Haupt-(Mitglieder-)versammlung, die politische Beschlüsse fassen konnte, eine Delegiertenversammlung — 1909 200 Personen — aus den Vorsitzenden der Vereine, aus zusätzlichen Delegierten bei erhöhten finanziellen Leistungen, Abgeordneten und Kooptierten, die die Hauptversammlung und deren Wahlen vorbereitete, einen von der Hauptversammlung normalerweise durch Akklamation gewählten, 1910 aus 31 Personen bestehenden Ausschuß, der einen 2- bis 5köpfigen Vorstand zur Geschäftsführung bestellte, notwendige geschäftliche Anordnungen traf und die Provinz der Gesamtpartei gegen-

¹⁾ Auf das Verhältnis der Konservativen zum Bund der Landwirte werde ich ausführlich und im einzelnen in meinem Buch über die Verbände eingehen. — Massenverbände, die nach der Jahrhundertwende mit starker Agitationskraft auch für die Konservativen wirkten, waren der Evangelische Bund und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

²⁾ Die städtische Opposition innerhalb der Partei wehrte sich dagegen, daß der Bund der Landwirte an die Stelle einer konservativen Organisation getreten sei, Parteitagsprot. 1909, S. 61.

³⁾ Konservativ-Liberaler Reichsverein in Sachsen, Voss. Ztg., 29. Juli 1875; Konservativer Verein für das Königreich Sachsen mit 880 Mitgliedern, Norddt. Allg. Ztg., 2. April 1882; Bildung einer Provinzialorganisation für Westfalen, d. h. eines Komitees und geregelter Zusammenkünfte, Hoener, S. 44 u. ö.; Heffter, S. 31; 3 offene, von Abgeordneten einberufene Parteitage zur Besprechung von Wahlen in Brandenburg, Berl. Börsenztg., 25. September 1881; Gründung eines Konservativen Vereins für Ostpreußen mit einem ehrenamtlichen Generalsekretär, Königsb. Hart. Ztg., 10. Dezember 1881; Kreuzztg., 24. Juli 1884; Deutsch-Konservativer Verein für die Provinz Schlesien, Norddt. Allg. Ztg., 12. April 1882; konservativer „Parteitag“ für Schlesien z. B. Dt. Tgztg., 22. November 1895; Rauchhaupt als Vorsitzender des sächsischen Provinzialausschusses, Heydebrand, Beiträge, S. 499; Parteitag der badischen Konservativen, 13. Oktober 1890, eine Rede Stöckers auf diesem Tag war der Anlaß zum Verlust seines Hofpredigeramts, W. Frank, S. 217.

über vertrat. Alle Mitglieder der Führung waren für 6 Jahre gewählt und hatten ein Kooptationsrecht. Bei Streitfällen über Kandidaturen hatte der Vorstand einzugreifen, bei parteiwidrigem Verhalten hatte der Ausschuß das Recht zum Ausschluß. Die Mitglieder mußten einen — geringen — Mindestbeitrag an den Verband abführen. 1908 z. B. betrugen Einnahmen und Ausgaben je ca. 15 000 M. In der Hauptsache befaßten sich die Provinzialinstanzen mit Propagandaangelegenheiten, der Besprechung und Anregung organisatorischer Maßnahmen in den Wahlkreisen und der Planung, Hilfeleistung und Finanzierung bei den Wahlkämpfen — aber eigentlich erst, seitdem die Parteifronten nach Bülows Sturz aufbrachen und die Konservativen von der außerordentlich scharfen Agitation der Gegner bedroht wurden. Große Erfolge hat diese Arbeit zunächst noch nicht gehabt¹⁾, aber durch Bereitstellung von Geldern und Beeinflussung der Presse hätte sie auf lange Sicht hin doch wirksam werden können. Gelegentlich nahmen diese Mittelinstanzen auch zu politischen Fragen Stellung, so vor allem 1909, als man trotz der innerparteilichen Kritik das Verhalten der Fraktion beim Sturz Bülows billigte — sogar in Sachsen, wo man sachlich anderer Meinung war, und zur Versöhnung drängte. Diese Versammlungen sicherten der Fraktion offiziell das nahezu einstimmige Vertrauen des Landes vor der Öffentlichkeit, was zwar selbstverständlich, aber doch nicht ganz ohne Bedeutung war. Trotzdem aber: eine selbständige politische Position in der Partei hatten die Verbände nicht²⁾.

Die zentrale Führung der Partei stellte im Unterschied zu ihrem Unter- und Mittelbau ein organisatorisches Problem dar. Einerseits mußte man die Tätigkeit der Fraktionen in Berlin — im Reichstag, im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus — koordinieren, die bei dem herrenmäßigen Unabhängigkeitsgefühl der Abgeordneten nicht von vornherein und nicht von selbst auf derselben Linie operierten, zumal die Landtagsabgeordneten intransigent und eher zur Opposition geneigt waren als die Reichstagsabgeordneten³⁾. Andererseits brauchten die führenden Abgeordneten zwar keine Rücksicht auf breite Anhängermassen zu nehmen, aber sie konnten die lokalen und provinziellen Führungskreise nicht außer acht lassen und mußten sie bis zu gewissem Grade an den Aufgaben der Zentrale beteiligen.

¹⁾ 1907 klagte das Zentralbüro, daß die Provinzialorgane nicht zuverlässig funktionierten, da es keine büromäßige Geschäftsführung gäbe und alles auf die Vorsitzenden persönlich abgestellt sei, NL Kapp.

²⁾ Struktur und Tätigkeit des ostpreußischen konservativen Vereins, NL Kapp. In Pommern fand 1910 ein konservativer „Parteitag“ mit 8000 Teilnehmern statt, ebd.; Landesversammlung der konservativen Partei Württembergs 1910, NL Heydebrand; Sachsen 1909, Koch, S. 30 f., Eschenburg, S. 221.

³⁾ Heydebrand, Beiträge, S. 499: unter Rauchhaupt als Vorsitzendem der Landtagsfraktion gab es kein „bewußtes Zusammenwirken“ der Landtagsfraktion mit der Reichstagsfraktion, „jeder ging so ziemlich seinen Weg“; d. h. bis zur Helldorffkrise war die Politik der beiden Fraktionen durchaus noch nicht koordiniert.

Formal entwickelte sich der Aufbau der zentralen Führungsgruppen so: Bei der Neugründung 1876 organisierte sich die Partei als „Wahlverein der Deutsch-Konservativen“¹⁾. Auch hier wurde noch der Begriff der Partei von dem der Fraktion unterschieden, obschon die Partei real doch nur als Fraktion da war, auch hier wurde die Partei primär als Gemeinschaft aus einer Überzeugung und nur sekundär als Organisation aufgefaßt²⁾. Immerhin aber bestand eine Organisation. Der Wahlverein hatte einen Vorstand, der zunächst von den Parteigründern gebildet wurde und sich selbst ergänzte. Vorsitzender war Helldorff, als er 1881 bis 1884 nicht im Reichstag saß, hat offenbar Hammerstein die Leitung gehabt³⁾. Gelegentlich wurde für die Wahlen ein besonderes Zentralwahlkomitee gebildet. Generalversammlungen, also Mitwirkung der Mitglieder bei der Bildung und bei den Entscheidungen des Vorstandes, fanden nicht statt. Ein ständiges Büro zur Herausgabe von Mitteilungen und Agitationsmaterial und zum Aufbringen von Geldmitteln wurde in Berlin errichtet, das zunächst unter der ehrenamtlichen Leitung eines Abgeordneten stand⁴⁾. Im ganzen war dieser Wahlverein nichts anderes als eine Hilfsorganisation der konservativen Fraktionen zur Erzielung konservativer Wahlen.

Bis 1889 wurde er ohne Schwierigkeiten von dem sich selbst ergänzenden Vorstand geleitet⁵⁾. Zum 1. Februar 1889 wurde dann die Spitze neu organisiert, als Führungsgremium wurde der sogenannte 11er-Ausschuß gebildet, zu dem die Reichstagsfraktion vier, die Fraktionen des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses je drei und die sächsischen Konservativen ein Mitglied delegierten⁶⁾. Diese Neuorganisation hatte nicht nur formale Bedeutung; sie stand im Zusammenhang mit einer Führungskrise, die durch Hammersteins Opposition gegen Helldorffs Kartellpolitik herbeigeführt worden war. Denn die Zusammensetzung des Vorstandes hatte trotz der unbestrittenen Unabhängigkeit der Fraktion deshalb Bedeutung, weil der Vorstand erstens die „Konservative Korrespondenz“ herausgab und damit vor allem über die kleine konservative Presse stark meinungsbildend wirkte⁷⁾, zweitens auf Grund seiner Autorität Wahlbündnisse mit andern

¹⁾ Parisius, S. 218 f. — Wegen der Schwierigkeiten des Vereinsgesetzes konstituierte sich auch die konservative Partei in einen Wahlverein mit direkter Mitgliedschaft nur von einzelnen; die Mitgliedschaft von Vereinen blieb formal unausgesprochen und war nur durch die einzelnen vermittelt.

²⁾ s. o. S. 10.

³⁾ Heffter, S. 14, 41.

⁴⁾ MdR und MdL v. Busse, L. Parisius, S. 218; vgl. auch Königsb. Hart. Ztg., 1. April, 20. Oktober 1877.

⁵⁾ Eine Anregung aus Westfalen 1878, einen Parteitag zur strafferen Organisation der Partei zu berufen, führte zu nichts, Hoener, S. 44.

⁶⁾ Hoener, S. 68 f.; Heffter, S. 163.

⁷⁾ Heffter, S. 16, 41; sie wurde im Sinne Helldorffs von Griesemann geleitet, gegen den der ultrakonservative Mitredakteur v. Ungern-Sternberg nicht aufkam. In diesem Zusammenhang stellte z. B. v. d. Reck 1887 im Vorstand den Antrag, die Korrespondenz aufzuheben, das wurde abgelehnt, aber ein Antrag Kleists angenommen, nach dem es der Korrespondenz untersagt war,

Parteien empfehlen konnte und die Agitation entsprechend dirigierte¹⁾ und drittens in hochpolitischen Angelegenheiten die Linie der Partei festzulegen suchte²⁾. Nachdem diese Fragen während der Kartellperiode besonders akut wurden, genügte der bisherige Vorstand nicht mehr, um allseitig Autorität beanspruchen zu können. Helldorff hatte vorgeschlagen, ihn mit absoluter Mehrheit der — unter seinem Einfluß stehenden — Reichstagsfraktion zu bilden, das war aber aus Furcht vor einer Sezession des Hammerstein-Flügels abgelehnt worden.

Neben diesem aus Abgeordneten zusammengesetzten Führungsausschuß, der bei den vorhandenen Gegensätzen durchaus eine echte Funktion des Ausgleichs und der Meinungsbildung hatte, bestanden, schon seit Anfang der 80er Jahre, gelegentlich tagende Versammlungen von Landes- und Provinzialvertretern³⁾. Diese hatten aber neben dem kontinuierlich tagenden 11er-Ausschuß und den Abgeordneten keinen mitbestimmenden Einfluß; sie dienten wohl mehr der gegenseitigen Ermunterung und Bestätigung und waren allenfalls ein Ventil für Kritik. 1892 beklagte sich der kartellgegnerische westfälische Parteiführer v. d. Reck, der Einfluß der Landesdelegierten sei durch den „meist opportunistisch zusammengesetzten“ 11er-Ausschuß kaltgestellt. Die „große Partei in den Provinzen“ — d. h. die Gruppe der provinziellen Führer — wolle „von so einem parlamentarischen Organ nicht regiert“ sein⁴⁾. Wohl um der Parteileitung gegenüber solchen kritischen Stimmen eine stärkere Repräsentanz und ihren Beschlüssen größere Resonanz zu verschaffen, wurde im Zusammenhang mit dem Tivoli-parteitag Ende 1892 ein neuer „Gesamtvorstand“ des Wahlvereins eingerichtet, der auch als weiterer Vorstand oder als 50er-Ausschuß bezeichnet wurde. Er setzte sich 1894⁵⁾ aus 53 Mitgliedern zusammen, von denen 24 von den verschiedenen Fraktionen, auch aus außerpreußischen Landtagen⁶⁾, und 29 von den Provinzial- und Landesorganisationen gewählt wurden; er löste also die bis dahin bestehenden Versammlungen von Provinzialdelegierten ab. Dieses Gremium erhielt insofern erhöhte Bedeutung, als es nunmehr den geschäftsführenden Ausschuß aus sich zu wählen hatte. Zugleich wählte es seinen Vorsitzenden, der als solcher Vorsitzender der Gesamtpartei und des geschäftsführenden Ausschusses

künftig noch weiter innerparteilich, d. h. gegen den rechten Flügel, zu polemisieren; der Streit mit dem Hammersteinflügel über den offiziellen Charakter der Korrespondenz dauerte aber an; bei der Neuorganisation 1889 wurde die Funktion der Korrespondenz eingeschränkt, sie sollte — auf Betreiben der Helldorffgegner — eine bloß parlamentarische Korrespondenz sein; Hoener, S. 68 f.; Heffter, S. 95, 134.

¹⁾ Hoener, S. 52, berichtet von einer Auseinandersetzung zwischen Helldorff einer-, Kleist und Rauchhaupt andererseits über ein Wahlbündnis mit den Nationalliberalen 1884.

²⁾ s. u. S. 258 f.

³⁾ Wieweit sie durch Statut festgelegt waren, konnte ich nicht feststellen. Eine solche Konferenz z. B. am 17. Januar 1882, Königsb. Hart. Ztg., 31. Dezember 1881.

⁴⁾ Hoener, S. 85, Brief an v. Levetzow.

⁵⁾ Konservatives Handbuch 1894, S. 243; Politisches ABC-Buch (Richter) 1896, S. 276.

⁶⁾ 6 vom preußischen Abgeordnetenhaus, W. Frank, S. 240.

war. Wie in den liberalen Parteien war aus der informellen Vertretung des Landes eine Institution, und zwar ein Organ der Zentrale geworden.

Im Grunde blieb es bis 1918 bei dieser Organisation. Nach der Aufhebung des vereinsgesetzlichen Verbindungsverbotes wurde 1902 der Wahlverein als „Hauptverein der Deutsch-Konservativen“ umorganisiert, der sich im wesentlichen nur auf indirekte Mitgliedschaft von Landes- und Provinzialvereinen stützte. Der 50er-Ausschuß konnte sich durch Zuwahl verstärken, um seiner Funktion, die provinziellen und beruflichen Gruppen der Partei wenigstens optisch zu repräsentieren, besser zu genügen. Die eigentliche Macht lag schon statutenmäßig eindeutig bei dem jetzt sogenannten 12er-Ausschuß. Im Zuge einer Konzentration der Führung wurde aus ihm noch ein 5köpfiger geschäftsführender Ausschuß, formal zur Leitung der Korrespondenz und der Geschäftsstelle, gebildet. Nach dem Statut von 1912¹⁾, durch das eine Verbreiterung des weiteren Vorstandes, ein Ausschlußrecht des Vorsitzenden gegen oppositionelle Vereine und die Institution von Parteitag festgelegt wurde²⁾, hatte der engere Vorstand, der 12er-Ausschuß, aus 12 bis 18 Mitgliedern, das Recht, zu Beginn jeder neuen Reichstagsperiode festzusetzen, wieviel Vertreter die Reichstagsfraktion und jede Landes- oder Provinzialorganisation in den weiteren Vorstand entsenden durfte. Er verfügte also faktisch weitgehend über dessen Zusammensetzung. Damit haben die politischen Funktionen dieses großen Ausschusses — Wahl des engeren Vorstandes und des Parteivorsitzenden und Entscheidung über Satzungsänderungen — ihre eigene Bedeutung verloren; die Wahl wurde zur Wiederwahl oder zur Akklamation. Für Festsetzung der Beiträge³⁾, Aufnahmen und Ausschüsse, dringende, d. h. alle, Erklärungen und Entscheidungen waren nur die kleinen Ausschüsse zuständig, der geschäftsführende Ausschuß war sogar im wesentlichen allein entscheidungsberechtigt. Die beiden anderen brauchten nur einmal im Jahr berufen zu werden. Der 50er-Ausschuß hatte nur noch die Funktion, Forum der Aussprache, Resonanzboden der Parteiführung zu sein, eine Funktion, die in den anderen Parteien die Parteitage hatten. Parteitage gab es in der konservativen Partei satzungsmäßig erst seit 1912, vorher hatte es praktisch Delegiertentage gegeben, sie waren formal nur für die — immer unwichtiger werdenden — Programmfragen zuständig.

Die realen Macht- und Führungsverhältnisse stimmten natürlich mit den Satzungen nicht ohne weiteres überein oder waren in ihnen gar nicht geregelt. So ist der Parteitag von 1892, der das sogenannte Tivoliprogramm beschloß, außerhalb der Satzungen und gegen den starken Widerstand der parlamentari-

¹⁾ „Satzungen des Hauptvereins der Deutsch-Konservativen“ o. J. (1912).

²⁾ Zu diesen Neuerungen hatte sich der Vorstand vom Parteitag 1909 die Zustimmung geben lassen, Prot., S. 5; im übrigen entspricht das mir nicht erreichbare Statut von 1902 wohl im wesentlichen dem von 1912; über den 5er-Ausschuß schon Parteitagsprot. 1906.

³⁾ Die Beitragspflicht war einigermaßen relativ, ein Verein, der ein Jahr im Rückstand war, sollte ausgeschlossen werden können; ein solcher Ausschluß wird nie erfolgt sein. Entsprechende Mahnungen im NL Kapp.

schen Parteileitung zustande gekommen. Die „gouvernementalen“, in der weit überwiegenden Mehrheit auch die agrarisch-feudalen Konservativen hatten vor Parteitag „höllische Angst“. Sie erschienen ihnen als der „kleine Finger, den man um keinen Preis dem Teufel der Demokratie“ reichen dürfe. „Sie liebten es, die ganze Politik en petit comité zu erledigen“¹⁾). Der Hammersteinflügel und die Christlich-Sozialen dagegen wünschten einen Parteitag, um inhaltlich ihre Ziele programmatisch zu legitimieren, taktisch die Oberhand über den Helldorffflügel zu gewinnen und organisatorisch den Charakter der Partei als Volkspartei zu akzentuieren. Aus ähnlichen Motiven verlangten die westfälischen Konservativen auf Zusammenkünften und durch eine ultimative Resolution²⁾) dringend die Einberufung eines Parteitages und drohten damit, andernfalls sich von der Parteileitung unabhängig mit anderen Provinzialverbänden über ein Programm zu verständigen. Zwar überschätzten sie damit zweifellos ihre Position³⁾); aber weil diese Mobilisierung der Provinz den Bestrebungen der Kreuzzeitungspartei parallel lief, die im Vorstand auch durch v. d. Reck und v. Durant vertreten wurde, mußte die Parteiführung, die ja auf ihre Anhänger angewiesen war, dem Stimmungsdruck endlich nachgeben, nachdem noch Ende Mai 1892 die durchaus nicht gouvernementale Fraktion des Abgeordnetenhauses beschlossen hatte, die Revision des Programms zu verschieben, weil die Formulierung einer Stellung zur Judenfrage sehr schwierig sei. Eine vom Vorstand berufene Kommission arbeitete einen Programmentwurf aus, der dann von den Fraktionen beraten wurde⁴⁾); trotz der Verzögerungstaktik der Reichstagsfraktion wurde der modifizierte und schließlich gebilligte Entwurf zuletzt dem Parteitag vorgelegt.

Auf diesem Parteitag herrschten einigermassen „anarchische“ Zustände; die Teilnahme war ziemlich unregelmäßig, da außer den Abgeordneten und den Delegierten der Vereine auch die von diesen Delegierten angemeldeten „Partei-genossen“, und zwar auch solche, die dem Wahlverein der Deutsch-Konservativen nicht angehörten, zugelassen waren, so Anhänger der antisemitischen deutsch-sozialen Partei unter Führung von H. Leuß. Zudem fand eine Prüfung der Mandate nicht statt; die Berliner hatten daher unter den 1200 Besuchern die Mehrheit und bestimmten die Meinung und Stimmung der Gesamtheit⁵⁾). Durch

¹⁾ Gerlach, Erinnerungen, S. 84.

²⁾ Vgl. Hoener, S. 83.

³⁾ So Rauchhaupt an v. d. Reck am 19. August 1892, Hoener, S. 86.

⁴⁾ W. Frank, S. 232; Heffter, S. 230; Hoener, S. 84.

⁵⁾ Dazu: v. Gerlach, Erinnerungen, S. 85, Von rechts nach links, S. 133; W. Frank, S. 232 f.; v. Gerlach in Welt am Montag, 13. Dezember 1909; Politisches Handbuch für nationalliberale Wähler, S. 444: eine „wahllos zusammengebrachte Masse“ der Parteitagsbesucher, die die Mehrheitsmeinung ziemlich tumultarisch — durch Niederschreien von Rednern — bekundete; über Zusammensetzung und Verlauf, Kreuzztg., 8., 9. Dezember 1892; Schultheß 1892, S. 192 ff.; Conservative Correspondenz, 2. und 4. Januar 1893; dort wird die Zahl der nicht dem Wahlverein der Deutsch-Konservativen angehörenden Besucher willkürlich mit 10% angegeben; zugleich wird das Recht des Vorstandes dem Parteitag gegenüber nachträglich und formal durch die Erklärung postuliert, der Vorstand habe durch seine Anwesenheit auf dem Parteitag dessen Beschlüsse schon ratifiziert.

diese Verhältnisse begünstigt, wurden gegen den ursprünglichen Willen des Vorstandes und auch Hammersteins wichtige Änderungen an dem Entwurf durchgesetzt¹⁾ und das ganze Programm gegen eine kleine Minorität angenommen; auch die mit den Änderungen nicht Einverständenen, sicher die Mehrheit der Abgeordneten, haben, um es mit dem Parteitag nicht zu verderben, bei der offenen Abstimmung dafür gestimmt, wobei 22 Reichstagsabgeordnete, Anhänger Helldorffs, durch eine besondere Erklärung ihren Standpunkt zu wahren suchten; sie wollten in ziemlich willkürlicher Interpretation das Tivoliprogramm nur als Erläuterung des Programms von 1876 aufgefaßt wissen, zwischen beiden sollte eigentlich kein Unterschied bestehen. Im ganzen kam auf dem Parteitag gegenüber den Parlamentariern eine ziemlich oppositionelle Stimmung zum Ausdruck, vom Standpunkt des prinzipienfesten Parteimitglieds mißtraute man der realpolitischen Neigung der Abgeordneten zu Kompromissen²⁾. Eine große und aktive Gruppe der Parteianhänger hat sich so gegen den größten Teil der bisherigen Parteiführung durchgesetzt, mit dem Programm die Agitationsgrundlage der Partei in den nächsten Jahren geformt und einen wenn auch episodischen Einfluß auf ihre Richtung genommen. Die Niederlage Helldorffs und der Gouvernentalen war hier endgültig besiegelt. Dagegen war die Richtung des Vorstandes durch den Parteitag nicht in dem dort herrschenden sozial- oder volkonservativen Sinn modifiziert worden; die Forderungen nach politischer Initiative und stärkerer Heranziehung nichtadliger konservativer Abgeordneter, die der Parteitag erhoben hatte, wurden von der Parteileitung nicht realisiert³⁾. Die Sieger über den Gouvernentalismus, die Hochkonservativen und die Christlich-Sozialen unterlagen selbst binnen kurzem der neuen tragenden Macht in der Partei, den Agrariern.

Die späteren Parteitage der Konservativen sind von der Parteileitung nach den Erfahrungen des Tivolitages viel stärker arrangiert worden, sie verliefen demgemäß ganz anders; sie wurden ungefährlich und einflußlos. Es wurde neben den Abgeordneten nur ein kleiner Kreis von Delegierten zugezogen, direkt oder durch Verteilung von Eintrittskarten ausgewählt, die Öffentlichkeit beschränkt, die Tagesordnung vom Vorstand festgesetzt. Vorschläge aus der Partei wurden nur in Erwägung gezogen, die zur Verfügung stehende Zeit war sehr begrenzt. Diskussionen und Initiativen aus der Versammlung gab es kaum mehr, einige Einzelgänger betonten jeweils eine bestimmte Linie, etwa das christlich-soziale, volkonservative oder das antisemitische Element und gaben Anregungen in

¹⁾ Auf Betreiben von Leuß und Gerlach wurde mit Hilfe Stöckers ein Passus über den Einsatz staatlicher Machtmittel gegen die Sozialisten gestrichen, nachdem eine christlich-soziale Deputation das schon vorher bei dem Vorsitzenden v. Manteuffel mit starkem Druck erreicht hatte; zugleich wurde das Programm im antisemitischen Sinn verschärft; W. Frank, S. 234; Heffter, S. 232.

²⁾ So Klasing, vgl. W. Frank, S. 232.

³⁾ W. Frank, S. 239, ein Brief des Vorstandsmitglieds v. Durant an den Redakteur Lange vom 1. April 1893, der sich darüber beklagt.

dieser Hinsicht an die Fraktion und die Parteigenossen im Lande oder forderten eine antiliberale Stichwahlpolitik, aber solche Bemerkungen blieben folgenlos, kaum jemand ging darauf ein, und wenn, dann wurden sie im Sinne des Vorstands abgewiesen. Spannungen — etwa mit dem Bund der Landwirte — kamen nur in Nuancierungen zum Ausdruck. 1906 wurde über eine Neufassung des Programms gesprochen, zu der städtische Vertreter eine Reihe von Anträgen einbrachten, der Vorstand konnte zwar ausnahmsweise nicht durchsetzen, daß diese abgelehnt wurden, aber er verhinderte die Bildung einer Programmkommission aus Landesvertretern und ließ sich alles überweisen und die Sache dann auf sich beruhen. Im ganzen dienten Referate, Verhandlungen und einstimmige Annahme von Vorstandsresolutionen, die höchstens mit Billigung des Vorstands ergänzt wurden oder deren Redaktion ihm generell überlassen wurde, wesentlich der Demonstration der Einigkeit und Abwehr gegnerischer Angriffe, gerade 1909 z. B. betonte man gegen die kurz zu Wort kommende städtische Opposition die Einheit der Partei, indem Befürworter der Erbschaftssteuer die entgegengesetzte Politik der Fraktion verteidigten und den Vorwurf agrarischer Einseitigkeit zurückwiesen. Im übrigen wurden die Parteitage als Appelle benutzt, bei denen organisatorische und taktische Forderungen den Delegierten besonders eingeschärft wurden¹⁾.

Auch nach der faktischen Ausschaltung der Parteitage konnte die Partei im Lande, soweit es sich um die provinziell organisierten Führungsgruppen handelte, noch einen gewissen Einfluß auf die Zentrale durch die Wahlen zu den Ausschüssen und durch ihre Vertreter in diesen ausüben. Dieses satzungsmäßige Recht hatte anfangs auch einige reale Bedeutung; so haben die Berliner — der sogenannte konservative Parteirat — trotz der Abneigung der Parlamentarier Stöcker in den weiteren Vorstand gewählt, und der Führer der rheinisch-westfälischen Konservativen, Dr. Burckhardt, hat nachträglich noch erreicht, daß Stöcker als Vertreter der Christlich-Sozialen in den 11er-Ausschuß kam²⁾. Der westfälische Vertreter im 11er-Ausschuß Klasing, ein bürgerlicher Nachfolger v. d. Recks, hat Ende 1895 im Auftrag der westfälischen Parteiführer die Frage nach Stöckers Verhältnis zu der Zeitung „Das Volk“ vorgebracht, mit der Absicht, die Spannung zwischen Stöcker und der agrarisch-feudalen Parteimehrheit

¹⁾ Der Delegiertentag 1896 war nur von ca. 60 bis 70 Personen besucht, dabei waren die Vertreter der landschaftlichen Organisationen vom Vorstand ernannt, die Resolutionen richteten sich im Gegensatz zu 1892 scharf gegen die Sozialdemokraten, Nat. lib. Handbuch, S. 447; Dt. Tgztg., 6. November 1896; bei der Ankündigung der Delegiertenversammlung 1906 hieß es, der 11er-Ausschuß werde Vorschläge zur Tagesordnung „in Erwägung“ ziehen, ebd., 29. Mai 1906; bei der Programmfrage hielt der Vorstand an einer Unterscheidung zwischen dem zu Änderungen legitimierten allgemeinen Parteitag und dem üblichen Delegiertentag fest; Die Zeit, 26. März 1898; Dt. Tgztg., 26./27. März 1903, 1. Dezember 1906; Welt am Montag, 13. Dezember 1909, und die Parteitagsprotokolle von 1898, 1903, 1906, 1909; über einen Delegiertentag 1907, NL Kapp.

²⁾ W. Frank, S. 240.

auszugleichen und eine Vertrauenskundgebung für Stöcker zu erzielen¹⁾. Diese Absicht mißlang, und Klasing wurde in die Rolle eines Führers der Anti-Stöcker-Gruppe hineingedrängt. Die Verhandlungen und die Abstimmung, bei der mit 9:2 Stimmen von Stöcker eine scharfe Erklärung gegen „Das Volk“ gefordert wurde, führten zu dessen Ausscheiden aus der Partei. Die Mehrheit hatte ihn zunächst nur aus dem 11er-Ausschuß herausdrängen, also kaltstellen wollen, um so eine Sezession zu vermeiden; das aber hatte er von vornherein abgelehnt, weil er sich über die Bedeutung der Zugehörigkeit zum 11er-Ausschuß für seinen realen Einfluß wie für sein Prestige ebenso klar war wie seine Gegner. Eine Provinzialorganisation konnte also im Führungsausschuß eine Initiative ergreifen, aber die Aussicht, sie zu realisieren, war in diesem aus mehrfachen indirekten Wahlen hervorgegangenen und von Abgeordneten und älteren Politikern beherrschten Gremium sehr begrenzt.

Die politische Funktion des 11er- oder 12er-Ausschusses ist im Falle Stöcker deutlich. Die Abkehr von der sozial-konservativen Richtung wurde, nachdem die Partei auf der agrarischen Massenbewegung basiert war, hier endgültig vollzogen. Auch sonst traf dieser Ausschuß außerhalb der Fraktionen in politisch wichtigen, nichtparlamentarischen Fragen Entscheidungen. Da konservative Doppelmandate nicht häufig waren und da manche konservative Politiker mit großem Einfluß am Hof, in der Armee oder in der Verwaltung ohne Mandat waren²⁾, konnte dieser Ausschuß weiter die Funktion übernehmen, die verschiedenen Machtzentren der Partei zu koordinieren, solange jedenfalls der Parteiführer die Politik der Partei nicht einheitlich leitete. Wenn der Ausschuß auch gelegentlich unabhängig von der einen oder anderen Fraktionsmehrheit handelte, so blieb der enge Zusammenhang mit den Fraktionen doch immer gewahrt, schon deshalb, weil er zum größeren Teil aus den führenden Abgeordneten bestand³⁾. Er erließ die Wahlaufrufe, in denen die Richtung von Agitation und Wahlkampf festgelegt wurde. Er legte in kritischen Situationen durch politisch gewichtige Erklärungen die Meinung der Partei fest; so ermächtigte er im März 1890 Limburg-Stirum ausdrücklich, im Landtag dem Zentrum eine Absage zu

¹⁾ Der westfälische Vorstand der Konservativen hatte im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Scheiterhaufenbriefes in einer Resolution gewünscht, der 11er-Ausschuß möge die untrennbare Einigkeit mit Stöcker bekunden, dieser Antrag wurde abgelehnt, W. Frank, S. 265 f.; Hoener, S. 99 ff.

²⁾ Wie der in Fragen der Personalpolitik höchst einflußreiche Haupttrittschafsdirektor Leopold v. Buch, der lange Mitglied des 12er-Ausschusses war; nach Heydebrand war Buch schon 1902 beim Zolltarif, als er noch nicht zum Ausschuß gehörte, und ebenso im Krieg dann der „Strippenzieher“ für eine Politik im Sinne Bülow's und Bethmann's, er war mit den Staatssekretären der Reichskanzlei Loebell und Wahnschaffe befreundet; Wangenheim an Roesicke, 3. Mai 1915, NL Wangenheim.

³⁾ Mitglieder 1903: v. Manteuffel, v. Durant, v. Heydebrand, Irmer, Klasing, v. Kröcher, v. Limburg, v. Loebell, Mehnert, v. Mirbach, v. Normann, v. Schlieben; Dt. Tgztg., 17. März 1903; 1906: v. Manteuffel, v. Heydebrand, v. Limburg, v. Mirbach, v. Normann, Stackmann (geschäftsführendes Mitglied), Beutler, v. Buch, v. Erffa, Klasing, v. Kröcher, Mehnert, v. Pappenheim; die ersten 6 bildeten den 5er-Ausschuß, NL Kapp.

geben, was für die Bismarckkrise Bedeutung hatte¹⁾; so veranlaßte er im Falle Hammerstein 1895 das für die Kreuzzeitung zuständige Komitee, ihn von der Redaktion zu suspendieren²⁾; so gab er Anfang 1903 nach dem scharfen Konflikt extremer und gemäßigter Agrarier über den Zolltarif eine versöhnliche Erklärung über das Verhältnis der Partei zum Bund der Landwirte ab³⁾. So erließ er am 5. November 1908 eine gegenüber dem Kaiser sehr kritische Verlautbarung zur Daily-Telegraph-Affäre, die Bülow's Haltung in der Reichstagsdebatte mit motiviert hat⁴⁾, so endlich erklärte er im Februar 1911 — mit der ausnahmsweise eingeholten Zustimmung des großen Ausschusses — den energischen Kampf gegen die Nationalliberalen, die man auch gegen die SPD nicht mehr unbedingt unterstützen wollte, und verschärfte dadurch den Parteienkampf im Sinne der von Heydebrand inaugurierten Katastrophenpolitik⁵⁾. Bei Schwierigkeiten zwischen einer Fraktionsmehrheit und einer Minderheit oder der Meinung des Landes konnte er das Verhalten der Fraktion oder ihrer Mehrheit decken und ihr größeres Gewicht verleihen⁶⁾. Nach außen war seine Position unangreifbar; nachdem er die Zusammensetzung des großen Ausschusses weitgehend in der Hand hatte, nachdem er also selbst die Körperschaft berief, die ihn — den 11er-Ausschuß — zu wählen hatte, war seine Kontinuität gesichert; er wurde durch Akklamation wiedergewählt, Neubesetzungen geschahen auf seinen Vorschlag. Damit war der direkte Einfluß der im weiteren Vorstand vertretenen Landesorganisation auf die Zentrale noch weiter zurückgegangen.

An der Spitze des weiteren wie des engeren Ausschusses stand der Parteivorsitzende. Seine Stellung war formal stark, faktisch kam es auf seine Person und seinen Einfluß bei den Fraktionen an. Denn obschon der Ausschuß außerhalb der Fraktionen stand, beruhte seine Stellung wesentlich auf seiner koordinierenden Funktion den Fraktionen gegenüber, damit auch auf diesen selbst. Ein Parteivorsitzender brauchte als Machtbasis eine führende Stellung in einer der beiden Fraktionen. Helldorff war als einer der tätigsten Initiatoren bei der Neugründung der Partei 1876 und seit 1879 als Vorsitzender der konservativen

¹⁾ Heffter, S. 213.

²⁾ Heffter, S. 248.

³⁾ Dt. Tgztg., 17. Januar 1903.

⁴⁾ NL Wangenheim; Westarp, S. 48.

⁵⁾ Koch, S. 80.

⁶⁾ So erklärte er sich beim Fleischbeschauengesetz für ein Kompromiß mit der Regierung, um die extrem agrarischen Mitglieder des Reichstags zum Anschluß an die Mehrheit zu bewegen. Proteste gegen diese autoritäre Entscheidung des Ausschusses und das Verlangen nach Einberufung des Gesamtvorstandes, der das Land gegen die Parlamentarier vertreten würde, das Verlangen, daß der Gesamtvorstand nicht „mundtot“ gemacht werde, blieben vereinzelt; aus der Provinzpresse zitiert in Dt. Tgztg., 19. und 23. April 1900. — Eine Erklärung des 11er-Ausschusses gegen eine Rede des Grafen Dönhoff, MdR, der die Fraktion wegen ihrer Oppositionspolitik gegenüber Caprivi angegriffen hatte, zwang diesen 1894 zum Austritt, s. Schlesische Ztg., 30. Dezember 1897, 19. Februar 1898. Die Mehrheit des Ausschusses konnte natürlich auch im Gegensatz zur Mehrheit der Reichstagsfraktion stehen, so 1910 beim Wertzuwachssteuergesetz, hier setzte sich die Fraktion durch, Westarp I, S. 125.

Reichstagsfraktion, die er im gouvernementalen Sinne, gestützt auf die wesentlich agrarisch orientierte Mittelgruppe führte, Vorsitzender der Gesamtpartei gewesen; aber er verlor diese Stellung, nachdem ihn die konservative Fraktion des Herrenhauses unter Führung Kleist-Retzows wegen seiner öffentlichen Stellungnahme gegen den Minister Zedlitz ausgeschlossen und die des Abgeordnetenhauses unter Rauchhaupt und Limburg-Stirum seinen Rücktritt von der Parteiführung gefordert hatte, und die Stimmung im Lande gegen ihn war¹⁾. Daß er seine Stellung im Reichstag und im Vorstand noch eine, wenn auch kurze Zeitlang halten konnte, zeigt die mögliche Spannung zwischen Landtags- und Reichstagsfraktion²⁾. Sein Nachfolger v. Manteuffel, bis 1896 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, später auch im Herrenhaus führend, hat dieses Amt trotz seines Ausscheidens aus dem Reichstag (1903) bis 1911 innegehabt. Er führte die Partei zunächst stark unter dem Einfluß Hammersteins, dann mehr als primus inter pares³⁾; nach seinem Ausscheiden aus dem Reichstag war er wenig tätig und eigentlich nurmehr Repräsentant der Partei. Deren Führung übernahm faktisch — und auch im Bewußtsein der Partei und der Öffentlichkeit — Heydebrand, der 1902 in den 11er-Ausschuß kam und 1906 Vorsitzender der Landtagsfraktion wurde. Als Manteuffel wegen seines Alters zurücktrat, lag die eigentliche Entscheidung über seinen Nachfolger bei Heydebrand; er wünschte eine „Exzellenz mit Hof- und Armeebeziehungen“⁴⁾; das Amt des Vorsitzenden war für den tatsächlichen Führer nicht notwendig, es konnte als Ehrenstellung und als Mittel zu politischen Zwecken benutzt werden. Eine für 1911/12 interimistisch festgelegte kollegiale Führung⁵⁾, ebenso wie die seit 1903 bestehende Geschäftsführung durch den 5er-Ausschuß waren nur Schein, in Wirklichkeit war allein v. Heydebrand — inzwischen doch auch formal Vorsitzender der Gesamtpartei — der Führer⁶⁾.

Nur für technische Angelegenheiten der Organisation, der Finanzen und der Presse wurden innerhalb des Vorstands, als im letzten Jahrzehnt vor dem Welt-

¹⁾ Nach dem Vorgehen der Landtagsfraktionen im April wurde er am 27. Mai 1892 nicht mehr zum Vorsitzenden des 11er-Ausschusses und im Herbst nicht mehr zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion gewählt, W. Frank, S. 230; Heffter, S. 227 ff. Helldorff hatte geglaubt, „die konservative Partei gegen den Willen ihrer überwältigenden Mehrheit führen zu können“ und scheiterte damit, Limburg-Stirum, Aus der konservativen Politik der Jahre 1890 bis 1905, S. 6.

²⁾ 1891 gaben beide Fraktionen entgegengesetzte Erklärungen über die Politik des Kreuzzeitungs- und des Helldorffflügels ab, Heffter, S. 226. Kurz darauf kaufte Hammerstein Helldorffs Zeitung, so daß ihm seine journalistische Basis entzogen war.

³⁾ Insbesondere gegenüber den Fraktionsführern Limburg-Stirum und Lovetzow (seit 1896 Führer der Reichstagsfraktion). Er akzeptierte gern jede Ehrenstelle, verwandte aber wenig Arbeit auf sie, Mskr. Roedern.

⁴⁾ Westarp, S. 396.

⁵⁾ Diese Entscheidung wurde vom 12er-Ausschuß getroffen, ein weiteres Zeichen dafür, wie sehr die Existenz des sogenannten weiteren Vorstandes eine bloße Form geworden war.

⁶⁾ Westarp, S. 396; der 5er-Ausschuß ist politisch von geringer Bedeutung gewesen, v. Heydebrand benutzte seine Existenz nur, um für Ehrgeizige Gunstbeweise in Reserve zu haben; Westarp ist als Vorsitzender der Reichstagsfraktion nicht Mitglied des Ausschusses gewesen.

krieg Organisationsfragen an Dringlichkeit gewannen, besondere Kommissionen gebildet. Das Zentralbüro wurde ausgebaut und mit angestellten Generalsekretären besetzt; es unterstützte durch Korrespondenz, Flugblätter und Rednervermittlung im wesentlichen die Agitation der Partei im Lande. Eine Parteibürokratie hat sich nicht ausgebildet, die Generalsekretäre hatten politisch keinen nennenswerten Einfluß¹⁾.

Innerhalb der Fraktionen war die Stellung der Vorsitzenden an sich unabhängig und formal sehr stark; im Reichstag bestimmten sie allein die Kommissionsmitglieder und die Redner im Plenum²⁾. Faktisch stellten im Reichstag z. B. Manteuffel, Levetzow und Normann eher vermittelnde Repräsentanten der Fraktion dar, die auch starken Angriffen ausgesetzt waren. Im Landtag gab es einen mehrköpfigen Fraktionsvorstand, um dessen Besetzung zeitweise Richtungsstreitigkeiten entstanden, die Reichstagsfraktion wurde von einem kleinen informellen Führungskreis geleitet³⁾, nach seinem Eintritt in den Reichstag hatte auch hier Heydebrand den maßgebenden Einfluß. Der nominelle Fraktionsvorsitzende v. Normann war kein eigentlicher Führer und konnte nichts gegen Heydebrand unternehmen⁴⁾; nach seinem Tod betrieb Heydebrand die Wahl Westarps zu dessen Nachfolger und setzte sie durch⁵⁾. Westarp hat dann auch die Fraktion durchaus in Zusammenarbeit und in Abhängigkeit von Heydebrand geführt.

Die nicht durchweg festgelegte Stellung der Führer in Fraktion und Partei beruhte z. T. darauf, daß ein Teil der konservativen Abgeordneten die Politik mehr nebenbei betrieb, ihr Machtsinn sich nicht unbedingt auf eine führende Stellung im Parlament richtete⁶⁾; so fiel die Führung starken Persönlichkeiten, die Zeit und Arbeit für die politischen Dinge aufwandten und sich nicht als Außenseiter von der Meinung der Parteimehrheit zu sehr entfernten, leicht von selbst zu. Der Aufstieg Westarps vom Eintritt in den Reichstag zur Fraktionsführung, der trotz der gerade bei den Konservativen herrschenden Anciennitäts-

¹⁾ Generalsekretäre: 1881—1902 v. Seckendorff, Berl. Börs. Cour., 16. August 1881; von 1902 bis 1905 Strosser, der zurücktreten mußte, weil er als Landtagsabgeordneter für die 2. Kanalvorlage eingetreten war, Dt. Tgztg., 25. Juli 1902; Akten d. Reichskanzlei 1391/5. Seitdem leitete das Büro das geschäftsführende Ausschußmitglied Stackmann und der Generalsekretär Schröter; darüber und über die Arbeit des Büros NL Kapp.

²⁾ Westarp, S. 188.

³⁾ Im Landtag lag die Führung in den 80er und 90er Jahren z. B. bei Rauchhaupt, Hammerstein und Limburg-Stürum; im Reichstag bei Manteuffel, Mirbach, Puttkamer-Plauth, Levetzow, Kanitz und Minnigerode; v. Heydebrand, Beiträge, S. 499 ff.; nach 1907 gehörten im Reichstag zur Führungsgruppe der Fraktionsvorsitzende v. Normann, Roesicke, v. Heydebrand und v. Richthofen; Westarp, S. 81.

⁴⁾ Normann mußte wohl oder übel bei der Finanzreform 1909 Heydebrand folgen — so nach Mitteilung von Loebell an Bassermann, Eschenburg, S. 216.

⁵⁾ In Rücksicht auf die Anciennität war Westarp bis 1913 nur stellvertretender Vorsitzender neben Kanitz, aber er führte die eigentlichen Geschäfte, Westarp, S. 191 ff.

⁶⁾ Sie war im Reichstag „nur mit wenig hervorragenden Köpfen“ vertreten, die Abgeordneten hatten z. T. „zu geringes Interesse“ an der parlamentarischen Tätigkeit, Mskr. Roedern.

rücksichten innerhalb weniger Jahre (1907 bis 1912) vor sich ging, zeigt das sehr deutlich.

Zu diesem lockeren, auf Personen beruhenden Fraktionsbetrieb gehörte, daß die Konservativen im Reichstag kein Büro und keine Hilfskräfte hatten. Das Zentralbüro war trotz Archiv und Bibliothek nur für die Agitation im Lande zuständig, ein Geschäftsführer der konservativen Landtagsfraktion — in den Jahren vor 1914 der Abgeordnete v. Pappenheim — hatte mehr technische Aufgaben innerhalb des Fraktionsbetriebes. Die Abgeordneten konnten und mußten sich daher, bei gesetzgeberischen Initiativen etwa, auf die Zentralverwaltung des Bundes der Landwirte und deren zahlreiche Hilfskräfte stützen¹⁾.

Über besondere Mittel zur Herstellung der Fraktionsdisziplin verfügte der Fraktionsvorstand nicht; bei bedeutenden Abweichungen oder bei provokativem Auftreten gegen die Mehrheit legte man dem Betreffenden den Austritt nahe, ohne daß bei Nichtbeachtung solcher Anregungen Konsequenzen gezogen wurden²⁾. Große Spannungen und häufige Differenzen bei den Abstimmungen, wie sie anfangs aus dem Gegensatz zwischen Gouvernementalen und Hochkonservativen, zwischen Zentrumsfreunden und Zentrumsfeinden entsprangen, später vor allem aus dem Gegensatz zwischen extremen und gemäßigten Agrariern³⁾, haben die konservativen Fraktionen ertragen, ohne daß auf die Dauer ihr Zusammenhalt gelitten hätte⁴⁾.

Die Funktion der Parteiorganisation, einen wechselseitigen Austausch zwischen Führung und Anhängern zu vermitteln, ist in der konservativen Partei nur schwach ausgebildet gewesen. Zentrale und Fraktion waren von den Bewegungen der Partei im Lande relativ unabhängig, das Autoritätsprinzip der

¹⁾ Westarp, S. 188.

²⁾ So legte 1902 nach dem Streit um die Annahme des Zolltarifs die Fraktion Wangenheim und Oertel, die die Fraktionsmehrheit öffentlich außerordentlich scharf angegriffen hatten, den Austritt nahe, wollte sie aber nicht ausschließen, NL Bachem; NL Wangenheim; da sie nicht austraten, machte man nach einiger Zeit wieder Friede. — Dagegen wurden die Befürworter des rumänischen und russischen Handelsvertrages aus der Fraktion gedrängt, darunter Dönhoff-Friedrichstein und der Prinz Hohenlohe-Oehringen, die dann viele Jahre fraktionslos blieben. Ebenso hatte Meyer-Arnswalde schon 1886 aus der Landtagsfraktion scheiden müssen, da er für die Polen eingetreten war, Heffter, S. 10. 1909 schied Prinz Hohenlohe-Langenburg wegen seiner abweichenden Abstimmung in der Frage der Erbschaftssteuer aus der Fraktion, seine 5 Parteigänger aber gehörten ihr unangefochten weiter an.

³⁾ Über kirchenpolitische Gegensätze in der Landtagsfraktion in den 80er Jahren vgl. Heffter, S. 54, 91 ff.; wirtschaftspolitische Gegensätze z. B. beim Zolltarif 1902 und bei der Kanalvorlage 1905. 1906 beklagte auf dem Parteitag der Referent v. Richthofen, daß in sozialpolitischen Fragen die Fraktion fast immer geteilt stimme, Prot., S. 64. Bei der über das Schicksal Bülow's und des Blocks entscheidenden Abstimmung über die Finanzreform von 1909 stimmten 6 Abgeordnete im Gegensatz zur Fraktionsmehrheit.

⁴⁾ Abweichungen nach links, im christlich-sozialen Sinn, die grundsätzlich und nicht taktisch gemeint waren, führten mindestens zur Einflußlosigkeit in den Fraktionen, so bei den Abgeordneten Jacobskötter und Hüpeden; der letztere mußte zunächst seinen Sitz in der Kommission für das Umsturzgesetz aufgeben, 1895 schied er aus der Fraktion aus; W. Frank, S. 237, Braun, S. 30.

Konservativen hatte die institutionelle Regelung noch weiter verstärkt und gesichert; dem korrespondierte aber die Unabhängigkeit der Partei im Lande von der Zentrale in den Angelegenheiten, die lokal zu entscheiden waren, und die außerordentlich lockere Bindung zwischen den Elementen der Partei, die noch ausgeprägter war als bei den anderen durch Honoratiorenstruktur bestimmten Parteien. In den 90er Jahren konnten sich innerhalb der Partei noch besondere christlich-soziale und ähnliche Gruppen organisieren¹⁾, Ausschlußverfahren gegen widerspenstige Parteigenossen und -organisationen waren bis 1912 überhaupt nicht vorgesehen²⁾. Eine auch nur relative Zentralisierung der Organisation gab es nicht. Berichte und Informationen der Lokal- und Provinzialorgane an die Zentrale waren nicht üblich und konnten trotz häufiger Mahnungen nicht durchgesetzt werden³⁾. Weder die Fraktion noch die Parteizentrale — der 11er-Ausschuß und der Generalsekretär — noch auch der Parteivorsitzende hatten nennenswerten Einfluß auf die Wahlkreise. Heydebrand konnte keine Kandidaten, die im Fraktions- oder Parteiinteresse erwünscht waren, in den Wahlkreisen aufstellen lassen⁴⁾. Auch die in anderen Parteien geübte Praxis, durchgefallene Parteiführer bei Nachwahlen aufzustellen, war bei den Konservativen nicht durchzuführen⁵⁾, dazu war die Unabhängigkeit der Wahlkreisführer zu stark; die Verbundenheit des Kandidaten mit dem Kreis und örtliche Rücksichten gaben bei der Aufstellung den Ausschlag. Zentral angeregte Stichwahlparolen hatten nur eine relative Wirkung für die Wahlkreise. Deren Unabhängigkeit wurde endlich auch nicht durch die seit der Jahrhundertwende wichtiger werdende Finanzierung des Partei- und Wahlbetriebes beeinträchtigt. Wie erwähnt, finanzierten die Wahlkreise ihre Arbeit im allgemeinen selbst, die ständige und kostspielige Massenagitation war der Partei durch den Bund der Landwirte abgenommen, die der Partei 1912 erstmalig in größerem Umfang zur Verfügung stehenden Industriegelder gingen direkt an einzelne Wahlkreise. Die Zentrale wurde durch Beiträge der Fraktionsmitglieder und durch Mäzene — wie den schlesischen Magnaten Tiele-Winckler — erhalten⁶⁾, die Beiträge von Landesverbänden, zu denen diese seit 1902 nominell verpflichtet waren, fielen kaum ins Gewicht⁷⁾. Natürlich hat auch die Zentrale bei Wahlen — vor allem 1907 und 1912 — über erhebliche Geldmittel aus großen Spenden verfügt und sie in den

¹⁾ Heffter, S. 246 f., 258.

²⁾ Parteitagsprot. 1909, S. 4.

³⁾ Z. B. Delegiertentag 1907, NL Kapp.

⁴⁾ Westarp, S. 398; NL Wangenheim, Wangenheim an Roesicke, 6. August 1908; Parteitagsprot. 1909, S. 77: Klage darüber seitens der Parteileitung.

⁵⁾ Der Versuch der Fraktion, der Presse und führender westfälischer Konservativer, dem durchgefallenen badischen Konservativen v. Marshall bei einer Nachwahl in Minden die Kandidatur zu übertragen, scheiterte an den lokalen Rücksichten des dortigen Komitees, Königsb. Hart. Ztg., 29. November 1881; Hoener, S. 44.

⁶⁾ Westarp, S. 400.

⁷⁾ NL Kapp.

Wahlkreisen eingesetzt. Die Lage der Partei war aber damals wie die der Nationalliberalen so bedroht, daß die Zentrale es sich nicht leisten konnte, über die Wahlfinanzierung einen Druck auf die Wahlkreise auszuüben und damit innerparteiliche Spannungen zu riskieren.

Zusammenfassend läßt sich sagen: die Konservativen hatten keine Massenorganisation, die Macht lag bezüglich der Kandidatenaufstellung in den sehr unabhängigen Wahlkreisen, und zwar bei wenigen Führern. In den konservativen Inseln im Westen hatte diese Organisationsform stärker volkstümliche Grundlagen. Wegen der besonderen Stellung der Partei in Preußen lag die Führung nicht unmittelbar bei einer Fraktion, sondern bei einem kleinen Führungsausschuß, der die Politik der Fraktionen und der nicht-parlamentarischen Führer koordinierte. Dieser Kreis war, wie die Fraktionen, nach unten abgeschlossen; ob die faktische Führung bei einem einzelnen, bei einer Gruppe oder dem Ausschuß lag, war institutionell nicht festgelegt, es war eine Frage der Personen und der Machtverhältnisse. Eine von der Parteileitung abweichende Meinung der Anhänger konnte sich nur in einer Parteikrise und einem Moment der noch unfixierten Zentralorganisation zur Geltung bringen. Nach dieser Erfahrung hat die Parteileitung die zentrale Organisation so verfestigt und abgeschlossen, daß Leitung und Fraktionen weitgehend unabhängig von den Ansichten und Wünschen der Anhänger waren. Aber wegen der Unabhängigkeit der Wahlkreise bei der Kandidatenaufstellung kam auf die Dauer die Meinung der lokalen Führer in der Zusammensetzung der Fraktionen doch zum Ausdruck. Gegen den Willen ihrer führenden Anhänger konnte auch eine so autoritäre Parteileitung wie die konservative nicht handeln, sonst wurde sie — wie Helldorff — gestürzt; die Resonanz bei diesen Kreisen im Lande konnte sie nicht ganz außer acht lassen. Von einem solchen, schon nur indirekten Einfluß auf die Führung und Richtung der Partei kann dagegen bei den konservativen Massen nicht gesprochen werden. Dagegen gerieten Fraktion und Parteileitung unter den Druck der mit ihnen verbündeten außerparteilichen Massenorganisation, des Bundes der Landwirte, genauer unter den Druck seiner Führung und seiner Funktionäre.

VI. Das Zentrum

Wie die Konservativen sich auf die Autorität des Adels, den staatlichen Apparat und die agrarischen Verbände stützten und daher ohne eigene Massenorganisation auskommen konnten, so konnte sich das Zentrum auf die — im Kulturkampf noch stark angewachsene — Autorität des Klerus, die kirchliche Organisation und das ausgebreitete kirchliche Vereinswesen stützen. Die vielfältigen katholischen Vereine waren an sich unpolitisch, mit der Pflege der kirchlichen Gesinnung, mit Wohltätigkeit und Geselligkeit befaßt; sie prägten aber, häufig unter geistlicher Leitung, autoritativ die Meinung ihrer Mitglieder auch in Fragen des öffentlichen Lebens¹⁾. Darüber hinaus noch gab es seit dem Ende der 60er Jahre nicht an Sonderzwecke gebundene katholische Volks- oder Bürgervereine, die ihre Mitglieder in kirchen-, aber auch allgemeinpolitischen Fragen orientierten und etwa in Kommunalfragen besonders aktiv wurden²⁾. Im allgemeinen leisteten alle diese Vereine, zumal die Verbindung von kirchlichen und politischen Fragen im Kulturkampf selbstverständlich wurde, ganz von selbst die Agitation und die sonstige Wahlarbeit für die Zentrumskandidaten, wenn nicht — wie auf dem Lande — der persönliche Einfluß des Klerus genügte³⁾. Zugleich war die Tätigkeit in solchen Vereinen für einen Laien die notwendige Vorstufe dazu, eine Kandidatur zu erlangen. Von 1872 bis 1876 hat dann der große überlokale „Verein deutscher Katholiken“ in Mainz eine breit angelegte Agitation, vor allem in Volksversammlungen, zur Abwehr der staatlichen und liberalen Angriffe entfacht⁴⁾; er hat damit wesentlich zur Politisierung der Katholiken, zu ihrer Verbundenheit mit dem Zentrum beigetragen. Zudem ist in dieser Zeit die durchgebildete katholische Presse entstanden, die — im Unterschied von der liberalen Presse — den katholischen Volksteil durchaus im Sinne der Zentrumsparterie führte.

¹⁾ Diese Vereine waren durch die Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands, den Katholikentag, und seit 1868 durch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken zusammengeschlossen, s. u. S. 283.

²⁾ Für Köln: Neuer Bürgerverein (1867), später Katholischer Volksverein, J. Bachem, Erinnerungen, S. 41 ff. Aachen, Stolberg, Eupen und andere Orte des Bezirks, Schiffers, Kulturkampf, S. 33, 48, 147.

³⁾ Hertling z. B. benötigte für seine Wahl in Koblenz bis 1887 jeweils höchstens eine Versammlung, Erinnerungen I, S. 270 f., 313, II, S. 67. — Über die Vereine als Stützen des Zentrums während des Kulturkampfes vgl. die Darstellungen von Heitjan, Bellot, Schiffers, Mazura, Cardauns, J. Bachem. Windthorst z. B. verteidigte 1879 die Zollpolitik des Zentrums gegenüber Angriffen von Arbeiterseite im Aachener Piusverein, Bachem III, S. 397.

⁴⁾ Bachem III, S. 246; Kißling, Kulturkampf II, S. 311 ff.; Schiffers, S. 143 ff.; E. Ritter, S. 138 f. Der Verein hatte 1875 200 000 Mitglieder.

Die Auswahl der Kandidaten wurde durch kleine, sich selbst bildende Komitees von im katholischen Vereins- oder Versammlungsleben bewährten Honoratioren oder von Geistlichen vorgenommen; in den Städten entstanden diese Komitees oft aus geselligen Zirkeln, den speziell katholischen sogenannten Kasinos, auf dem Lande lag die Sache normalerweise in der Hand des Klerus und des Adels¹⁾. In Wahlkreisen, in denen das liberale Vorbild wirkte, hielt man bis in die 80er Jahre hinein auch Wählerversammlungen ab, meist kleine, aber offene Zusammenkünfte der interessierten Leute, die das Komitee oder seine Vorschläge bestätigten; in Großstädten wie München, wo — über das Maß des Partikularismus und der Opposition — interne Parteigegensätze bestanden, waren die Versammlungen stärker besucht und, da die Teilnehmer die Möglichkeit zu Vorschlägen hatten, lebhafter bewegt, aber auch hier blieben sie durchaus in der Hand der leitenden Komitees oder Vereinsvorstände²⁾. In der Kulturkampfzeit wurde auch der eine oder andere allgemeine katholische Verein zum direkten Wahlverein³⁾, oder es wurde ein solcher neu gegründet, oder der Vereinsvorstand übernahm einfach die Funktion des Komitees. Generell wurden in Schlesien angesichts des starken, demokratisch organisierten freisinnigen Vereinsbetriebes in den 70er Jahren Zentrumswahlvereine mit freier Mitgliederwerbung gegründet; aber ihre Existenz stand vielfach nur auf dem Papier, ein Einfluß der Mitglieder war schon statutenmäßig ausgeschlossen, da die Vorstände von oben ernannt und nur durch öffentliche Akklamation bestätigt wurden und allein die Kandidaten aufstell-

¹⁾ Für die bayerischen Landtagswahlen 1869, bei denen sich die Patriotenpartei aus bestehenden Vereinen, Kasinos etc. bildete und nur selten eigene Patriotenvereine gründete, Schieder, S. 198 ff. Die Konkurrenz um die Kandidaturen war nicht sehr stark, so daß es mehr darauf ankam, einen Kandidaten zu finden, als einen auszuwählen. Bachem erzählt, wie 1889 drei Krefelder nach Köln kamen, um nach einem Kandidaten „Ausschau zu halten“, mehrfache Ablehnungen erhielten und am Abend auf den relativ jungen Bachem verfielen und ihn zur Kandidatur überredeten, NL Bachem. Geistliche nominieren Kandidaten, z. B. in Saarburg 1871, Bellot, S. 125; in Schweinfurt, Allg. Ztg., 6. Januar 1874; 1887 im Wahlkreis Blaubeuren, Cardauns, Gröber, S. 32 f.; ad hoc sich bildende Komitees oder Leitung der Wahlangelegenheiten durch wenige Leute: z. B. Saarburg 1873, Heitjan, S. 50; 1881 (mit Wählerversammlung), Ottweiler 1881, Bellot, S. 154, 160; auf einer gleichzeitigen Tagung des rheinischen Zentrums waren die Saarwahlkreise nicht vertreten, da sie keine feste Organisation hatten. Koblenz, Hertling I, S. 270; Meppen, ebd. II, S. 142 (Anfang der 90er Jahre). Über Kasinos, E. Ritter, S. 70.

²⁾ Die von Sigl beeinflusste bayerisch-radikale Opposition in München beklagte sich über den vom Kasino etablierten Neuen Katholischen Wahlverein und seine Wählerversammlungen, über den dort herrschenden „Terrorismus Einzelner“ und das „Klubwesen“. Indem das Komitee seine Vorschläge durch Anhänger aus der Versammlung vorbringen lasse, die Rednerliste und Redezeit geschickt manipulierte und mit ähnlichen Mitteln etwaige Gegner isolierte, mache es die Wählerversammlung zur Farce, Allg. Ztg., 17. Oktober 1883.

³⁾ Aachen: Schiffers, S. 126, der Verein hatte 1875 ca. 360 Mitglieder; in München befaßte sich die Kasinogesellschaft, eine Reihe von ihr etablierter Vereine und der oppositionelle Katholische Volksverein mit den Wahlen; die Opposition hatte keinen Erfolg; maßgebend blieb die Kasinogesellschaft, in der es freilich weiterhin starke Spannungen zwischen dem gemäßigten Vorstand, Graf Preysing, und der extremen Gruppe gab; Allg. Ztg., 10. Januar 1874, 5. Mai 1876; Voss. Ztg., 1. September 1876; Allg. Ztg., 17. Oktober 1883; Hertling II, S. 122. Dortmund: Volksverein 1884, Norddt. Allg. Ztg., 6. Februar 1884.

ten¹⁾. Seit den 90er Jahren spielten in den Statuten²⁾ solche Wahlvereine mit freier Mitgliedschaft keine Rolle mehr, offenbar haben sie nur noch ganz vereinzelt, wie in Breslau, bestanden³⁾. Auch sonst sind die direkten Parteivereine wie die mit ihnen verbundenen vornehmlich politischen Vereine vielfach eingegangen, oder sie haben ihre Funktion bei der Vorbereitung der Wahlen verloren. Von Ausnahmen abgesehen hatten sie in den Kerngebieten der Partei keine besondere Bedeutung mehr.

Nur wo das Zentrum ausgesprochen Minorität war, wie in Berlin, war die Organisation in Vereinen mit freier Mitgliedschaft die Regel. Diese Organisation war nicht aus vorhandenen Gruppen gewachsen, sondern gegründet, daher empfahl sich, zumal eine klare Honoratiorenschicht fehlte, die rationale Form der Vereinsbildung. Zudem kam es nur darauf an, die Anhänger zu sammeln; politische Entscheidungen über Kandidaten, die Aussicht hatten, Abgeordnete zu werden, wurden nicht getroffen. So konnte keine Führungsgruppe einen realen Einfluß der Mitgliedschaft besorgen⁴⁾.

In den eigentlichen Zentrumswahlkreisen bestand also die Organisation der Partei in den Komitees⁵⁾; da die Agitation von den während des Kulturkampfes geschlossen auftretenden katholischen Vereinen getragen wurde, war ihre wesentliche Funktion nur das Aufstellen der Kandidaten. Im allgemeinen traten sie schon in den 70er Jahren als faktisch geschlossene, sich selbst ergänzende Körperschaften zusammen, ohne aber zwischen den Wahlen irgendwelche Aktivität zu entfalten⁶⁾. In Großstädten mindestens wurde daneben ein Vertrauensmännersystem eingerichtet, das aber nur als Hilfs- und Agitationsinstrument diente⁷⁾. Bei der informellen Zusammensetzung der Komitees, den sozialen und — in Oberschlesien — nationalen Gegensätzen innerhalb der Partei war gerade in sicheren Wahlkreisen eine Opposition gegen das Komitee möglich,

¹⁾ Mazura, Katholizismus in Schlesien, S. 92. Eine Ausnahme bildete Breslau, dort wurde 1879 ein Volksverein zum Verein der Zentrumsparlei umgewandelt, ein — wohl ernannter — Vorstand von 150 Mitgliedern wählte einen 41köpfigen geschäftsführenden Ausschuß.

²⁾ Germania, 23. Oktober 1894, 18. Oktober 1911.

³⁾ Der dortige Zentrumsverein warb um Eintrittserklärungen, Schles. Volksztg., 25. Oktober 1901.

⁴⁾ Satzung der Zentrumsparlei von Berlin und der Provinz Brandenburg (1907), NL Bachem. Die Vorstandswahlen waren geheim, die Aufgaben der Organisation wurden nur in der Ausführung von oben ergehender Direktiven gesehen, in Schulung und Agitation. Erst 1909 wird von Wünschen und Anträgen an die Fraktion gesprochen; diese wurden aber nur mit Zustimmung der Provinzialleitung weitergegeben. — Schon 1878 hatte das Zentrum in Berlin Vereine, Voss. Ztg., 22. Februar 1878.

⁵⁾ Meist in den landrätlichen Kreisen, bei den Wahlen traten sie für den Wahlkreis zusammen; dabei kamen gelegentlich Spannungen, besonders zwischen Stadt- und Landkreisen, vor; z. B. im Landtagswahlkreis Bonn, Kreuzztg., 29. September 1887.

⁶⁾ So sicher im Rheinland, in Westfalen, in Schlesien. In Baden gab es noch 1887 keine feste Organisation für den Wahlbetrieb, Bachem IV, S. 414; ebenso in Württemberg, vgl. Cardauns, Gröber, S. 32 f., u. S. 274.

⁷⁾ So in Köln; der Zustand der Organisation war „patriarchalisch“, Cardauns, Trimborn, S. 92.

das vielfach gegliederte Vereinswesen oder die Presse boten im allgemeinen genügend Kristallisationspunkte. In solchen Fällen stellten bestimmte Gruppen Forderungen an das Komitee, die es bei der Nominierung berücksichtigen sollte, und bei deren Ablehnung oder bei einer Brüskierung der Antragsteller konstituierte die Opposition gelegentlich ein Gegenkomitee und stellte einen Gegenkandidaten auf. Die bisher bestehenden Komitees entwickelten dagegen ein eigentümliches, meist nur durch ihr Vorhandensein gerechtfertigtes Legitimitätsbewußtsein, demgemäß sie sich als das einzig legitime oder legale Komitee, ihren Kandidaten als den einzig offiziellen Kandidaten der Zentrumspartei bezeichneten. Die oberen Instanzen wollten zwar den Anhängern eines anderen Kandidaten nicht die „Zentrumsqualität“ absprechen, aber von den Unterorganisationen wurden sie doch als Abtrünnige und Verräter bekämpft¹⁾. Immerhin blieben solche Zwistigkeiten zunächst noch seltene Ausnahmen²⁾.

Mit dem Abklingen des Kulturkampfes wurde der Zusammenhalt der alle Klassen und Stände umfassenden Zentrumsanhänger lockerer. Politische und wirtschaftliche Differenzen gewannen auch hier an Gewicht und die bis dahin aus der Abwehrsituation geforderte Einheitlichkeit und Unterordnung lief Gefahr nachzulassen. Die durch das staatliche Vorgehen nicht mehr provozierte katholisch-politische Agitation der Vereine ging zurück³⁾, die Partei wurde stärker auf sich selbst verwiesen. In dieser Situation kam es darauf an, eine Organisation zu schaffen, die gegenüber den Wählern über eine möglichst unanfechtbare Legitimation verfügte und die Integration der divergierenden Interessen leisten konnte⁴⁾. Außerdem mußte die Organisation kontinuierlicher und aktiver werden, sie sollte zu schnellen und einheitlichen Aktionen, etwa bei Reichstagsauflösungen, in der Lage sein⁵⁾, und gegenüber der Sozialdemokratie und den agrarischen

¹⁾ Diese Termini kehren bei fast allen Oppositionsversuchen und Doppelkandidaturen wieder; 1874 und 1877 stellten christlich-soziale Arbeitervereine, nachdem ihre Wünsche 1871 und 1873 abgewiesen worden waren, in Aachen Gegenkandidaten (und zwar Geistliche) auf, sie kamen nicht durch, Schiffers, S. 151 ff.; E. Ritter, S. 68, 73 ff.; in Essen wurde nach ähnlichem Streit 1877 ein Zentrumsarbeiter gegen den offiziellen Kandidaten gewählt, Bachem III, S. 109; weiter z. B. Voss. Ztg., 31. März 1896; Germania, 15. Juni 1898; Der Westfale, 10. und 21. Juni 1898 — dort wird auch von der notwendigen offiziellen „Approbation“ für jeden Kandidaten gesprochen —; Germania, 21. Mai 1903: ein anderes Komitee hat keine „offizielle Partei-Autorität“; Freis. Ztg., 28. Mai 1903. „Zentrumsqualität“, so der westfälische Provinzialvorsitzende, Dt. Tgztg., 8. Juni 1898.

²⁾ Vgl. u. S. 278 ff.

³⁾ Vgl. Cardauns, Trimborn, S. 92.

⁴⁾ Nach einem Rundschreiben des Vorsitzenden des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei von 1894, NL Bachem, entbehrten die Komitees „der breiten Unterlage, welche erforderlich ist, um dem Komitee die allseitige Anerkennung als legale Vertretung der gesamten Zentrumswählerschaft zu sichern“.

⁵⁾ So heißt es in einem Flugblatt der rheinischen Parteileitung 1905, die Zentrumsorganisation müsse ein „Apparat“ sein, der „in jedem Augenblick in Bewegung gesetzt werden kann“. — Der Vorsitzende des rheinischen Zentrums, Trimborn, bezeichnete in einem Brief an Bachem vom 1. Februar 1894 die Organisation in den meisten Wahlkreisen wegen der fehlenden Kontinuität als „oberfaul“, NL Bachem.

Sezessionisten sollte sie selbst die Politik der Partei vor den Wählern auch politisch, nicht nur konfessionell, rechtfertigen können.

Diese Aufgaben einer Reorganisation — die bessere Legitimierung, die Integration der Interessen und die Aktivierung — wurden nicht durch Demokratisierung, durch Vereinsbildung oder Wahl der Komitees, gelöst; einerseits wollte die Honoratiorenführung ein solches Risiko nicht eingehen, andererseits wollte man dem Charakter der Sammelpartei entsprechend verhindern, daß eine Majorität eine Minderheit zur Sezession veranlaßte. Man versuchte vielmehr, von oben nach unten die repräsentative Funktion eines Komitees zu erweitern, indem Vertreter aller Schichten zugezogen wurden. Der im ständisch-sozialen Sinn repräsentative Charakter des Komitees sollte es legitimieren. Auch bei anders legitimierten Komitees, den aus örtlicher älterer Praxis noch überkommenen Vorständen einzelner Wahlvereine, den durch Volksversammlungen oder „Vertrauensmänner“ gewählten Komitees, sollte durch Recht und Praxis der Kooptation die ständische Repräsentanz gesichert werden¹⁾.

Am frühesten und exemplarisch ist diese Umorganisation im Rheinland durchgeführt worden²⁾, fast alle anderen Organisationen haben sich mit der Zeit danach orientiert. Da auch in dem kleinen Bereich eines Wahlkreises eine proportionale Vertretung von Klassen und Ständen ein unlösbares Problem war, zumal das ständische Prinzip sich mit anderen Parteiinteressen kreuzte, handelte es sich zunächst mehr um eine optische Reorganisation, die dem Prestigebedürfnis mancher Schichten entgegenkommen, die Aktivität manches Anhängers aufnehmen, etwaige Oppositionsneigungen abfangen sollte, ohne an der bestehenden Machtverteilung direkt viel zu ändern. Diese wurde dadurch stabilisiert, daß ein gut Teil des Komitees aus sogenannten geborenen Mitgliedern, Pfarrern, ehemaligen Abgeordneten, Vertretern der Zentrumsprelle und bestimmter allgemein-katholischer Vereine, bestand, von denen ein Eintreten für die Gesichtspunkte der Führung — Herrschaft der Fraktion und Disziplin — erwartet werden konnte.

Die Erweiterung der Komitees war diesen selbst überlassen; zum Teil kam sie durch Kooptation zustande, zum Teil durch Übereinkunft mit den Vereinen und den Pfarrgemeinden, d. h. mit den Pfarrern und den Laienvertretungen³⁾. Im all-

¹⁾ Das erwähnte Rundschreiben verlangt in diesen Fällen, daß im Komitee oder „im Vorstand . . . alle Kreise unserer Wähler, welche ein natürliches Recht darauf haben, berücksichtigt zu werden, vertreten sind“, damit der „Anspruch, die gesamte Zentrumswählerschaft zu vertreten, ohne Haarspalterei und Übelwollen nicht bestritten werden kann“. Ähnlich die Grundsätze für die Parteiorganisation vom 31. Oktober 1902 mit einem Normalstatut, NL Bachem.

²⁾ Material im NL Bachem; vgl. Cardauns, Trimborn, S. 92 f. Tr. war als Provinzialvorsitzender maßgebend für die Reorganisation.

³⁾ Ein Vorschlag der rheinischen Parteileitung von 1905, die Komiteebildung in Wählerversammlungen vorzunehmen, hat offenbar keine große Wirkung gehabt. Man wollte mit solchen arrangierten Versammlungen die Wähler aktivieren, die Komitees stärker legitimieren, ohne an der bestehenden Einflußverteilung etwas zu ändern. „Wenn man nur einigermaßen geschickt . . . zu Werke geht, werden nicht leicht . . . Unannehmlichkeiten“ eintreten, NL Bachem.

gemeinen hatte keine Berufsgruppe eine Mehrheit, so daß sich bei den häufigen wirtschafts- und sozialpolitisch motivierten Konflikten über die Berufsstellung der Kandidaten die Führung mit Hilfe des Klerus und einiger Gruppen immer durchsetzen konnte. Wo die Bauern die Mehrheit im Komitee hatten, waren sie doch so ausgewählt, daß die eigentlichen Vertreter der — im Rheinland und in Westfalen häufigen — agrarischen Opposition gegen die Parteilinie nicht ausschlaggebend werden konnten¹⁾. Immerhin mußte und wollte die Führung mit den Komiteemitgliedern auskommen, und insofern hatten diese natürlich einen indirekten Einfluß.

Die endgültige Zusammensetzung und die Größe der Komitees war sehr unterschiedlich²⁾. In den Städten waren sie gemäß der Vielfalt des dortigen Vereins- und Berufslebens natürlich bedeutend größer als auf dem Lande. Ein typisches Beispiel bietet das Zentralkomitee Köln. 1911 gehörten dazu: alle Pfarrer, die Ausschußmitglieder des Kartellverbandes katholischer Vereine, die Präsidien und 9 Mitglieder der Gesellenvereine, 37 Vorstandsmitglieder des Volksvereins für das katholische Deutschland, die Vorsitzenden und je 5 Mitglieder von Vereinen mit gleicher Tendenz, die Präfekten und 6 Mitglieder der katholischen Kaufmannsvereinigungen, die Vorsitzenden des Windthorstbundes — der katholischen Jugendorganisation —, je 1 Vertreter der Zentrumsblätter, der Geschäftsführer des Volksvereins, die Wahlmänner für den Landtag und die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses. Der letztere bestand aus den Abgeordneten, einschließlich der Stadtverordneten, 3 Geistlichen, den Vorsitzenden der Pfarrkomitees — das waren die in kleinem Maßstab ähnlich zusammengesetzten Zusammenschlüsse auf der Ebene der Pfarrgemeinden — und den Vorsitzenden der katholischen Vereine, dem Parteisekretär und 12 bis 20 vom Zentralwahlkomitee gewählten Mitgliedern³⁾. Die großbürgerlichen Honoratioren und der Mittelstand waren ausreichend vertreten, die Berufe waren alle repräsentiert, die Bildungsschicht war führend. Die Vorbereitung und Durchführung der Aktionen lag bei dem kleinen Vorstand des geschäftsführenden Ausschusses. Die personelle und soziale Breite des Komitees war das Ergebnis einer langen Entwicklung und ist in dieser Art nur spät und selten erreicht worden; meist war die Organisation stärker kleinbürgerlich-agrarisch oder patriarchalisch akzentuiert. In Köln bot das Komitee, obschon auch es die Meinung der Wähler

¹⁾ Darum verlangte die agrarische Opposition die geheime Wahl der Mitglieder des Kreiswahlkomitees in den einzelnen Gemeinden, damit die Landwirte von „den städtischen Zentrums herren nicht einfach majorisiert werden“ könnten, zitiert Dt. Tgztg., 22. April 1898. Oder man beklagte sich über die „Manöver“ bei der Aufstellung der Komitees, z. B. die Arbeit mit veralteten Listen, so das Bauernvereinsorgan Rhein. Volksstimme, zitiert im Vorwärts, 5. Mai 1908.

²⁾ Als Maßstab für die Zahl galt, daß 2 Vertreter auf 1000 Seelen kommen sollten; praktisch war diese Zahl nur ein unverbindlicher Durchschnitt.

³⁾ Vorwärts, 8. Oktober 1911, vgl. a. Cardauns, Trimborn, S. 92 — mehr als 1000 Personen gehörten zum Komitee.

nur sehr indirekt repräsentierte, dem aktiven Anhänger doch allermeist irgendeine Möglichkeit des Einstiegs in die Politik¹⁾.

In einigen Gebieten, wo das Zentrum konservativer eingestellt war — wie in Westfalen und Schlesien —, vielleicht auch in Bayern, bildeten die Landtagswahlmänner die Elemente der Wahlorganisation, gelegentlich konstituierten sie sich in ihrer Gesamtheit als Komitee, häufiger wählten sie aus ihrem Kreis ein solches; in jedem Fall war das Komitee oder sein Vorstand aber mit dem Kooptationsrecht ausgestattet²⁾. Die Wahlmänner wurden von den Führungsgruppen auch nach ständischen Gesichtspunkten ausgewählt. Die gelegentliche Aufstellung in öffentlichen Versammlungen war nur eine Formsache, deren Zusammensetzung war dann durch Einladungen genügend geregelt, zudem war das niemals bindende Gewohnheit³⁾. Endlich nutzte die Führung das Kooptationsrecht in ihrem Sinne, weil sie meist allein die Übersicht über einen ganzen Wahlkreis hatte; so konnte die Bildung einer Opposition im allgemeinen verhindert werden⁴⁾. Die Position der bisherigen Führer war in diesem System stärker noch als im rheinischen gesichert, zumal die Beziehung auf das Landtagswahlrecht eine Privilegierung der oberen Klassen bedeutete⁵⁾.

Mit der steigenden Politisierung der Wählerschaft lösten die verbreiterten Komitees allmählich die reine Honoratiorenführung ab. Maßgebend aber blieben die 10 bis 12 Vorstandsmitglieder solcher Komitees oder wie immer genannten Gremien. Sie wurden im allgemeinen durch Akklamation und für die Dauer ihrer Ortsansässigkeit gewählt. Faktisch ließ sich zunächst die ursprüngliche Führung durch das Komitee bestätigen; Ergänzungswahlen richteten sich nach dem Vorschlag des Vorstandes, der dabei auf die Gruppeninteressen im Komitee Rücksicht zu nehmen hatte, so daß eine einseitige Zusammensetzung auf die Dauer nicht möglich war.

¹⁾ Man wollte alle heranziehen, von deren Eifer und Intelligenz man wirkliche Arbeit erwarten durfte, Cardauns, Trimborn, S. 92. Einige weitere Beispiele: das Wahlkomitee Siegkreis bestand 1898 aus 44 Geistlichen, 4 Rentnern, 2 Juristen, 9 Kaufleuten, 2 Handwerkern, 5 Landwirten, Dt. Tgztg., 10. Juni 1898. Das Wahlkomitee Geldern bestand zu fast 50% aus Geistlichen, als den „geborenen“ Mitgliedern, Germania, 7. Juni 1898. Das Landtagswahlkomitee Trier bestand 1898 aus mindestens 122, das in Wiedenbrück 1897 aus mindestens 94, das in Neuß 1898 aus mindestens 320, das für den Reichstagswahlkreis Osnabrück 1903 aus mindestens 211 Mitgliedern, Dt. Tgztg., 10. Oktober 1898, 20. Oktober 1897; NL Bachem. Das Komitee für das Allgäu (Kempten) bestand 1911 aus 180 bis 200 Leuten, NL Bachem; in Bayern scheint also die Parteiorganisation ähnlich wie in Westdeutschland gewesen zu sein.

²⁾ Für Schlesien: Freis. Ztg., 22. Dezember 1897; Germania, 23. Oktober 1904; Schles. Volksztg., 19. April 1906; für Westfalen: Germania, 15. Juni 1898.

³⁾ Z. B. beschloß das Komitee im Kreis Rheinbach in den 90er Jahren wegen der dortigen agrarischen Opposition gegen den Abgeordneten Spahn keine Versammlung zur Neuaufstellung von Vertrauensmännern abzuhalten, NL Bachem.

⁴⁾ Der Westfale, 20. Juni 1898, mit der Kooptation sei jede Opposition tot; zur Zeit bestünden die westfälischen Komitees zu 50% aus Geistlichen.

⁵⁾ In den rheinischen Städten und im Ruhrgebiet trat letztere nicht ganz so in Erscheinung, da die oberen Klassen stärker protestantisch-liberal waren — freilich verwischte die Drittelung der Urwahlbezirke diesen Unterschied einigermaßen.

Immerhin war die Emanzipation der Arbeiterschaft zur Gleichberechtigung in den Komitees und vor allem den Vorständen schwierig und ist bis 1918 nicht befriedigend erreicht worden. Die Klassegegensätze blieben — trotz der sozialpolitischen Linie der Fraktion — scharf. Es wurden nur wenige Arbeiter herangezogen, und zwar eher harmlose Konzessionsschulzen als aktive und intelligente Vertreter. Ihre Einflußlosigkeit zeigte sich vor allem bei den Kommunal- und Landtagswahlen, wo die mittlere und untere Führungsschicht ausschlaggebend war¹⁾; bei den Reichstagswahlen setzten sich die politischen und wahltaktischen Gesichtspunkte der Provinzialvorstände stärker in dem Sinne durch, daß man Arbeiterinteressen und -kandidaten berücksichtigte²⁾).

Dringende Entscheidungen und die Vorbereitung der Generalversammlung fielen schon statutenmäßig dem Vorstand zu. Er fing in kritischen Situationen die Opposition mancher Komiteemitglieder gegen den jeweiligen Abgeordneten auf, indem er Vertrauenskundgebungen für ihn arrangierte. Vor allem aber lag die Aufstellung des Kandidaten primär in seiner Hand. Das war schon wegen der Menge der städtischen und der Zerstreutheit der ländlichen Komiteemitglieder organisatorisch nicht anders möglich³⁾. Normalerweise fiel die Entscheidung über die Kandidatur bereits in den Vorverhandlungen. In den Wahlkreisen mit großen Komitees zog der Vorstand noch einen kleinen Wahlausschuß zu oder ließ einen solchen wählen⁴⁾, um mit ihm zunächst die allgemeinen Gesichtspunkte für die Auswahl, insbesondere die erwünschte Berufsstellung des Kandidaten, zu erörtern und ihn über die Verhandlungen zu informieren; gelegentlich überließ er ihm auch die Auswahl zwischen zwei Kandidaten. Die Ratschläge des bisherigen Abgeordneten und die Wünsche der Provinzialorganisation fielen stark ins Gewicht. Hatte man sich auf einen Kandidaten geeinigt oder mit überwiegender Mehrheit über ihn entschieden⁵⁾, so wurde dieser dem Gesamtkomitee vor-

¹⁾ Das Komitee in Krefeld lehnte 1905 die Aufstellung der Arbeitervertreter Giesberts oder Schiffer für den Landtag ab, obwohl die Provinzialleitung und der bisherige Abgeordnete Bachem das empfohlen hatten. Die Arbeiter waren — nach Meinung des bürgerlichen Vorstandes — nicht so gut im Stande, die lokalen Angelegenheiten des Kreises bei den Ministerien in Berlin zu vertreten, NL Bachem. — In Aachen-Land gab es einen Entrüstungsturm, weil die Arbeitervertreter nicht zum Zentralkomitee zugezogen worden waren, Akten des Oberpräsidiums der Rheinprovinz 403, 8462, Bericht vom 8. Oktober 1898. — Weil die Arbeiter 1902 nicht zum Wahlkomitee München-Gladbach zugelassen waren, gründeten sie einen eigenen Zentrumsverein, Mitteilungen des Handelsvertragsvereins Nr. 24, S. 55. — In München gab es offiziell einen Arbeiterwahlverein der Zentrumsparlei, Deutz, Stegerwald, S. 22, besonderen Einfluß hat er nicht besessen, vgl. u. S. 277. Im Wahlkreis Saarburg wurde erst 1913, nachdem die Provinzialleitung in einen Streit um eine Gewerkschaftskandidatur schlichtend eingegriffen hatte, ein Statut festgesetzt, das auch Arbeitern Sitz und Stimme im Komitee gab, Bellot, S. 238.

²⁾ Im Kriege haben dann Arbeitervereine besondere politische Komitees der Arbeiterzentrums-wähler errichtet, um einigen Einfluß üben zu können. Vgl. dazu E. Ritter, S. 364.

³⁾ Wo es, wie häufig im Rheinland, Kreiskomitees als Unterbau gab, einigten sich die Vorstände über die zahlenmäßige Zusammensetzung — gemäß den Stimmenzahlen bei den letzten Wahlen — des Wahlkreiskomitees und waren in ihnen bestimmend vertreten.

⁴⁾ Z. B. für Krefeld, Niederrh. Volksztg., 13. März 1905.

⁵⁾ Der Vorstand in Saarbrücken sprach sich 1907 mit Zweidrittelmehrheit gegen die von der Provinzialleitung empfohlene Kandidatur eines Gewerkschaftlers aus, Bellot, S. 221.

geschlagen. Natürlich mußte die Stimmung dieses Gremiums bei der Vorauswahl in Rechnung gestellt werden; der Vorstand wollte nicht riskieren, desavouiert zu werden. Denn trotz seiner Autorität bildete das Komitee einen Unsicherheitsfaktor, und gelegentlich brachte es die Vorschläge des Vorstandes zu Fall, besonders dann, wenn dessen Zusammensetzung von der des Komitees übermäßig abwich¹⁾. Man versuchte, es auch möglichst zu vermeiden, eine stärkere Minorität zu brüskieren. Das Ziel war, zu einer einstimmigen Aufstellung zu kommen²⁾; das wurde zwar durchaus nicht immer erreicht³⁾, aber man kam doch im allgemeinen mit Versprechungen für zukünftige Entscheidungen und mit dem Appell an die Einigkeit des Zentrums, mit geschickt abgefaßten Resolutionen, notfalls mit Berücksichtigung der verschiedenen Wünsche in verschiedenen Wahlkreisen zu einer relativ großen Einmütigkeit. Häufig natürlich repräsentierten der Vorstand und die mitberatenden Komiteemitglieder durchaus die Meinung des ja zum Teil von ihnen berufenen Komitees.

Schwierigkeiten traten vor allem dann auf, wenn sich im Komitee verschiedene Gruppen gegenüberstanden und die Führung eine Entscheidung treffen oder einen Ausgleich versuchen mußte oder wenn die Wünsche des Komitees mit den durch die Provinzialleitung vertretenen Bedürfnissen der Fraktion in Gegensatz gerieten. In solchen Fällen waren die Komiteemitglieder oft von nur lokalen oder provinziellen Gesichtspunkten geleitet, der politische Blick lag, wenn auch durch zünftlerische Gesinnung verengt, eher bei der Komiteeführung, die daher auch meist für die parlamentarischen Gesichtspunkte eintrat. Das war besonders bei der Wiederaufstellung bisheriger Abgeordneter der Fall. Diese konnte deshalb zum Problem werden, weil langjährige Abgeordnete während der Bismarckzeit noch von kleinen Führungsgremien aufgestellt waren und nun von den erweiterten selbstbewußteren Komitees approbiert werden sollten. Wegen einzelner Abstimmungen oder der wirtschaftspolitischen Richtung des Abgeordneten oder auch nur deshalb, weil man dem Vertreter eines anderen Standes das Mandat übertragen wollte, stieß die Wiederaufstellung dort häufiger auf Opposition. Die Parteiführung trat dagegen sehr entschieden für die Unabhängigkeit der Abgeordneten von den Wählern und daher im allgemeinen auch für ihre Wiederwahl ein. Der Vorstand setzte in solchen Fällen die Wiederaufstellung mit Hilfe der

¹⁾ In Pleß/OS stellte z. B. 1895 das Komitee gegen die Vorentscheidung des Vorstandes mit 16:6 Stimmen Huene als Kandidaten auf, Niederrh. Volksztg., 10. August 1895. In Aachen brachten 1898 die Arbeiter im Komitee den Kandidaten des aus „geborenen“ Mitgliedern bestehenden Vorstandes zu Fall und setzten durch, daß der Sekretär eines Arbeitervereins aufgestellt wurde, Dt. Tgztg., 10. Juni 1898.

²⁾ Insbesondere versuchte man bei Aufstellung bürgerlicher Kandidaten in städtischen Wahlkreisen die Zustimmung auch der wenigen Arbeitervertreter zu erreichen, Niederrh. Volksztg., 13. März 1905; in Arnberg verzichtete man sogar wegen der Zwiespältigkeit im Komitee darauf, einen offiziellen Kandidaten aufzustellen, Freis. Ztg., 28. Mai 1903.

³⁾ Wegen eines Zwistes um eine Arbeiterkandidatur 1890 in Saarbrücken schied ein Teil der Mitglieder aus dem Komitee aus, Bellot, S. 182. Schlichtung der Provinzialinstanzen bei Streitigkeiten, s. u. S. 276.

ihm ergebenen, nicht interessegebundenen Mitglieder des Komitees, vor allem der Geistlichkeit, durch¹⁾).

In der Landes- oder Provinzialleitung, dem -komitee oder dem -ausschuß, lag wie bei sonst keiner deutschen Partei der Schwerpunkt der Organisation. Das entsprach dem Entstehen der Zentrumspartei aus einzelstaatlichen und landwirtschaftlichen Parteigruppen mit sehr verschiedenen Traditionen und gesellschaftlichen Voraussetzungen und dem föderalistischen Geist und Programm des Zentrums.

Die Entwicklung dieser Instanzen verläuft ähnlich wie in den Wahlkreisen. Bis in die 80er Jahre hin gab es nur die Landtagsfraktionen, wie in Bayern und Baden²⁾, und sonst informelle Zusammenkünfte katholischer Führer in den Provinzhauptstädten, deren Beschlüsse Autorität durch das Ansehen der Beteiligten hatten³⁾. Allmählich zog man möglichst alle örtlichen Kreise und alle Stände mit heran. Dabei lag aber die Zusammensetzung dieser Gremien durchaus im Ermessen weniger Führer, die sich auch weiterhin über Kooptationen möglichst informell untereinander einigten.

Nach der Fixierung dieser Organisation gab es im allgemeinen für die Provinz oder das Land eine Versammlung der Delegierten aus den Kreisorganisationen, meist aus den Vorständen, zu der noch Abgeordnete, Pressevertreter und eventuell Vertreter des Bischofs oder Erzbischofs gehörten⁴⁾. Diese große Delegiertenversammlung tagte im allgemeinen nur vor den Reichstagswahlen. Sie diente einmal als Resonanzkörper für die Wahlkündgebungen der Führung, zum anderen hatte sie entweder direkt den leitenden Vorstand zu wählen oder einen besonderen

¹⁾ In Schlesien war es statutenmäßig Pflicht, die bisherigen Abgeordneten zunächst wieder vorzuschlagen, Schles. Volksztg., 19. April 1906. Nur bei den Wahlen 1887 und 1893, bei denen es um die Militärvorlagen ging, wurden eine Reihe besonders konservativer Zentrumsabgeordneter von den Komitees nicht wieder aufgestellt.

²⁾ Spaltung der Partei in Bayern zwischen Kammerpatrioten und Extremen seit 1876, im wesentlichen extra-institutionell, Bachem IV, S. 332 ff.; M. Spahn in Hochland, 1913, S. 9; in Württemberg: 1876 Katholische Landesversammlung, aber noch keine Parteigründung; erst 1894/95 wurde die Partei organisiert, auf der konstituierenden Landesversammlung waren 4000 Personen anwesend, Cardauns, Gröber, S. 62 ff.; in Baden Organisation erst 1888, Kißling, Katholikentag II, S. 221.

³⁾ Nur in Schlesien war die Provinzialorganisation fixiert, d. h. die Zentrumsführer hatten sich schon 1872 als „christlich-konservativer Wahlverein“ organisiert; der Vorstand wurde für 3 Jahre von den „Kreisobmännern“ gewählt, diese gingen aus den vom Provinzialvorstand ernannten Kreisvorständen hervor, Mazura, S. 92 f. Daß der Provinzialvorstand bei der Zusammensetzung seines Wahlkörpers mitwirkte, entsprang zunächst weniger der Tendenz, sich nach unten abzusichern, als der Notwendigkeit, die Organisation der Honoratioren von oben anzuregen. — Rheinisch-westfälisches Treffen schon 1870 (Soester Programm); bis in die 80er Jahre übernahmen die Kölner jeweils die Provinzialangelegenheiten — Wahlorganisation, Wahlauftrufe, Parteitage — (z. B. 1878, 1881, 1887, 1890), zuletzt hatten sie einen ständigen, aber informellen Ausschuß; Cardauns, Trimborn, S. 93; Bellot, S. 149, 160; Hüsgen, Windthorst, S. 67, 82; Heitjan, S. 88.

⁴⁾ In Bayern war über die Zusammensetzung dieser Mittelinstanz — der hier sogenannten Kreiskomitees — gar nichts festgesetzt; dort bestand darüber hinaus eine kleine Landesleitung von 32 Mitgliedern aus Abgeordneten und Vorstandsmitgliedern aus den Kreisen, Germania, 23. Februar 1899.

Ausschuß, der wieder aus sich den Vorstand bildete. Die erste Methode führte zu einer stark autoritären Organisation; die Versammlung hatte faktisch kaum die Möglichkeit zur Initiative, der Vorstand war in seinen Entscheidungen sehr unabhängig und seine Wiederwahl oder Ergänzung auf Grund seiner Vorschläge war so gut wie gewiß; zudem besaß er das Recht zur Kooptation¹⁾. Bei der zweiten Methode — der Wahl eines mittelgroßen Ausschusses — hatten die Wahlkreisführer einen etwas stärkeren Einfluß, dieser Ausschuß tagte halbjährlich, in ihm konnten Sach- und Personenfragen offener diskutiert, Anregungen gegeben und Meinungen gebildet werden²⁾. Auch hier wurden die eigentlichen Entscheidungsbefugnisse an den Vorstand delegiert, dieser handelte aber im allgemeinen in Übereinstimmung mit dem Ausschuß, dessen Rat und dessen Resonanz er bedurfte. Das Verhältnis war weit eher durch Zusammenarbeit gekennzeichnet als durch einen dauernden Gegensatz im Streit um Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse oder durch die einfache Abhängigkeit eines Zustimmungsapparates. Die Provinzialführung konnte sich zudem auch deshalb nicht in Gegensatz zu dem Ausschuß setzen, weil sie auf Zusammenarbeit mit den Wahlkreisen angewiesen war und ihnen gegenüber keine eigentlichen Machtmittel in der Hand hatte. Im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg begann man, wie bei den Liberalen, Parteisekretäre anzustellen, vor allem im Rheinland und den angrenzenden Gebieten³⁾.

Die wichtigste Funktion der Provinzialorganisation bestand darin, die Kandidatenaufstellung zu ordnen und zu beeinflussen. Ihre anderen Tätigkeiten dienten entweder diesem Zweck, wie Anregung und Kontrolle der Organisationen, oder waren mehr technischer Art, wie der Erlaß von provinziellen Wahlkundgebungen⁴⁾, das Aufbringen von Geldmitteln⁵⁾ und der zentrale Betrieb der Agitation.

¹⁾ So wurde in Schlesien ein 6köpfiges Provinzialkomitee gewählt, das 3 weitere Mitglieder kooptieren konnte; Germania, 23. Oktober 1894; Freis. Ztg., 22. Dezember 1897; Germania, 18. Oktober 1911. Auf der Delegiertenversammlung konnten die Kreise nur einheitlich stimmen, d. h. die etwa vertretenen Minoritäten aus verschiedenen Wahlkreisen konnten sich nicht zusammenschließen, sondern blieben ohne Stimme.

²⁾ So in der Rheinprovinz. Der Delegiertentag war sehr groß, da jeder Kreis 6 bis 12 Delegierte entsandte. Der Ausschuß bestand aus 30 bis 40 von den Delegierten gewählten Mitgliedern, unter denen die bürgerlichen Elemente von „Bildung und Besitz“ durchaus führend waren — der Klerus spielte in diesem Gremium keine große Rolle —, und einer Anzahl Kooptierter. 1898 hatte er 34 Mitglieder, darunter keinen Arbeiter und einen Handwerker, Germania, 25. Mai 1898. Seit 1905 wurden 47 Mitglieder gewählt, dazu kamen die 35 Vorsitzenden der Wahlkreis Komitees. Die Zahl erhöhte sich später noch mehr, auch Arbeitervertreter wurden zugezogen. Der Ausschuß tagte mindestens einmal im Jahr. Die Führung lag beim Vorsitzenden und einem 7köpfigen Beirat, NL Bachem. — In Westfalen hieß die Delegiertenversammlung Komitee, der Ausschuß Provinzialwahlausschuß, er war stärker als der rheinische von oben gebildet und durch Kooptation gesichert; Dt. Tgztg., 12. November 1896, 29. Mai 1898; Köln. Volksztg., 23. Dezember 1911.

³⁾ Im Rheinland gab es 1914 10 Parteisekretäre, Carbons, Trimborn, S. 95.

⁴⁾ Solche Aufrufe gaben der Agitation im Landesteil die Richtung. Bedeutung hatten sie nur 1893, da sie meist im Sinne der Fraktionsmehrheit gegen die Anhänger des regierungsfreundlichen Antrags Huene abgefaßt waren, so daß sie zum Ausscheiden von widersprechenden Adeligen aus den Vorständen und zur Beseitigung entsprechender Kandidaten führten. — Stellungnahmen zur

Formell waren die Wahlkreise zwar ganz unabhängig bei der Kandidatenaufstellung, aber es war üblich, sich mit der Provinzialleitung ins Benehmen zu setzen. Diese war verpflichtet, wenn ein „ordnungsgemäßes“ Komitee nicht bestand, für dessen Einsetzung zu sorgen, außerdem war ihr Vorsitzender oder ein von ihm Beauftragter berechtigt, an jeder Komiteesitzung teilzunehmen und sie damit zu beeinflussen. Vor allem fiel aber die anerkannte Autorität der Provinzialleitung so stark ins Gewicht, daß ihr indirekter Einfluß ausreichend war. Sie konnte von ihr gewünschte Kandidaten gelegentlich in freien Wahlkreisen unterbringen, für oder gegen die Wiederaufstellung bisheriger Abgeordneter einen meist ausschlaggebenden Einfluß ausüben¹⁾, sie konnte notfalls durch ein Veto Vorschläge zu Fall bringen und in Streitfällen schlichtend eingreifen²⁾. Natürlich durfte sie ihren formell weitgehend ungesicherten Einfluß nicht überspannen. Darum gab sie, wenn sie nicht einfach die Absichten der Kreisvorstände befürwortete, meist nur grundsätzliche Richtlinien oder machte mehrere Vorschläge, so daß die Kandidaturen im allgemeinen aus einer Verständigung zwischen der zentralen und lokalen Organisation hervorgingen.

Die Bedeutung der Provinzialzentralen für die Aufstellung der Kandidaten kam in manchen Gegenden, z. B. in Schlesien und Westfalen, dadurch zum Ausdruck, daß die Provinzialleitung allein oder auf dem Delegiertentag die Kandidaten „proklamierte“. Das bedeutet: sie verkündete „offiziell“ die im Einvernehmen mit ihr aufgestellten Kandidaten, nachdem sie geprüft hatte, daß die Aufstellung „ordnungs-“, d. h. statuten- oder traditionsgemäß vor sich gegangen war. Auch in diesen Proklamationsitzungen konnten an sich noch neue oder geänderte Entscheidungen fallen, und Oppositionsgruppen verlangten sie dem-

politischen Lage und zur Fraktionspolitik waren offenbar selten, 1900 sprach sich der rheinische Provinzialausschuß gegen die Flottenpolitik aus und erhob Paritätsklagen, NL Bachem.

⁵⁾ Die Komiteemitglieder zahlten im Rheinland einen festen Beitrag, die Vorstandsmitglieder entsprechend mehr; die Zentrale finanzierte sich durch „Besteuerung“ der Kreiskomitees, die freilich nicht erzwingbar war. Für die Wahlen gab es sogenannte „Notabelnsammlungen“, schriftliche Listensammlungen, bei denen das Sozialprestige der Notabeln sehr stark angesprochen wurde. — Wichtig waren auch große Mäzene, wie der oberschlesische Magnat Graf Ballestrem, Thyssen, der Abgeordnete Prinz Arenberg und der Textilindustrielle Müller-Fulda, der z. B. 1903 für 5 Wahlkreise 21 000 M aufwandte. NL Bachem.

¹⁾ 1893 hatte die rheinische Provinzialleitung durch ihre Agitation die Aufstellung von Befürwortern der Militärvorlage unmöglich gemacht. Nur dem Prinzen Arenberg hat sie gegen Wähler- und Komiteestimmung zur Wiederaufstellung verholfen. („Läßt man die Wähler allein arbeiten, dann fällt der Prinz“, so Trimborn an Bachem, 18. September 1893.) Möglicherweise hing das mit der Mäzenatenrolle des außerordentlich reichen Prinzen zusammen. — Gegen den Willen eines Landesvorstandes wurde bei dieser Wahl nur der badische Zentrumsabgeordnete Lender gewählt, Bachem V. S. 289. — Gerade die rheinische Parteileitung hatte schon früher in die Kandidatenaufstellung eingegriffen, so 1878 im Wahlkreis Ottweiler, 1890 in Saarbrücken, Bellot, S. 149, 182.

²⁾ Schlichtungen 1908 in mehreren Fällen, NL Bachem; 1912 nach einer Doppelkandidatur im Wahlkreis Saarburg zwischen der offiziellen Partei und den Gewerkschaften, Bellot, S. 238.

entsprechend. Die Mehrheit hielt aber normalerweise an den Vorentscheidungen fest und wies formell gegenüber Änderungswünschen auf ihre Inkompetenz und die Unaufhebbarkeit der Wahlkreisentscheidungen hin¹⁾.

Bei ihrer Kandidatenpolitik verfolgte die Leitung einmal die Interessen der Fraktion oder der in der Provinz vorherrschenden Richtung an der Ausschaltung mancher Abgeordneter und Richtungen oder an der Zuziehung bestimmter Experten, zum anderen versuchte sie durch Koordinieren der Kandidaturen die klassenmäßige und berufliche Struktur der Fraktion so zu beeinflussen, daß sie damit alle wichtigen Wählerschichten berücksichtigte, wobei sie sich insbesondere der Gruppen annahm, die in allen Wahlkreis Komitees Minderheiten blieben, wie Arbeiter, Angestellte und Handwerker. Sie führte also auf der Provinz- oder Landesebene eine Art von beruflichem Proporz unter den Kandidaten durch²⁾. Die Wahlkreisinstanzen genügten trotz ihrer autoritären Verfassung nicht, um die allgemeinen Interessen der Partei wahrzunehmen. Die der Umbildung der modernen Gesellschaft gegenüber aufgeschlossener höhere Instanz konnte hier korrigierend eingreifen. Aber es blieb da bei Ansätzen. Der Sinn für politische Notwendigkeiten und die relative Fortschrittlichkeit, wie sie im rheinischen Zentrum überwogen, waren in anderen Landesteilen durchaus nicht in diesem Maß vorhanden. In Bayern dominierten lokale Gesichtspunkte in den Komitees der verschiedenen Ebenen, dazu die Furcht vor der Konkurrenz des Bauernbundes, die seit 1893 viele Kandidatenwechsel veranlaßte, die großzügigeren Interessen nicht entsprachen. Die erwünschte und erforderliche Aufstellung von städtischen Arbeitervertretern war dort gegen den geschlossenen Widerstand der bürgerlich-bäuerlichen Komiteemitglieder und der diese unterstützenden Geistlichkeit nicht möglich³⁾. Die Wahlpolitik der Zentralen hat im ganzen nicht dazu führen können, die Partei- und Fraktionsstruktur zu modernisieren und der sich industrialisierenden Gesellschaft stärker anzupassen. Die neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mächte — Industrie, Angestellte,

¹⁾ Z. B. Voss. Ztg., 5. Juli 1878; Dt. Tgztg., 29. Mai 1898; Köln. Volksztg., 28. Mai 1912; Bachem V, S. 23 f. und 291 f., über die auf der entsprechenden westfälischen Versammlung 1893 erfolgte Sezession unter Führung Schorlemers, nachdem dessen Anträge, mehr Landwirte aufzustellen, abgelehnt worden waren. Für Schlesien Mazura, S. 92 f.; Freis. Ztg., 22. Dezember 1897.

²⁾ Z. B. setzte gegen die anfängliche Ablehnung des Kreisvorstandes die Leitung 1911 die Aufstellung eines Handwerkers im Reichstagswahlkreis Kempen durch, da das Handwerk im Zentrum einen Vertreter haben müsse; notgedrungen stimmte der Vorstand zu, mit dem öffentlichen Hinweis darauf, daß die Handwerker in anderen Wahlkreisen nun auch voll und ganz für Arbeiter oder sonstige Vertreter eintreten sollten. Die Kandidatur eines christlichen Gewerkschaftlers konnte die Parteileitung 1907 in Saarbrücken gegen den Widerstand der Geistlichkeit nicht durchsetzen, Bellot, S. 221 f. — Die 1889 in Köln einen Abgeordneten suchenden Krefelder wurden von der Führung auf einen Fabrikanten verwiesen, weil der als solcher der Fraktion besonders willkommen sei, NL Bachem.

³⁾ Eine Konferenz der katholischen Arbeitersekretäre erklärte 1911, man sei „heilfroh, . . . wenn man den bürgerlichen Zentrumsbonzen“, d. h. der Landesleitung der Partei, einen Arbeiterabgeordneten für den Landtag „abringe“, Freis. Ztg., 20. Mai 1911; Köln. Volksztg., 4. Juni 1911.

Arbeiter — spielten keine führende Rolle. Die Zusammensetzung auch der Provinzialkomitees und die Angewiesenheit auf die unteren Honoratiorenorgane haben bewirkt, daß die Grenzen der Tradition bis 1918 prinzipiell nicht überschritten wurden, wenn auch im einzelnen größere Einsicht mancher Führer Konzessionen an die moderne Entwicklung durchsetzte.

Die andere politisch wichtige Funktion dieser zentralen Instanzen bestand darin, Stichwahlverhandlungen zu führen und mit den ausgegebenen Stichwahlparolen das Verhalten der Zentrumswähler zu bestimmen. Dafür waren nicht nur wie in allen Parteien technische Notwendigkeiten maßgebend. Da es nämlich für das Zentrum darauf ankam, im Reichstag die Möglichkeit zur Mehrheitsbildung nach rechts und nach links zu haben, konnte diese Frage auch aus sachlichen Gründen nicht den eher prinzipiell oder emotional reagierenden Wahlkreiskomitees überlassen werden, sondern mußte rein taktisch und rational vom Provinzialvorstand entschieden werden¹⁾. Natürlich war auch hier Rücksicht auf die Unterorganisationen zu nehmen, auch hier wurde die zentrale Parole nicht in allen Fällen befolgt, etwa dann, wenn ein Komitee sich propagandistisch schon zu sehr nach einer Seite festgelegt hatte, aber im allgemeinen richtete man sich nach der Landes- oder Provinzialleitung. Dadurch und durch die entsprechende Disziplin auch der Wähler wurde das rein taktische, oft gegensätzliche Koalitionen zugleich befürwortende Vorgehen des Zentrums und damit seine parlamentarische Machtstellung ermöglicht.

Die Zusammensetzung der Lokal- und Provinzialkomitees gewährte zwar den Parteihonoratioren im Lande einen beträchtlichen indirekten Einfluß, befestigte aber zugleich die Position der Führung. Eine Opposition gegen diese Führung konnte sich auf dem Wege über die Komitees im allgemeinen nicht durchsetzen. Nun war innerparteiliche Gruppenbildung und Opposition im Zentrum von besonderer Wichtigkeit. In den vielen sicheren Wahlkreisen fiel die politische Entscheidung schon bei der Kandidatenauswahl innerhalb der Zentrumsorganisation. Die Zentrumsanhänger hatten nach Tradition und Bewußtsein nicht die Möglichkeit, ihre Opposition durch den Übergang zu anderen Parteien effektiv zu machen. Schließlich gab es in der alle Schichten umfassenden Partei natürlich starke klassen- oder standesbedingte Spannungen. Normalerweise wurde zwar eine Opposition von dem Komitee aufgefangen; wo sie sich aber nicht abspesen ließ, sondern zur Realisierung ihrer Wünsche drängte, mußte sie sich außerhalb der offiziellen Parteiorganisation betätigen.

Dazu gab es zwei Möglichkeiten: einerseits konnte man wie unter der älteren Organisationsverfassung ein Gegenkomitee gründen und einen Gegenkandidaten aufstellen. Wenn sich für diesen radikale Wählermassen mobilisieren ließen, so

¹⁾ In Schlesien war das statutenmäßig festgelegt, Berl. Börs. Cour., 16. Juli 1881; Kreuzztg., 13. Juli 1884; nach der Germania ist das allgemeiner Brauch, zitiert in Dt. Tgztg., 23. Juni 1903. In Bayern schloß die Parteileitung 1905 und 1907 Stichwahlabkommen mit der SPD, Bachem VI, S. 405. Stichwahlkonferenz der rheinischen Provinzialleitung 1907, NL Bachem.

konnte das Erfolg haben¹⁾). Rein berufsständische Gegenkandidaten²⁾ dagegen scheiterten im allgemeinen ebenso wie die sogenannten nationalen Katholiken.

Die andere noch wichtigere Möglichkeit war die Bildung und Stärkung von Interessenverbänden und der Versuch, über sie auf die Komitees einzuwirken. Die innerhalb der Partei nicht aufgefangene Opposition wurde in den Sonderorganisationen aktiv. Im Bereich des Zentrums handelte es sich dabei im wesentlichen um Bauernvereine, Handwerkerverbände und um die christlichen Gewerkschaften³⁾. Die Leitungen dieser Organisationen instruierten einmal die Mitglieder, die zu Komitees oder Vertrauensmännerversammlungen gehörten, wenn sie aufstellen sollten⁴⁾. Vor allem aber trugen sie den Provinzial-Zentralen ihre in den Wahlkreisen nicht ohne weiteres zu erfüllenden Kandidatenwünsche vor, um sie mit der Hilfe der Zentrale durchzusetzen, um von ihr an dem in der Provinz organisierten relativen beruflichen Proporz beteiligt zu werden⁵⁾. Dabei brachten sie einerseits sachliche Erwägungen vor, konnten aber andererseits auch mit der Stimmung der ihnen zugehörigen Wähler, mit einer eigenen, für die Partei unangenehmen Agitation und mit Sezessionen drohen. Sie waren Wahlhilfsorganisationen der Partei und konnten darum Einfluß verlangen. Wurden ihre Wünsche nicht erfüllt, so machten sie vor allem die Zentralkomitees verantwortlich, deren Argumentation mit der Unabhängigkeit der Wahlkreise sie bestritten, und entfesselten Protest- und Sezessionsbewegungen; so haben die Bauernvereine in Westdeutschland zwischen 1893 und 1903 in größerem Maße agrarische Sonderkandidaturen organisiert oder Bindung der Kandidaten an die Vereinsforderungen verlangt⁶⁾. Den Verpflichtungen haben sich die Zentrums-

¹⁾ So siegte der radikal eingestellte, fast querköpfige Redakteur Fußangel 1892 und 1893 im Wahlkreis Arnberg mit sozialen Parolen über seinen offiziellen Gegner, Dt. Tgztg., 11. Oktober 1898; Berl. Börs. Ztg., 18. Oktober 1898; Allg. Ztg., 9. März 1898; die Wähler nahmen einen von der Parteileitung verlangten Verzicht nicht an, Westfale, 18. Juni 1898; so in Oberschlesien die polnischen Zentrumsabgeordneten Szmula und Radwanski 1893 und 1896 über ihre deutschen Gegner, Voss. Ztg., 31. März 1896; Dt. Tgztg., 8. Januar 1896. Wurden nichtoffizielle Kandidaten gewählt, so nahm sie die Fraktion mit mehr oder minder großem Sträuben doch auf.

²⁾ Industriellenkandidatur im westfälischen Wahlkreis Ahaus 1903, Vorwärts, 10. Juni 1903; Arbeiter- und Gewerkschaftskandidaturen 1890 in Saarbrücken, 1912 in Saarburg, Bellot, S. 182, 238. Über die agrarischen Sonderkandidaturen siehe das Folgende. Eine Ausnahme war die wider seinen Willen erfolgte Aufstellung des Handwerkerführers Euler im Wahlkreis Borken, der seinen Gegner besiegte, — er hatte die Masse der kleinen Leute für sich, Westfale, 10. Juni 1898.

³⁾ Kurz vor dem Weltkrieg wurde in der Rheinprovinz ein Industriekomitee etabliert, es stand aber in enger Fühlung mit der Parteileitung und war eher ihr Organ, NL Bachem.

⁴⁾ Z. B. Berl. Tagebl., 19. Februar 1914, ein Zirkular des bayerischen Bauernvereins für den Wahlkreis Amberg, am 8. Februar sei Aufstellung, „da geht alle nach Amberg . . . und stellt auf den Herrn Dr. Winkler“.

⁵⁾ Generell: Bachem V, S. 26.

⁶⁾ Über 1893 Bachem V, S. 291 ff.; s. o. S. 277; man protestierte gegen die Bevormundung durch die Komitees, Germania, 15. Juni 1898; der Bauernverein wolle sich „nicht zum Wahlbüro des von der Firma Bachem-Otto-Hüsgen beherrschten Zentralwahlkomitees der rheinischen Zentrumsparlei degradieren“ lassen, so „Rheinischer Bauer“, zitiert in Dt. Tgztg., 21. Dezember 1897; Westfale, 3. und 10. Juni 1898; Dt. Tgztg., 20. Mai 1898; Köln. Volksztg., 26. Juni 1898; Mitteilungen des Handelsvertragsvereins, Nr. 23, S. 2; agrarische Sonderkandidatur im Landtagswahlkreis Bamberg II 1910, Akten der Reichskanzlei 1391/2.

kandidaten immer entziehen können; die Sonderkandidaturen hatten keinen Erfolg, weil die Kulturkampfstimmung der Wähler und der Appell an die Einigkeit des Zentrums sich als stärker erwiesen. In gefährdeten, also wesentlich städtischen Wahlkreisen waren sie sowieso unmöglich, dazu war die Parteitreu aller Zentrumsanhänger zu groß. Darum konnten Arbeiterorganisationen kaum mit Sonderkandidaturen vorgehen. Wenn ihre Wünsche nicht erfüllt wurden, so kamen sie über vergebliche Proteste nicht hinaus¹⁾.

Immerhin konnte sich jede Unzufriedenheit in Stimmenthaltungen bekunden, und das war für die Partei gefährlich. Hier war die eigentliche Einflußmöglichkeit der Opposition begründet. Die Führung mußte darauf bedacht sein, Spannungen zu vermeiden, nicht zu sehr wachsen zu lassen oder auszugleichen. Darum versuchte sie, nachdrücklich vorgebrachten Wünschen irgendwie zu entsprechen und nur notfalls die Opposition taktisch so auszumanövrieren, daß sie ungefährlich wurde. Darum hatte auch eine direkt erfolglose Opposition die Wirkung, daß die Leitung ihr nachträglich etwas entgegenkam, sie durch Konzessionen versöhnte²⁾. Da die Opposition von verschiedenen Ständen und Klassen ausging, konnte die Parteileitung dabei ihr Entgegenkommen mit Rücksicht auf die anderen Gruppen beschränken. Sie hielt als Ausgleichsinstanz die Kräfte in einem labilen Gleichgewicht, und das gerade veranlaßte die Sonderorganisationen dazu, ihre Kräfte so stark wie möglich zur Geltung zu bringen.

Die Wahlorganisation des Zentrums hat also zunächst nur aus wenigen, zumal kirchlichen Honoratioren bestanden. Seit dem Anfang der 90er Jahre wurde sie fixiert und verbreitert, indem man eine Art Ständevertretung bildete. Das Problem der Integration divergierender sozialer und ökonomischer Tendenzen konnte auf diese Weise wenigstens für die Kandidatenaufstellung gemeistert werden. Aber die Wähler waren kaum an dieser Organisation beteiligt, sie wurden auch kaum von ihr propagandistisch erfaßt und bearbeitet. Die Aufgaben, die einer Partei durch den Eintritt der Massen in die Politik gestellt waren, ließen sich mit der modernisierten Komiteeverfassung nicht ohne weiteres lösen. Zwar konnte sich das Zentrum natürlich auch weiter auf die ganz in seinem Sinne arbeitende kirchliche Organisation verlassen, und bei einem gut Teil der Wähler fielen Kirchen- und Parteitreu noch selbstverständlich zusammen. Aber das Abflauen des Kulturkampfes lockerte die Einheit nicht nur der Honoratioren, sondern auch der Wählerschaft, die Arbeiterschaft war der massiven Propaganda

¹⁾ So gab es 1902/03 einzelne Arbeiter-Zentrumsvereine gegen die Zollpolitik des Zentrums und gegen die Unterdrückung der „kleinen Leute“ und der Wähler in den Organisationen des Zentrums, die „Terrorisierung der Wählerschaft“ durch „agrarisch-reaktionäre Parteidiktatoren“, Mitteilungen des Handelsvertragsvereins, Nr. 32, S. 3; Tägl. Rundschau, 19. September 1902; Köln. Volksztg., 1. April 1902, 19. September 1902; in Bayern hielten die Arbeitersekretäre 1911 nach Ablehnung ihre Wünsche eigene Kandidaturen für erfolglos, man konnte nur protestieren, Freis. Ztg., 20. Mai 1911; ähnlich für 1914 Berl. Tagebl., 19. Februar 1914.

²⁾ Bachem V, S. 291 f.: weitere Folgen der Schorlemerschen Sezession von 1893 wurden durch späteres Entgegenkommen von beiden Seiten vermieden.

der Sozialisten ausgesetzt und damit die Gefahr einer Entfremdung von der Kirche gegeben. In dieser Situation ist fast gleichzeitig mit der beginnenden Umbildung der Komiteeverfassung 1890 die eigentliche Massenorganisation der Zentrumswähler, der „Volksverein für das katholische Deutschland“ gegründet worden. Zunächst zu kirchlich-apologetischen Zwecken gedacht, wurde ihm von Windthorst schon die Abwehr der sozialdemokratischen Angriffe auf die christliche Gesellschaftsordnung zur Aufgabe gemacht. Seine Führer haben dann darüber hinaus sehr bald durchaus positive Ziele in den Mittelpunkt gestellt. Der Volksverein brachte einen modernen Zug in die katholische Bewegung, er hielt nicht mehr an den romantisch-restaurativen Ideen einer ständisch gegliederten, im wesentlichen statischen Gesellschaft fest, sondern bejahte die dynamische moderne Industriegesellschaft; er versuchte, zur Mitverantwortung und Selbstverwaltung, zu großzügigem gesamtstaatlichem Denken, zur Mündigkeit des Volkes, speziell zur Emanzipation der Arbeiterschaft, zu erziehen und dabei die partikularistischen und konfessionalistischen Verkrampfungen des politischen Katholizismus und die Einseitigkeit ständischer Interessenwahrung zu überwinden. Er konnte gegenüber den reaktionären Kräften im Zentrum „das soziale und staatsbürgerliche Gewissen der Partei“ und ein Stachel zur Modernität hin sein, und sie insofern, ohne daß solche Gegensätze nach außen sehr in Erscheinung traten, beeinflussen, wenn auch noch nicht umformen¹⁾.

Formal war der Verein unabhängig, selbständig gegenüber der Partei, in Fragen, die nicht sozialpolitisch waren, und bei Wahlen ließ er theoretisch der Partei den Vortritt. Aber praktisch übernahm er im großen Stil die Agitation und die Schulung für die Partei²⁾ und hielt weitgehend die Massen bei der Partei fest. Politische Entscheidungen hatte er nicht zu treffen, er blieb bloße Hilfsorganisation, so konnten seine Mitglieder politisch mitbestimmend nicht ins Gewicht fallen; zudem war er im wesentlichen autoritär von oben nach unten organisiert, die Mitglieder hatten also auch innerhalb des Vereins keinen Einfluß. Die Leitung, Hitze, Pieper, später Gröber und Trimborn, war eng mit der Reichstagsfraktion verflochten, Herold, Spahn und Porsch nahmen dauernden Anteil; auch die

¹⁾ Vgl. E. Ritter, Die Katholisch-soziale Bewegung und der Volksverein. Das Zitat nach Pieper, ebd., S. 255 f. Der § 1 der Satzung des Vereins in der Fassung von 1906 lautete: „Zweck des Vereins ist die Förderung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft, insbesondere Belehrung des deutschen Volkes über die aus der neuzeitlichen Entwicklung erwachsenen sozialen Aufgaben und die Schulung zur praktischen Mitarbeit an der geistigen und wirtschaftlichen Hebung aller Berufsstände“, ebd. In diesem Sinne hat er vor allem am Auf- und Ausbau der christlichen Gewerkschaften und anderer Berufsorganisationen gearbeitet.

²⁾ In der Zentrale des Volksvereins in Mönchen-Gladbach wurden ständig volkswirtschaftliche und kommunalpolitische Kurse für verschiedene Berufsgruppen abgehalten. Ein großer Stab war mit der Bearbeitung aller politischen, wirtschaftlichen, sozialen und konfessionellen Fragen und der Vorbereitung von Agitationsmaterial beschäftigt. Das Zentrum benutzte dies Material ausgiebig. 1898 wurden z. B. zur Wahl über 3 Mill., bis 1899 im ganzen 26,5 Mill. Flugblätter ausgegeben. Es gab Bezirkssekretäre und in Großstädten Volksbüros oder Arbeitersekretariate. In den Versammlungen des Vereins gaben die Zentrumsabgeordneten häufig ihren Bericht über die parlamentarische Lage.

Landesvertreter, die mit im Vorstand saßen, waren meist Zentrumspolitiker — so blieb der Zusammenhang zwischen Partei und Verein immer hinreichend gewahrt.

Indem dieser Verein agitierte, die Massen organisierte und zusammenhielt, war die Partei von dieser Aufgabe entlastet; ihre Organisation war allein für die Kandidatenaufstellung zuständig. Diese Funktionsteilung befreite sie von einem direkten Einfluß der Anhängermassen, sie ermöglichte die oligarchisch-autoritäre Organisationsstruktur, ohne daß der Partei die Massen aus den Händen glitten. Zahlenmäßig war vor 1914 der Volksverein nach der SPD die stärkste politisch-propagandistische Organisation in Deutschland¹⁾. Er hat die Zentrumsfraktion in jeder Lage verteidigt, auch wenn die Fraktionspolitik wie 1909 der sozialpolitischen Linie seiner Leitung, zumal des Generalsekretärs Pieper, nicht entsprach; der Hauptakzent seiner politischen Agitation lag immer darauf, daß zumal gegenüber radikalen Interessenbewegungen die Einheit des Zentrums und die Disziplin der katholischen Wähler notwendig seien. In dieser Richtung hat er der Partei einen kaum entbehrlichen Dienst geleistet, indem er mit seiner Agitation die großen ökonomischen und sozialen Spannungen in der Zentrums-wählerschaft neutralisiert oder ausgeglichen und vor allem eine Sezession der industriellen Massen Westdeutschlands während der Kämpfe um den Zolltarif und nach der Finanzreform von 1909 verhindert hat. Er kam den Bedürfnissen der sich wandelnden und sich neu bildenden städtischen Gesellschaft entgegen, ohne diese freilich schon politisch zur Geltung bringen zu können. Der Volksverein bildete gewissermaßen die Verbindung und den Übergang von der traditionellen oligarchisch-ständischen Zentrumsorganisation zu einer Organisation, die durch die entstehende moderne industrielle Massengesellschaft geprägt war. Bis 1918 ermöglichte er noch das unabhängige Weiterbestehen der älteren Komiteeverfassung und der entsprechenden Führung, indem er sie vor einem Verlust der städtischen Wählerschichten bewahrte.

Erst während des Krieges ist diese Funktionsteilung in Massenorganisation mit freier Mitgliederwerbung und Komiteeorganisation mit von oben geregelter ständischer Zusammensetzung kritisiert worden. Im demokratischen und gewerkschaftlichen Flügel des Zentrums stellte man Erwägungen über eine Neuorientierung und Reorganisation der Partei an. Ihr vorwiegend mittelständisch-agrarischer Charakter, das Vorherrschen unpolitisch-provinzieller Gesichtspunkte bei ihren Anhängern und die Perspektivlosigkeit ihrer Politik, das schien damit zusammenzuhängen, daß sie hinter den Anforderungen der modernen Gesellschaft und des modernen Staates zurückgeblieben war, und im Sinken des Wähleranteils wurde das handgreiflich. Eine Ursache dieser Zurückgebliebenheit

¹⁾ Mitgliederentwicklung des Vereins 1891: 109, 1901: 184, 1905: 455, 1914: 805 000, das waren im Reich 13,6% der katholischen erwachsenen Männer, in Preußen 14,4%, in Westfalen 30,8%, im Rheinland 20%; die Einnahmen stiegen von ca. 160 000 M 1900 auf ca. 650 000 M 1913/14; E. Ritter; S. 181, 231, 233.

fand man auch in der beschriebenen Organisationsform. Aus diesen Gründen forderte man eine eigene Organisation mit Ortsvereinen, freier Mitgliederwerbung und gewissen demokratischen Rechten der Mitglieder¹⁾. Diese Erwägungen konnten freilich vor 1918 keine reale Wirkung mehr haben, sie zeigen aber, wie die Funktionsteilung das Problem des Verhältnisses von Massenpartei und Honoratiorenorganisation nicht gelöst hatte.

Wie der Volksverein dem Zentrum die Massenorganisation ersetzte, so übernahm die Generalversammlung der deutschen Katholiken, der sogenannte Katholikentag, die Funktion des Parteitagcs im Zentrum²⁾. Im Bewußtsein des katholischen Volksteils und seiner Führer fielen der öffentlich aktive Katholizismus und die Bindung an die Zentrumsparlei zusammen. Da aber seine Anhänger nicht so autoritätsbestimmt und nicht so homogen wie die Konservativen waren, brauchte die Partei ein Forum, wo sie zu Wort kamen, wo die Partei sich öffentlich kundtat und durch Resonanz in breiten Kreisen ihre Volkstümlichkeit demonstrierte. Allgemein wurde auf Resolutionen des Katholikentages als auf Kundgebungen des Zentrums Bezug genommen. Diese Resolutionen beschäftigten sich zum großen Teil mit jeweils aktuellen politischen Fragen und traten sehr entschieden für die Fraktion ein³⁾. Die Abgeordneten waren spätestens seit 1879 durchweg führend bei der Organisation, bei der Vorbereitung der Resolutionen in den Kommissionen und bei den großen Volksversammlungen als Redner⁴⁾, wo sie z. B. über die parlamentarische Lage berichteten und um Vertrauensvoten baten. Obschon die Versammlung formell keine die Fraktion verpflichtenden Beschlüsse fassen konnte, sah man doch darauf, daß auch materiell auf diesen Tagungen nichts über die zukünftige

¹⁾ Dazu eine Denkschrift von Brauns, NL Bachem 1915, über „Die Stellung der Zentrumsparlei nach dem Kriege“, in der „eingeschriebene Parteimitglieder mit Parteibeiträgen“ gefordert wurden. Die Intention richtete sich nicht primär auf innerparteiliche Demokratisierung, sondern darauf, einen großen Zug, eine echte Perspektive in die Politik der Partei hineinzubringen; darum sollte z. B. der Fraktion ein größerer Einfluß auf die Kandidatenaufstellung eingeräumt werden. — Ähnliche, noch herbere Kritik in einer Rede von Stegerwald, Köln. Volksztg., 28. Juli 1918; er griff auch an, daß im Zentrum alle Gegensätze mit der Parole der Zentrumseinheit in kleinen Zirkeln — den Kreis- und Provinzialkomitees und den Fraktionen — „verkleistert“, aber niemals wirklich — d. h. auch öffentlich — ausgetragen wurden; ebenso in einer späteren Rede, ebd., 30. Oktober 1918. Vgl. auch E. Ritter, S. 364 ff., hier ist von einer Denkschrift Stegerwalds die Rede.

²⁾ Vgl. J. B. Kißling, Katholikentage I, II; Vergleich mit liberalen Parteitagen selbst durch Windthorst, ebd. II, S. 213. — Tagungen des Volksvereins waren dem Katholikentag eng verbunden. Lieber bezeichnete 1901 den Volksverein als fortwährende Generalversammlung, erst dadurch würden die gefaßten Beschlüsse „etwas mehr . . . als nur schön bedrucktes Papier“, E. Ritter, S. 246.

³⁾ Z. B. wurde 1896 gegen die agrarische Agitation, 1897 sehr scharf gegen den bayerischen Bauernbund Stellung genommen. Dieser betrachtete das als neue „Kriegserklärung des Zentrums“, Dt. Tgztg., 8. September 1897; Kißling II, S. 272 f.

⁴⁾ Bachem schreibt darüber: Wenn die Generalversammlung irgend etwas mache, müßten die Abgeordneten „den Buckel hergeben“; es dürfe also „nichts geschehen, was die Parlamentarier nicht auch vollauf verteidigen“ könnten; darum müßten sie gebührenden Einfluß auf das leitende Zentralkomitee haben.

Politik festgelegt wurde; die Fraktion wollte sich in keiner Weise binden lassen¹⁾. Die Beschlüsse blieben daher sehr allgemein, schon um den vor der Öffentlichkeit für notwendig gehaltenen Ausgleich verschiedener Meinungen zu ermöglichen; etwa vorhandene Spitzen in den Anträgen der Referenten wurden in den Kommissionsverhandlungen beseitigt²⁾, konkrete Gesetze oder Maßnahmen wurden nur dann befürwortet oder verworfen, wenn darüber im wesentlichen Einstimmigkeit herrschte³⁾. Im ganzen dienten so diese Tagungen der Selbstbestätigung, die Parteieinheit wurde demonstriert, die verschiedenen Gruppen der Parteianhänger wurden mit relativ gleichmäßigem Wohlwollen bedacht; irgendwelcher Einfluß auf die politischen Entscheidungen ging von ihnen nicht aus⁴⁾.

Indem so die Massenagitation und die Parteitage von Sonderorganisationen getragen waren und für die Meinungsbildung und die Entscheidungen der Partei keine Bedeutung hatten, indem die Kandidatenauswahl und der Wahlbetrieb bis zur Provinz- oder Landesebene zusammengefaßt war, bestand für zentrale Instanzen auf Reichsebene keine Notwendigkeit. Die Fraktion war bis kurz vor dem Weltkrieg das alleinige Führungsgremium der Partei⁵⁾. Das beruhte darauf, daß die Fraktion, um ihre Machtstellung als ausschlaggebende Minorität zu erhalten, eine Politik treiben mußte, die im wesentlichen Taktik war. Darin wollte sie sich in keiner Weise und von niemand festlegen lassen, um der jeweiligen parlamentarischen Lage entsprechend immer volle Entscheidungsfreiheit zu haben. Darum war die Reichstagsfraktion die Parteiführung⁶⁾.

¹⁾ Windthorst verhinderte 1884 einen Beschluß über einen katholisch-sozialen Programm-entwurf, die Haider-Thesen, er wollte keine programmatische Festlegung. „Windthorst widerstrebte allem, was außerhalb der Fraktionen oder neben den Fraktionen geschah, sobald es die freie Bewegung der Fraktion in Berlin beeinträchtigen konnte.“ Bachem IV, S. 126. — 1900 trat eine Resolution für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle ein, ohne die allein aktuelle politische Frage nach dem Maß der Erhöhung zu berühren, d. h. man ließ der Fraktion freie Hand, Voss. Ztg., 5. September 1900.

²⁾ So wurden z. B. 1896 Sätze gegen den Antrag Kanitz gestrichen, um die Agrarier nicht zu brüskieren, Dt. Tzgtg., 25. und 27. August 1896; Rhein.-Westf. Ztg., 17. September 1896. Ähnlich fiel 1902 ein nicht allgemein gebilligter Antrag von Giesberts über Arbeitslosenversicherung, Dt. Tzgtg., 29. August 1902.

³⁾ In dem seit 1900 schwelenden Richtungsstreit über die Arbeiterorganisation und den Integralismus verhielt sich der Katholikentag neutral. — Gelegentlich gab es Ausnahmen, wie z. B. 1911 eine Resolution gegen die Konsumvereine, die von christlichen Gewerkschaftlern als „Blamage“ bezeichnet wurde, Leipz. Neueste Nachr., 2. September 1911.

⁴⁾ „Begeisterung und Erhebung“ für die Weiterarbeit, Windthorst 1884, „eine glänzende Heerschau des katholischen Lagers“, Orterer 1894, „Politik im eigentlichen Sinne zu treiben, sei nicht Aufgabe der Katholikentage“, K. Bachem 1892; Kißling, S. 213, 258, 273.

⁵⁾ Der Abgeordnete v. Savigny schlug 1903 die Gründung eines Parteisekretariats vor, das der Fraktion als Archiv und zur Vorbereitung von Gesetzentwürfen dienen, zugleich die Verbindung mit dem Lande und die Wahlorganisation in die Hand nehmen sollte. Die Fraktion konnte sich dazu nicht entschließen, zum Teil aus Rücksicht auf die Landesorganisationen, zum Teil im Hinblick auf ihr Führungsmonopol. Für die technischen Zwecke der Fraktion genügte das Zentralbüro des Volksvereins. 1904 forderte eine Konferenz der westdeutschen Provinzial- und Landesorganisationen eine Reichszentrale und ebenso eine preußische, ähnliche Forderung 1906/07, NL Bachem; Cardauns, Trimborn, S. 95.

⁶⁾ Das wurde auch offen ausgesprochen. Es sei feststehende Überzeugung, daß die Fraktion die Partei zu leiten habe, sagte Spahn in Münstereifel, Germania, 31. Dezember 1902.

Über die wenigen Aufgaben, die von den Organisationen im Lande nicht erledigt wurden, war nichts festgelegt. Die Zusammenarbeit zwischen Reichstags- und Landtagsfraktion in Berlin wurde informell besprochen, eine zentrale Presseabteilung durch zwanglose Teilnahme von Abgeordneten an den Jahresversammlungen der im Augustinusverein organisierten katholischen Presseleute ersetzt¹⁾. Allgemeine Fragen, an denen die Partei interessiert war, z. B. die Schwierigkeiten der christlichen Gewerkschaften mit Rom, wurden von der Fraktion beraten und entschieden²⁾. Für Stichwahlfragen wurde 1906/07 zum erstenmal ein Komitee aus der Fraktion gebildet. 1908 konstituierte sich ein preußischer Landesauschuß, seit 1914 mit einem Generalsekretariat, der Wahlpolitik und Finanzierung zentralisieren sollte³⁾. Erst seit Februar 1914 gab es einen Reichsausschuß der deutschen Zentrumsparlei, der aus den Fraktionsvorständen und führenden Abgeordneten aller Parlamente, aus den Landes- oder Provinzialvorsitzenden und zahlreichen zugewählten Mitgliedern bestand. Hervorgetreten sind die Ausschüsse mit Kundgebungen, für die eine über die Fraktionen hinausreichende Basis erwünscht war. Sonst waren sie Ausspracheorgan der Abgeordneten mit den führenden Leuten des Landes; zumal im Krieg fanden hier lange und z. T. scharfe Auseinandersetzungen über Kriegsziele, Parlamentarisierung, U-Boot-Krieg, Wahlrechtsreform, Kriegswirtschaft und grundsätzlich über die Neuorientierung der Partei statt, die Landesvertreter waren öfter konservativer eingestellt als die Mehrheit der Abgeordneten, Ergebnisse haben diese Aussprachen nicht gehabt. Ein Wunsch Stegerwalds, den Reichsausschuß zur Parteiführung umzugestalten, weil die Fraktion infolge der Begünstigung der Landkreise durch die Wahlkreiseinteilung die Wählerschaft nicht repräsentiere, hat bis 1918 nicht realisiert werden können⁴⁾.

Für die Politik der Fraktion nun kam es in besonderem Maße auf den kleinen Kreis der Führer an. Bei ihnen handelte es sich um eine durchaus offene und unfeste Gruppe, von der nur der Fraktionsvorsitzende und die Vorstandsmitglieder ein Amt hatten, während die übrigen durch ihre jeweilige faktische Be-

¹⁾ J. Bachem, Erinnerungen, S. 125 f. Katholische Verleger gaben auch seit Beginn der 80er Jahre eine Zentrumsparlamentskorrespondenz (CPC) heraus. Lange Zeit war die Verbindung zwischen Fraktion und Zentrumspresse sehr schlecht.

²⁾ So gaben die Fraktionsvorstände 1909 beim Streit um den Zentrumscharakter eine Erklärung ab, die für die Partei Verbindlichkeit beanspruchte.

³⁾ 1912 trat dieser Ausschuß für eine Stärkung der Provinzial- und Zentralinstanzen ein, die einzelnen Abgeordneten sollten nicht mehr privat auf Entschließungen ihrer Wahlkreisorgane wirken, die Finanzen seien zentral zu ordnen; Sitzung 17. März 1912, NL Bachem.

⁴⁾ Der Anlaß, den Reichsausschuß zu konstituieren, war die Abfassung eines Aufrufs zur Gewerkschaftsfrage, die die katholischen Kreise zu spalten drohte. Die Bildung des Ausschusses war schon 1911 beschlossen worden, die Vorverhandlungen zogen sich sehr lang hin. Die Mitglieder aus den Fraktionen des Reichstags, des preußischen und des bayerischen Landtags und die aus Preußen Zugewählten umfaßten 12 Juristen, 10 Landwirte, 16 Geistliche, 5 Redakteure und Verleger, 2 Lehrer, 2 Privatiers, je einen höheren Beamten, mittleren Beamten, Industriellen, Handwerker, Gewerkschaftler. Stegerwald; s. o. S. 282 f.; über Sitzungen der Ausschüsse, NL Bachem.

deutung dazuzählten. Das Amt des Fraktionsvorsitzenden war formal mit großen Befugnissen für die Kommissionsbesetzung und die Leitung der Fraktions-sitzungen ausgestattet¹⁾; faktisch waren Amt und politische Führung lange Zeit bewußt getrennt, das Amt war mehr als Ausgleichsinstanz und als Repräsentation gedacht. So waren zunächst Mallinckrodt (bis 1874) und vor allem Windthorst, nach seinem Tod, und endgültig dann seit 1893, Ernst Lieber die eigentlichen Führer der Reichstagsfraktion, während das Amt des Fraktionsvorsitzen- den nacheinander mit Savigny (bis 1875), Franckenstein (bis 1890), Ballestrem (bis 1893) und Hompesch (bis 1909) besetzt war²⁾. Der eigentliche politische Führer war also amtlos, er wurde darum nicht ernannt oder gewählt, er wuchs vielmehr von selbst in seine Stellung hinein. Er war da, wenn er gebraucht wurde, er konnte des Fraktionsvorsitzenden sicher sein, die Fraktion bestätigte durch ihr Verhalten sein faktisches Führen. Mit ihm mußte die Regierung und mußten die anderen Fraktionen verhandeln³⁾. Nach Windthorsts Tod bestand kurze Zeit ein Führungsgleichgewicht zwischen Lieber und dem damaligen Fraktions- vorsitzenden Ballestrem, der als Vorsitzender auch nach der faktischen Führung strebte. Der Sieg der damals noch oppositionellen demokratischen Politik Liebers bei der Heeresvorlage von 1893 und die Nichtwiederwahl Ballestrens entschieden endgültig für Lieber. Der nunmehrige Fraktionsvorsitzende Hom- pesch hielt sich politisch zurück, er wirkte bei den innerparteilichen Auseinander- setzungen mehr ausgleichend; Lieber, der nicht einmal zu seinen beiden Stell- vertretern gehörte — das waren bis 1898 Spahn und Reindl, seitdem Spahn und Schädler —, führte trotz mancher Widerstände von rechts ziemlich unbestritten. Nach seinem Tod ging die eigentliche Führung ohne Konflikt, in gutem Ein- vernehmen mit Hompesch, auf Spahn über⁴⁾.

Bis dahin etwa war die Wahl des Fraktionsvorsitzenden und seiner Stell- vertreter reine Akklamationswahl; sie beruhte auf der vorherigen Absprache unter den eigentlichen Führern. Erst später hat sich die geheime Zettelwahl mit

¹⁾ Nach einigen Nachrichten im NL Bachem bestimmte der Vorsitzende die Kommissions- mitglieder, zeitweise wurden diese aber auch auf seinen Vorschlag hin gewählt, vgl. Hertling I, S. 290.

²⁾ Bachem V, S. 294, 301, 479. Entsprechend hatte nicht der Vorsitzende, sondern Windthorst eine Menge Privatsekretäre unter den Abgeordneten, J. Bachem, S. 67; Cardauns, Gröber, S. 42. Ein sogenannter Fraktionsvorstand hatte kaum reale Bedeutung, er hatte nur den Wahl- auftrag zu unterschreiben, ebd., S. 108.

³⁾ Besonders Windthorst wachte eifersüchtig darüber, daß die Regierung — auch bei Dingen, von denen er nichts verstand — sich nur an ihn wandte, NL Bachem. Befremden über eine Unter- redung Bismarcks mit Hertling, Hertling II, S. 23. Neben ihm hatte der Vorsitzende Francken- stein noch einiges Gewicht; nur in W.s Abwesenheit hatten andere etwas zu sagen, Hertling I, S. 314 ff. — Vgl. a. u. S. 287 f.

⁴⁾ Bachem V, S. 242, 301, VI, S. 498, VII, S. 96. — Hompesch war als Vorsitzender schwach, er hatte z. B. 1908 die Zuckerkommission nur mit Interessenten besetzt, da er ihnen nicht wider- stehen konnte, im Plenum wurden sie von der Fraktion desavouiert, NL Bachem. Vgl. a. Hertling II, S. 179.

vorhergehender echter Parteiung durchgesetzt. Diese Methode wurde bei den entscheidenden Vorwahlen angewandt, eine folgende für die Öffentlichkeit bestimmte einstimmige Akklamationswahl hatte keine Bedeutung. Wegen dieser neuen Wahlmethode und deshalb, weil die politische Führung inzwischen eher bei einem Kollegium oder den Führern der einzelnen Gruppen lag¹⁾, hatte die Wahl des Fraktionsvorsitzenden wohl zuerst 1909 politisches Gewicht. Spahn und Hertling konkurrierten miteinander; sie waren, obwohl nicht sehr beliebt, die einzigen, die nach Erfahrung und Autorität in Frage kamen, der von Erzberger²⁾ propagierte Trimborn hatte wegen seiner demokratisch-sozialpolitischen Linie bei der Mehrheit keine Chancen. Nach langem Hin und Her, bei dem alle möglichen politischen und persönlichen Gesichtspunkte parteibildend wirkten, siegte schließlich Hertling. Nachdem er 1912 bayerischer Ministerpräsident geworden war, kam nur Spahn als sein selbstverständlicher Nachfolger in Frage. Beide waren nicht mehr die eigentlichen Führer³⁾, und hatten auch nicht mehr einen solchen Führer neben sich. Denn die Führung war inzwischen kollegial geworden oder wechselte zwischen den Führungskreisen der verschiedenen und stark voneinander abweichenden Gruppen. Im Krieg, als Spahn in die Regierung eintrat, übernahm dann Gröber die Leitung der Fraktion, Erzberger und Fehrenbach blieben die wichtigsten politischen Führer.

Die faktische Fraktionsleitung beruhte also auf persönlicher Autorität der Führungsgruppe gegenüber der Masse der back-benchers. In den ersten Jahrzehnten des Reichstages war diese Autorität noch dadurch besonders begünstigt, daß viele, vor allem bauerliche und süddeutsche Abgeordnete wegen der Diätenlosigkeit nur sporadisch anwesend waren. Das verschaffte der kontinuierlich tätigen Führung ein bedeutendes Übergewicht und eine kaum angreifbare Stellung. Je nach Bedarf zitierte sie diese Abgeordneten heran, gelegentlich auch deshalb, um ein Gesetz mit ihnen zu Fall zu bringen, ohne selbst dagegen stimmen zu müssen⁴⁾. Zudem war in der Bismarckzeit die persönliche Autorität von Windthorst ganz überragend, er machte alles, er war eigentlich die Fraktion; die bedeutenderen Vertreter einer abweichenden Ansicht opponierten daher in großen Fragen vielfach nicht offen, sondern blieben den Verhandlungen fern oder

¹⁾ 1907 hatte man auch formal die Leitung einem mehrköpfigen Direktorium anvertrauen wollen, Trimborn sollte dabei mitwirken oder Generalsekretär des Vorsitzenden Hompesch werden, Cardauns, Trimborn, S. 184.

²⁾ Über die Feindschaft zwischen Hertling und Erzberger im Weltkrieg dann, Payer, Bethmann, S. 54.

³⁾ Spahn war um 1909 als Oberlandesgerichtspräsident die Hälfte der Zeit von Berlin abwesend. 1912 war er als Vorsitzender des Haushaltsausschusses vormittags fast ständig in Anspruch genommen, währenddessen die Politik der Fraktion gemacht wurde; so hatte er die Leitung nicht mehr fest in der Hand, Westarp, S. 248. Bachem VI, S. 370, führt schon den Konflikt den Zentrums mit Bülow 1906 auf das damalige Fehlen einer entschiedenen Fraktionsleitung zurück.

⁴⁾ Diese Taktik benutzte vor allem Windthorst gern, Bachem IV, S. 160. Hertling I, S. 290, berichtet über seine erste Fraktionssitzung, von 90 seien 20 dagewesen; ähnlich II, S. 137.

traten sogar zurück¹⁾. Der Stellung der Fraktionsführer entsprach auch ihre Handhabung der Fraktionsgeschäfte. Die Gesamtheit wurde wenig informiert, nach ihrer Meinung wurde wenig gefragt, in den seltenen Fraktionssitzungen wurde sie meist nicht vor Alternativen, sondern vor fertige Beschlüsse gestellt, gelegentlich unmittelbar vor der Plenarberatung erstmalig mit einer Sache befaßt. Die Tagesordnung wurde erst in der Sitzung vorgelegt und die Verhandlungen unter Zeitdruck gestellt, abweichende Meinungen waren schwer vorzubringen. Weil die eigentliche Arbeit bei wenigen konzentriert war, blieb eine große Zahl von Abgeordneten ohne eigentliche Funktion²⁾. Diese Mängel sind nach der Jahrhundertwende allmählich beseitigt oder vermindert worden; aber noch 1909 wurde gegen Spahn vorgebracht, daß er besonders gern die Fraktion vor vollendete Tatsachen stelle. Auch weiterhin wurden die Fraktionssitzungen von einer kleinen 6- bis 8köpfigen Führungsgruppe genau vorbereitet, gelegentlich trafen auch die Kommissionsmitglieder allein die Entscheidungen.

Um Schwierigkeiten zu vermeiden, hatte die Führung schon immer neben sachlich besonders befähigten Abgeordneten solche herangezogen, die für eine Landschaft oder für einen Stand repräsentativ waren³⁾; diese sollten zwischen ihr und den repräsentierten Gruppen vermitteln, Initiativen und Stimmungen an sie heranbringen und in ihrem Sinne nach „unten“ zu wirken suchen. Durch diese zur Vermittlung zugezogenen Abgeordneten wurde der öfter auftauchende Gegensatz zwischen radikaleren und manchmal hinterwälderischen backbenchers und der vorsichtiger taktierenden oder einfach sachlicheren Führung auf ein erträgliches Maß reduziert⁴⁾. Natürlich bekamen diese Abgeordneten selbst sehr bald Führungsrang, schon bei ihrer Auswahl spielten entsprechende Qualitäten, Initiative, Fleiß, Sachkenntnis und Einfluß auf andere, eine wichtige Rolle.

Im Laufe der Zeit wurde nun die Selbstergänzung der Führung, mit der sie bis dahin Spannungen in ihrem Sinne auszugleichen suchte, schwieriger. Seit der

¹⁾ So kamen Lieber und Hoensbroech selten; über den Gegensatz zwischen W. und Lieber, Cardauns, Gröber, S. 44. v. Schorlemer legte wegen häufiger Konflikte mit Windthorst 1885 sein Reichstagsmandat, 1889 sein Landtagsmandat und den Vorsitz der Landtagsfraktion nieder, Bachem V, S. 21 f. 1889 hatte deswegen die Gefahr einer Fraktionsspaltung bestanden, P. M. Baumgarten, *Römische Erinnerungen*, S. 175 ff. Die Beseitigung von kleineren Opponenten betrieb Windthorst systematisch, so ließ er z. B. den unbequemen Redakteur Majunke durch den Bischof von Breslau zum Pfarrer ernennen und ihm die Kandidatur verbieten, Bachem V, S. 192. Über Abweichungen von seiner Linie war er immer sehr ungehalten, vgl. J. Bachem, S. 116; Cardauns, Gröber, S. 42. Über den nach außen unbeschränkt wirkenden Einfluß Windthorsts vgl. Kulemann, S. 70; Hertling I, S. 301, II, S. 137 (Brief Ballestrens).

²⁾ Denkschrift des Abgeordneten v. Savigny, 1903, NL Bachem.

³⁾ So für Württemberg und Baden Gröber und Fehrenbach, Bachem VII, S. 101.

⁴⁾ So haben Schädler, Pichler und Orterer die Menge der unter dem Einfluß von Speck und Heim oft schwierigen bayerischen Abgeordneten auf der Linie der Führung gehalten und ihre Separationsgelüste eingedämmt; Bachem nennt sie „die wilden Männer“ oder „die kleinen Bayern“, die „Draufgänger“, die in der Politik nur „dreinschlagen“ wollten; Hertling konnte sein Ziel, Einfluß auf sie zu gewinnen, nicht erreichen, Hertling II, S. 201. So hat seit den 90er Jahren Herold die extremen Agrarier, wenn auch mit Schwierigkeiten, oft für die Entscheidungen der Führung gewinnen können; NL Bachem.

Einführung der Diäten war mit stärkerer Anwesenheit der back-benchers zu rechnen, sie konnten mobilisiert werden und politisch ins Gewicht fallen. Das bot dem Aufstieg aus eigener Aktivität größere Möglichkeiten und ist von einem Manne mit dem Ehrgeiz Erzbergers sofort genutzt worden¹⁾. Die Führung kam demgegenüber mit ihrer bisherigen Praxis nicht mehr durch, sie konnte einen Verlust an Autorität — der auch mit den Persönlichkeiten von Hertling und Spahn zusammenhing — nicht verhindern²⁾. Die Gruppenbildung in der Fraktion wurde stärker, die Führung konnte es nicht immer wagen, gegen eine Gruppe Stellung zu nehmen und sich nicht durchsetzen³⁾. In den letzten Jahren vor 1914 war die Führung daher labil, Spahn wurde häufig von dem Triumvirat Gröber-Fehrenbach-Erzberger in den Hintergrund gedrängt.

Mit der Autorität der Führung hing die Einheitlichkeit der Fraktion eng zusammen. Fraktionszwang gab es auch im Zentrum statuten- und traditionsgemäß nicht⁴⁾; die Abgeordneten waren nur verpflichtet, eigene Anträge vorher vorzulegen und von der Mehrheit abweichende Abstimmungen vorher bekanntzugeben. Zunächst versuchte der Führer oder die Führungsgruppe eine mindestens zeitweilige allgemeine Einigkeit über die jeweilige Frage herzustellen. Wenn die überwiegende Mehrheit für eine Entscheidung eintrat, fügte sich die Minderheit meist von selbst⁵⁾. Andernfalls wurde — sofern es sich um politisch oder taktisch wichtige Dinge handelte und man nicht durch Abkommandieren einer Minorität etwas erreichen wollte — ein starker Druck auf die Abgeordneten mit abweichender Ansicht ausgeübt, so daß dann im Ergebnis manche der Abstimmung fern blieben und nur eine kleine, sehr entschiedene Minorität gegen die Mehrheit stimmte. Das trat z. B. 1889 beim Invalidenversicherungsgesetz ein, als 13 Abgeordnete, zumal Bayern unter Führung Franckensteins, dem Gesetz zur Annahme verhalfen; dieser Abstimmung gingen bittere Auseinandersetzungen und sogar Rücktrittsangebote voraus, die fortdauernde Einheit der Fraktion war, zu-

¹⁾ Vgl. Bachem VI, S. 347.

²⁾ Bachem VII, S. 99.

³⁾ Eine positive Stellung zu den von den Integralisten angegriffenen Christlichen Gewerkschaften konnte die Führung zunächst nicht durchsetzen, Cardauns, Trimborn, S. 117.

⁴⁾ Vgl. Hüsgen, Windthorst, S. 86; der konservativ-antisemitische Abgeordnete Cremer wurde 1880 zum Austritt aus der Landtagsfraktion genötigt, Heffter, S. 28; 1911/12 wurden Roeren und Oppersdorff, deren Integralismus von der Fraktion abgelehnt wurde und zudem in ständigen Angriffen gegen die Partei und ihre Führer mündete, aus der Fraktion gedrängt. Auch bedeutende Abgeordnete, die in wichtigen Fragen von der sonst einhelligen Meinung der Fraktion oder ihrer Führung abwichen, konnten kaltgestellt werden, so v. Loë, als er 1896 ein besonderes katholisch-soziales Programm durchsetzen wollte, er wurde nicht mehr in den Vorstand der Fraktion im Landtag, der dort größere Bedeutung hatte als im Reichstag, gewählt, Bachem V, S. 354; so Müller-Fulda, als er 1911 für die Fürstenbesteuerung eintrat, Welt am Montag, 18. November 1911; so der bayerische Bauernführer Heim, der sich nie in die Fraktion einfügte; als er 1911 sich durch die Polen in eine Kommission wählen ließ, veröffentlichte der Fraktionsvorstand eine besondere Erklärung gegen ihn, NL Bachem; Schles. Volksztg., 25. März 1911.

⁵⁾ Z. B. bei der Verweisung der Pressevergehen an Schwurgerichte 1876, Hertling I, S. 308.

mal in Windthorsts Augen, in diesem grundsätzlichen Fall schwer bedroht¹⁾. Eine Minderheit konnte sich durchsetzen, wenn sie entweder sehr radikal war, und mit einer Sezessionsdrohung die Mehrheit zu sich herüberzog²⁾, oder dann, wenn die Fraktionsführung zu ihr gehörte, und die anfängliche Mehrheit ihren Standpunkt nicht sonderlich entschieden vertrat³⁾. In minder wichtigen Fragen — dazu zählten anfangs auch Wirtschaftsfragen, wenn sie nicht wie 1879 eine hochpolitische Bedeutung hatten — und in Fragen, in denen es eine sehr große Minderheit gab, war die *itio in partes* ohne weiteres möglich. Dazu kam es zumal dann, wenn in der faktischen Fraktionsleitung ein nicht überwundener Gegensatz bestand, wenn der politische Führer die weitere Führungsgruppe nicht einhellig hinter sich hatte. Oder dann, wenn die Führung eine große Zahl von *backbenchers* nicht hinter sich bringen konnte, weil diese sich durch die gelegentlich ausgeklügelte Politik der Führung in ihren vitalen Wahl- oder Wirtschaftsinteressen bedroht fühlten⁴⁾. So konnten sich die eher diplomatischen Zentrumsführer nur schwer und nicht immer gegen die stärkste dieser Gruppen, die Agrarier, in der Fraktion durchsetzen⁵⁾.

Trotz solcher Differenzen und trotz der Führungsschwierigkeiten vor 1914 aber hat die Fraktion ein beträchtliches Maß von Einheitlichkeit erreicht. Richtungswechsel, Rechts- und Linksschwenkungen, wie sie der Taktik der aus-

¹⁾ Die Mehrheit lehnte wegen des Staatszuschusses ab, die Minderheit nahm wegen der föderalistischen Organisation an; vgl. dazu Bachem V, S. 65 f.; Hüsgen, S. 331; Cardauns, Gröber, S. 46 ff.; Müller, Hitze, S. 88 f.; der Bestand der Fraktion sei nie so bedroht gewesen, schrieb Windthorst, Korrespondenz, Stimmen aus Maria-Laach, Bd. 83, S. 27; Hertling II, S. 10 ff. — Den Widerstand der von ihren antimilitaristischen Wählern beeinflussten bayerischen Abgeordneten gegen die Heeresvorlage von 1890 konnte Windthorst nicht brechen, Bachem V, S. 143; Cardauns, Gröber, S. 44; 1902 blieben 16 Gegner des Zolltarifs der Abstimmung fern.

²⁾ Über den Einfluß der bayerischen Minorität auf die Ablehnung der Militärvorlage 1893, Bachem V, S. 287, s. u. S. 291. Auch später 1895/96 haben die Bayern entgegen der reichsfreundlicheren Politik Liebers die Gründung einer Sonderfraktion erwogen, Bachem V, S. 351. Nach der Berliner Volksztg., 19. August 1916, haben die Arbeitervertreter im Zentrum mit einer Austrittsdrohung erreicht, daß das Zentrum für die Änderung des Reichsvereinsgesetzes stimmte und ein Angebot der Konservativen ablehnte, gegen andere Konzessionen diese Änderung zu Fall zu bringen.

³⁾ So war 1897 und 1900 die Mehrheit eigentlich gegen die Flottenvorlage. Lieber und Gröber setzten aber ihre Annahme durch, da die Mehrheit ohne Kampfstimmung und zudem von der Flottenagitation im Lande beeindruckt war. — So setzte sich Windthorst 1879/80 bei den Landtagsdebatten über den Antisemitismus gegen die Mehrheit durch, Bachem III, S. 418, IV, S. 440.

⁴⁾ So stimmten 1887 42 Abgeordnete gegen die Erhöhung der Kornzölle, 1893 49 Abgeordnete mit Schädler gegen und 46 mit Lieber für den rumänischen Handelsvertrag, 1913 enthielten sich 22 — agrarische — Abgeordnete bei der Zustimmung zur Erbschaftsteuer, 1918 stimmten 25 Landtagsabgeordnete gegen, 69 für das gleiche Wahlrecht in Preußen.

⁵⁾ Die Zentrumsführer konnten beim Zolltarif 1902 für die ersten beiden Lesungen und die Kommissionsverhandlungen ihren Wunsch, die Fraktion auf die Regierungsvorlage festzulegen, nicht durchsetzen; das scheiterte am Widerstand der agrarischen Mehrheit. Um diese Fragen gab es sehr erregte Auseinandersetzungen; ähnlich 1905/06 über die Annahme der Handelsverträge, 1913 über die Wertzuwachssteuer. Im Krieg opponierten die Agrarier gegen Parlamentarisierung und Wahlrechtsreform; NL Bachem.

schlaggebenden Minoritäts- und Mittelpartei entsprachen, wurden im allgemeinen von der ganzen Fraktion getragen und verteidigt.

Die Beziehungen zwischen Fraktion und Land waren ähnlich informell wie bei den Liberalen. Nur war die Zentralisierung hier im wesentlichen schon durch den Föderalismus eingeschränkt. Wo die Fraktionsführer in Kandidaten- und Stichwahlfragen auf Wahlkreisorganisationen einzuwirken suchten, handelten sie nur auf Grund ihrer persönlichen Autorität; der Erfolg war in diesen Fällen nie gewiß¹⁾. Eher konnten sie über die Provinzialorganisationen einen indirekten Einfluß auf die Kandidatenauswahl und damit auf die zukünftige Zusammensetzung der Fraktion ausüben, da immer eine Reihe von Provinzial- oder Landesvorsitzenden und Vorstandsmitgliedern zur Fraktionsführung gehörte oder ihr anhing. Dieser Einfluß konnte aber gerade durch die mehrfachen Vermittlungen auch sehr abgeschwächt werden.

Trotz der autoritären Verfassung der Partei konnte die Fraktion natürlich Bewegungen im Lande, zumal unter der organisierten Anhängerschaft, nicht ignorieren²⁾, besonders dann, wenn auf die einzelnen Abgeordneten ein Druck aus ihren Wahlkreisen ausgeübt wurde. Falls eine genügend große Minorität unter diesem Druck stand, hatte das eine erhebliche Bedeutung für die Gesamtfraktion; so haben unter dem Eindruck der Bauernbewegung die bayerischen Komitees 1893 ihre Abgeordneten gegen die Militärvorlage eingenommen, die dann mit einer Sezessionsdrohung ihren Standpunkt in der Fraktion durchgesetzt haben, und auch später haben diese mit den Plänen einer Sonderbildung versucht, sich der Mehrheit gegenüber geltend zu machen³⁾. Bei den Flottenvorlagen hat ein Großteil der Fraktion unter dem Eindruck der Wählerstimmung und der Kundgebungen im Lande seinen zunächst negativen Standpunkt revidiert. Aber organisierte Bewegungen blieben Ausnahmen, und normalerweise haben die Parteiorganisationen im Lande die konkreten Entscheidungen der Abgeordneten relativ wenig beeinflußt⁴⁾. Dagegen läßt sich sagen, daß die Fraktion trotz ihrer Unabhängig-

¹⁾ So hatte sich Windthorst für den Abgeordneten Forcade gegen den Arbeiterkandidaten Stötzel in Essen 1877 vergeblich eingesetzt, Bachem III, S. 108; dagegen sollte der Landtagsabgeordnete Cremer sein Mandat nur der Intervention von Windthorst und Schorlemer zu verdanken haben, Königsb. Hart. Ztg., 4. Oktober 1881. Gegen den ausdrücklichen Wunsch der Parteiführer wollte der Zentrumsverein in Berlin 1881 mit den Konservativen zusammengehen, Berl. Börs. Cour., 7. Juli 1881; endlich setzten die Führer sich aber durch, Hefter, S. 28. Im Wahlkreis Glogau gab 1898 Lieber Stichwahlparole für den Freisinn, im Gegensatz zum schlesischen Provinzialkomitee, Dt. Tgztg., 11. Juli 1898. 1903 verhandelten Bachem und Spahn mit führenden Nationalliberalen über ein größeres Stichwahlabkommen; sie konnten ihre Konzessionen bei den Wahlkreisorganisationen nur zum Teil durchsetzen. 1907 brachten die Führer im Wahlkreis Olpe den Arbeitersekretär Becker gegen den querköpfigen Fußangel durch; NL Bachem.

²⁾ Die christlich-soziale Bewegung der 70er Jahre in Westdeutschland etwa hat zum Antrag Galen (Arbeiterschutzmaßnahmen) geführt.

³⁾ Bachem V, S. 278 f., 351; Hertling II, S. 202 f.

⁴⁾ Die Rücksicht auf die Wählerstimmung war natürlich etwas anderes. Über den Einfluß von Interessenverbänden werde ich in meiner kommenden Untersuchung handeln. — In Einzelfragen gab es immer einen Haufen Eingaben aus Parteikreisen an die Abgeordneten.

keit im großen und ganzen die Meinungen und Stimmungen der durch die Honoratiorenschicht bestimmten Partei im Lande relativ angemessen ausdrückte, während allerdings die breiten Anhängermassen nicht zur Geltung kamen.

Zusammenfassend sei noch einmal das Spezifische der Zentrumsorganisation gegenüber anderen Parteien hervorgehoben. Die Zentrumspartei hatte keine eigentlichen Mitglieder, die Massen wurden durch die katholischen Vereine, insbesondere den Volksverein für das katholische Deutschland, bei der Partei gehalten. Die Organisation beruhte auf einem Honoratiorensystem mit von oben zugezogenen Repräsentanten der Berufe, Stände und Klassen. Das Schwergewicht der Macht lag bei den Provinzial- und Landesvorständen, wenigstens die lokalen Führungen aber besaßen doch ein beträchtliches Maß von indirektem Einfluß. Eine innerparteiliche Opposition mußte sich außerhalb der Parteiorganisation zusammenschließen. Über die Politik entschied allein die Fraktion. — Diese Organisation entsprach der älteren, agrarisch-mittelständischen Gesellschaftsstruktur der Zentrumswählerschaft, sie war ihrem gesellschaftlichen und politischen Bewußtsein angemessen. Die neu aufsteigenden Schichten der industriellen Massengesellschaft konnten in diese Organisationsform nicht mehr eigentlich eingefügt werden.

VII. Die Sozialdemokraten

Während in den bürgerlichen Parteien das Organisationsproblem erst spät aufkam und kaum je erstrangige Bedeutung hatte, war die Sachlage innerhalb der Arbeiterbewegung ganz anders. Einmal befanden sich die bürgerlichen Politiker bereits im Besitz gesellschaftlicher Machtpositionen, sie besaßen persönliche Autorität und eine große, z. T. selbstverständliche Anhängerschaft im Volk, dazu stand ihrer Propaganda die bürgerliche Presse, der Klerus oder der Verwaltungsapparat zur Verfügung; dagegen mußte die Arbeiterpartei sich solche Ausgangs- und Machtpositionen erst schaffen, und eben durch Organisation schaffen. Da sie den Anspruch stellte, das Klasseninteresse der Arbeiterschaft zu vertreten, mußte sie mehr als jede andere Partei darauf aus sein, das entsprechende Klassenbewußtsein überall zu wecken und zu intensivieren. Sie brauchte dazu einen eigenen Agitationsapparat, die private Initiative konnte nicht genügen, nur der Zusammenschluß der Schwachen zur gemeinsamen Aktion und zur gemeinsamen Finanzierung des Apparats, nur die Organisation konnte helfen. — Zum andern entstand die Arbeiterbewegung nicht aus dem Parlament heraus als Hilfstruppe, sondern außerhalb desselben, und da blieb ihr Schwergewicht. Sie lebte nicht wie die bürgerlichen Parteien auf die parlamentarische Stellung im konstitutionellen Staat hin orientiert, sondern sie wollte als Massenbewegung die Gesellschaft verwandeln, nicht Anteil am Staat, sondern den ganzen Staat gewinnen. Darum war ihr Anteil an der Macht, ihre parlamentarische Position nicht an sich wichtig, sie war vielmehr bewußt auch außerparlamentarischer Kampf- und Agitationsverband, und danach richtete sich ihre Struktur. Kurz, Organisation bedeutete für die an die Masse appellierende und in gewissem Sinne revolutionäre Bewegung schlechthin eine Lebensfrage. Organisation war das Mittel, war das Zauberwort, das den Weg zur Emanzipation, zur Macht zu öffnen schien. Darum hatte sie für die Arbeiterpartei objektiv eine ganz andere Bedeutung als für die übrigen Parteien. Hinzu trat ein subjektives Moment. Während für das Bürgertum nicht die Politik und schon gar nicht die Parteipolitik den höchsten Rang in der Skala überprivater Hoffnungen, Erwartungen und Zielsetzungen einnahm, deshalb auch die Zugehörigkeit zu einer Partei niedriger als die zu anderen Gemeinschaften rangierte, war es bei den Sozialdemokraten umgekehrt. Hier bildete der Einsatz für die Partei die wichtigste gemeinschaftliche Bindung. Während für die bürgerlichen Politiker der Staat, die Nation und die national-bürgerliche Kultur Wirklichkeiten über den Parteien blieben, galt für die Sozialdemokraten die Partei, die Organisation der künftigen Gesellschaft, zunächst, und wenigstens sichtbar, als die letzte Wirk-

lichkeit. Sie, die den Staat in Zukunft beherrschen sollte, war zugleich das Mittel, diese Herrschaft zu gewinnen, und darum konnte sie in der Gegenwart leicht zu einem eigenen und umfassenden Zweck allen Tuns und Denkens werden.

Die Tätigkeit der Partei konzentrierte sich also auf sich selbst, auf ihr Wachstum und die dazu notwendige Agitation und auf Klärung oder Abwandlung ihrer programmatischen Ansichten; auch ihre parlamentarische Politik war wesentlich auf sie selbst bezogen. Indem nun Expansion und innerparteiliche Meinungsbildung im Mittelpunkt des politischen Interesses der Partei standen, rückten auch die entsprechenden Organe in den Mittelpunkt der Partei. Einerseits sind alle primär politischen oder ideologischen Ereignisse und Vorgänge der Parteilgeschichte, etwa das Vordringen des Revisionismus, mit dem faktischen Funktionieren der Parteiorgane, also mit der Geschichte der Organisation, eng verflochten; andererseits entstanden selbstverständlich mit der wachsenden und unvergleichbaren Größe der Organisation eine ganze Reihe neuer organisatorischer Fragen, die unmittelbar zu echt politischen Fragen wurden. Dementsprechend nimmt innerhalb der lebhaften innerparteilichen Diskussion die Reflexion über Organisationsprobleme, etwa über Masse und Avantgarde und den Sinn der Massenorganisation, über innerparteiliche Demokratie und Zentralisation, über das Verhältnis von Parteitag, Parteivorstand und Fraktion, einen ganz anderen Raum ein als in anderen Parteien.

Angesichts dieser Sachlage müssen wir uns aus den im Vorwort dargelegten Gründen mit einem zusammenfassenden Überblick begnügen.

Da die Organisation der Partei in stärkstem Maße von den Maßnahmen des Staates gegen sie bestimmt gewesen ist, gliedert sich die Organisationsgeschichte in die Zeitabschnitte vor, unter und nach dem Sozialistengesetz. Die Frühzeit ist dabei vor allem als Vorgeschichte der späteren Organisation interessant.

a) Die Anfänge der Organisation bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes

Als Lassalle 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) gründete, wollte er im Gegensatz zu den im Fahrwasser des Linksliberalismus schwimmenden Arbeiterbildungsvereinen eine wirklich politische Organisation der Massen gründen, die zunächst noch als Agitationsverein die Öffentlichkeit gewinnen und von daher die politischen Entscheidungen beeinflussen sollte, aber nicht, wie der Nationalverein, die Lösung einer speziellen Frage, sondern eine Gestaltung der Gesamtpolitik inaugurierte; nach Erreichen ihres ersten Zieles, des allgemeinen Wahlrechts, sollte sie eine Macht auch im Parlament und im Staat werden und bleiben: sie war von vornherein im eminenten Sinne als Partei gedacht. Der Gründungsappell enthielt die eindringliche Aufforderung zur Massenorganisation und -agitation und setzte zahlenmäßig Ziele, die damals ganz

unerreichbar und jedenfalls höchst erstaunlich schienen¹⁾. Ein für allemal hat damit Lassalle der Arbeiterbewegung die Notwendigkeit einer einheitlichen Massenorganisation eingeprägt.

Die neue Partei mußte, nicht nur als Werk Lassalles, zunächst diktatorisch geführt werden, um den Erfordernissen gerecht zu werden²⁾, zugleich mußte sie sich nach den vereinsgesetzlichen Verbindungsverboten richten. Beiden Notwendigkeiten trug das Statut Rechnung.

Es wurde ein einheitlicher Verein begründet, dem jeder Arbeiter beitreten konnte, andere Personen konnten durch den Vorstand aufgenommen werden; wer mit dem wöchentlichen Beitrag länger als 4 Wochen im Rückstand war, sollte als Mitglied gestrichen werden. Die Mitglieder eines Ortes wurden als „Mitgliedschaft“ zusammengefaßt, die ein „Bevollmächtigter“ leitete, der, formal in Rücksicht auf das Vereinsgesetz, vom Vorstand des Vereins ernannt wurde; er gab Mitgliedskarten aus, kassierte die Beiträge, von denen er 50 % für lokale Zwecke verwenden durfte, und unterhielt die Verbindung mit der Zentrale, der er auch Mitgliederlisten zu übersenden hatte. Als oberstes Organ galt die alljährliche Generalversammlung, bei der Delegierte nach der Zahl der vertretenen Mitglieder abstimmten³⁾. Sie wählte jährlich einen 24köpfigen Vorstand, darunter einen besoldeten Sekretär und einen Kassierer, und den Präsidenten, zunächst auf eine Amtszeit von 5 Jahren. Der Vorstand leitete den Verein, doch konnte der Präsident — und das war ausschlaggebend — in dringlichen Fällen jede Maßnahme ergreifen, vorbehaltlich einer nachträglichen Genehmigung durch den Vorstand oder die Generalversammlung. Der Präsident entschied auch über deren Tagesordnung und konnte endlich die örtlichen Bevollmächtigten, jedenfalls vorläufig, ihres Amtes entheben. Eine Änderung des Statuts sollte nur durch eine Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung und erst nach 2 Jahren möglich sein⁴⁾. Die Vorstandssitze wurden zunächst noch nicht

¹⁾ Im offenen Antwortschreiben heißt es: „Organisieren Sie sich als ein Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein zu dem Zwecke einer . . . friedlichen, aber unermüdlichen . . . Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts . . . Von dem Augenblick an, wo dieser Verein auch nur 100 000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher jeder rechnen muß . . . Diskutieren Sie überall, täglich, unablässig, unaufhörlich . . . in . . . öffentlichen Versammlungen, wie in privaten Zusammenkünften die Notwendigkeit des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Je mehr das Echo Ihrer Stimmen millionenfach wiederhallt, desto unwiderstehlicher wird der Druck derselben sein. . . . Gründen Sie . . . Kassen, die trotz der Kleinheit der Beiträge für Agitationszwecke eine gewaltige finanzielle Macht bilden würden — bei einem wöchentlichen Beitrage von nur 1 Silbergroschen würde bei 100 000 Mitgliedern der Verein jährlich über 160 000 Taler verwenden können —, öffentliche Blätter, welche täglich dieselbe Forderung erheben und die Begründung derselben aus den sozialen Zuständen nachweisen. Verbreiten Sie . . . Flugschriften zu demselben Zweck, besolden Sie aus den Mitteln dieses Vereins Agenten, welche dieselbe Einsicht in jeden Winkel des Landes tragen, das Herz eines jeden Arbeiters, eines jeden Häuslers und Ackerknechts mit demselben Ruf durchdringen. Entschädigen Sie . . . alle solche Arbeiter, welche wegen ihrer Tätigkeit für denselben Schaden und Verfolgung erlitten haben . . .“, F. Lassalle, Schriften II, S. 444.

²⁾ Vgl. Mehring, S. 53 f.

³⁾ Die Mitglieder eines Ortes konnten sich auch von anderswo Wohnenden vertreten lassen, Mehring, S. 116.

⁴⁾ Schröder, S. 8 ff., 60 ff.; Mehring, S. 54 f.

alle besetzt, um sie für Mitglieder aus später hinzutretenden Orten offenzuhalten. Zum Präsidenten wurde selbstverständlich Lassalle gewählt.

Das Charakteristische der Organisation war die straffe Zentralisation und die diktatorische Ein-Mann-Spitze. Die Zentralisation wurde durch die einheitliche Wahl der Führung, die Abstimmung nach Mitgliederzahlen, nicht nach Orten, durch die Verteilung der Finanzmittel und die Institution der Bevollmächtigten sowie dadurch gewährleistet, daß den Mitgliedschaften keine Selbständigkeit zugebilligt war und sie nur über die zentrale Generalversammlung Einfluß nehmen konnten¹⁾. Lassalle hatte zwar einigen Mitgliedschaften zugestanden, je 3 Kandidaten als Bevollmächtigte zu präsentieren, unter denen der Präsident dann auswählte, dadurch wurde aber seine Macht nicht eingeschränkt²⁾. Auch als später die Bevollmächtigten gewählt wurden, blieb ein sehr reales Recht zur Bestätigung in der Hand des Präsidenten, eine Absetzung durch die Mitglieder war ausgeschlossen. — Die diktatorische Stellung des Präsidenten wurde dadurch befestigt, daß der Vorstand, dessen Mitglieder über ganz Deutschland verteilt lebten, kaum zusammentreten konnte und Entscheidungen also von seinen Mitgliedern nur einzeln und schriftlich eingeholt wurden, die Möglichkeit, Einfluß zu üben, war darum gering. Die Ernennung der Bevollmächtigten ging ganz auf den Präsidenten über und auch die Abgabe von politischen Erklärungen, die in einer Zeit, in der sich Programm und Linie der Partei erst bildeten, besonders wichtig waren, wurde in starkem Maße zu seiner Sache. Freilich konnte diese autoritäre Organisation nicht ohne demokratische Rückschläge bleiben, wenn sich eine sachliche Opposition regte. Nach der Stimmung der Arbeiterschaft und nach der Tradition, aus der sie herkam, war eine demokratische Regelung der Parteiverhältnisse selbstverständlich. Die Überzeugung von der Souveränität des Parteivolkes, das zu entscheiden hatte, von der Stellung der Führer als Mandatäre dieses Volkes, die vom Volk eingesetzt, kontrolliert und abgesetzt wurden, so unabhängig sie faktisch immer sein mochten, war — nach der Enttäuschung über die liberalen Führer zumal — tief ausgeprägt. Auch die Diktatur berief sich daher darauf, daß sie nur den Auftrag des Parteivolkes erfülle, und solange das sachlich gerechtfertigt war, konnte sie sich halten.

Die Hoffnungen Lassalles auf eine Massengefolgschaft erfüllten sich zunächst in keiner Weise, die Mitgliederzahl des Gesamtvereins blieb sehr niedrig³⁾, und

¹⁾ In einer nicht nur durch das Vereinsgesetz bedingten Instruktion für die Bevollmächtigten von 1867 hieß es, daß diese primär den Präsidenten zu vertreten hätten, die Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder stehe erst in zweiter Linie; diese müßten sich dem Ganzen unterordnen; Schröder, S. 63.

²⁾ Mehring, S. 108; in manchen Orten hatte Lassalle auch eigene Kassenverwaltung zugelassen. — Anfangs hat Lassalle alte 48er Demokraten zu Bevollmächtigten ernannt, Th. Müller, Breslauer Soz. dem. I, S. 69.

³⁾ Bis zu Lassalles Tod gab es kaum mehr als 1000 Mitglieder, Ende 1864 waren es dann 5000, in etwa 50 Orten, von denen nur etwa 16 je über 100 Mitglieder aufwiesen, Mehring, S. 102 ff.; in Bremen z. B. umfaßte der Verein 1864/65 139 Mitglieder, 1865/66 152, U. Böttcher, S. 56; in Hamburg rechnete man 1864 mit 700 und 1100 Mitgliedern, Laufenberg, S. 237; 1867 gab es

selbst an den Schwerpunkten der Bewegung war sie relativ gering und nach Konjunktur wie politischer Lage schwankend. Der Status des Mitglieds erwies sich trotz der rigorosen Bestimmungen als nicht eindeutig, da die Beiträge häufig gestundet wurden und, jedenfalls in den ersten Jahren, nur sehr unregelmäßig eingingen¹⁾.

Die politische Tätigkeit der Mitglieder war an den Zentren der Bewegung ziemlich rege. An größeren Orten wurden für Pressevertrieb, Agitation, Veranstaltung von Festen oder Wahlen besondere Kommissionen gebildet, man nahm also eine gewisse Arbeitsteilung vor²⁾. Die Mitglieder beteiligten sich aktiv an der Agitation, zumal bei den Wahlen seit 1867³⁾; freilich stieß ihre Propaganda auf starke Hindernisse, den bürgerlich-bäuerlichen Unwillen, die polizeiliche Unterdrückung oder die Uninteressiertheit, ja Ablehnung von Arbeitern, so daß die Bewegung nur langsam Fortschritte machte. Sonst befaßten sich die Mitglieder in ihren häufigen Zusammenkünften mit gegenseitiger Aufklärung und Befestigung in den Lehren des Sozialismus⁴⁾. Entscheidungen über Wahlbeteiligung, Kandidatenaufstellung und Stichwahlverhalten wurden erst nach erregten Debatten getroffen. Die nach Lassalles Tod im ADAV auftretenden Streitigkeiten, Oppositionsregungen und Sezessionen beschäftigten selbstverständlich auch die organisierten Anhänger sehr lebhaft und führten zu Protesten gegen zentrale Beschlüsse oder Pläne, zu Beschlüssen, die von denen der Führung abwichen⁵⁾, zu Ausschlußforderungen und zum Übergang zu Gegenparteien, zu einer von der Zentrale abgefallenen Führungsgruppe oder zur Etablierung als Sondergruppe. Die erst allmähliche Klärung des politischen Bewußtseins, das mit der Ablösung von der bürgerlichen Demokratie, mit der Frage, ob Konservative oder Liberale die größeren Gegner seien, mit der deutschen Frage, mit der Gewerkschaftsfrage in schwierigen Problemen stak, und zudem persönliche Streitigkeiten gaben den Anlaß zu solch intensiven Auseinandersetzungen in den Gruppen. Freilich blieb die Mehrheit in der Mehrzahl der Fälle beim ADAV, und zwar auch dann, wenn man an sich gegen gewisse Maßnahmen protestierte.

in Elberfeld und Hamburg jeweils etwa 500 Mitglieder, Mehring, S. 234; Hamburg galt auch als finanzielles Reservoir der Partei, Laufenberg, S. 345. Nach Schröder, S. 6, hatte der Verein 1872 über 21 000 Mitglieder, in Gotha 1875 waren 15 000 vertreten, Mehring, S. 359.

¹⁾ Mehring, S. 107; Laufenberg, S. 237.

²⁾ Laufenberg, S. 447, 529; 1874 gab es in Hamburg eine Agitatorenschule mit 1 Jahr lang laufenden wöchentlichen Kursen, ebd., S. 622; U. Böttcher, S. 103; Strauss, S. 12.

³⁾ In Hamburg beim Wahlkampf 1871 waren 200 Mitglieder, in 22 Sektionen eingeteilt, bei Schlepperdienst, Zettelverteilung und Hausagitation dauernd tätig, 85 000 Stimmzettel und 66 000 Agitationsbroschüren wurden verteilt; außerhalb der Stadt beschränkte sich die Agitation auf Versammlungen, Laufenberg, S. 450 f.; 1874: in allen Werkstätten und allen Orten der Umgebung Wahlkassen, ebd., S. 536.

⁴⁾ In Hamburg zweimal wöchentlich Zusammenkunft, alle 14 Tage öffentliche Versammlung, Laufenberg, S. 220; in Breslau fast allwöchentlich Versammlungen, Th. Müller I, S. 103.

⁵⁾ So in einer vom Bevollmächtigten des Vereins geleiteten Arbeiterversammlung 1866 in Leipzig, wo man sich ganz dezidiert für Österreich erklärte, Mehring, S. 178.

Eine große Rolle spielten im Parteileben die allgemeinen Volksversammlungen, die freilich in ihrer Richtung durch die Einberufer genügend charakterisiert waren¹⁾. Ihnen wurde eine durchaus legitime, geradezu institutionelle Funktion innerhalb der Partei und überhaupt im politischen Betrieb zuerkannt; Volksversammlungen „wählten“ oder „ernannten“ die Kandidaten für die allgemeinen Wahlen oder sie bestimmten Komitees, die die „Kandidatenfrage“ in die Hand nehmen sollten, sie beschloßen über Resolutionen, manchmal entschieden sie über die Teilnahme an Wahlen, in Preußen wählten sie aus vereinsrechtlichen Gründen die Delegierten zu den Generalversammlungen²⁾. Natürlich verfahren sie fast ausnahmslos im Sinne der Vereinsmitglieder, die zwar als Minderheit, aber organisiert und allein mit einem bewußten Willen der großen Masse gegenüberstanden. Auch über innerparteiliche Streitfragen wurde diskutiert und abgestimmt, — solche Abstimmungen hatten zwar keine verbindliche Kraft, erhöhten aber den Anspruch der Mehrheit auf Autorität³⁾. Im allgemeinen waren natürlich diese Versammlungen, soweit sie trotz polizeilicher Behinderung zustande kamen, Agitationsveranstaltungen, mit denen die Partei in breite Kreise eindringen wollte.

Die Geschichte der Partei, soweit sie die zentralen Organe⁴⁾, Führung und einheitliche Struktur betrifft, bewegt sich im wesentlichen zwischen den Polen der präsidialen Diktatur und ihrer Sicherung und den Versuchen, sie einzuschränken, zu kontrollieren oder im Falle ihres Versagens zu ersetzen; in diesem Zusammenhang wurde auch das Statut immer wieder geändert. Für die Ausnutzung der diktatorischen Möglichkeiten kam es auf die Persönlichkeit des Präsidenten an. Lassalle machte von seinen Vollmachten kräftig Gebrauch, gegen oppositionelle Regungen ging er schroff vor und setzte in solchen Fällen den Ausschluß aus dem Verein durch⁵⁾. Die Person des charismatischen Führers besaß eine fast unbedingte Autorität; noch auf seine testamentarische Empfehlung hin wurde in der Frage seiner Nachfolge verfahren⁶⁾. In der Folge kam es bei schwachen Präsidenten zu zahlreichen Zwistigkeiten unter den leitenden Män-

¹⁾ Z. B. in Hamburg, Harburg und Altona: 1867: Laufenberg, S. 317, 319, 320; 1871: ebd., S. 448, 450; 1874: ebd., S. 531; schon die Delegierten zum Gründungskongreß waren in einer allgemeinen Arbeiterversammlung gewählt worden, in einer solchen „erstatteten“ sie auch ihren Bericht, ebd., S. 218. Berlin: 1871, Bernstein I, S. 222, 1874: ebd., S. 274. Breslau: Th. Müller I, S. 123, 134 ff.; große Arbeitergruppen beteiligten sich an den Parteiaktionen, obwohl die Zahl der eigentlichen Parteimitglieder gering (1873: 81) blieb.

²⁾ Anders in Bremen, U. Böttcher, S. 103.

³⁾ Ein Parteistreit in Hamburg über Gewerkschaften und Vorschläge Schweitzers zur sozialistischen Einigung 1873 wurde in und mit Volksversammlungen ausgetragen, Laufenberg, S. 512.

⁴⁾ Auf mittlerer Ebene gab es Zusammenkünfte, aber keine dauernden Institutionen. Ein schleswig-holsteinischer Arbeitertag 1870, Laufenberg, S. 422, setzte ein Wahlkomitee ein; ein rheinisch-westfälischer Tag resolutionierte 1866 über das Verhältnis zu Preußen, ebd. S. 284; ein westdeutscher Tag 1875 kritisierte den Gothaer Programmentwurf, Mehring, S. 359.

⁵⁾ Mehring, S. 109, 117, Ausschluß von Vahlteich.

⁶⁾ Mehring, S. 129, 133, B. Becker wurde Präsident.

nern; bei Rücktritten und angefochtenen Wahlen konnte selbst das Statut keine Klarheit über die Rechtstitel der führenden Organe und Amtsträger und keine Autorität der Führung verbürgen. Erst 1867 wurde der Verein wieder einheitlich organisiert. Die Notwendigkeit von Disziplin und Zentralisation, an die man fast dogmatisch glaubte, betonte man besonders scharf¹⁾, daher wurde die abgefallene Hatzfeldtgruppe endgültig abgestoßen — sie bildete einen eigenen Verein —, eine Neuwahl der Bevollmächtigten angeordnet und die Abführung der Hälfte der Beiträge an die Zentrale eingeschärft; die Kassenverhältnisse kamen nun zum erstenmal wirklich in Ordnung²⁾. Zur Reorganisation gehörte auch eine Änderung bei der Wahl des Präsidenten. Während der Wirren nach Lassalles Tod war dieser verschiedentlich durch Urwahlen der Vereinsmitglieder bestätigt worden³⁾, nunmehr sollte er 6 Wochen vor der Generalversammlung in Urwahlen gewählt werden⁴⁾, eine Maßnahme, die den Präsidenten einer demokratischen Kontrolle unterwerfen sollte, praktisch aber seine Macht den andern Zentralorganen gegenüber ungemein erhöhte, einen Cäsarismus begünstigte und an Stelle der offenen Entscheidung der Generalversammlung einer Cliquenwirtschaft Tor und Tür öffnete. Eine als Äquivalent eingesetzte Kommission, die Beschwerden über den Präsidenten an die nächste Generalversammlung bringen sollte, hatte kaum Bedeutung.

Der neugewählte Präsident v. Schweitzer hat wieder die Fähigkeit gehabt, den Verein diktatorisch zu führen. Zudem verfügte er als Redakteur über das zentrale Organ der Partei, den „Sozialdemokrat“, den er fast allein redigierte und lange Zeit auch selbst unterhielt und mit dem er in starkem Maße die Meinung der Partei prägte; ein 1869 gegen ihn gerichteter Antrag, Redaktion und Präsidentschaft zu trennen, drang nicht durch⁵⁾. Er wollte, vor allem in Anbetracht der die Partei lahmlegenden Wirren, eine jede Willkür ausschließende „Diktatur des Prinzips“⁶⁾, etwa nach Art einer Präsidialdemokratie, bei der die übrigen Zentralorgane auf Kontrolle beschränkt sein sollten und der Präsident nach klarer Darlegung seiner weiteren Pläne jedes Jahr neu alle Vollmachten als „Mandatar des souveränen Volkes“⁷⁾ zur wirklichen Führung der Partei erhalten sollte; diese Vollmachten wollte er auch ausüben. Das bedeutete praktisch, daß er denjenigen, der von langer Hand einen Wechsel im Präsidium vorbereitete, rücksichtslos bekämpfte, nur unmittelbar vor der Wahl durfte man gegen ihn agi-

¹⁾ Auch deshalb, weil sich die Beitrags- und Berichtspflicht nur schwer durchsetzen ließ; Mehring, S. 107.

²⁾ Mehring, S. 206 ff.

³⁾ Mehring, S. 133, 155, 165, 181; Lassalle hatte das selbst 1863 so gehandhabt.

⁴⁾ Schröder, S. 10; Mehring, S. 209.

⁵⁾ Laufenberg, S. 384; Mehring, S. 263 f.

⁶⁾ Laufenberg, S. 412.

⁷⁾ So auf der Generalversammlung von 1870, Laufenberg, S. 413.

tieren¹⁾. Bei Schwierigkeiten ließ er sich auch gern von den Mitgliedern in Urabstimmungen Vertrauensvoten erteilen²⁾. Widerstrebenden Mitgliedschaften gegenüber setzte er normalerweise seinen Willen durch³⁾. Nur die Generalversammlung schränkte seine Macht ein, er ist mit manchen seiner Anträge nicht durchgedrungen und hat manche Beschlüsse hinnehmen müssen, denen er zuvor widersprochen hatte⁴⁾. Die Versammlung hatte zwar vor allem für die Organisation und Agitation eine selbständige Position, die auch sie im Sinne der zentralistischen Ordnung benutzte⁵⁾, aber ihre Initiative war doch relativ gering, sie mußte sich hauptsächlich, zumal in politischen Fragen, mit der Kontrolle der Führung und den vom Präsidenten ausgehenden Anregungen befassen.

Immerhin machte sich bald Opposition gegen Schweitzer bemerkbar⁶⁾. Auf der Generalversammlung 1869 wurde die Diktatur institutionell eingeschränkt, indem die Präsidentenwahl auf die Zeit nach der Aussprache in der Generalversammlung vertagt wurde, der Vorstand durch Zusammenfassung seiner nicht mit speziellen Ämtern betrauten Mitglieder an einem Ort zur ständigen Kontrollkommission gemacht, ihm das Recht auf Ausschlüsse und auf Absetzung des Präsidenten mit späterer Genehmigung der Generalversammlung zuerkannt und die Frist für die Genehmigung von Maßnahmen des Präsidenten auf 8 Tage herabgesetzt wurde⁷⁾. Diese Statutenänderung konnte freilich keine Wirkung haben, weil Schweitzer durch den sogenannten Staatsstreich von 1869, die Vereinigung mit der Gruppe der Gräfin Hatzfeldt und die Rückkehr zum Statut von 1863, die er ohne Befragen der anderen Instanzen innerhalb von 4 Tagen zur Urabstimmung brachte, die Voraussetzungen seiner fortdauernden Diktatur wiederherstellte⁸⁾. Es gab zwar einen geharnischten Protest von wichtigen Leuten wie York, Geib und Bracke, die dann zur Partei Bebels übergingen; diese wandten sich gegen die Eigenmächtigkeit, die ein „Hohn auf das souveräne Volk“ sei, hier kam eine echte demokratische Empörung gegen die cäsaristischen Maßnahmen Schweitzers zum Ausdruck⁹⁾, aber sie blieb doch auf wenige beschränkt.

¹⁾ Der Breslauer Bevollmächtigte trat 1870 zurück, um gegen die Wiederwahl Schweitzers agitieren zu können, Th. Müller I, S. 109.

²⁾ So 1869, als einige Delegierte der Generalversammlung ihm nicht ohne weiteres das wegen der Angriffe von Bebel und Liebknecht geforderte Vertrauensvotum gaben, Mehring, 264 ff.; Laufenberg, S. 384.

³⁾ 1867 brachte er in Düsseldorf und Elberfeld trotz starken Widerspruchs die Parole der Stimmenthaltung oder der Stimnabgabe für den Liberalen zustande, Mehring, S. 203; freilich hielt sich die Mehrheit der Wähler nicht daran.

⁴⁾ Z. B. wurde eine Ausschlußverfügung von ihm aufgehoben, Laufenberg, S. 413.

⁵⁾ Ausschluß des Abgeordneten Reincke durch die Generalversammlung 1867, Mehring, S. 212.

⁶⁾ Mehring, S. 262 ff.

⁷⁾ Schröder, S. 10; Mehring, S. 264 ff.; Laufenberg, S. 384. Die Versammlung war von Angriffen Bebels und Liebknechts gegen Schweitzer beeinflusst. Die Änderung wurde durch Urabstimmung angenommen.

⁸⁾ Mehring, S. 271 ff. Der Vorstand löste sich auf.

⁹⁾ Laufenberg, S. 388; Bebel II, S. 78 f., aus dem Aufruf der protestierenden Führer: „diese Einigung kann aber nur das Werk sein des wirklich souveränen Volkes selbst, und Ihr . . . werdet

In der Folgezeit verschärfte Schweitzer, obschon er 1870 wieder die Präsidentswahl nach der Generalversammlung und ein mehrmaliges jährliches Zusammentreten des Vorstandes konzedierte¹⁾, die Diktatur, mit Ausschlüssen und Absetzungen z. B., über das notwendige Maß hinaus²⁾. Daraus entstand in der Partei häufiger Ärger, und da Generalversammlung und Vorstand nicht eigentlich kollegial berieten und Beschlüsse faßten und darum Spannungen ausglich, sondern nur Kontrollbefugnisse hatten, brachte ihr Fungieren leicht einen gereizten und persönlichen Ton in den Verein. Als Schweitzer 1871 kein Mandat erhalten hatte, die finanzielle Misere der Partei und der Zeitung noch nicht zu beheben war und er für seinen Unterhalt sorgen mußte, als er zudem die kleinlichen Konflikte und die z. T. perfiden Angriffe gegen ihn leid wurde, trat er zurück³⁾, seine Art der Diktatur ließ sich auf die Dauer nicht durchhalten. Unter dem folgenden, wenig bedeutenden Präsidenten Hasenclever gewann der Vorstand wieder größere Bedeutung⁴⁾, scharfe Gegensätze entwickelten sich in ihm, und diese waren es unter anderem, die schließlich seine Mitglieder einer Einigung mit der Bebelgruppe geneigt machten⁵⁾. Die straff zentralistische Organisation blieb ohne Diktatur weiterhin erhalten und wurde als Prinzip der Partei verteidigt⁶⁾. Der Sinn dieser Zentralisation war freilich infolge der Übersteigerung nur z. T. erfüllt worden, die Partei war zwar einheitlich in Agitation und Vorgehen, aber nur auf Kosten der Absplitterung von Oppositionsgruppen. Für das Auffangen und Austragen der starken inneren Gegensätze erwies sie sich als wenig geeignet, davon wurde auch die sonst lebhaftige Agitation nach außen, die z. T. durch die zentrale Finanzierung ermöglicht war, etwas beeinträchtigt.

Die Bebel-Liebknecht-Gruppe, aus den von den Liberalen sich lösenden Arbeiter(bildungs)vereinen entstanden, konstituierte sich 1869 unter Mitwirkung

Euch nicht verschachern lassen nach der Laune einiger Führer wie eine Herde Schafe, sondern Ihr werdet wie Männer Eures eigenen Geschickes Schmiede sein! Wir haben eingesehen, daß eine Organisation, in welcher der Wille eines einzelnen sich hinwegsetzen kann über alle Errungenschaften des Vereins, ja den Verein selber . . . jeden Augenblick auflösen und in anderer, ihm passender Form wieder ins Leben rufen kann, . . . daß eine solche Organisation keine Faser von demokratischem Geiste in sich hat. In einer solchen Organisation ferner zu wirken, wäre schmäbliche Verschwendung unserer besten Kräfte; wir verzichten darauf!“

¹⁾ Mehring, S. 287.

²⁾ Durch seinen Versuch, das Organ seiner bayerischen Anhänger eingehen zu lassen, veranlaßte er diese zum Austritt aus der Partei, ebd., S. 284.

³⁾ Mehring, S. 303 f.; die Generalversammlung machte keinen Versuch, ihn zum Verbleiben in seinem Amt zu bewegen.

⁴⁾ Mehring, S. 335.

⁵⁾ Bernstein, Lehrjahre, S. 43 f.; 1874 hatte die — gewichtiger gewordene — Generalversammlung noch einen Antrag zur Verständigung mit der Nachbarpartei mit 50:19 Stimmen abgelehnt, immerhin war die Minderheit doch beachtlich, ebd., S. 41.

⁶⁾ Bei einem Protest der Hamburger gegen die Behandlung Schweitzers auf der Generalversammlung 1873 gelang es einem Vorstandsmitglied mit einem Appell an die Disziplin, den Unwillen zu dämpfen und den Protest zu vertagen, Laufenberg, S. 506; über das zentralistische Prinzip, ebd., S. 508.

der aus dem ADAV ausgeschiedenen Gruppe von Bracke, Geib und York als sozialdemokratische Arbeiterpartei¹⁾). Durch das Statut wurde die Führung kollektional organisiert, und zwar in Gestalt eines 5köpfigen Ausschusses als Vorstand und einer 11köpfigen Kontrollkommission, die auch mit ihm zusammen das Zentralblatt der Partei beaufsichtigen sollte. Beide Organe wurden, um sie überhaupt funktionsfähig zu machen, je an einem vom Parteitag bestimmten Ort errichtet und gingen nach einer föderalistischen Theorie der Demokratie, die das Recht der Glieder des Verbandes neben der Mehrheit gewahrt wissen wollte, aus der Wahl der örtlichen Parteimitglieder hervor. Der als Parteikongreß bezeichnete Parteitag tagte mindestens einmal jährlich, er stimmte, wiederum aus föderalistischen Gründen, nicht nach Mitgliederzahlen, sondern nach Delegierten ab, jede Ortsorganisation konnte bis zu 5 Vertreter entsenden. Beschlüsse über Statuten, Grundsätze und die „politische Stellung“ der Partei mußten einer Urabstimmung unterbreitet werden. Die an die Zentrale abzuführenden Beiträge waren außerordentlich gering, dazu wurde ihre Aufbringung nicht streng beachtet, die finanzielle Lage der Partei blieb wesentlich schlechter als die der Gegenorganisation. Die Mitglieder sollten sich zunächst in Lokalvereinen organisieren²⁾, später (1870) überließ man es ihnen, sich je nach der Polizeipraxis — zu vorübergehenden Wahlvereinen etwa — zusammenzuschließen. Der örtliche Betrieb entwickelte sich ähnlich wie im ADAV³⁾. Die Verbindung mit der Führung wurde durch örtlich gewählte, formal von der Zentrale ernannte, Vertrauensmänner aufrechterhalten, z. T. gab es schon Landesversammlungen⁴⁾. Hauptgebiet der Partei blieb Sachsen, aber sie fand auch anderswo in Großstädten, etwa in

¹⁾ Auf dem Gründungskongreß waren 58 sächsische, 25 württembergische Arbeitervereine vertreten — da die Delegierten ihre Mandate von Volksversammlungen herleiteten, hatte die Zahl der vertretenen Arbeiter keine Bedeutung —, 63 Mitglieder des ADAV hatten den Gründungsauftrag unterschrieben, Mehring, S. 274 f.

²⁾ Laufenberg, S. 393. Ein einziger Verein schien durch die Polizei zu leicht verboten werden zu können.

³⁾ In Berlin, wo die Partei sehr schwach war, tagten die Mitglieder zunächst — 1872 — einmal im Monat als Parteiversammlung, dreimal in einem besonderen älteren Demokratischen Arbeiterverein, Bernstein, Lehrjahre, S. 9; es gab eine Agitationskommission, Geldsammlungen bei den Wahlen, ebd., S. 23, 31, und einen Vertrauensmann, der die Beiträge kassierte, Kampffmeyer-Altman, Vor dem Sozialistengesetz, S. 139. Öffentliche Versammlungen spielten ebenfalls eine Rolle, 1873 wurden die Kandidaten in einer solchen Versammlung, zu der Mitglieder und Freunde eingeladen waren, proklamiert; über die Stichwahlparole wurde in einer ähnlichen Versammlung nach sehr heftiger Debatte durch eine Abstimmung, die eine allerdings geringe Mehrheit für den ADAV-Kandidaten Hasenclever ergab, entschieden, Bernstein I, S. 274, 286. Die meisten Versammlungen allerdings wurden von den Lassalleanern gesprengt, Bernstein, Lehrjahre, S. 28; für Breslau vgl. Th. Müller I, S. 98 ff., 121 ff., dort auch über die außerordentlich heftigen Kämpfe zwischen Eisenachern und Lassalleanern; die Organisationsform war wechselnd, zeitweise bestand überhaupt kein Verein, aber das Parteileben ging in großen Versammlungen weiter. Über ähnliche Kämpfe in Chemnitz und im Erzgebirge, Heilmann, S. 45 ff.

⁴⁾ Schröder, S. 14 ff., 69 ff.; Mehring, S. 275 f.; Landesversammlung Sachsen 1870, Strauß, S. 16; 1873, Heilmann, S. 92, hier wurden die Kandidaten aufgestellt.

München, Frankfurt (Main), Braunschweig, Anhang, und selbst in Hochburgen des ADAV wie Hamburg und Berlin gründete sie Vereine¹⁾).

Das Kennzeichen dieser Organisation war eine demokratisch-konstitutionelle Ordnung, zugleich aber die wenig zentralistische Struktur; diese wurde noch dadurch unterstrichen, daß die Partei im Gegensatz zu den Lassalleanern kein Pressemonopol für das Zentralorgan beanspruchte, sondern viele provinziale Organe ermutigte²⁾). Die lockere, auf lokaler Selbständigkeit beruhende Organisation der „Eisenacher“ entsprach ihrem Bündnis mit der föderalistischen Demokratie, die zentralistische der Lassalleaner dagegen ihrem Charakter als einer sich allen bürgerlichen Gruppen entgegensetzenden reinen Klassenbewegung.

Die zentralen Organe hatten einen wichtigen, aber keinen beherrschenden Einfluß, zumal die politischen, journalistischen und parlamentarischen Führer, Bebel und Liebknecht, nicht zu dem in Braunschweig domizilierten Ausschuß gehörten. Dieser war durch eine Geschäftsordnung von 1871 auf wöchentliche Sitzungen festgelegt³⁾); als seine Mitglieder 1870 verhaftet wurden, setzte die Kontrollkommission einen neuen Ausschuß in Dresden ein⁴⁾). Gelegentlich machten die zentralen Institutionen von ihrer Kontrollbefugnis über das zentrale Organ, den „Volksstaat“, auch gegenüber einem so prominenten Führer wie Liebknecht Gebrauch⁵⁾). Die Aufstellung von Kandidaten in den Wahlkreisen erfolgte weitgehend auf Empfehlung des Vorstands⁶⁾). Die eigentlich wichtigen Entscheidungen über Wahlen, über Gewerkschaften und zumal über die sozialistische Einigung traf endgültig der Parteikongreß, normalerweise im Einvernehmen mit dem Ausschuß und den Abgeordneten. Innerparteiliche Konflikte wurden innerhalb der kollegialen Führung und auf den Kongressen etwas offener ausgetragen als bei den Lassalleanern. Der eigentümliche Föderalismus allerdings bewährte sich in keiner Weise, eine Partei konnte nicht in der Zusammensetzung ihrer Führungsorgane vom Belieben örtlicher Mitglieder abhängen; daher kämpften die Führer einzelner Richtungen auf dem Parteitag darum, die Organe dorthin zu legen, wo sie die Mehrheit hatten, die Minderheit blieb dann gänzlich unvertreten, diese Praxis erregte darum starke Mißstimmungen⁷⁾). Insofern ver-

¹⁾ Laufenberg; S. 395; Bernstein, s. Anm. 3 S. 302; 1870 rechnete man mit 10 000 Mitgliedern, 1875 waren 9000 vertreten, Mehring, S. 289, 359.

²⁾ Mehring, S. 290.

³⁾ Schröder, S. 69.

⁴⁾ Laufenberg, S. 440.

⁵⁾ 1870 sprach der Ausschuß dessen Artikel zum Kriegsausbruch die Verbindlichkeit für die Partei ab, er protestierte überhaupt gegen eine „Monarchie“ Liebknechts, Mehring, S. 295. 1873/74 nahm die Kontrollkommission gegen die negative Taktik der Zeitung in der Einigungsfrage Stellung und zwang sie zur Veröffentlichung dieser Erklärung, ebd., S. 344.

⁶⁾ Gelegentlich griffen Parteiführer auch bei der Aufstellung von Parteitagsdelegierten ein so erhielt Bernstein 1874 ein Mandat der Mitgliedschaft von Forst durch Vermittlung des Ausschußmitglieds Geib, Bernstein, Lehrjahre, S. 35.

⁷⁾ Bernstein, Lehrjahre, S. 39, über die Wahlen 1873 und 1874.

minderte auch die demokratisch-föderalistische Ordnung nicht die Spannungen zwischen den parteiführenden Gruppen.

Nachdem die deutsche Frage gegenstandslos geworden war und unter dem verschärften Polizeidruck die organisatorischen und persönlichen Gegensätze an Gewicht verloren¹⁾, kam es 1875 in Gotha zum Zusammenschluß. Die Lassalleaner hatten bei den Einigungsverhandlungen, bei denen im übrigen die Vertreter der Gruppen durchaus nicht einheitlich auftraten²⁾, ihr Organisationsprinzip der Zentralisation, der Unterordnung aller unter die zentralen Beschlüsse und der zentralistischen Finanzorganisation, durchgesetzt, wenn auch eine gewisse Autonomie der Lokalorganisationen in ihren eigenen Angelegenheiten — Erbe der Eisenacher — erhalten blieb. Das Statut³⁾ überließ in Rücksicht auf die Polizeipraxis den Mitgliedern die Form der örtlichen Organisation. Mitglied sollte sein, wer sich zum Programm bekannte und durch Geldbeiträge die Partei regelmäßig unterstützte. Zentralorgane waren ein 5köpfiger Vorstand, 2 Vorsitzende, 2 Sekretäre, 1 Kassierer, davon 3 Lassalleaner und 2 Eisenacher, mit dem Sitz in Hamburg, eine 7köpfige Kontrollkommission, ebenfalls an einem Ort, und als Vermittlungsinstanz zwischen diesen beiden ein 18köpfiger Ausschuß. Vorstand und Ausschuß wurden durch die Generalversammlung, die Kontrollkommission durch die Parteigenossen an dem vom Parteitag jeweils bestimmten Ort gewählt. Ausschuß und Kontrollkommission konnten Mitglieder der kleineren Gremien ihres Amtes entsetzen, Bestimmungen, die der demokratischen Ideologie von der notwendigen Kontrolle der Führer entsprachen und konkret der Furcht der jungen Bewegung vor Veruntreuung von Geldern und vor etwaigem Abfall von der Partei entstammten. Die offiziellen Organe „Sozialdemokrat“ und „Volksstaat“ blieben zunächst nebeneinander bestehen und unterlagen der Kontrolle durch die Generalversammlung, die auch über die Redaktion bestimmen sollte. Der Parteitag stimmte demokratischer Theorie gemäß bei Wahlen, Organisations- und Prinzipienfragen nach Mitgliederzahlen ab, dabei durfte ein Delegierter nicht mehr als 400 Mitglieder vertreten, sonst hatte jeder Delegierte eine Stimme, von den Vorstandsmitgliedern waren nur zwei zur Abstimmung berechtigt. Im ganzen trug die Aufteilung und Kontrolle der Macht einerseits, die Wahl der wichtigsten Organe durch den Parteitag, nicht mehr durch örtliche oder durch alle Mitglieder, andererseits dem demokratischen Zentralismus — als dem Ergebnis der bisherigen Organisationsgeschichte — genügend Rechnung.

Wie bisher entschied der Parteitag über grundsätzliche Fragen, was in einer Partei, die erst langsam ihre Linie erarbeitete und in der die Abgeordneten nicht unabhängig von solchen Beschlüssen waren, durchaus seine Bedeutung hatte. Bei der Parteigründung z. B. hatte er den von den Führer vorgelegten, heftig

¹⁾ In manchen Orten kam es von selbst zu einheitlichen Kundgebungen beider Gruppen, Laufenberg, S. 555; in Chemnitz schon 1871 einheitlicher Zusammenschluß, Heilmann, S. 96.

²⁾ Bernstein, Lehrjahre, S. 45.

³⁾ Schröder, S. 22 ff., 69 ff.; Mehring, S. 356.

umstrittenen und diskutierten Programmwurf zu genehmigen¹⁾; sonst erarbeitete er Resolutionen, die allerdings z. T., wie 1876 über Schutzzölle und Eisenbahnverstaatlichung, innerparteiliche Gegensätze stehenließen und keine Entscheidungen trafen²⁾. Er beschloß auch über die Wahlkämpfe von 1877 und 1878, erklärte z. B. 1876 40 Wahlkreise zu „offiziellen“ Wahlkreisen, d. h. solchen, in denen die Partei ihre Kräfte konzentriert einsetzte. Die Kandidaten wurden durch den Parteikongreß „ernannt“, wahrscheinlich natürlich nach Übereinkunft des Vorstands und der örtlichen Delegierten³⁾; fast alle kandidierten außerhalb, z. T. weit entfernt von ihren Wohnorten.

Das komplizierte System der zentralen Organe kam, da inzwischen die Partei mit Verboten verfolgt und vor allem in Preußen (1875) aufgelöst wurde, nicht zum Tragen. Schon 1876 wählte man keinen Vorstand mehr, sondern setzte ein Zentralwahlkomitee ein und übertrug ihm diktatorische Vollmachten; auch der Parteitag fungierte nicht mehr als Partei-, sondern als allgemeiner Sozialistenkongreß⁴⁾, der formal in keinen Beziehungen zu lokalen Organisationen stand. Wieweit die Aufsicht von Vorstand und Komitee über die Parteipresse ging, ist nicht ganz klar, zu großen Spannungen gab es schon wegen der Verfolgung kaum eine Möglichkeit. Die politische Linie wurde stark von den Reichstagsabgeordneten bestimmt, sie hatten auf Grund der Redefreiheit am ehesten die Möglichkeit, vor die Öffentlichkeit zu treten, außerdem saßen hier die maßgebenden Köpfe der Partei. Die Abgeordneten gingen noch nicht in allen Fragen einheitlich vor, bei der Zollfrage z. B. blieben die Meinungen geteilt, auch in außerparlamentarischen Angelegenheiten, wie der Kirchnaustrittsbewegung⁵⁾, gab es Gegensätze; doch brauchte man solchen Divergenzen zunächst keine große Bedeutung zuzumessen.

Die örtliche Organisation paßte sich den Polizeimaßnahmen an, man bildete sozialdemokratische Vereine, Arbeiterwahl- oder Volksvereine oder, und zwar mehr und mehr in informellen Besprechungen, Arbeiterwahlkomitees, die dann von Volksversammlungen bestätigt wurden⁶⁾. Die Partei wuchs weiterhin, 1876

¹⁾ Der Begriff der „einen reaktionären Masse“ z. B. wurde von einer Reihe von Delegierten abgelehnt, die allerdings in der Minderheit blieben, Mehring, S. 359.

²⁾ Mehring, S. 380.

³⁾ Blos, Denkwürdigkeiten I, S. 204; Mehring, S. 370. — Z. T. hatten vorher provinzielle oder Landeskongresse über die Kandidaturen und auch über Stichwahlen beschlossen, so in Schlesien und Sachsen, Th. Müller I, S. 166 f.; Heilmann, S. 118.

⁴⁾ Schröder, S. 24; Mehring, S. 370.

⁵⁾ Auer, Bebel, Liebknecht mißbilligten diese von Most inszenierte Bewegung, Auer, Von Gotha bis Wyden, S. 8.

⁶⁾ Bernstein I, S. 299, 315, 379; Laufenberg, S. 595, 611, 620, 638; in Bremen echte Mitgliederversammlungen, U. Böttcher, S. 103; in Schleswig-Holstein traten 1875 an Stelle der geschlossenen Mitgliedschaften oder Vereine die sogenannten Permanenzkommissionen, Laufenberg, S. 551 f.; Breslau: Vereine, entscheidende Mitgliederversammlungen und Volksversammlungen, Th. Müller I, S. 159 ff., 169 (Diskussion über Kandidatenvorschläge 1876 im Verein), 200 (1878: Versammlung stellte auf).

waren in Gotha ca. 38000 Mitglieder vertreten¹⁾, und die agitatorische und organisatorische Aktivität blieb sehr lebhaft. Noch 1878 konnte in Hamburg ein vollständiges Netz von Bezirksführern aufgebaut werden, in Chemnitz waren bei dieser Wahl Hunderte von Wahlhelfern tätig, in Berlin wurden 1877 1300000 Drucksachen anlässlich der Wahlen verteilt; im selben Jahr wurden für zwei Reichstagswahlen im Wahlkreis Altona und für drei andere holsteinische Wahlkreise 30000 M aufgewandt, eine für eine Arbeiterpartei erstaunliche Summe, in nichtgroßstädtischen Wahlkreisen waren die Kosten freilich nicht entfernt so hoch, im Wahlkreis Reuß ä. L. beliefen sie sich z. B. 1877 auf 600 M, in der Provinz Schlesien auf 2650 M²⁾).

Die Finanzverhältnisse der Partei im ganzen waren verhältnismäßig gut, 1875/76 nahm die Zentrale knapp 59000 M ein, vom August 1876 bis zum April 1877 waren es 54000 M, vom Februar bis Oktober 1878 64000 M, örtlich rechnete man mit etwa dem Dreifachen³⁾. Ein Teil des Geldes wurde natürlich für die Presseorgane, ihre oft genossenschaftlichen Druckereien und ihre von der Partei angestellten Redakteure aufgewandt — 1876 waren es 23, 1878 47⁴⁾ —, da die Organe noch subventioniert werden mußten. Neben den Redakteuren zählten (1876) noch zu dem entstehenden angestellten Parteistab 8 festbesoldete Agitatoren, sowie 14 teilbesoldete, daneben 123 geschulte und einsatzfähige Redner. Von Apparat oder Bürokratie kann man aber noch nicht sprechen.

b) Die Partei unter dem Sozialistengesetz

Mit dem Sozialistengesetz hörte auch die begrenzte Wirksamkeit der Parteiorgane auf. Das Zentralwahlkomitee löste sich und die Partei formal auf und brach jede Verbindung nach unten ab, ein Schritt, der einmal aus persönlichen Gründen unternommen wurde — der maßgebende Mann, Geib, war todkrank —, zum anderen aus pessimistischen Stimmungen und endlich aus der Überzeugung, durch betonte Legalität eine Änderung erreichen zu können⁵⁾. Die Meinung, man habe durch die „Kapitulation“ lediglich die Existenz eines Apparates, d. h. der Parteizeitungen, Druckereien und ihrer Angestellten, retten wollen, ist nicht stichhaltig⁶⁾.

¹⁾ Mehring, S. 370. — Der Begriff der Mitgliedschaft war nicht genau fixiert, auch Gewerkschaftler galten als Parteigenossen, nach den Wahlen sprang ein Teil jeweils wieder ab, Laufenberg II, S. 61.

²⁾ Mehring, S. 375; Strauß, S. 31; Laufenberg, S. 618, 638 f.; Blos, S. 210; Th. Müller I, S. 177.

³⁾ Mehring, S. 370, 375, 402.

⁴⁾ Mehring, S. 370; Auer, Von Gotha bis Wyden, S. 14.

⁵⁾ Mehring, S. 410; Bernstein II, S. 2; Brockschmidt, S. 58; Ackermann, S. 14, spricht von einem faktischen Ultimatum durch die Amtsniederlegung von Geib, das zur Auflösung der Partei geführt habe. — Eine Konferenz der Parteiführer hatte die Frage zunächst offengelassen und dem Hamburger Zentralwahlkomitee die Entscheidung anheimgestellt, Laufenberg II, S. 16.

⁶⁾ Brockschmidt, S. 52 ff., spricht schon hier vom Organisationsfetischismus, davon, daß die Angst um den Bestand der Organisation die Parteipolitik beherrscht habe.

Örtliche Organisationen wurden aufgelöst und verfolgt¹⁾. Aber zu dem zunächst ins Auge gefaßten Verzicht auf jede Organisation kam es nicht, die Bewegung zersplitterte sich auch nicht in einzelne Verschwörerklubs, die weiterhin mögliche Beteiligung an Wahlkämpfen bot ständige Anknüpfungspunkte für organisierte Verbindung im Wahlkreis. Es ist bekannt, daß sich viele Arten von Ersatzverbindungen bildeten, so gesellige Skat-, Rauch- oder Bildungsclubs, in der Zeit der „milden Praxis“ auch Volks- oder Arbeitervereine, etwa für Kommunalwahlen, oder Arbeiterwahlkomitees²⁾. Vor allem aber wurden schon sehr bald geheime Verbindungen geschaffen, zunächst im Zusammenhang mit Sammlungen für ausgewiesene Parteigenossen und dann für die Verbreitung des im Ausland gedruckten Parteiorgans, des „Sozialdemokraten“³⁾. Dabei bildete sich ein Netz von Vertrauensmännern heraus, die für alle Partei- und Wahlfragen zuständig waren. Es gelang ihnen immer wieder, geheim zusammenzukommen, und zwar meist im Freien, und ebenso eine ständige Führung zu etablieren. Sie bildeten die sogenannten Corpora, Zirkel, Interne oder die innere Organisation⁴⁾. Hier sammelte sich die aktive Mitgliedschaft, in Berlin z. B. etwa 200 bis 300 Mann je Wahlkreis, und man ergänzte sich immer wieder durch informelle Aufnahme neuer Leute. Zu den Obliegenheiten der Corpora gehörten Entscheidungen über Kandidatenaufstellung, Beteiligung an Wahlen, Verhalten bei Stichwahlen und solche über die Agitation, über Delegationen zu den geheimen Parteitag und Erklärungen zu innerparteilichen Streitfragen sowie die Bestellung eines leitenden Komitees; dem gingen meist eingehende Beratungen und z. T. lebhafte Auseinandersetzungen voraus⁵⁾. Bei Wahlangelegenheiten wurden die Beschlüsse häufig noch Volksversammlungen vorgelegt und durch diese legitimiert⁶⁾. 1880 beschloß man in Berlin sogar, die Beteiligung an den Reichstagswahlen 1881

1) 217 Vereine sind aufgelöst worden, Auer, Nach 10 Jahren, S. 363.

2) 1883 in Berlin Arbeiterbezirksvereine, Bernstein II, S. 125; in Bremen 1889 ein Verein zur Förderung volkstümlicher Wahlen, U. Böttcher, S. 147; in Chemnitz: Verein zur Belehrung über Volks- und Weltwirtschaft, 1885/87 Verein zur Förderung volkstümlicher Wahlen, 1888/89 Volksverein, Strauß, S. 52, 63; H. Müller, Arbeiterbewegung in Altenburg, S. 54; Th. Müller II, S. 330.

3) Mehring, S. 412, 423.

4) Bernstein II, S. 21; U. Böttcher, S. 128 ff.; Heilmann, S. 158, 177; Th. Müller II, S. 131, 344; Laufenberg II, S. 123; Organisation im Klassenkampf, S. 22. (Diese Gemeinschaftsarbeit gibt eine kritische Erörterung des Organisationsproblems vom Standpunkt der linken Sozialdemokratie, primär für die damalige Situation — 1931 — bestimmt, aber mit wichtigen Rückblicken auf die Zeit vor 1918).

5) Für Berlin vgl. z. B. Bernstein II, S. 32, 39, 55, 71, 94, 136 f., 149, 160, 197, 200, 230 ff. 236 u. ö.; für Bremen, U. Böttcher, S. 130 ff.; Breslau: Th. Müller II, S. 13, 67, 104, 108; Hamburg: Laufenberg II, S. 148, 196, 432.

6) Vgl. z. B. für 1884, Bernstein II, S. 136 f.; über die Unterstützung von Fortschrittlern bei den Kommunalwahlen 1885 ebd., S. 165. Oft wurden auch die Kandidaturen der Partei und die Beschlüsse der Organisation in den öffentlichen fortschrittlichen Wählerversammlungen proklamiert, vgl. o. S. 65; Bernstein II, S. 14, 74 (1881). In Breslau 1889, ebenso entschieden zu der Zeit forma^l Volksversammlungen über Parteistreitigkeiten, Th. Müller II, S. 338 ff., 345, 350, 370.

zu Urabstimmung zu stellen, ein Verfahren, das sich freilich praktisch nicht durchführen ließ¹⁾.

Die Führung der Corpora beruhte meist nicht auf Wahl, sondern auf informeller Delegation und auf Kooptation und stützte sich auf das unausdrückliche Vertrauen der Corpora, einer Kontrolle unterlag sie nicht²⁾. Ein Teil der Führer wurde wirtschaftlich sichergestellt, indem man ihnen mit Hilfe der Parteileitung, später der örtlichen Organisation kleine Geschäfte mit Arbeiterkundschaft gründete oder sie in Konsumvereinen und Krankenkassen unterbrachte, das galt natürlich auch und gerade für Kandidaten und Abgeordnete³⁾. Die so von der Partei unterhaltenen Führer verfielen deshalb nicht in eine beamtenmäßig konservative Haltung, sondern blieben durchaus radikal; von einem Apparat mit spezifischer politischer Tendenz kann man nicht sprechen. — Die Aufgaben der Corporaführung bestanden natürlich darin, für Geld und Agitation zu sorgen und die Entscheidungen der Corpora selbst vorzubereiten. Z. T. ging sie dabei recht selbstherrlich vor⁴⁾ und faßte vor den Corporaversammlungen oder ohne diese die entscheidenden Beschlüsse; der Parteikongreß in Kopenhagen erklärte ausdrücklich, die Kandidaten sollten nicht mehr auf Vorschlag einiger Genossen, sondern durch Wahlkonferenzen aufgestellt werden⁵⁾. In den stark organisierten Hamburger Wahlkreisen wurde 1885 und 1887 die Corporaorganisation demokratisiert, von unten nach oben aufgebaut, und die Mitglieder wahrten eifersüchtig ihr Kontrollrecht gegenüber den Führern⁶⁾. Aber das blieb offenbar eine Ausnahme. — In manchen Gebieten, so in Sachsen, trafen sich führende Leute auch auf Bezirks- oder Landeskonferenzen, in denen man gemeinsames Vorgehen oder die Verteilung der Kandidaten festlegte⁷⁾.

Bei dieser Organisationsweise entstanden, da offene Aussprache und Legitimation der Führung durch Wahlen unmöglich waren, viele schwere Auseinandersetzungen⁸⁾. 1887 z. B. entschied in Berlin bei einer Auseinandersetzung über die Frage einer Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen eine Volksversammlung

¹⁾ Bernstein II, S. 55.

²⁾ Bernstein II, S. 218; wegen der polizeilichen Verfolgung blieb kein Mitglied längere Zeit im Amt; zeitweise bestand ein Zentralkomitee für Berlin aus je 1 Vertreter jedes Wahlkreises, also aus 6 Personen; auch Distrikts- und Bezirksführer hatten kaum Einfluß, Laufenberg II, S. 123.

³⁾ Vgl. z. B. Strauß, S. 36, 66; Heilmann, S. 213.

⁴⁾ Im radikalen Berlin z. B. unterband sie die Verbreitung mißliebiger Nummern des Sozialdemokraten, Bernstein II, S. 236.

⁵⁾ Lipinski II, S. 85.

⁶⁾ Zweifach gestufte indirekte Wahlen, Urabstimmung bei wichtigen Fragen; die gewählten Distriktsführer waren entscheidend, ein von ihnen eingesetztes Zentralwahlkomitee ausführend, Laufenberg II, S. 437 f., 566 f.

⁷⁾ Strauß, S. 39, 41; Heilmann, S. 207; Schlesien 1889: Th. Müller II, S. 346.

⁸⁾ In Bremen gab es zwei getrennte Gruppen, die sich bis 1884 über die einzuschlagende Taktik nicht einigen konnten, U. Böttcher, S. 129. Streitigkeiten in Chemnitz wesentlich persönlich bedingt: Heilmann, S. 185; in Breslau: Th. Müller II, S. 30, 170, 177, 338 ff. (1889 — Konflikt

gegen die radikale Mehrheit der — jugendlichen — Corpora¹⁾, sie stellte sich auf die Seite der Minderheit, die Spannung trat hier auch in zwei entgegengesetzten Wahlaufrufen und einer scharfen Pressepolemik in Erscheinung, die gegen die Wahlbeteiligung eingestellte Mehrheit der inneren Organisation mißbilligte das öffentliche Vorgehen ihrer Gegner als Disziplinlosigkeit, während die Minderheit sich auf die Instanz der Volksversammlungen berief; jede der beiden Gruppen bestritt die Autorität der Instanz, auf die sich die andere gerade stützte²⁾. Zwar beschloß eine endgültige Versammlung die Teilnahme, aber die gewählten Stadtverordneten wurden von den Corpora weiter bekämpft und mußten nach und nach ihre Mandate niederlegen. Ihr Versuch, eine Gegenorganisation zu gründen, mißlang, 1888 konnte die innere Führung sogar einen Versammlungsbeschluß gegen die Wahlbeteiligung durchsetzen³⁾. Auf die Dauer war gegen ihren erklärten Willen nicht aufzukommen. Auch wo zeitweise öffentliche Arbeitervereine oder Wahlvereine bestanden, wurden die wesentlichen Fragen von der geheimen Organisation vorher entschieden, die Vereinsbeschlüsse waren nur eine Art offizielle Proklamierung dieser geheimen Vorbeschlüsse. Im ganzen handelte es sich bei den Corpora um eine geschlossene und — notgedrungen — oligarchische Körperschaft, die die Partei in dem entschiedenen Geist regierte, der sie erfüllte. Nach außen erhielten sie die Partei in hohem Maße funktionsfähig⁴⁾.

Die bestehenden geheimen Organisationen wurden — absichtlich — nicht zentralisiert⁵⁾. Die Tatsache, daß es weiterhin sozialdemokratische Abgeordnete gab, ermöglichte aber halblegale Bindungen innerhalb der Partei, ermöglichte die legale Existenz wenigstens einer Körperschaft, der Fraktion, die deshalb selbstverständlich die Führung der Partei übernahm⁶⁾. Sie berief die drei im Ausland stattfindenden Parteikongresse⁷⁾ und wurde von ihnen jeweils mit der Führung

um eine Zeitungsgründung, bei dem persönliche und politische Momente verflochten waren; zu dieser Zeit konnte er schon öffentlich in Versammlungen und Presse ausgetragen werden), 370 (1890 Maifeierfrage).

¹⁾ Wegen der Gefahr der Ausweisung hielten sich Familienväter bei diesen Organisationen eher zurück.

²⁾ Bernstein II, S. 230 ff.

³⁾ Bernstein II, S. 236; erst später gab sie in Rücksicht auf die Wählerstimmung diese Linie auf.

⁴⁾ In den Wahlkreisen Hamburgs und seiner Umgebung, die allerdings besonders stark organisiert waren, gingen bis 1890 über 320 000 M ein, Laufenberg II, S. 566 f.

⁵⁾ Bebel, Aus meinem Leben III, S. 137.

⁶⁾ Brockschmidt, S. 71; die Vermutung, daß hierbei nicht nur die rechtliche Situation, sondern auch die Wählerorientierung, das Streben nach Unabhängigkeit von der Mitgliedschaft, eine Rolle gespielt habe, ist unzutreffend. — In den ersten Jahren wurde die geschäftliche Leitung von den in Leipzig vereinten Abgeordneten Bebel, Liebknecht und Hasenclever übernommen, Bernstein, Lehrjahre, S. 89. Als Bebel zeitweise nicht im Reichstag saß, nahm er selbstverständlich an den Beratungen der Parteiführung teil.

⁷⁾ 1880 in Wyden, 1883 in Kopenhagen, 1887 in St. Gallen. An der Berufung 1887 waren auch die früheren Reichstags- und die Landtagsmitglieder beteiligt, Mehring, S. 513. — Eine Führerkonferenz 1882 in Zürich, Laufenberg II, S. 352.

der Partei beauftragt¹⁾. Sie legte die politische Linie fest und sie kontrollierte das von ihr begründete Organ, den „Sozialdemokraten“. Für die laufenden Angelegenheiten, insbesondere die Leitung der Agitation, die Verteilung eingehender Gelder, die Schlichtung von Streitigkeiten²⁾ fungierte der Fraktionsvorstand als Parteivorstand; 1887 gehörten ihm Bebel, Hasenclever, Meister und Singer, seit 1888 an Stelle von Hasenclever Liebknecht an. Für die Vorbereitung der Wahlen und die Entscheidung über Stichwahlparolen wurde von der Fraktion im allgemeinen ein besonderes Zentralwahlkomitee eingesetzt³⁾. Obschon es sich bei manchen Abgeordneten um von der Partei wirtschaftlich sichergestellte und damit formal abhängige Leute handelte, waren sie in Wirklichkeit ihr nur innerlich verpflichtet, waren Repräsentanten und Führer.

Die Autorität der Fraktion als Parteiführung war nicht unbedingt anerkannt, es entwickelte sich zeitweise eine heftige Opposition gegen sie, eine Opposition, die einmal dadurch begünstigt wurde, daß die Abgeordneten Rücksicht auf ihre nicht radikale Wählerschaft nehmen mußten, während in der Organisation gerade die radikale Mitgliedschaft dominierte⁴⁾, zum andern dadurch, daß die Führung stärker im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten operieren mußte, während die Mitglieder offener eine revolutionäre Stimmung pflegen konnten. Ein Teil der enragierten Anhänger wurde angesichts der Verfolgung, der konspirativen Tätigkeit und der auf eine Revolution gespannten Hoffnungen durch den parlamentarischen Betrieb enttäuscht, darüber hinaus fürchteten die unbedingten Verfechter des Prinzips, daß die Tätigkeit in einem bürgerlichen Parlament zu einer Abschwächung des Standpunktes, zu Kompromissen führe oder jedenfalls dazu verführe und nicht mehr der Revolution diene. In Berlin steigerte sich diese Haltung sogar zu einer fast vollständigen Ablehnung der Arbeit im Parlament, schon der Eintritt in den Seniorenkonvent und in die Kommissionen wurde scharf mißbilligt⁵⁾. Ein latentes Mißtrauen gegen die parlamentarische Tätigkeit und die Parlamentarier aber war weit verbreitet, und daran entzündeten sich schwere Konflikte.

Zunächst stieß die Führung mit der Maßnahme, die Organisation freiwillig aufzulösen und eine defensive Stillhaltetaktik zu beobachten, auf Unverständnis

¹⁾ So wurde sie 1883 als Zentralwahlkomitee eingesetzt, Mehring, S. 459.

²⁾ So in Chemnitz, Heilmann, S. 185 f.; Breslau, Th. Müller II, S. 170; in Bremen, wo Hasenclever im Auftrag der Fraktion vergeblich versuchte, den Zerfall der Partei zu verhindern, U. Böttcher, S. 129; Wahlvorbereitung: Liebknechts Einwirken auf die Kandidatenaufstellung in Bremen 1889, ebd., S. 147; Empfehlung Geisers durch Liebknecht nach Chemnitz 1880, Strauß, S. 78.

³⁾ G. A. Ritter, S. 45 mit Belegen; Mehring, S. 477.

⁴⁾ Brockschmidt, S. 52.

⁵⁾ Mehring, S. 496; Bernstein II, S. 160, 165, 197 ff.; Antiparlamentarismus in Hamburg, Laufenberg II, S. 89.

nis¹⁾. Der dagegen sich regende Widerstand, der in Zuschriften an die Emigrantenorgane in Brüssel und London besonders zum Ausdruck kam, die Notwendigkeit, den Anarchisten Most und Hasselmann, die die Anhänger gegen die Parteileitung aufzuputschen suchten, entgegenzutreten, schließlich die von selbst entstandene innere Organisation — das alles bewog die Parteileitung zu einer Änderung der Taktik, die sie endgültig 1880 proklamierte; sie erklärte den passiven Widerstand für berechtigt, wollte ihn aber nunmehr durch eine offensive „Kriegsorganisation“ abgelöst wissen, mit der eine geheime Agitation betrieben werden sollte²⁾. Die für eine Anpassung eintretende Parteileitung hatte mit unter dem Druck der radikaleren Mitgliedschaft selbst eine radikalere Politik eingeschlagen. Mehring bemerkt, ideologisch verbrämt, aber sachlich richtig, nicht die Führer, sondern die „Massen“ hätten die Partei in dieser Situation „gerettet“, aus Lethargie zur Aktivität geführt, ein Satz, den er in den späteren Auflagen seiner Parteigeschichte streichen mußte³⁾. Der erste Kongreß in Wyden bestätigte diese neue Taktik.

In der Folgezeit entstanden Spannungen in drei Zusammenhängen. Einmal, wenn die Fraktion zu stark von radikalen Kundgebungen abrückte⁴⁾, so als sie 1886 den relativ radikalen „Sozialdemokraten“ im Reichstag desavouierte und die Verantwortung für ihn ablehnte⁵⁾. Gegen diesen durch die Rechtslage notwendig gewordenen Beschluß erklärten die Berliner Vertrauensleute, weiterhin die Zeitung als offizielles Organ betrachten zu wollen, und kritisierten überhaupt die fraktionelle Parteileitung, da sie dem „demokratischen“ Charakter der Partei nicht entspreche⁶⁾.

Der zweite Punkt, an dem sich ein Widerstand gegen die Führung regte, war deren Stichwahlpolitik, wie sie zumal von Bebel, Liebknecht und Auer vertreten wurde; deren auf eine Mehrheit gegen das Sozialistengesetz gerichteten Absichten stießen z. T. auf eine dezidiert antiliberale und antiparlamentarische Einstellung, die Radikalen glaubten an einen raschen Umsturz und sahen im Gegensatz der

¹⁾ „Die vertrauensvoll nach ihren Führern blickenden Massen“ wurden von der Parteileitung „in der schwierigsten Situation z. T. ohne Rat und Führung gelassen und . . . dadurch in Verwirrung . . . gebracht“, Vollmar an Most, 4. August 1879, Brockschmidt, S. 58; über Proteste gegen die Taktik, Mehring, S. 417.

²⁾ Brockschmidt, S. 52, 61 ff.

³⁾ Mehring, S. 430; vgl. a. Brockschmidt, a.a.O.

⁴⁾ Mehring, S. 427; Brockschmidt, S. 59; so als Hasselmann seiner Sympathie für die russischen Nihilisten Ausdruck gab; die Berliner verteidigten ihn; die Fraktion verfaßte ein besonderes Flugblatt gegen ihn und die Opposition. — Auch Vorschläge einzelner Abgeordneter, die Sprache des Sozialdemokraten zu mildern, wurden von den Mitgliedschaften immer abgelehnt, z. B. 1882, Laufenberg II, S. 297.

⁵⁾ Schon 1881 hatte die Fraktion eine ähnliche Erklärung gegeben, die Mitglieder erklärten sich im allgemeinen gegen die Fraktion, der Streit wurde durch eine Kompromißerklärung geschlichtet, Mehring, S. 454; Bernstein, Lehrjahre, S. 124.

⁶⁾ Bernstein II, S. 199 ff.; über die durch ein Gerichtsurteil notwendig gewordene Taktik der Fraktion, Bernstein, Lehrjahre, S. 167. — In der Polemik wurde auch über die Repräsentativität der Vertrauensmänner gestritten.

bürgerlichen Parteien nur einen harmlosen häuslichen Streit¹⁾. Auch Empfehlungen der Führer, sich an den preußischen Landtagswahlen zu beteiligen, wurden in Berlin z. B. abgelehnt, man fürchtete angesichts der Diäten im Landtag, die Gewählten könnten zu Berufsparlamentariern und damit zu Abtrünnigen werden²⁾. Dagegen trat man in den meisten außerpreußischen Wahlkreisen ziemlich selbstverständlich für die freisinnigen Kandidaten ein und beteiligte sich — trotz prinzipiell ähnlicher Einstellung zum Parlamentarismus — doch eifrig an Landtags- und Kommunalwahlen³⁾.

Endlich kam es zu einem Konflikt mit der Mitgliedschaft, als die Mehrheit der Fraktion 1885 für staatliche Subventionen bei bestimmten Schiffahrtslinien stimmen wollte, weil sie ihr zivilisatorisch gerechtfertigt erschienen und die Beschäftigungslage der Werftarbeiter verbessert hätten. Endgültig stimmte man dann zwar doch wegen Veränderungen der Vorlage dagegen, aber die Absicht hatte lebhaften Unwillen erregt, zumal zur Minderheit Bebel, Liebknecht und Vollmar zählten. In einem Teil der Mitgliedschaft kam ein bis zu Drohungen gesteigertes Mißtrauen gegen die Fraktion zum Ausdruck. Als diese dann gegenüber dem „Sozialdemokraten“, der zu Maßnahmen gegen die Fraktion aufforderte und damit die Aktionsfähigkeit der Partei zu gefährden schien, sich zur Wehr setzte und die Aufsicht über das Organ beanspruchte, erweiterte sich das Mißtrauen zu einer alle städtischen Organisationen umfassenden Protestbewegung gegen die Diktaturgelüste der Fraktion. Nur mit Mühe konnte der Streit beschwichtigt werden, indem der grundsätzliche Anspruch der Fraktion als Parteileitung auf Kontrolle anerkannt, aber der Redaktion genügend Freiheit gelassen wurde⁴⁾. Noch 1887 wurde in Berlin vorgeschlagen, die Kandidaten müßten eine Erklärung über Niederlegung ihres Mandates den Vertrauensmännern übergeben, die diese benutzen sollten, wenn sie das Auftreten der Abgeordneten nicht billigten, ein Vorschlag, der dann allerdings nicht verwirklicht wurde⁵⁾.

Freilich wird man diese Gegensätze auch nicht überbetonen dürfen, außerhalb der lautstarken Berliner Mitgliedschaft waren sie, abgesehen von der Zeit 1878/80

¹⁾ 1884 hatten sich die Parteiführer in Berlin für eine Abstimmung gegen Stöcker ausgesprochen, die Vertrauensmänner beschlossen Stimmenthaltung, Bernstein II, S. 149. Auch 1887 appellierte das fraktionelle Zentralwahlkomitee für eine Stimmabgabe gegen die Kartellkandidaten. Trotzdem enthielt sich die Mehrheit der Sozialdemokraten in Berlin der Abstimmung, ebd., S. 211, 292 (1890). — Protest gegen die Stichwahlparole für die Fortschrittspartei im Wahlkreis Pinneberg 1884, die Wähler stimmten aber der Parole gemäß, Laufenberg II, S. 410.

²⁾ Bernstein II, S. 160, 165.

³⁾ Z. B. U. Böttcher, S. 132. In Breslau beteiligte sich 1879 eine Minderheit an der Landtagswahl, Th. Müller II, S. 30.

⁴⁾ Brockschmidt, S. 85 ff.; Mehring, S. 493 ff.; Bernstein II, S. 165; Bernstein, Lehrjahre, S. 155 ff.; Jansen, S. 31; Laufenberg II, S. 448.

⁵⁾ Bernstein II, S. 207; 1890 kam es zu einem weiteren Konflikt der Berliner mit der Fraktion, als sie von sich aus eine Erklärung über die Arbeitsruhe am 1. Mai abgaben und die Fraktion wegen ihrer Passivität tadelten, worauf diese gereizt reagierte, ebd., S. 304 ff.; s. u. S. 367, S. 385.

und der Subventionsfrage, nicht so akut; nur in einem Falle führten sie zum Sturz eines Abgeordneten, der rechtsstehende Geiser wurde 1890 in Chemnitz nicht mehr aufgestellt, aber auch dies erst, nachdem ihm der Parteitag 1887 einen Tadel erteilt hatte¹⁾.

Immerhin blieben solche Gegensätze zwischen Prinzip und Rücksicht auf Wähler und Legalität nicht ohne Rückwirkung auf die Organisation der Parteispitze. Aus ihnen ergab sich sehr bald die Notwendigkeit, neben der Fraktion noch andere Organe einzurichten und durch sie die Stimme der Mitgliedschaft zur Geltung kommen zu lassen. Das war zunächst der seit 1879 in der Schweiz erscheinende „Sozialdemokrat“. Man muß ihn als Institution bezeichnen, da sich in ihm die sonst gehinderte Meinungsbildung vollzog, die Stärke der verschiedenen Richtungen zum Ausdruck kam, der Kontakt zwischen Führung und Anhängerschaft gesichert blieb. Teilweise repräsentierte die Redaktion, darunter Bernstein und Vollmar, oft mit Bebel und Liebknecht einig, die radikalere Opposition gegen die von Auer und Blos geführte Fraktionsmehrheit, so daß es häufiger zu Polemiken und Konflikten über taktische Fragen und gerade über die Notwendigkeit einer gewaltsamen Revolution kam²⁾. Die Autorität der Fraktion oder ihrer Mehrheit war nicht unangefochten; die Spannung zwischen Mitgliedschaft und Führung trat an dieser Stelle auch in der Führung selbst in Erscheinung. Verstärkt wurde der institutionelle Charakter der Zeitung dadurch, daß bei ihr die von den Anhängern gesammelten Gelder eingingen und durch die Parteiführung weiter verteilt wurden. Die Höhe der eingehenden Summen ist ein Zeichen für die Bindung der Anhänger auch an die Parteizentrale und das Funktionieren der Organisation, 1883/87 wurden aus Deutschland 136000 M, 1887/90 325000 M aufgebracht³⁾.

Nach der ersten Verwirrung unter dem Sozialistengesetz konnte neben der Führung auch der Parteitag als Stimme des Parteivolkes wieder in Funktion treten, wanner auch nur geheim im Ausland und daher nur selten tagen konnte. Hier war das Forum, auf dem man sich auseinandersetzte⁴⁾ und, soweit notwendig, einigte, auf dem Erklärungen über das Programm oder über die aktuelle Taktik der Partei ausgegeben wurden, so z. B. über das Verhalten bei Stichwahlen⁵⁾. Vor allem fand

¹⁾ Strauß, S. 51; Heilmann, S. 216.

²⁾ Brockschmidt, S. 64; Jansen, Vollmar, S. 21, 24; Bernstein, Lehrjahre, S. 120 ff., 125 ff. Vor allem war es ein revolutionärer Artikel Vollmars, der selbst den damals radikalen Bebel zu einer Gegenäußerung veranlaßte.

³⁾ Mehring, S. 513, 535. — Für die Existenz der Zeitung war als Mäzen der junge Höchberg wichtig, der sein ganzes Vermögen der Partei zur Verfügung stellte, Mehring, S. 417, später wohl auch Paul Singer, der als Teilhaber einer Berliner Fabrik ein großes Vermögen besaß.

⁴⁾ Z. B. setzten sich in Kopenhagen Bernstein und Geiser über die Stellung der Partei zur kapitalistischen Entwicklung auseinander, Bernstein, Lehrjahre, S. 139; Vollmar und Bebel über Beteiligung an der Sozialreform, Vollmar und Blos über Revolution und Reform, Jansen, S. 30 f.

⁵⁾ 1883 mit 34:24 Stimmen gegen die obligatorische Stimmenthaltung, Mehring, S. 459. 1887 gegen eine Unterstützung der linksbürgerlichen Parteien.

die stets wache Kritik an der Führung oder das Vertrauen zu ihr Ausdruck, gerade um das zu ermöglichen, war der erste Parteitag 1880 einberufen worden. Hier beantragten z. B. die Berliner Delegierten ein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion wegen ihrer Haltung in der Zollfrage und der öffentlichen Erörterung von Parteistreitigkeiten, nach der Rechtfertigung der Fraktion wurde das von allen andern Delegierten abgelehnt¹⁾. Ein gewisses reserviertes Mißtrauen gegenüber der Fraktion machte sich auch auf den späteren Parteitag geltend, es führte zwar zu keiner Krise, aber fiel doch durchaus ins Gewicht²⁾. Bei starken Abweichungen führender Leute arbeitete der Parteitag mit Ausschlüssen³⁾, die ja von viel größerer Bedeutung waren als in bürgerlichen Parteien, wo abweichend Gesinnte von selbst austraten, da sie ohne starke Gruppenbindung eher als einzelne sich fühlten und weiterhin als Einzelgänger oder in Nachbarparteien politische Möglichkeiten hatten. In anderen Fällen fixierte er mit Forderung oder Tadel seinen Anspruch auf Autorität, und zwar gerade auch gegenüber der Fraktion⁴⁾.

Für das Bewußtsein der Anhänger war der Parteitag grundsätzlich selbstverständlich oberste Autorität der Partei, wenn auch faktisch Beschlüsse angegriffen wurden, so in Berlin die Übertragung der Parteileitung an die Abgeordneten, wobei man sich darauf berief, daß der Parteitag zufällig zusammengesetzt gewesen sei und darum keine unbezweifelbare Legitimität besitze; die Unmöglichkeit, die Meinungsbildung verfassungsmäßig zu ordnen, konnte die abweichende Meinung rechtfertigen, trotzdem nahmen die Vertrauensmänner aber im Interesse der Disziplin ausdrücklich die Beschlüsse des Parteitags an⁵⁾. Die Parteileitung dagegen und die einzelnen Abgeordneten hielten sich nicht durchweg an seine Beschlüsse, vor allem bei Stichwahlen propagierten sie im Gegensatz zu ihm eine Unterstützung der Antikartellparteien und zumal der linksliberalen Gegner des Sozialistengesetzes⁶⁾, und der größere Teil der Partei folgte ihnen darin. Die Einsicht in die akuten Notwendigkeiten überwog ein

¹⁾ Mehring, S. 430; Bernstein II, S. 55, Lehrjahre, S. 109.

²⁾ 1883 wurde die Haltung der Fraktion erst nach einer langen Aussprache endlich gebilligt, Mehring, S. 459; Vollmar als Träger der radikalen Opposition, Jansen, S. 31. 1887 setzte sich die radikale Stimmung gegen jeden Versuch der Politik eines rechten Flügels durch, Mehring, S. 514.

³⁾ So wurden 1880 bei der Verwerfung des Anarchismus die früheren Abgeordneten Most und Hasselmann ausdrücklich aus der Partei ausgestoßen, Mehring, S. 430.

⁴⁾ 1883 setzte er fest, daß die Reichstagskandidaten sich der Parteidisziplin unterzuordnen hätten, „indem sie sich verpflichten, an allen durch Gesamtbeschluß der Parteivertretung herbeigeführten Aktionen sich zu beteiligen“, 1887 tadelte er Geiser und Viereck, weil sie den Aufruf zur Berufung des Parteitags nicht unterzeichnet hatten, und schloß sie von allen Ehrenämtern aus, Mehring, S. 459, 514; Lipinski II, S. 85, 112.

⁵⁾ Bernstein II, S. 55.

⁶⁾ So 1887, Mehring, S. 512; so 1890 in ausgesprochenem Gegensatz zum Parteitag von St. Gallen, Mehring, S. 533; Bernstein II, S. 292. Der radikale Vollmar hat schon 1884 in München den Nationalliberalen gegen das Zentrum Stichwahlhilfe gewährt, Jansen, S. 32.

dogmatisch starres Festhalten an älteren Beschlüssen, ohne daß daraus ernsthafte Schwierigkeiten folgten.

Die innerparteilichen Spannungen, die so das Verhältnis der zentralen Organe zueinander berührten, kamen endlich natürlich auch innerhalb der Fraktion zutage. Auch in ihr gab es den Gegensatz zwischen einem rechten und einem linken Flügel, wie er etwa durch Auer und Singer repräsentiert wurde. Erst nach langen Auseinandersetzungen in der Fraktion konnten einerseits die Anarchisten abgeschüttelt, konnte andererseits eine offensivere Taktik eingeschlagen werden. Zwischen 1884 und 1887 bildete sich die Mehrheit als etwas weniger radikaler Flügel aus, sie hielt Sonderkonferenzen ab, und ihre Führer besprachen sich unter sich, um die Auseinandersetzung in der Fraktion besser führen zu können¹⁾. Bebel, Liebknecht und Vollmar repräsentierten den linken Flügel; die beiden ersteren besaßen zwar große Autorität in der Fraktion, waren aber doch nicht für deren Linie ausschlaggebend. Immerhin glich man entstehende Differenzen unter sich aus und trat nach außen möglichst geschlossen auf²⁾.

Im ganzen hat sich die Partei unter dem Gesetz organisatorisch behauptet und bewährt. Wenn schon es keine hinreichend institutionalisierte demokratische Meinungsbildung gab und schon dadurch Spannungen unvermeidlich waren, so hielten sie sich doch unter dem Druck der Gegner in Grenzen und gefährdeten niemals die Einheit der Partei. Der Kampf erhöhte die Neigung zu Zentralisation und Disziplin. Weiter verstärkte die Situation einerseits einen gewissen oligarchischen Zug, die Führung durch die ausgewählte, avantgardistische Vertrauensmännergruppe in den örtlichen Mitgliederkreisen, durch die in ihrer Stellung enorm befestigte Fraktion in der Gesamtpartei, eine Entwicklung, die auf diese Weise besonders beschleunigt wurde; andererseits aber verstärkte sie durch die aufkommende Opposition gegen die Fraktion den demokratischen Zug der Partei, der auf Kontrolle der Führung drängte.

c) Die Lokalorganisationen nach 1890

Mit dem Ende des Sozialistengesetzes war zwar das Verbot, sozialdemokratische Tendenzen auch in organisierter Form zu verfolgen, aufgehoben, aber die Organisation der Partei war weiterhin durch die einzelstaatlichen Vereinsgesetze gehindert, zumal durch das preußische mit seinem Verbindungsverbot, das gegen die Sozialdemokraten besonders scharf angewandt werden konnte. Man mußte also möglichst dem Buchstaben des Gesetzes Rechnung tragen. Das erste Statut von 1890 traf daher über die örtliche Organisation keine Bestimmungen³⁾; es rechnete mit einer losen Mitgliedschaft. Der Begriff des Mitglieds war dabei nicht

¹⁾ Brockschmidt, S. 93.

²⁾ Der Abgeordnete Rittinghausen, der sich den Parteibeschlüssen nicht fügen wollte, wurde 1884 ausgeschlossen, Mehring, S. 496.

³⁾ Schröder, S. 71 ff.

klar fixiert, jemand wurde als „zur Partei gehörig“ „betrachtet“, wenn er sich zum Programm bekannte und die Partei „nach Kräften“, nicht ausdrücklich regelmäßig, finanziell unterstützte, im Zweifel hatten die örtlichen Genossen zu entscheiden. Alljährlich wählten die Genossen in öffentlichen Versammlungen Vertrauensmänner, die die Parteiinteressen wahrnehmen, die Mitglieder repräsentieren und die Verbindung zur Zentrale aufrechterhalten sollten. Ihre Zahl und die Art ihrer Wahl blieb der örtlichen Entscheidung anheimgestellt.

Praktisch bestanden in den 90er Jahren, jedenfalls in den größeren Städten, zwei Organisationen nebeneinander; einerseits die offiziellen Wahl- oder Parteivereine oder, zumal diese oft aufgelöst wurden, lose Parteimitgliedschaften¹⁾, andererseits die in öffentlichen Volksversammlungen gewählten Vertrauensmänner, die von einer „inoffiziellen“ Organisation getragen wurden. Diese war zunächst gebildet worden oder erhalten geblieben, um bei etwaiger Auflösung eines Wahlvereins sofort in Tätigkeit zu treten und um Maßnahmen durchzuführen, mit denen ein Verein riskiert hätte, polizeilich verboten zu werden. Die Hauptsache war jedoch, daß alle Fragen, die sich nicht auf Wahlkreisangelegenheiten bezogen, also Wahl der Vertrauensmänner und Parteitagsdelegierten und Stellungnahme zu gesamtparteilichen Angelegenheiten, vom legalen Aufgabengebiet der Wahlvereine ausgeschlossen blieben; der parteitragende Kreis wollte aber keine dieser Entscheidungen dem zufälligen Beschluß einer öffentlichen Versammlung aussetzen, und daher wurden sie in besonderen Konferenzen der Vertrauensmänner vorberaten und vorentschieden. Die öffentlichen Versammlungen, als deren Einberufer die „Vertrauenspersonen“ fungierten, hatten dann bei dem geschlossenen Vorgehen der wortführenden und allein entscheidenden Minorität im allgemeinen nur die Funktion und nur die Möglichkeit, diese Entscheidungen einhellig oder mit überwiegender Mehrheit zu bestätigen²⁾, sie waren nur eine „äußere Form“. Natürlich mußten die Vertrauensmänner Rücksicht auf die Resonanz solcher Versammlungen nehmen, aber sie hatten sie doch fast vollständig in der Hand und prägten ihnen ihren Geist auf.

In diesem entscheidenden Kreis der „inneren Organisation“ lebten die Corpora, also ein innig zusammengewachsener Stamm von Parteihängern, weiter, auch jetzt noch sprach man von Corporaversammlungen³⁾. Ihre Funktionen blieben natürlich nicht auf die Angelegenheiten beschränkt, die notwendigerweise von ihnen übernommen werden mußten, sondern umfaßten praktisch alle

¹⁾ In Herford wurde 1893 aus der bis dahin losen Mitgliedschaft heraus ein Ortsverein gegründet, Severing, S. 31. — Chemnitz: Wahlverein 1890/92 und 1894, Neugründung 1899, Heilmann, S. 234, 277.

²⁾ Während der Opposition der „Jungen“, vor allem in Berlin, Magdeburg und Dresden, die 1890, vor Inkrafttreten des Statuts, die Partei bewegte, ging der Kampf über die Corpora hinaus und wurde auch mit Abstimmungen in großen Volksversammlungen geführt; vgl. z. B. Bernstein II, S. 322 u. ö.

³⁾ Die „Geheime“ (Organisation) in Schlesien 1889 diente als Grundlage der öffentlichen, Th. Müller II, S. 344.

wichtigen Parteiangelegenheiten, politische Stellungnahmen, Vorbereitung von Aktionen und vor allem die Kandidatenaufstellung und die Besetzung der Führungsämter in den offiziellen Wahlkreisorganisationen; man wollte auf jeden Fall vermeiden, daß irgendwelche unzuverlässigen Leute in wichtige Stellungen kämen. Dabei hielten sich die Führer der inneren Organisation, die durch ihre Verbindung mit der Parteileitung besonders informierten und geeigneten Wahlkreis-Vertrauensmänner, gänzlich zurück, es war ihnen verboten, Ämter in den Wahlvereinen anzunehmen, weil man zwischen diesen und den Trägern des Zentralisationsprinzips keine offene Verbindung aufkommen lassen durfte. Auch die Vereinsversammlungen hatten nach den Corporaentscheidungen dann nur noch bestätigenden Charakter¹⁾. In Großstädten mit mehreren Wahlkreisen und in manchen eng verflochtenen Bezirken traten die Führer der inneren Organisation auch gelegentlich für mehrere Wahlkreise zusammen, um einheitlich zu regelnde Parteiangelegenheiten zu besprechen; eine ständige Führung etablierte man aber nicht, vielmehr blieb jeder Wahlkreis unabhängig, und man tagte jeweils nur ad hoc zusammen²⁾.

Im ganzen hielt sich in diesen Gruppen zunächst noch ein relativ radikaler und aktivistischer Geist, sie hatten etwas von einem Kader an sich. Natürlich konnte der Aufbau der geheimen Organisation nicht sonderlich demokratisch sein, es gab keine Beitrittsfreiheit, bei der Heranziehung neuer Leute und der Verteilung der öffentlichen Ämter konnte eine gewisse zünftlerische Cliquengesinnung maßgebend werden³⁾, die Führer wurden eher informell als durch institutionalisierte Wahlverfahren bestellt, in vielen Fällen genügte das Ansehen maßgebender Leute und Gruppen aus der Verfolgungszeit, um ihre Autorität aufrechtzuerhalten⁴⁾. — In den nichtgroßstädtischen Wahlkreisen war die Führungsgruppe immer sehr klein, sehr häufig kristallisierte sie sich um den Redakteur des örtlichen Parteiblattes, daneben spielten wahrscheinlich schon Gewerkschaftsangestellte und ähnliche Leute eine Rolle und kamen auch für die Kandidaturen häufiger in Frage⁵⁾.

¹⁾ Über die Tätigkeit der Corpora, Organisation im Klassenkampf, S. 31 f.; Bernstein III, S. 73 ff., 81, 87, 90, 103 ff., 118; die Wiederaufstellung des badischen Landtagsabgeordneten Rüdts, um den sich ein längerer Streit entwickelt hatte, wurde von einer öffentlichen Versammlung mit 2000 gegen 11 Stimmen abgelehnt und ein anderer aufgestellt; 1899 wurde Keil von einem „ganz kleinen Kreis“ von 8 oder 9 Parteigenossen für den Landtagswahlkreis Ludwigsburg aufgestellt, das war jedenfalls der innere Kern der Organisation; Keil, Erlebnisse, S. 149, 173.

²⁾ Bernstein III, S. 81; 1895 vermutete die Staatsanwaltschaft hinter solchen Besprechungen in Berlin fälschlich einen „Verein der öffentlichen Vertrauensmänner der Berliner Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, ebd., S. 87.

³⁾ In Sachsen wurden nach 1900 die Internen zu Klatsch- und Krakeelgruppen, Organisation im Klassenkampf, S. 22.

⁴⁾ Scheidemann, S. 84, schreibt bei Erwähnung der vom Vertrauen der Anhänger getragenen absoluten Parteiherrschaft Grillenbergers in Nürnberg, daß überhaupt von einer demokratischen Leitung der Partei damals — 1897 — ebensowenig wie von einem demokratischen Leben in ihr die Rede habe sein können.

⁵⁾ Vgl. u. S. 330 ff.

Die offiziellen Wahlvereine hatten in den Gebieten der geheimen Organisation keine große Bedeutung, sie dienten hier der Werbung, der Wahlagitation und der Erörterung allgemein politischer Fragen¹⁾. Der Ausschluß der wichtigen, Anteilnahme weckenden Fragen aus ihrer Kompetenz oder die Tatsache, daß diese vornehmlich in öffentlichen Versammlungen erörtert wurden, und die Entwertung ihrer Wahlen durch die geheimen Vorwahlen erhöhten nicht eben ihre Anziehungskraft und ließen sie nicht recht zur Blüte kommen; sie galten der eigentlichen Organisation gegenüber als untergeordnet und blieben für die Entwicklung der Partei zunächst relativ unwichtig. Das trug dazu bei, einen Teil der möglichen Aktivität der Parteianhänger in gesellige Vereine abzudrängen und sie dadurch vom politischen Leben abzuziehen²⁾. Wieweit die Vereine in sich durchorganisiert waren, ist unterschiedlich, eine regelrechte und normierte Beitragspflicht gab es wohl nicht überall, offenbar aber Mitgliedskarten³⁾. In den Berliner Großwahlkreisen und ebenso wohl in anderen Großstädten unterteilte man die Vereine in Abteilungen und Bezirke, an deren Spitze Abteilungs- und Bezirksführer standen. Diese wurden formal von oben, also zentralistisch, eingesetzt, die Abteilungsführer auf Vorschlag des Vereinsvorstands von der Mitgliederversammlung des Gesamtvereins, die Bezirksführer von den Abteilungsführern, praktisch wurden sie aber doch von den Mitgliedern des Bezirkes vorgeschlagen⁴⁾. Die Organisation war daher einigermaßen demokratisch, bei der Wahl der Unterführer spielten die Corpora keine bedeutende Rolle; freilich hatten diese Leute eben auch keine politisch oder organisatorisch entscheidende Funktion. In großen Wahlkreisen bestanden neben dem Vorstand wieder eine Pressekommission zur Kontrolle des Lokalorganes, eine Agitationskommission und eine für die Fragen der Versammlungslokale. In Großstädten mit mehreren Wahlkreisen wurden sie für die ganze Stadt gebildet und dann, dem Gesetze Rechnung tragend, durch offene Parteiversammlungen gewählt, die von den Vertrauensmännern dirigiert wurden⁵⁾.

Im ganzen ergaben sich aus dieser organisatorischen Zweipoligkeit ohne ordnungsgemäße Erneuerung und ohne allgemeine Mitwirkung an der Meinungsbildung viele Spannungen und Schwierigkeiten⁶⁾. In der Parteimeinung galten die Corpora im ganzen doch als undemokratisch. Das mit der Massenorganisation sich anbahnende Problem von Demokratie und Großbetrieb wurde aber durch die erzwungene Funktionsteilung noch eine Weile hintangehalten.

¹⁾ Bernstein III, S. 74, 76 f.

²⁾ Bernstein III, S. 77, eine Denkschrift zur Reorganisation aus den 90er Jahren.

³⁾ Eine bei Bernstein III, S. 91, abgebildete Karte trägt die Aufschrift: „Legitimationskarte . . . für die Sozialdemokratische Partei des 6. Berliner Reichstagswahlkreises“, nimmt also weder auf den Verein noch auf die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ Bezug.

⁴⁾ Bernstein III, S. 92, 95; vgl. u. S. 322 f.

⁵⁾ In Berlin hießen sie daher: . . . Kommission der Berliner Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bernstein III, S. 81.

⁶⁾ Organisation im Klassenkampf, S. 31 f.

Seitdem 1900 das Verbindungsverbot des Vereinsgesetzes aufgehoben war, konnte die Partei sich endgültig frei und nach ihren eigenen Bedürfnissen organisieren. Zunächst blieb es freilich noch bei einem Zwischenzustand. Das provisorisch gemeinte Statut von 1900¹⁾ sah noch Vertrauensmänner vor und stellte es den Mitgliedern anheim, ob diese im Verein oder in allgemeinen Versammlungen gewählt werden sollten; die Mitgliedschaft wurde an regelmäßige Beitragszahlung, die praktisch fast nur im Verein möglich war, gebunden. Viele großstädtische Parteikreise wollten trotz der neuen Möglichkeiten die „innere“ Organisation noch aufrechterhalten, formal, weil die Zugehörigkeit von Frauen zu politischen Vereinen verboten war, sie aber zur Partei gezählt wurden²⁾, faktisch, weil man die eigene führende Stellung nicht einfach aufgeben wollte³⁾. Immerhin sind nach 1900 die beiden Organisationsformen in den Orts- und Wahlkreisvereinen zusammengewachsen. Das Statut von 1905⁴⁾ sah den sozialdemokratischen Verein als Normalfall vor, und 1909⁵⁾, nach dem Erlaß des Reichvereinsgesetzes, fielen die Vertrauenspersonen, die für schwach organisierte Wahlkreise und für die Frauen noch bestanden hatten, endgültig fort; jetzt konnte als Mitglied definiert werden, wer sich zu den Grundsätzen des Programms bekannte und Mitglied der örtlichen Parteiorganisation war. Für die Beiträge wurde ein Minimalsatz festgesetzt.

Der in den 90er Jahren beginnende Ausbau zur Massenpartei ging in verstärktem Maße weiter, es wurden einerseits ständig neue Ortsvereine gegründet,

Entwicklung der Mitgliederzahlen 1907—1914⁶⁾

Jahr	Mitglieder (abgerundet)	Zunahme in %	Prozentsatz der SPD-Wähler
1906	384 000	—	13%
1907	530 000	38,0%	16%
1908	587 000	10,7%	18%
1909	633 000	7,8%	19%
1910	720 000	13,6%	22%
1911	836 000	16,1%	25%
1912	970 000	15,9%	23%
1913	983 000	1,3% ⁷⁾	23%
1914	1 086 000	10,0%	26%

¹⁾ Schröder, S. 76 ff.

²⁾ Bernstein III, S. 90.

³⁾ Noch 1906 sprach das Vorstandsmitglied Gerisch davon, daß viele Parteigenossen sich nur ungern vom System der Vertrauensmänner trennten, Parteitagprot. 1906, S. 173.

⁴⁾ Schröder, S. 81.

⁵⁾ Schröder, S. 87 ff.

⁶⁾ Bronder, S. 28 nach den Parteitagprotokollen.

⁷⁾ Davon fast 75% Frauen.

zwischen 1907 und 1913 stieg deren Zahl von 2704 auf 4978¹⁾, andererseits gewannen die bestehenden an Stärke. Da es bis 1906 keine allgemeine Partei-statistik gab, sind wir über die zahlenmäßige Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt nur wenig unterrichtet; in Berlin gab es z. B. 1902 ca. 29000 Mitglieder und 1906 fast 65000, die Zunahme betrug also über 120%²⁾. Während 1876 die Gesamtpartei mit etwa 38000 Mitgliedern rechnet, waren es 1906 über 384000 und 1914 über 1086000, sie hatte sich also in acht Jahren fast verdreifacht.

Die Schwankungen der Zunahme haben verschiedene Gründe, so die Konjunktorentwicklung (1908, 1913), Ruhepausen nach den Wahljahren, vielleicht auch innerparteiliche Entscheidungen, die Verurteilung des Revisionismus oder, wie Rosa Luxemburg 1913 meinte, die Lauheit der Partei im Kampf gegen den Imperialismus, oder eine Art von „Parteiverdrossenheit“; dabei kann aber die Wirkung solcher politischer Sachverhalte nur mit großer Vorsicht eingeschätzt werden, da die Partei für die Massen einfach als die Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse galt, demgegenüber politische Differenzen zurücktraten. Zwar blieb die Zahl der Organisierten noch hinter der Zahl derjenigen zurück, die man für organisierbar hielt, aber der Prozentsatz der organisierten Parteiwähler war doch hoch, vor allem, wenn man ihn mit dem Organisationsgrad ausländischer sozialistischer oder gar mit dem bürgerlicher Parteien vergleicht³⁾. Und obwohl für einen Teil der Partei selbst die Organisation der Massen in ihrem politischen Sinn problematisch wurde⁴⁾, beeinträchtigte das Bewußtsein dieser Problematik bis 1914 den Fortgang der organisatorischen Expansion in keiner Weise. Der hohe und noch ansteigende Organisationsgrad entsprach der Intensität und Bedeutung, die die Mitgliedschaft in der Partei für die Anhänger besaß⁵⁾. Darum kann man auch damit rechnen, daß die Fluktuation der Mitglieder gering war.

Eine soziologische Analyse der Mitgliedschaft kann in unserem Zusammenhang nicht gegeben werden. Ebenso müssen wir hier auf eine genauere Untersuchung und Aufschlüsselung des prozentualen Verhältnisses von Parteimitgliedern zu Parteiwählern verzichten⁶⁾. Im ganzen kann, wie Michels richtig gezeigt hat, an

¹⁾ Bronder, S. 70; in Bayern z. B. begann der Ausbau einer „lückenlosen“ Organisation und ihre Ausdehnung auf alle Wahlkreise 1898, Jansen, S. 67.

²⁾ Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, Jahresbericht 1906, Berlin 1907, S. 14. Im Folgenden zitiert als „Jahresbericht“.

³⁾ Die beachtlichen Mitgliederzahlen des katholischen Volksvereins können wegen dessen nur halbpolitischen Struktur nicht zum Vergleich herangezogen werden.

⁴⁾ s. u. S. 339 f.

⁵⁾ Stärkster Organisationsgrad in den Bezirken Leipzig (43%), Schleswig-Holstein (43,2%), Nordwest (Bremen, 44%), Hamburg (49%), Lübeck (60%); schwächster: Posen (7,9%), Kattowitz (7,1%), Elsaß-Lothringen (6,8%) — Zahlen für 1914, Hänisch, Organisation, S. 172.

⁶⁾ Das dazu vorliegende Material ist noch nicht ausreichend, man müßte mit den Zahlen für einzelne Bezirke und Orte arbeiten und sie zur Sozialstruktur der Bezirke in Beziehung zu setzen suchen. Bisherige Versuche, z. B. eine soziale Basis für radikale und revisionistische Mitgliedschaften zu finden, vgl. u. S. 343 f., kommen doch nicht über Allgemeinheiten, wie die Feststellung des Revisionismus in ländlichen Bezirken und kleinen Städten, oder Andeutungen hinaus. Vgl.

dem proletarischen Charakter der großen Masse der Mitgliedschaft kein Zweifel sein, während allerdings vielleicht ein Fünftel der Wähler bürgerlichen Kreisen zugehört haben mag. Das Problem, ob die Partei aus einer Klassen- zu einer Volkspartei wurde, stellt sich darum nur als die Frage nach dem Gewicht, das die Rücksicht auf die Wählerschaft bei der Parteiführung hatte. Nur in diesem Sinne propagierten Bernstein, Vollmar, Heine und andere nach 1903, daß die Partei Volkspartei sein oder werden müsse. Für die Organisation wirkte sich das dann indirekt im Verhältnis zwischen Parteivorstand und Fraktion einerseits, den Vertretern der Mitgliedschaft andererseits und in den Spannungen der Parteifügel aus.

Unterstützt wurde die Partei natürlich von der sehr viel ausgedehnteren Arbeiterbewegung, die sie selbst wiederum mit aufbaute, eine Bewegung, der im bürgerlichen Lager nur das Organisationswesen des katholischen Volksteils vergleichbar war, ohne daß aber dieser eine ähnliche Geschlossenheit und Dynamik erreicht hätte. Für die Bindung parteinaher Massen und für die führende Funktion der Partei in der Bewegung¹⁾ hatte besondere Bedeutung die Tatsache, daß sie über eine ausgebreitete parteieigene Presse verfügte²⁾. Diese formte oder befestigte das politische Bewußtsein der Leser im Sinne der Partei, und es bestand daher eine augenfällige Korrelation zwischen Zeitungsgründungen, Anstieg der Auflagen und der Mitglieder- und Wählerzahlen. Die Presse war so eines der wichtigsten Macht- und Integrationsmittel der Partei, ihre Leserschaft stellte einen über die Parteioorganisation hinausreichenden Kreis fester Anhänger dar³⁾, durch sie wurde er laufend erweitert. Eine andere parteiausdehnende Macht bildeten natürlich die freien Gewerkschaften, die, im ganzen doch von der politischen Überzeugung der Partei erfüllt, für sie auch als Propagandaorganisationen fungierten⁴⁾. Schließlich war die Partei von einem Kranz sozialistischer

im ganzen R. Michels, Die deutsche Sozialdemokratie, Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung. Archiv für Sozialwissenschaft, Band 23, 1906, S. 471 ff.; über Soziologie der Wählerschaft: R. Blank, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft, ebd., Band 20, 1905, S. 507 ff. Blank rechnet für 1893 bis 1903 mit etwa 25% bürgerlicher Wähler und zeigt, daß kleinindustrielle Gebiete den stärksten Wähleranteil stellten; vgl. a. Bronder, S. 27 ff. Einwände gegen Blanks Berechnung bei G. A. Ritter, S. 77 f.

¹⁾ Auch die Rolle der gewerkschaftlichen Reformisten beruhte auf ihrer Eigenschaft als Parteifunktionäre.

²⁾ Die bürgerlichen Parteien hatten keine parteieigenen Zeitungen, es gab nur parteinahe Organe, wie die Kreuzzeitung und die Freisinnige Zeitung und zumal die katholischen Tageszeitungen. Bei Liberalen und Konservativen war die Haltung der sie unterstützenden Presse immer unsicher; der Einfluß der mehr oder minder liberalen Presse entsprach zudem durchaus nicht ihrer Auflagenhöhe.

³⁾ Am 31. März 1914 hatte die Partei 1 085 905 Mitglieder, die Parteizeitungen 1 488 345 Abonnenten und sicherlich noch mehr Leser, Berlau, Social Democr. Party, S. 147. Für die 90er Jahre gibt G. A. Ritter, S. 65, den Anteil der Abonnenten an der Zahl der Wähler mit knapp 20% an; er führt diesen geringen Prozentsatz auf hohe Kosten, schwer verständliche Ausführungen und den Charakter der Zeitungen als Organen der Mitgliedschaft zurück. Immerhin muß auch damals die Zahl der Abonnenten über der „Mitglieder“ gelegen haben.

⁴⁾ Die Tatsache, daß die Gewerkschaften den reformistischen Flügel bildeten, ändert daran nichts. Auf das im übrigen sehr problemreiche Verhältnis werde ich in meiner Untersuchung über die Verbände eingehen.

Organisationen umgeben und durchwachsen, die zwar nicht unmittelbar den Kreis der Parteianhänger erweiterten, aber möglichst viele Lebensbereiche im sozialistischen Sinne organisierten, die ganze Person und Lebenssphäre des Menschen in die parteitragende Weltanschauung einbezogen und damit die Zugehörigkeit zur Partei intensivierten. So gab es Arbeitergesang-, -theater-, -kegel-, -skat-, -turn-, -radfahr-, allgemeine und besondere -sportvereine¹⁾; dazu kamen die sozialistisch orientierten Konsumvereine, dann, ungleich wichtiger, die besonderen Bildungseinrichtungen der Arbeiterbewegung²⁾ — und die sozialdemokratische Jugendbewegung, die freilich einen stark politischen Charakter hatte und für die Parteileitung deshalb immer ein Sorgenkind darstellte³⁾. Mit diesen Nebenverbänden verstärkte die Partei ihren aus dem Wesen der auf sich selbst konzentrierten Emanzipationsbewegung entspringenden Charakter als Integrationspartei⁴⁾, sie stellte für ihre Mitglieder das wesentliche Stück Dasein dar, wenschon diese mehr private Aktivität die Mitglieder von einer echten Politisierung ablenken konnte. Für die Organisation des unmittelbar politischen Willens der Anhänger aber, als Komplement oder als Herrin der Partei im Parlament, als Trägerin der außerparlamentarischen Aktivität, kamen nur die eigentlichen Parteivereine in Betracht.

Die Grundeinheiten der Partei bildeten satzungsgemäß die Wahlkreisvereine, praktisch für den Parteilalltag des Mitglieds die in diesen zusammengeschlossenen Orts- oder Filialvereine, in Großstädten die nach Stadtvierteln eingeteilten Ortsgruppen oder Zahlstellen (Bezirke oder Abteilungen). Die Mitglieder waren mit einem, seit 1907 einheitlichen, Mitgliedsbuch ausgestattet und zahlten wöchentlich oder monatlich ihre Beiträge, minimal pro Monat 30 Pfennig. Diese Beiträge wurden durch Marken quittiert, wer mehr als drei Monate im Rückstand war, wurde nach einer Mahnung ausgeschlossen, überall galt das regelmäßige Einkassieren der Beiträge als erste Voraussetzung zur Erhaltung des Mitgliederbestandes. Häufig war es auch satzungsmäßig Pflicht, das bezirkliche Parteiblatt zu abonnieren. Mindestens einmal, gelegentlich auch zweimal im Monat kamen die Mitglieder zur Mitgliederversammlung zusammen, die oft auch, wie in Berlin, als Zahlabend bezeichnet wurde. Die Vereine und Ortsgruppen waren untergegliedert, z. B. in Bezirke und Reviere und diese häufig wieder in Blocks oder Abteilungen mit „Bezirksführern“, „Reviermännern“ und „Blockführern“ an der Spitze⁵⁾; teilweise, z. B. in Württemberg, bestellte man auch Vertrauensmänner für jede Fabrik, ohne aber zum System der Betriebsgruppen überzugehen⁶⁾. Wie-

¹⁾ 1909 z. B. hatten die Radfahrvereine 120 000 Mitglieder, 1919 die Turn- und Sportvereine 449 000, Bronder, S. 57.

²⁾ 1914 gab es 854 örtliche Bildungsausschüsse, Bronder, S. 46.

³⁾ K. Korn, Die Arbeiterjugendbewegung; vgl. a. Schorske, S. 97 ff. 1913 gab es 655 Jugendausschüsse der Partei.

⁴⁾ Neumann, Parteien, S. 108 f.

⁵⁾ Die Namen wechselten natürlich in den einzelnen Landschaften.

⁶⁾ Anleitung zur Organisation und Agitation für die sozialdemokratische Partei in Württemberg, 1907, S. 3; im folgenden zitiert als „Anleitung“.

weit innerhalb großer Untergruppen Zusammenkünfte der Mitglieder stattfanden, ist unterschiedlich, der Sinn der Untergliederung war jedenfalls die Intensivierung der Agitation, die Heranziehung aller Parteigenossen an die Parteiarbeit und das Parteigeschehen, ihre Richtung ging von oben nach unten¹⁾, durch sie sollte der Wille der Führung auch im kleinen Rahmen stets präsent sein. Darum wurden die Bezirksführer formal von der Generalversammlung oder der sogenannten Kreiskonferenz²⁾ gewählt, die Revierleute von diesen ohne Wahl ernannt, und von Zeit zu Zeit besprachen sich die Revierleute mit ihren Bezirksführern, die Bezirksführer mit dem Vereinsvorstand³⁾. Der Vorstand des Vereins wurde zu meist aus 5 Personen, z. B. einem ersten und einem zweiten Vorsitzenden, einem Schriftführer, einem Kassierer und einem Bibliothekar oder einem dritten Vorsitzenden⁴⁾, gebildet, neben ihm gab es gelegentlich noch Revisoren, die seine Geschäftsführung zu prüfen hatten. Der erste Vorsitzende galt als Ortsvertrauensmann der Partei. Über die unmittelbar anstehenden Angelegenheiten konnte der Vorstand ziemlich selbständig entscheiden, zuweilen nach Besprechung mit den Unterführern. Er legte die Tagesordnung der Mitgliederversammlungen fest und leitete diese. Einer solchen Versammlung war er verantwortlich, und sie hatte ihn alljährlich, meist nach dem Parteitag, zu wählen, und zwar durch Stimmzettel oder normalerweise, wenn kein Widerspruch erfolgte, durch Handaufheben. Ob in den großstädtischen, viele tausend Mitglieder umfassenden Vereinen der Vorstand nicht durch Delegiertenkonferenzen gewählt wurde, bleibt fraglich, das Statut für die Rheinprovinz z. B. bestimmt darüber nichts.

Die Ortsvereine oder Ortsgruppen und Zahlstellen waren im Wahlkreisverein zusammengeschlossen⁵⁾. Hier lag der politische Schwerpunkt der Organisation, denn hier mußte über Kandidatenaufstellungen und über Delegiertenwahlen entschieden werden, hier wurde auch maßgeblich über die propagandistischen Aktionen und die meisten sonst wichtigen Parteiangelegenheiten (so z. B. in den Städten über die Parteipresse) Beschluß gefaßt. Dementsprechend war die Verteilung der Finanzmittel geregelt, im Bezirk Obere Rheinprovinz z. B. gingen von den örtlichen Einnahmen drei Viertel an die Wahlkreiszentrale, die zwar an Provinz und Reichszentrale bis zu 35 % abführte, aber doch immerhin selbst über 40 % verfügen konnte. Die Führung der Wahlkreisvereine war wie die der Orts-

¹⁾ „Durch die strikte Durchführung . . . der Bezirks- und Revierenteilung wird eine systematische Agitation, die Heranziehung aller Genossen zur Parteiorganisation und ihre Anhaltung zur Erfüllung der Verpflichtungen der Partei gegenüber ermöglicht. Durch die stete Verbindung der Bezirks- bzw. Revierleitung mit der Zentraleitung des Kreises wird . . . die Einheitlichkeit der Aktionen gesichert.“ Statutenbuch des sozialdemokrat. Vereins (gültig f. d. Bezirk Obere Rheinprovinz), S. 22, im folgenden zitiert als „Statutenbuch“.

²⁾ s. u. S. 324.

³⁾ Statutenbuch, S. 22; Bernstein III, S. 92; s. o. S. 318; in Berlin hatten die Parteigenossen ein Vorschlagsrecht.

⁴⁾ In allen Vereinen mit weiblichen Mitgliedern mußte eine Frau zum Vorstand gehören.

⁵⁾ Zum Zentralwahlverein für den einen Teil der Berliner Vororte umfassenden Wahlkreis Teltow-Beeskow z. B. gehörten 1910 41, Bronder, S. 25. — In Chemnitz gab es 32 Bezirksvereine, Heilmann, S. 277.

vereine organisiert. Für eine Reihe wichtiger Funktionen gab es wie früher, aber jetzt in ungleich höherem Maße, besondere Kommissionen, so in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Bildungs- und Jugendausschüsse¹⁾, Agitations- und Lokalkommissionen und, weitaus am wichtigsten, die Pressekommissionen, die die Aufsicht über das lokale Parteiorgan zu führen hatten. Als Institutionen der Mitgliedschaft fungierten einmal Generalversammlungen, die meist mehrmals im Jahr stattfanden und häufig für die Vorstandswahlen zuständig waren, und in den meisten Fällen neben ihnen oder sogar statt ihrer regelmäßig tagende, sogenannte Kreiskonferenzen, auf denen neben dem Vorstand und den Revisoren die Orts- oder Zahlstellenvorsitzenden und Delegierten aus jedem Bezirk vertreten waren, teils nach den Mitgliederzahlen, teils gleichmäßig für jede Ortsgruppe²⁾. Die Kreiskonferenz galt als höchste Instanz des Wahlkreises, sie hatte z. B. in der oberen Rheinprovinz einen Bericht des Vorsitzenden zu billigen, die Delegierten zum Parteitag und zu den Provinzialinstanzen zu wählen und über eingegangene Anträge zu entscheiden. Die Funktionen der beiden Institutionen, insbesondere bei Wahlen, wurden nicht immer klar voneinander unterschieden, ihr Verhältnis zueinander war fließend und jedenfalls nicht für alle Wahlkreise einheitlich³⁾; immerhin fanden selbst in den Berliner Riesenwahlkreisen häufiger Generalversammlungen statt⁴⁾. Über die Kandidatenaufstellung gab es vielfach keine besonderen Bestimmungen, im allgemeinen war wohl eine Legitimation durch eine Generalversammlung üblich⁵⁾.

Jedenfalls existierte im Wahlkreisverein und schon in großen Ortsvereinen zwischen Vorstand und Mitgliedschaft eine mittlere Führungsgruppe, Bezirksführer, Ortsvertrauensmänner, Delegierte der Wahlkreiskonferenz, die häufiger mit dem Vorstand zusammentrat und alle wichtigen Angelegenheiten beriet, selbständig entschied oder für die Generalversammlung vorbereitete. 1906 z. B. fanden in Berlin III 32 Vorstandssitzungen und 6 Bezirksführerkonferenzen statt, in Berlin IV 69 Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen neben 10 Generalversammlungen oder in Berlin VI 24 Vorstandssitzungen, 11 Kreiskonferenzen und 8 Generalversammlungen⁶⁾. Die Größe dieser Gruppe kann man danach schätzen, daß es in Berlin 1910 2500 Bezirksführer gab⁷⁾ oder daß 1911 in

¹⁾ s. o. S. 322.

²⁾ Beide Verfahren in der Oberen Rheinprovinz nach dem Provinzialstatut und dem Musterstatut, Statutenbuch. Chemnitz: Kreisversammlung, Ausschluß aus je einem Vertreter der Vereine und Vorstand, Heilmann, S. 277.

³⁾ Nichteinheitlichkeit der Kreisstatute, Handbuch der Sozialdemokratischen Parteitage II, S. 498, nach dem Protokoll von 1912.

⁴⁾ Vom 5. Wahlkreis z. B. wird 1906 die Wahl des Vorstands durch eine Generalversammlung berichtet, Jahresbericht, S. 38 ff.

⁵⁾ Nach Anleitung, S. 9, sollten die Kandidaten zwar frühzeitig aufgestellt, aber erst unmittelbar vor der Wahl öffentlich proklamiert werden, die Nominierung fand also wohl nicht in der kaum vertraulichen Generalversammlung statt.

⁶⁾ Jahresbericht, S. 38 ff.

⁷⁾ Bronder, S. 29.

Stuttgart über tausend „Vertrauensmänner“, so wurden diese Leute zusammenfassend genannt, abstimmungsberechtigt waren¹⁾). Selbst wenn die innerparteilichen Wahlen direkt vorgenommen wurden, so waren sie doch tatsächlich wegen der zwischengeschalteten Führungsgruppe indirekt. In den entweder sehr ausgedehnten oder sehr mitgliedsstarken Wahlkreisen konnte man praktisch nur mit einem Repräsentativsystem arbeiten. Die Größe der Organisation also und die Tatsache, daß der Wahlkreis die politische Grundeinheit bildete, führten dazu, daß die hier fälligen politischen Beschlüsse nicht unmittelbar von den Mitgliedern gefaßt und nur selten von ihnen legitimiert werden konnten, daß Initiative und Entscheidung sich auch institutionell auf Führungs- und Delegiertengremien verlagerten und diese schon deshalb allmählich für das Parteileben wichtiger wurden; auch in den größeren Ortsvereinen ging die Macht mehr und mehr auf die Führung über. Zugleich schuf der aufkommende Zentralismus eine Art von — informeller — Verantwortlichkeit der Wahlkreisführungen auch nach oben, eine Tatsache, die geeignet war, die Verantwortlichkeit den Mitgliedern gegenüber zu gefährden und die damit die relative Machtstellung der örtlichen Führungsgruppen verstärken konnte. Der Großbetrieb machte die innerparteiliche Demokratie schon institutionell zum Problem.

Wesentliche Aufgabe der Vereine war, die, im Parteijargon gesprochen, Aktivität und Kampffähigkeit der Massen zu steigern, indem die Organisation die Klassenangehörigen zum Klassenbewußtsein brachte und damit die außerparlamentarische Macht der Partei auszubauen²⁾). Vordringlich war daher die Agitation und als Mittel wie als Demonstration ihres Erfolges der Wahlkampf. Es ist bekannt, wie sich in der Partei ein Organisationsfetischismus oder -patriotismus, ein Glaube daran ausbreitete, daß der Ausbau der Organisation der Weg zum Siege sei — ein wenig reflektierter Glaube, der alle Probleme des Weges zur Macht und alle Gegensätze überbaute, indem er den durchschnittlichen Anhängern konkrete Ziele, Vergrößerung der Organisation und Wahlerfolge, setzte. Zudem verschob sich spätestens seit der Wahlniederlage von 1907 der ursprüngliche Sinn der Organisation, der politisch begründete, aber doch sekundäre Ausbau einer perfektionierten Wahlmaschine rückte an erste Stelle. Von der so gegebenen Aufgabenstellung her war auch das Vereinsleben maßgeblich bestimmt. Im rheinischen Musterstatut wird als Zweck des Vereins definiert, „mit allen zu Gebote stehenden . . . Mitteln die sozialdemokratische Propaganda zu fördern“, in Württemberg heißt es, „die Gewinnung neuer Mitglieder muß demnach die

¹⁾ s. u. S. 336; Bernstein schätzt 1908 die Zahl der Ehrenämter der Partei einschließlich der Mitglieder kommunaler Vertretungen, die aber häufig auch ein Parteiamt innehatten, auf ca. 30000, Bronder, S. 70. Das können nur die Mitglieder der Vereinsvorstände etc. sein; wenn man die unteren Funktionäre dazuzählt, würde sich wohl eine viel höhere Zahl ergeben. 1914 waren rund 10000 Funktionäre eingezogen, der Anteil der Eingezogenen aus der Mitgliedschaft betrug ca. 33%, Parteiausschußsitzung, NL Südekum. In der Weimarer Zeit rechnete die Kritik damit, daß zwei Drittel der Parteigenossen Funktionen ausübten, Organisation im Klassenkampf, S. 134.

²⁾ Organisation im Klassenkampf, S. 24, 32.

erste Aufgabe der Ortsvereine sein¹⁾). Die Aktivität der Mitglieder wurde in diesem Sinne besonders stark durch Werbungen für die Partei und ihre Presse, durch Sammlungen, durch Verbreitung von Propagandamaterial, durch Kundgebungen und Demonstrationen und deren Vorbereitung beansprucht²⁾, wie sie vor dem Krieg etwa zur Frage des Wahlrechts, des Marokkokonfliktes, der Teuerung, der sogenannten Fleischnot, der Behandlung russischer Emigranten, um nur ein paar ganz verschiedenartige Themen herauszugreifen, stattfanden. Im übrigen wurde die Aktivität natürlich auch durch die Existenz der breiten Schicht der Kleinarbeiter bis zu den Straßenbleuten für die Agitation ausgeschöpft.

Die Organisation war also primär nach außen orientiert. Das Innenleben des Vereins kam erst in zweiter Linie, wenn es auch bei der starken Bedeutung der Partei für das Mitglied intensiver war als normalerweise in bürgerlichen Vereinen. Der Glaube an die zukünftige Lösung der politischen und gesellschaftlichen Probleme durch den Sozialismus schien sicher genug, so daß man sich nach außen konzentrierte oder der expansiven Tendenz nachgab. Nach innen lebte der Verein in den Mitgliederversammlungen; die Teilnahme an ihnen ist schwer zu schätzen, in Berlin betrug sie 1906 im Wahlkreis II etwa 50%³⁾, so daß, da man sicherlich mit 25% festen Besuchern rechnen kann, von den übrigen 75% der einzelne etwa jede dritte Versammlung besuchte. Die Zusammenkünfte dienten mit grundsätzlichen und aktuellen Referaten und Diskussionen vor allem der Befestigung der sozialistischen Überzeugung, mit der Zeit spielten natürlich auch die oft trockenen Berichte der Vorstände aus den Tagungen der Führungsgremien und Besprechungen neuer Pläne für Propagandaaktionen eine besondere Rolle.

Der Wert der Diskussion für eine politische Bildung, die nicht nur Formeln, sondern Anschauungen selbständig übernahm, die insbesondere die Streitfragen der Partei verstehen ließ und darum zu echter Meinungsbildung führte, ist schwer zu beurteilen. Beim Durchschnitt der Mitglieder wurden solche Ergebnisse wohl kaum erzielt. „Das theoretische Niveau war nicht allzu hoch, . . . man verbreitete mehr Auffassungen in fertiger Form, als daß man zu politischem Denken erzog⁴⁾.“

Der Charakter der Organisation wirkte sich auch auf die Führung aus. Mit dem Anstieg der Mitgliederzahlen wuchsen die organisatorischen Aufgaben fast im Quadrat. Zumal seit dem Eintritt Eberts in den Parteivorstand (1907) wurde der

¹⁾ Anleitung, S. 3.

²⁾ In Berlin z. B. wurden in dem kurzen Reichstagswahlkampf von 1906/07 4½ Millionen Flugblätter verteilt, dazu noch eine große Anzahl von Stimmzetteln und Wahlaufforderungen, und am Wahltag standen 40000 Helfer von 65000 Mitgliedern zur Verfügung; im Wahlkreis VI fanden 1906 50 Protest- und Agitationsversammlungen statt, im Wahlkreis IV 42 Wahlversammlungen und 40 sogenannte Viertelsversammlungen, im Wahlkreis Teltow neben 450 Mitgliederversammlungen 260 öffentliche Versammlungen; Jahresbericht, S. 44 f., 52, 57.

³⁾ Jahresbericht, S. 38.

⁴⁾ Organisation im Klassenkampf, S. 24. Severing, S. 41, 69, berichtet von den Mitgliederversammlungen in Bielefeld Mitte und Ende der 90er Jahre, sie seien von kaum zu überbietender Dürftigkeit, Langeweile und Öde, und daher auch schlecht besucht gewesen.

Organisationsbetrieb auch in großem Maßstab zentralisiert und damit bürokratisiert¹⁾, der Schriftverkehr stieg enorm an. Mitglieder, Zeitungsabonnenten und Geldmittel gewinnen, Propagandamaterial verteilen und einen Wahlapparat aufbauen und die große aufgebaute Organisation in Betrieb und in geordneter und aktionsfähiger Verfassung und in Verbindung mit der Führung halten, — in der Bewältigung dieser Aufgaben steckte ein gut Teil der Arbeitskraft gerade der mittleren Funktionäre. Einen Einblick in den Betrieb gibt z. B. eine Aufzählung der in Berlin ausgegebenen Vordrucke und Formulare, mit denen also sowohl Zentralen und Vorstände als auch die kleinen Funktionäre befaßt waren; es handelte sich um Parteitaglisten, Listen zur Unterstützung des russischen Wahlkampfes, Reichstagswahlsammellisten, Mitgliedsbücher, Einladungszettel zum Zahlabend, Einladungszettel für Wähler, Aufnahmescheine, Sammellisten, Quittungen für Sammellisten, Einladungszettel für Vorwärtsleser, für Gewerkschaftler, zur Flugblattverteilung, für Sonntagsversammlungen, Mahnungen für säumige Zahler, Ummeldekarten, Bezirkslisten für Beiträge, Reklameplakate für den Vorwärts, Tätigkeitsmarken; dazu kam dann das viel umfangreichere Propagandamaterial. Die Vorstände jedenfalls der Wahlkreisvereine hatten weiter die Versammlungs- und Demonstrationstätigkeit anzuregen und in Gang zu halten und dafür sowie für die normalen Ortsgruppenversammlungen Referenten zu vermitteln²⁾. Ihre Sitzungen und ihre Beratungen mit den Unterführern waren daher sehr stark mit Organisationsangelegenheiten erfüllt. Zur Entlastung der Führer wurden, vor allem etwa seit 1906, permanente Parteisekretäre angestellt, die einen Teil der mit der Großorganisation und dem Propagandabetrieb gegebenen immensen Arbeit übernehmen sollten, und zwar zunächst in den mitgliederstarken Wahlkreisvereinen, 1907 gab es 31, 1910 62, 1913 100 Wahlkreissekretäre³⁾, später wurde diese Institution auch von großen Ortsvereinen übernommen. Trotzdem blieben auch die nichtangestellten Führer hauptsächlich mit Organisation und Agitation befaßt. Dabei war es aber so, daß trotz objektiv vorhandener Selbstwecktendenzen der Organisation mindestens bei den Vorständen diese Aufgabe als eine politisch sinnvolle, als Beitrag zur Machtergreifung der Arbeiterklasse, noch aufgefaßt wurde, nicht aber für ihr subjektives Bewußtsein sich in einem bloßen Management der Organisation erschöpfte.

Die Konzentration der Partei auf das Organisatorische beförderte natürlich weiter die Macht der Führungsgruppen. Für die Organisation als Kampfverband, der nach außen wirken sollte, mußte der politische Schwerpunkt bei der planenden, die Kräfte zentral zusammenfassenden, sachkundigen Führung und dann bei den Unterführern, den Unteroffizieren etwa, im ganzen also bei den Funktionären liegen. In diesem Sinne konnte im rheinischen Statut gesagt werden, daß

¹⁾ s. u. S. 372 f.

²⁾ Jahresbericht, S. 14 ff.

³⁾ Bronder, S. 70; Handbuch der Parteitage II, S. 495.

es „die erste Bedingung einer guten Organisation ist, daß ein fortgesetztes, planmäßiges und gemeinsames Arbeiten der Funktionäre des Wahlkreises stattfindet“¹⁾, demgegenüber war die Lebendigkeit der Mitgliedschaft sekundär, sie wurde gar nicht erwähnt. Die Komplizierung der Organisation hatte zwar eine Arbeitsteilung und eine Vergrößerung der Führungsbefugnisse sachlich unabweisbar gemacht, wenn man aber die Tätigkeit der Funktionäre derart akzentuierte, so wurde damit die Kampfverband-Struktur der Partei und die organisatorische Tätigkeit überbewertet und damit die Führung überhaupt.

Aus dem anwachsenden organisatorischen Betrieb entstand, besonders in den kritischen Augen der Linken, die Gefahr eines Leerlaufes, einer objektiven Entpolitisierung der örtlichen Mitgliedschaften, die der wirklichen Meinungsbildung um die innerparteilichen Streitfragen fernrückten. Auch die kleinen Funktionen unterlagen dieser Entpolitisierung, sie waren in Gefahr, entseelt zu werden²⁾, der Zusammenhang ihrer Träger mit den großen politischen Fragen ging für deren Einsicht, wenn auch vielleicht noch nicht für ihr Gefühl, leicht verloren; das primäre Interesse konnte sich dann auf den reibungslosen Ablauf ihrer Tätigkeiten beschränken. Unter diesen Umständen entwickelte sich eine gewisse Opposition unter den jungen Parteimitgliedern, die gegenüber der von den älteren getragenen Organisationsarbeit eine stärkere Politisierung des Vereinslebens wünschten³⁾. Auch die Generalversammlungen hatten es in der Hauptsache mit Organisationsfragen, dabei freilich mit den wichtigen Vorstands- und Delegiertenwahlen, zu tun, zudem wurden sie nicht durch Ortsgruppenversammlungen und Diskussionen der anstehenden Fragen politisch vorbereitet, und auch das minderte ihren politischen Charakter. Dieser entpolitisierende Zug der Organisationsentwicklung wurde durch die Verlagerung der politischen Entscheidungen auf die Vorstände unterstützt. Größe und Spezialisierung der Organisation hatten — wie wir dargelegt haben — das natürliche Übergewicht der kontinuierlich tätigen, initiativen und entschlossenen, Autorität genießenden, die Versammlungen weitgehend bestimmenden Führungsgruppe verstärkt. Viele Beschlüsse, etwa die entscheidenden, weil die Anhänger tief beeinflussenden Angelegenheiten der

¹⁾ Organisationsstatut der Rheinprovinz, § 9, Statutenbuch.

²⁾ Organisation im Klassenkampf, S. 95.

³⁾ ebd., S. 60: „Gegen das Überwuchern der Organisationsarbeit . . . wehrten sich früher schon vor allem die Jüngeren unter den Parteimitgliedern. Sie wollten nicht, daß die Mitgliederversammlungen mit Berichten aus Vorstands- und Instanzensitzungen so überladen würden, daß in der Regel keine Möglichkeit gegeben war, ein politisches Referat zu halten und eine ausführliche Diskussion anschließen zu lassen. Sie waren weit entfernt von einer Unterbewertung der organisatorischen Arbeit, aber . . . diejenigen, die die Funktionen im Organisationsapparat ausfüllten, glaubten, daß sie das Organisatorische verteidigen müßten. Dazu kam, daß, wenn über Berichte debattiert wurde, sie führend eingreifen konnten, während sie bei rein politischen Auseinandersetzungen sehr oft passiv blieben . . .“; vgl. a. Parteitagsprot. 1913, S. 221; Neue Zeit XXXI, 2, S. 942, zitiert bei Schorske, S. 272 f., über die Schwierigkeiten beim Übertritt der Mitglieder der Jugendorganisationen in die Partei.

Presse¹⁾ oder solche über die Parteisekretariate, wurden von den Führungsgremien allein gefaßt²⁾). Die Sachentscheidungen, die Mitgliederversammlungen zu treffen hatten, waren von den Vorschlägen der Führung bestimmt, und selbst die Wahlkreis-konferenzen konnten, politisch nicht vorbereitet, an politischer Bedeutung verlieren, wenn auch in durchaus geringerem Maße als die Mitgliederversammlungen.

Schon früh setzt denn auch die Klage ein, daß die Macht von den Mitglieder-versammlungen auf die Vorstände übergegangen sei³⁾, die wiederum, wie gesagt, im Zuge der Zentralisierung selbst in einer Reihe von Sachfragen zu ausführenden Organen wurden; auch dadurch verstärkte sich der passive Zug im Parteialltag der Mitglieder. Durch das Überwiegen des Apparates, schon in Ort und Wahlkreis, herrsche Schablone und Hierarchie, den Mitgliedern fehle jede Übersicht, und sie verließen sich auf die Parteibeamten, so hieß es in der kritischen Debatte über die Organisationsfragen auf dem Parteitag 1913⁴⁾. Und Rosa Luxemburg führte aus, mit dem Wachsen der Organisation und ihres Zentralismus gehe „auch das geringe Maß an geistigem und politischem Inhalt, an Initiative und Entschluß, das im alltäglichen Leben der Partei aufgebracht wird, gänzlich auf die kleinen Kollegien an der Spitze . . . über. Was für die große Masse der Mitglieder übrigbleibt, sind die Pflichten zum Beitragzahlen, zum Flugblätter-Austragen, zum Wählen und zu Wahlschlepperdiensten, zur Hausagitation für das Zeitungsabonnement.“⁵⁾ Das war vielleicht etwas übertrieben, doch es nannte zumindest eine weithin herrschende Tendenz, eine für die Lebendigkeit und Beweglichkeit der Partei bedrohliche Gefahr. Für die notwendig problematisch gewordene Mitbestimmung der Parteigenossen kam es unter diesen Umständen wesentlich auf Wahl und Kontrolle der Führer an.

Die führenden Leute der Organisationen gingen aus Wahlen der Mitglieder-versammlungen, die Wahlkreisvorstände, Kandidaten und Parteitagsdelegierten vielfach aus Delegiertenversammlungen, also aus einfach gestuften, indirekten Wahlen, hervor. Solange die Organisationen noch klein oder im Aufbau waren, bot die Bestellung der Führer keine besonderen Probleme, auch neue und junge Leute kamen bei besonderen Fähigkeiten in die Vorstände, Severing gehörte schon mit 18 Jahren zum Vorstand des neu gegründeten Vereins in Herford⁶⁾. Originelle Köpfe, wie Paul Göhre, konnten unter besonderen Umständen noch nach nur kurzer Parteimitgliedschaft sogar zu einem Reichstagsmandat kom-

¹⁾ Auf die vielen Konflikte der örtlichen, von den Vorständen maßgeblich bestimmten Pressekommissionen mit Redakteuren, bei denen die Kommissionen ihre politische Linie durchzusetzen oder stärkere Neutralität zu wahren suchten, kann hier nicht eingegangen werden; über einen Pressestreit in Dresden mit Rosa Luxemburg vgl. z. B. Bulletin of the Intern. Inst. . . ., Amsterdam, 1952, Einige Briefe R. L.s, S. 16; vgl. a. u. S. 371 (Berlin).

²⁾ Vgl. u. S. 331.

³⁾ Bernstein, Die Demokratie in der Sozialdemokratie, Sozialistische Monatshefte, 1908, S. 1109/11.

⁴⁾ Bronder, S. 90, nach dem Prot.

⁵⁾ Handbuch der Parteitage II, S. 509.

⁶⁾ Severing, S. 41; vgl. aber u. S. 334.

men¹⁾. Aber mit der Konsolidierung und Vergrößerung der Partei änderte sich die Lage. Auf die menschlich natürliche Tatsache, daß Wahlen und Nominierungen normalerweise Wiederwahlen und Wiederaufstellungen waren²⁾ und daß sich Neubestellungen weitgehend nach den Vorschlägen der Führungsgruppe richteten, soweit diese sich vorher geeinigt hatte — auf diese Tatsache und die mit ihr gegebene Gefahr von Inzucht und Verknöcherung ist oft genug hingewiesen worden³⁾. Solche Wahlgepflogenheiten wurden aber in der Arbeiterbewegung noch durch zwei besondere und ineinandergreifende Tendenzen verstärkt.

Einmal erschien es in zunehmendem Maße opportun, relativ freigestellte Kräfte, also Gewerkschafts-, Krankenkassen- und Konsumvereinsangestellte, Redakteure, zu einer gewissen Selbständigkeit aufgestiegene Arbeiter oder — in geringerem Maße — der Partei verbundene Kleinhändler und die sogenannten Parteiwirte mit den führenden Funktionen zu betrauen. Sie waren erstens nicht von Unternehmern abhängig und erschienen darum zu rückhaltloser Vertretung der Arbeiterinteressen besonders geeignet, zum anderen waren sie relativ freizügig, so daß sie, wie es erforderlich war, häufiger an auswärtigen Konferenzen der übergeordneten Organisationsstufen teilnehmen konnten. „Wenn auch nicht immer, aber recht oft war das doch ein ausschlaggebender Grund, diesen oder jenen Genossen mit der ständigen Vertretung der Ortsgruppe . . . im Wahlkreis-, . . . oder Landesvorstand zu betrauen, um so mehr, als ja zunächst die Differenzen in der politischen und taktischen Auffassung den Parteimitgliedern nicht voll bewußt geworden waren. . . . Besonders in den größeren Städten“ waren „die Mehrzahl der Genossen, mit denen die leitenden Parteikörperschaften, wie der Kreisvorstand, die Zentrale, die Pressekommission, besetzt waren, Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Krankenkassenangestellte. . . . Noch deutlicher kam der Einfluß dieser . . . Schicht zum Ausdruck bei den Delegierten, die zu den Landesversammlungen und Parteitag geschickt wurden.“⁴⁾

¹⁾ s. u. S. 331, S. 348 f.

²⁾ Über die Kandidatenaufstellung heißt es z. B. in der Anleitung für Württemberg, S. 9: „In solchen Kreisen, wo wir bei der letzten Wahl gesiegt haben, wird es in der Regel selbstverständlich sein, daß der gewählte Abgeordnete auch bei der nächsten Wahl kandidiert.“ Bebel schrieb an Keil über die Wiederaufstellung älterer Abgeordneter: „Wenn nur alle unsere Invaliden die Einsicht von Tauscher (einem bisherigen Abgeordneten) hätten und nicht mehr kandidierten. Leider fehlt verschiedenen diese Einsicht, und die Genossen wagen nicht zu sagen, was das Parteiinteresse gebietet.“ Keil I, S. 252. Severing, S. 161, bemerkt, es habe in der Fraktion, 1907, zu viele Veteranen gegeben, das sei ein Mangel der Nominierungspraxis gewesen.

³⁾ Knapp dazu: Organisation im Klassenkampf, S. 136, der Vorstand schlägt sich in corpore zur Wiederwahl vor und ebenso einen zur Ergänzung notwendigen Kandidaten, die Fragestellung ist meist negativ; Michels, Soziologie, S. 153, erwähnt ein übliches System, nach dem sich die Parteiführer gegenseitig der Reihe nach als Delegierte zum Parteitag vorschlugen; die Freiheit der Kandidatenaufstellung war insofern eingeschränkt, als es ein — informelles — Mitspracherecht von Parteivorstand und Landesvorstand gab, vgl. u. S. 348, S. 375.

⁴⁾ Organisation im Klassenkampf, S. 37 f.; „. . . die fest angestellten Funktionäre der Bewegung“ hatten auf den Delegiertenversammlungen „in der Regel das Übergewicht . . .“ Für die Delegation zum Parteitag von 1908 wurde in Frankfurt-Nordend in Mitgliederversammlungen eine Vorschlagsliste zusammengestellt, auf der von 11 Vorgeschlagenen 8 Funktionäre waren, Michels, S. 457.

Bronder weist bei 88 von ihm untersuchten Kreisvorsitzenden eine Ämterkumulation von 1:2,8 nach, wobei als Ämter verantwortliche Stellen in der Arbeiterbewegung, einschließlich der Redakteurposten, sowie parlamentarische Mandate gelten; für 167 Ortsvorsitzende beträgt das Verhältnis 1:2,6¹⁾. Zum Teil entwickelte sich dies Verhältnis auch ganz von selbst, indem die Organisationsführer der ersten Jahre in solche Ämter einrückten, die sie unabhängig stellten, und dann die Organisationsführung beibehielten. Daß der Weg zu parlamentarischen Mandaten in einer wachsenden Zahl von Fällen über Gewerkschaftsämter oder Redakteurposten ging, so bei Keil, Noske, Scheidemann, Severing, ist fast selbstverständlich, hier waren freigestellte Leute unentbehrlich. 66,6% der 1912 gewählten Abgeordneten waren Funktionäre; während 43,6% der Abgeordneten zum ersten Mal in den Reichstag eintraten, betrug der Prozentsatz der neueintretenden Funktionäre 60,4%²⁾.

Zum anderen schien für die Vorstandsämter der Organisationsbetrieb Leute zu erfordern, die es gelernt hatten, solchen Betrieb und die mit ihm verbundene Verwaltungsarbeit zu meistern, d. h. also lange in einer oder in dieser Organisation tätig gewesen waren. Die Komplizierung der organisatorischen Tätigkeit und ihr Ansehen erhöhte die Neigung der Mitglieder zur Wiederwahl der Organisationsführer, die Bürokratisierung verstärkte die Oligarchie. In dieser Richtung lag es auch, daß Parteisekretären, die an sich der Aufsicht des Vereinsvorstands unterstellte Funktionäre waren, häufig Vorstandsämter übertragen wurden, was dann zu einer gewissen Unabsetzbarkeit und einer Vermischung der Verantwortungen führte. Berufsmäßige Parteiführer, Angehörige der Parteibürokratie, also spielten schon in den Wahlkreisführungen eine große Rolle³⁾.

Diese Tendenzen begrenzten die Auswahlmöglichkeiten der Mitglieder ziemlich stark, sicherten weitgehend Wiederwahlen und wirkten daraufhin, politische Gesichtspunkte, wie die Stellung zu innerparteilichen Streitfragen, bei diesen Wahlen zurücktreten zu lassen, sie verstärkten die Neigung, vornehmlich die Dauer der Vereinszugehörigkeit und die Aktivität im Vereinsbetrieb, also nicht eigentlich politische Dinge, zu berücksichtigen⁴⁾. Bei den unteren Funktionären mochte die Auswahl unter dem Gesichtspunkt der treuen Erfüllung der kleinen organisatorischen Aufgaben ganz natürlich sein, aber sie betraf ja auch und vor allem Vorstands- und — beides deckte sich meist — Delegiertenwahlen. Selbst

¹⁾ Nach Bronder, S. 209; bei den Redakteuren war das Verhältnis von Personen zu innegehabten Ämtern wie 1:2, ebd., S. 146.

²⁾ Snell, *German Socialists in the last imperial Reichstag*, Bulletin of the International Institute of Social History, Amsterdam, VII, 1952, S. 197; über die Ämterkumulation in der Fraktion überhaupt s. u. S. 383.

³⁾ Nach Bronder, S. 209, betrug bei 322 Parteisekretären, dazu gehörten allerdings auch die Bezirkssekretäre, s. u. S. 344, die Ämterkumulation 1:2.

⁴⁾ 64,5% der vor 1912 Gewählten waren bei ihrem Eintritt in den Reichstag noch nicht 40 Jahre. von den 1912 Neueintretenden waren es 27,1%. Snell, a.a.O. Die Nominierung Göhres 1901, nach nur 10monatiger Parteimitgliedschaft, erregte darum starken Unwillen in der Partei, Heilmann, S. 282 f.

die wichtigen indirekten Wahlen der Wahlkreisvorstände und der Delegierten zu Parteitag und Provinzialinstanzen waren sehr oft keine politischen Entscheidungen über die anstehenden Streitfragen, sondern persönliche Vertrauenserklärungen und Generalvollmachten, wobei wiederum das Organisatorische eine Hauptrolle spielte und man als Delegierte vielfach Funktionäre des Wahlkreises bestimmte. Wahlen und Wiederwahlen wurden nicht als Mittel benutzt, die gewählten Führungsgremien wirksam politisch zur Verantwortung zu ziehen. In vielen Fällen beanspruchten die Wahlkörper nicht, einen eigenen politischen Willen mit organisatorischen Mitteln durchzusetzen¹⁾. Freilich erschienen die Gegensätze zwischen rechtem und linkem Flügel der Mehrheit der Mitglieder lange Zeit der Einheit der Partei gegenüber unwesentlich²⁾, sie hätten darum die Wahlen nur sehr schwer bestimmen können, ganz abgesehen davon, daß sich jede Partei gegen fraktionelle Wahlen bis in die Ortsvereine hinein sträubt und sträuben muß. Als dann diese Gegensätze dringlicher ins Bewußtsein rückten, blieb dennoch der unpolitische Charakter der Wahlen erhalten, er wurde jetzt politisch motiviert: man wollte die Spannungen nicht durch eine Wahl mit politischen Parteiungen erhöhen, man neigte dazu, die weniger exponierten Leute des Parteizentrums zu wählen und so die Spannung zu neutralisieren, eine Tendenz, die auch bei der Ernennung von Parteisekretären³⁾ natürlich maßgebend war. Wo der ein oder andere Flügel die Organisation beherrschte, waren die Wahlen wohl fraktionell, also politisch, bestimmt, und bei Fragen, die wie die Massenstreikfrage weite Teile der Partei erregten, traf das gelegentlich auch in weniger festgelegten Organisationen für die Wahl der Parteitag delegierten zu, aber diese Fälle waren doch durchaus in der Minderzahl.

Dagegen muß von dem Charakter der Wahl die Einstellung der gewählten Führer durchaus unterschieden werden. Der aus der Praxis der Wiederwahlen, der Ämterkumulation und der Rolle unpolitischer Gesichtspunkte abgeleitete Vorwurf, daß statt politischer Führer die Manager der Organisation in den Vordergrund rückten, ist einseitig, zumal auf die Reformisten zugeschnitten. Ein guter Organisator, ein tüchtiger Funktionär war nicht einfach ein schlechter Politiker, und bei den Redakteuren trifft das schon gar nicht zu. Eine Reihe dieser Führer war doch auf Grund ihrer politischen Befähigung ursprünglich freigestellt worden⁴⁾ oder blieb auch bei der organisatorischen Tätigkeit politisch orientiert, d. h. nicht in der Selbstzwecktendenz der Organisation, dem reibungslosen Funktionieren des Organisationsmechanismus, befangen, für sie hatte auch

¹⁾ Organisation im Klassenkampf, S. 139: Die Kandidaten zu übergeordneten Gremien sollten nach Diskussion der innerparteilichen Fragen, nach ihrer Stellung zu diesen gewählt werden, „und nicht unter dem Gesichtspunkt der Tatsache, daß dieser oder jener Genosse bereits an 26 Parteitagen teilgenommen und seit vielen Jahren die Flugblätter seines Ortsvereins immer zu voller Zufriedenheit verteilt hat“.

²⁾ s. u. S. 335, S. 339.

³⁾ Neue Zeit, 30, II, S. 309, zitiert bei Ackermann, S. 120.

⁴⁾ Vgl. o. S. 308, S. 330f.

der Organisationsbetrieb politischen Sinn. Die lebhafteste Diskussion auf den Parteitag bewies, daß das politische Element unter den örtlichen Führern eine entscheidende Rolle spielte, die Konflikte zwischen Pressekommissionen und Redakteuren um die politische Linie und die radikale oder revisionistische Orientierung mancher Wahlkreisvorstände zeigen dasselbe¹⁾. Und daß unter den Reichstagskandidaten und -abgeordneten, auch soweit sie gerade als Funktionäre nominiert wurden, Leute mit ausgesprochen politischer Befähigung und Aktivität waren, ist natürlich unbestreitbar.

Wenn daher die Wahlpflogenheiten auch keineswegs einfach unpolitische Führer an die Spitze brachten, so begünstigten sie im Durchschnitt doch eher das Beamtenmäßige als eigentlich politische Führungsfähigkeiten, und das wurde im Ausüben der Führungsfunktionen verstärkt²⁾. Das hatte für den Kurs der Partei erhebliche Bedeutung. Seit Max Weber und R. Michels ist vor allem darauf hingewiesen worden, daß die Funktionäre der Arbeiterbewegung auf Grund ihres Beamtendaseins ver(spieß)bürgerlichter und eine besondere politische Haltung entwickelten, die durch viel Vorsicht, durch ein — unbewußtes — Interesse am status quo, der ihre Funktion ermöglichte, durch nach oben orientiertes Karriere-denken, im ganzen durch einen temperierten, konservativen Zug charakterisiert war. Das Vorhandensein einer Parteibürokratie erklärt aber, wie das Beispiel kommunistischer Parteiapparate in westlichen Ländern zeigt, diese Haltung noch nicht, dazu kam mindestens, daß es in der SPD keinen Zentralismus und keine Diktatur im Sinne totalitärer Systeme gab. Wichtiger jedoch als das Anstellungs- und Lebensverhältnis war die ausgeübte Tätigkeit selbst. Deren Sinn und Zweck war der Ausbau der Organisation, und zwar vor allem als Wahlapparat. Derjenige, der daran besonders tätig mitwirkte, wollte im allgemeinen den Sinn dieser Taktik nicht durch Kritik erschüttern lassen, er war auf Grund seiner Tätigkeit und des politischen Sinnes, den er ihr gab, nichtrevolutionär, zudem wollte er die für den Bestand der Organisation notwendige Einheit der Partei gegen die Flügel erhalten, unter Umständen konnte er auch dafür eintreten, daß die Anziehungskraft der Partei auf die Wähler nicht durch überbetonte Radikalität verloren ging. Die Angehörigen des Parteiapparates im weiteren Sinne neigten daher in ihrer Mehrheit, soweit sie von ihrem Amt geprägt wurden, dem Parteizentrum zu³⁾, die Reformisten hatten in ihm eine starke Position.

Auf diese Weise entstand unter den besonderen Bedingungen des Großbetriebes aus der sich selbstverständlich ausbildenden Oligarchie der Vereinsvorstände und aus der Notwendigkeit tatkräftiger Leitung eine Herrschaft des Führungs-

¹⁾ Hinzuweisen ist auch auf die aus diesen Kreisen kommende Rätebewegung von 1918/19, in der gerade auf lokaler Ebene politisch durchaus fähige Kräfte am Werk waren; zu diesem Thema vgl. eine demnächst vorliegende Arbeit von Eberhard Kolb.

²⁾ Zur Führungsauslese, s. a. u. S. 345 f.

³⁾ Schorske gibt eine Aufstellung, nach der die Parteitagsdelegierten der großen Organisationen weniger radikal stimmten als solche der mittleren, und führt das darauf zurück, daß deren führende Instanzen mitgliederferner, den radikaleren Mitgliedschaften gegenüber autonomer und daher der Parteiführung ergobener waren, Schorske, S. 140 ff.

apparats, die die innerparteiliche Demokratie einschränkte¹⁾). Die demokratischen Funktionen der Mitgliedschaft — Führungsauslese, Delegation und Kontrolle — konnten ebenso wie die komplementäre Verantwortlichkeit der Führung gegenüber den Mitgliedern leicht an Realität verlieren, weil das Politische bei Wahlen und Konferenzen zurücktrat. Zudem hatte die Führung durch ihre Kontrolle über die Presse die Möglichkeit, die Meinung der Mitglieder stark zu beeinflussen. Weiter verdünnte sich der Einfluß der Mitglieder mit dem abgestuften Repräsentativsystem der Partei, er reichte vielleicht noch in die Wahlkreisorganisationen hinein, kaum aber darüber hinaus. Trotzdem: es handelte sich zwar um Einschränkung und Gefährdung, nicht jedoch um Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts. Radikale oder Revisionisten verteidigten mit der gegenteiligen Behauptung jeweils ihre eigenen Belange, die Thesen von Michels, an einem einseitigen, freilich in der Partei üblichen Begriff von Demokratie orientiert, verfehlen die Wirklichkeit, weil sie nicht den Sinn innerparteilicher Demokratie als Komplement einer starken Führung im Auge haben. Zwar sind auch dann, wenn man die Einseitigkeit der Kritik berücksichtigt, nichtdemokratische Tendenzen in der Partei sehr augenfällig. Immerhin gab es Gegenkräfte und halb faktische, halb institutionelle Sicherungen, die eine vollständige Herrschaft des Apparates über die Mitglieder verhinderten.

Zunächst hatte noch die zur bloßen Legitimation entleerte Wahl Einfluß auf die Vorschläge des Vorstands, dieser mußte die Ablehnung zu vermeiden suchen, wenn er auch, darin freier als bürgerliche Vorstände, einen Übergang der Mitglieder zu anderen Parteien nicht zu befürchten hatte, er mußte ihre Resonanz gewinnen oder behalten. Darum repräsentierte die mittlere, direkt gewählte Führungsschicht, obschon bei ihrer Auswahl organisatorische Gesichtspunkte stark berücksichtigt wurden, doch die Mitgliedschaft auch politisch ziemlich gut oder hatte diese hinter sich. Der Aufstieg in diese Gruppe war unschwer möglich, zumal ja in der Gewerkschaftsbewegung noch andere auch für die Partei wichtige Aufstiegsmöglichkeiten bestanden; zu der Vermutung, daß die Herrschaft eines Flügels oder einer Clique den Aufstieg Andersgerichteter oder neuer Kräfte durch Manipulation des Mitgliederwillens gehindert hätte, besteht kein Anlaß²⁾. — Weiter wurde die Entscheidungsfunktion der Mitgliedschaft natürlich relevant,

¹⁾ Für die Weimarer Zeit, in der, was bis dahin Tendenz war, ausgeprägt in Erscheinung trat, bemerkt die Kritik, die subjektiven Momente einseitig betonend: „Die Übernahme gewisser Gepflogenheiten des bürgerlichen Parlamentarismus, die Anwendung einer Organisationsregie auf Kongressen . . ., die Einflußnahme auf Delegationen, der Verfall in ein Instanzenschiebertum usw., das alles setzt den Apparat in den Stand, innerhalb bestimmter Grenzen die Organisation zu beherrschen. Das alles schränkt die Organisationsdemokratie empfindlich . . . ein.“ „Dieser Tatbestand wird weiter befestigt durch die Entpolitisierung des unteren unbesoldeten Funktionskörpers . . .“, Organisation im Klassenkampf, S. 95.

²⁾ Severing, S. 69, 78, berichtet, daß er 1896 in Bielefeld sich durch Kritik an der Öde des Parteibetriebs und durch Reformpläne bei den Führern unbeliebt machte und nicht mit Funktionen betraut wurde, erst nach einem Vortrag 1899 sei er spontan von den Mitgliedern in den Vorstand gewählt worden.

wenn innerhalb der Führung gegensätzliche Meinungen, zunächst in Personenfragen, bestanden oder wenn auf der zweiten Organisationsstufe eine beträchtliche Opposition laut wurde, wie das bei Delegiertenwahlen und Kandidatenaufstellungen vorkam. Bei relativ kurzfristig notwendigen Kandidatenaufstellungen z. B. spielten manchmal alle möglichen, meist eher persönlichen als politischen Gesichtspunkte herein, und das konnte zu Kampfabstimmungen der Mitglieder führen¹⁾. Endlich hatte natürlich auch der Gegensatz der Flügel für das Verhältnis von Wahlkörpern und Führung Bedeutung, er konnte der Entscheidungsfreiheit Realität geben. In manchen Organisationen kam es zu Richtungskämpfen um die Besetzung von Führungsstellen, um Machtbehauptung oder Machtübernahme²⁾; dabei war allerdings der Sturz von Führern nur in wenigen Ausnahmefällen realisierbar, es handelte sich eher um Neubestellungen. Freilich berührte solche Konkurrenz der Flügel auf Grund der überwiegend unpolitischen Wahlpraxis die Mitglieder nur in seltenen Ausnahmefällen, und ob sie in den Delegiertenversammlungen der zweiten Stufe eine bedeutende Rolle spielte, bleibt fraglich; wichtiger für den Austrag solcher Konkurrenz waren die Verhandlungen von Ausschüssen und informelle Besprechungen hinter den Kulissen³⁾. Immerhin konnte dieser Gegensatz dann, wenn er der Mitgliedschaft aktuell gemacht wurde, für die Resonanz ins Gewicht fallen.

Auch bei sachlichen Entscheidungen waren die Mitglieder, wenschon meist nicht zu initiativen Aktionen, so doch zu eigenständigen Reaktionen gegenüber den Führungsgremien in der Lage. Es kamen doch echte Auseinandersetzungen zustande, etwa über zum Parteitag einzubringende Anträge, über das Verhalten der Parteitagsdelegierten oder über lokale politische Maßnahmen. Die Mitglieder konnten politisch, d. h. in bezug auf die in der Partei strittigen Fragen, wichtige Beschlüsse fassen, indem sie Maßnahmen oder Stellungnahmen ihrer Führer, etwa bei Gegensätzen gegen regionale oder zentrale Instanzen, zustimmten,

¹⁾ 1905 konkurrierte in Chemnitz ein von der „alten Garde“, dem Vorstand und dem Ausschuß der Wahlkreisorganisation, favorisierter Geschäftsführer des Konsumvereins, der sich unter dem Sozialistengesetz Verdienste erworben hatte, aber bei den Arbeitern auch wegen seines Auftretens gegen Göhre unbeliebt war, mit dem jungen zugewanderten Redakteur Noske; dieser siegte bei der Nominierung mit vier Fünfteln aller Stimmen, die Oligarchie der älteren Führer war also nicht unerschütterlich; Noske, Erlebtes, S. 21; Heilmann, S. 297. In Breslau wurden 1902 E. Bernstein, der dort kurz zuvor eine Rede gehalten hatte, und zwei andere für das Reichstagsmandat vorgeschlagen, und es mußte eine Stichwahl der Delegierten stattfinden, die aber wiederum mehr von persönlichen als politischen Gesichtspunkten bestimmt war, s. u. S. 337.

²⁾ So z. B. in Bremen, wo Pieck zum Nachfolger Eberts als Arbeitersekretär erst nach einem heftigen Kampf der beiden Flügel gewählt wurde, Schorske, S. 252. Nach einer Korrespondenz wurde der Landtagsabgeordnete Lindemann 1912 „abgesägt“ und durch einen Radikalen ersetzt, Korr. d. Bundes der Landwirte, 1912, S. 134. Ähnliche Auseinandersetzungen wird es öfter gegeben haben. Nähere Aufschlüsse können erst von regionalen und lokalen Untersuchungen erwartet werden.

³⁾ Richard Calwer wurde als Kandidat von Holzminden erst durch das Eingreifen des Braunschweiger Parteisekretärs Antrick gestürzt, er hatte viele Jahre, von seiner Wahlkreisorganisation unangefochten, seine abweichenden wirtschaftspolitischen Ansichten vertreten, Michels, S. 461.

indem sie zwischen Führungsgruppen entschieden¹⁾ oder indem sie ihre Zustimmung versagten. Auf der Ebene des Wahlkreises wird es sich in den wichtigeren Fällen, d. h. bei Gegensätzen zwischen Vorständen, Kandidaten, Abgeordneten oder Parteitagsdelegierten und ihren Wahlkörpern, um Vertrauensmännerversammlungen gehandelt haben. Solche Gegensätze, die normalerweise mit dem Kampf der Flügel zusammenhängen und sich mit ihm verschärfen, konnten sehr schroffe Formen annehmen und zur Desavouierung von Vorstandsbeschlüssen führen. In Stuttgart z. B. lehnten die Vertrauensmänner mit 389:199 Stimmen einen Beschluß der örtlichen Parteileitung ab, der dem Kandidaten für den Posten des Oberbürgermeisters untersagte, höfische Verpflichtungen zu übernehmen, und damit die Kandidatur unmöglich machte; sie stellten mit 451:115 Stimmen einen Kandidaten auf, dem volle Handlungsfreiheit zugebilligt wurde; nach dessen Niederlage allerdings beschloß man mit 746:623 Stimmen im Sinne des radikalen Vorstandes, künftig jede höfische Verpflichtung von vornherein abzulehnen²⁾. Im Kriege erklärten sich dann z. B. radikale Delegiertengremien im Gegensatz zu ihren Vorständen gegen die Bewilligung der Kredite oder bildeten schon Sonderorganisationen³⁾. Als sozusagen legislative Organe hatten die Vertrauensmännerversammlungen auch gegenüber ihren Vorständen das letzte Wort. Die durch den Streit der Flügel gegebene Möglichkeit solcher Auseinandersetzungen stellte ein Element der Kontrolle dar und sicherte eine gewisse Mitwirkung wenigstens der Unterführer an den innerparteilichen Entscheidungen im Wahlkreis. Daß normalerweise die Vorstände, zumal wenn sie die Presse kontrollierten, die Meinung solcher Gremien in der Hand hatten, ist bei der beschriebenen Einschränkung der innerparteilichen Demokratie klar.

Die Divergenzen zwischen Vorständen und Vertrauensmännern kamen zum Teil natürlich wegen des unpolitischen Charakters der Wahlen zustande. Damit

¹⁾ In Berlin z. B. lehnten die Mitgliederversammlungen 1890 die Angriffe der „jungen“ Opposition gegen die Parteileitung ab; 1903 mißbilligten sie mit Ausnahme von Berlin I die Bernsteinsche Anregung, das Reichstagspräsidium unter Wahrnehmung der höfischen Pflichten zu besetzen, Bernstein II, S. 322, III, S. 152 f. In Chemnitz erklärten sich 1891 die Parteigenossen gegen die „Jungen“, aber auch gegen den Ausschluß ihrer Schriften aus der Zentralbuchhandlung durch den Vorstand, 1899 erklärten sie sich anlässlich der Bernstein-Debatte für freieste Meinungsäußerung, Kritik und Duldsamkeit, über die Maifeierfrage und die Stellung zu Konsumvereinen entschieden sie — auch gegen die Führung — unterschiedlich, 1904 erklärten sie sich gegen wenige Stimmen mehrfach für Schippel, trotz des Tadels, den der Parteitag gegen diesen ausgesprochen hatte, Heilmann, S. 228 f., 296. In Solingen führte ein Konflikt zweier Richtungen, der lokalistischen Gewerkschaftler und der zentralistischen, zu einer Spaltung der gesamten Mitgliedschaft, Scheidemann, Memoiren I, S. 150. 1912 protestierten Parteiversammlungen in einer ganzen Reihe von Städten, wie Hamburg, Bremen, Berlin, Hannover, Göppingen, gegen das von der Parteileitung abgeschlossene Stichwahlabkommen, Parteien, S. 303. In Baden billigten 1910 die Organisationen die von Parteitagsbeschlüssen abweichende Zustimmung der Landtagsfraktion zum Budget und schufen ihr damit eine schwer zu erschütternde Basis, R. Luxemburg, Werke, III, S. 451. — Besonders vor und nach den Parteitag gab es viele solche Resolutionen.

²⁾ Parteien, S. 77.

³⁾ Über Gegensätze zwischen Vorständen und Vertrauensmännern in Hamburg, H. Laufenberg, Demokratie und Organisation; Organisation im Klassenkampf, S. 46; Sonderbildungen: Stuttgart, Keil I, S. 322.

und mit der Selbständigkeit der Führung sowie mit der stärkeren Ausbildung der Differenz zwischen den Flügeln hängt auch eine auffallende Erscheinung im lokalen Parteileben zusammen: das Auseinanderklaffen zwischen innerparteilichen Wahlen und sachlichen Stellungnahmen und das Auseinanderklaffen auch zwischen den verschiedenen Wahlen. Es gab häufig Organisationen, die radikale Resolutionen beschlossen und reformistische Parteitagsdelegierte wählten, oder solche, die reformistische Vorstände und radikale Abgeordnete hatten. Man wird annehmen können, daß die für die Wahlen maßgebenden Gesichtspunkte, etwa organisatorische Fähigkeit und persönliches Ansehen, sowie die Praxis der Wiederwahlen auch bei einer sich allmählich ausbildenden abweichenden politischen Haltung des Gewählten stärker blieben als die sachlich-politischen. Ein einheitliches Vorgehen eines Flügels in Sach- oder Personenfragen bestand offenbar zunächst noch nicht und hat sich auch beim Ansteigen der Spannungen nicht überall durchgesetzt. Als z. B. Bernstein 1902 in Breslau als Kandidat aufgestellt wurde, hatte er zwei radikale Mitbewerber, unter ihnen Karl Liebknecht, es kam zu einer Stichwahl, bei der Bernstein mit 223:210 Stimmen siegte, also von einem Teil der Leute gewählt wurde, die vorher für den Radikalen gestimmt hatten¹⁾. Im Wahlkreis Dresden-Land setzte Parvus 1898 vier radikale Resolutionen zum Parteitag durch, Abgeordneter des Wahlkreises war der rechtsstehende Gradnauer²⁾. In Stuttgart nahm 1903 die „Parteiversammlung“ einen Antrag gegen die Übernahme von Ämtern mit höfischen Verpflichtungen an, wählte aber auf Vorschlag des Vorstands einen Gegner dieser Resolution als Delegierten zum Parteitag³⁾. Der Stuttgarter Abgeordnete Hildenbrand wurde, obwohl er zum ausgesprochen rechten Flügel gehörte und gelegentlich in Konflikt mit der Mitgliedschaft geriet, von seiner radikalen Organisation unangefochten 1912 wiederum aufgestellt⁴⁾. Die Delegierten von Potsdam stimmten 1913 auf dem Parteitag gegen die radikalen Anträge, ihr Abgeordneter war Karl Liebknecht. Im Kriege traten solche Verhältnisse dann besonders deutlich in Erscheinung, als mehrheitstreue Vorstände und Mitgliedschaften gegen ihre radikalen Abgeordneten und radikale Organisationen gegen ihre mehrheitstreuen Abgeordneten protestierten⁵⁾.

Aus diesem Grunde ist es schwierig, in einer Wahlkreisorganisation nicht nur

¹⁾ P. Löbe, Grundsätzliches zum Tageskampf, S. 8. 1903 wurde der für Bernstein eintretende Löbe als Delegierter zum Parteitag gewählt, nachher aber wegen seiner Abstimmung in der Revisionismusfrage scharf getadelt, ohne daß freilich dieser Tadel weitere Konsequenzen gehabt hätte, ders., Erinnerungen, S. 34.

²⁾ Einige Briefe R. Luxemburgs und andere Dokumente, Bull. of the Intern. Inst. of social history (s. o. S. 329), 1952, S. 10.

³⁾ Keil I, S. 207 ff.; Bebel beklagte sich darüber.

⁴⁾ Schorake, S. 133. Die Behauptung, das sei auf die Landesorganisation zurückzuführen, ist unbegründet, vgl. u. S. 348 f.

⁵⁾ Hänisch, Deutsche Sozialdemokratie, S. 61, nennt u. a. 7 radikale Wahlkreisorganisationen mit nicht radikalen Abgeordneten und 4 radikale Abgeordnete mit mehrheitstreuen Organisationen.

von einer zeitweise radikalen oder antiradikalen Stimmung, wie sie sich etwa in den Anträgen zum Parteitag ausdrückt, sondern direkt von der Herrschaft eines bestimmten Flügels zu sprechen. Es gab natürlich revisionistisch oder radikal beherrschte Organisationen, wie etwa in Baden und Bayern einerseits, in Bremen, Leipzig oder Göppingen andererseits, aber normalerweise war die Stellung zwischen den Flügeln unbestimmt. Eine Änderung im Abstimmungsverhalten auf Parteitag brauchte nicht immer auf einer Änderung der Herrschaft im Apparat zu beruhen¹⁾, die Delegierten der größeren Organisationen gerade stimmten vielfach geteilt²⁾, teils weil es auf die Personen ankam, teils vielleicht auch weil man beide Flügel an der Vertretung beteiligte³⁾. Auch der Versuch von Schorske, zwischen radikalen Abstimmungen 1913 und der Zugehörigkeit zur USPD eine Kontinuität herzustellen, beweist gegen seine Absicht, wie schwierig es ist, eine Organisation einem Flügel zuzuordnen. Von den Delegierten von 58 Wahlkreisorganisationen, die geschlossen zur USPD übergangen, haben doch nur etwa 57% 1913 radikal gestimmt⁴⁾, eine ganze Reihe von Organisationen also kam hinzu, natürlich auch, weil sich im Kriege die Fronten stark verschoben hatten. 18 radikalstimmende Organisationen dagegen gingen nicht zur USPD⁵⁾. Im wesentlichen hing die Stellung zur USPD von der lokalen Presse ab. — Im ganzen also gibt es nur bei einem Teil der Organisationen eine klare Orientierung, eine Übereinstimmung zwischen Führung, Vertrauensmännern und Delegierten.

Die Partei war, so läßt sich zusammenfassen, zu einer Großorganisation geworden und hatte damit ihren Charakter als Bewegung verändert, an Lebendigkeit eingebüßt. Der Apparat rückte stärker in den Vordergrund, Initiative und Entscheidung verlagerten sich auf die Vorstände. Das spezifisch Politische, in der Partei Strittige, konnte im Alltag des Betriebes sekundär werden, zumal bei den Wahlen spielten normalerweise Vorstandsvorschläge, Tradition und Sachverständigkeit die entscheidende Rolle; die Auswahl begünstigte auf die Dauer Leute des Apparates. Trotzdem aber hatte die Mitgliedschaft einigen Einfluß. Der Aufstieg in die Führung war trotz mancher zunftmäßiger Züge durchaus möglich. Durch Legitimation und Resonanz trug die Mitgliedschaft die Führung, die dieses noch lebendige, nicht schon zur bloßen Organisationspflicht oder

¹⁾ Die von Schorske, S. 135, 144, angeführten Beispiele — Dortmund, Hamburg III, Elberfeld, Schleswig VIII, Altona, Dresden r. d. Elbe, Teltow, Niederbarnim und Berlin VI — sind nicht überzeugend, weil die Abstimmungen 1906/1910 und 1913, zumal über die Frage des Massenstreiks, nicht einfach vergleichbar sind, so selbst Schorske, S. 275.

²⁾ Schorske, S. 142, gibt eine Tabelle, nach der die Delegierten der Organisationen mit über 4000 Mitgliedern 1913 zu 45% uneinheitlich stimmten, die von solchen zwischen 4000 und 18000 zu 38%, die von denen mit über 18000 Mitgliedern zu 89%.

³⁾ Diese Frage müßte durch Spezialuntersuchungen noch geklärt werden.

⁴⁾ Da zwei Abstimmungen, Wehrsteuer und Massenstreikfrage, heranzuziehen sind und da manche Delegationen gespalten waren, ergibt die Berechnung nur einen rohen Durchschnittswert.

⁵⁾ Berechnet nach einer Tabelle bei Schorske, S. 281 ff., der aber gegenteilige Schlüsse zieht. Nur regionale Untersuchungen können das Verhältnis der Organisationen zu den Flügeln weiter aufklären. Schorske neigt m. E. dazu, die Differenzierung der Flügel zu überschätzen.

-resignation erstarrte Getragensein brauchte; über die Vertrauensmänner konnte die Mitgliedschaft auch in manchen konkreten Fragen entscheidend zur Geltung kommen, sosehr die Führung wieder, zumal durch die Presse, die Meinung der Mitglieder vorformte. Die Auseinandersetzung der Flügel ließ mancherorts eine Entscheidungsfunktion der Wahlkörper real werden, wenn diese Auseinandersetzung auch oft von anderen Gesichtspunkten und der Abneigung gegen Parteifraktionen verdeckt wurde. Das Verhältnis von Führung und Mitgliedschaft blieb also ein Wechselverhältnis. Macht und Entscheidung lag normalerweise durchaus bei der Führung, in den wichtigen Ausnahmefällen aber wurden demokratische Mitbestimmung und Kontrolle konkret wirksam. Sie konnten freilich nicht mehr direkt, sondern nurmehr durch die Vertrauensmänner geübt werden, diese aber waren doch noch relativ mitgliedsnah. Meinungsbildung und innerparteiliche Lebendigkeit setzten im ganzen erst auf dieser zweiten Ebene ein, während sie in den Grundorganisationen eher verloren gingen. Dort blieb man einseitig nach außen auf Agitation und Erweiterung der Organisation orientiert. Trotzdem blieb die Bindung an die Partei intensiv. Ein dominierendes Grundgefühl und ein Grundwille erfüllte, auf die Zukunft gespannt, die Parteigenossen, so daß die Vorherrschaft des Apparates nicht vordringlich, nicht als dem einzelnen fremd werdende verwaltete Politik erfahren wurde; vielmehr erschien die gemeinsame Sache, das Mittragen der Partei weiterhin als das erlebnis- und bewußtseinsmäßig Wichtige. Es gab Mißstimmungen über den Verlust demokratischer Mitbestimmung, über die Politik der Instanzen, aber im Grunde deckte der Organisationspatriotismus der Mitglieder die Herrschaft des Apparates.

Dagegen wurde für die Führungsgruppen der Flügel die Entwicklung der Organisation höchst problematisch. Sie erlebten den Verlust demokratischer Unmittelbarkeit sehr intensiv, sie traten immer wieder dafür ein, daß der Wille der Mitglieder stärker zur Geltung kommen müsse. Das hing natürlich auch damit zusammen, daß beide Gruppen als Minderheiten besondere Interessen hatten; die Revisionisten verteidigten die Unabhängigkeit der Wahlkreise und die innerparteiliche Meinungsfreiheit, die Radikalen spielten die Mitglieder gegen die reformistische Bürokratie aus, die sie zwar 1905 noch selbst mitgeschaffen hatten, aber bald als mißbratenes Kind bekämpften; zugleich freilich betonten die Revisionisten stärker die Aktionsfreiheit der Führer, die Radikalen aber deren Gebundenheit an die Mitgliedschaft, die demokratische Freiheit oder die demokratische Disziplin — darin lag, nach der innerparteilichen Machtlage wechselnd, die Differenz beider Flügel¹⁾.

Gerade die Radikalen wurden von den Problemen der Organisation besonders berührt, und zwar desto stärker, je mehr die revolutionäre Taktik für sie Aktualität gewann. Ihre Kritik ging darum über das Problem der Organisationsdemokratie noch hinaus und fragte überhaupt nach dem Sinn der Organisation in dem zukünftigen Machtkampf. Sie witterten im Übergewicht des leicht saturier-

¹⁾ s. u. S. 387 ff.

ten Apparates eine Abschwächung des revolutionären Elans, auch wenn sie nicht wie Rosa Luxemburg den eigentümlichen Glauben an die Massen der Unorganisierten hegten; sie sahen in der weiteren Ausdehnung der Organisation eine „greisenhafte Ermattungsstrategie“, die sich mit Erfolgen, die doch letztlich zu nichts führten, brüstete¹⁾, sahen ein künstlich schnelles Wachstum der Quantität, der kein gesteigertes Innenleben entsprach²⁾, einen Verlust an Spontaneität der Massen³⁾ und an proletarischer Integrität⁴⁾, die Auflösung der Klassen- in eine Volkspartei. In der Diskussion über die stagnierende Mitgliederbewegung 1913 lehnten die Radikalen die Versuche zur Änderung der Lage, die die Organisationspezialisten unternehmen wollten — bessere, interessantere Propaganda, andere Zeitungen usw. — ab und erwarteten von Massenaktionen und revolutionären Demonstrationen, d. h. von außerhalb der Organisation und der bisherigen Methoden gelegenen Wegen eine Belebung, eine Perspektive für die Partei⁵⁾. Sie wollten Aktion statt bloßer Organisation. Dabei schwankten sie aber zwischen den Vorstellungen der Partei als revolutionärem Kader und dem Willen, den „Massen“ in der Partei Initiative und Aktion zu ermöglichen. Der ultrademokratische Appell der Radikalen an die Massen war nur Taktik; um das revolutionäre Element zu beleben, mußte man der Einschränkung der innerparteilichen Demokratie durch den reformistischen Apparat Herr werden. Auch die Vorstellungen des Parteizentrums über die Lösung der Organisationsprobleme blieben vage. Die Unklarheit des Revolutionsbegriffs und das Fehlen einer demokratischen gesamtstaatlichen Verfassung haben es nicht zu einer durchgeführten und kritischen Auffassung von Sinn und Struktur der Organisation kommen lassen. Die Stellung zu den Organisationsproblemen blieb vom Streit der Flügel oder vom unproblematischen Selbstverständnis des Parteizentrums bestimmt. Die Kritik schwelte, ihr wurde in ihren doktrinären wie in ihren klarsichtigen Thesen nicht eigentlich begegnet, sie hatte unmittelbar keine Wirkung. Die der organisatorischen Taktik entsprechende „Integrationsideologie“⁶⁾ schirmte die Organisation und ihre Träger und Verteidiger genügend gegen Reformversuche ab.

d) Die Bezirks- und Landesorganisationen

Seit 1900 etwa haben sich, zunächst in den außerpreußischen Ländern und dann in sogenannten Agitationsbezirken, Landes- und Bezirks-(Agitations-) Verbände gebildet, in denen jeweils eine Reihe von Wahlkreisorganisationen zusammengeschlossen war. Die süd- und mitteldeutschen Staaten besaßen schon

¹⁾ Handbuch der Parteitage II, S. 502 f. (1913).

²⁾ Ackermann, S. 110.

³⁾ Pannekoek, Neue Zeit, 30, II, S. 272, 365, 611, zitiert bei Ackermann, S. 46.

⁴⁾ In: Organisation im Klassenkampf, S. 131, ist von den „Sünden, die der Apparat wider die Reinheit und Klarheit des proletarischen Klassenbewußtseins begeht“, die Rede.

⁵⁾ Vgl. Schorske, S. 268 ff.

⁶⁾ E. Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Marxismusstudien II, S. 151 ff.

lange in den Landtagsfraktionen Anknüpfungspunkte für eine Zentralisation der Parteiangelegenheiten, und die Landtagswahlen hatten schon früh zur Koordination veranlaßt. Auch in der Arbeiterpartei machte sich der Länderparlamentarismus organisatorisch geltend. Da die süddeutschen Politiker in der Mehrheit Reformisten waren, hatten sie zudem Interesse daran, sich in Landesorganisationen eine eigene Basis gegen die parteiorthodoxe Zentrale zu schaffen; ihr Föderalismus war mit taktischen Motiven verflochten¹⁾. Neben diesen landespolitisch-reformistischen Motiven führte auch das Bedürfnis der Agitation, an frühere informelle Konferenzen anknüpfend²⁾, zur Bildung von Bezirksverbänden. Diese sollten die Aktivität der Partei zusammenfassen und fördern und die Zusammenarbeit der Wahlkreisorganisationen sichern³⁾. Das Parteistatut von 1905⁴⁾ fixierte die Existenz dieser aus beiden Wurzeln entstandenen Verbände und dehnte infolgedessen das System auch auf die preußischen Bezirke aus, die es bis dahin noch nicht eingeführt hatten. Es billigte den Verbänden selbständige Führung der Parteigeschäfte zu; sie hatten das Recht, die Mitgliedsbeiträge festzulegen, und sie verfügten, spätestens seit 1909, in erster Instanz über Parteiausschlüsse⁵⁾. Über ihren Anteil an den Finanzmitteln bestand keine einheitliche Regelung, da aber die Zentrale seit 1905 20% der Beiträge erhielt, war der Spielraum beschränkt, eine Regelung, die heftige Angriffe der Partei-, „Föderalisten“ herausforderte; mehr als 15%, wie in der Rheinprovinz, hat wohl keine Bezirksorganisation erhoben. Im allgemeinen wurden sogar die Bezirke von der Zentrale finanziell unterstützt, indem diese einen Teil der entstehenden Kosten trug⁶⁾. Im ganzen bestanden 1908 43 Bezirksverbände⁷⁾, zum Teil hatten sie sich in Landes- oder Provinzialverbänden zusammengeschlossen; außerhalb Süddeutschlands waren die Bezirksorganisationen im allgemeinen wichtiger als die Landesorganisationen⁸⁾.

¹⁾ In Bayern gab es seit 1892 einen alle 2 Jahre tagenden Landesparteitag, der 1892 ein Landeswahlprogramm aufstellte, 1894 die Budgetbewilligung der Fraktion guthieß; Vollmar stand als Person an der Spitze der Partei; den Plan eines Landesvereins ließ man 1894 fallen, die Fraktion wurde zur Landeszentrale erklärt. 1898 wurde ein Landesstatut erlassen, für die Propaganda wurden 3 Gaue mit Gauvorständen eingerichtet, die Fraktion behielt die Oberaufsicht. Erst 1906 wurde ein eigener Landesvorstand institutionalisiert. Jansen, S. 51, 53, 94 ff. Hessen und Württemberg besaßen ebenfalls schon vor 1900 Landesverbände; Baden folgte spätestens bis 1903.

²⁾ In Sachsen gab es in den 90er Jahren regelmäßige Landeskongresse oder Parteitage, die von Delegierten besucht wurden, vgl. Heilmann, S. 254, 282.

³⁾ Vorbereitung von Wahlen und Parteiaktionen, Veranstaltung von Versammlungen und Herausgabe von Presseorganen hieß es etwa im Statut des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine der Provinz Brandenburg, Jahresbericht, S. 25 ff.

⁴⁾ Schröder, S. 81 ff.; Organisation im Klassenkampf, S. 70 ff.

⁵⁾ Schröder, S. 87 ff.

⁶⁾ Bronder, S. 69, das wurde von den Föderalisten besonders angegriffen. Weiter s. u. S. 344, 373, 387 ff.

⁷⁾ Bronder, S. 67. Die Gliederung war einige Male verändert worden; 1893 hatte es 48 Agitationsbezirke gegeben, das war eine geographische Einteilung ohne besondere Institutionen gewesen.

⁸⁾ So in Sachsen seit 1896, Heilmann, S. 258; in Preußen bestand eine Landesorganisation seit 1907, ihre Funktionen waren bewußt sehr begrenzt, sie beschränkten sich auf Landtagswahlen und Aktionen in der Wahlrechtsfrage, Schorske, S. 176 f.

Die innere Gliederung der Verbände sah normalerweise zwei oder drei Gremien vor, den Parteitag oder Bezirks- oder Landeskongreß als Vertretung der Mitgliedschaft, als Kontroll-, Wahl- und Legitimationsinstanz, den Vorstand als permanentes, leitendes und verantwortliches Organ und häufig einen Ausschuß, in Brandenburg hieß dieser gerade Vorstand, als beratendes Gremium der Wahlkreisführer¹⁾. Zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben, die schon aus der Zentralisierung und Bürokratisierung der Organisation und Propaganda entstanden²⁾, hatten die Verbände fast alle einen und bald auch zwei angestellte Bezirksparteisekretäre³⁾.

Die Wahl- und Delegationsverfahren für die Bezirksorgane und die Aufteilung der Funktionen zwischen diesen waren unterschiedlich⁴⁾. Im Bezirk Obere Rheinprovinz⁵⁾ setzte sich der jährliche Parteitag zusammen aus den Reichstagsabgeordneten und -kandidaten, den Vertretern der Parteizeitungen, den Kreisvertrauensmännern, d. h. den Vorsitzenden der Wahlkreisvereine, und den Wahlkreissekretären, sowie aus je 5 Delegierten der Wahlkreisorganisationen; diese galten als gleichberechtigt, die Mitgliederzahlen wurden nicht berücksichtigt. Das Führungsorgan, das Agitationskomitee, wurde nicht vom Parteitag gewählt, sondern dieser bestimmte nur den Ort, an dem es seinen Sitz haben sollte, zu wählen hatten es dann die dortigen Parteigenossen, es besaß aber das Recht zur Kooptation. Ob mit diesem Verfahren eine Demokratisierung oder ein Ausgleich für die proportionale Benachteiligung der großen Kölner Organisation — Köln kam allein als Sitz des Komitees in Frage — beabsichtigt war, muß offenbleiben. Die Verantwortlichkeiten waren nicht eben klar, die Funktion des Parteitags, Entgegennahme des Komiteeberichts, Beschlußfassung über Organisationsfragen und eingehende Anträge, und die des Komitees wurden nicht näher konkretisiert, z. B. enthielt das Statut keine Bestimmungen über die Presse. — In Brandenburg⁶⁾ bestand der Parteitag, die Provinzialkonferenz, neben Abgeordneten, Kandidaten, Pressevertretung und dem Führungsorgan aus je drei Delegierten der 18 Wahlkreise und 2 Führungsgremien, die von den 8 Wahlkreisen Groß-Berlins gewählt wurden, einer 11köpfigen Agitationskommission und einem 14köpfigen Aktionsausschuß, wodurch die Berliner Organisationen doch einigermaßen proportional berücksichtigt wurden. Das Führungsorgan, der Ausschuß, wurde durch einen sogenannten Vorstand gewählt, der aus je einem Delegierten der Wahlkreise und der Pressekommissionen sowie aus der erwähnten Berliner

1) Mir sind nur die Verhältnisse in Brandenburg, Württemberg und dem Rheinland genauer bekannt, sie dürften aber typisch sein. In Bayern z. B. gab es seit 1906 einen vom Parteitag gewählten Vorstand und eine Landeskongferenz aus mindestens 42 Delegierten, Jansen, S. 96, 102.

2) Vgl. o. S. 327, die Zusammenstellung der Formulare, die auch bei den regionalen Zentralen bearbeitet wurden.

3) Bronder, S. 67.

4) Hier wäre eine genauere Kenntnis sehr notwendig; vgl. Schorske, S. 135 f.

5) Statutenbuch. Leider ist das vorliegende Statut nicht datiert, ich vermute, daß es aus der Zeit nach 1909 stammt.

6) Jahresbericht, S. 25 ff. Statut.

Agitationskommission bestand, diese letztere bildete mit dem gewählten Ausschuß zusammen dann die Führung des Verbandes. Das komplizierte Verfahren ergab sich hier aus der Sonderstellung Berlins¹⁾. — In Württemberg²⁾ fungierten Landesvorstand, -ausschuß und -kongreß. Der Ausschuß setzte sich wohl aus Wahlkreisführern oder -delegierten zusammen, der Kongreß dagegen offenbar aus Ortsvereinsdelegierten. Bei der Delegation wurde die Mitgliederzahl zwar berücksichtigt, aber keineswegs proportional; Organisationen bis zu 100 Mitgliedern hatten einen, bis zu 500 zwei Delegierte, und bei höheren Mitgliederzahlen ging die Progression wohl noch langsamer, wahrscheinlich allerdings hatten die Ortsgruppen der Großstädte ein besonderes Vertretungsrecht³⁾.

Charakteristisch an der wohl überall ähnlichen Struktur der Bezirksverbände war zweierlei. Einmal, mit Ausnahme von Berlin, die Überrepräsentation der organisatorisch schwachen, ländlichen und kleinstädtischen Wahlkreise, und zwar auch dann, wenn auf die Mitgliederstärke Bezug genommen wurde⁴⁾. In Württemberg z. B. waren 1911 8659 Mitglieder aus Stuttgart durch 43, 723 Mitglieder aus kleinsten Landgemeinden durch 49 Delegierte vertreten, oder 1912 17 000 großstädtische Mitglieder durch 90, 5000 ländliche durch 224 Delegierte, wobei freilich die Mittelstädte nicht berücksichtigt sind; in der oberen Rheinprovinz wird es bei der geringen Stärke der Partei in den ländlichen Wahlkreisen entsprechend gewesen sein. Hier wirkte sich einmal die politisch gebotene Basisierung der Organisation auf der ungerechten Wahlkreiseinteilung aus, die selbst in der Arbeiterpartei zur Geltung kam. Zum anderen spielte die Rücksicht auf kleine Organisationen eine maßgebliche Rolle; die Verbände waren zumal für den Ausbau der schwachen Organisationen gegründet worden, die Mitbeteiligung sollte diese ermuntern, sie sollten sich nicht als Anhängsel der ja ohne Mühe großen städtischen Organisationen fühlen, das Organisationsideal der Partei forderte ihre überproportionale Beachtung. Politisch begünstigte das System da, wo es nicht durch den ja sehr wichtigen persönlichen Einfluß führender Leute abgeschwächt wurde, im allgemeinen eher den reformistischen, jedenfalls antiradikalen Flügel, weil die

¹⁾ Die Berliner Organisationen hatten überdies noch einen eigenen Verband mit einem 45-köpfigen Vorstand, in dem jeder Wahlkreis mit 4 Delegierten vertreten war und die übrigen 13 Sitze gemäß der Mitgliederzahl auf die Organisationen verteilt wurden. Der Vorstand bildete einen 14köpfigen Verwaltungs- und Aktionsausschuß, der erste Vorsitzende wurde durch die halbjährlich tagende Generalversammlung bestimmt, die sich aus Delegierten der Vereine gemäß den Mitgliederzahlen zusammensetzte, ebd., S. 92 ff. Statut des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

²⁾ Keil I, S. 244, 247 u. ö. Wahlmodus und Funktion des Vorstandes sind mir nicht bekannt. Schorske, S. 130 ff., nach Parteitagprotokollen; vgl. dazu das Folgende.

³⁾ Die mit geringen Funktionen ausgestattete preußische Landesorganisation hatte einen Parteitag mit einer Vertretung der Organisationen proportional der Mitgliederstärke, eine selten tagende Landeskommision aus Delegierten der Provinzialverbände und einen geschäftsführenden Ausschuß, in dem die Berliner, zunächst wohl aus praktischen Gründen, das wesentliche Element darstellten. Angestellte Parteisekretäre gab es nicht. Schorske, S. 176 f.

⁴⁾ So wohl auch in Sachsen, nach Schönkank hatten 1896 die „rückständigen Erzgebirgs-winkel“ Leipzig überstimmt, Heilmann, S. 258.

ländlich-kleinstädtischen Parteianhänger mehr einem volks- als einem klassenparteilichen Sozialismus anhängen¹⁾). Schorske bemerkt etwas überspitzt, wie in Württemberg die für die demokratische Reform eintretenden Revisionisten durch die undemokratische Organisationsstruktur einer Mehrheit sicher waren und darum an dem System festhielten²⁾), während die der Diktatur des Proletariats zugeneigten Radikalen innerparteilich eine ultrademokratische Verfassung forderten, aber offenbar wiederum nur da, wo sie nicht trotz des Systems oder sogar mit ihm die Mehrheit erringen konnten. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, daß, solange der Richtungsstreit nicht in voller Schärfe entbrannt war, das Übergewicht des Landes durch die natürlicherweise dominierende Stellung der Zentrale des Bezirkes, die meist auch die Vorstandsmitglieder stellte, ausgeglichen wurde. Erst Revisionisten in größeren Städten konnten das Übergewicht des Landes aktuell machen³⁾).

In Richtung auf einen allmählichen Übergang der Macht nach rechts wirkte das zweite Charakteristikum der Bezirksorganisation, die starke Stellung der Funktionäre in ihren Gremien. In den Ausschüssen waren die Wahlkreisvorsitzenden oder (und) -sekretäre vertreten, auf den Parteitag spielten gemäß den Delegationsgepflogenheiten wiederum Funktionäre eine bedeutende Rolle, sie waren, wenn die Delegation auf Wahlkreisorganisationen beruhte, gewissermaßen doppelt gefiltert, wiederum mitgliederferner und primär aufs Organisatorische eingestellt. In der Zusammensetzung der Parteitage machte sich zudem die Tendenz, Leute der Mitte zu delegieren, besonders bemerkbar. Noch stärker wurde der Zug zum Organisatorischen und zur Neutralität bei den Wahlen, die Parteitag oder Ausschuß zu treffen hatte. Das prägte dann auch den gewählten Vorstand⁴⁾). Er war von einem, wenn auch politisch verstandenen, Organisationsdenken her bestimmt, darum konnte er leicht zu einer verwaltenden statt zu einer führenden Instanz werden. Verstärkt wurde eine solche Tendenz durch die Institution der Parteisekretäre. Diese gehörten meist entweder per se oder durch Wahl wiederum dem Vorstand an, was dessen Permanenz erhöhte und die Verantwortlichkeit dem Wahlkörper gegenüber minderte. Da der zentrale Parteivorstand sie fast durchweg bezahlte und ein Mitbestimmungsrecht bei ihrer Anstellung hatte⁵⁾), waren sie zudem von ihm abhängig, auch bezüglich ihrer Karriere, und, weil ihm verantwortlich, mehr auf ihn hin orientiert als auf die Wahlkörper.

¹⁾ Im Einzelfall muß die soziale und politische Struktur des Gebietes geprüft werden, es gab ausnahmsweise radikale, nicht sonderlich organisationsstarke Landbezirke.

²⁾ a.a.O., S. 131 ff.; es handelt sich aber um das Resultat einer an sich neutralen Verfassung, das den Reformisten zugute kam, nicht um eine von ihnen zu diesem Behufe getroffene und nur deshalb festgehaltene Einrichtung.

³⁾ Die Parteistellung großstädtischer Organisationen ist sehr unterschiedlich, in Bayern waren Nürnberg und Augsburg relativ radikal, München dagegen nicht; Jansen, S. 98.

⁴⁾ Bronder, S. 209, weist bei 76 Landesvorsitzenden und Bezirkssekretären eine Ämterkumulation von 1:2,3 nach, Redakteurposten und parlamentarische Mandate sind dabei mitgezählt.

⁵⁾ Organisation im Klassenkampf, S. 75.

Als kontinuierliche Führungsstäbe waren die Vorstände ihren Parteitag natürlich überlegen. Die z. T. unklare Verantwortlichkeit, die Wahlpraxis, Wiederwahl und Ergänzung auf Vorstandsvorschläge hin, die Tatsache, daß der Sturz einer etablierten Führung nur selten zu realisieren war¹⁾, die Überlastung der Tagungen mit Organisationsangelegenheiten sicherten weitgehend die Autorität des Vorstands, das Überwiegen seiner Initiative und seine relative Entscheidungsfreiheit. Die Vorstellungen der Führer werden gut getroffen, wenn Keil über eine Landesversammlung in Württemberg 1906 bemerkt, daß hier kein „Zank über Taktik und theoretische Silbenstechereien“ Platz gegriffen hätte, sondern „die Delegierten . . . über die politische Lage im Lande unterrichtet und mit dem nötigen Rüstzeug“ für die Wahlen versehen worden seien²⁾. Auch wenn schwere Spannungen auf den Parteitagen aufkamen, wenn sich heftige Opposition erhob³⁾, behielt der Vorstand, zumal es sich ja, mit Ausnahme der Landespolitik, um Organisationsfragen handelte, immer eine kaum zu erschütternde Stellung. Die Politik in Bayern z. B. wurde im wesentlichen von Vollmar gemacht, der es auch verstand, die führenden Stellen in der Organisation mit seinen Leuten zu besetzen⁴⁾.

Im ganzen tendierten die Vorstände dahin, zu Domänen der Funktionäre zu werden, die der praktischen Organisationsarbeit vor innerparteilich-politischen Stellungnahmen den Vorrang gaben. Mit dieser bürokratischen Tendenz wurden sie politisch zu Trägern des nicht mehr revolutionären Parteikerns, wenn sie auch noch, primär auf die Einheit der Partei bedacht, die revolutionäre Phrasologie, zum Teil ohne Bewußtsein der zwischen ihr und dem praktischen Verhalten bestehenden Divergenz, beibehielten. Im Kreise dieser Funktionäre war stärker noch als in dem der Wahlkreisführungen ein gewisser praktischer oder sogar doktrinärer Quietismus maßgebend, mit dem sie, so diskutabel, wenn nicht legitim, ihre Abwehrhaltung gegen die Radikalen sein mochte, einer so entscheidenden Situation wie der von 1918/19 und ihren Möglichkeiten, einer so schweren Krise wie der der Weimarer Republik, in der diese Männer wesentlich die Parteipolitik mitbestimmten — Wels etwa war vor 1914 Bezirkssekretär in Brandenburg —, nicht gewachsen waren⁵⁾. Die in einer geschichtlich legitimen

¹⁾ Im Bezirk Chemnitz wurde 1904 das Agitationskomitee nicht wiedergewählt, weil es im Falle Göhre mit der Drohung, die Gelder zu sperren, gegen G.s Wahlkreis vorgegangen war, Heilmann, S. 294.

²⁾ Keil I, S. 247.

³⁾ s. u. S. 349 f.

⁴⁾ Jansen, S. 96. Vor allem die Wahlbündnisse 1904 und 1912 wurden von Vollmar gemacht; s. u. S. 350.

⁵⁾ Eine eingehende Untersuchung der Probleme der SPD vor 1914, die die Kontinuität des Führungsstabes über 1918 hinaus zu verfolgen hätte, kann an der durch das Schicksal der Weimarer Republik aufgegebenen Frage nicht vorbeigehen. Die Frage der Revolution, ob es zwischen dem Weg der SPD, die wesentliche Machtpositionen der Rechten unangetastet ließ, und dem der KPD reale Möglichkeiten gab, muß auch in ihrer Vorgeschichte aufgesucht werden. Erst dann ist ein sachgemäßes Urteil möglich.

Entwicklung zur demokratischen Reform- und Volkspartei tendierende Führungsschicht, zu der auch die Funktionäre der Wahlkreisebene und sehr viele Abgeordnete gehörten, verlor, das ist ihre Tragik, in der vom Organisationsbetrieb her bestimmten Auslese zu einem zu großen Teil die Fähigkeiten der Entschlußkraft, des unbedingten Willens, des Mutes auch zum Risiko, die phantasievolle, Perspektiven eröffnende Initiative und Aktivität. Politik entartete leicht zu bloßer Taktik oder zur bloß kommentierenden Stellungnahme. Das System brachte, wie Max Weber schon früh bemerkte, keine großen politischen Führer mit Machtinstinkt, Reife und gesamtpolitischer Einsicht hervor, oder besser, da sich unter den Abgeordneten doch auch einige bedeutende Politiker befanden, es brachte zu wenige, viel zu wenige, solcher Führer hervor. Nicht das Abweichen vom Revolutionsprogramm, sondern der Verlust an zielsetzender Kraft, der Verlust an Energie bei der Durchführung solcher Ziele, eine Energie, wie sie vielleicht L. Frank besessen hat¹⁾, — das ist die Problematik der apparatgeprägten Führungsschicht²⁾. Man wird zwar sagen können, daß trotz der Vorherrschaft des Apparates und trotz der teilweisen Ausschaltung der Linken die regionalen Führungen die Mehrheit der Mitglieder repräsentierten, aber sie dirigierte diese Mitglieder in der Richtung, die ihrem politischen Denken, dem Denken von Funktionären, entsprach. Obwohl die Demokratie eingeschränkt war, traten die Funktionäre nicht in Gegensatz zu den Mitgliedern; obwohl ihre Führung institutionell gesichert war, wurde sie nur zum Teil politisch und nicht verwaltend ausgeübt.

Im allgemeinen standen die Bezirksvorstände und -ausschüsse auf seiten der Parteileitung und neigten auf die Dauer und praktisch eher nach rechts als nach links. Es gab zwar eine Reihe von bis in die Verbandsspitze radikalen Verbänden³⁾; wieweit dabei aber die Mitgliedschaften, planmäßiges Vorgehen der Radikalen oder auch unpolitische Gründe und Wiederwahlen von vor dem Aufkommen der Streitpunkte gewählten Leuten eine Rolle spielten, müßte untersucht werden; für die letzten Jahre vor 1914 wird man annehmen können, daß hinter radikalen Führungen auch entsprechende Wahlkörper standen, wobei solche Führungen natürlich auch die Delegationspraxis der Organisationen beeinflussen haben können, wenn ich auch die Existenz einer von einem Flügel direkt kommandierten Maschine bezweifeln möchte. In stärkerem Umfang aber,

¹⁾ Über einen aktivistischen Reformismus, wie ihn Stampfer mit Scheidemann und Frank zu propagieren suchte, Stampfer, S. 93 u. ö.

²⁾ Vgl. für die Weimarer Zeit die Kritik an der SPD bei J. Leber, Ein Mann geht seinen Weg, S. 187 ff.

³⁾ Schorske, S. 129, 254, nennt nach Parteitagprotokollen die Bezirke Bremen, Braunschweig, Gotha und Niederrhein; später traten einige Bezirke geschlossen zur USPD über. — Den preußischen Landesverband kann man, gegen Schorske, S. 170, der sich auf den preußischen Parteitag von 1910 beruft, nicht als radikal bezeichnen; in der hier zur Debatte stehenden Wahlrechtsfrage trat ein sehr großer Teil der Rechten und des Zentrums für radikale Methoden ein, der Gegensatz der Flügel war abgeschwächt und verschoben.

und manchmal abweichend von den Verhältnissen in den unteren Organisationen, waren die Bezirke in der Hand der Reformisten und des Parteizentrums. In Brandenburg z. B., in dem das z. T. radikale Berlin eine maßgebende Stellung hatte, in dem Potsdam, der Wahlkreis K. Liebknechts, lag, führte Wels die Organisation im Sinne des Parteizentrums. Im Ruhrgebiet bestand eine Zentralkommission für Rheinland-Westfalen, von deren 11 Mitgliedern nur eines radikal war¹⁾, bei der radikalen Orientierung des Niederrheinbezirkes und einiger anderer Wahlkreisorganisationen eine unverhältnismäßig geringe Zahl. Daß schließlich im Kriege der aus den Bezirksvorständen gebildete Parteausschuß die Politik der Mehrheitsführung durchweg deckte, ist bekannt.

Die Haltung der regionalen Vorstände war deshalb so wichtig, weil ihr Einfluß durchaus über ihre statutenmäßigen Aufgaben hinausging. Für die zentrale Parteiführung zwar hatten sie bis zum Kriege keine große Bedeutung. Der Parteausschuß, an dem sie teilnahmen, hatte nur beratende Funktionen²⁾. Auf ihren Tagungen wurden auch Resolutionen zu innerparteilichen Streitfragen angenommen, die in der einen oder anderen Richtung Stellung nahmen³⁾; aber das waren Kundgebungen im voroffiziellen Raum der innerparteilichen Meinungsbildung, die keine unmittelbaren Konsequenzen hatten, wenn sie auch als Symptome der politischen Haltung der Parteiprovinz Beachtung fanden, so daß widerstrebende Führungsgruppen alles daransetzten, solche Resolutionen überhaupt zu verhindern. Viel wichtiger aber war der Einfluß der Bezirkszentrale auf die Wahlkreisvereine ihres Bezirks. Routinemäßig überwachte sie den Organisations- und Agitationsbetrieb der Vereine, diese waren zu regelmäßigen, ausführlichen Berichten und zur Abrechnung der Beiträge verpflichtet, in Konferenzen koordinierte sie die Arbeit der Parteisekretäre, sie plante propagandistische Kampagnen und führte sie durch, sie gab Material aus, vermittelte Redner und intensiverte die Parteiarbeit in schwach organisierten Wahlkreisen; dabei arrangierte sie auch einen Finanzausgleich zugunsten der armen Organisationen oder unterstützte diese von sich aus. Über wichtigere Fragen des Wahlkreises wurde jedenfalls mit den Bezirksinstanzen verhandelt. Zudem wurden für manche Sondergebiete, z. B. Landarbeiter- oder Antizentrumspropaganda, Sonderausschüsse errichtet, die dann auch für die Wahlkreise maßgeblich waren. Mit all dem konnte die Bezirksleitung die Propaganda dirigieren, die Tendenz der Organisationen mitprägen, politische Richtungen begünstigen und politische Akzente setzen. Auch das Recht zur Ausschließung konnte bei zunehmenden Spannungen Bedeutung gewinnen⁴⁾.

¹⁾ R. Franz, Aus Briefen K. Hänischs, Arch. f. Gesch. d. Sozialismus XIV, S. 448 ff. — Die radikale Haltung einer Wahlkreisorganisation läßt sich annähernd nach der Haltung der Presse bestimmen.

²⁾ s. u. S. 381.

³⁾ Über eine radikale Resolution der Bezirkskonferenz Niederrhein von 1913, Schorske, S. 129.

⁴⁾ Die niederrheinische Organisation schloß z. B. den ehemaligen Nationalsozialen G. Hildebrand aus, weil er für Kolonialpolitik eingetreten war, und wandte dabei sehr unfaire Methoden

Bis zu einem gewissen Grade konnten weiter die Bezirksführungen auf die Delegationen zum Parteitag einwirken, indem sie etwa dafür sorgten, daß auch die schwachen Organisationen den Parteitag beschickten; wieweit sie Auswahl und Haltung der Delegierten beeinflussten, hing von der persönlichen Autorität der leitenden Personen ab. Bei den Delegierten der schwächeren ländlichen und kleinstädtischen Kreise bestand die Tendenz, sich der Haltung einer antiradikalen Führung anzupassen; es gab aber keinen direkt fraktionellen Apparat, mit dem die Bezirksleitung die Stimme der Mitgliedschaft überformt hätte¹⁾.

Wichtig war dann die Mitwirkung bei der Kandidatenaufstellung. Ob die Bezirksführungen in jedem Fall das häufig vorgesehene institutionelle Vorschlags-, Einspruchs- oder Bestätigungsrecht hatten, ist mir nicht bekannt, jedenfalls waren sie aber maßgeblich beteiligt; das Statut von 1909 bestimmte, daß bei Streitigkeiten zwischen Wahlkreis- und Bezirksorganisationen über die Kandidatenaufstellung der Parteivorstand zu entscheiden habe²⁾. Grobe Verstöße gegen die innerparteiliche Demokratie sind, trotz lautstarker Klagen darüber, nicht häufig vorgekommen, keinem Wahlkreis konnte ein Kandidat gegen seinen Willen aufgezwungen werden; das Einspruchsrecht mußte mit Vorsicht gehandhabt werden, um nicht allzu starke Spannungen entstehen zu lassen. Freilich ist in Einzelfällen auch ein erheblicher Druck ausgeübt worden. „Seitens der Vorstände sind in den letzten Jahrzehnten“, so hieß es 1904, „mehrfach Pressionsmittel, wie z. B. die Drohung, jeden Mann und jeden Groschen für die Agitation zu verweigern, falls nicht bestimmte . . . Persönlichkeiten . . . bei Kandidaturen fallengelassen würden“, angewandt worden³⁾. Besonders der Einspruch der sächsischen Landes- und Bezirksinstanzen gegen die Nominierung des ehemaligen Nationalsozialen Paul Göhre bei einer Nachwahl in Zschoppau 1904 hat die Parteiöffentlichkeit erregt. Die Instanzen sprachen die Erwartung aus, daß Göhre verzichte, andernfalls wollten sie Konsequenzen ziehen und dem Wahlkreis die Geldmittel sperren. Obschon das Wahlkreiskomitee scharf gegen dies Verfahren, gegen die Einmischung in sein Selbstbestimmungsrecht, protestierte, mußte es sich fügen, Göhre verzichtete. Die Instanzen glaubten, auf diese Weise eine drohende Parteikrise zu vermeiden, Göhre hatte 1903 wegen des starken Mißtrauens in der Partei gegen ihn, den erst kürzlich zur Partei Gestoßenen, sein Mandat in Mittweida niedergelegt, und das wiederum wurde ihm

an, um sich durchzusetzen; die Sache beschäftigte dann auch den Parteitag, dessen Mehrheit aber Hildebrands Revision verwarf; Hilfe, 1912, S. 616 f., 645 f.; Soz. Monatshefte, 1913 I, S. 523 ff., III, S. 1289 ff.

¹⁾ Gegen Schorske, S. 140 f. Nach ihm stimmten 1913 die Delegierten der schwächer organisierten Wahlkreise vielfach einheitlich gemäß der Haltung des Bezirksvorstands, z. B. in Brandenburg. Nur regionale Untersuchungen könnten hier weitere Aufklärung bringen.

²⁾ Schröder, S. 87 ff., § 23. — Das formelle Recht der Landesinstanzen, Kandidaturen zu bestätigen, so hieß es 1904, hatte in Sachsen von jeher gegolten; Heilmann, S. 292 f.

³⁾ Michels, S. 210, 147, nach einem Artikel von Wolff. Heine.

als Disziplinlosigkeit verübelt¹⁾). Natürlich spielten auch parteiorthodoxe Enge und zünftlerische Eifersucht eine wichtige Rolle. Dieses illiberale, undemokratische und politisch nicht notwendige, wenn auch diskutabile Verhalten entsprach aber nicht einer regulären Übung, wie schon das außergewöhnliche Aufsehen zeigt, das dieser Fall hervorrief²⁾). Normalerweise hat man sich vorher geeinigt, wobei die regionale Instanz, die über persönlichen Einfluß und über Propagandamittel verfügte, genügend zur Geltung kam. Oft war ihr Eingreifen auch sachlich nicht ungerechtfertigt, da sie die wichtigen Fraktionsinteressen gegenüber lokalpatriotischen oder vereinsmeierischen Erwägungen wahrte. Wiederaufstellungen allerdings konnten die Bezirke nicht verhindern, hier konnte höchstens der Parteivorstand eingreifen. Schließlich nahmen die Bezirksführungen Einfluß auf die Stichwahlparolen, sie lenkten die einzelnen Wahlkreise in dieser oder jener Richtung³⁾).

Besondere Bedeutung hatte die Kontrolle über Presseorgane, von deren Haltung die Einstellung der Mitgliedschaft weitgehend abhing. Im allgemeinen hatte ein Bezirksverband ein zentrales Organ, das zugleich das Organ der betreffenden Ortsorganisation war. Die für die Anstellung der Redakteure maßgebende Pressekommission wurde meist paritätisch besetzt, oder es gab für Streitfälle schiedsgerichtliche Kommissionen aus Delegierten des Ortsvereins, des Landesvorstandes und etwa einer dritten überlokalen Instanz. Andere Tageszeitungen waren normalerweise, wenn sie nicht subventioniert wurden, unabhängig. Bei der Besetzung der Redaktionen spielten zunächst viele persönliche Gesichtspunkte herein, später konnte sich die Haltung der Führung mit der der Redaktion überschneiden, weil man z. B. die Entlassung von ohne Rücksicht auf später aufgekommene Richtungsstreitigkeiten angestellten Redakteuren noch scheute, da sie eine Parteikrise heraufbeschworen hätte. Immerhin konnten hier bei der eher antiradikalen Haltung der Bezirksverbände und der radikalen mancher großstädtischer Organisationen schwere Konflikte entstehen. In Württemberg z. B. entstand 1911 ein erbitterter Kampf um die Stuttgarter „Schwäbische Tagwacht“, das Organ der Orts- und Landesorganisation, als die zur Schlichtung von Streitigkeiten vorgeschlagene paritätische Kommission auf Betreiben des Landesvorstandes vom Landeskongreß abgelehnt wurde; die Stuttgarter verließen daraufhin unter Protest den Kongreß, ein Zeichen dafür, wie scharfe Spannungen auf dem Parteitag zutage kommen konnten. Der Streit endete mit einer Ablösung der radikalen Redakteure durch andere, wiederum radikale und der Installierung der ursprünglich vorgesehenen Kommission, zu der bei Konflikten noch der Landesausschuß hinzutrat, der gemeinhin dem Vorstand folgte. Als Anfang des

¹⁾ Heilmann, S. 290 ff.; Michels, S. 251; Ackermann, S. 94.

²⁾ Der Rücktritt des sozialdemokratischen Abgeordneten von Mülhausen i. E., den man als Protestler angriff, wurde durch den Druck der dortigen Mitgliedschaft, der Landes- und der Parteileitung bewirkt, G. A. Ritter, S. 76.

³⁾ Keil I, S. 254, über Stichwahlunterstützung für Naumann 1907.

Krieges die Tagwacht die Mehrheitspolitik verwarf, wirkte sich das so aus, daß der Vorstand, gedeckt noch durch die große Mehrheit der Landeskonferenz, endgültig die Redaktion neu besetzte¹⁾).

Endlich hatten natürlich die Landesorgane und hier auch die Landesparteitage Bedeutung für die Landespolitik. Sie bestimmten über die Beteiligung an den Landtagswahlen und über den Wahlkampf, schlossen Wahl- und Stichwahlbündnisse mit Demokraten, Liberalen oder dem Zentrum, was in den süddeutschen Ländern ja immer wieder vorkam, und setzten diese bei den Wahlkreisorganisationen durch²⁾. Auch in Einzelfällen gaben sie die entsprechenden Parolen. Die Landesparteitage und -ausschüsse waren die Gremien, vor denen die Landtagsfraktionen sich zu verantworten hatten. Für die revisionistische Politik der süddeutschen Fraktionen, das Bewilligen von Budgets, das Zu-Hofe-Gehen, eine kleine, aber für das Klassengefühl außerordentlich wichtige Frage, für die Wahlbündnisse mit der Linken, hatten die Landesorganisationen hier eine sehr reale Funktion. Die Abgeordneten beriefen sich der Gesamtpartei gegenüber immer darauf, daß sie in Landesfragen selbst entscheiden mußten und nur ihren Landesorganisationen verantwortlich seien³⁾, und diese deckten in ihrer Mehrheit die Taktik der Abgeordneten. Natürlich gab es auf den Parteitagen Widerstände, die Radikalen und gelegentlich auch Teile des Zentrums, in dessen Brust ja die Seelen beider Flügel kämpften, protestierten, aber es gelang den Führern immer, z. T. auf Grund der Überrepräsentation der kleinen Bezirke, die Mehrheit hinter sich zu bringen⁴⁾. Die Abgeordneten versuchten, sich jeweils eine gewisse Unabhängigkeit zu sichern; sie wollten als Vertrauensmänner nicht nur bezeichnet, sondern auch behandelt und nicht zu Werkzeugen, zu Briefträgern herabgewürdigt werden⁵⁾. Trotz mancher starker Spannungen konnten sie mit Hilfe der

¹⁾ Keil, S. 310 ff. Auch in einem Streit um das Göppinger Parteiblatt, das geschäftlich auf Landeshilfe angewiesen war, versuchte der Vorstand eine ihm genehme Redaktion einzusetzen, woraus die Radikalen unter Führung Radeks einen bitteren Konflikt machten, Schorske, S. 254 f. In Dortmund kam es zu häufigen Mißhelligkeiten zwischen einer hier ausnahmsweise maßgeblich beteiligten rheinisch-westfälischen Kommission und dem Redakteur, dem damals radikalen K. Hänisch, s. o. S. 317, Anm. 1.

²⁾ Vgl. z. B. Keil I, S. 249, über die Landtagswahl von 1906. In Bayern schloß der Vorstand 1904 ein Bündnis mit dem Zentrum, 1912 mit den Liberalen, Jansen, S. 69, 102. — In Sachsen verwarf die Landesversammlung 1896 mit 63:34 Stimmen einen Antrag Schönlanks, der nach der Wahlrechtsverschlechterung Mandatsniederlegung der Landtagsabgeordneten und Verbot der Beteiligung an den Landtagswahlen forderte, Heilmann, S. 257.

³⁾ Erklärung von 66 Delegierten auf dem Parteitag 1908, Keil I, S. 214.

⁴⁾ 1907 hatte der Württembergische Landesvorstand noch Resolutionen der Stuttgarter Organisationen gegen seine Taktik verhindern können, und der Parteikongreß erklärte sich für die Budgetbewilligung, 1908 führte die Opposition der Stuttgarter Radikalen zu einem ersten Konflikt, Keil I, S. 216, 241; Soz. Monatshefte, 1909, II, S. 883, 946 f. — 1902 gab der bayerische Parteitag gegen 1 Stimme der Fraktion ein Vertrauensvotum für ihre Zustimmung zum Wahlgesetz, 1912 billigte die Landeskonferenz, allerdings nur mit 28:14 Stimmen, das Wahlbündnis mit den Liberalen, Jansen, S. 68, 102.

⁵⁾ Keil I, S. 244; ebd. S. 216, die Parteivertreter sollten nicht Automaten sein, die nur nach Formel ohne Rücksicht auf die Lage handelten.

Parteitagmehrheiten unangefochten ihre Stellung behaupten; ja in vielen Fällen repräsentierten sie auch wirklich die Mitgliedschaft im Lande, so in Baden, wo 1910 die vom Parteitagbeschuß abweichende Bewilligung des Budgets von den Organisationen durchaus gebilligt wurde¹⁾. Trotz der von den Föderalisten beklagten finanziellen Abhängigkeit waren die Landesverbände so gerade in den wahl- und landespolitischen Fragen weitgehend selbständig.

Die Bezirks- oder Landesorganisationen also entwickelten sich auf Grund ihres formellen und informellen Einflusses auf Wahlkreisorganisationen, Parteisekretäre, Presse und landespolitische Angelegenheiten zu eigenen Machtzentren, die die Wahlkreisorganisationen zwar nicht beherrschten, aber ihnen mindestens gleichgestellt und zumeist überlegen waren. Sie wurden auf Grund ihrer Funktionen und der Wahlpraxis zu Domänen der durch Einbuße an politischer Energie und Initiative gefährdeten Schicht der Parteifunktionäre und damit, sowie auf Grund des Delegationssystems, überwiegend zum Stützpunkt der allmählich nach rechts tendierenden Parteimitte.

e) Zentralorgane und Parteistruktur

Stärker noch als die lokalen und regionalen Organe waren die zentralen Instanzen von der allgemeinen Entwicklung der Partei bestimmt, ihr Funktionieren hing eng mit der ideologischen Bewegung und der jeweiligen Machtlage in der Partei zusammen. Obwohl daher eine jede Isolierung problematisch ist, versuchen wir, einen Überblick über Zentralorgane und Parteistruktur unter institutionengeschichtlichem Aspekt zu geben.

1. Der Parteitag

An der Spitze der Partei standen Parteitag und Parteivorstand, deren Zusammensetzung und Funktion durch das Statut geregelt waren. Das erste Statut wurde gleich nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 beschlossen, die späteren Veränderungen hatten keine umwälzende Bedeutung für die Zentralorgane²⁾. Als oberstes, gewissermaßen legislatives Organ galt der Parteitag. Er hatte alljährlich den Vorstand zu wählen, der ihm Rechenschaft schuldete, er hatte über grundsätzliche und auch über einzelne politische und organisatorische Angelegenheiten der Partei zu beschließen, normalerweise in der Form, daß er über die eingehenden Anträge entschied; in den 90er Jahren hatte er auch über Ausschüsse zu entscheiden, seit 1909 fungierte er dabei als oberste Berufungsinstanz. Der Antrag, eine Urabstimmung der Mitglieder zu wichtigen Fragen zu ermöglichen, um deren Mitbestimmung zu verstärken, wurde 1910 abgelehnt, weil

¹⁾ Vgl. o. S. 336.

²⁾ Schröder, S. 71 ff. (1890), 76 ff. (1900), 82 ff. (1905), 87 ff. (1909), 99 ff. (1912). Für 1890 vgl. a. Mehring, S. 539; die Änderungen waren außer der von 1912, s. u. S. 379 ff., primär vereinsgesetzlich bedingt.

dadurch wichtige Beschlüsse zu lange hinausgezögert würden und die Meinung der Genossen auf dem Parteitag klar zum Ausdruck komme¹⁾). Die Vertreter des Repräsentativsystems wollten es nicht durch ein weiteres Element unmittelbarer Demokratie verändert wissen²⁾, zumal dadurch der Gegensatz der Flügel sich verschärft hätte.

Der Parteitag setzte sich zusammen aus Delegierten der Wahlkreise, der Reichstagsfraktion, dem Parteivorstand und — bis 1909 — besonderen weiblichen Delegierten. Eine Pflicht, Delegierte aus der eigenen Wahlkreisorganisation zu nehmen, gab es nicht; bekannte Führer, wie Bernstein oder Rosa Luxemburg, bekamen Mandate von Wahlkreisen, zu denen sie in keiner Beziehung standen³⁾. Die Delegation basierte auf den Wahlkreisen, und zwar waren diese bis 1905 alle gleichberechtigt, sie konnten bis zu drei Delegierte entsenden. Das begünstigte an sich die mitgliederschwachen Wahlkreise; aber deren Überrepräsentation wurde dadurch eingeschränkt, daß sie wegen der Kosten der Delegation im allgemeinen ihr Delegationsrecht nicht voll ausnutzen konnten⁴⁾. Die größeren Organisationen dagegen waren in der Lage, ihre 3 Delegierten zu entsenden. Insofern wirkte das Problem der Kosten als ein, wenn auch nicht korrekter, Ausgleich zugunsten der großen Organisationen⁵⁾.

Seitdem die Organisationen wuchsen, seitdem Bezirksverbände für einen Finanzausgleich sorgten, seitdem die innerparteilichen Spannungen sich verschärften, fühlten sich die großen Vereine benachteiligt und wünschten, vor allem auf dem Parteitag von 1905, ein auf Mitgliederzahlen basiertes Delegationsverfahren⁶⁾. Der Parteivorstand wies das zunächst zurück mit dem Argument, daß man die Industriezentren nicht so stellen dürfe, daß sie allein über den Parteitag verfügten; das Ziel, die Organisationen auszubauen, forderte, um jede einzelne durch ein Mitbestimmungsrecht zu aktivieren, wie in den Bezirken eine überproportionale Berücksichtigung der kleinen Vereine. Zudem mußte man eine Mißstimmung der bisher überrepräsentierten Wahlkreise fürchten. Die Parteileitung drang damit zunächst, zumal das Statut am letzten Tag unter einem gewissen Zeitdruck verhandelt wurde, durch. Immerhin gab sie doch schon 1909 dem Verlangen der größeren Organisationen nach; Wahlkreisorganisationen mit weniger als 1500 Mitgliedern durften fortan einen Delegierten entsenden, solche bis zu 3000 Mitgliedern zwei, bis zu 6000 drei, bis zu 12000 vier, bis zu 18000 fünf

¹⁾ Handbuch II, S. 514 f.

²⁾ Vgl. u. S. 357, Anm. 2.

³⁾ Vollmar z. B. vermittelte Lily Braun 1902 ein bayerisches Mandat, Jansen, S. 78.

⁴⁾ 1908 z. B. hätten 1191 Delegierte vertreten sein können, tatsächlich gab es 320, Ackermann, S. 106.

⁵⁾ Ein Versuch der Marburger Organisation, wohl auf Betreiben von Michels, die Kosten der Delegation von der Parteileitung tragen zu lassen, scheiterte. Die These von der Einschränkung der Demokratie durch Benachteiligung der ärmeren Organisationen, Michels, S. 109, ist unhaltbar.

⁶⁾ Ackermann, S. 105, schon 1895 wünschten die Berliner eine solche Reform; Schorsake, S. 137 f.

und über 18000 sechs, seit 1912 berechtigten jede weiteren 6000 Mitglieder zu einem weiteren Delegierten¹⁾).

Auch bei diesem System waren die kleineren Organisationen noch begünstigt, obwohl auch jetzt ein Teil der besonders kleinen von ihrem Delegationsrecht keinen Gebrauch machte²⁾. Schorske berechnete für 1911, daß 52% der vertretenen Mitglieder zu Organisationen mit über 8000 Mitgliedern gehörten und durch 27% der Delegierten vertreten waren, während 31% aus Organisationen mit unter 4000 Mitgliedern 52% der Delegierten stellten³⁾. Die politische Bedeutung des Delegationsmodus darf man aber nicht überschätzen, sie ist nicht eindeutig und jedenfalls nicht als Benachteiligung der Radikalen zu interpretieren. Gerade die mittelgroßen, noch überrepräsentierten Organisationen zwischen 1500 und 6000 Mitgliedern stimmten vergleichsweise radikaler als die anderen — 1913 zu 33% gegen 11% bei den kleineren, 19% bei den größeren Organisationen; die kleineren Organisationen waren eher ländlich reformistisch orientiert, die größeren vielleicht stärker apparatbestimmt⁴⁾. Und bis 1903 etwa war der Parteitag in seiner Mehrheit durchaus radikal.

Die Teilnahme der Fraktion am Parteitag war nie ganz unbestritten, nach dem Statutenentwurf der Kontrollkommission von 1904 sollte sie nur zu einem Viertel vertreten sein⁵⁾. 1911/12 schlug eine Kommission zur Organisationsreform vor, die Teilnahme der Fraktion auf ein Drittel ihrer Mitgliederzahl zu begrenzen; das wurde aber vom Parteitag abgelehnt, und es blieb beim alten Zustand⁶⁾. Die Hintergründe dieser Auseinandersetzungen mußten noch weiter aufgehehlt werden; die Abneigung gegen die parlamentarischen Taktiker und gegen die in der Fraktion relativ starken Revisionisten spielte eine wichtige Rolle⁷⁾; der Parteivorstand, der am Entwurf von 1912 maßgebend beteiligt war, hätte es zu diesem Zeitpunkt wohl nicht ungern gesehen, wenn die Revisionisten zugunsten des Zentrums zurückgedrängt worden wären. Vielleicht wollte man

¹⁾ Schröder, S. 55. — Die Meinung von Schorske, S. 138, der Parteivorstand habe erst dann die relativ proportionale Repräsentation befürwortet, als er durch die Entwicklung der Bürokratie und des Gewerkschaftseinflusses vor einer dominierenden Stellung der Radikalen gesichert gewesen sei, ist m. E. unbegründet. Der Vorstand folgte einer in der Zeit der entstandenen Großorganisationen selbstverständlichen Forderung.

²⁾ 1911 waren 173 Wahlkreise nicht vertreten, von denen 119 weniger als 300 Mitglieder hatten.

³⁾ a.a.O., S. 138.

⁴⁾ Schorske, S. 140 ff., der eine Benachteiligung der großen Organisationen zugunsten des rechten Flügels nachweisen will, gerät hier in Widerspruch mit sich selbst. Doch muß auch das Verhältnis von politischer Haltung der Delegierten und Größe der Organisationen noch eingehend untersucht werden.

⁵⁾ Brunhuber, Die heutige Sozialdemokratie, S. 173 ff. Ähnliche Anträge auf dem Parteitag von 1905, Schröder, S. 50.

⁶⁾ Schröder, S. 53 ff.; Handbuch II, S. 521, 568; zur Organisationsreform im ganzen s. u. S. 379 ff.

⁷⁾ Vollmar erklärte 1905 als Referent des Vorstands, die von andern beantragte Beschränkung der Teilnahme der Fraktion sei als Machtmittel gegen bestimmte Elemente in ihr gemeint. Vgl. a. Farwig, S. 170.

auch wirklich, wie der Berichterstatter argumentierte, mit der Beschränkung der Teilnahme der Reichstagsfraktion einer möglichen Forderung (der Rechten) nach Vertretung der Landtagsfraktionen begegnen. Aber, und das macht das Problem so komplex, bei der Ablehnung des Vorschlags war gerade die Linke führend; vielleicht fürchtete diese zu Recht, daß ein Teil ihrer parlamentarischen Führer durch eine solche Regelung vom Parteitag verdrängt werden sollte. Voraussichtlich hätte freilich auch eine Abschaffung des Ex-officio-Rechts der Abgeordneten zur Teilnahme nur zu ihrer Delegation durch ihre Wahlkreise geführt.

Der — ordentliche — Parteitag tagte im Herbst jedes Jahres, die Tagung nahm immer eine ganze Reihe von Tagen, oft eine Woche in Anspruch. Anträge konnten bis 1912 von einzelnen Mitgliedern, seither nur noch von Organisationen oder Parteitagsteilnehmern gestellt werden¹⁾, praktisch kamen sie schon immer von Organisationen, vom Vorstand oder von Delegiertengruppen, die zumal während des Parteitags, vor allem mit Zusatz- oder Abänderungsanträgen, eingriffen. Jeder Antrag bedurfte, um verhandelt zu werden, der Unterstützung durch eine Mindestzahl von Delegierten. Die Tagesordnung wurde vom Parteivorstand festgesetzt, sein eröffnender Bericht, der Bericht der Reichstagsfraktion und die Wahl des Vorstands am letzten Sitzungstag waren die regelmäßigen Fixpunkte der Tagung. Die Leitung wurde jeweils, meist aus Vorstandsmitgliedern, gewählt. Zu Themen, zu denen der Vorstand Stellung nehmen wollte, konnte er Referenten ernennen, außerdem konnte er im Bericht seiner Meinung über schwebende Fragen Ausdruck geben. Weiter hatte er vor einer Abstimmung das Schlußwort. Damit und mit der Handhabung der Geschäftsordnung hatte er natürlich viele Möglichkeiten, er konnte unliebsame Anträge ans Ende der Tagesordnung rücken, Abstimmungen durch die Festsetzung der Reihenfolge beeinflussen und in Diskussionen, die nicht in seinem Sinne verliefen, eingreifen. Eine Beschränkung von Wortmeldungen gab es kaum. Wichtige, nennenswerte Teile der Partei beschäftigende Fragen kamen immer zur Debatte; zu Klagen über die Geschäftsordnungspraxis des Vorstandes war eigentlich nur ganz selten Anlaß. Gelegentlich setzte der Parteitag zur Vorbereitung künftiger Beschlüsse auch besondere Kommissionen ein²⁾.

Bei Beschlüssen war namentliche Abstimmung möglich, aber nicht sehr häufig. Stimmzählung gab es bei den meisten wichtigeren Fragen³⁾. Es wurde nach

¹⁾ Schröder, S. 55.

²⁾ 1894 zur Erarbeitung eines Agrarprogramms, dabei wurde der Parteitag von den Referenten in gewisser Weise überrumpelt, indem er die Aufgabenstellung der Kommission ziemlich undiskutiert und ohne Bewußtsein ihrer Tragweite übernahm, G. A. Ritter, S. 136; 1899 zur Schlichtung von Streitigkeiten in der Solinger Partei, Scheidemann I, S. 148; oder 1904 zur Vorlage eines Statuts, nachdem der Entwurf der Kontrollkommission abgelehnt worden war, Schröder, S. 47.

³⁾ Einige Beispiele für wichtige Abstimmungsergebnisse: in der Revisionismusedebatte 1899 wurde die Vorstandsresolution mit 216:21 Stimmen, 1903 mit 288:11 Stimmen angenommen, die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen wurde 1895 mit 158:63 Stimmen abgelehnt.

Köpfen der Delegierten abgestimmt, die Delegationen der Wahlkreise brauchten also nicht einheitlich aufzutreten und gerade bei den größeren Organisationen kam das oft vor¹⁾). Die Bindung von Delegierten an Weisungen ihrer Wahlkörper war, obschon die Anträge zum Parteitag vorher veröffentlicht und in den Vereinen diskutiert wurden, nicht die Norm, dem widersprachen schon die relativ unpolitischen Wahlgepflogenheiten und die Notwendigkeit, sich während der Verhandlungen laufend auf Kompromiß- und Abänderungsanträge einzustellen. Aufträge an die Delegierten, wie es sie zeitweise z. B. in Berlin gab, konnten nur grundsätzlich sein, sie forderten etwa, den Revisionismus abzulehnen oder das Verbot des Zu-Hofe-Gehens aufrechtzuerhalten, ohne auf bestimmte Formeln festzulegen²⁾). Im ganzen war die Freiheit der Delegierten ziemlich groß.

Fassen wir die Themen und Entscheidungen des Parteitags ins Auge, so kann man zunächst von der Form der Beschlüsse her einige Unterscheidungen treffen. Es gab einmal Entscheidungen, die unmittelbar für die Gesamtpartei gewissermaßen geltendes Recht setzten. Dazu gehörten solche über das Programm³⁾, über das Statut⁴⁾ und über geschäftliche und organisatorische Dinge, etwa die Gehälter der Parteiangestellten oder die Arbeits- und Unternehmensverhältnisse der Parteibetriebe. Dann gehörten dazu die mit Sanktionen ausgestatteten Verbote, also etwa Bestimmungen, daß bei diesem oder jenem Verhalten Ausschlußverfahren möglich oder zwangsläufig seien, und Genehmigungen, nach denen den Parteigenossen dies oder das, z. B. die Mitarbeit an bürgerlichen Presseorganen (1903), gestattet wurde. Weiter zählen hierher Beschlüsse über die Taktik der Partei, z. B. über die Nichtbeteiligung (1893) oder Beteiligung (1900) an den preußischen Landtagswahlen, die unmittelbar wirksam wurden, weil die preußische Partei ganz mit der Gesamtpartei verflochten war⁵⁾). Gerade in diesen taktischen Fragen spielten negative Entscheidungen, die Ablehnung geforderter Verbote oder Veränderungen, eine große Rolle. So lehnte man es 1892 ab, die Beteiligung an Stichwahlen zu verbieten; so wurde 1909 die Verwerfung jeder Zusammenarbeit mit den Liberalen abgelehnt, man wollte sich wahltaktisch nicht festlegen. Zu den unmittelbar wirksamen Beschlüssen des Parteitags gehörten

1) s. o. S. 338.

2) 1906 z. B. beschlossen manche Organisationen, nur solche Delegierte zu wählen, die sich unbedingt auf den Boden der Massenstreikidee stellten, Prot., S. 117; auf Fälle, in denen Delegierte von der Meinung ihrer Organisationen abwichen, haben wir oben hingewiesen, s. o. S. 337.

3) Verhandlung des Erfurter Programms, vgl. Mehring, S. 541 f. Der Parteitag nahm den Entwurf ohne Diskussion an, seine Funktion war nur legitimierend, auch seine Programmkommission hatte die Vorlage nur redaktionell verändert. Um den Entwurf hatte es vorher lange Auseinandersetzungen unter den Parteiführern gegeben, Engels und Bebel hatten gegen Liebknecht den Ausschlag im wesentlichen zugunsten von Kautsky und Bernstein gegeben.

4) 1904 wurde der Statutenentwurf der Kontrollkommission abgelehnt, 1905 der Entwurf der Parteitagskommission ziemlich unverändert angenommen, Schröder, S. 47, 49; über die Organisationsdebatte 1912, s. u. S. 379 ff.

5) s. u. S. 367.

endlich die in seiner richterlichen Funktion getroffenen. In den 90er Jahren fungierte er bei Ausschlußverfahren gelegentlich als erste und letzte Instanz¹⁾, später war er Berufungsinstanz²⁾. 1912 erließ er auf Verlangen des Vorstandes sogar geradezu eine auf einen Einzelfall zielende Bestimmung, nach der in ausländischen Bruderparteien ausgeschlossene Personen nicht Parteimitglieder werden konnten und der, das war der Sinn der Sache, auch rückwirkend für Karl Radek Geltung zugesprochen wurde³⁾.

Die zweite Gruppe von Entscheidungen kann man als Aufforderungen, Aufträge und — nicht durch Sanktionen gedeckte — Verpflichtungen bezeichnen. Solche bezogen sich einmal auf die Führung: die Fraktion wurde aufgefordert, in einer bestimmten Richtung zu wirken (oder nicht zu wirken), und stärker betrafen sie noch den Vorstand, der beauftragt wurde, etwa Vorlagen für den Parteitag auszuarbeiten, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, die Agitation in bestimmter Richtung zu lenken, für die Einhaltung von Beschlüssen zu sorgen oder ganz konkrete Maßnahmen in Parteiwirren zu treffen⁴⁾. Oder sie richteten sich an das Zentralorgan, den Vorwärts; von seiner Redaktion wurden besondere Maßnahmen oder das Einhalten einer bestimmten Linie verlangt. Zum anderen bezogen sich die verpflichtenden Beschlüsse auf Organisationen, Parteigenossen und Abgeordnete. Der Parteitag legte z. B. die Bedingungen fest, unter denen die Organisationen bürgerliche Kandidaten bei Stichwahlen unterstützen sollten und durften. Die Mitglieder wurden etwa zur Mitarbeit in den Gewerkschaften verpflichtet, zu einem bestimmten Verhalten bei der Maifeier oder bei monarchistischen Demonstrationen, die Landtagsabgeordneten zur Ablehnung der Budgets und der Übernahme höfischer Verpflichtungen, d. h. zur Ablehnung von Ämtern in den Parlamentspräsidien. Der allgemeine Charakter dieser Beschlüsse kam etwa in einer gegen Vollmar gerichteten Resolution von 1891 zum Ausdruck, in der die strengste Disziplin gegenüber Parteitagsbeschlüssen gefordert wurde.

Die dritte Gruppe der Entscheidungen betraf Erklärungen über die politische Linie, also etwa die Ablehnung eines besonderen Agrarprogramms 1895, die Verwerfung des Revisionismus 1899, 1901 und 1903, die bedingte Empfehlung des Massenstreiks 1905 und die späteren Einschränkungen dieser Empfehlung. Diese Erklärungen galten als Willenskundgebungen der Partei, aber sie hatten keinen bestimmten Adressaten und keinen direkten Verpflichtungscharakter, keine unmittelbare tathafte Folge. Ähnlich war es mit Erklärungen, die dem Verhalten von Führungsorganen zustimmten oder es kritisierten oder bestimmte

¹⁾ 1891 wurden einige der oppositionellen „Jungen“ durch den Parteitag ausgeschlossen, Mehring, S. 541; 1899 noch wurde der Ausschluß Schippels beantragt, aber abgelehnt.

²⁾ Vgl. o. S. 347 f. den Fall Hildebrand.

³⁾ Schorske, S. 256; s. u. S. 377.

⁴⁾ So in Solingen, Scheidemann, S. 148. Dabei forderte der Parteitag auch einen einzelnen, den Abgeordneten Schumacher, auf, eine neue Kandidatur abzulehnen.

Parteigenossen, die abweichende Ansichten vertreten hatten, tadelten und indirekt eine Verpflichtung zu künftigem anderem Verhalten meinten¹⁾.

Natürlich sind die Grenzen zwischen diesen durch die Form ihrer Verbindlichkeit unterschiedenen Arten von Entscheidungen fließend. Der Grad dieser Verbindlichkeit war nicht immer klar. Wie weit eine Verpflichtung moralischer Natur war, wieweit sie auch rechtlichen Charakter hatte, konnte — wie bei der Frage der Budgetbewilligung — zumal bei der Übertretung gerade strittig sein. Auch die politischen Richtlinien beanspruchten an sich natürlich Verbindlichkeit, von ihnen sollten die Agitation des Vorstandes, die Politik der Fraktion, die Veröffentlichungen der Parteitheoretiker geleitet sein²⁾. Als Präzedenzfälle sollten die einzelnen Kundgebungen den Weg der Partei für die Zukunft markieren. Aber die Gegner solcher Erklärungen wirkten weiter in der von ihnen vertretenen Richtung. Wenn Kompromisse zustande kamen, wurden sehr häufig gerade die Passagen gestrichen, die zu einem konkreten Verhalten verpflichtet hätten. Und im Bewußtsein der nur relativen Verbindlichkeit der Beschlüsse verlangte ein Antrag 1905, diejenigen künftig auszuschließen, die gegen Beschlüsse verstießen³⁾, forderten z. B. die Radikalen in der Massenstreikfrage 1910 und 1913 auf Taten zielende Bestimmungen, forderten sie in der Budgetfrage 1910, daß bei Verstoß gegen den Beschluß die Bedingung für den automatischen Ausschluß gegeben sein solle⁴⁾, ohne daß solche Bemühungen Erfolg hatten. Insofern bleibt die Unterscheidung nach der Form der Verbindlichkeit gültig.

Fragen wir nun nach der politischen Bedeutung des Parteitags. Die Aussprache war Selbstklärung des Parteibewußtseins, Erörterung der Möglichkeiten und deren Bewährung im Kreuzfeuer der Polemik; dabei kam die Kritik an allen möglichen Erscheinungen der Partei ausführlich zu Wort und in den letzten Jahren vor 1914 die Unzufriedenheit über die Stagnation der Partei, und zwar

¹⁾ Einige wenige Beispiele: 1891 war in der Debatte über Vollmar auch eine ausdrücklich auf ihn zugespitzte Resolution eingebracht worden; da Vollmar sich der Bebelschen Resolution anschloß, aber erklärte, bei Annahme der anderen aus der Partei auszuschneiden, ging der Parteitag über sie zur Tagesordnung über, Schultheß 1891, S. 120 ff. 1894 wurde ein badischer Landtagsabgeordneter wegen einer Abstimmung über eine Kirchenfrage heftig verurteilt, Lipinski II, S. 168; Bebel wollte 1899 schon den Parteitag über und gegen die Abweichungen von Schippel und Bernstein entscheiden lassen, V. Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, S. 310. 1904 wurde Schippel wegen seiner zollpolitischen Ansichten getadelt, Noske, S. 21; 1907 versuchte die Linke, Noske wegen einer Rede zum Militäretat durch den Parteitag tadeln zu lassen.

²⁾ „Das gehört eben auch zum . . . Sozialdemokraten, daß er sich sagt: Esel seid Ihr zwar, aber ich muß mich Euren Beschlüssen fügen“, meinte in diesem Sinne Auer auf dem Parteitag 1894, Gerlach, Von rechts nach links, S. 188.-G. A. Ritter, S. 50, sieht in der theoretisch unbestrittenen Autorität des Parteitags über die Fraktion die Orientierung an Rousseaus Vorstellung von Demokratie im Gegensatz zur angelsächsischen Idee der liberal-repräsentativen Demokratie, unter deren Einfluß die Fraktionen unabhängiger von Parteiparlamenten sind. Faktisch ging aber auch in Deutschland die Tendenz auf solche Unabhängigkeit hin.

³⁾ Vollmar, Prot. 1905, S. 159, lehnte das im Namen des Vorstandes ab, stramme Disziplin sei notwendig, aber man wolle auch die Partei der Freiheit sein.

⁴⁾ s. u. S. 365 ff.

auch ohne besondere Beschlüsse mit dem Ziel, die Verhältnisse zu bessern oder — bei persönlichen Streitigkeiten — die Atmosphäre zu bereinigen. Vor allem aber war der Parteitag durch die Auseinandersetzung und (oder) Einigung zwischen den verschiedenen Flügeln gekennzeichnet, durch das Messen der Kräfte, die Ausarbeitung gegensätzlicher Positionen, durch das Gewinnen des jeweils vorhandenen gemeinsamen Bodens und (oder) durch das Bekunden eines eindeutigen Mehrheitswillens. Es ging seit dem Streit um Vollmar 1891 vor allem um Verwerfung, Duldung oder Anerkennung neuer Wege, um das Verhältnis zu großen neuen Fragen wie der Agrarkrise (1894/95) oder dem Imperialismus, um das Verhältnis zu Nachbarbewegungen wie den Gewerkschaften, zusammengefaßt um die traditionelle, die reformistische oder die revolutionäre Taktik. Die Auseinandersetzungen waren dabei auch unter den Führern sehr offen¹⁾ und von aggressiver Schärfe. Das Ergebnis der Verhandlung war, in vielen Fällen jedenfalls, offen, und während der Diskussion wurde nicht versucht, Gegensätze zu verschleiern oder zu verkleistern, mit lendenlahmen vagen Formeln zu überdecken, es wurde gerade um präzise Formeln gerungen. Die Konflikte um den Weg der Partei also, die in einem voroffiziellen Raum, in Publikationen, Zeitschriften, Reden und Resolutionen, und zwischen oder in den Machtzentren der Partei, den Bezirksverbänden, den Landtagsfraktionen und der Reichstagsfraktion sich entwickelten, kamen auf dem Parteitag zum Austrag, nicht endgültig zumeist, weil man es vermied, größere Gruppen der Partei zu entfremden, aber doch offiziell, auf dem Forum der Partei, das mit institutioneller und vor allem moralischer Autorität ausgestattet war.

Die Entscheidungen, ob sie nun wie bei der Revisionismusfrage mit überwältigender oder wie bei der Ablehnung eines Agrarprogramms mit einfacher Mehrheit fielen, hatten, soweit sie die Parteipropaganda berührten, direkte politische Bedeutung, sie waren unmittelbares Handeln. Das galt besonders für die negativen Beschlüsse; die Ablehnung der reformistischen Agrarpolitik in den 90er Jahren war bis zum Weltkrieg hin für die Parteipraxis maßgeblich; eine Anerkennung des Revisionismus 1903 hätte den Weg der Partei schon im nächsten Jahrzehnt ganz anders gestaltet. In der Mehrzahl der Fälle war die politische Bedeutung des Parteitags aber indirekt. Die Beschlüsse bestimmten bis zu einem gewissen Grade die Geltung der Partei nach außen; sie rechtfertigten Verhalten oder Anschauung der Mehrheit, fixierten worthaft die von ihr anerkannte Basis für alle Parteiaktionen und gaben, vor allem wenn die Mehrheit überwältigend groß war, damit deren Machtansprüchen eine besondere Legitimität. Sie hemmten oder verpflichteten den Vorstand und die Fraktion bei ihrer Politik. Später, als die Spannungen in der Partei zunahmen, wurden dann aus Entscheidungen über die Theorie solche über Aktionen, wirkliche Entscheidungen über die Macht,

¹⁾ Nur Fragen, die man schon früher ohne Ergebnis behandelt hatte und die nicht absolut dringend waren, ließ man im Interesse der Einheit der Partei aus der Diskussion, so etwa nach 1895 die Agrarfrage.

so etwa 1913, als es um die Vorbereitung der Organisationen auf den Massenstreik und um die Annahme direkter Reichssteuern ging.

Bei diesen Gruppenkämpfen war der Parteitag lange Zeit stark traditionell bestimmt, er verkörperte die sich an Prinzip und Geschichte bindende Partei, dergegenüber neue Strömungen einen schweren Stand hatten. So war er zunächst antirevisionistisch¹⁾ und wurde später mit der Wandlung des Parteizentrums antiradikal. Dabei repräsentierte er trotz einer gewissen Brechung doch die lebendigen Kräfte in der Partei. Auch auf ihm vollzog sich die Entwicklung der Partei. Bebel durfte bei der Verwerfung der Bernsteinschen „Voraussetzungen“ 1899 mit Recht akzentuieren, daß die Partei sich ständig mausere, wenn es auch allen Reformern so scheinen mußte, als ob die ein Dogma stabilisierenden Kräfte gerade auf dem Parteitag besonders stark waren.

Verflochten mit der Auseinandersetzung der Gruppen war das Verhältnis der Delegierten zu der ihnen verantwortlichen Parteiführung, Kontrolle und Kritik, Legitimation oder Verwerfung ihrer Maßnahmen und Pläne und die Aufforderung zu bestimmten Schritten hatten auf dem Parteitag ihren Ort²⁾. Die Verflechtung des Verhältnisses von Führung und Parteitag mit der Auseinandersetzung der Gruppen war selbstverständlich, weil der Vorstand immer für und gegen Gruppen Partei nahm oder selbst Gruppe war, wie in der Auseinandersetzung Bebels mit Vollmar 1891 und 1894. Oft trat er auch selbst nicht einheitlich auf, es gab in ihm stark divergierende Meinungen, so daß er sich dann völlig den Gruppen einfügte³⁾. Endlich wurde die Parteileitung dadurch, daß mit der Zeit alle kritisierten Maßnahmen mit einem, wenn auch zunächst je anderen Gruppenkonflikt zusammenhingen, und dadurch, daß sie durch Mehrheit oder Kompromiß für die Parteieinheit zu sorgen hatte, in den Gruppenkampf hineingezogen. Gelegentlich war ihre Stellung in diesem Kampf auch durch die Verteidigung ihrer Position bedingt; die Schärfe Bebels gegen die Revisionisten 1903 rührte zum guten Teil daher, daß man ihm deren Zusammenkünfte und Äußerungen als eine „gegen seine Parteiführerstellung gerichtete Verschwörung“ dargestellt hatte⁴⁾. Auch in den späteren Auseinandersetzungen des Vorstands mit den Radikalen spielte dieser

¹⁾ Die entsprechenden Resolutionen wurden 1899 mit 216:21, 1903 mit 288:11 Stimmen angenommen.

²⁾ So die Angriffe der Opposition der „Jungen“ 1890/91, es gelang dem Vorstand in diesem Falle, die angreifende Opposition in eine Anklageposition zu drängen und einen Teil auszuschließen, s. o. S. 356, u. S. 367, S. 377. 1911 kam z. B. die Kritik an Versuchen des Vorstands, eine Pressezensur auszuüben, und an seinem inaktiven Verhalten in der Marokkosache ausführlich zu Wort.

³⁾ So bei den Debatten über die Agrarfrage 1895, die Wahlbeteiligung in Preußen 1897 und die Budgetbewilligung 1901, wo jeweils der zweite Vorsitzende Singer gegen Bebel einen radikaleren Standpunkt einnahm und in den ersten beiden Fällen durchsetzte, so 1899, als Auer, Mitglied des Vorstands, sehr scharf gegen Bebels Zusammenbruchstheorie polemisierte; 1909 waren Bebel und Singer uneins über die Bewilligung direkter Steuern im Klassenstaat, der Vorstand legte überhaupt keine Resolution dazu vor, Schorske, S. 169.

⁴⁾ Die Revisionisten sollten gesagt haben, „wenn einmal der alte Bebel entthront sei, die radikale Rasselbande bald kaltgestellt sein werde“. Keil I, S. 207 ff.

Gesichtspunkt eine Rolle. Umgekehrt benutzte die Führung wiederum ihr Gewicht als Führung, um sich für ihre politische Position eine mächtige Resonanz zu sichern; der Parteitag diente ihr, da sie ihn, wo sie mit aller Entschiedenheit auftrat, noch im ersten Jahrfünft des Jahrhunderts hinter sich brachte, als Machtbasis etwa gegen die Revisionisten oder gegen Vollmar, gegen dessen „Bremsen“ Bebel das „Drängen“ des Parteitags schon früh aufrufen wollte¹⁾. Die Auseinandersetzungen mit der Führung waren, da in die Gruppenkämpfe einbezogen, scharf und hart; keine Opposition wurde durch Rücksicht auf die Öffentlichkeit oder die Macht des Parteivorstandes gehemmt, und auch der Parteivorstand selbst ging gegen seine Gegner ähnlich vor.

Für das Verhältnis des Vorstands zum Parteitag ergaben sich verschiedene Möglichkeiten. In Fällen, in denen keine großen Gegensätze bestanden, bestimmte der Vorstand durch seine Vorlagen ohne weiteres die zu treffenden Entscheidungen, und oft war er natürlich von vornherein mit der Mehrheit einig. Problematisch war das Verhältnis dann, wenn starke Spannungen bestanden. Der Parteivorstand oder große Parteiführer konnten bei den Auseinandersetzungen unterliegen²⁾. In anderen Fällen, und zwar vor allem wenn der Vorstand oder die Vorsitzenden ihre ganze Autorität in die Waagschale warfen, setzten sie sich durch und bewogen sogar eine oppositionelle Minorität zum Zurückziehen ihrer Entwürfe; so etwa hat Bebel durch Rücktrittsdrohung Karl Liebknecht 1906 zum Fallenlassen seiner Anträge auf Einrichtung einer Kommission für antimilitaristische Propaganda, in der Bebel eine Untergrabung der Autorität des Vorstandes sah, gebracht³⁾. Die Partei, die sich lange Zeit mit ihren Führern identifizierte, konnte diese, wenn sie sich mit voller Autorität hinter eine Sache stellten, was freilich nicht überstrapaziert werden durfte und daher nur selten möglich war, nicht desavouieren, das war schon wegen der Wirkung auf die Öffentlichkeit fast unmöglich. Diese Möglichkeit, direkten Druck auszuüben, wurde seit 1906 dadurch gesteigert, daß der Vorstand in manchen Dingen an Abmachungen mit den Gewerkschaften gebunden war und bei einer Ablehnung durch den Parteitag die Gewerkschaften unabhängig vorgehen konnten⁴⁾.

Endlich kam es öfter dazu, daß die Führung bei heftiger Opposition mit dieser ein Kompromiß schloß. Das tat sie nicht nur, und manchmal auch gar nicht, zur Sicherung ihres Sieges, sondern weil es ihr um die Einheit der Partei ging, um eine für alle mögliche gemeinsame Plattform. Hier bei den Schluß- und Kom-

¹⁾ Adler, S. 80.

²⁾ 1894 wurde ein von Bebel beantragtes Mißtrauensvotum gegen die Budgetbewilligung der Bayern abgelehnt und nur in verwässerter Form angenommen, 1895 scheiterte er mit seinem Agrarprogramm am Widerstand Kautskys und der Radikalen, es wurde mit 158:63 Stimmen abgelehnt, später wurden Abmachungen des Vorstands mit den Gewerkschaften über die Maifeier mehrfach verworfen.

³⁾ Schorsake, S. 72.

⁴⁾ s. u. S. 364 f., S. 374.

promißfassungen ergaben sich dann manchmal vage Formeln, indem etwa die propagandistisch allgemeinen Teile radikaler Resolutionen aufgenommen wurden, aber die konkreter Zuspitzungen wegfielen; das entsprach dem sich ausbildenden Stil der Partei, der radikalen Ideologie bei nichtradikaler Praxis. Ein solcher Kompromiß war im Grunde ein Sieg der zentristischen Führung, und gerade hier setzte sie gelegentlich ihre geschäftsordnungsmäßigen Machtmittel ein. So standen sich z. B. 1906, als die Massenstreikresolution von 1905 durch ein Abkommen des Vorstands mit den Gewerkschaften illusorisch gemacht worden war, eine Resolution Bebels, die ein gleichberechtigtes Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften konstatierte, und ein Zusatzantrag Kautskys gegenüber, der forderte, daß 1. die Gewerkschaften vom Geist der Partei beherrscht sein müßten und 2. die Parteigenossen in den Gewerkschaften primär an die Parteidisziplin, d. h. an Parteitagbeschlüsse, gebunden sein müßten. Als der Parteitag Kautsky zuzuneigen schien, nahm der Vorstand den theoretischen ersten Satz an, nicht dagegen den Satz über die Disziplin, und zwar bei Debattenschluß, so daß trotz eines Protestes die ganz veränderte Problemstellung nicht mehr diskutiert werden konnte. Die Mehrheit glaubte mit dieser Fassung der radikalen Tendenz gerecht zu werden und nahm sie an, in Wahrheit war aber diese Tendenz so gerade verwässert. Ähnlich einigte man sich bei der Debatte über die selbständige Jugendorganisation (1908), und 1910 nahm die Parteileitung in einem Kompromiß über die Massenstreikfrage wiederum eine grundsätzliche Formel auf, ließ aber die Sätze über die aktuelle Propagierung fort, die Radikalen stimmten zu, obwohl ihrer Intention auch hier die Spitze abgebrochen war. Erst 1913 scheiterte diese Praxis, die Führung versuchte, die Opposition in der Massenstreikfrage durch eine eigene Resolution aufzufangen, aber die Opposition blieb auf ihrem Standpunkt. Der Vorstand siegte, er hatte aber eine erhebliche Minderheit gegen sich¹⁾. Der Parteitag war der Führung gegenüber mehr als ein Resonanzkörper, mehr auch als Forum der Legitimation und Kontrolle, als Ventil für Kritik, er stellte vielmehr einen starken Machtfaktor dar, zwar nicht im Sinne der Ideologie als das oberste Organ der Partei, aber doch so, daß er über kräftige Reaktionen hinaus auch zu Aktionen und Initiativen befähigt war; dem mußte die Führung Rechnung tragen²⁾.

Die Funktion des Parteitags bestand also in der Auseinandersetzung der Flügel um die Richtung der Partei und damit verflochten in der zwischen Führung und Vertretern der Mitgliedschaft. Dazu kam seine disziplinierende Funktion³⁾, die Verpflichtung der Parteigenossen auf seine Beschlüsse und die in der Folge auftretende Auseinandersetzung zwischen Disziplin und Freiheit, bei der die Parteitage manchmal die Form von Straferichten annahmen, kam der Versuch

¹⁾ Schorske, S. 51, 193 f., 278 f.

²⁾ s. u. S. 365.

³⁾ s. u. S. 365 f.

des Parteitags, bestimmte Entwicklungen in der Partei zu verhindern, wodurch sie faktisch jedenfalls eine Weile hintangehalten wurden.

Bei allen Erörterungen des Parteitags — zwischen den Flügeln, gegen die Führung, gegen Abweichende —, bei aller ausgeprägten, wenn auch im konkreten Fall oft wechselnden Gruppenbildung stand immer die Einheit der Partei fraglos da. Die Fraglosigkeit der Einheit, die aus der absoluten Trennung von den bürgerlichen Parteien und dem einfachen, alle beherrschenden Glauben an den endlichen Sieg der Bewegung lebte, war so stark, daß keine Schärfe sie gefährden konnte, sie ermöglichte gerade das unerhört offene Austragen der Konflikte. Man mußte sich über die nächsten Aufgaben einigen, man mußte für Aktion und Theorie eine Integration vollziehen, und der Parteitag war einer der Orte dieser Integration, aber sie betraf nicht die Existenz der Partei, die sich hätte immer erst herstellen oder sichern müssen. Daher kam es auch vor, daß sich Minoritäten von selbst entweder überhaupt oder bei — theoretischen — Konzessionen auf die Seite der Majorität stellten, schon auf die innerparteiliche Abstimmung die Parteitradition, schärfste theoretische Kämpfe und gemeinsames Handeln, anwandten. Oft war solches Verhalten natürlich auch taktisch gemeint, man wollte die eigene Niederlage entschärfen, den Gegnern den Triumph nehmen und sich die Möglichkeiten in der Partei offenhalten. So stimmte der größte Teil der Revisionisten 1903 für Bebels Resolution, weil sie sich angeblich von seinem Angriff nicht betroffen fühlten¹⁾; später verfuhr auch die Radikalen in ähnlicher Weise. Erst in den letzten Jahren vor 1914 kam es auf dem Parteitag zu wirklichen Parteiongen, in denen ein gemeinsames Vorgehen vorher abgesprochen wurde; informell hatte es das auch früher schon gegeben, aber es war doch durch die Diffamierung von solchen sogenannten „Sonderkonferenzen“ hintangehalten worden. Erst jetzt blieben auch die hervortretenden Gegensätze öfter unüberbrückt stehen; 1910 verließen sogar die süddeutschen Delegierten aus Protest gegen den radikalen Antrag in der Budgetfrage den Raum, um auch damit die Abstimmung für unverbindlich zu erklären²⁾. Trotzdem aber galt für die Flügel die Parteieinheit noch immer als oberstes Gesetz; die Frontbildung wurde nicht fixiert, sie gehörte in den Bereich der tolerierbaren vorinstitutionellen Meinungsbildung, noch schien die Organisation diesen Differenzen gewachsen.

Die greifbarste Funktion des Parteitages, die Wahl des Parteivorstands, hatte lange Zeit nicht die Bedeutung der sachlichen Entscheidungen. Denn die Wahlen waren Wiederwahlen oder folgten den Vorschlägen des Vorstands, und dieser nominierte möglichst Leute des Parteizentrums³⁾. Erst als sich die Spannungen

¹⁾ Schon Vollmar zog sich 1891 gegenüber den schroffen Angriffen Bebels zurück und erkannte dessen gegen jede reformistische Taktik gerichtete Resolution an, nachdem ein Zusatz die absolute Ablehnung der Budgetbewilligung gemildert hatte.

²⁾ Keil I, S. 219.

³⁾ Zwischen 1890 und 1900 wurde im Vorstand nur 1893 Fischer, der ein anderes Parteiamt übernahm, durch Pfannkuch abgelöst.

der Flügel verschärften, wurden aus den Auseinandersetzungen um politische Formeln solche um Machtpositionen. Aber auch jetzt konnte das Wiederwählen nicht verhindern, hier hatten Gegenstimmen nur die Bedeutung des Protestes. Ein Gerücht, daß die Radikalen 1903 Auer nicht wiederwählen wollten, löste eine außerordentliche Entrüstung der Mehrheit aus, und es kam noch zu nichts¹⁾. Erst 1908 dann haben zunächst die Revisionisten gegen Wiederwählen, nämlich die von Singer und Pfannkuch, gestimmt²⁾; gegen den ihm zu radikalen Beisitzer Brühl nominierte 1912 dann der Gewerkschaftsflügel Silberschmidt, der aber nur 83 gegen 389 Stimmen aufbringen konnte³⁾. Der Kampf der Gruppen konzentrierte sich auf Neuwahlen; weil die Radikalen 1911/12 keine Möglichkeiten sahen, bisherige Vorstandsmitglieder abzulösen, mußten sie für eine Vermehrung der Vorstandsposten eintreten⁴⁾. Schon bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden nach dem Tode Singers war es 1911 zu einem Konflikt gekommen; der rechte Flügel unter Führung von Legien und Ulrich nominierte gegen den Parteivorstand, der Haase, einen Mann des linken Zentrums, vorschlug, einen Gegenkandidaten, nämlich Ebert, und trotz dessen vom Parteitakt gebotener Ablehnung stimmte er für ihn, blieb freilich mit 102 gegen 283 Stimmen in einer klaren Minderheit⁵⁾. 1913 richteten sich auch die Radikalen nicht mehr nach dem Vorstand, sie schlugen für eine neu zu besetzende Sekretärstelle R. Dissmann vor, der aber mit 269:211 Stimmen dem Vorstandskandidaten unterlag. Der Vorstand ging ebenfalls davon ab, seine Mitglieder zur Wiederwahl vorzuschlagen, indem er Brühl, dessen Wahl er noch im Jahr zuvor durchgesetzt hatte, der aber jetzt gegen seine sachlichen Anträge gestimmt hatte, nicht wieder nominierte und statt seiner O. Wels vorschlug, der mit knapper Mehrheit siegte⁶⁾. Der innerparteiliche Gegensatz hatte zum offenen Kampf um Vorstandsämter geführt, die Wahl war nicht mehr Bestätigung von Vorstandsvorschlägen, sondern Machtprobe, bei der die Gegner des Vorstandes direkt als organisierte Gruppe auftraten; allerdings drangen die vom Vorstand unterstützten Kandidaten durch. Trotzdem aber sah man in diesen Gegensätzen eine noch mögliche Form innerparteilicher Konkurrenz.

Fragen wir noch einmal nach der Wirkung der erklärenden Entscheidungen des Parteitags, und zwar jetzt nach deren faktischer Verbindlichkeit. Man kann die Geschichte der Partei als eine Geschichte gebrochener und revidierter Parteitagbeschlüsse auffassen⁷⁾. Das galt zunächst etwa für die Reichstagsfraktion.

¹⁾ Bernstein, Soz. Monatshefte, 1908, S. 1109.

²⁾ Schorske, S. 112.

³⁾ Handbuch II, S. 610. Schorske erwähnt bei seiner Besprechung des Parteitags und der Wahlpraktiken diesen Vorgang nicht; er schränkt seine These von der Herrschaft der Rechten über die Partei doch stark ein.

⁴⁾ Vgl. u. S. 379 ff.

⁵⁾ Handbuch II, S. 604; Schorske, S. 211 f.

⁶⁾ Schorske, S. 280.

⁷⁾ Michels, S. 178; W. Heine, SM, 1908, S. 1259, nach Äußerungen auf dem Parteitag, die Geschichte der Partei sei mit Disziplinbrüchen gepflastert.

Deren reformistische Tendenz hat durch die Parteitage nicht geändert werden können, sie wurde gehemmt, aber mit der Zeit, getragen durch eine Bewegung der Gesamtpartei, hat gerade sie sich durchgesetzt. Die Fraktion konnte zudem immer geltend machen, daß sie vor so neue Lagen komme, daß diese nicht in den Parteitagsbeschlüssen einbegriffen seien, auch wenn sie praktisch von deren Geist abwich. 1913 z. B. nahm sie die Wehrsteuer an, weil es sich um eine direkte Reichssteuer, die Erfüllung einer Programmforderung, handelte und man nur so eine Belastung durch indirekte Steuern vermeiden konnte; zwar war auf dem Parteitag von 1909 kein Beschluß darüber zustande gekommen, so daß der Fraktion die Entscheidung freigestellt war, aber dem Beschluß von 1912, alles mögliche gegen die Kriegsrüstung zu tun, widersprach diese Abstimmung, und die Radikalen protestierten darum schärfstens dagegen¹⁾. Immerhin konnte die Fraktion nicht schlechthin gegen Parteitagsbeschlüsse handeln, sie war durch diese mit- und vorbestimmt, wenn sie auch nicht fest an sie gebunden war²⁾.

Auch der Vorstand wich öfter von den ihm erteilten Direktiven ab, so als er mit den Gewerkschaften Vereinbarungen über Massenstreik und Maifeier traf³⁾ oder als er bei den Stichwahlen 1903 und beim Stichwahlabkommen mit den Fortschrittlern 1912 die vom Parteitag festgesetzten Stichwahlbedingungen ermäßigte⁴⁾. Es war klar, daß auch der Vorstand gegenüber den unvorhersehbaren Verhältnissen genügend taktische Freiheit haben mußte, 1909 wurde es z. B. ausdrücklich verworfen, seine künftige Wahltaktik im voraus festzulegen. Selbst in der Frage der Budgetbewilligung, in der Radikale und Zentrum besonders empfindlich reagierten, hätte nach Keil der Vorstand 1910 ein Abweichen von den Parteitagsbeschlüssen gutheißen und Indemnität vom Parteitag versprechen können, wenn man mit ihm verhandelt hätte⁵⁾. Seitdem dann die Gewerkschaften als gleichberechtigt anerkannt werden mußten, nahm die Verbindlichkeit der Parteitagsbeschlüsse ab, der Vorstand wurde, an Verhandlungen mit der Generalkommission gebunden, ihnen gegenüber unabhängiger, so in den Fragen der Maifeier, der Jugendorganisation und des Massenstreiks⁶⁾. 1910 protestierten gewerkschaftliche Delegierte auf dem Parteitag schärfstens schon gegen die bloße Vorlage einer radikalen Massenstreik-Resolution, weil das eine Sache sei, die die Gewerkschaften beträfe und daher nur von Parteivorstand und Generalkommission zusammen behandelt werden könne. Sie sprachen dem Parteitag das Recht zur Entscheidung ab und übertrugen es praktisch auf den Vorstand. Immerhin kam ihre Entschließung noch nicht durch, obwohl sie ganz

¹⁾ Schorske, S. 277, 169.

²⁾ s. u. S. 385 f.

³⁾ 1907 hatte er sogar gegen den Parteitagsbeschluß empfohlen, von der Arbeitsruhe am 1. Mai abzusehen, Lipinski II, S. 207.

⁴⁾ 1903: Michels, S. 451. — Bebel griff sogar 1894 den Parteitag öffentlich schärfstens an, weil der das Mißtrauensvotum gegen die bayerischen Budgetbewilliger abgelehnt hatte, Schultzeß, 1894, S. 176.

⁵⁾ a.a.O. I, S. 218.

⁶⁾ s. u. S. 374.

der tatsächlichen Lage entsprach¹⁾). Andererseits trachtete der Vorstand aber nach Möglichkeit, sich nicht mit Parteitagebschlüssen in Widerspruch zu setzen, suchte er dem Willen des Parteitags gerecht zu werden; er riskierte bei den eifersüchtigen Flügeln der Partei durch einen Verstoß gegen den Parteitag immer eine Krise, und die mußte er vermeiden.

Der Vorstand befand sich dem Parteitag gegenüber in einem Verhältnis von Freiheit und Bindung, wobei die Grenze zu ziehen in seiner Freiheit lag, was ihm nicht im Normalfall, aber im Konfliktfall eine relative, aber klare Überlegenheit sicherte. Wo er von Parteitagebschlüssen abgewichen war, was ja normalerweise zwingende Gründe hatte, wurde er vom Parteitag gedeckt. Selbst in einem so krassen Fall wie in der Frage des Massenstreiks, wo der Vorstand mit den Gewerkschaften ein Abkommen geschlossen hatte, das den Sinn des vorausgegangenen Parteitagebschlusses verkehrte, indem es den Massenstreik praktisch beinahe ausschloß, erteilte der Parteitag dem Vorstand zu guter Letzt doch eine Art Indemnität, indem Parteitagebschluß und Abkommen für vereinbar erklärt wurden. Die Kritik am Vorstand richtete sich — wie 1911 — eher gegen seine Versäumnisse als gegen sein Abweichen von früheren Direktiven. Im ganzen gewann der Vorstand in den letzten Jahren vor 1914 an Gewicht, bei Spannungen setzte er sich auf die Dauer, sofern er einig war, durch, zumal der Parteitag gegenüber vollendeten Tatsachen und Abkommen nichts mehr unternehmen konnte. Aber: der Parteitag war auch jetzt nicht Organ des Vorstandes, sondern wirkliche und aktuell werdende Macht, Widerpart und Mitspieler.

Geringer war die Autorität des Parteitags den Landtagsabgeordneten gegenüber. Das lag in der Hauptsache daran, daß diese eher Realpolitik treiben konnten und treiben wollten und dabei in den natürlichen Gegensatz von Taktik und Prinzip gerieten, während Vorstand oder Reichstagsfraktion im allgemeinen kaum versucht und kaum geneigt waren, Kompromisse zu schließen und daher weniger gegen das Prinzip handelten. Die Landtagsfraktionen verstießen immer wieder gegen Beschlüsse des Parteitags, vor allem soweit sie die Ablehnung der Staatsbudgets forderten. Und davon ließen sie sich auch nicht durch deren stets wiederholte Einschärfung, durch die stets wieder hereinbrechenden Strafreden und -beschlüsse, nicht durch die bittere Heftigkeit der Radikalen und des linken Parteizentrums abbringen²⁾. Sie emanzipierten sich sogar ausdrücklich von der

¹⁾ Schorske, S. 193; er weist sehr glücklich darauf hin, daß der Protest der Gewerkschaftler dabei den Parteivorstand als „oberste Vertretung“ der Partei bezeichnete, was dem Statut gemäß der Parteitag war.

²⁾ 1894 wurde wegen des Protests der Bayern und anderer Süddeutscher ein Mißtrauensvotum gegen die Bayern und ein absolutes Verbot der Budgetbewilligung abgelehnt, sachlich wurde ihre Haltung zwar mißbilligt, immerhin ließ die angenommene Resolution vielfältige Auslegung zu, die Süddeutschen stimmten ihr zu, Bebel lehnte ab; praktisch hatten die Bayern sich behauptet; 1901 wurde wiederum eine Resolution, gegen die Badener gerichtet, angenommen, nach der die Abgeordneten, mit Ausnahme von zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen den Etat abzulehnen hätten; die Badener wie die Linke, die die Ausnahmebestimmungen streichen wollte, unterlagen; 1908 wurde die Verweigerung abermals vorgeschrieben. Handbuch I, S. 100 f.; Keil I, S. 203, 212, 214.

Autorität der Parteitagsbeschlüsse. Schon 1894 hatte Grillenberger zur Budgetbewilligung erklärt, daß der Parteitag beschließen könne, was er wolle, die Bayern würden sich doch nicht daran kehren, ein bayerischer Parteitag hatte vorher der Landtagsfraktion ausdrücklich ein Vertrauensvotum erteilt¹⁾. 1908 erklärten 66 süddeutsche Landtagsabgeordnete, daß sie sich dem Beschluß des Parteitags nicht unterwerfen könnten, da sie nur ihren Landesorganisationen verantwortlich seien²⁾. Als L. Frank und die Badener 1910 abermals vor der Entscheidung über das Budget standen, distanzierten sie sich wieder von den bisherigen und den zu erwartenden Beschlüssen, Frank glaubte, gerade damit den Zukunftsperspektiven der Partei gerecht zu werden³⁾. Und auf dem folgenden Parteitag (1910) bemerkte er dann, die Badener würden künftig nach dem Spruch des beim Holzstehlen abgefaßten Weibleins verfahren, „i stehl mei Holz und zahl mei Straf“; die Radikalen sahen darin eine Provokation des Parteitags und amendierten daraufhin, nachdem sie zunächst einen Antrag auf automatische Ausschließung bei künftigen Verstößen zurückgezogen hatten, den Vorstandsantrag, der nur die schärfste Mißbilligung erklären wollte, so, daß bei künftigen Verstößen die Voraussetzungen zu einem Ausschlußverfahren gegeben seien⁴⁾. Die Süddeutschen verließen daraufhin die Sitzung, und der radikale Antrag wurde mit 238:64 Stimmen angenommen. Folgen aber hat dieser Beschluß nicht gehabt.

Parteitagsbeschlüsse stellten zwar für die Landtagsabgeordneten einen wichtigen Faktor bei ihren Überlegungen dar, sie gingen ein Risiko ein, wenn sie gegen Beschlüsse verstießen, und das schloß jede Leichtfertigkeit aus, aber — sie hatten doch die Freiheit, gegen diese Beschlüsse zu handeln, ohne daß das ihre Parteizugehörigkeit oder ihren Einfluß berührt hätte, und diese Freiheit haben sie in allen Auseinandersetzungen behauptet. Nur regte sich hier schärfer als gegenüber Führungsgremien der Widerspruch gegen die Verletzung der Parteitagsautorität, da sie so offensichtlich gegen das Partei- und Klassensentiment und -bewußtsein verstieß.

Auch andere Gruppen konnten von Parteitagsbeschlüssen abweichen, so die Delegierten zum Stuttgarter Kongreß der Internationale von 1907, die entgegen einem Beschluß von 1900 mit Mehrheit für eine nicht prinzipiell antikoloniale Resolution eintraten⁵⁾. Und der Parteitag selbst natürlich war durch seine Beschlüsse höchstens moralisch gebunden, ohne aber seine Freiheit zur Revision je

¹⁾ Schultheß, 1894, S. 161, 166. Nach der Verwerfung des Agrarprogramms 1895 verzichteten sie und andere Süddeutsche zwar auf eine geplante Erklärung, daß sie die Entscheidung nicht anerkannten, Jansen, S. 62, stellten aber fest, daß sie ihre agrarpolitischen Ziele doch weiter verfolgen würden, Schultheß, 1895, S. 185; Adler, S. 194. 1897 versuchten Vollmar und Grillenberger — vergeblich — die Entscheidung über die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen der preußischen Partei zu überlassen, um einen Präzedenzfall für Landesangelegenheiten zu schaffen.

²⁾ Keil I, S. 214, s. o. S. 350.

³⁾ L. Frank, Aufsätze, Reden, Briefe, S. 170 ff.

⁴⁾ Keil I, S. 219; Koch, S. 66.

⁵⁾ Schorske, S. 85.

einzuschränken; so änderte er etwa in den Fragen des Massenstreiks, der Mai- feier oder der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen mehrfach seinen Standpunkt¹⁾.

Daß endlich die innerparteiliche Meinungsbildung durch Parteitagsbeschlüsse nicht gehemmt wurde, ist selbstverständlich. Keine Parteitagserklärung hat die Auffassung von Revisionisten oder Radikalen und das Wirken für diese ihre Auf- fassungen ändern können. Nach dem Beschluß gegen die Revisionisten 1903 schrieb Südekum, „nachdem die Partei nunmehr definitiv gerettet worden ist, geht alles im alten Trott weiter“²⁾. Die Beschlüsse des Parteitags fixierten den Stand der Parteimeinung unter den offiziellen Repräsentanten, sie beeinflussten als fixierte Gegenwart den Fortgang der voroffiziellen Meinungsbildung, konnten ihn vielleicht modifizieren, aber aufhalten konnten sie ihn nicht. Auch bei völliger Verwerfung neuer Strömungen, beim strengsten Anspruch auf Verbind- lichkeit wurde immer am Recht zur Kritik und damit zum Anstreben von Ände- rungen festgehalten, wurden wie bei direkten Verstößen gegen Beschlüsse dis- ziplinarische Maßnahmen vermieden. Auch der Vorstand, das Parteizentrum und selbst die disziplinwütigen Radikalen betonten, daß der Parteitag nicht ein Konz- il sei und sein dürfe, das über Dogmen und Häresien zu entscheiden habe³⁾.

2. Die Parteileitung

Das ständige Führungsorgan der Partei, zu der theoretisch auch die Fraktion als nur ein Teil zählte, war im engeren Sinne der Vorstand und neben ihm die Kontrollkommission. 1890 hatte man die Funktion der aus der Tradition über- kommenen Kontrollinstanz zunächst⁴⁾ auf die Fraktion übertragen wollen, wo- für gerade die Rechte, Auer und Vollmar, eingetreten war⁵⁾. Die antiparlementa- rische und antibürokratische Opposition der „Jungen“ hatte das als „Diktatur- gelüste“ der kompromißlerischen Fraktion denunziert, und Parteileitung und Parteitag ließen diese Funktionsverbindung fallen, zumal die Kontrolle bis zur Absetzung von Vorstandsmitgliedern gehen sollte. Aus vereinsrechtlichen Grün- den wurde die früher unabhängige Kontrollkommission formal in den Vorstand eingefügt. Die Parteileitung bestand dann aus dem fünfköpfigen eigentlichen

¹⁾ 1890 z. B. hatte sich der Parteitag allgemein für Beteiligung an Landtagswahlen aus- gesprochen; 1891 hatte der Vorstand die Entscheidung den Wahlkreisen überlassen wollen, 1893 hatte der Parteitag die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen verworfen, 1897 zwar zugelassen, aber durch Verwerfung jedes Kompromisses sinnlos gemacht; dieser Beschluß war wegen der aus ihm entspringenden Verwirrung im folgenden Jahr schon wieder aufgehoben worden, 1900 wurden die Parteigenossen zur Teilnahme verpflichtet. Vgl. G. A. Ritter, S. 177 ff.

²⁾ „August Bebel ist der unentwegteste Revisionist in der Fraktion“, an Vollmar, Jansen, S. 88.

³⁾ s. o. S. 357, S. 359, S. 362; Vollmar auf dem Parteitag 1905, Prot. S. 159, „Splitter- richterei und Verketzerungssucht“ müßten von der Partei ferngehalten werden, daher seien disziplinarische Maßnahmen bei Verstößen gegen Parteitagsbeschlüsse nicht angebracht.

⁴⁾ Statutenentwurf: Schröder, S. 39; Bernstein II, S. 318.

⁵⁾ Adler, S. 55. Bebel hatte sich nur aus Fraktionsdisziplin gefügt.

Vorstand und sieben Kontrolleuren. 1900 konnten beide Organe wieder getrennt werden, es existierte nunmehr eine eigene Kontrollkommission, die entsprechend ihrer geringeren Bedeutung nicht wie der Vorstand mit absoluter, sondern nur mit einfacher Mehrheit vom Parteitag gewählt wurde¹⁾. Sie hatte außer der vierteljährlichen Kontrolle der Gebarung des Vorstands, über die sie dem Parteitag zu berichten hatte, die Funktion einer Berufungs- und Beschwerdeinstanz und trat als dritte Instanz bei Konflikten zwischen Vorstand und Berliner Organisation über den „Vorwärts“ hinzu. Außerdem wählte sie seit 1900 zwei Beisitzer in den Parteivorstand, wobei diese beiden Posten stillschweigend der Berliner Organisation vorbehalten waren, eine institutionswidrige, aber den faktischen Verhältnissen Rechnung tragende Maßnahme, die zugleich wegen der Radikalität der Berliner das Gewicht der Linken im Vorstand unterstützte²⁾. Politisch ging der Einfluß der Kontrolleure über diese Funktionen noch hinaus, sie berieten mit dem Vorstand in den wichtigeren Fragen³⁾. Als die Kommission in der Marokkokrise der Parteistimmung entsprechend den Vorstand wegen seiner Passivität tadelte, entstanden Spannungen, in deren Folge sie sich streng auf ihre formalen Befugnisse beschränkte⁴⁾. 1912 verlor sie dann auch das Recht, die Beisitzer in den Vorstand zu wählen.

Der Parteivorstand bestand zunächst aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern, seit 1900 hießen diese Sekretäre, und einem Kassierer. Diese wurden besoldet, 1890 erhielten Schriftführer und Kassierer 250 M und 150 M, die Vorsitzenden als eine Art Entschädigung 50 M⁵⁾. Da der Vorstand nicht nur geschäftliche, sondern auch politische Exekutive war, gehörten politische Führer der Partei zu seinen maßgeblichen Mitgliedern. Bebel, seit 1891 Vorsitzender, war auch der eigentliche Parteiführer, und in den 90er Jahren zählten mindestens Auer und Singer zu den bedeutenden politischen Führern. Zwischen parlamentarischem Mandat und Vorstandsamt bestand an sich zwar keine Beziehung, immerhin gehörten die Vorsitzenden Bebel und Singer, dann Haase und Ebert der Reichstagsfraktion an und ebenso die Mehrzahl der übrigen Mitglieder, wie I. Auer, R. Fischer, Scheidemann oder Molkenbuhr, andererseits war aber z. B. Gerisch längere Zeit nicht im Reichstag, und Ebert gehörte ihm bei seinem Ein-

¹⁾ Schröder, S. 55; Schorake, S. 119 f., ist im Unrecht, wenn er hier eine Trennung zwischen politischer und verwaltender Führung, Kontrollkommission und Parteivorstand, sieht; nur der vereinsrechtliche Gesichtspunkt war maßgebend.

²⁾ Schröder, S. 46.

³⁾ In den 90er Jahren 2- bis 3mal jährlich, G. A. Ritter, S. 53.

⁴⁾ Schorake, S. 201, 213 f., nach dem Protokoll. Schorskes These, die Kommission habe in allen wichtigen Sachen mit dem Vorstand die Politik festgelegt, erscheint der Nachprüfung bedürftig; sie würde bei der linken Mehrheit der Kontrollkommission Schorskes These von der rechtsgerichteten Politik des Vorstands widersprechen. Im Protokoll von 1911 ist von einer „mitleitenden Tätigkeit“ die Rede.

⁵⁾ Schröder, S. 40. Später wurden die Gehälter mehrfach gesteigert. — Solange die rechtliche Existenz der Parteileitung gefährdet war, mußten alle Briefe an diese an Auer adressiert werden, in seiner Wohnung befand sich auch das Parteibüro.

tritt in den Vorstand noch nicht an¹⁾. Viele Mitglieder des Vorstands (und zumal der Kontrollkommission) hatten auch bereits oder infolgedessen noch andere Ämter in der Arbeiterbewegung inne, die Ämterkumulation betrug einschließlich der Mandate 1:3,4²⁾.

Aus der üblichen Wiederwahl erklärt sich die hohe Konstanz des Vorstands³⁾. Die Tätigkeit in ihm war eine Sache der Berufspolitiker und wurde allmählich hauptberuflich. Das wurde gefördert, nachdem seit 1904 die Zahl der Sekretäre vermehrt wurde, von 1904 bis 1906 traten drei (zwei, da Auer praktisch wegen Krankheit ausschied) neue hinzu, 1911 gab es im ganzen sechs. Diese Vergrößerung machte den Vorstand zuletzt zur Domäne einer fest angestellten und praktisch unabsetzbaren Parteibürokratie; die besoldeten Sekretäre waren endgültig hauptberuflich tätig und hatten mit dem Kassierer gegenüber den beiden unbesoldeten Beisitzern und den kaum besoldeten Vorsitzenden das Übergewicht. Allerdings drang hier die neue Schicht der Funktionäre — mit ihrer besonderen politischen Einstellung — nur langsam vor, warum denn auch die Konsequenzen der Bürokratisierung von keiner Seite, von keinem der Flügel als ein Politikum ins Auge gefaßt wurden⁴⁾; zunächst hielten noch die älteren Führer aus der Verfolgungszeit, Auer, Gerisch, Fischer und dessen Nachfolger Pfannkuch die Ämter, von denen freilich einige allmählich zu reinen Funktionären wurden. Ebert stieg dann als eigentlicher Organisationsfachmann in den Vorstand auf⁵⁾. 1911 schlug der Vorstand wegen der laut gewordenen Kritik an der Bürokratie für zwei neue Sekretärstellen als Journalisten und Parlamentarier bekannte Leute, Scheidemann und Braun, vor, die freilich praktisch doch am gleichen Strang zogen wie die Funktionäre des Organisationsbetriebes; nur der als Vorsitzender gewählte Haase war seiner politischen Herkunft wie seiner Einstellung nach nicht ein Mann des Apparates. Die Bürokratisierung des Vorstands brachte zwar nicht Organisationsmanager und Apparatschiks an die Spitze, hatte aber doch beachtliche politische Konsequenzen, auf die wir noch eingehen werden⁶⁾.

Nach dem Statut war es die Aufgabe des Vorstands, die Parteigeschäfte zu besorgen und die prinzipielle Haltung der Organe zu kontrollieren sowie die Parteitage vorzubereiten. Zu dieser routinemäßigen Leitung der Organisation und Agitation kamen dann direkt politische Aktionen und Initiativen.

Zum routinemäßigen Betrieb gehörten zunächst Kontakt und Korrespondenz

¹⁾ Von den 47 Personen, die bis 1918 Mitglied des Vorstands oder der Kontrollkommission gewesen waren, gehörten 24 der Reichstagsfraktion an, Bronder, S. 208.

²⁾ Bronder, S. 209.

³⁾ Vgl. die Aufstellung bei Bronder, S. 194; ein unfreiwilliges Ausscheiden gab es bis 1913 nicht, höchstens eine Umbesetzung der Ämter.

⁴⁾ Schorske, S. 123.

⁵⁾ Auch wenn die negative Beurteilung von Schorske, S. 124, er nennt ihn *mutatis mutandis* den Stalin der Sozialdemokratie, abzulehnen ist, vgl. u. S. 372 f.

⁶⁾ s. u. S. 378 f.

mit den Vertrauenspersonen im Lande¹⁾). Dazu kam dann die Finanzverwaltung der Partei. In den 90er Jahren waren die Einnahmen aus den Parteibetrieben, zumal dem Vorwärts und dem Hamburger Parteiorgan, das finanzielle Rückgrat der Partei²⁾, während die Anteile der Zentrale an den zunächst nicht normierten Mitgliederbeiträgen, 1897 auf 10% festgesetzt, gering blieben und nur schleppend eingingen. Nur die Berliner Mitgliedschaft und in einigem Abstand die Hamburger hatten für die Zentrale große Bedeutung; 1891 bis 1900 kamen aus Berlin und Hamburg 23,4% der zentralen Einnahmen, aus der übrigen Mitgliedschaft 17,1%³⁾. Mäzene und Vermächtnisse traten hinter diesen Geldquellen ganz zurück. Seit 1905 war der Anteil der Zentrale an den Beiträgen auf 20% festgesetzt. Mit der Zahl der Mitglieder und der Zeitungsabonnenten steigerten sich nun auch die Einnahmen, 1900 betrug sie 291 363 M, 1911/12 1 427 824 M; aber auch jetzt machten die Beiträge der Organisationen oft nur die Hälfte und jedenfalls nicht mehr als zwei Drittel der Einnahmen aus⁴⁾). Die Gesamtausgaben für Wahlzwecke wurden im Wahljahr 1898 auf 750 000 M geschätzt, von denen die Wahlkreisorganisationen von sich aus etwa 535 000 M aufbrachten; 1911/12, wiederum einem Wahljahr, betrug deren Einnahmen 4 691 492,81 M⁵⁾. Im ganzen war die finanzielle Organisation der Partei sehr stark. Man muß allerdings bei den bürgerlichen Parteien die Finanzmacht der affilierten Agitations- und Interessenverbände und die nicht greifbaren Leistungen an die Wahlkreisorganisationen in Betracht ziehen, um eine Vergleichsbasis zu haben. Aber auch dann war die Partei ihren sämtlichen Gegnern in dieser Hinsicht gewachsen. Die Ausgaben betrafen, neben den zunächst ziemlich geringen allgemeinen Unkosten, allgemeine Agitation, Wahlagitation und Unterstützung für Parteiblätter, und zwar all das vornehmlich in Gebieten, in denen die Partei noch schwach war oder mit besonderen Schwierigkeiten zu rechnen hatte⁶⁾. Diese Verteilung der Gelder gab dem Vorstand natürlich eine sehr reale Macht gegenüber Untergliederungen der Partei.

Zum Routinebetrieb gehörte weiter die Agitation, und zwar auch dann, als die laufende Agitation stärker von den Mittelinstanzen übernommen wurde. „Das Lebelement der Partei ist die Agitation, ihre Förderung die erste und vornehmste Aufgabe des Parteivorstandes.“⁷⁾ Er mußte Agitationsmaterial ver-

¹⁾ Der Vorstand tagte etwa 2mal wöchentlich und erledigte vor allem die eingegangene Korrespondenz.

²⁾ 1891 bis 1900 44,6% der Gesamteinnahmen, G. A. Ritter, S. 60.

³⁾ Schröder, S. 45; Bronder, S. 80; G. A. Ritter, S. 59.

⁴⁾ Schröder, S. 58 f.; Bronder, S. 81; Handbuch II, S. 122; G. A. Ritter, S. 60; R. gibt 1910/11 als Normaljahr mit 67% aus Mitgliedsbeiträgen an.

⁵⁾ Schultheß 1898, S. 116; G. A. Ritter, S. 61; Handbuch ebd. In anderen Jahren waren die Einnahmen geringer.

⁶⁾ 1891 bis 1900: allg. Agitation 16,1%, Wahlen 19,8%, Presseunterstützungen 21,6%, G. A. Ritter, S. 61. 1910/11: 32,15%, 6,5% (nur Nachwahlen), 7,9% (aber 27,7% für Darlehen), ebd., S. 228 ff. — Von den Presseunterstützungen erhielt z. B. 1894 bis 1898 die Rhein. Zeitung in Köln als Kampforgan gegen das Zentrum erhebliche Mittel, ebd., S. 69.

⁷⁾ Parteitageprot. 1900, S. 17.

fassen oder in Auftrag geben, genehmigen und verbreiten und Redner vermitteln, womit der Vorstand natürlich, wie vor allem Michels betont hat, ein starkes Machtmittel in der Hand hielt. Er bestimmte, was unter seiner Ägide, d. h. in der Zentralbuchhandlung der Partei, zu veröffentlichen sei und was nicht. Doch ist die Praxis des Ausschließens, soweit ich sehe, nur selten geübt worden; 1903 noch gab der vielfach getadelte Schippel das Reichstagshandbuch, ein großes Agitationswerk, heraus¹⁾; erst in den letzten Jahren vor 1914 und im Kriege dann²⁾ machte der Vorstand von seinen Möglichkeiten etwas mehr Gebrauch und übte unter Umständen einen Druck auf untere Instanzen aus. Aber alle Meinungen in der Partei kamen auf die Dauer doch zu Wort und nur die offizielle Verbreitung mochte ein wenig behindert werden.

Weiter führte der Vorstand die Aufsicht über die Parteiunternehmungen, vor allem die Zeitungen, die sich, sofern sie zentral unterstützt wurden, auf ihre Geschäftsgebarung und im übrigen nur sehr allgemein auf ihre programmatische Haltung erstreckte³⁾. Nur das Zentralorgan, der „Vorwärts“, unterstand zunächst durch den als Verbindungsmann fungierenden Auer, später durch die zum Teil vom Vorstand besetzte Pressekommission seiner direkten Kontrolle. Deren Bedeutung, die wegen der Kompromisse mit den Berlinern nicht immer effektiv wurde, darf man jedoch nicht überschätzen. Es kam zu zwar großen und die Partei erregenden Konflikten, wobei gelegentlich der Vorstand recht intensiven Druck ausübte⁴⁾. Aber der Charakter des Zentralorgans, das die Meinung der Parteileitung vertrat und die Meinung der Gesamtpartei an erster Stelle bildete, konnte dem Vorwärts nicht mehr zugesprochen werden, er war im wesentlichen das Organ der Berliner Mitgliedschaft. Außerhalb Berlins wurde er wenig gelesen, die Provinzpresse bezog ihre Stellung ganz unabhängig von ihm.

Erst in dem sich verschärfenden Kampf der Flügel versuchte der Vorstand stärker, jedenfalls indirekt durch Empfehlungen, die Haltung der Parteipresse zu beeinflussen. Ebert sollte sich im Parteivorstand auch und gerade mit der Presse befassen. 1910 z. B. verbot der Vorstand den Abdruck von Artikeln, die den Massenstreik propagierten, die Zentralorgane Vorwärts und Neue Zeit hielten sich an die Instruktion⁵⁾. 1911 bat er die Bezirksvorsitzenden vertraulich, die Angriffe der Parteipresse gegen die Gewerkschaften zu mäßigen, nachdem die Generalkommission mit einer Gegenkampagne in der Gewerkschaftspresse und

¹⁾ Michels, S. 112, Beispiele aus dem Kampf gegen die Opposition der „Jungen“ 1891; dazu auch Heilmann, S. 228 f., Protest der Chemnitzer gegen das Verfahren des Vorstands. Schippels Handbuch wurde allerdings von Bebel 1904 abgelehnt, Prot. 1904, S. 238.

²⁾ Z. B. Keil I, S. 319.

³⁾ Eine Zensur war keineswegs beabsichtigt. Man wollte nur die Möglichkeit haben, einer Zeitung den Charakter eines Parteiorgans abzusprechen.

⁴⁾ Vgl. Bernstein III, S. 401 f.; Schröder, S. 49; 1905 verlangten die Berliner den Rücktritt der reformistischen Redakteure und setzten ihn nach anfänglichem Widerstand des Vorstands auch durch.

⁵⁾ Schorske, S. 182.

also mit einem innerparteilichen Konflikt gedroht hatte. Seit 1906/07 hatte er die Möglichkeit, über ein Pressebüro und einen Pressedienst auf die Parteipresse einzuwirken¹⁾. Wieweit der Vorstand beim Ausscheiden Mehrings aus der Redaktion der Neuen Zeit mitgewirkt hatte, bleibt unklar. Bei der starken Position der Flügel in der Parteipresse konnte er im ganzen auch hier wenig ausrichten, eine auch nur relative Uniformierung der Parteimeinung war ganz unmöglich. Private Korrespondenzen, unter ihnen am wichtigsten die des Reformisten Stampfer, hatten einen viel größeren Einfluß auf die Meinungsbildung als die offiziellen Organe²⁾; zudem zitierten sich die Zeitungen — polemisch — sehr stark gegenseitig, so daß alle Meinungen erörtert wurden. Erst im Kriege gewann dann das Recht zur Kontrolle der Parteipresse erhebliche Bedeutung. Der Vorstand ging nach anfänglichen Versöhnungsversuchen³⁾, auch unter Ausnutzung des formalen Eigentumsrechts der Partei, gegen die radikalen Organe und Redaktionen vor, er verlangte zunächst die völlige Zurückhaltung ihres eigenen Standpunkts, und nach der Parteispaltung ließ er die Redaktionen durch Anhänger der Mehrheit ablösen oder kontrollieren⁴⁾. Gerade diese Maßnahmen haben sehr viel zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen. Doch muß man im Auge behalten, daß diese aktive Pressepolitik nur in einer Ausnahmesituation möglich war. Vorher hatte sich der Vorstand doch im wesentlichen auf indirekte Hinweise beschränken müssen; die Kontrolle hatte bis dahin nicht eigentlich eine innerparteilich politische Funktion.

Bis nach der Jahrhundertwende war mit Finanz-, Agitations- und Presseangelegenheiten der Kreis der Vorstandstätigkeiten umschrieben. Mit der Größe der Organisation, der Bürokratisierung und Zentralisierung wuchsen aber die Funktionen, und umgekehrt betrieb gerade der Vorstand Bürokratisierung und Zentralisierung. Zumal seit dem Eintritt Eberts machte diese Tendenz rapide Fortschritte. Während es bis dahin noch keinen büromäßigen Geschäftsbetrieb mit Abschriften, Akten, Schreibmaschinen und Telefon gegeben hatte, wurde dieser nun eingeführt⁵⁾. 1905 setzte das Statut nicht nur einen 20%igen Anteil

¹⁾ Diese Institutionen waren an sich allerdings zu innerparteilicher Neutralität verpflichtet, Prot. Parteitag 1907, S. 412; vgl. a. K. Hänisch in Süddt. Monatshefte, Nov. 1917, Von der sozialdemokratischen Organisation. 1912 begünstigte der Vorstand durch Abdruck von Artikeln und Verbot von Gegenartikeln Kautsky gegen Mehring und Rosa Luxemburg, was auch die angerufene Kontrollkommission, die ihm Unrecht gab, nicht rückgängig machen konnte, Schorske, S. 201, 253.

²⁾ Stampfer, S. 140.

³⁾ So in Stuttgart, wo er im Streit zwischen Landesvorstand und Tagwacht 1914 versuchte, den Landesvorstand an Maßnahmen zu hindern und noch nachträglich den status quo, d. h. die radikale Redaktion, wiederherzustellen, der Landesvorstand behauptete sich aber gegen diese Versuche; Keil I, S. 310 ff.

⁴⁾ Organisation im Klassenkampf, S. 42, dort auch über die Vorwärts-Konflikte im Kriege; die USPD verbot ein Eigentumsrecht der durch den Vorstand repräsentierten Gesamtpartei an Presseunternehmen.

⁵⁾ Vgl. F. Ebert, Kämpfe und Ziele, S. 48 ff.

der Zentrale an den Einnahmen der Organisationen fest, sondern auch die Pflicht der Wahlkreisorganisationen zu regelmäßiger Berichterstattung an den Vorstand, und ebenso waren die Bezirksorgane zu Berichten verpflichtet, sie unterstanden der Kontrolle der Zentrale. Das Organisationswesen wurde vereinheitlicht, seit 1907 gab es einheitliche Mitgliedsbücher, Formulare und Abrechnungen usw.¹⁾, eine Parteistatistik wurde hergestellt. Die Partei wurde straffer organisiert, und das erhöhte — schon mit der Ausgabe und Bearbeitung von Formularen — Arbeitslast wie Einfluß des Vorstands. Der Auf- und Ausbau einer gut funktionierenden Wahlmaschine veranlaßte ständige Aufforderungen, Beratungen und Instruktionen der örtlichen Organe²⁾. Damit förderte die Zentrale natürlich die Entwicklung der Parteibürokratie mit deren beschriebener Einstellung. Der Apparat der Parteisekretäre, auf den die Zentrale durch die Anstellung der Bezirkssekretäre schon einen fast beherrschenden Einfluß nahm, auch die Wahlkreissekretäre wurden zum Teil von der Zentrale angestellt, machte eine Koordination durch Schriftverkehr und gemeinsame Konferenzen notwendig. Der Großbetrieb veränderte so die Arbeiten des Vorstandes und vergrößerte damit seinen Einfluß, mit dem er auch den Geist der Partei prägte. Zugleich ging damit freilich der Kontakt zwischen Parteispitze und Mitgliedschaft mehr und mehr zurück³⁾. Die Summe primär unpolitischer Tätigkeiten wurde auf die Dauer zu einem Politikum ersten Ranges.

Wie auf unteren Ebenen wurden für eine Reihe von Aufgaben besondere Institutionen geschaffen oder vom Vorstand eigens in die Hand genommen. Dazu gehörten etwa Jugend- und Bildungsfragen, für die mit den Gewerkschaften zusammen Ausschüsse gebildet wurden⁴⁾, gehörte die Agitation bei den Frauen oder bei ausländischen Arbeitern und seit 1906 die Parteischule, auf der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre ausgebildet wurden⁵⁾; politische Gesichtspunkte haben zwar bei Bestellung ihres Lehrkörpers keine ausschlaggebende Rolle gespielt, aber faktisch rechnete er zum größten Teil zur Linken.

Eine der ursprünglichen Aufgaben des Vorstandes war es, Streitigkeiten zu schlichten. Seit 1900 hatte er ein als Mittelinstanz fungierendes Schiedsgericht in Ausschlußverfahren zu besetzen⁶⁾. 1905 wurde sein Recht fixiert, bei Streit

¹⁾ Schröder, S. 51.

²⁾ Über die Zentrale als Hauptquartier der Organisation und ihren wachsenden Einfluß vgl. Schorske, S. 126.

³⁾ s. u. S. 377.

⁴⁾ Bildungsausschuß beim Parteivorstand, Bronder, S. 46; es gab 6 bis 13 Wanderlehrer. Über die Gründung der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ 1909, ebd., S. 53; ihr Leiter war Ebert.

⁵⁾ Bronder, S. 43. Die Schule wurde 1907/14 von 141 Schülern besucht; 1891 hatte Liebknecht schon eine Arbeiterbildungsschule mit Lehrgängen in Berlin eingerichtet, 1905 war in Düsseldorf eine Agitationsschule begründet worden.

⁶⁾ Schon vorher war er bei Ausschlußverfahren tätig; gegen eine Ausschlußverfügung der Chemnitzer Organisation wurde er 1891 angerufen und veranlaßte deren Rücknahme, Heilmann, S. 230.

zwischen regionalen und lokalen Instanzen über Kandidatenfragen die Entscheidung zu treffen. Zugleich hatte er über die Disziplin in der Partei zu wachen, und er versuchte, sie gegen Presse, Einzelne und Organisationen, die von Parteitagbeschlüssen abwichen, geltend zu machen. Als die Spannungen in der Partei anstiegen, wurde seine Schlichtungsfunktion öfter in Anspruch genommen, und er versuchte nun auch, die Disziplin zu verschärfen¹⁾. Aber wiederum erst im Kriege hat er dann seine organisatorischen Machtmittel mit aller Schärfe angewandt und den Ausschluß von Organisationen durch einen neuen Begriff des Außerhalb-der-Partei-Stehens in großem Maße betrieben.

Neben der „halbpolitischen“ Verwaltung der Großorganisation stand die direkt politische Tätigkeit des Vorstands. Sie betraf zunächst die Vertretung der Partei nach außen. Der Vorstand hatte 1912 über das Stichwahlabkommen mit der Fortschrittspartei zu verhandeln und zu entscheiden, er vertrat mit Fraktion und Gewerkschaften die Partei in der Internationale, er verhandelte mit den Gewerkschaften über beide Gruppen gemeinsam betreffende Fragen. Diese Funktion war die wichtigste; hier mußte die Partei, nachdem die Gewerkschaften zu einer selbständigen Macht geworden waren, mit einem Partner verhandeln, ohne dessen Zustimmung seit 1905/06 manche Schritte nicht mehr unternommen werden konnten. Damit war einerseits die Freiheit der Partei eingeschränkt, andererseits die Bindung des Vorstandes an den Parteitag gelockert, weil dieser die vom Vorstand gewissermaßen wie mit einer äußeren Macht geführten Verhandlungen im Ergebnis weitgehend anerkennen mußte. Die Fragen des Massenstreiks, der Maifeier und der Jugendorganisation zeigen deutlich, wie sich in dieser Situation die Macht auf den Vorstand verlagerte. Ein ganz entscheidender Beschluß über die revolutionäre Taktik, der über den Massenstreik und schon über die Propaganda für ihn, kam so wesentlich in die Hand des Vorstandes, der freilich wiederum an die Verständigung mit der Generalkommission gebunden war. Politisch wurde dadurch das reformistische Element entscheidend verstärkt²⁾.

Neben dieser Vertretung nach außen hatte der Vorstand auch der Partei selbst gegenüber unmittelbar politische Funktionen. Einmal bei den Wahlen. Seine Wahlaufrufe prägten die Richtung des Wahlkampfes, die Stichwahlparolen wur-

¹⁾ Vgl. o. S. 350 die Affäre des Göppinger Parteiblatts, wo der Vorstand einen Schlichtungsvorschlag machte, und n. S. 377 die damit zusammenhängende Affäre Radek, gegen den er eine längere Kampagne führte, die mit seinem Ausschluß endete. — Bernstein, SM, 1910, S. 1216, wollte diese Disziplinargewalt nur ganz begrenzt zugestehen, die Parteileitung sei keine Regierung, sondern eine Verwaltungsinstanz.

²⁾ Auf dies Problem werde ich in meinem Buch über die Verbände näher eingehen. Von einer Unterwerfung der Partei unter die Gewerkschaften kann man keinesfalls sprechen; die These von Schorske, S. 52, daß die Bindung der Parteileitung an die Gewerkschaften ihre Autorität gegenüber den Radikalen gestärkt, gegenüber den Reformisten geschwächt habe, entspringt m. E. einer nur theoretischen Überlegung; tatsächlich ist davon nichts zu bemerken. Im übrigen war die Entwicklung der Partei nach rechts nicht eine Angelegenheit des Vorstands, und schon gar nicht eine des durch die Gewerkschaften bedrängten Vorstandes, sondern die Vorstandspolitik stimmte mit den stärkeren Kräften der Partei doch überein.

den von ihm zum Teil nach genereller, aber nicht verbindlicher Legitimation durch den Parteitag, ausgegeben oder angeregt; wie überall gewährte auch hier die Notwendigkeit schneller Entscheidungen dem Vorstand eine starke Position. Seine Parolen waren für Wahlkreisführungen und Wähler entscheidend. Es gab zwar Widerstände, so etwa 1912, als er sich verpflichtet hatte, in den Wahlkreisen, in denen die Partei mit Fortschrittlern in Stichwahl stand, den Wahlkampf zu „dämpfen“, d. h. keine weiteren Kampfaktionen durchzuführen, weil sie diese Wahlkreise nicht gewinnen konnte und der Fortschritt eine Entschädigung dafür verlangte, daß er auf die rückhaltlose Unterstützung der Rechten verzichtete; der Vorstand informierte darüber nur die beteiligten Wahlkreise und Bezirkssekretäre. Aber selbst dieses einem einfachen Genossen oder Funktionär nur schwer verständliche Abkommen wurde in 14 von 16 betroffenen Wahlkreisen eingehalten¹⁾.

Der Einfluß des Vorstands auf die Kandidatenaufstellung war, wenn wir auch darüber noch nicht mit Sicherheit urteilen können, wohl nicht so groß wie man nach manchen Klagen meinen könnte. Es wird sich um Empfehlungen, um Schlichtungsversuche und um gelegentliche Vetos gegen Nominierungen, die die Organisationen anzuzeigen verpflichtet waren, gehandelt haben²⁾. Fälle wie der Einspruch gegen die Wiederaufstellung des Abgeordneten und lokalistischen Gewerkschaftlers Schumacher und seine Ersetzung durch Scheidemann³⁾ oder wie der Druck, durch den der zollpolitisch dissentierende Abgeordnete Schippel zum Rücktritt mehr oder minder gezwungen wurde⁴⁾, blieben Ausnahmen. Das Selbstbewußtsein der Bezirke und die Position der Flügel verhinderten ein ständiges Eingreifen des Vorstands; gerade gegenüber dem Einfluß der regionalen Instanzen wird es sehr zurückgetreten sein, auch seine schiedsrichterliche Funktion bei Streitigkeiten über die Kandidatenfragen wird keine große Bedeutung gehabt haben. Stärker war vermutlich sein indirekter und persönlicher Einfluß, doch wurde damit kaum Politik getrieben. Die Tatsache, daß Kandidaten weiter zu den Revisionisten oder zu den Radikalen zählten, beweist, daß der Vorstand nicht über die Zusammensetzung der Fraktion verfügte. Die Stärke der Funktionäre in der Fraktion ist nicht Ergebnis einer Politik des Vorstands, wenn sie auch seinen zentristischen Tendenzen vielleicht entsprach.

Von den Wahlen abgesehen nahm der Parteivorstand in Erklärungen zu neuen politischen Situationen Stellung und bestimmte mit solchem Kommentar, mehr immerhin als in anderen Parteien und in späteren Zeitabschnitten, Bewußtsein und Haltung der Gesamtpartei. Vor allem war er, und das bedeutete den Radi-

¹⁾ Nur in Hagen und Nordhausen hat man, teilweise dann im Einverständnis mit dem Vorstand, den Kampf fortgeführt; Parteien, S. 300 ff.; Schorske, S. 230 f.; Koch, S. 117.

²⁾ G. A. Ritter, S. 57 f. Empfehlungen Bebels 1893, Schlichtungsversuche in Oberschlesien 1898.

³⁾ Scheidemann I, S. 73, 148.

⁴⁾ 1904 wurde er vom Parteitag getadelt, Ende 1905 legte er trotz eines Vertrauensvotums seiner Chemnitzer Organisation das Mandat nieder, Noske, S. 21; Heilmann, S. 296 ff.; s. o. S. 336, S. 357.

kalen und theoretisch dem Zentrum viel mehr als Hauptquartier einer riesigen Wahlorganisation, die Zentrale des außerparlamentarischen Kampfes, der Erziehung und der Aktion. Und da die ganze Partei an diesem Kampf, d. h. zunächst an vorrevolutionären Massendemonstrationen, festhielt, der Revisionist Frank gerade trat für den Massenstreik in der Wahlrechtsfrage ein, blieben solche Aktionen ein wichtiges Gebiet der Parteiaktivität. Es war nicht so, daß der Vorstand Aktionen „gemacht“, provoziert oder auf solche hingetrieben hätte¹⁾, hier unterschied sich schon die Theorie der Aktion von der kommunistischen, aber so, daß er den vorhandenen Willen in gemeinsame Bahnen lenkte und ihm gemeinsame Ziele setzte. Freilich war gerade in dieser Frage der Vorstand nicht ganz frei, weil der Massenstreik der Zustimmung der antirevolutionären Gewerkschaften bedurfte. Immerhin gab es durchaus Aktionsmöglichkeiten, wie die Wahlrechtsbewegungen, und die Proteste gegen die Passivität des Vorstands in der Marokkokrise von 1911 setzten solche Möglichkeiten voraus. Freilich war hier die Unruhe über die Krise selbst und über den Verlust des revolutionär aktivistischen Charakters der Partei am Werke, und daß sich diese Verstörung gegen den Vorstand richtete, war sinnvoll nur vom Standpunkt der Radikalen und der wenigen aktivistischen Rechtsstehenden, die mit Resolutionen und Demonstrationen noch eigentlich politische Ziele verfolgten.

Besondere Bedeutung haben natürlich die politischen Funktionen des Vorstands bei Kriegsausbruch gehabt, hier vertrat er einmal die Partei in der Internationale, zum andern konnte er Massendemonstrationen anregen, intensivieren, zusammenfassen und mit seinen Stellungnahmen die Parteimeinung formen, und diese Möglichkeiten wurden diesmal zunächst auch genutzt; als aber der Krieg dann unvermeidlich schien, verlor der Vorstand Ziel und klare Linie. Seine Haltung hat, wenn auch von der Stimmung der Mitglieder abhängig, eine ziemlich maßgebliche Bedeutung für die zukünftige Stellung der Partei zum Kriege gehabt. Man kann dabei wohl sagen, daß er sich letzten Endes mehr von den Ereignissen treiben ließ, als daß er selbständig in sie eingriff; freilich überschätzt die Kritik der Linken bei weitem seine Initiativmöglichkeiten in einer Entwicklung, die einfach über ihn hinwegging, sie überschätzt auch die Resonanz, die ein anderes Verhalten bei den Parteigenossen gefunden hätte. Die im Grunde nicht sehr aktive Politik nahm zwar in einer gewissen Ratlosigkeit die institutionellen Führungsmöglichkeiten nicht voll wahr, aber vor allem war sie doch das Resultat der weltgeschichtlichen Situation und der bisherigen Bewußtseinsbildung der Partei und ihrer Massen²⁾. Die Möglichkeit zu anderen Aktionen war nur theore-

¹⁾ Ackermann, S. 42, Kautsky vertrat im Sinne des Parteizentrums einen „passiven Radikalismus“; keine Parteibehörde schaffe nach ihm eine Initiative, diese komme nur durch große historische Ereignisse zustande.

²⁾ Der Streit marxistischer Historiker, ob allein die Führung oder auch die Massen „versagt“ hätten, ist nicht einseitig im Sinne der Spontaneität der Massen oder der Führungsfunktion der Führer zu lösen, sondern nur durch das Zusammennehmen von beidem. Die Führung und die Masse entsprachen sich.

tisch. Trotzdem ist die Politik des Vorstandes — und dann der Fraktion — für diese wichtigste Weichenstellung in der Geschichte der Partei entscheidend gewesen.

Natürlich mußte der Vorstand bei seiner Politik nicht nur auf den Parteitag, sondern auch auf die in Presse und Resolutionen laut werdende Meinung der Gesamtpartei Rücksicht nehmen, selbst wenn er durch indirekte Wahlen und den Apparat abgeschirmt, durch die Konstanz gesichert, den Bewegungen der Mitgliedschaft relativ fern war¹⁾. Er mußte ihre Resonanz einkalkulieren, er konnte zwar im Einzelfall der öffentlichen Meinung der Partei entgegenhandeln, nicht aber auf die Dauer, da ihm ja an der Geschlossenheit der Partei liegen mußte. Solange diese sich noch lebendig entwickelte, konnten sich auch außerhalb der Institutionen Bewegungen gegen ihn erheben, auf die er zu achten hatte. So wurde er etwa 1890/91 von der Opposition der Jungen aufs heftigste als anti-revolutionär und diktatorisch angegriffen²⁾, und er mußte die Parteiöffentlichkeit mobilisieren, um sich zu behaupten³⁾. Es kam auch sonst öfter vor, daß er auf Oppositionsbewegungen außerinstitutionell antwortete, indem Führer öffentlich ihre Autorität gegen bestimmte Leute oder Strömungen in die Waagschale warfen, wie Bebel Anfang der 90er Jahre in der Auseinandersetzung mit Vollmar⁴⁾. Die auf den Parteitagen laut werdende Kritik am Vorstand regte sich natürlich lange vorher schon in der Partei. In der Marokkokrise 1911 z. B. gingen manche Organisationen selbständig mit Demonstrationen vor, und es erhob sich ein Sturm der Entrüstung, weil der Vorstand, auch aus Wahrücksichten, nichts gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges unternommen habe⁵⁾. Ein unmittelbares Aufrufen des Parteivolkes wie Anfang der 90er Jahre gab es aber nicht mehr⁶⁾. Der Vorstand durfte, als sich die Flügelbildung verschärfte, mit jeder seiner Maßnahmen auf teilweise Zustimmung rechnen. Er war den noch sehr lebhaften spontanen Bewegungen der öffentlichen Meinung in der Partei nicht entzogen, aber das schränkte seine Handlungsfreiheit nicht über ein selbstverständliches Maß hinaus ein.

¹⁾ Natürlich kamen die Vorstandsmitglieder auf ihren Agitationsreisen in häufige Berührung mit der Mitgliedschaft, aber diese Berührung stand im Zeichen der Autorität, sie hob eine gewisse Mitgliederferne nicht auf.

²⁾ Z. B. wegen seines Verhaltens bei Stichwahlen, der Maifeier und seines Organisationsentwurfs, s. o. S. 312, S. 367.

³⁾ Mehring, S. 539 ff.; Bernstein II, S. 318 ff.; Ackermann, S. 18 ff. Diese Kundgebungen führten zu Änderungen in den Redaktionen der oppositionellen Organe und zur Überführung einer Reihe von Zeitungen ins Parteieigentum.

⁴⁾ Adler, S. 80, vgl. a. S. 160, 168. Dabei griff Bebel 1894 auch den Parteitag an, aus Bayern wurde ihm Herrschucht vorgeworfen, Schultheß 1894, S. 176, die dortigen Führer ließen sich in großen Versammlungen Vertrauensvoten erteilen, Jansen, S. 55.

⁵⁾ Schorske, S. 200.

⁶⁾ Als sich 1912 in der Angelegenheit des Göppinger Parteiorgans, s. o. S. 350, eine von dem intriganten Radek gegen die falsch dargestellte Verhaltensweise des Vorstands angezettelte Oppositionsbewegung erhob, beantwortete der Vorstand sie mit einer an die Parteiöffentlichkeit appellierenden erfolgreichen Kampagne gegen Radek, die zu dessen Ausschluß führte, s. o. S. 356.

Im ganzen hatte der Vorstand anders als in den locker organisierten bürgerlichen Parteien eine relativ starke Stellung nicht nur im Gefüge der zentralen Willensbildung, sondern auch gegenüber den Grund- und Bezirksorganisationen. Man kann nicht sagen, daß er das Kommando über sie gehabt hätte, aber er verfügte doch über einen bedeutenden Einfluß, der sich zumal im Zuge der Zentralisation weiter ausbildete. Seine dafür besonders wichtigen außerinstitutionellen Möglichkeiten beruhten im wesentlichen auf zwei Tatsachen. Einmal auf der Autorität der großen Parteiführer, zumal Bebels, die zugleich die Einheit der Partei repräsentierten, wobei freilich diese Autorität, und auf solche Einschränkung kommt die Analyse des Führungssystems immer wieder zurück, nicht gegen die süddeutsch revisionistischen Führer ein- und durchgesetzt werden konnte. Zum andern ruhte der Einfluß des Vorstands auf seiner Stellung gegenüber den Parteisekretären, die von ihm abhängig waren, instruiert wurden und politisch seinem Standpunkt, dem Organisationsglauben und der ihn deckenden zentristischen Ideologie anhingen. Auf Grund dieser Verhältnisse bestimmte er vor allem das Wahlverhalten der Organisationen und dann das politische Bewußtsein der Partei, ihren Stil und Geist und die daraus entspringende Verhaltensweise. Dazu kamen seine wichtigen Funktionen als Aktionszentrale, als stellungnehmende Instanz, als Verhandlungsführer mit außerparteilichen Gruppen, als Vorbereiter und Leiter der Parteitage, durch die er mit Parteitag und Fraktion zusammen für die Festlegung der politischen Linie maßgebend war. Im ganzen erschien in innerparteilich politischen Fragen sein zurückhaltender Einfluß größer als der aktivierende; er konnte weniger Neues setzen als Beschlossenes abwandeln, als Neues aufnehmen oder, aktiv oder passiv, verhindern; er konnte eine gewisse Parteidisziplin wahren und bestimmte Richtungen oder Pläne jedenfalls eindämmen. Gegenüber den voroffiziellen Trägern der Meinungsbildung, den Führern der Flügel, den Abgeordneten, den Parteitheoretikern und Parteizeitungen, war die Macht des Vorstands sehr begrenzt, hier bestanden selbständige außerinstitutionelle Machtzentren, die z. T. außerordentlich einflußreich waren. Stampfer berichtet z. B., daß er, Frank und Scheidemann seit 1909 sich über die politische Linie besprachen und mit Reden und Artikeln den Kurs der Partei eher als der Vorstand bestimmt hätten¹⁾. Dessen Autorität war also durch die Existenz der Flügel eingeschränkt. Zugleich wurde sie aber dadurch gerade verstärkt, insofern seine allgemein anerkannte Einigungs- und Integrationsfunktion an Gewicht gewann. Im ganzen hatte er zwar eine genügend starke Position, um die Partei wirklich zu führen, aber er hat diese Möglichkeit nicht voll realisiert. Und, wiederum ein Gegensatz, trotz seiner tatsächlichen Mitgliederferne wurde er noch durchaus vom Vertrauen der Mitglieder getragen.

Über die Arbeitsweise des Vorstands, über die internen Machtverhältnisse, unter denen seine Politik zustande kam, wissen wir wenig. Entscheidungen

¹⁾ Stampfer, S. 140.

wurden durch Abstimmungen getroffen, in manchen Fragen blieb er uneins. Singer, der 2. Vorsitzende, war, wie erwähnt, im allgemeinen radikaler als Bebel, dagegen zählte Auer eher zum rechten Flügel¹⁾. Nach Bebel wurden er und Singer in den 90er Jahren oft von Auer und den diesem folgenden Vorstandsmitgliedern überstimmt, so daß er sich 1900 für die Verstärkung des Vorstands durch zwei Berliner eingesetzt habe²⁾. Doch darf man solche Spannungen nicht überbewerten, sie blieben normalerweise auf den konkreten Fall beschränkt und führten offenbar nicht zu einer eigentlichen dauernden Parteilung, im Grunde arbeitete man doch vertrauensvoll zusammen. Wie die Verhältnisse nach der Vergrößerung seit 1905 sich entwickelten, weiß ich nicht. Nach Scheidemann³⁾ war es 1911 so, daß der alte Bebel sich, mindestens in den langen Reichstagsferien, in der Schweiz aufhielt, daß Haase ebenfalls behindert war, weil er seine Königsberger Anwaltspraxis weiterführte, so daß die Führung in den Händen des eingearbeiteten und geschickten Ebert lag. Die Flügelbildung betraf natürlich jetzt auch den Vorstand. Es waren hier freilich weniger die Extreme, nur L. Zietz und den Beisitzer Brühl kann man vielleicht zu den Radikalen zählen, als die nach rechts oder links tendierenden Elemente des Parteizentrums, wie sie seit 1913 die Vorsitzenden Ebert und Haase repräsentierten. Zunächst trat dies Parteizentrum und der Vorstand hauptsächlich gegen nach rechts gerichtete Strömungen auf; seitdem aber die Funktionäre in den Vorstand aufstiegen, seitdem die Gewerkschaften an Macht gewannen, seitdem sich das Organisationsdenken ausbreitete, seitdem die Linke mit ihrer Kritik an der „ewigen“ Organisation in eine Angriffsposition geriet und das Zentrum sich als rechtsorientiert erwies, seitdem wurde der Vorstand zu einer Bastion des rechten Zentrums, der gegen die Linke eingestellt war. Während des Krieges haben die auf seiten der Unabhängigen stehenden Mitglieder, besonders also der Vorsitzende Haase, die Politik des Vorstands nicht beeinflussen können, die Rücksicht, die die Mehrheit auf die Einheit der Partei zunächst noch nahm, entsprach ihrem eigenen Interesse. Immerhin hat sich Haase, nachdem er den Vorsitz der Fraktion schon niedergelegt hatte, einige Zeitlang geweigert, auch als Parteivorsitzender zurückzutreten⁴⁾.

Die Kritik an der politischen Haltung des Parteivorstands hat, ausgelöst durch sein Verhalten während der Marokkokrise, zu einem Versuch einer Reform der Parteispitze geführt, die sie aktivieren und den nach Ansicht der Linken verlorengehenden Kontakt mit der Mitgliedschaft (wieder) herstellen sollte. Die politische Auseinandersetzung wurde zu einer über Institutionen. Die Radikalen forderten 1911 zunächst zwei neue Sekretärsstellen, die, auch vom Vorstand und

¹⁾ Vgl. o. S. 359 u. S. 382.

²⁾ Adler, S. 447, 28. Dezember 1904; dieses spätere Zeugnis Bebels, daß er fast ständig überstimmt worden sei, scheint mir gegen G. A. Ritter, S. 52, nicht unbedingt stichhaltig. Andere Belege, etwa aus Bebels Briefen, gibt es dafür nicht.

³⁾ a.a.O., S. 103; vgl. a. Schorske, S. 212 f.

⁴⁾ Keil, S. 329; Severing, S. 209.

der Rechten gewünscht, bewilligt wurden¹⁾). Für die weitere Reform wurde eine Kommission ziemlich paritätisch aus Vertretern der verschiedenen Richtungen eingesetzt, auf deren Beratungen allerdings der Vorstand starken Einfluß nahm, indem er sich an ihren Sitzungen stimmberechtigt beteiligte. Ihr im Juni 1912 erscheinener Statutenentwurf sah vor allem die Installierung eines neuen Führungsgremiums, des Parteiausschusses, vor, der mindestens vierteljährlich tagend in wichtigen Fragen zusammen mit dem Vorstand entscheiden sollte. Dieser Ausschuß sollte aus 32 Vertretern der Bezirksorganisationen bestehen, die der Parteitag auf deren Vorschlag wählte; schon seit 1909 war statutenmäßig der Vorstand verpflichtet gewesen, die Bezirksorganisationen bei wichtigen Fragen zu hören, und gewohnheitsmäßig konferierte er von Zeit zu Zeit mit ihren Vorständen. Der Ausschuß sollte auch an Stelle der Kontrollkommission die Beisitzer zum Vorstand wählen und in Vorwärtsangelegenheiten als dritte Instanz fungieren. Damit glaubte die Kommission der laut gewordenen Kritik gerecht zu werden, die Macht des Vorstands zu kontrollieren, seine Fühlung mit dem Lande zu verbessern und dadurch einen aktivierenden Einfluß auf ihn auszuüben. Aber in Wirklichkeit war die ursprüngliche Intention der Reorganisation, die Politisierung und Aktivierung des Vorstands, zunächst auf die Errichtung einer neuen Instanz, einer Art innerparteilichen Bundesrats verschoben worden. Deshalb und aus zentralistischen Bedenken stieß der Entwurf auf lebhaften Protest innerhalb der Partei.

Die radikalen Abgeordneten traten mit Mitgliedern der Kommissionsminorität zu einer sogenannten Sonderkonferenz in Eisenach zusammen, um über ihr weiteres Vorgehen zu beraten. Den geplanten Ausschuß lehnten sie strikt ab, weil dessen föderalistische und bürokratische Struktur nur den Einfluß der Reformisten in der Parteizentrale erhöhen würde. Während bis dahin die Revisionisten im Föderalismus einen Schutz ihrer Freiheit vor dem im radikalen Sinne geübten Zentralismus gesehen hatten²⁾, hatte sich jetzt dessen Funktion verwandelt, die nunmehr geplante Institution war in Wahrheit zentralistisch, sie sollte die Bezirke bei der Zentrale repräsentieren und ihnen einen Anteil an der zentralen Macht sichern; damit hätte sie objektiv das demokratische Element, die Souveränität des Parteitags, weiter geschwächt und die Stellung des Parteizentrums und auf die Dauer die der Rechten gestärkt³⁾. Die Radikalen schlugen, um ihre Ziele zu erreichen, jetzt vor, die Befugnisse der Kontrollkommission zu erweitern und vor allem den Vorstand durch 7 unbesoldete Sekretäre zu vergrößern; dann wären mit den 2 Beisitzern 9 von 17 Mitgliedern unbesoldet gewesen.

¹⁾ Schorske, S. 204 f.

²⁾ s. u. S. 387 f.

³⁾ Die These von Schorske, S. 215 f., daß die Revisionisten die Parteizentrale erobern wollten und sich dazu des Föderalismus bedienten, stimmt so nicht; Bernstein, den er ausführlich zitiert, wünschte zwar eine Repräsentation der Länderparteien, aber keinen Bundesrat mit seinem infolge der proportionalen Vertretung preußischen Übergewicht, er wollte nur die Kontrollkommission durch die Bezirke gewählt sehen. Auch der Vorstand wollte nicht primär etwas gegen die Radikalen unternehmen, das war nicht notwendig, und wenn er das gewollt hätte, hätte er seinen Plan besser verteidigt.

Damit wäre ein Gegengewicht gegen die Parteibürokratie geschaffen und durch die reale Möglichkeit zur Abberufung der Vorstand stärker zu einem vom Parteitag kontrollierten Organ gemacht worden.

Auf Grund dieser Reaktion formulierte die Kommission ihren Entwurf um. Die ausschlaggebende Bestimmung, nämlich das Recht des Ausschusses auf Mitentscheidung, fiel, es wurde statt dessen ein Gremium geschaffen, das gutachtlich sich zu wichtigen Fragen der Politik, der Parteifinzen, der Parteibetriebe und der Tagesordnung der Parteitage äußern sollte, d. h. das bisherige Verfahren wurde formalisiert und die zentralistisch-demokratische Wahl durch den Parteitag durch eigene Delegation der Bezirksorganisationen ersetzt. Der Plan der Radikalen, den Vorstand durch weitere unbesoldete Mitglieder zu ergänzen, wurde abgelehnt. Auf dem Parteitag stimmten im Sinne der Parteieinheit auch die Radikalen für diesen Entwurf¹⁾. Im ganzen war der Reformversuch, hineingezogen in den Machtkampf der Flügel, im Sande verlaufen; die Bürokratisierung der Parteispitze, ihre Kontinuität und die Herrschaft des rechten Zentrums, hatten nicht erschüttert, ihre Mitgliederferne hatte nicht vermindert, ihre Aktivität nicht erhöht werden können. Der Parteiausschuß wurde zu einem Gremium der Parteibürokratie und nicht zu einer Verbindung zwischen Führung und Land, sein faktischer Einfluß war gering. Erst im Kriege, als Parteitage nicht stattfinden konnten, benutzten ihn Vorstand und Fraktion zur Deckung ihrer Politik²⁾.

3. Die Fraktion

Endlich gehörte, wenn auch nicht statutenmäßig, die Reichstagsfraktion zu den zentralen Institutionen auch der Partei im Lande. Bei Beratung und Entscheidung innerparteilicher Fragen arbeitete der Vorstand bis nach der Jahrhundertwende eng mit der Fraktion zusammen und konsultierte sie eigentlich immer³⁾. Die Vorbereitung der Parteitage, die Meinungsbildung über neue Fragen oder neue Ideen zum Programm, zur Taktik und Propaganda der Partei, über Abweichungen prominenter Leute, die Kritik an den Führern und der Austrag von Streitigkeiten unter ihnen, all das hatte seinen Ort in den Diskussionen der Fraktion⁴⁾. Diese war also nicht auf parlamentarische Angelegenheiten be-

¹⁾ Schröder, S. 53 ff.; Handbuch II, S. 521 ff.; Organisation im Klassenkampf, S. 42, 70 ff.; am besten Schorake, S. 210 ff.

²⁾ Organisation im Klassenkampf, S. 41 f.; Keil I, S. 324; 1915 in der Frage des Etats gab der Ausschuß der Fraktion gegenüber den Parteitagsbeschlüssen freie Hand. Er beriet im Krieg fortlaufend gemeinsam mit der Fraktion, Severing, S. 188; NL Südekum.

³⁾ Während der polizeilichen Schließung des Parteivorstandes führte die Fraktion selbstverständlich — durch einen Ausschuß — die Parteigeschäfte, Schröder, S. 43. Ein Versuch Bebels freilich, die unzulänglich erwogene Entscheidung des Parteitags von 1897 über die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen durch die Reichstagsfraktion revidieren zu lassen, scheiterte am Widerstand der Partei, G. A. Ritter, S. 180.

⁴⁾ Über Diskussionen und Konflikte in der Fraktion, die die allgemeinen Parteiangelegenheiten betrafen, z. B. Adler, S. 163 ff. (Streit Vollmar—Bebel); die Fraktion beschloß 1897 Teilnahme

schränkt, sondern fungierte informell als relativ kontinuierlich versammeltes Gremium der Parteiführer. Da die Partei ja einen nicht im staatlichen Bereich engagierten Körper für sich bildete, für den die Theorie und die selbständige Setzung der nächsten Ziele besondere Bedeutung hatte, waren die Auseinandersetzungen in diesem Kreis, ob sie nun zu konkreten Maßnahmen führten oder ob sie nur der Selbstklärung oder Entschärfung von Differenzen dienten oder sogar die Gegensätze stehen ließen, von Wichtigkeit, sie waren ein Zwischenstadium zwischen der voroffiziellen Meinungsbildung und den Entscheidungen von Parteitag, Vorstand oder Fraktion; und es kam in der Partei ja gerade auf die langsame, nicht gleich sich in Entscheidungen niederschlagende Entwicklung an. Später trat dann die informelle Beratung über innerparteiliche Fragen zurück, aber durch Reden und Entscheidungen griff die Fraktion auch weiter in die Fort- und Umbildung der Gesamtpartei ein.

Über die Fraktion als organisatorisches Gebilde ist in unserem Zusammenhang nicht viel zu sagen. Noch 1907 existierte keine formelle Geschäftsordnung. Nach außen trat die Fraktion geschlossen auf, eine abweichende Stimmabgabe widersprach der Parteitradition; für Dissentierende bestand die Möglichkeit, der Abstimmung fernzubleiben¹⁾, diese wurde aber nicht häufig genutzt. Immerhin wurde z. B. am 3. August 1914 für die Frage der Kreditbewilligung ausdrücklich Fraktionszwang beschlossen²⁾. Erst im Laufe des Krieges ist es dann zum Auseinanderfall gekommen; noch da war der Wille zur Einheit so stark, daß die Fraktionsmehrheit lange Zeit nicht gegen die Disziplinbrecher vorging. Intern wurde im Fraktionsplenum um alle strittigen Fragen sehr intensiv gerungen, ehe die Entscheidung durch Abstimmung fiel³⁾. Diese Entscheidung scheint kollegial getroffen worden zu sein, ohne daß die Autorität des Fraktionsvorstandes besonders ins Gewicht fiel⁴⁾, zumal dieser häufig selbst gespalten war⁵⁾. Über Aus-

am internationalen Arbeiterschuttkongreß und band die Delegation an eine bestimmte Route, S. 232; 1899 erörterte sie die Vorbereitung des Parteitags, S. 284; der Entwurf des Organisationsstatuts von 1900 wurde durch eine von ihr eingesetzte Kommission hergestellt, Schröder, S. 44; 1904 mißbilligte sie offiziell einen Artikel der Leipziger Volkszeitung, Michels, S. 140; im Krieg leitete die Fraktion mit Parteivorstand und -ausschuß in gemeinsamen Beratungen die Partei.

¹⁾ So Ebert im Parteiausschuß, 12. Januar 1915, NL Südekum. Nach dem Fraktionsprotokoll vom 27. Juni 1913 war auch Einzelenthaltung formal möglich.

²⁾ Fraktionsprotokoll.

³⁾ 1913 z. B. wurde nach zwei erregten Sitzungen mit 52:37 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Zustimmung zur Wehrsteuer beschlossen, und zwar ausdrücklich mit der Maßgabe der einheitlichen Stimmabgabe, Schorske, S. 265; 1912 waren die Revisionisten in der Frage des Zu-Hofe-Gehens eines sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten mit 30 von 110 Stimmen in der Minderheit geblieben, ebd., S. 236.

⁴⁾ 1896 entschied die Fraktion z. B. zunächst mit 14:9 Stimmen gegen Bebel und Singer, dem BGB zuzustimmen, Adler, S. 210.

⁵⁾ Über Spannungen zwischen Auer und Bebel, zwischen Bebel und Singer z. B. Adler, S. 190, 192; in der Frage der Zustimmung zur Erbschaftssteuer 1909 nahmen Bebel und Singer entgegengesetzte Positionen ein, s. o. S. 359, vgl. a. Severing, S. 157.

schußsitze und Plenarredner entschied die Gesamtfraktion, mindestens in den letzten Jahren vor 1914 durch Abstimmung¹⁾. Neu- oder Ergänzungswahlen zum Fraktionsvorstand beruhten in dieser Zeit auf echten Alternativen, im Sommer 1913 wurde der Radikale Ledebour gegen den Gewerkschaftler Bauer mit 51:40 Stimmen gewählt, im Dezember wurde zunächst Ledebour mit 48:47 Stimmen, bei einer Wiederholung der Wahl dann endgültig Scheidemann mit 51:48 Stimmen gewählt²⁾.

Die Stellung des Vorstandes war wie üblich durch Vertretung im Seniorenkonvent und bei Verhandlungen mit anderen Fraktionen, Vorbereitung und Leitung des Fraktionsplenums und persönliche Autorität seiner Mitglieder natürlich einigermaßen fest³⁾, wie sie politisch sich auswirkte, hing im wesentlichen vom jeweiligen Verhalten der Flügel ab. Die Geschäftsführung lag im wesentlichen bei Singer, Schriftführer war R. Fischer, der zum Zentrum zu rechnen war⁴⁾. Auch in der SPD gab es wohl eine Art Herrschaft der älteren Mitglieder über den Fraktionsbetrieb, neue jüngere Abgeordnete wurden nicht für wichtigere Kommissionen herangezogen oder eingearbeitet⁵⁾, der schnelle Aufstieg von Noske oder Scheidemann allerdings zeigt, daß es sich dabei keineswegs um eine sich abschließende Führungsschicht handelte, dem widersprach auch hier die Spannung der Flügel. Zunächst zahlte die Partei Diäten, wobei man freilich die Anwesenheit möglichst beschränkte; nach Einführung der amtlichen Diäten mußten die Abgeordneten einen Teil von ihnen an die Partei abführen. Damit war formal eine gewisse Abhängigkeit der Abgeordneten gegenüber der Partei und ihrer Führung begründet. Dazu kam, daß die Fraktion infolge der Praxis der Kandidatenauswahl in hohem Grade aus Angestellten der Arbeiterbewegung sich zusammensetzte⁶⁾. Daß die anfängliche Diätenzahlung und die spätere Verbeamtung tatsächlich die Disziplin verschärft hätten, daß sie die Selbständigkeit der Fraktionsmitglieder dem Vorstand gegenüber gemindert hätten⁷⁾, scheint mir unbewiesen. Dazu waren die Auseinandersetzungen zu

¹⁾ Fraktionsprotokoll, 25. November 1913. Als Etatredner wurden gewählt Scheidemann mit 52, David mit 74, Hoch, ein Radikaler, mit 80, Frank mit 64 Stimmen, während Dittmann mit 47 Stimmen unterlag.

²⁾ Fraktionsprotokolle.

³⁾ Vor 1900 bestand der Vorstand aus 5 Mitgliedern, 1898 bis 1900 Bebel, Singer, Auer, Meister und Pfannkuch, G. A. Ritter, S. 55. Später trat bei der enormen Größe der Fraktion — etwa 1912 — zur Vorbereitung des Fraktionsplenums der ein oder andere Ausschuß zusammen, so ein stark gewerkschaftlich bestimmter sozialpolitischer Ausschuß, Protokoll, 13. Februar 1914. Seit 1912 stand der Fraktion auch neben einem eigenen Büro ein eigener Sekretär, M. Grunwald, zur Verfügung.

⁴⁾ Severing, S. 157.

⁵⁾ ebd. S. 179; Anregungen von E. David in dieser Hinsicht wurden nicht realisiert.

⁶⁾ 70%, Bronder, S. 151; die Ämterkumulation bei 180 untersuchten Abgeordneten betrug 1:3,3, dabei waren 56 Gewerkschaftsbeamte, 26 Parteisekretäre, 24 Mitglieder von Parteivorstand und Kontrollkommission, ebd., S. 208; über die Steigerung 1912, s. o. S. 331.

⁷⁾ Vgl. Michels, S. 111.

offen, im übrigen wies auch die Führung Gegensätze auf, und Maßnahmen gegen Andersgesinnte hätten einen solchen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, daß sie sich das nicht leisten konnte. Der Abgeordnete war nicht Diener der Führer der Parteimaschine, zumal diese nicht eigentlich über die Nominierungen verfügte. Nur Einzelgänger, wie der zum Protektionismus neigende Schippel, wurden ausgebootet. Daß die Abhängigkeit von der Partei unbewußt eine Revision eigener Anschauungen hintanhalt, ist natürlich möglich. Aber im ganzen war gerade auf Grund der Flügelbildung die Freiheit des einzelnen Abgeordneten nur wenig eingeschränkt. Daß allerdings die seit 1903 zunehmende Zahl der Funktionäre in der Fraktion und zumal der Gewerkschaftsbeamten — bis 1912 stieg ihr Anteil auf 22 % — den Geist der Fraktionsmehrheit tief beeinflußte, ist selbstverständlich.

Die entscheidende Tatsache des Fraktionsbetriebes war also die hier am stärksten ausgeprägte Existenz der Flügel. Diese Flügel hielten in den letzten fünf oder zehn Jahren vor 1914 zur Vorbereitung wichtiger Fraktionssitzungen über Sach- wie Personenfragen gesonderte Besprechungen ab¹⁾, eine Maßnahme, die wohl zuerst von der um ihre Existenz ringenden revisionistisch-reformistischen Minderheit angewandt worden ist, aber dann auch, obschon sie niemals als legitim galt, auf die Gegner übergriff. In den Beschlüssen dieser Sonderkonferenzen fand nicht immer die extreme Meinung ihren Niederschlag, sondern eher ging es um eine Art Vorintegration, bei der die rechte oder linke Mitte besonderen Einfluß hatte. Scheidemann, der sich wegen der etwas hochmütigen Absonderung der Rechten mit der Mehrheit des Zentrums lange Zeit zur Linken hielt, berichtet, daß er manche törichten, d. h. radikalen Beschlüsse in diesem Kreise verhindert habe²⁾. Offenbar waren die Fraktionsbeschlüsse dann nicht einfach der Sieg einer Seite oder sogar der voraussehbare Sieg der stärkeren Gruppe, sondern es gab Kompromisse und persönliche Frontwechsel. Keil bemerkt z. B.³⁾, daß Bebel, der an sich nicht mit der Rechten sympathisierte, öfter mit den Revisionisten David und Frank als mit den Radikalen Ledebour oder Stadthagen gestimmt habe. Die Parteiung in der Fraktion blieb den einzelnen Situationen entsprechend fließend, sie ließ dem freien Zustandekommen der Entscheidungen genügend Raum. Sie verschärfte die Auseinandersetzungen, aber sie gefährdete noch nicht die Einheitlichkeit, ihre Polarisierung überwog noch nicht die durch die Fraktion zu leistende Integration.

Das Maß der Unabhängigkeit der Fraktion von der Gesamtpartei ist schwer zu beurteilen, weil sie, nicht mit Regierungsverantwortung belastet, weniger als

¹⁾ Heine, Sonderkonferenzen, Soz. Monatshefte 16, S. 1144. Vor 1909 betrafen diese Konferenzen kaum große Angelegenheiten.

²⁾ a.a.O., S. 175 f. — Der Versuch, in diese Verhältnisse noch weiter einzudringen, wäre m. E. sehr lohnend. Severing berichtet auffallenderweise nichts darüber.

³⁾ a.a.O., S. 213 ff. Auch Severing, S. 157, bemerkt, daß sich Bebel nach 1907 im Gegensatz zu Singer mehr zur Rechten gehalten habe.

andere Fraktionen gegen Prinzipien der Partei verstoßen konnte. Sie war nicht einfach der der Gesamtpartei unterworfenen Arm derselben im Parlament, sondern sie stellte ein bevollmächtigtes Führungsorgan dar, das in eigener Verantwortung und aus eigener Initiative handelte. Die Abgeordneten waren primär nicht Herren ihrer Wähler, sondern Diener ihrer Partei, aber sie hatten zugleich an der Herrschaft über diese Partei maßgeblich teil, die Fraktion war nicht Diener greifbarer Parteigremien, sondern Diener der aus einem Geflecht vieler Faktoren bestehenden Gesamtbewegung. Die innere Bindung an die Partei, der lebendige Kontakt mit ihr war stärker als im bürgerlichen Lager, aber es gab nicht wie in kommunistischen Parteien eine Herrschaft der Partei über die Fraktion. Man kann normalerweise von einem labilen Gleichgewicht und einer Wechselwirkung zwischen Partei und Fraktion sprechen. Differenzen bestanden weniger zwischen Fraktion und Partei als in der Partei und in der Fraktion selbst. Die Verhältnisse entsprachen sich in beiden, der Teil- und der Gesamtkörperschaft, es bestand ein enger Konnex, der durch die Zusammensetzung der Fraktion aus Inhabern anderer Parteifunktionen noch besonders gestärkt wurde.

Freilich konnten vorhandene Tendenzen in der Partei und in der Fraktion verschiedenes Gewicht haben. Man kann für die Reichstagsperiode von 1903 bis 1907 z. B. sagen, daß die Reformisten in der Fraktion stärker als in der Partei waren und in ihr einen Rückhalt gegen den radikaleren Parteitag besaßen, und auch für die 90er Jahre gilt ähnliches¹⁾. Das wortradikale Zentrum, Bebel und der Parteivorstand, setzten den Parteitag gegen die reformistische Fraktionsgruppe ein, aber diese Spannung war normalerweise eher latent, in einen schroffen Gegensatz zur Partei wie unter dem Sozialistengesetz geriet die Fraktion nicht mehr²⁾. Sie stützte höchstens die in der Gesamtpartei noch schwachen Tendenzen. Nach 1907 spielte dieser Unterschied keine große Rolle mehr; gerade die Radikalen wehrten sich 1912 gegen die Verbannung der Fraktion vom Parteitag.

Die Fraktion war natürlich an die zumal in Parteitagbeschlüssen fixierte Parteitradition und an die Rücksicht auf die Resonanz der Mitgliedschaft gebunden, wie etwa in der gefühlsmäßig wichtigen Frage des Zu-Hofe-Gehens³⁾. In entscheidenden politischen Dingen, vor allem bei der Frage der direkten Reichssteuern 1909 und 1913⁴⁾, als es darum ging, ob das Durchsetzen einer innerpolitischen Reform vor dem Kampf gegen die Aufrüstung zu rangieren habe, und dann bei den Kriegskrediten hatte die Fraktion den Beschlüssen der Partei-

¹⁾ Der relativ radikale Singer bemerkte z. B. 1894, wie die Fraktion vervollmare, Adler, S. 163, ebenso beklagte sich Bebel über deren Reformismus, ebd., S. 80.

²⁾ Nur 1890/91, beeinflußt durch die Verhältnisse unter dem Sozialistengesetz, gab es noch die mindestens lautstarke Opposition der Jungen, die antiparlamentarisch in der Fraktion eine geradezu korumpierende Körperschaft sah. Vgl. o. S. 367.

³⁾ Immerhin befürworteten 1912 30 Revisionisten im Reichstag die Erfüllung höfischer Pflichten durch einen sozialdemokratischen Präsidenten, s. o. S. 382.

⁴⁾ Schorake, S. 265, s. o. S. 364.

tage, der -tradition und auch der diffusen öffentlichen Meinung der Partei gegenüber Entscheidungsfreiheit. In Ausnahmesituationen und beim Konflikt verschiedener Parteiziele miteinander — und im Unterschied von bürgerlichen Parteien eigentlich nur dann — konnte sie alleinverantwortlich handeln. Sie war der Zustimmung der Partei nicht selbstverständlich sicher, und das mußte ihre Haltung stark beeinflussen, aber sie konnte sie faktisch doch immer gewinnen, vor allem weil sie doch im großen und ganzen den Geist der Parteimehrheit repräsentierte.

4. Die Parteistruktur

Fassen wir abschließend die Struktur der Partei zusammenhängend ins Auge. Im Vergleich mit den bürgerlichen Parteien war sie ein straff organisierter, zentralisierter und disziplinierter Körper. Das war begründet in der intensiv erlebten Gemeinsamkeit, dem selbstverständlichen Vorrang von Solidarität und Einordnung vor konkurrierenden und divergierenden Einzelwillen, die in bürgerlichen Parteien bestimmten, das lag daran, daß die Partei Bewegung, Kampfverband war und daß sie sich unbewußt am Staatsaufbau orientierte. Aus der Selbstinterpretation der Partei ergab sich, daß sie nicht als Zusammenschluß von lokalen Gruppen existierte, sondern als Gesamtheit, dergegenüber die Ortsorganisationen nur den Charakter von Filialen hatten, diese waren weniger ihre Elemente als ihre Organe. Die Abgeordneten waren nicht Ausgangspunkt der Partei gewesen und ihr also überlegen, sondern ihr eingeordnet, sie waren daher nicht primär ihren Wählern und Wahlkreisorganisationen, sondern der Gesamtpartei verantwortlich. Die theoretischen und taktischen Prinzipien, deren Ausgestaltung für eine von der praktischen Politik ausgeschlossene Partei die entscheidende Bewegung darstellte, waren nicht der Auslegung von einzelnen Gruppen, sondern der Gesamtpartei überantwortet. Die Willensbildung war notwendig zentralisiert, aber so, daß mit den Wahlkreisvertrauensmännern die Gesamtpartei daran beteiligt blieb. Und weil die Bindung an die Prinzipien stärker als sonst die Parteizugehörigkeit bedingte, folgte auch hieraus seine straffe Disziplin, die sich etwa in dem sonst nirgends so institutionalisierten Ausschlußverfahren manifestierte, aber auch ohne diesen Extremfall beansprucht und geleistet wurde.

Der zusammengefaßte Gesamtwille des Kampfverbandes sollte in einer zentralen Führung verkörpert und gegenüber den Teilen auch machtvoll geltend gemacht werden, dem Einfluß der Wahlkreise auf die Zentrale stand der Einfluß der Zentrale auf Land und Mitglieder gegenüber. Die Größe der Organisation, Ergebnis der Einschätzung, die sie in der Partei genoß, schien eine einheitliche zentralistische Gestaltung dann — 1905 — erst recht erforderlich zu machen. Die einheitliche Regelung der Mitgliedschaft und der Organisationsverhältnisse in allen Wahlkreisen und die Einheitlichkeit im Schriftverkehr, der Anteil der Zentrale am Finanzaufkommen der Vereine und die Normierung von Mindestbeiträgen, die Pflicht der Organisationen zum Bericht an den Vorstand, seine

Rechte bei Schlichtungs- und Ausschlußverfahren, die Anstellung, Instruktion und Kontrolle der Parteisekretäre durch ihn, — das waren die Züge, die die zentralistische Struktur der Partei sicherstellten. Trotz der Bezirksorganisationen blieben die Wahlkreisführer direkt dem Vorstand verantwortlich. Dazu kamen die Möglichkeiten des Vorstandes, die Presse zu beeinflussen, in Wahlkreisangelegenheiten einzugreifen, Meinungen zu verwerfen, wenn sie von der Mehrheit oder der Parteitradition abwichen. In letzter Instanz sollte die Zentrale im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien in allen Fragen entscheiden¹⁾, und das war 1905 gegenüber föderalistischen Bestrebungen verstärkt und fixiert worden. Die durch Größe und Bürokratisierung bedingte natürliche Verlagerung des Schwerpunktes nach oben wurde dadurch weiter vorangetrieben. Die Entscheidungen über organisatorische und agitatorische Maßnahmen fielen in steigendem Maße in den Zentren der Partei, und das stärkte die Macht der Vorstände, zumal des Parteivorstandes, und seine Entscheidungsfreiheit wie seine Einflußmöglichkeit nahmen zu.

Einheitliche Organisation und durchorganisierter, vom Vorstand stark beeinflusster Apparat einerseits, zentralisierte Meinungsbildung und geforderte und geleistete Parteidisziplin andererseits bildeten so die Elemente des Zentralismus in der Partei. Und entsprechend war er in doppelter Hinsicht wirksam, er verstärkte die Bindung der unteren Organe an die Zentrale und band zugleich durch den Parteitag den Parteivorstand an die Partei, jedenfalls an ihre mittlere Führungsschicht, und stellte ihn unter deren Kontrolle.

Trotzdem gab es Gegentendenzen, wie sich das zunächst in den lebhaften theoretischen Auseinandersetzungen über Zentralismus und Disziplin zeigt. Kritik und Verteidigung dieser Erscheinungen waren dabei wesentlich von der politischen Linie der Flügel bedingt und auch, wenschon keineswegs allein, von ihrer Position als Majorität oder Minorität²⁾; das Ringen um die Politik und die Organisationsstruktur der Partei verflocht sich mit dem bloßen Kampf um die Selbstbehauptung und die Macht in ihr. Die Revisionisten sahen und fanden ein Betätigungsfeld für ihre Taktik vornehmlich in den Ländern und suchten daher deren Eigenständigkeit zu betonen; eine zentralistische Gleichschaltung, die nur den bürokratischen Machtstaat kopiere, binde, so erklärte Lindemann³⁾, die

¹⁾ Bei der Delegation zum internationalen Kongreß 1907 allerdings wurde nicht zentralistisch verfahren; die Bezirksorganisationen stellten die Parteidelegierten, Schorske, S. 80. ¶

²⁾ Gegen Michels, S. 174, der die Opposition gegen Zentralismus und Disziplin lediglich aus der Situation der Minorität erklären will. — G. A. Ritter weist, S. 61 f., zu Recht darauf hin, daß für die Stellungnahme zum Zentralismus auch andere Gesichtspunkte maßgebend waren, nämlich finanzielle. Parteiführer der auf zentrale Unterstützung angewiesenen Gebiete waren zentralistisch, andere aus finanzstarken Bezirken, wie Württemberg, waren antizentralistisch, da sie bei einer Zentralisation Gelder hätten abgeben müssen. R. überakzentuiert freilich dies Motiv, für Bayern gilt es nicht.

³⁾ Soz. Monatshefte, IX, S. 767 ff.; vgl. Ackermann, S. 98; Bronder, S. 37; Schröder, S. 48; auch die Tatsache der verschiedenen Vereinsgesetze spielte noch eine Rolle, die Süddeutschen wollten 1905 sich nicht durch einheitliche Organisation an das schlechteste dieser Gesetze, das preußische, binden.

Gesamtpartei an die politisch am wenigsten entwickelten Verhältnisse in Preußen, vernachlässige die süddeutschen Landesinteressen und begünstige so die preußische Vorherrschaft; man müsse die Länder als Ansatzpunkte des Fortschritts stärken, darum müsse die Partei genügend Bewegungsfreiheit für die Sonderaufgaben der Landespolitik lassen und föderalistisch organisiert sein. Solange die Revisionisten noch um ihre bloße Existenz zu kämpfen hatten, diene natürlich die Begünstigung des Föderalismus auch dazu, sich eigene, vom zentralistischen Druck der radikalen Majorität entlastete Domänen zu schaffen, wie das Vollmar und Grilleberger schon in den 90er Jahren in Bayern taten. Mit dem Föderalismus betonten sie stark die innerparteiliche Meinungsfreiheit¹⁾. Gegenwartsbezogener als die Traditionalisten wandten sie sich gegen eine zu starre Bindung an Prinzipien, gegen eine Vergötzung der Disziplin, die niemals Selbstzweck, sondern nur Mittel sein könne, da sie sonst nur geistloser Routine und einer erstarrenden Bürokratie Vorschub leiste; das Argument, Disziplin sei gegen den Mißbrauch der Freiheit notwendig, sei ausgesprochen reaktionär. Eine große Partei, eine Partei der Freiheit könne nicht engstirnig und einseitig sein, sie müsse eine gewisse breite Differenzierung, freie Bewegung und Fortschritt, Individualitäten und abweichende Meinungen anerkennen und jede Verketzerung vermeiden, die Einheit der Aktion bei Wahlen und in der Sozialpolitik genüge als zusammenschließendes Band. Taktisch war natürlich für diese Haltung auch wichtig, daß die Revisionisten vor allem Wähler zu gewinnen trachteten und keine lebendigen Kräfte von der Partei abschrecken wollten²⁾.

Während also die Revisionisten im Sinne ihrer Politik für eine föderalistische und liberale Interpretation der Demokratie eintraten und damit zugleich ihr Lebensrecht als Minorität verteidigten, wurde die Mehrheit zu einer Gegenbewegung für Verschärfung der Disziplin und des Zentralismus veranlaßt³⁾. Für sie war die Partei in erster Linie Kampfverband, der Einheitlichkeit erforderte, war prinzipiell und am revolutionären Programm orientiert, das nicht abgeschwächt werden sollte. Die Stabilisierung des Zentralismus und einer entsprechenden Bürokratie wurde gegen die Revisionisten von den Radikalen durchgesetzt, von eben den Radikalen, die später diese Bürokratie so scharf be-

¹⁾ Die Verbindung von beidem schon deutlich bei Vollmar in der Organisationsdebatte auf dem Parteitag 1890, Jansen, S. 38.

²⁾ Vgl. Ackermann, S. 83, nach revisionistischer Literatur; Heine in SM 1904, S. 283 ff., 1908, 1259 ff.; Bernstein, ebd., 1910, S. 1216; Bernstein sah in der antirevisionistischen Resolution von 1903 geradezu einen Beschluß gegen Überzeugungen und verglich sie sogar mit dem Sozialistengesetz, SM, 1903, S. 749 f.; Vollmar, Prot. 1905, S. 159. — In einem Beschluß der Chemnitzer Organisation hieß es 1903, „wir werden die unbedingte Freiheit der Kritik auch an Programm und Prinzip festhalten“, Heilmann, S. 288.

³⁾ 1890 waren zunächst die radikalen Oppositionellen antizentralistisch, sie verwarfen die projektierte Kontrolle der Presseorgane durch den Vorstand, weil sie darin eine Gefahr für die Freiheit ihrer Kritik sahen, Bernstein II, S. 318; Ackermann, S. 18 ff.; um des Parteiprinzips willen, das sie allein rein zu vertreten meinten, wehrten sie sich gegen die Disziplin in der Hand von Vorstand und Mehrheit.

kämpften. Die Bezirksorganisationen waren dabei nicht als eigenständige Institutionen gedacht, sondern eher als Organe der einen Gesamtpartei; daher wurden ihre Möglichkeiten 1905 sehr begrenzt definiert. Zugleich verschärfte auch das Unabhängigkeitsverlangen der Gewerkschaften, in der Massenstreikfrage z. B., das Verlangen der Radikalen nach Disziplin; nur so konnten sie hoffen, durch die gewerkschaftlich organisierten Parteimitglieder die Führung der Arbeiterbewegung zu behalten¹⁾.

Später verschob sich wie gesagt die Frontstellung. Die Radikalen, bisher strenge Wächter der Einheit und Disziplin, mußten, seitdem die zentralistische Bürokratie nicht mehr in ihrem Sinne arbeitete und seitdem sie die Partei auf die unorganisierte Masse stützen wollten, selbst von diesen Grundsätzen abrücken. Nun gingen sie mit der Sonderkonferenz gegen den Vorstand vor, und jetzt waren sie es, die damit den Protest der auf die Einheit der Partei eingeschworenen Mehrheit hervorriefen²⁾. Sie traten nun auch, da sie ihre Wirkungsmöglichkeiten verteidigen und sich ihrer Haut wehren mußten, für Liberalität in der Partei ein; so beanspruchten sie 1911, als die Parteileitung versucht hatte, die Angriffe der Parteipresse auf die Gewerkschaften zu verhindern, Pressefreiheit³⁾, so 1912 im Falle Radek Rechtsgarantien für die Meinungsfreiheit. Dagegen wurde für das Parteizentrum die Notwendigkeit der Disziplin gerade jetzt dringlicher. Gegen die badischen Budgetbewilliger führte der zum linken Zentrum sich haltende Hilferding aus, daß nur Organisation und Disziplin die in der Partei verkörperte Synthese zwischen Reformisten und Revolutionären sichere, nur durch sie Einheit möglich sei, und daß ein Verstoß dagegen auf der Rechten ähnliches von der Linken nach sich ziehen würde⁴⁾. Die Disziplin, die ursprünglich der Einheit der Partei so untergeordnet war, daß es gar nicht in Frage kam, die Revisionisten auszuschließen, schien jetzt eine Lebensnotwendigkeit, um die Einheit der Partei zu erhalten⁵⁾. Im Kriege verschob sich dann die Position vollends, nun war die Linke Verfechter innerparteilicher Freiheit, besonders ausgeprägt bei der Gründung der USPD, und trat ganz entschieden gegen die zentralistische Macht eines Vorstandes auf⁶⁾.

Natürlich ist auch praktisch der Zentralismus nicht so beherrschend gewesen, wie es nach dem Urteil seiner Anhänger und zumal seiner Gegner scheinen

¹⁾ Schorske, S. 50 f.; Kautskys Resolution von 1906 wollte jeden Parteigenossen durch die Parteitagsbeschlüsse in seiner gewerkschaftlichen Aktivität gebunden wissen, gerade dieser Satz wurde vom Vorstand beseitigt, s. o. S. 361.

²⁾ Schorske, S. 221 f.; die Radikalen konnten sich freilich — im Unterschied zu den Revisionisten — darauf berufen, daß sie zwar gegen den Vorstand, aber für die von der Partei anerkannten Prinzipien einträten. Ein Konflikt der Loyalitäten tauchte für sie als Möglichkeit auf.

³⁾ Vgl. Schorske, S. 203.

⁴⁾ Zitiert bei Schorske, S. 190.

⁵⁾ s. o. S. 357, S. 371 f., S. 374.

⁶⁾ Organisation im Klassenkampf, S. 44, vom radikalen Standpunkt: im Krieg hätte der Parteivorstand in einer prinzipiell demokratischen Partei die größtmögliche Toleranz walten lassen müssen.

könnte. Die Macht war faktisch verteilt zwischen verschiedenen Zentren. Die Wahlkreise hatten doch eine erhebliche Selbständigkeit bei Aufstellung der Kandidaten und bei Presseangelegenheiten, die Bezirke haben eine eigene Position gewahrt oder gewonnen, damit zwar die Unabhängigkeit der Wahlkreisorganisationen gemindert, aber sich doch, zumal politisch, gegenüber der Zentrale behauptet. Die Macht über die Kandidatenaufstellung, d. h. die Ergänzung des Führungsorgans Fraktion, und die Presse, d. h. die Meinungsbildung für die Mitgliedschaft, blieb zwischen Bezirks- und Wahlkreisinstanz verteilt. Die Verbindung zwischen Zentrale und Wahlkreis wurde durch die Bezirksorganisationen abgeschwächt und immer indirekter. Auch eine zentralistische Einheitlichkeit der Führung bestand eigentlich nicht; auch hier gab es faktisch ein System der mehrfachen, sich ausbalancierenden Machtzentren, der Gewaltenteilung zwischen dem Parteitag, dem Parteivorstand und der Fraktion. Im ganzen also stellte die Partei ein komplexes Gefüge von direkten und indirekten Einflüssen, Machtpositionen, von Autorität und Souveränität, formaler und informaler Verantwortlichkeit der verschiedenen Instanzen dar. Und in den häufigen Spannungen, in denen die Instanzen zueinander standen, vollzog sich die Bewegung der Partei. Die Mitglieder hatten normalerweise nur noch indirekten Einfluß, die Rechte, die ihnen in einem repräsentativen System zustanden, konnten sie kaum realisieren, der Vorstand und der zentralistische Apparat war zwangsläufig mitgliedern geworden, die Abwanderung der Macht von den Wahlkreisen schwächte ihre Stellung noch weiter. Die demokratische Mitbestimmung war im bürokratisierten Großbetrieb trotz der Machtverteilung schon stark eingeschränkt.

Neben und mit den institutionellen Machtzentren haben sich in der Gesamtpartei, in den Organisationen, unter den Führern, den Abgeordneten und in der Presse die Parteiflügel mit eigenen Zentren ausgebildet und in ständiger Bewegung und Verschiebung gegeneinander das Schicksal der Partei bestimmt. Auch diese Erscheinung zeigt, daß Zentralismus und Disziplin nicht das Gesicht der Partei bestimmten, wobei natürlich gerade die Flügelbildung das Überhandnehmen des Zentralismus verhindert hat. Führung, Disziplin und Prinzip spielten eine sehr große Rolle, aber auf die Dauer ging die Bewegung auch über sie hinweg. Die Einheit der Partei und die Einheitlichkeit ihrer Maßnahmen dort, wo sie insgesamt beteiligt war, d. h. im Reich, blieb allseitig anerkannt, und das bedeutete eine starke Klammer um die divergierenden Elemente, bedeutete Widerstand und Hemmung für jeden eigenen Weg. Die Autorität des Vorstands, der diese Einheit zu wahren hatte, wurde dadurch erhöht, aber die Disziplinierung des Handelns und Redens in der Partei blieb doch auf einzelne und extreme Fälle beschränkt. Der demokratische Zentralismus wurde nicht zum Absolutismus der Mehrheit, sondern ließ die Freiheit von einzelnen und Minderheiten, die lebendige Gruppenbildung in der Partei bestehen, wenn auch im Wahlkreis oder im Bezirk keineswegs Toleranz, sondern ein rigoroser und den einzelnen schwer treffender Richtungswille gegen jede Abweichung herrschte, wenn auch von den Partei-

publizisten häufig über Unduldsamkeit des Vorstandes geklagt wurde, wenn auch die Pressekommissionen und Vorstände manche diktatorischen Befugnisse hatten. Das konnte die freie Entwicklung hemmen, aber die — föderalistisch gesicherte — Vielfalt der Partei gab doch allen eine Möglichkeit. Man kann von einem immer wieder sich einstellenden Gleichgewicht zwischen Disziplin und Liberalität, zwischen Zentralisierung und Unabhängigkeit der einzelnen Glieder sprechen.

Die Bindungen von unten nach oben waren, soweit es die örtlichen Führer als die allein aktiven Parteibürger betrifft, lebendig, institutionell gesichert im Parteitag als dem obersten Organ der Partei, informell dadurch, daß die Führung durch Resonanz getragen, durch spontane Aktionen im voroffiziellen Raum bewegt wurde. Die Unterführer waren nicht einfach die Beauftragten der Zentrale, die Stütze ihrer Macht, sondern ebenso oft fungierten sie als Kontrollinstanz. Freilich hatte die Freiheit der Führung und ihr Einfluß auf die Grundorganisationen doch stärkeres Gewicht als ihre Gebundenheit und der umgekehrte Einfluß. Aber auch die relativ unabhängigen Führungsinstanzen repräsentierten im Grunde die durchschnittliche Meinung der Parteimitglieder. Die Bindungen innerhalb der Partei waren also im Vergleich zu bürgerlichen Parteien relativ straff, aber verglichen mit der späteren Entwicklung doch locker genug, um ein freies Spiel vielfältiger Kräfte, in dem sich die Einheit zunächst noch herstellte oder erhielt, zuzulassen.

Versucht man die Organisation nach ihrer Funktionsfähigkeit zu beurteilen, so war es gelungen, eine hervorragend arbeitende Wahlmaschine auszubauen und einen hohen Prozentsatz der Parteiwähler heranzuziehen. Die Gefahr des leeren, allmählich erstarrenden Organisationsbetriebes fiel noch nicht stark ins Gewicht, da er für die Mitgliedschaft noch von der Zukunftsperspektive der Organisation getragen und überformt wurde. Das Austragen von Gegensätzen und die freie Fortentwicklung der Partei war, soweit das institutionell möglich erschien, gewährleistet, Selbständigkeit und Gebundenheit der Führung gingen, ohne der Belastung durch praktische Politik ausgesetzt zu sein, relativ ausgewogen zusammen. Freilich gefährdete die sich verschärfende Auseinandersetzung zwischen den Flügeln zuletzt die Einheit der Partei, die einheitliche Organisation wurde zur Domäne einer Gruppe, des vom Radikalismus zum Reformismus tendierenden Parteizentrums, und konnte den Ansprüchen der radikalen Opposition, die sich nicht wie die Revisionisten mit Duldung und regionalen Erfolgen begnügen konnte, da sie gerade einheitliche Aktion wollte, nicht mehr gerecht werden. Die von der Einheit und der Autorität des Parteivorstandes früher überlagerte politische Auseinandersetzung wurde zuletzt zum Kampf um die Macht in der Partei und gegen den Parteivorstand. Die schließliche Parteispaltung war auch durch das Zusammentreffen von einheitlicher Organisationsstruktur und Flügelbildung bedingt. Aber die Sicherung der Parteieinheit konnte kaum ein institutionelles Verfahren leisten, sie blieb ein politisches Problem, für das die Institutionen Raum schufen, und man möchte meinen, daß Offenheit und Freiheit

in der Partei ihre Einheit bei den Belastungen der Vorkriegszeit besonders lange erhalten haben. Das große Negativum der Organisationsstruktur war die Führungsauslese und Bürokratisierung, die allmähliche Machtverlagerung auf die Parteibürokratie, in der das verwaltende oder doktrinär-beurteilende Element vor dem eigentlich politischen, initiative- und energiebegabten aktivistischen Element den Vorrang hatte. Dieser Zug im Organisationswesen ist 1918 und nachher dann besonders zur Geltung gekommen.

Schluß

Die organisatorische Struktur der politischen Parteien war bedingt von historischen, politischen, technischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten, und sie wandelte sich mit diesen Gegebenheiten. Zugleich hat diese Struktur, die einem bestimmten politisch-sozialen Zustand entsprach, solchen Zustand fixiert und seine Fort- und Umbildung mitgeprägt. Das Hilfsmittel politischer Gestaltung wurde selbst ein eigenständiger Faktor dieser Gestaltung.

Die deutschen Parteien waren geprägt von ihrer Herkunft aus philosophischen Schulen. Sie hatten, in Erlebnis und Überzeugung gegründet, die Tendenz, Programmunterschiede scharf auszuarbeiten. Daher waren sie nicht Cliques von Abgeordneten, die sich wiederum auf lokale Cliques stützten, wie z. B. in Frankreich. Vielmehr beförderte die Bindung an Programme eine anfangs rudimentäre, später durchgebildete nationale Organisation.

Die Parteien waren geprägt von den besonderen Bedingungen des deutschen Staatslebens. Gemäß dem föderalistischen Staatsaufbau waren auch die Parteien föderalistisch organisiert; infolgedessen gab es in jeder Partei mehrere politische Zentren, und daraus ergab sich schon sehr früh — verglichen mit zentralistischen Staaten — eine gewisse Nötigung zu einer koordinierenden zentralen Organisation. Auch der Dualismus Reich/Preußen wirkte in dieser Richtung auf die Parteien; zudem hat er ihr inneres Gefüge häufig bestimmt und bewegt.

Weiter waren die Organisationen geprägt von der Stellung, die die Parteien im halbkonstitutionellen Staat einnahmen. Sie hatten keine Verantwortung, keine Führungsposition, sie verfügten über keine Ämter. Sie wurden durch den Mangel an großen Aufgaben in gewisser Weise ausgehungert und verkümmerten in ihrer eigentlichen Funktion. Der Obrigkeitsstaat mit seinen militaristischen Zügen, mit seiner Akzentuierung des Nationalen, mit seiner Selbstinterpretation als „überparteiliches“ Gebilde galt mehr als die Parteien, der Pluralismus der modernen Gesellschaft und ihrer politischen Kräfte wurde nicht als Notwendigkeit eingesehen, sondern nur als Mangel erfahren. Machtlosigkeit, fehlende Verantwortung und geringe Geltung bestimmten die Struktur der Parteien in mehrfacher Hinsicht. Sie verloren an Anziehungskraft, nach der Reichsgründung brachten sie, jedenfalls aus dem bürgerlichen Lager, kaum einen großen Führer mehr hervor. Die Haltung der für die Willensbildung so wichtigen mittleren Führungsschicht wurde in zu starkem Maße retrospektiv, an die Stelle eines perspektive entwerfenden und verantwortenden Willens trat das bloße Rasonieren. Die Bürger wurden durch die Parteien nicht wirklich politisiert; der Rang des Politischen in der bürgerlichen Wertskala blieb gering, zumal auch die

scheinbare Stabilität der herrschenden Ordnung, Wohlstand, Aufstiegschancen und das Fehlen von ernsthaft erlebten Krisen in dieser Richtung wirkten. Der Typus der Honoratiorenpartei mit lockeren Bindungen, schwacher Ausrichtung auf den Machtkampf, wenig ausgebautem Apparat und Honoratiorenführung blieb — im Gegensatz etwa zu Apparatparteien, wie sie in den USA existierten — länger bestehen, als es der gesellschaftlichen Situation angemessen war. Die Integrationsfunktion der Parteien wurde nur schwach ausgebildet. Endlich wurde die Partei im Parlament nicht endgültig und tiefergreifend in den Konflikt zwischen Prinzip und Opportunität hineingezogen, beides konnte, da es eine Regierung gab, der man alle Schuld zumessen konnte, relativ unangefochten nebeneinander bestehen. Die Parteiführung blieb wie in der Frühzeit des Parteiwesens im wesentlichen fraktionell; kaum je kam es zu Krisen, in denen die Parteinstanzen sich entschieden gegen die Fraktion kehrten.

Bis zu einem gewissen Grade ist selbst die Riesenorganisation der SPD, die unter den sozialistischen Parteien durchaus die stärkste war, auch durch den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat bedingt gewesen. Als Machtstaat provozierte er eine solche Machtorganisation, zumal nach dem Sozialistengesetz, als Rechtsstaat ließ er ihr Raum. Daneben waren gesellschaftliche Bedingungen maßgebend und vielleicht auch eine historisch bedingte spezifisch deutsche Einschätzung des Wertes der Organisation. Das Vorbild der SPD wiederum hat dann die Organisationsbemühungen der andern Parteien entscheidend beeinflusst.

Schließlich wirkte sich auch der stillschweigende Wandel der Verfassung auf die Entwicklung der Parteiorganisationen aus. Dem Machtgewinn des Reichstags, dem freilich das Entscheidende, die korrespondierende Verantwortlichkeit fehlte, entsprach zumal die zunehmend größere Geschlossenheit der Fraktionen. Im übrigen begünstigte dieser Machtgewinn weiter den Eintritt der Massen in die Politik — und das änderte Aktivität und damit Struktur der Parteien.

Die Parteiorganisationen waren geprägt vom Wahlsystem und vom Wahlrecht. Infolge der Mehrheitswahl waren die Wahlkreisorganisationen Grundeinheiten der Parteien und behielten, begünstigt durch das reaktionäre Vereinsrecht, große Unabhängigkeit; bei ihnen lag primär die Ergänzung des Führungsorgans Fraktion, die Zentralen waren ihnen gegenüber schwach. Infolge des Stichwahlsystems bildeten sich Mittelinstanzen aus, die allmählich an Macht gewannen. Infolge der seit 1867 (1871) unveränderten Wahlkreiseinteilung waren die Parteien institutionell und sozial in besonderem Maße von ländlichen Verhältnissen geprägt; ihre Organisationen blieben noch lange an der vergehenden Gesellschaftsordnung einer vorindustriellen Welt orientiert, und eine Umbildung, wie sie der sozialen Umschichtung entsprochen hätte, wurde verzögert. Auch die im Kampf gegen den bestehenden Staat und die bestehende Gesellschaft erwachsene SPD hat sich diesen Gegebenheiten des Wahlsystems anpassen müssen. — Am stärksten hat natürlich die Geltung des allgemeinen Wahlrechts die Parteien beeinflusst. Das war, zumal seitdem es sich voll auswirkte, ein Motor zur Demo-

kratisierung der Organisation, zum Aufbau einer großen Mitgliederpartei, wenn nicht Massenbewegung, und zur innerparteilichen Emanzipation der Unterschichten; zugleich zwang es zum Auf- und Ausbau der Organisation für einen verschärften Wahlkampf, zur Bildung der ersten Elemente eines Apparates und zueiner relativ rationalen Finanzgebarung.

Die Parteiorganisationen waren schließlich geprägt von der gesellschaftlichen Lage und Entwicklung. Der älteren, ständisch und beruflich gegliederten statischen Gesellschaft mit starker Orientierung an der Persönlichkeit, mit anerkannten Führungsschichten und politisch nicht emanzipierten Massen entsprach die ältere Form der Parteiorganisation, die Honoratiorenpartei. Diesem Parteityp aber fehlte unter den Bedingungen der deutschen Staats- und Bildungstradition eine breite Schicht von Notabeln, die über genügend politische Einsicht und Fähigkeit verfügten; die unzureichende Führungsauslese war auch gesellschaftlich begründet. Die Mobilisierung der Gesellschaft, die Umschichtung, die auch im Bürgertum das Schwergewicht von den Selbständigen auf die Abhängigen verlagerte, die Entstehung der industriellen Massengesellschaft mit ihrer starken Differenzierung und ihren neuen Wertungen und Ansprüchen also, hat die Parteiorganisationen wesentlich verändert, und zwar in der Richtung, in der auch das allgemeine Wahlrecht wirkte. Die Parteien mußten die Interessenintegration stärker institutionalisieren, ja überhaupt sich stärker sozial fundieren; Massen wurden durch Interessen gebunden. Die Parteien mußten sich demokratisieren und sie mußten, um dem Eintritt der Massen in die Politik gewachsen zu sein, festere Organisationen bilden, die Organisationstechnik mußte dazu beitragen, die Partei zusammenzuhalten.

Staatliche und gesellschaftliche Wirklichkeit also bedingten die Parteistruktur. Beide standen in Spannung zueinander und wurden von gegenläufigen Tendenzen bewegt. Obrigkeitsstaat und Massengesellschaft, feudal-bürokratische Regierung und Demokratisierung des allgemeinen Lebens, ausgebliebene — verspätete — Parlamentarisierung und früh eingeführtes — verfrühtes — allgemeines Wahlrecht — diese Diskrepanzen charakterisierten das Verhältnis von Staat und Gesellschaft im wilhelminischen Zeitalter. Von ihnen waren auch die Parteiorganisationen bestimmt. Deren Ausrichtung auf die Stellung der Parteien im Obrigkeitsstaat und die Benachteiligung der großstädtischen Kreise, dann natürlich auch die Beharrungskraft älterer Institutionen und der konservative Charakter einer älteren Führungsschicht bewirkten, daß ältere Strukturelemente über ihre Zeit hinaus erhalten blieben, obwohl gleichzeitig natürlich die Organisationen auch modernen Erfordernissen angepaßt wurden. Daraus ergab sich das Gemenge von traditionellen und modernen Elementen, die Überlagerungen und Verzögerungen, die Zwiespältigkeiten und die halben Lösungen. Die Parteien wurden Massenbewegungen; aber die Massen konnten in Nebenverbänden organisiert und neutralisiert werden, die so aufgebauten „Rahmenparteien“ hielten die ältere Organisationsstufe fest und waren zugleich — ganz modern —

Kader für Werbung und Organisation in einer Massengesellschaft. In allen bürgerlichen Parteien hielt sich das Honoratiorentum neben und in Apparat und Massenorganisation, eine eigentliche Synthese oder einen vermittelnden Übergang aber gab es nicht. Man suchte, Massen zu organisieren, aber sie sollten im Grunde passiv bleiben; die ältere Führungsschicht, ohne starken Machtwillen und gebunden ins Bestehende, hielt ihren Einfluß, in der Abschirmung der Zentralen durch einen Filter von Zwischeninstanzen verbanden sich Honoratiorentum und moderne Organisationstechnik. Die innerparteiliche Demokratisierung unterblieb oder sie wurde verspätet eingeleitet oder wurde zu schnell bürokratisch überlagert. Die Führungsauslese und die Ermöglichung von Führung kam nicht in Auseinandersetzung mit der Massengesellschaft zustande, hier herrschten weitgehend Honoratiorengesichtspunkte, die von dem aufkommenden Apparat höchstens zünftlerisch verengt wurden.

Es ist selbstverständlich, daß die Organisationsstruktur der Parteien auf den politisch-gesellschaftlichen Zustand zurückwirkte. Sie hielt die durchgreifende Politisierung und Demokratisierung und die schnellere Emanzipation der neuen Schichten auch an ihrem Teil hintan. Wegen ihres lockeren Gefüges blieb die Integrationskraft der Parteien schwach, ihre Führungsauslese brachte keine großen Führer hervor. Sie stärkten damit ungewollt die Fiktion von der Überparteilichkeit des Staates und die Geltung des kaiserlichen, militärischen, bürokratischen Regimes.

Die Disparatheit des politisch-sozialen Zustands vor 1914 hat auch die Parteiorganisationen geprägt und ist von diesen mitgeprägt worden. Staat und Gesellschaft fielen auseinander. Die Politisierung war eine gefährliche Halbheit geblieben, zwischen Nur-Staat und Nur-Gesellschaft schwankte der Bürger zu leicht hin und her. In den Parteien gab es viel redlichen politischen Willen, aber wenig Perspektiven, wenig Fähigkeit, Ziele durchzusetzen, wenig Wille zur Verantwortung und wenig Sinn für diese. Die Machtverteilung in den Parteien erfüllte nicht ihre mögliche (Kontroll-)Funktion, weil Macht nicht wirklich erstrebt und ausgeübt wurde. Die Parteien blieben im ganzen zu sehr Gesellschaft und wurden „zu wenig Staat“ (S. Neumann). Das bedingte ihre Organisationsstruktur, wie es durch diese wiederum bedingt war.

Die Revolution von 1918 hat die verfassungsmäßigen, die politischen und die gesellschaftlichen Bedingungen, von denen Parteiensystem und Parteiorganisation bestimmt waren, entscheidend geändert. Die Parteien übernahmen mit der Parlamentarisierung den Staat. Die Mehrheits- und Personenwahl wurde durch die Verhältnis- und Listenwahl ersetzt; die ungerechte Wahlkreiseinteilung fiel fort. Die als nationale Katastrophe empfundene Niederlage und ihre Folgen, der Kampf um die Revolution und die Stabilisierung der Republik, die scharfen Interessenkonflikte um die Umverteilung des geschmälerten und krisenbedrohten Volksvermögens und -einkommens — all das führte zu einer außerordentlich starken Politisierung der Wählerschaft; weil Staat und Gesellschaft sich in einem

labilen Zustand befanden, wurde Politik für viele zu einem vordringlichen Gegenstand überprivater Aktivität und Hoffnung. Wenn auch der politischen Revolution keine Umwälzung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse direkt entsprach, so war doch die durch das bisherige System gestützte Privilegiengesellschaft politisch einstweilen zusammengebrochen; die mobilisierte Gesellschaft des Industriestaates wurde politisch maßgebend, an die Stelle traditioneller Autorität trat endgültig ideologisch das Prinzip der Gleichheit, dem man gerecht werden mußte. Unter dem Einfluß dieser neuen Bedingungen haben sich die älteren Parteiorganisationen gewandelt.

Für die Parteien der Autorität stellte sich jetzt erst eigentlich das Problem der Organisation von Parteimitgliedern. Die Konservativen konnten ihren gesellschaftlichen Einfluß bei den Wahlen nicht mehr direkt einsetzen, die Unterstützung der Verwaltung war fortgefallen, die Bevorzugung der Landkreise hatte aufgehört. Der Verlust an überkommener Macht mußte durch Organisation und Apparat ersetzt werden. Die Nachfolgepartei, die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), hat als Partei des Monarchismus, des Anti-Parlamentarismus und des extremen Nationalismus die soziale Basis der Rechten durch den Einbruch in breite Kreise der städtisch-industriellen Gesellschaft einschließlich der Arbeitnehmerschaft entscheidend verändert. Sie mußte deshalb zu modernen Formen der Organisation übergehen, zumal ein agrarischer Interessenverband jetzt nicht mehr die Funktionen einer Parteiorganisation übernehmen konnte. Die antidemokratische DNVP mußte sich der Methoden der Demokratie bedienen; sie hat eine große Parteiorganisation mit breiter Mitgliederbasis aufgebaut, in die Führung rückten nun eher Leute ein, die durch eigene politische Aktivität in der Partei aufgestiegen waren. — Das Zentrum ist — ebenso wie die Bayrische Volkspartei (BVP) — formal dazu übergegangen, die Partei auf voluntaristischer Grundlage, also mit Beitrittsfreiheit von Mitgliedern, zu organisieren. Der Volksverein verlor seine Funktion als der Partei affilierte Massenorganisation; da der Prozentsatz der Zentrumswähler unter den deutschen Katholiken erheblich abnahm (von 65% 1907 sank er auf 48%, 39% der Männer, 1928, einschließlich der BVP-Wähler) konnte er kaum noch lediglich eine Partei stützen; seine Aktivität, sein Ansehen, seine Mitgliederzahlen gingen bedeutend zurück. Aus den Komitees der Partei wurden Orts- und Kreisverbände. Faktisch vollzog sich aber der Übergang zu einer Mitglieder-, ja Massenpartei nur sehr langsam. Im Volksverein empfand man eigene Zentrumsvereine doch als bedrohliche Konkurrenz, darum hielt man sich in vielen Landesteilen mit ihrer Gründung stark zurück. Eine expansive Tendenz hatten die neuen Organisationen nicht. Der Einfluß der Mitglieder wurde durch die innerparteilichen Wahlverfahren, vier- bis fünffach gestufte Delegiertenwahlen, durch das beibehaltene Kooptationsrecht und die Orientierung an älteren ständischen Prinzipien der Parteiorganisation hintangehalten oder beschränkt. Immerhin wurde die Partei einheitlich aufgebaut, mit demokratischen Verfahren wurden die lokalen Führungs-

kreise stärker an der innerparteilichen Meinungsbildung beteiligt, zentrale Instanzen wurden endgültig institutionalisiert, ein Parteivorstand ging aus der Wahl eines Parteitages hervor, die Parteiorganisation blieb nicht länger bloßer Unterbau der Fraktion, sondern wurde ein eigenständiger Machtfaktor neben dieser. Im ganzen nahm die Partei jetzt eine Zwischenstellung zwischen Mitglieder- und Rahmenpartei ein.

Weiter verschafften die allgemeine Politisierung und die Parlamentarisierung den Parteien erhöhte Resonanz. Das führte zu einem starken Anstieg der Mitgliederzahlen der Organisationen und sogar zu einem vergrößerten Anteil der Aktivbürger an der durch die Einführung des Frauenstimmrechts und die Herabsetzung des Wahlalters stark erweiterten Wählerschaft. Gerade in den Krisenjahren nach 1918 waren die Mitgliederzahlen sehr hoch, und zwar auch bei den Rechts- und Mittelparteien, allerdings war auch die Fluktuation ziemlich stark. Die DNVP rechnete 1922 mit ca. 700 000 (16,4% der Wähler von 1920), 1923 mit ca. 930 000 Mitgliedern (16,3% von 1924; die letzte Zahl ist — im Inflationsjahr! — nur aus einer ganz laxen Beitragspraxis verständlich), die Deutsche Volkspartei (DVP) gibt Anfang 1919 100 000 (7,4%), Ende 1919 470 000, 1920 800 000 Mitglieder (20,4%) an; die Deutsche Demokratische Partei (DDP) hatte Ende 1919 knapp 800 000 Mitglieder (14,1% von 1919, 34,2% von 1920); die SPD: 1918 249 000, 1919 1 012 000 (8,8%), 1920 1 180 000 (19,5%), 1921 1 221 000, 1922 1 174 000, 1923 nach der Vereinigung mit der USPD 1 261 000 Mitglieder (20,9% von 1924), die USPD 1918 100 000, 1919 300 000 (12,8%), 1920 893 000 (17,6%), 1921 300 000, 1922 291 000 Mitglieder, die KPD 1920 79 000 (13,8%), 1921 360 000, 1922 326 000, 1923 225 000 Mitglieder (6,1% von 1924). 1920 mögen 4 bis 4,5 Millionen parteipolitisch organisiert gewesen sein, das wären 14,1 bis 15,9% der Wähler des gleichen Jahres. Im Zuge der relativen Stabilisierung der Republik gingen die Mitgliederzahlen zurück, zumal bei den bürgerlichen Parteien. Die politische Bewegung, die aus Hoffnung, Umgestaltungswille und auch Karrieredenken in die Parteien mündete, war verebbt, Mitgliederbeiträge wurden nach der Inflation härter empfunden, persönliche Festlegung war innerhalb der Mittelparteien doch nur Ausnahme gewesen, es gelang diesen nicht, die Organisationsunwilligkeit des Bürgertums zu überwinden. Endlich hat auch der Parteibetrieb manche Neugewonnenen wieder abgestoßen, so hat die SPD den großen Strom der sogenannten Novembersozialisten von 1918 nicht halten und nur gerade durch USPD-Mitglieder ausgleichen können. Die KPD blieb bewußt Kaderpartei. Erst der Aufstieg der NSDAP hat den Organisationsgrad der Wählerschaft wieder gesteigert. DNVP und DVP geben für die letzten Jahre der Republik keine Mitgliederzahlen an, bei der DVP rechnete man mit weniger als 5% der Wähler (vielleicht 120 000 Mitglieder). Die DDP hatte 1927 117 000 Mitglieder (6% der Wähler von 1924, 7,7% von 1928), die SPD 1925 844 000 (10,7%), 1928 937 000 (10,2%), 1932 1 050 000 (13,1% der Juliwähler), die KPD 1931 200 000 (4,3% von 1930),

1932 320 000 (6% der Juliwähler), die NSDAP 1930 300 000 (4,7%), 1932 1 200 000 (8,8%). 1928 mag die Zahl der organisierten Wähler zwischen 1,5 und 2 Millionen gelegen haben (5 bis 7,5%), 1932 zwischen 3 und 3,5 Millionen (9 bis 10,5%).

Nachdem die Bevorzugung der ländlichen Wahlkreise weggefallen war, nachdem der Obrigkeits- vom Volksstaat abgelöst war, nachdem die Orientierung der Gesellschaft an einer älteren vorindustriellen Ordnung der Autoritäten weitgehend aufgehört hatte, mußten die bürgerlichen Parteien mit ganz anderer Dringlichkeit als bisher trachten, sich als „Volksparteien“ auszuweisen. Sie mußten ihre Struktur endgültig der modernen Gesellschaft anpassen. Die Reste des Honoratorentums innerhalb der Parteien wurden durch eine Geltung abgelöst, die auf innerparteilicher Leistung oder auf Vertretung von Interessenverbänden beruhte. Die Ansätze zur innerparteilichen Emanzipation der bisherigen Unterschichten wurden fortgeführt und erweitert. Zu Ergebnissen kam das freilich im wesentlichen auf dem Umweg über Gewerkschaftsverbände, denen DNVP, DVP, Zentrum und DDP, und zwar auch in den höheren Instanzen, jetzt eine stärkere Stellung einräumten. Mit der zunehmenden Reaktion und den zunehmend anti-sozialistischen Tendenzen des Bürgertums in den letzten Jahren der Republik tritt diese Rücksicht auf Arbeitnehmervertreter dann wieder zurück, zumal bei den rechtsstehenden Parteien.

Alle Parteien, unabhängig von ihrem Mitgliederstand, bauten ihre Institutionen und ihren Apparat stärker aus. Die Wahlkämpfe waren — schon mit der Demokratisierung der Landtags- und Kommunalwahlen — häufiger, mit der Machtübernahme der Parteien und der ansteigenden Politisierung heftiger geworden, auch zwischen den Wahlen wurde die Wählerschaft vielfach leidenschaftlich von politischen Fragen bewegt. Die Kosten des politischen Betriebes stiegen immer weiter an, jedenfalls für die Parteien, die nicht, wie SPD und Zentrum, über einen relativ sicheren Wählerstamm verfügten; für 1928 berechnet und schätzt Morus-Lewinsohn, und zwar eher zu niedrig, die Ausgaben einiger Parteien: DNVP 5 Millionen (1,15 RM pro gewonnene Wählerstimme), DVP 3 750 000 (1,40), Zentrum 1 250 000 (0,33), DDP 2 100 000 (1,40), SPD 2 570 000 (0,27). Die Finanzierung der bürgerlichen Parteien blieb im wesentlichen unabhängig von den Mitgliederbeiträgen. — Die Parteien waren mehr denn je als Kampforganisationen gefordert und mußten versuchen, ihre Aktivität danach zu richten, sich stärker zu rationalisieren, zu bürokratisieren und zu zentralisieren. Die Zahl der Parteisekretäre stieg weiter an; die DNVP gibt für 1920 500 Parteisekretäre an, ihre Fähigkeit wird allerdings parteiamtlich nicht sehr hoch eingeschätzt; das Zentrum besaß 1925 60 Parteisekretariate; die SPD hatte 1928 1387, die damals schon recht zusammengeschmolzene DDP 48 Parteisekretäre (1920 hatte man 148 für notwendig gehalten). Die DNVP hat einen sehr modernen Agitationsapparat aufbauen können. Bei den liberalen Mittelparteien blieb der Apparat der Parteisekretäre unzureichend, die Agitations-

methode veraltet; eingesetzte Geldmittel konnten diese Mängel nicht ausgleichen; der Apparat war nicht getragen von einer aktiven Parteiorganisation, und er konnte deren Schwäche nicht wettmachen.

Auch die Zentralen wurden weiter ausgebaut. Fast alle Parteien gründeten eigene Bildungs- und Schulumrichtungen. Man bildete besondere Frauen- und Jugendausschüsse — diese waren mit den Organisationen der Parteijugend verbunden — und weitere Ausschüsse für Kommunalpolitik, Kultur oder Presse; damit wollte man die Parteipropaganda arbeitsteilig organisieren, bestimmte Gruppen an die Partei stärker binden und die Arbeit von Parteimitgliedern, die im gleichen Lebensbereich tätig waren, koordinieren oder für die Gesamtpartei fruchtbar machen. In einigen Parteien wurden solche Sonderorgane für bestimmte Berufs- und Wirtschaftskreise und die entsprechenden Verbandsvertreter eingerichtet, sie sollten — neben der Bindung an die Partei — die immer schwieriger werdende Integration der Gruppenziele und -interessen in der Gesamtpartei vorbereiten.

Der Ausbau der Organisation, vor allem aber das veränderte Wahlsystem führte dazu, daß die Entscheidungsbefugnisse und damit die Macht innerhalb einer Partei von den unteren (Orts- und Wahlkreis-) auf die mittleren und zentralen Instanzen übergingen. Die Kandidatenlisten in den 35 Wahlkreisen, die in 16 Wahlkreisverbänden zusammengeschlossen waren, wurden von mittleren Instanzen aufgestellt, die Zentrale hatte darauf einen gewissen Einfluß und konnte im übrigen über die Reichsliste ihre Leute durchbringen. Damit ging einmal der Einfluß der Mitglieder stark zurück, die mittlere und obere Führungsschicht und die Parteisekretäre, der Apparat im weiteren Sinne, wurden innerhalb der Organisation ausschlaggebend. Zum andern verlor der einzelne Abgeordnete viel von seiner bisherigen relativen Unabhängigkeit. Er hatte für seine Wiederwahl nicht mehr lediglich mit seiner — kleinen — Wahlkreisorganisation zu rechnen, die er auch bei Spannungen doch in sehr vielen Fällen noch hinter sich bringen konnte, sondern war auf die höheren Instanzen angewiesen.

Die Übernahme der Herrschaft durch die Parteien hat im ganzen nicht, wie man meinen könnte, Macht und Unabhängigkeit der Fraktionen verstärkt. Die Spannungen zwischen ihnen und den Organisationen im Lande nahmen zu. Die Abgeordneten trugen Verantwortung, sie waren an die realen Möglichkeiten gebunden, auf Kompromisse angewiesen und — natürlich — auf einen Anteil an der Macht bedacht, während Mitglieder und Funktionäre mehr an Grundsätzen und Interessen orientiert waren, ihr politischer Maßstab eher die parteitreue Gesinnung blieb und ihr Sinn für den Anteil an der Macht gering entwickelt war. Infolge dieses Gegensatzes gewannen die Zentralorgane einer Fraktion gegenüber an Eigenständigkeit und Bedeutung, sie konnten geradezu als Gegeninstanzen gegen die Fraktion fungieren, diese wurde in ihrer Unabhängigkeit beschränkt. Dieselbe Folge ergab sich noch aus einer anderen Entwicklung. Die innerparteilichen Kontroversen und Konflikte wurden schärfer. Mit dem

Fortfall der „überparteilichen“ Beamtenregierung, den wirtschaftlichen Krisen und dem zunehmenden Einfluß von Verbänden wurde die innerparteiliche Integration divergierender Interessen sehr viel schwieriger. Mit der allgemeinpolitischen Krisenhaftigkeit und der jetzt ausschlaggebenden Bedeutung von Parteientscheidungen verschärfte sich der Kampf von Flügeln um Linie und Orientierung einer Partei. In den Konflikten um Interessen und Richtung mußte die Einheit der Partei hergestellt werden, das konnte angesichts der politischen Funktion der Parteien nicht mehr durch bloße Aussprache oder durch Einigung auf Formeln geschehen, sondern nur durch Beschlüsse. Sie fielen den oberen Parteinstanzen zu. Dadurch gewannen diese wiederum an Macht, und zwar auch gegenüber der Fraktion. In Krisen mußten sie notfalls sogar zu disziplinarischen Maßnahmen greifen.

Auseinandersetzungen zwischen Fraktion und zentralen Parteiorganen, Druck der Partei im Lande auf die Fraktionspolitik und verbindliche Entscheidungen der Zentralinstanzen über Sach- und Personenfragen spielen deshalb in der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle. Die Entscheidung über außerparlamentarische Fragen, wie die Reichspräsidentenwahl oder die Volksbegehren, wurde von den Parteivorständen und Parteiausschüssen getroffen. Parteivorsitz und Vorsitz der Reichstagsfraktion wurden öfter getrennt, so 1928 im Zentrum und in der DNVP, und das hatte durchaus politische Gründe.

Für die einzelnen Parteien geben wir eine Reihe von Beispielen. Der Parteitag der BVP hat 1920 die Reichstagsfraktion gegen ihren Willen zur Auflösung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum gezwungen. Die Opposition des Wirthflügels im Zentrum gegen den Rechtskurs in der Zeit des Bürgerblocks (1924 bis 1928) hat zu scharfen Auseinandersetzungen auf Parteitag, im Parteiausschuß und im Lande geführt, die bis zu Sezessionen gingen und die auch die Wahl des Parteivorstandes beeinflussten; die Fraktionen haben dem Rechnung tragen müssen. 1928 hat der Parteitag in einer Kampf Stimmung, ohne daß der uneinige Parteiausschuß einen Vorschlag gemacht hätte, den Prälaten Kaas zum Parteivorsitzenden gewählt, und zwar gegen Joos, den Kandidaten der Katholischen Arbeitervereine, und in zweiter Linie gegen Stegerwald, den Kandidaten der Gewerkschaften. Damit war eine der wesentlichen Entscheidungen über Kurs und Führung der Partei in der Endphase der Republik gefallen. — Die DNVP ist von Spannungen zwischen den nach oben und unten sehr unabhängigen Landesverbänden und der Fraktion immer wieder erschüttert worden, wobei die Organisation auch mit der Verfügung über die Listenplätze einen massiven Druck auf die Abgeordneten ausübten. So hat die Annahme der aus dem Dawesplan folgenden Gesetze durch einen Teil der Fraktion zum Sturz des Parteivorsitzenden Hergt durch die Zentralinstanzen geführt, so hat der Druck der Organisation nach der Annahme des Locarnoertrages den Rückzug der deutschnationalen Minister aus dem Kabinett bewirkt. So hat die Auseinandersetzung zwischen Radikalen und Gemäßigten um die Wahlniederlage von 1928 und um die Stel-

lung zum Monarchismus im Herbst 1928 auf einer Tagung der „Parteivertretung“ dazu geführt, daß Westarp im Parteivorsitz durch Hugenberg abgelöst wurde. Hugenberg, der über seine Presse die Landesverbände auf seiner Seite hatte, bekämpfte die Unabhängigkeit der noch von Westarp geführten Fraktion, er suchte sie — zunächst in der Frage der Anti-Young-Plan-Agitation — dem Willen der Zentralinstanz zu unterwerfen. Der Streit der Flügel um die politische Linie wurde zum Kampf der Instanzen um die Führung und die Disziplin. Er endete mit der Sezession der Treviranus- und Westarpgruppe, dieser aber gelang es nicht, einen Teil der Parteiorganisation mit sich zu ziehen. Die vereinigte Macht der Landesverbände und der bürokratisierten Zentrale war stärker als die Fraktion und hat deren Koalitionsversuche abgewürgt. — In den liberalen Mittelparteien spielten Instanzenkonflikte und -entscheidungen eine geringere Rolle, die Wahl Naumanns zum Parteivorsitzenden der DDP in einer Kampfabstimmung des Parteitags, die Wahl von Scholz zum Vorsitzenden der DVP nach Stresemanns Tod durch den Parteiausschuß sind Beispiele. Wichtig aber waren die gegen die Kompromißpolitik der Fraktionen gerichteten Tendenzen der ideologie- und interessenbestimmten Mitgliedschaft und vor allem der Unterführer. Bei der DVP hat das ihre Regierungs- und Kompromißfähigkeit, zumal nach Stresemanns Tod, außerordentlich belastet und herabgesetzt; die DDP, von der Schwierigkeit, divergierende Interessen zu integrieren, schon fast tödlich bedroht, ist mit daran zugrunde gegangen, die Anhänger honorierten die Kompromißpolitik nicht, die Partei verlor den Kontakt zum wirtschaftlich tätigen Bürgertum. — In den Arbeiterparteien haben die außerparlamentarischen Instanzen in den Jahren der Umgliederung nach 1918 besondere Bedeutung gehabt, der Parteitag der USPD z. B. entschied 1920 gegen drei Viertel der Reichstagsfraktion (61 von 82) für den Anschluß an die kommunistische Internationale. In der SPD hat der Parteitag später nicht mehr eigentlich selbständige Entscheidungen getroffen, die Abspaltung der SAP 1931 etwa war nur formal durch seine Beschlüsse bedingt. Bedeutung hatte die gelegentliche Opposition der eher doktrinär bestimmten Grundorganisationen gegen taktische Kompromisse der parlamentarischen Führer, etwa in der Panzerkreuzerfrage, weil die Möglichkeit des Abfalls nach links gegeben war; aber eine Krise entstand eigentlich erst deshalb, weil die Parteileitung durch ihre Propaganda den Geist beschworen hatte, der sie nun, da sie andere Wege einschlagen wollte, nicht losließ. Im allgemeinen blieben die Funktionäre in Organisation und Fraktion maßgeblich, sie gerieten nicht in sehr ausdrückliche Gegensätze zur Mitgliedschaft, da ihre Politik traditionell geprägt und ihre taktische Freiheit von vornherein, auch durch Rücksicht auf die Wähler, begrenzt war, und da die Mitgliedschaft sich traditionell relativ partei-, und das hieß führungstreu, verhielt.

Mit den möglichen Spannungen zwischen Organisation und Fraktion, dem Druck der Organisation auf die Fraktion, hing das Verhältnis der Fraktion zu den Ministern zusammen. Im allgemeinen wurde ihnen wenig Unabhängigkeit

zugebilligt, sie wurden primär als Beauftragte der Fraktion empfunden, Stresemann hat sich entschieden dagegen gewehrt, ebenso Hermann Müller, aber ihm gelang es nicht, die zur Führung notwendige Unabhängigkeit zu gewinnen. Die Parteien, ihre Mitglieder und in gewissem Maße auch noch die Abgeordneten, fühlten sich stärker an Prinzip und Interesse gebunden als an Macht und Verantwortung, die ihren Führern zukam und die Entscheidungsfreiheit erforderte. Die Macht des Apparates gefährdete auch über die Fraktion eine echte Parteiführung und hat sich unter den besonderen Bedingungen der Zeit gegen Parteiführer ausgewirkt.

In den innerparteilichen Auseinandersetzungen kam es auf die mittlere Führungsschicht an, die Funktion der Mitglieder war im wesentlichen und zumeist auf gewährte oder versagte Resonanz beschränkt. Mit der Machtverlagerung auf die mittleren und oberen Instanzen gerade ging die Unmittelbarkeit der Mitglieder zur Partei, ihre Beteiligung am Prozeß der Willens- und Meinungsbildung, bedeutend zurück, ja teilweise verloren. Als Beispiel dafür kann die SPD fungieren. Hier trat nach Zeugnissen des linken wie des rechten Flügels eine gewisse Entfremdung zwischen der Mitgliedschaft und der Politik der Parteiführung ein. Seitdem die Partei Machtpositionen und Verantwortung übernommen hatte und damit Kompromisse einging, verlor das politische Grunderlebnis der Mitglieder, Hoffnung und Zukunftsgewißheit, das die vor 1914 aufkommenden Organisationsprobleme überlagert hatte, an prägender und zusammenbindender Kraft und wurde nicht durch eine gegenwartsbezogene Teilnahme am Politischen ersetzt. Die Politik der Partei wurde zu sehr als verwaltete Politik erfahren. Das Gerede von den Parteibonzen, durch die extremen Parteien aufgebracht, hat hier seine Grundlage und fand hier Resonanz. In den anderen Parteien war die Intensität der Mitgliedschaft nie so groß gewesen, aber auch in ihnen ging die Unmittelbarkeit der Mitglieder noch erheblich zurück.

Mit dem Anwachsen des Apparates und der zunehmenden Mediatisierung der Mitgliedschaft hing zusammen, daß im Parteileben ein technischer, prosaischer, rationaler Zug dominierend wurde. Das bestimmte auch die Ausstrahlung der Partei in die Wählerschaft. Energie und Aktivität, Gefühl und Leidenschaft traten (von der DNVP abgesehen, in der aber die Mitglieder kaum Anteil an der Willensbildung hatten) im Parteialltag hinter Vernünftigkeit zurück. Das begünstigte während der relativen Stabilisierung den Verlust an Anziehungskraft, den die Parteien erlitten, begünstigte eine gewisse Parteiverdrossenheit, zumal bei der Jugend. Die Konkurrenz der „Bewegungen“, der rechten Kampfbünde, der NSDAP, der KPD — neue Parteitypen, auf deren Struktur in unserm Zusammenhang nicht eingegangen werden kann —, fand hier Ansatzpunkte. Sie appellierten — etwa mit bündischen Formen, mit ihren paramilitärischen Organisationen oder mit Symbolen — an die Erlebniskraft und Einsatzbereitschaft, weniger an die Einsichtigkeit ihrer Anhänger. Die älteren Parteien mußten mit diesem Phänomen rechnen, sie mußten versuchen, vor- und außerrationale

Schichten ihrer Mitglieder und Anhänger anzusprechen. Jugendverbände der Parteien, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Eiserne Front z. B. sollten auch diesem Erfordernis gerecht werden. Im ganzen gelang es den Parteien, weitgehend rationalen Organisationen, die auf den grundsätzlichen Relativismus des parlamentarischen Systems bezogen waren, nicht, der Mobilisierung von arationalen und antirationalen Sentiments mit ähnlichen Maßnahmen zu begegnen oder ihr durch eine klare und gegründete Rationalität Widerpart zu bieten.

Der überwiegende Teil der Wähler befand sich — auf Grund der Bedingungen des Obrigkeitsstaates — in einem Zustand halber Politisierung und war nicht auf den parlamentarischen Staat eingestellt. Ehe die Parteien die Möglichkeit hatten, unter normalen Bedingungen eine vernünftige Politisierung zu versuchen, fanden sie sich einer Woge hektischer Verpolitisierung gegenüber. Unvermittelt schlug die apolitische oder halbpolitische Einstellung in der krisenhaften Situation der Republik bei vielen in eine Einstellung um, in der das Politische vielfach allein emotional erlebt und seine Funktion im Ingesamnt der Lebensziele und Aktivitäten maßlos übersteigert wurde. Das war das Lebenselement der antiparlamentarischen Bewegungen, und diese haben solche Einstellung in stärkstem Ausmaße forciert. Für die Parteien wurde es in dieser Situation zu einer Lebensfrage, mit dieser ihnen an sich ungemäßen Form der Politisierung konkurrieren zu können. Sie haben sie nicht lösen können, weil ihnen die Voraussetzungen fehlten, weil sie gegebene Möglichkeiten nicht oder zu wenig intensiv wahrnahmen und weil (vielleicht) die Aufgabe sie überforderte.

Neben der Frage der Politisierung war es die Frage der Führungsauslese, die für Gelingen oder Mißlingen der Republik besondere Bedeutung hatte. Im ganzen muß man sagen, daß die Parteien als Körperschaften der Führungsauslese nicht so funktioniert haben, wie es in der prekären Situation der Republik erforderlich gewesen wäre. An sich wurden sie als Träger substanzieller Macht nach 1918 für politische Begabungen anziehender. Die ältere Führungsschicht wurde allmählich abgelöst, in der Nationalversammlung hatten von den Fraktionsmitgliedern von SPD, Zentrum und DDP über die Hälfte vor 1918 dem Reichstag angehört, 1924 waren es nur noch 37, 19 und 16%. Aber natürlich stammten die Neuaufsteigenden zum größten Teil aus der bisherigen mittleren Parteiführerschaft. Die Ausleseprinzipien und Aufstiegsbedingungen waren dem Emporkommen politischer Führer, zumal solcher, die aus der neuen Gegenwart lebten, nicht sehr günstig. In den an Traditionen anknüpfenden bürgerlichen Mittelparteien blieben — trotz der Umstellung — mit der älteren Führungsgeneration Honoratiorengesichtspunkte wichtig. Dazu kam jetzt — unvermittelt — die Berücksichtigung von Verbandsvertretern und der Einfluß des Apparates auf die Auslese, der nicht unbedingt günstiger war als der des Honoratiorentums. In der SPD gewann die Funktionärsschicht noch an Bedeutung, die Hierarchie war besonders ausgeprägt, die Führung bürokratisiert und überaltert und daher neuen Situationen gegenüber wenig beweglich. Sie hatte Wissen und praktischen

Sinn, aber es fehlte ihr an Entschlußkraft, Leidenschaft und Selbstkritik; in der Auswahl der Unterführer hat sie durch Passivität weithin versagt. — Bei allen parlamentarischen Parteien zeigte sich ein Mangel an Führungsnachwuchs, sie boten den politischen Begabungen der jüngeren Generation zu wenig Positionen, zu wenig Entfaltungsmöglichkeiten, und das war in einer Zeit, die so vom Generationswechsel bestimmt war, lebensgefährlich. Natürlich haben sie politische Begabungen hervorgebracht, und zwar sowohl aus der politischen Vorkriegs- wie Nachkriegsgeneration, aber es waren zu wenige, es waren zu selten wirkliche politische Führer, und diese hatten zu selten schon entscheidende Positionen inne. Das mochte für normale Bedingungen genügen, in der Krise der Weimarer Republik und gegenüber der Konkurrenz der Bewegungen genügte es nicht.

Noch ein letztes Problem von entscheidender Bedeutung ergab sich aus der neuen Struktur der Parteien. Mit dem Vordringen der Apparate, der beamteten Parteisekretäre und der Inhaber der Sitze in den mittleren und höheren Parteiliegungen nahm die Verfestigung der Parteien gegeneinander zu. Die Programmbindung der Mitglieder, die früher ein abschließendes Element gewesen war, wurde nun durch die Kohäsionskraft des Apparates ergänzt und teilweise auch ersetzt. Mögliche Fusionen, wie die der liberalen Parteien, und Sezessionen, wie die der Volkskonservativen, scheiterten an der Hartnäckigkeit der bestehenden Führungskörper. Die Selbständigkeit der Organisationen zementierte die bestehenden Parteiseidungen. Bei der SPD hat die Festigkeit des Apparates die Stabilität des Parteibestandes gesichert, ihr aber freilich viel an Expansionsfähigkeit genommen. Die Verfestigung der Parteien gegeneinander hat schließlich wiederum die Kompromiß- und Koalitionsfähigkeit und -willigkeit der Fraktionen erheblich belastet und gemindert, ihre Beweglichkeit gelähmt, ihre Anpassungsfähigkeit herabgesetzt. Zwischen Doktrinarismus und Opportunismus konnte kein Ausgleich erzielt werden.

Die Parteiorganisationen haben sich in der Weimarer Republik entwickelt als Antwort auf eine politisch und gesellschaftlich neue Lage. Dabei blieben sie aber an ihre Traditionen gebunden. Der Ausbau der Organisation konnte einerseits positiv an die Ansätze der Zeit vor 1914 anknüpfen: Vergrößerung der Mitgliedschaft, Emanzipation der Arbeitnehmerschaft, formale Demokratisierung, Zentralisierung, Institutionalisierung der innerparteilichen Integration und Verstärkung des Apparates. Andererseits war die Organisation vom Erbe der Tradition belastet, von der Praxis der Führungsauslese, von der unzureichenden Politisierung der Anhänger und Mitglieder, von der fehlenden Gewöhnung an Verantwortung und Macht, durch die programm- oder interessegeleitete Grundsätzlichkeit und rasonierende Kritik überakzentuiert, Kompromiß- und Integrationsfähigkeit gemindert und wirkliche Parteiführung erschwert wurde, war belastet davon, daß die Vermittlung von Staat und Gesellschaft in Deutschland niemals geglückt war. Die Modernisierung der Organisation hat das sie tragende

Bewußtsein nur in geringem Maße gewandelt. Der Machtgewinn des Apparates hat die Belastungen verstärkt, indem er den Geist der Tradition fixierte oder sein Wirken zu ähnlichen wenig positiven Konsequenzen führte. Zudem ergaben sich aus der neuen Organisation neue Schwierigkeiten, wie die Verfestigung der Parteien gegeneinander und der Verlust der Unmittelbarkeit der Parteimitglieder. Es gelang den Parteien nicht, den Anforderungen der Situation erfolgreich zu begegnen, sich vom Obrigkeitsstaat auf den Volksstaat wirklich umzustellen.

Natürlich: der Mißerfolg der Parteien in der Weimarer Republik, dies Geflecht aus Schuld und Schicksal, ist nicht primär von Problemen der Organisation her zu erklären. Die Organisation ist nur ein Element der Parteiwirklichkeit, korrelativ mit anderen verknüpft; die nicht oder nur halb gelösten Organisationsprobleme sind nur ein Faktor, der zum Scheitern der Parteien in der überschweren Belastungsprobe der Republik beigetragen hat. Aber vielleicht — so problematisch das Reden von nicht realisierten Möglichkeiten ist — hätten die Parteien bei entschlossenerer Führung, besserer Wahrnehmung ihrer Aufgaben, anziehenderer Selbstdarstellung und Werbung die Belastungsprobe überstehen, die Demokratie stabilisieren können. Daß ihnen das nicht gelungen ist, daß sie die vorhandenen Chancen nicht entschieden genug wahrgenommen haben, lag an dem Geist, den ihre Organisationsstruktur erzeugt, begünstigt oder befestigt hat.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Akten und Nachlässe

Akten der Reichskanzlei: Parteien; im Deutschen Zentralarchiv (DZA) Potsdam.

Akten des Oberpräsidiums der Rheinprovinz, Staatsarchiv Koblenz.

Parteiakten im DZA Potsdam:

Konservativer Verein f. d. Provinz Brandenburg (1907—1918), 53 Ve 1;

Nationalliberaler Verein Mannheim (1869—1918), 53 Ve 2;

Deutsche Volkspartei, darin: Vorakten der Nationalliberalen Partei (1907—1918), 53 Vo 1;

Fortschrittliche Volkspartei (1910—1918, einschl. einiger Akten der Vorgängerparteien), 53 Vo 3.

Akten der Nationalliberalen Partei im Bundesarchiv Koblenz: Protokolle von Zentralvorstandssitzungen der Kriegszeit, Fraktionssitzungen der 80er Jahre.

Protokolle der SPD-Fraktionssitzungen seit 1912, Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam.

Nachlässe:

Nachlaß (NL) Karl Bachem, Stadtarchiv Köln;

NL Bassermann, DZA Potsdam;

NL Georg von Bunsen, DZA Merseburg;

NL Dix, DZA Potsdam;

NL Forckenbeck, DZA Merseburg;

NL Gerstenberger, DZA Potsdam;

NL Wolfgang Heine, DZA Potsdam;

NL Heydebrand, Privatbesitz;

NL Wolfgang Kapp, DZA Merseburg;

NL Liebermann von Sonnenberg, DZA Potsdam;

NL Moldenhauer, DZA Potsdam;

NL Friedrich von Payer, Bundesarchiv Koblenz;

NL Ploetz, DZA Potsdam;

NL Roesicke, DZA Potsdam;

NL Eugen Schiffer, Hauptarchiv Berlin;

NL Südekum, Bundesarchiv Koblenz;

NL Wangenheim, DZA Potsdam.

Erinnerungen des Grafen Roedern, Manuskript im Familienbesitz.

Rückblick und Ausblick (1871—1956), von August Weber, Manuskript im Familienbesitz.

Denkschrift O. Poensgen, Parteiorganisation und Parteireform, Privatbesitz.

2. Zeitungen und Zeitschriften

(nur gelegentlich benutzte Zeitungen sind hier nicht aufgenommen)

Allgemeine Zeitung (Augsburg)

Berliner Börsen-Courier

Berliner Börsen-Zeitung

Berliner Tageblatt

Der Tag

Deutsche Tageszeitung

Frankfurter Zeitung
 Freisinnige Zeitung
 Germania
 Hannoverscher Courier
 Kölnische Volkszeitung
 Kölnische Zeitung
 Königsberger Hartungsche Zeitung
 Kreuzzeitung
 Nationalzeitung (Berlin)
 Norddeutsche Allgemeine Zeitung
 Rheinisch-Westfälische Zeitung
 Tägliche Rundschau
 Vorwärts
 Vossische Zeitung
 Welt am Montag
 Deutscher Bauernbund
 Der Gewerkverein
 Die Hilfe
 Preußische Jahrbücher
 Reichstags-Wahlkorrespondenz der deutschen Fortschrittspartei, 1876/77, ab 20. Februar 1877:
 Parlamentarische Korrespondenz (Aus der deutschen Fortschrittspartei)
 Konservative Korrespondenz
 Korrespondenz des Bundes der Landwirte
 Mitteilungen des Handelsvertragvereins
 Die Nation
 Nationalliberale Jugend, 1902 ff.; seit 1910:
 Jungliberale Blätter
 Neue Zeit
 Sozialistische Monatshefte

3. Parteitagsprotokolle, Parteihandbücher usw., Hilfsmittel

Unkorrigierter stenographischer Bericht über die Verhandlungen des allgemeinen konservativen Parteitages zu Dresden am 2. Februar 1898. Berlin 1898.
 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Delegiertentages der Deutschen Konservativen Partei zu Berlin am 25. März 1903. Berlin 1903.
 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Delegiertenversammlung der Deutschen Konservativen am Freitag, dem 30. November 1906, vormittags 10 Uhr, im Architektenhause zu Berlin. Berlin 1906.
 Der Allgemeine Delegiertentag der Deutsch-konservativen Partei, Berlin, am 11. Dezember 1909. Stenographischer Bericht. Berlin 1909.
 Zweiter allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 31. Mai 1891 in Berlin. Berlin 1912.
 Allgemeiner Delegiertentag der Nationalliberalen Partei 1896, Berlin 1896.
 Desgl. 1898, Berlin 1898.
 Allgemeiner Delegiertentag der Nationalliberalen Partei vom 10. bis 13. Oktober 1902 in Eisenach. Berlin 1902.
 Siebenter allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 3. Mai 1903 in Berlin. Berlin 1912.
 Allgemeiner Delegiertentag der Nationalliberalen Partei am 19., 20. und 21. Mai 1905 in Dresden. Berlin 1905.
 Neunter allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 5. und 6. Oktober 1906 in Goslar, Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen. Berlin 1907.
 Zehnter allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 5. und 6. Oktober 1907 in Wiesbaden. Berlin 1907.
 Elfter allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 3. und 4. Juli 1909 in Berlin. Berlin 1909.

- Zwölfter allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 1. und 2. Oktober 1910 in Kassel, Berlin 1910.
- Dreizehnter allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 19. November 1911 in Berlin, Berlin 1911.
- Vierzehnter allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 12. Mai 1912 in Berlin, Berlin 1912.
- Der erste Parteitag der Deutschen Fortschrittspartei, Berlin 1879. Berlin o. J.
- Der erste Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Berlin 14. bis 16. Juli 1893. Berlin o. J.
- Der zweite Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Eisenach 22. bis 24. September 1894. Berlin o. J.
- Konstituierende Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen am 2. und 3. Dezember 1893 in Berlin, Berlin 1893.
- Protokoll der Verhandlungen des Wahlvereins der Liberalen zu Berlin am 11. und 12. Februar 1905. Berlin 1905.
- Erster Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Berlin am 17. und 18. Februar 1906. 1906.
- Zweiter Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Berlin am 6. und 7. April 1907. 1907.
- Dritter Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Frankfurt a. M., am 21. und 22. April 1908. 1908.
- Außerordentlicher Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Berlin am 3. und 4. Juli 1909. 1909.
- Fünfter (letzter) Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen zu Berlin am 5. März 1910. 1910.
- Erster Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Berlin am 6. März 1910. Berlin 1910.
- Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim, 5. bis 7. Oktober 1912. Berlin 1912.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Halle 1890 bis Jena 1913. Berlin, jeweils im Tagungsjahr.
- Deutsche Freisinnige Partei, Parteitag für Südwestdeutschland am 31. Mai 1891 in Frankfurt a. M., Frankfurt 1891.
- Protokoll über die Verhandlungen des 6. Parteitages der Lipp. Liberalen Volkspartei am 23. Februar 1908. Detmold 1909.
- Handbuch der Sozialdemokratischen Parteitage I—II (1863—1913), hrsg. von Wilhelm Schröder, München 1910, 1915.
- Konservatives Handbuch. 2. Aufl., Berlin 1894. 3. Aufl., Berlin 1898.
- Politisches Handbuch für nationalliberale Wähler (hrsg. von Mitgliedern der Nationalliberalen Partei). 2. Aufl., Berlin 1897.
- Taschenbuch für Nationalliberale Wähler, Berlin 1911.
- Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei. Berlin 1914/15.
- (Kalkoff, Hermann): Nationalliberale Parlamentarier. 1867—1917. Berlin 1917.
- Politisches-ABC-Buch, ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen von Eugen Richter. Jg. 8, Berlin 1896. Jg. 9, Berlin 1898. Jg. 10, Berlin 1903.
- Fortschrittliches Taschenbuch 1912/13. Berlin o. J. dass., 1914. Berlin o. J.
- Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch (von Max Schippel). Berlin 1902.
- Anleitung zur Organisation und Agitation für die sozialdemokratische Partei in Württemberg, hrsg. vom Landesvorstand. Stuttgart 1907 (zit. als: Anleitung).
- Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, Jahresbericht 1906. Berlin 1907 (zit. als: Jahresbericht).
- Statutenbuch des sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis . . . (Rheinprovinz) o. O., o. J. (zit. als: Statutenbuch).
- Salomon, F.: Die deutschen Parteiprogramme, I und II. 1. Aufl., Leipzig 1907.
- Mommsen, Wilhelm — Günther Franz: Deutsche Parteiprogramme. 4. Aufl., Leipzig 1932.
- Specht, Fritz — Paul Schwabe: Die Reichstagswahlen 1867—1903. 2. Aufl., Berlin 1904.
- Hillgers Wegweiser für die Reichstagswahl 1912. Berlin 1911.
- Die Parteien (Beihefte zur Zeitschrift für Politik). Berlin 1912/13.
- Geschäftsordnung für den Reichstag. Textausgabe. Leipzig 1906.
- Schulthess' Europäische Geschichtskalender. München 1861 ff.
- Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog. Berlin 1897—1912.

4. Sonstige Quellen und Darstellungen

(Parteilichgeschichtliche Literatur ist nur aufgenommen, soweit darin Organisationsprobleme berührt werden)

- Ackermann, Karl: Organisatorische Streitigkeiten in der deutschen Sozialdemokratie 1890 bis 1914. Heidelberg, Phil. Diss. 1946 (Ms).
- Adam, Reinhard: Der Liberalismus in der Provinz Preußen zur Zeit der neuen Ära und sein Anteil an der Entstehung der deutschen Fortschrittspartei, in: Altpreußische Beiträge. Königsberg 1933.
- Adler, Victor: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, hrsg. von Friedrich Adler. Wien 1954.
- Anonym: Die Deutsch-Freisinnigen. Aus den Mitteilungen eines Parlamentariers. Leipzig 1885.
- Anonym: Eugen Richters Sprengbombe. Berlin 1893.
- Auer, Ignaz: Nach 10 Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. Neudruck München 1913.
- Auer, Ignaz: Von Gotha bis Wyden. Berlin 1901.
- Deutscher Aufstieg. Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien, hrsg. von Hans v. Arnim und Georg v. Below. Berlin 1925.
- Bachem, Julius: Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers. Köln 1913.
- Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. I bis IX. Köln 1927—1931.
- Bahr, Max: Eines deutschen Bürgers Arbeit in Wirtschaft und Politik. Berlin 1926.
- Bamberger, Ludwig: Die Sezession. Berlin 1881.
- (Bamberger, Ludwig): Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Bs., hrsg. von E. Feder. Frankfurt a. M. 1932.
- Barth, Theodor — Naumann, Friedrich: Die Erneuerung des Liberalismus. Berlin 1906.
- Bassermann, Ernst: Das Lebensbild eines Parlamentariers. Mannheim 1919.
- Baumgarten, Paul Maria: Römische und andere Erinnerungen. Düsseldorf o. J. (1927).
- Bebel, August: Aus meinem Leben. 3 Bde. Stuttgart 1910—1914.
- Bein, Alex: Friedrich Hammacher. Berlin 1932.
- Bellot, Joseph: 100 Jahre politisches Leben an der Saar unter preußischer Herrschaft (1815/1918). Bonn 1954.
- Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 8. u. 9. Aufl. München 1955.
- Bergsträsser, Ludwig: Zur Geschichte der parteipolitischen Agitation und Organisation in Deutschland, in: Vergangenheit und Gegenwart, II, 1912.
- Berlau, Joseph A.: The German Social Democratic Party 1914—1921. New York 1949.
- Bernstein, Eduard: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. 3 Bde. Berlin 1907—1910 (zit.: Bernstein I, II, III).
- Bernstein, Eduard: Sozialdemokratische Lehrjahre, 1832—1888. Berlin 1928.
- (Bernstein, Eduard): Grundsätzliches zum Tageskampf. Festschrift für E. Bernstein. Breslau 1925.
- Bethmann-Hollweg, Theobald v.: Betrachtungen zum Weltkrieg. 2 Bde. Berlin 1919.
- Biedermann, Friedrich Carl: Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, 2 Bde. Breslau 1886/87.
- Blank, R.: Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 20. 1903.
- Block, Hermann: Die parlamentarische Krisis der nationalliberalen Partei 1879—1880. Münster 1930.
- Blos, Wilhelm: Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten. 2 Bde. München 1914—1919.
- Borell, Adolf: Die soziologische Gliederung des Reichsparlaments als Spiegelung der politischen und ökonomischen Konstellationen. Phil. Diss. Gießen 1933.
- Böttcher, Friedrich: Eduard Stephani. Leipzig 1887.
- Böttcher, Ulrich: Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890. Bremen 1953.
- Brandenburg, Erich: 50 Jahre nationalliberale Partei. Berlin 1917.
- Braun, Adolf: Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Berlin 1914.

- Braun, Walter: Evangelische Parteien in historischer Darstellung und sozialwissenschaftlicher Beleuchtung. Phil. Diss. Heidelberg 1939.
- Brockschmidt, Karl F.: Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes. Phil. Diss. Frankfurt 1929 (auch unter dem Namen Brandis, Kurt, Leipzig 1931).
- Bronder, Dietrich: Organisation und Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich, 1890—1914. Göttingen, Phil. Diss. 1952 (Ms).
- Brunhuber, Robert: Die heutige Sozialdemokratie. Jena 1906.
- Buchheim, Karl: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland. München 1953.
- Buddeberg, Theodor: Das soziologische Problem der Sozialdemokratie, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 49, 1922.
- Cardauns, Hermann: Adolf Groeber. M. Gladbach 1921.
- Cardauns, Hermann: Trimborn. M. Gladbach 1922.
- Conrad, Michael Georg: Wahlfahrten. Erinnerungen aus meiner Reichstagskandidatenzeit. 1894. (Dallwitz): Aus dem Nachlaß des Ministers v. Dallwitz, hrsg. von Albert v. Mutius, in: Preußische Jahrbücher 214, 1928.
- Dechamps, Bruno: Macht und Arbeit der Ausschüsse. Meisenheim 1954.
- Demeter, Karl: Die soziale Schichtung des deutschen Parlaments seit 1848, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 39, 1952.
- Deutz, Joseph: Adam Stegerwald. Köln 1952.
- Dill, Richard Walter: Der Parlamentarier E. Lasker. Phil. Diss. Erlangen 1958 (Ms).
- Duverger, Maurice: Les partis politiques. 2. erw. Aufl. Paris 1954.
- Duverger, Maurice: L'influence des systèmes électoraux sur la vie politique. Paris 1950.
- Ebert, Friedrich: Schriften, Aufzeichnungen, Reden. 2 Bde. Dresden 1926.
- Ebert, Friedrich: Kämpfe und Ziele. Dresden o. J.
- Ehren, Hermann: Graf Franz von Ballestrem. Breslau 1935.
- Ehrenfeuchter, Bernhard: Politische Willensbildung in Niedersachsen 1867—1912. Phil. Diss. Göttingen 1951 (Ms).
- Eickhoff, Richard: Politische Profile. Dresden 1927.
- Elben, Otto: Lebenserinnerungen 1823—1899. Stuttgart 1931.
- Erzberger, Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg. Berlin 1920.
- Eschenburg, Theodor: Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block. Berlin 1929.
- Farwig, Heinrich: Der Kampf um die Gewerkschaften. Moskau—Berlin 1929.
- Frank, Ludwig: Die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstags. Stuttgart 1911.
- Frank, Ludwig: Aufsätze, Reden, Briefe (Hrsg. Hedwig Wachenheim). Berlin o. J.
- Frank, Robert: Der Brandenburger als Reichstagswähler. Phil. Diss. Berlin 1934.
- Frank, Walter: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung. 2. Aufl. Hamburg 1935.
- Franz, Günther: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867—1949. Bremen 1951.
- Friedrich, Carl J.: Der Verfassungsstaat der Neuzeit, deutsch: Berlin 1953.
- Frölich, Paul: Rosa Luxemburg. Hamburg 1949.
- Funck, Carl: Lebenserinnerungen. Frankfurt a. M. 1921.
- Gabler, Hans: Die Entwicklung der deutschen Parteien auf landschaftlicher Grundlage von 1871—1912. Phil. Diss. Berlin 1934.
- Gay, Peter: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx. deutsch, Frankfurt 1954.
- Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932.
- Gerbracht, Josef: Der Kampf um die Seelen der Arbeiter. Berlin 1927.
- Gerlach, Hellmut von: Die Geschichte des preußischen Wahlrechts. Berlin 1908.
- Gerlach, Hellmut von: Erinnerungen eines Junkers. Berlin 1924.
- Gerlach, Hellmut von: Von Rechts nach Links. Zürich 1937.
- Geyer, Kurt: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch. Jena 1923.
- Giese, Wilhelm: Deutsche Hammerschläge I. Berlin 1897.
- Grube, Walter: Die neue Ära und der Nationalverein. Phil. Diss. Marburg 1933.

- Grünebaum, Sally: Ludwig Frank. Ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Heidelberg 1924.
- Hänisch, Konrad: Von der sozialdemokratischen Organisation, in: Süddeutsche Monatshefte 15, 1917/18.
- (Hänisch). Aus Briefen Konrad Hänischs, hrsg. v. Rudolf Franz, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung XIV, 1929.
- Hänisch, Konrad: Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege. 1. Aufl. Berlin 1916.
- Hardegen, Friedrich — Käthi Smidt: H. H. Meier. Berlin 1920.
- Hatschek, Julius: Das Parlamentsrecht des deutschen Reiches I (mehr nicht erschienen.) Berlin 1915.
- Haußmann, Conrad: Schlaglichter (Reichstagsbriefe und Anzeichnungen). 1924.
- Heffter, Heinrich: Die Kreuzzeitungspartei und Bismarcks Kartellpolitik. Leipzig 1927.
- Heger, Klaus: Die deutsche demokratische Partei in Württemberg und ihre Organisation. Leipzig 1927.
- Heilmann, Ernst: Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und dem Erzgebirge. Chemnitz o. J. (1912).
- Heitjan, Franz E.: Die Saarzeitung und die Entwicklung des politischen Katholizismus an der Saar 1872—1888. Phil. Diss. Köln 1931.
- Helfferich, Karl: Georg von Siemens. 3 Bde. Berlin 1921—1923.
- Hermann, Paul: Die Entstehung des Nationalvereins und die Gründung seiner Wochenschrift. Phil. Diss. Berlin 1932.
- Hertling, Georg von: Erinnerungen aus meinem Leben. 2 Bde. München 1919/20.
- Herzfeld, Hans: Johannes von Miquel. 2 Bde. Detmold 1938.
- Heuß, Theodor: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk und die Zeit. Stuttgart u. Berlin 1937.
- Heydebrand, Ernst von: Beiträge zu einer Geschichte der konservativen Partei in den letzten 30 Jahren (1888—1919), in: Konservative Monatschrift 77, 1920.
- (Heyderhoff, Julius — Paul Wentzcke:) Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks (Eine politische Briefsammlung) I (1859—1870), II (1871—1890). Bonn 1925/26 (zit. als: Heyderhoff-Wentzcke I u. II).
- Heydte, Friedrich August von der — Karl Sacherl: Soziologie der deutschen Parteien. München 1955.
- Hoener, Erich: Die Geschichte der christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg von 1866—1896. Phil. Diss. Münster 1923.
- Hüffer, H.: Die Soester Konferenzen, in: Festschrift der Görresgesellschaft für Porsch. Paderborn 1925.
- Hüffer, Hermann: Lebenserinnerungen. Berlin 1912.
- Hüsgen, Eduard: Ludwig Windthorst. Köln 1907.
- Jagemann, Eugen von: 75 Jahre des Erlebens und Erfahrens. Heidelberg 1925.
- Jansen, Reinhard: G. v. Vollmar (Beiträge zur Geschichte d. Parlamentarismus 13). Düsseldorf 1958.
- Kaeller, R.: Die konservative Partei in Minden-Ravensberg bis zum Jahre 1866. Phil. Diss. Heidelberg 1912.
- Kampffmeyer, Paul — Bruno Altmann: Vor dem Sozialistengesetz. Berlin 1928.
- Kampffmeyer, Paul: Unter dem Sozialistengesetz. Berlin 1928.
- Kardorff, Siegfried von: Wilhelm von Kardorff. Berlin 1936.
- Kehr, Eckart: Schlachtfloottenbau und Parteipolitik (1889—1901). Berlin 1930.
- Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten I. Stuttgart 1947.
- Key, V. O. Jr.: Politics, Parties and Pressure Groups. 4. Aufl., New York 1958.
- Kißling, Johann Baptist: Geschichte der deutschen Katholikentage. 2 Bde. Münster 1920 bis 1923.
- Kißling, Johann Baptist: Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche. 2 Bde. 1911, 1913.
- Klein-Hattingen, Oskar: Geschichte des deutschen Liberalismus. 2 Bde. Berlin 1911/12.
- Knoll, Joachim H.: Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie. Stuttgart 1957.

- Knoll, Joachim H.: Die Elitebildung im Liberalismus des Kaiserreichs. Phil. Diss. Erlangen 1956 (Ms).
- Koch, Walter: Volk und Staatsführung vor dem Weltkrieg. Stuttgart 1935.
- Köhler, Curt: Der Jungliberalismus. Köln 1912.
- Korn, Karl: Die Arbeiterjugendbewegung. 2. Aufl. Berlin 1923.
- Krause, Oberst von: Zum Austritt Stöckers aus der Konservativen Partei. Berlin 1896.
- Kremer, Willy: Der soziale Aufbau der Parteien des deutschen Reichstags von 1871—1918. Phil. Diss. Köln 1934.
- Kröger, Karl Heinz: Die Konservativen und die Politik Caprivis. Phil. Diss. Rostock 1937.
- Kulemann, Wilhelm: Der Zusammenschluß der Liberalen. Dresden 1905.
- Kulemann, Wilhelm: Politische Erinnerungen (zit.: Kulemann). Berlin 1911.
- Lassalle, Ferdinand: Reden und Schriften, hrsg. v. E. Bernstein, Berlin 1893.
- Laufenberg, Heinrich: Demokratie und Organisation. Hamburg 1915.
- Laufenberg, Heinrich: Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung. Bd. 1, Hamburg 1911 (zit.: Laufenberg); Bd. 2, Hamburg 1931.
- Lavau, Georges E.: Partis politiques et réalités sociales. Paris 1953.
- Leber, Julius: Ein Mann geht seinen Weg. Berlin 1952.
- Lederer, Emil: Das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteiwesen, in: Zeitschrift für Politik V, 1913.
- Leibholz, Gerhard: Der Parteienstaat im Bonner Grundgesetz, in: Recht, Staat Wirtschaft 3, 1951.
- Leibholz, Gerhard: Der Strukturwandel der modernen Demokratie. Karlsruhe 1952.
- Leibholz, Gerhard — Hans Reif: Verfassungsrechtliche Stellung und innere Ordnung der Parteien, in: Verhandlungen des 38. Deutschen Juristentages 1951.
- Le Mang, Richard: Der deutsche Nationalverein. Bd. 1 (mehr nicht erschienen). Berlin 1909.
- Lenel, Edith: Friedrich Kapp. Leipzig 1935.
- Leuss, Hans: Wilhelm Freiherr v. Hammerstein. Berlin 1905.
- Limburg-Stürm, Friedrich Wilhelm Graf von: Aus der konservativen Politik der Jahre 1890—1905. Berlin 1921.
- Lipinski, Richard: Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. 2 Bde. Berlin 1927—1928.
- Löbe, Paul: Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten. Berlin 1949.
- Lohan, Max: Bassermann. Der Nationalliberalismus von heute. Hamburg o. J. (1911).
- Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, hrsg. v. P. Frölich. Bd. 3 u. 4, Berlin 1925—1928.
- (Luxemburg, Rosa): Einige Briefe Rosa Luxemburgs und andere Dokumente (hrsg. v. W. Blumenberg), in: Bulletin of the International Institute of Social History Amsterdam 7, 1952. Leiden 1952.
- Lyschinska, Mary J.: Henriette Schrader-Breyman, 2 Bde. 1922.
- McKenzie, R. T.: British Political Parties. London 1955.
- Maenner, Ludwig: Deutschlands Wirtschaft und Liberalismus in der Krise von 1879, in: Archiv für Politik und Geschichte, 1927.
- Maenner, Ludwig: Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath. Stuttgart 1931 (zit.: Maenner).
- Marcks, Erich: Der Aufstieg des Reiches I/II. Stuttgart 1936.
- Matthes, Heinz Edgar: Die Spaltung der nationalliberalen Partei und die Entwicklung des Linkliberalismus bis zur Auflösung der Deutsch-Freisinnigen Partei (1878—1893). Phil. Diss. Kiel 1953 (Ms).
- Matthias, Erich: Kautsky und Kautskyanismus, in: Marxismusstudien II. Tübingen 1957.
- Mayer, Eduard Wilhelm: Parteikrisen im Liberalismus und in der Sozialdemokratie, in: Preussische Jahrbücher 172, 1918.
- Mayer, Gustav: Friedrich Engels, 2 Bde. 2. Aufl. Haag 1934.
- Mayer, Gustav: Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, in: Archiv für Geschichte des Sozialismus II, 1912.
- Mayer, Gustav: J. B. von Schweitzer und die Sozialdemokratie. Jena 1909.
- Mazura, Paul: Die Entwicklung des politischen Katholizismus in Schlesien von den Anfängen bis zum Jahre 1880. Phil. Diss. Breslau 1925.
- Meerfeld, Joh.: Die deutsche Zentrumsparthei. Berlin 1918.

- Mehring, Franz: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 2 Bde. 1. Aufl. Stuttgart 1897/98 (II zit.: Mehring).
- Michels, Robert: Die deutsche Sozialdemokratie. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 23, 1906.
- Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Neudruck d. 2. Aufl. Stuttgart 1957 (zit.: Michels).
- Möhl, Robert von: Lebenserinnerungen, Bd. 2, Stuttgart 1902.
- Mommsen, Wilhelm: Zur Methodik der deutschen Parteigeschichte, in: HZ 147, 1933.
- Mosca, Gaetano: Die herrschende Klasse, deutsch, Salzburg 1950.
- Müller, Franz: Franz Hitze und sein Werk. Hamburg 1928.
- Müller, Hermann: Geschichte der Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg. Jena 1923.
- Müller, Hugo: Der Preußische Volksverein. Phil. Diss. Greifswald 1914.
- Müller, Theodor: Die Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie. 2 Bde. 2. Aufl. Breslau 1925.
- Naumann, Friedrich: Die politischen Parteien. Berlin 1910.
- Neumann, Siegmund: Die deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932.
- Neumann, Sigmund (Hrsg.): Modern political Parties. Approaches to comparative politics. Chicago 1956.
- Nipperdey, Thomas: Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland vor 1918, in: HZ 185, 1958.
- Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach 1947.
- Oetker, Friedrich: Lebenserinnerungen. 3 Bde. Kassel 1877—1885.
- Oldenburg-Januschau, Elard von: Erinnerungen. 1935.
- Ostrogorski, Moses: La démocratie et l'organisation des partis politiques. 2 Bde. Paris 1901.
- Oncken, Hermann: Rudolf von Bennigsen. 2 Bde. Stuttgart 1910 (zit. als: Oncken I u. II).
- Oncken, Hermann: Ferdinand Lassalle. 4. Aufl. Berlin 1923.
- Rechtliche Ordnung des Parteiwesens. Probleme eines Parteiengesetzes. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1958.
- Die Organisation im Klassenkampf. Die Probleme der politischen Organisation der Arbeiterklasse, von Fritz Bieligk u. a. (Rote Bücher der Marxistischen Büchergemeinde 2). Berlin 1931.
- Ostfeld, Hermann: Die Haltung der Reichstagsfraktion der fortschrittlichen Volkspartei zu den Annexionen und Friedensfragen in den Jahren 1914—1918. Phil. Diss. Würzburg 1934.
- Pachnicke, Hermann: Führende Männer im alten und neuen Reich. Berlin o. J. (1930).
- Parisius, Ludolf: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck I. Berlin 1878 (zit.: Parisius).
- Parisius, Ludolf: Die Deutsche Fortschrittspartei von 1861 bis 1878. Berlin 1879.
- Parisius, Ludolf: Leopold Freiherr von Hoverbeck. 2 Bde. Berlin 1897/1900.
- Parteien in der Bundesrepublik, in: Schriften des Instituts für politische Wissenschaft Berlin, Band 7, Stuttgart 1955.
- Patzig, Albrecht: Die nationalliberale Partei 1867—1892. Leipzig 1892.
- Payer, Friedrich: Von Bethmann-Hollweg bis Ebert. Frankfurt a. M. 1923.
- Perels, Kurt: Das autonome Reichstagsrecht. Berlin 1903.
- Petersdorff, Hermann von: Kleist—Retzow. Stuttgart 1907.
- Pfülf, Otto, S. J.: Hermann von Mallinckrodt. Freiburg 1892.
- Philippson, Martin: Max v. Forckenbeck. Leipzig 1898.
- Poschinger, Heinrich von: Fürst Bismarck und die Parlamentarier I—III. Breslau 1895—1896.
- Prager, Eugen: Die Geschichte der USPD. 2. Aufl. Berlin 1922.
- Rachfahl, Felix: Eugen Richter und der Linksliberalismus im neuen Reich, in: Zeitschrift für Politik V, 1912.
- Rapp, Adolf: Die Württemberger und die nationale Frage, 1863—1871. Stuttgart 1910.
- Rehm, Hermann: Die politischen Parteien. Jena 1912.
- Reiwald, Hugo: Geschichte des fortschrittlichen Vereins „Waldeck“ zu Berlin im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens. Berlin 1903.
- Rheinbablen, Rochus v.: Stresemann. Dresden 1928.
- Richter, Eugen: Jugenderinnerungen. Berlin 1892.
- Richter, Eugen: Im alten Reichstag. 2 Bde. Berlin 1894—1896.

- Rikli, Erika: *Der Revisionismus*. Zürich 1935.
- Ritter, Emil: *Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein*. Köln 1954.
- Ritter, Gerhard: *Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858—1876*. Heidelberg 1913.
- Ritter, Gerhard A.: *Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich (1890—1900)*. Berlin-Dahlem 1959.
- Röder, Adam: *Der Austritt Stöckers aus der Konservativen Partei*. Karlsruhe 1896.
- Roon, Elisabeth von: E. Bassermann. 1925.
- Rosenbaum, L.: *Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preußischen Parlamenten 1847—1919*. Frankfurt a. M. 1923.
- Rothfels, Hans: *Ideengeschichte und Parteigeschichte*, in: *Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft* 8, 1930.
- Sandberger, Dietrich: *Die Ministerkandidatur Bennigsens*. Berlin 1929.
- Schauff, Johannes: *Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei*. Köln 1928.
- Scheidemann, Philipp: *Memoiren eines Sozialdemokraten*. 2 Bde. Dresden 1928.
- Schieder, Theodor: *Die Kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863—1871*. München 1936 (zit.: Schieder).
- Schieder, Theodor: *Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus*, in: *Aus Geschichte und Politik*. Festschrift für L. Bergsträsser. Düsseldorf 1954.
- Schieder, Theodor: *Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus*, in: *HZ* 177, 1954.
- Schieder, Theodor: *Der Liberalismus und die Strukturwandlungen der modernen Gesellschaft vom 19. zum 20. Jahrhundert*, in: *Relazioni del Congresso Internazionale di Scienze Storiche (Roma 1955)* V. Firenze 1955.
- Schieder, Theodor: *Die geschichtlichen Grundlagen und Epochen des deutschen Parteiwesens*, in: *Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit*, München 1958.
- Schiffer, Eugen: *Ein Leben für den Liberalismus*. Berlin 1931.
- Schiffers, Heinrich: *Der Kulturkampf in Stadt und Regierungsbezirk Aachen*. Aachen 1929.
- Schiffrin, Alexander: *Parteiapparat und Parteidemokratie*, in: *Die Gesellschaft* 7, 1930.
- Schlesinger, Rudolf: *Central European Democracy and its Background*. London 1953.
- Schorske, Carl E.: *German Social Democracy 1905—1917*. Cambridge (Mass.) 1955.
- Schröder, Wilhelm: *Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland*, in: *Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung* 4—5, hrsg. v. Max Grunwald. Dresden 1912.
- Severing, Carl: *Mein Lebensweg I*, Köln 1950.
- Siemens, Werner v.: *Lebenserinnerungen*. 3. Aufl. Berlin 1916.
- Sinowjew, Georgij: *Der Krieg und die Krise des Sozialismus*. Dt. Ausg.: Wien 1924.
- Snell, John L.: *German Socialists in the last Imperial Reichstag 1912—1918*, in: *Bulletin of the International Institute of Social History Amsterdam* 7. Leiden 1952.
- Spahn, Martin: *Das deutsche Zentrum*, Mainz o. J. (1907).
- Spahn, Martin: *Zur Geschichte der Zentrumspartei*, in: *Hochland* 9, 2. 1912.
- Spahn, Martin: *Zur Entstehung der nationalliberalen Partei*, in: *Zeitschrift für Politik* 1, 1908.
- Srbik, Heinrich v.: *Deutsche Einheit I/IV*. München 1935, 1942.
- Stammer, Otto: *Politische Soziologie*, in: *Soziologie*, hrsg. v. A. Gehlen u. H. Schelsky. 2. Aufl. Düsseldorf 1952.
- Stampfer, Friedrich: *Erfahrungen und Erkenntnisse*. Köln 1957.
- Stillich, Oskar: *Die politischen Parteien in Deutschland*. 1. *Die Konservativen*. Leipzig 1908. 2. *Der Liberalismus*. Leipzig 1911.
- Strauß, Rudolf—Kurt Finsterbusch: *Die Chemnitzer Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz*. Berlin 1954.
- Treitschke, Heinrich von: *Parteien und Fraktionen*, in: *Preußische Jahrbücher* 27, 1871.
- Uelmann, Erich: *Beiträge zur Niederrheinischen Parteigeschichte 1858—1863*, in: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein* 109, 1926.
- Ullstein, Leopold: *Eugen Richter als Publizist und Herausgeber*. Phil. Diss. Leipzig 1930.

- Unruh, Hans Viktor v.: *Erinnerungen aus dem Leben von . . .*, hrsg. v. Poschinger. Stuttgart 1895.
- Viebig, Kurd: *Die Entstehung und Entwicklung der Reichs- und Freikonservativen Partei*. Weimar 1920.
- Vigener, Fritz: *Kettler*. Berlin 1924.
- Wacker, F.: *Die Haltung der deutschen Zentrumspartei zur Frage der Kriegsziele im Weltkrieg 1914—1918*. Phil. Diss. Würzburg 1937.
- Wagener, Hermann: *Erliebtes*. 2. Aufl. Berlin 1884.
- Wagener, Hermann: *Die kleine, aber mächtige Partei*. Berlin 1885.
- Wangenheim, H. Frhr. v.: *Conrad Frhr. von Wangenheim-Kleinspiegel*. Berlin 1934.
- Watkins, Frederick: *The political tradition of the West*. Cambridge (Mass.) 1948.
- Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*. 3. Aufl. Tübingen 1947.
- Weber, Max: *Gesammelte politische Schriften*. München 1921.
- Wenck, Marin: *Die Geschichte der Nationalsozialen von 1895 bis 1903*. Berlin 1905.
- Westarp, Graf Kuno: *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*. Bd. 1 u. 2. Berlin 1935 (I zit.: Westarp).
- Windthorst, Eduard: *Lebenserfahrungen eines Idealisten*. Bonn 1912.
- (Windthorst, Ludwig): *Aus Windthorsts Korrespondenz*, in: *Stimmen aus Maria Laach*, Bd. 82 u. 83, Freiburg 1912.
- Winterfeldt-Menkin, Joachim v.: *Jahreszeiten des Lebens*. Berlin (1942).
- Wittig, Gustav: *60 Jahre nationale und liberale Politik*. Berlin 1927.
- Wolfsstieg, A.: *Die Anfänge der freikonservativen Partei*, in: *Delbrück-Festschrift*, 1908.
- Zimmermann, E.: *Der deutsche Reformverein*. Phil. Diss. Heidelberg 1929.
- Zimmermann, Paul: *Die nationalliberale Jugendbewegung, Ursprung, Wesen und Ziele*. Frankfurt a. M. 1909.
- Die Arbeit von Erich Schneider, *Die Anfänge der sozialistischen Bewegung in der Rheinpfalz 1864—1899*, Mainzer Phil. Diss. 1956, ist mir erst nach Abschluß meiner Untersuchung zugänglich geworden.

Personenregister

- Ahlhorn, Gerhard 203
 Antrick, Otto Friedrich Wilhelm 335
 Arenberg, Franz Ludwig Prinz von 276
 Assmann, Reinhold 119
 Auer, Ignaz 311, 313, 315, 357, 362, 367 ff.,
 371, 379, 382 f.

 Baare, Louis 86, 124
 Bachem, Karl 266, 272, 276, 279, 283 f., 288,
 291
 Bahr, Max 34, 41, 49
 Ballestrem, Franz Graf 276, 286
 Bamberger, Ludwig 120, 162 f., 165, 203,
 206 f., 209, 213
 Banks, Eduard 64
 Barth, Theodor 178, 183 ff., 208 f., 211 ff.,
 223, 225 f., 228 f.
 Bartling, Eduard 135
 Bassermann, Ernst 95, 107, 128, 134 ff., 140,
 147 ff., 152, 154 ff., 169 ff., 235, 261
 Bauer, Gustav 383
 Bauer, Carl H. Martin 70, 84
 Baumbach, Karl Adolf 182, 206
 Bebel, August 95, 106, 129, 171, 300, 303,
 309 ff., 315, 330, 337, 355, 357, 359 ff., 364 f.,
 367 f., 371, 375, 377 ff., 381 ff.
 Beck, Anton Eugen 135, 170
 Becker, Bernhard 298
 Becker, Jakob 157
 Becker, Johannes 291
 Benda, Robert von 123, 125, 168 f.
 Bennigsen, Rudolf von 32, 35, 37, 44, 46 ff.,
 113 f., 120 f., 123, 125 f., 134, 161 f., 164 ff.
 Berger, Louis 11, 29, 84, 197, 204
 Bernstein, Eduard 303, 313, 321, 335 ff., 352,
 355, 357, 359, 374, 380, 388
 Bethmann Hollweg, Theobald von 138, 258
 Bethusy-Huc, Eduard Graf 71
 Beumer, Wilhelm 174
 Beutler, Otto G. 258
 Biedermann, Friedrich Karl 112, 120, 164
 Bierberg, Obermeister in Berlin (1877) 61
 Bismarck, Otto von 20, 24, 26, 30, 47, 80, 86,
 124, 162, 165 f., 206, 241, 286
 Blankenhorn, Ernst 135

 Bloss, Wilhelm 313
 Böttcher, Friedrich 122
 Boretius, Alfred 34
 Bracke, Wilhelm 300, 302
 Bräsel, Linksliberaler, Redakteur und Verleger
 in Stettin 224
 Brandenburg, Erich 139
 Brandes, Obermeister in Berlin (1877) 61
 Braun, Lily 352
 Braun, Karl 119 f., 162
 Braun, Otto 369
 Brauns, Heinrich 283
 Breithaupt, nationalliberaler Generalsekretär
 (1912) 124, 128, 151
 Breitscheid, Rudolf 229 f.
 Brömel, Max 226
 Brühl, Paul 363, 379
 Buch, Leopold von 258
 Bülow, Bernhard von 145, 154, 171, 225, 251,
 258 f., 262, 287
 Bürklin, Albert 169
 Büsing, Otto 134, 170
 Buhl, Franz Armand 166
 Bulle, Constantin 194
 Bunsen, Georg von 39, 120, 206, 209
 Burckhardt, Georg 257
 Busse, Hermann von 252

 Calwer, Richard 335
 Caprivi, Leo von 213 f., 216, 259
 Cassel, Oskar 237
 Casselmann, Leopold 139
 Classen-Kappellmann, liberaler Politiker (Köln
 1876) 46
 Cremer, Joseph Christoph 289, 291
 Cuny, Ludwig von 29, 71 f., 123, 169

 David, Eduard 383 f.
 Dissmann, Robert 363
 Dittmann, Wilhelm 383
 Dix, Arthur 151
 Dönhoff-Friedrichstein, August Graf 259, 262
 Duncker, Franz 63, 197 f.
 Durant de Sénégal (Baranowitz), Hans Heinrich
 Frhr. von 255 f., 258

Ebert, Friedrich 326, 335, 363, 368 f., 371 ff.,
 * 379, 382
 Eberty, Gustav 202
 Egloffstein, Hermann L. Frhr. von 242
 Eickhoff, Richard 181, 196, 221
 Elben, Otto 40, 111, 167
 Engels, Friedrich 355
 Erffa-Wernburg, Hermann Frhr. von 258,
 Erkelenz, Anton 188 f., 224, 232
 Ernst, Albert 225
 Erzberger, Matthias 162, 169, 287, 289
 Eulenburg, Botho Graf zu 248
 Euler, Jakob 279
 Eynern, Ernst von 151

 Fehrenbach, Konstantin 287 ff.
 Feustel, Friedrich von 29
 Fischbeck, Otto 208, 219, 221, 232, 235, 237 f.
 Fischer, Hermann 135
 Fischer, Richard 362, 368 f., 383
 Forcade de Biaix, Friedrich von 291
 Forckenbeck, Max von 27, 34, 37 f., 51, 64 f.,
 113, 119 f., 125, 161 ff., 182, 206, 209, 212 f.
 Franckenstein, Georg Arbogast Frhr. von und
 zu 286, 289
 Frank, Ludwig 346, 366, 376, 378, 383 f.
 Franken, Hermann 134
 Friedberg, Robert 128, 134 f., 139 f., 150 ff.,
 154, 158, 172
 Fries, Hugo Friedrich 120
 Fuhrmann, Paul 151 f., 157, 170 f.
 Funck, Carl 208, 232
 Fußangel, Johannes 279, 291

 Geib, August 300, 302 f., 306
 Geiger, Wilhelm 116, 135
 Geiser, Bruno 310, 313 f.
 Gerisch, Karl Alwin 319, 368 f.
 Gerlach, Hellmut von 19, 86, 186, 225 f.,
 229 f., 248, 256
 Giesberts, Johann 284
 Giese, Wilhelm 182
 Gneist, Rudolf 56, 65, 123, 162, 164
 Göhre, Paul 329, 335, 345, 348
 Goldschmidt, Karl 188
 Goltz, Kuno Frhr. von der 246
 Gothein, Georg 225, 229
 Gradnauer, Georg 337
 Griesemann, Martin 252
 Grillenberger, Karl 317, 366, 388
 Gröber, Adolf 281, 287 ff.
 Gröning, Albert Wilhelm 205
 Grunwald, Max 383

 Haarmann, Wilhelm 135
 Haase, Hugo 363, 368 f., 379

Hänel, Albert 26, 65 f., 164 f., 184, 192 f.,
 198 ff., 202 ff., 209 ff.
 Hänisch, Konrad 350
 Hagen, Adolf 57
 Hahn, Diederich 46, 169
 Hammacher, Friedrich 123, 134, 169, 174
 Hammerstein, Wilhelm Frhr. von 244, 246,
 248, 252, 256, 259 ff.
 Hardt, Heinrich 120
 Hasenclever, Wilhelm 301 f., 309 f.
 Hasselmann, Wilhelm 311, 314
 Hatzfeldt, Sophie Gräfin 299 f.
 Haußmann, Conrad 231
 Hausmann, Fritz 135
 Heim, Georg 288 f.
 Heine, Wolfgang 321
 Helldorff-Bedra, Otto Heinrich von 245,
 252 f., 256, 259 f., 264
 Hennig, August von 119 f.
 Hergt, Oskar 401
 Hermes, Hugo 200, 213, 219
 Herold, Carl 281, 288
 Hertling, Georg Frhr. von 265, 286 ff.
 Heydebrand und der Lasa, Ernst von 170,
 235, 258 ff., 263
 Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm Frhr.
 von 157, 169, 171
 Hildenbrand, Gerhard 337, 347 f., 356
 Hilferding, Rudolf 389
 Hinze, Hugo 208, 212 f., 215, 225
 Hirsch, Max 58, 63 ff., 188
 Hirsch, Wilhelm 139, 157
 Hitze, Franz 281
 Hobrecht, Arthur 35, 114, 123, 125, 134, 172
 Hoch, Gustav 383
 Höchberg, Karl 313
 Hölder, Julius von 110 f., 159, 163 f., 166
 Hoensbroech, Wilhelm Graf von und zu 288
 Hoffmann, Adolf 202
 Hohenlohe-Langenburg, Ernst Erbprinz zu
 262
 Hohenlohe-Oehringen, Christian Fürst zu 262
 Hompesch, Alfred Graf 286 f.
 Hoppe, fortschrittlicher Landtagsabgeordneter
 (1874—1877) 197
 Hoverbeck, Leopold Frhr. von 179, 197 f.
 Huene-Hoiningen, Carl Frhr. von 273
 Hüpeden, Gustav 247, 262
 Hugenberg, Alfred 402

 Irmer, Fr. Bernhard 258
 Issberger, Chefredakteur der Freisinnigen
 Zeitung 235

 Jakobskötter, Johannes Carl Wilh. 262
 Jacoby, Johann 10 f., 55, 59

- Jerusalem, Dr., nationalliberaler General-
 sekretär (1884) 124
 Joos, Joseph 401
 Jordan, Ludwig Andreas 34, 160
 Junck, Johannes 171
- Kaas, Ludwig 401
 Kämpf, Johannes 220, 237
 Kalkoff, Hermann 151 f., 155
 Kanitz-Podangen, Hans Wilh. Alex. Graf 261
 Kapp, Friedrich 39, 121, 205 f.
 Kautsky, Karl 355, 360 f., 372, 376, 389
 Keil, Wilhelm 317, 330 f., 345, 364, 384
 Kiefer, Friedrich 110, 121
 Klasing, August 257 f.
 Kleist-Retzow, Hans von 19, 252 f., 260
 Klotz, Moritz 200, 213
 Koeller, Ernst Matthias von 243
 Kopsch, Julius 140, 189, 219, 235, 237
 Korell, Pfarrer, hess. linkaliberaler Politiker
 (nach 1905) 196
 Krause, Paul von 135
 Kröcher, Jordan von 223, 258
 Kulemann, Wilhelm 25, 29, 35, 43, 52, 81, 86,
 123 f., 151, 158, 168
- Lammers, August 122
 Lange, Redakteur der Neuen Westfälischen
 Zeitung 256
 Langerhans, Paul 197 f., 200, 219
 Lasker, Eduard 10 f., 50, 119 f., 122, 159,
 161 ff., 182, 206
 Lassalle, Ferdinand 294 ff.
 Ledebour, Georg 383 f.
 Legien, Carl 363
 Lehmann, Paul 171
 Leidig, Eugen 130
 Lender, Franz Xaver 276
 Lent, Wilhelm 120
 Lenzmann, Julius 199, 204
 Leo, Heinrich 20
 Lesse, Theodor Wilhelm 205
 Leuß, Hans 255 f.
 Levetzow, Albert von 260 f.
 Lieber, Ernst 283, 286, 288, 290 f.
 Liebknecht, Karl 337, 347, 360
 Liebknecht, Wilhelm 300, 303, 309 ff., 315,
 355, 373
 Limburg-Stürm, Friedrich Wilhelm Graf zu
 258, 260 f.
 Lindemann, Hugo 335, 387
 Lipke, Gustav 182, 205
 List, Friedrich 139
 Loß, Felix Frhr. von 289
 Löbe, Paul 337
- Loebell, Friedrich Wilhelm von 258, 261
 Löwe-Calbe, Wilhelm 11, 29, 75, 84, 197
 Lohmann, Walter 147, 158
 Luxemburg, Rosa 320, 329, 340, 352, 372
- Majunke, Paul 288
 Mallinckrodt, Hermann von 286
 Mann, Thomas 89
 Mantuffel-Crossen, Otto Frhr. von 256, 258,
 260 f.
 Marquardsen, Heinrich (von) 111, 166 ff.
 Marschall von Bieberstein, Adolf Frhr. 263
 Mehnert, Paul 258
 Mehring, Franz 311, 372
 Meier, Hermann Heinrich 23, 30, 33 ff., 37,
 44, 46, 48
 Meister, Heinrich Ernst August 310, 383
 Meyer-Arnswalde, Wilhelm Leutold von 262
 Michaelis, Otto 119
 Michels, Robert 5, 320, 333 f., 352, 371, 387
 Minnigerode, Wilhelm Frhr. von 261
 Miquel, Johannes (von) 22, 35, 51 f., 110 f.,
 114, 120 ff., 125 f., 162 ff.
 Mirbach-Sorquitten, Julius Ludw. Gottlob
 Emmerich Graf 258, 261
 Mohl, Robert von 29, 37
 Moldenhauer, Paul 156
 Molkenbuhr, Hermann 368
 Moltke, Helmuth von 31
 Mommsen, Karl 234
 Mommsen, Theodor 17
 Mosle, Alexander Georg 84, 165
 Most, Johann 311, 314
 Müller, Hermann 403
 Müller-Fulda, Richard 276, 289
 Müller-Meiningen, Ernst 221 f.
 Müller-Sagan, Hermann 219 ff.
- Nathan, Henry 225
 Naumann, Friedrich 81, 157, 190 f., 195,
 225 ff., 236, 349, 402
 Neumann-Hofer, K. Adolf 229
 Normann, Oscar von 258, 261
 Noske, Gustav 331, 335, 357, 383
 Nuschke, Otto 195
- Oberwinder, Heinrich 248
 Oechelhäuser, Wilhelm 168
 Oertel, Georg 245, 262
 Oetker, Friedrich 120, 159
 Oldenburg-Januschau, Elard von 243, 247
 Oppenheim, Heinrich Bernhard 119 ff.
 Oppersdorff, Hans Georg Graf 289
 Oriola, Waldemar Graf 144, 170 f.
 Orterer, Georg (von) 284, 288

Osann, Arthur (Vater) 169
Osann, Arthur (Sohn) 139
Ostertag, E., Parteisekretär der Deutschen
Volkspartei (nach 1890) 231
Otto, Heinrich 279

Paasche, Hermann 134 f., 146, 173
Pachnicke, Hermann 210, 226, 228 f., 237
Parisius, Ludolf 200, 202, 213, 219
Pappenheim, Karl R. von 258, 262
Parvus (= Alexander Helphand) 337
Patzig, Albrecht 86, 124, 134, 156
Payer, Friedrich (von) 160, 209, 231
Pfaff, Pastor in Osterbruch 47
Pfannkuch, Wilhelm 362 f., 369, 383
Pichler, Franz Seraph 288
Pieck, Wilhelm 335
Pieper, August 281 f.
Pieschel, Theodor 169
Poensgen, Oskar 99, 115, 126, 130, 135
Porsch, Felix 281
Posadowsky-Wehner, Arthur Graf 238
Potthoff, Heinz 195, 229, 238
Preysing, Konrad Graf 266
Puttkamer, Robert von 241
Puttkamer-Plauth, Bernhard Alb. von 261

Radek, Karl 350, 356, 374, 377, 389
Radwanski, Paul 279
Rauchhaupt, Wilhelm von 250 f., 253, 255,
260 f.
Reck, Wilhelm Frhr. von der 252 f., 255, 257
Reincke, Peter Adolf 300
Reindl, Magnus Anton 286
Richter, Eugen 24, 32, 38, 66, 72, 79, 162, 170,
177 ff., 183, 188, 191 ff., 197 f., 200 ff.,
206 ff., 227, 237 ff.
Richtofen-Damsdorf, Karl F. Frhr. von 261 f.
Richtofen, Hartmann Frhr. von 171
Rickert, Heinrich 34, 113, 119, 121 ff., 125,
166, 177, 182 f., 200, 205 ff., 212 f., 225 f.
Rießer, Jakob 139 f.
Rittinghausen, Moritz 315
Rocke, Paul 154
Röchling, Karl 135, 139
Römer, Hermann 35
Roeren, Hermann 289
Rösicke, Gustav 261
Rösicke, Richard 35
Rosin, linksliberaler Politiker (1908) 220
Rousseau, Jean Jaques 357
Rüdt, badischer Abgeordneter (SPD) 317
Sachs, Hugo 219
Sachse, H., linksliberaler Redakteur (1876) 64
Sattler, Karl Heinrich Christian 46, 93, 134,
156

Saucken-Tarputschen, Kurt von 198
Savigny, Karl von 284, 288
Savigny, Karl Friedrich von 286
Schädler, Franz 286, 288, 290
Schauß, Friedrich von 29
Scheidemann, Philipp 106, 129, 169, 171, 331,
346, 368 f., 375, 378 f., 383 f.
Schiffer, Eugen 135
Schifferer, Anton 139
Schippel, Max 336, 356 f., 371, 375, 384
Schneider, Fritz 219
Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz zu 135,
138 ff., 169, 171 f., 243
Schönlank, Bruno 343, 350
Scholz, Ernst 402
Schoof, Joh. Friedrich 169
Schorlemer-Alst, Burghard Frhr. von 277,
280, 288, 291
Schrader, Karl 183 f., 206, 212 ff., 225, 229
Schröter, Generalsekretär der Konservativen
Partei (seit 1905) 261
Schulze-Delitzsch, Hermann 13 f., 63, 197
Schumacher, Georg 356, 375
Schwabach, Felix 135
Schweitzer, Joh. Baptist von 298 ff.
Schwerin, Maximilian Graf 61
Seckendorff, von, Generalsekretär der Konser-
vativen Partei (seit 1881) 261
Severing, Carl 238, 326, 329 ff., 334, 384
Sieg, E. Julius 135
Siemens, Georg von 25, 177, 203, 209, 219
Siemens, Werner 17
Sigl, Joseph 266
Silberschmidt, Ernst Hermann 363
Simon, Wilhelm 134
Simson, Eduard 27, 57
Singer, Paul 310, 313, 315, 363, 368, 379,
382 ff.
Soltmann, nationalliberaler Politiker (1870)
120
Sonnemann, Leopold 231
Spahn, Peter 173, 271, 281, 284, 286 ff., 291
Speck, Karl Friedrich 288
Stackmann, Karl 258, 261
Stadthagen, Arthur 384
Stampfer, Friedrich 346, 372, 378
Stauffenberg, Franz Frhr. Schenk von 35, 80,
162 f., 182 f., 203, 206 f., 213 f.
Stegerwald, Adam 283, 285, 401
Steinhauer, Wilhelm 184
Stephani, Eduard 29, 37 f., 43, 46, 51, 81,
122, 160 ff.
Stern, linksliberaler Politiker (1906) 225
Stoecker, Adolf 246, 250, 256 ff., 312
Stötzel, Gerhard 291
Stolberg-Wernigerode, Udo Graf zu 243

- Stresemann, Gustav 107, 117, 135, 139 f.,
 147, 152, 156, 158, 171 ff., 402 f.
 Strasser, August 261
 Stumm(-Halberg), Karl Ferdinand (Frhr. von)
 92, 241
 Südekum, Albert 367
 Sunkel, Ernst 106
 Sybel, Heinrich von 84, 121
 Szmula, Julius 279
- Tafel, nationalliberaler, dann freikonservativer
 Politiker 116
 Tantzen, Theodor 224
 Tauscher, Leonhard 330
 Techow, Friedrich 121
 Tiele-Winckler, Franz-Hubert Graf 263
 Tille, Alexander 106
 Träger, Albert 218
 Treitschke, Heinrich von 36, 65, 71, 164 f.
 Treviranus, Gottfried Reinhold 402
 Trimborn, Carl 268 f., 276, 287
 Twesten, Karl 119
- Ulrich, Carl 363
 Ungern-Sternberg, Eduard Frhr. von 252
 Unruh, Georg Victor von 17, 119 f., 197
- Vahlteich, Karl Julius 298
 Vecchioni, August Napoleon 79
 Viereck, Louis 314
 Vincke, Georg Frhr. von 10
 Virchow, Rudolf 17, 200, 204, 207, 213 f., 216
 Völk, Joseph 29, 165
 Vogel, Paul 135 f., 139, 142
 Vollmar, Georg von 311 ff., 321, 341, 345,
 352 f., 356 ff., 362, 366 f., 377, 381, 388
- Wagener, Hermann 19
 Wahnschaffe, Arnold 258
 Waldeck, Bened. Franz Leo 179
 Wallichs, Adolf 30
 Wangenheim, Conrad Frhr. von 262
 Weber, Arthur 122
 Weber, August 107, 139, 171
 Weber, Max (Vater) 35, 123
 Weber, Max (Sohn) 5, 208, 333, 346
 Wehrenpfennig, Wilhelm 113, 121 f., 162,
 164 f.
 Weigert, Waldemar 220
 Weihe, freikonservativer Kandidat in Herford
 246
 Weinhausen, Friedrich 226
 Wels, Otto 345, 347, 363
 Wendt, Gustav 199
 Westarp, Kuno Graf 169, 242, 260 f., 402
 Wiemer, Otto 140, 219, 221, 232, 235
 Winkler, Dr., Zentrums-kandidat in Amberg
 (1914) 279
 Windthorst, Eduard 23, 197, 204
 Windthorst, Ludwig 265, 281, 284, 286 ff.
 Winterfeld-Menkin, Joachim von 242
 Wirth, Joseph 401
 Witte, Friedrich 206
 Wolff, Karl Wilhelm von 111
- York, Theodor 300, 302
- Zedlitz-Trützschler, Robert Graf 260
 Zelle, Robert 200, 212 f.
 Zietz, Luise 379

Sachregister

Abkürzungen:

- ADAV: Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
DDP: Deutsche Demokratische Partei (nach 1918)
DFrP: Deutsch-Freisinnige Partei
DNVP: Deutschnationale Volkspartei
DV: Deutsche Volkspartei (bis 1910, auch Süddeutsche Volkspartei)
DVP: Deutsche Volkspartei (seit 1918)
FK: Freikonservative Partei
FP: Deutsche Fortschrittspartei
FPB: Deutsche Fortschrittspartei in Bayern
FrVg: Freisinnige Vereinigung
FrVP: Freisinnige Volkspartei
FVP: Fortschrittliche Volkspartei
K: Konservative Partei
KPD: Kommunistische Partei Deutschlands
Lib: Liberale
LT: Landtag
NL: Nationalliberale Partei
NS: Nationalsoziale Partei
NSDAP: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PV: Preußischer Volksverein
RT: Reichstag
Sez: Sezessionisten
SAP: Sozialistische Arbeiterpartei
SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Z: Zentrum

ABC-Buch für freisinnige Wähler 208

Abgeordnete

11, 22, 36 ff., 393, 400, 403

ADAV 300

DFrP 206 f., 210, 212, 215 f., 217

FP 22, 63, 65 f., 180, 193, 196 ff., 200 ff.

FrVg 185, 224, 226, 228 f.

FrVP 180, 217 f., 220, 223

FVP 232 ff., 238 f.

K 19, 245, 252 f., 255 ff.

Lib 45, 47, 51 f., 55, 70, 73 f., 84

NL 94, 100, 105, 109 f., 113 f., 116, 119 ff., 125, 133 ff., 139, 141, 144, 147, 157, 159, 161, 163 f., 167 f., 170, 173 f.

Sez 183, 205 f.

SPD 303 ff., 308 ff., 313 f., 330 f., 336 f., 342, 344, 346, 349, 356, 368 f., 378, 383 ff., 390, 404

Z 269 f., 272 ff., 276, 281, 283, 285, 287 ff., 404

s. a. Fraktion

Abgeordnetentage (des Nationalvereins) 14

Ämterkumulation (SPD) 331 f., 344, 369, 383

Agitation, Wahl-, Propaganda

37, 39 f., 399

ADAV 297 f., 300 f.
DFrP 208, 210 f., 216
FP 17, 24, 32, 79, 179, 197, 199 f., 203
FrVg 186, 225 ff.
FrVP 179, 181, 218, 220, 222
FVP 191, 232, 234 ff., 239
K 241, 245, 249 ff., 258, 261 ff.
Lib 39, 44, 54, 56
NL 37, 84, 94, 106, 109, 117, 124, 133, 150—154, 156
PV 19
Sez 183
SPD 59, 65 f., 70, 79, 85, 280 f., 293 f., 306 ff., 310 f., 316, 318, 323, 325 ff., 339 ff., 347 f., 356 ff., 369 ff.
Z 265, 267 f., 275 f., 281 f., 284
s. a. **Massenagitation**
Agrarier im Zentrum 270 f., 279, 284, 288 ff.
Agrarische Bewegung 88 f., 91, 93 f., 169, 182, 249, 258, 265, 270, 283, 291
Agrarkrise 88, 358; s. a. **Agrarische Bewegung**
Agrarprogramm (SPD) 354, 356, 360, 366
Aktivität, insbes. lokale
91, 394
ADAV 297
FP 179, 182
FPB 20
FrVg 186, 266
FrVP 179 f., 182
FVP 191, 239
NL 86, 94, 98 ff., 102, 106
NS 185
PV 19 f.
SPD 294, 306 f., 318, 325 f., 341, 376, 381
Z 267 ff.
vgl. a. **Agitation; Wahlkampf**
Altliberaler Reichsverband 130, s. a. **Parteien, NL**
Anarchisten 311, 314 f.
Anhänger
11 f., 15 f., 18 f., 22, 25, 29, 36, 40, 91
ADAV 298
DFrP 179, 183 f., 208, 210, 214, 217
FP 16, 18, 22, 27, 55 ff., 62 f., 66, 77, 179 ff., 192, 200, 202
FPB 20, 22
FrVg 185, 228
FrVP 179—182, 219, 222
FVP 236, 239 f.
K 72, 242, 244 ff., 249, 256, 262, 264
Lib 52, 54, 56 f., 62, 70, 73 ff., 76 ff., 84 f.
NL 87, 90, 94, 96, 99, 102, 108, 114, 118, 123, 125, 136, 147 f., 174 f.
Sez 32
Z 267 f., 271, 278, 280, 282, 292
Antisemiten 61, 66, 72 f., 88, 91, 108, 165, 169, 182, 201, 220, 234, 246 ff., 256, 290
Antrag . . . s. u. Parl. Vorlagen
Apparat, Bürokratie(sierung) 306, 308, 327, 329, 331, 333 f., 338 ff., 342, 345 f., 369, 372 f., 377, 380 f., 383 f., 387 f., 390, 392, 404 f.
Arbeiterbewegung 321, 331, 333, 383, 389
Arbeiterschuttkongreß, Internationaler (1897) 382
Arbeitersekretäre, katholische 277, 280 f., 291

Arbeitervereine

- evangelische 187
- katholische 268, 272 f., 291
- liberale 188 f., 234, s. a. u. Interessenverbände
- FVP 187
- Lib 294, 301
- Z 280

Arbeitsrecht 233**Arbeitswillige, s. Schutz der . . . n****Augustinusverein (der kathol. Presse) 285****Ausschluß, Partei-**

ADAV 295, 298 ff.

K 246, 251, 254

NL 105 f., 133

SPD 314 f., 322, 341, 347, 351, 355 ff., 366, 373 f., 377, 384, 386 f.

Ausschüsse, parlamentarische, Kommissionen 159, 161, 169 f., 231, 261, 286, 310, 383**Beisitzer des Vorstandes (SPD) 368 f., 379 f.****Beiträge, Mitglieds-, Vereins-**

398 f.

ADAV 295, 297, 299

DV 21, 231

FP 178

FrVg 186, 227

FrVP 178

FVP 190, 235 f.

K 245, 247, 250 f., 254

Lib 81

NL 101 f., 106, 152

SPD 190, 227, 302, 304, 318 f., 322, 341, 347, 370, 386

Z 276

Berliner Bürgervereine (Kons.) 248**Berliner Kommunalfreisinn 218****Berufspolitiker 198, 369****Betriebs(partei)gruppen 322****„Bewegungen“ 403 f.****Bezirks-, Kommunalvereine (halbpolitisch) 55—68****Bismarcks Entlassung 259****„Block“ (1907—09) 100, 118, 128 f., 171 f., 223, 225 f., 228 ff., 262****Budget-Bewilligung (SPD) 336, 350 f., 356 f., 360, 362, 364 ff., 389****Bülows Sturz 247****Bürgerblock (1924—1928) 401****Bürokratie (staatliche) 182, 184, 187, 241, 258, 265, 293, 395 ff., 401****Burgfrieden (1914—1918) 157, 189****Corpora, Zirkel, Interne, Geheime (SPD) 307 ff., 316 f., 318 f.****Daily-Telegraph-Affaire 259****Dawesplan 401****Delegiertentag, s. Parteitag****Demokratie, innerparteiliche**

91 f., 394 ff., 400, 405

ADAV 296—301

DFrP 212, 217

DV 231

FP 77, 178 f., 180 ff., 193, 198 f., 203

FrVg 185 f., 225, 228 ff.

FrVP 178—182, 217 ff.

FVP 190 ff., 239

- K** 246, 248, 257, 264
Lib 58, 60 ff., 74, 76 f., 80, 84, 90 f.
NL 93, 97 ff., 106—108, 115 f., 118, 125 ff., 131 f., 141 f., 148, 158, 175
SPD 228, 294, 302, 304, 308, 311, 313 f., 317 f., 325, 329, 334, 336, 339 f., 342, 344, 346, 348, 351 f., 357, 359, 361, 365, 380, 386, 388, 390 f.
 s. a. Überrepräsentation
Demokratisierung, innerparteiliche, s. u. Struktur Tendenzen
Deutscher Reformverein (1862) 15
Deutsche Vereine (Grenzgebiete) 31, 75
Deutsche Vereine (Rheinland) 84
Diäten, amtliche 24, 58, 204, 287, 289, 312, 383
Diäten (Partei-) 201, 203, 383
Disziplin, s. u. Strukturprinzipien
Doktrinarismus, Parteiorthodoxie
 FP, FrVP 180, 191, 203, 210 f., 215, 219, 223, 239 f.
 SPD 359, 367
Doppelkandidaturen 243, 268, 273, 278 ff.
Dreiklassenwahlrecht, preußisches 23, 55, 56, 70, 118, 137 f., 145 f., 151, 172, 204, 219,
 s. a. Wahlrechtsreform
Dualismus Preußen-Reich 172, 393
Duellaffären 179
Einigung des Linksliberalismus (1910) 182, 185 ff., 219, 221 ff., 225, 227 f.
Eiserne Front 404
Emanzipationsbewegungen 87 ff., 91, 104, 272, 281, 293, 320, 322, 396, 405
Entpolitisierung (innerhalb der SPD) 318, 328 f., 331 f., 334, 336, 338, 373, 392
Evangelischer Bund 250
Finanzen
 41, 91, 395, 399
 ADAV 296 f., 299, 301
 DFrP 207 f.
 DV 231
 FP 41, 200 ff.
 FrVg 184, 186, 195, 226 f., 230, 235 f.
 FrVP 208, 220, 224, 236
 FVP 190, 233 ff., 237, 240
 K 244 f., 247, 249 ff., 254, 260, 263 f.
 Lib 41, 56
 NL 86, 102, 117, 121 f., 142, 150-155, 175, 220, 227, 236 f., 264
 Sez 201, 205
 SPD 236, 293, 302, 304, 306, 308, 310, 313, 315, 323, 327, 341, 344 f., 347 f., 350 ff., 355, 369 ff., 381, 383, 386, 399
 Z 275 f., 282, 285, 399
Finanzreform, s. u. Parl. Vorlagen
Fleischnot 326
Flottenvorlagen, s. u. Parl. Vorlagen
Flugblätter und Broschüren
 122, 151
 ADAV 297
 FP 197, 200
 FVP 235
 K 261
 Lib 38, 40
 NL 122, 151
 SPD 326
 Z 268, 281

Fraktion

Reichstagsfraktionen

DFrP 207, 209 f., 215 ff.

FP 10 f., 16 f., 196 ff., 200, 203 f.

FrVg 225, 228—230, 236 f.

FrVP 181, 217 ff., 223

FVP 233, 236 f., 239

K 245, 251—255, 257—260, 261 ff.

NL 93 f., 105 f., 108, 113, 115, 119 f., 122 f., 125, 129 f., 139, 144 f., 148, 151, 153, 158—174, 175, 236

Sez 205 f.

SPD 294, 309 f., 311—315, 321, 331, 352 ff., 356 ff., 363 ff., 367 ff., 374, 377 f., 381—386, 390, 402

Z 11, 267, 269, 273, 277, 281 ff., 284—292, 398

Landtagsfraktionen

DV 231

FP 193

Gesamtlib 26, 160

NL 109—113, 129, 135, 146, 153

SPD 341, 350, 354, 356 ff., 365 f.

Z 274, 286

Landtagsfraktionen, preußische

DFrP 207, 213

FP 11, 16 ff., 196, 199 f., 204

FrVg 225

FrVP 217 ff.

K 251 ff., 255, 258 f., 262, 264

NL 9, 137 f., 146, 162 f., 166, 172

Z 285

Austritt, Ausschluß

DFrP 212, 216

FP 197 f., 204

K 262 f.

NL 11, 160, 164 f., 169, 171

Z 289 f.

Back-benchers (Z) 287 ff.

Büro, Geschäftsführer, Sekretär

NL 170

SPD 383

Führer

DFrP 210

FP 198

K 261 ff.

NL 161—168, 170 f., 173

Z 285 ff., 290 f.

Schriftführer

NL 161 f., 167, 169 f.

SPD 383

Vorsitzende

K 261

NL 161, 169 ff.

Z 285 ff., 401

Vorstand

DFrP 207, 213

FP 198, 200, 204

K 261 f.

NL 121, 130, 134, 149, 160 f., 163, 165, 169 ff.
 SPD 310, 379, 382 f.
 Z 285 f., 289

Zwang, Disziplin
 DFrP 207
 FP 197
 K 262
 NL 160, 163, 167, 171
 SPD 382
 Z 289

Fraktion und Partei
 22, 24, 36, 394, 400 ff.
 DV 21
 FrVg 225
 FrVP 223 f.
 FVP 234
 NL 113 ff., 118 f., 122, 124, 126, 129, 133 f., 137 ff., 149, 172 f., 175
 SPD 384 f.
 Z 291

Franckensteinsche Klausel 163
Frankreich 393
Frauen 102, 319, 323, 352, 373, 398, 400
Friedenaresolution (1917) 139

Führer, lokale
 FP 62—66, 200
 K 245, 247, 251, 263 f.
 NL 34, 117 f., 173 ff.
 Sez 205
 SPD 308 f., 317, 324 f., 327 ff., 332 ff., 336, 338 f., 342, 346, 375, 387, 391, 405
 Z 272, 275, 278, 292, 397 f.

Führer, mittlere
 FP 203
 FrVg 224
 K 253, 257, 263
 NL 110 f., 114, 126, 139, 142, 161, 175
 SPD 308, 327, 334 f., 344, 346, 350, 377, 387, 404
 Z 272, 274, 278, 404

Führer, Partei- (der), s. u. P . . .

Führer, politische
 37, 89, 239, 393, 396, 400, 403 f., 405
 DFrP 207 f., 212
 FrVP 224
 FVP 237 f.
 NL 87, 99, 102, 105, 108 f., 113, 133 f., 140, 143, 148 f., 151, 153, 158, 169, 173
 SPD 303 f., 306, 314, 346, 355, 358, 360, 368, 377 f., 381 f., 384, 390, 402

Führung und Mitglieder (SPD) 310 ff., 314, 323, 333 ff., 338 f., 361, 373, 376 ff., 381, 402 f.
 s. a. Zentrale und lokale Organisationen

Führungsschicht (sozial) 88, 395

Führungsauslese
 395 ff., 404 f.
 DFrP 209 f.
 FP 77, 180 f., 198, 203
 FrVP 181, 219 f.
 FVP 190 f., 233, 235, 237, 239
 K 261 f.

NL 107, 147, 168 f., 171 f.
 SPD 317, 329 ff., 338, 345 f., 383, 392, 404 f.
 Z 404
Funktion der Parteiorganisationen s. Integration, Legitimierung, Repräsentanz, Resonanz
Funktionäre (SPD) 321, 325, 327 ff., 331 ff., 344 f., 351, 369, 373, 375, 379, 384, 402, 404 f.
 vgl. a. Führer
Fusion (FP und Sez 1884) 177 ff., 183, 192, 199 ff., 204, 206, 208 ff.
Generalkommission (der freien Gewerkschaften) 364, 371, 374
Generalsekretäre
 ADAV 295
 DV 231
 FrVg 226
 FrVP 219
 FVP 234 f.
 K 261, 263
 NL 86, 120, 124, 128, 134 f., 148, 151 f., 156 f., 170
 PV (Syndikus) 19
 SPD 304, 363, 368 f., 379 f.
 Z (in Aussicht genommen) 284
 s. a. Zentralbüro; Parteisekretäre
Genossenschaften (Schulze-Delitzsch) 62, 219
Gesamtliberalismus 25 ff., 72, 182, 206, 210; s. a. Parteien, Liberale
Gesamtliberalismus, Auflösung 27, 31 ff., 46, 55 f., 71 f., 79, 83, 176, 198, 200
Geschäftsordnung des RT 159 f.
Gesetze, s. u. Parl. Vorlagen
Gewerkschaftsfunktionäre 317, 330 f., 364 f., 373, 383; s. a. Ämterkumulation; Arbeitersekretäre
Großbetrieb, Organisation als 318, 325, 327, 333, 373, 390, 394
Großblock, Linksblock 95, 157
Großdeutsche Vereine 15
Großstadt 43 f., 46, 49, 51, 67, 70, 89, 100 f., 182, 226 f., 302, 318 f., 322 f., 330, 352
Handelsverträge, s. u. Parl. Vorlagen
Hofgänger, s. Zu-Hofe-Gehen
Honoratioren
 FP 17, 22; s. a. Vereinshonoratioren
 K 42, 73, 242, 244, 247
 Lib 33 f., 42 ff., 49 ff., 62, 67, 70 f., 76, 80
 NL 77, 90, 107, 134, 181
 Sez 182, 206
 Z 266 f., 269 ff., 274, 278, 280
Honoratiorenpartei, -struktur usw. 39, 54, 62, 77, 85, 87, 96, 99 f., 107 f., 116 f., 119, 141 f.,
 157, 174 f., 203, 205, 230, 250, 263, 283, 292, 394 ff., 399, 404
Hospitanten, parlamentarische 29
Imperialismus 358
Industrialisierung 76, 87, 394; s. a. Massengesellschaft
Industrielle Massengesellschaft, s. u. M . . .
Integralismus (kath.) 284, 289
Integration, innerparteiliche
 77 f., 91 f., 394 ff., 400 f., 403, 405
 DFrP 208 ff., 215, 217
 FP 63, 66, 181
 FrVg 30, 185, 225, 228 f.
 FrVP 181, 221 f.
 FVP 187 ff., 190 f., 233, 235, 237 ff.
 K 251, 253, 257 f., 259, 262, 264
 Lib 77 f., 80, 84

NL 78, 91, 98, 110, 117, 119 f., 125, 136 ff., 140, 145 f., 149 f., 158 f., 162 ff., 169 ff., 174 f.
SPD 315, 321 ff., 332 f., 335, 340, 345, 357 ff., 360 ff., 365, 377 ff., 381 f., 384, 386, 389 ff.
Z 268 ff., 273, 276, 280, 282 ff., 286, 288 f.

Interessenverbände

174, 236, 399, 401, 404

Angestelltenverbände 188

Bauernbund, Deutscher 91, 150, 154 ff., 228

Bauernvereine, freisinnige 184

Bauernvereine, kath. 279

Bund der Landwirte 88 f., 93 f., 152, 169, 171, 191, 236, 249 f., 257, 259, 262 ff.

Freihändlerische Verbände 226 f.

Gewerkschaften, christliche 188, 272, 276 f., 279 ff., 285, 289

Gewerkschaften, freie 95, 297 f., 303, 306, 321, 324, 334, 356, 358, 360 f., 364 f., 371, 373 f.,
376, 389 f.

Gewerkschaften, Gelbe 104

Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) 31, 63 ff., 67, 187 f., 197, 201, 221

Handelsvertragsverein 184

Handwerkervereine 245, 279

Hansabund 139, 150, 154 f., 157, 234, 236, 238

Haus- und Grundbesitzerverein 220

Kaufmannschaft, Berliner 220

Reichsverband liberaler Arbeiter und Angestellter (1912) 189 f.; s. a. Arbeitervereine

Staatsarbeiter-, Unterbeamtenverbände 187 f., 220

Werkmeisterverband 187

Zentralverband deutscher Industrieller 136, 154

Internationale (II) 366, 374, 376, 387

Internationale (III) 402

Interventionsstaat 88

Juden 201, 234

Judenfrage 255

Jugendorganisationen

400, 404

FP 177, 180

FrVP 180

FVP 187

NL s. Parteien, Jungliberale

SP 322, 328, 361, 364, 374

Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands 373

Z Windthorstbund 270

Kader, s. u. Parteitypen; Strukturprinzipien

Kandidaten

23 ff., 37 ff.

FP 16, 22, 27, 197, 202 ff.

FrVg 195, 224

FrVP 181, 218, 220

FVP 187, 234 ff.

Gesamtlib. 28 f., 67

K 56, 72 f., 242 f., 245, 248, 251, 263

Lib 29, 34, 44 ff., 49, 53

NL 25, 27, 29, 37, 52 f., 86, 93, 119, 123 f., 154 ff., 164, 175

Sez 33 f., 183, 202, 206

SPD 308, 312, 314, 317, 335 f., 342, 375, 383, 390

Z 265, 279 f., 288

s. a. Nominierung; Doppelkandidaturen

Kartell (1887), -wahlen 83, 87, 114, 123, 167 f., 183, 246, 248, 252 f., 312

Kasinos (kath.) 266

- Kassierer (SPD-Vorstand) 304, 368 f.
- Katholiken 40, 265, 397
- Katholikentag 15, 265 f., 283, 398, 401
- Katholisches Vereinswesen 15, 265 ff., 292
- Kirchenaustrittsbewegung 305
- Klassenbewußtsein (proletarisches) 293, 325, 340, 350, 366
- Komitees, (Orts-, Kreis-, Wahlkreis-)
 - DFrP 35, 207
 - FP 27, 176, 201
 - FrVg 184
 - FrVP 178
 - Gesamtlib 26 ff., 184
 - K 72 f., 242 ff., 248, 263
 - Lib 42—54, 67, 69 ff., 74 ff., 78, 80, 82 f., 85, 202
 - NL 35, 42 f., 51 f., 71, 77, 86, 92 f., 100, 110, 122, 124
 - Sez 183
 - SPD 305, 307
 - Z 266, 267—274, 276 ff., 282, 291, 397
- Orts-, Kreis- und Wahlkreiskomitees (Verhältnis) 44 ff., 48
- Komitee für Vorwahlen 56 ff., 60, 62 ff., 67 ff.
- Komiteevorstand
 - Lib 34, 51, 67 f., 73
 - Z 270 ff., 276 f.
- Kreisobmänner (-Vorsitzende), Schlesien 274
 - s. a. Führer, lokale
- Kommissionen, s. Ausschüsse
- Kommunalwahlen 56, 76
- Konflikt, s. Verfassungskonflikt
- Kongreß Deutscher Volkswirte 205
- Konjunkturentwicklung (1905—1914) 320
- Konsumvereine 284, 308, 322, 330
- Kontrollkommission (ADAV, SPD) 300, 302 ff., 353 ff., 367 ff., 372, 380, 383
- Kooptation
 - 57 f.
 - FP 193, 199
 - FVP 232
 - K 248, 250 ff., 254
 - Lib 48 f., 52, 69
 - NL 99, 115, 130 ff.
 - PV 19
 - SPD 342
 - Z 269, 271, 274 f., 285, 397
- Korrespondenzen (der Parteien)
 - Berliner Autographische Korrespondenz (BAC), NL 122
 - Konservative Korrespondenz 252 f., 255, 261
 - Liberales Korrespondenz (Sez, DFrP) 197, 205, 208
 - Nationalliberale Korrespondenzen 81, 121 f., 124
 - NL Korrespondenz (NLC) 11, 122, 151
 - Parlamentarische Korrespondenz (FP, DFrP) 32, 67, 177, 200, 208
 - SPD Korrespondenzen 372
 - Wahlkorrespondenz (FP) 27
 - Zentrumsparlamentskorrespondenz (CPC) 285
- Kriegervereine 242
- Kriegsausbruch (1914) 376
- Kriegswirtschaft 285
- Kriegsziele (1914—1918) 138, 171, 237, 285

Kulturkampf 40, 83, 204, 265 f., 268, 280

Länder, Regionen, Provinzen

- Allgäu 79, 271
- Baden 28, 42, 97, 101, 105, 109 f., 115 f., 118, 128 f., 192, 194, 223, 231, 246, 250, 263, 267, 274, 276, 288, 317, 336, 338, 341, 351, 357, 365 f., 389
- Bayern 10 f., 20, 22, 24, 26, 28, 37, 50, 79, 83, 91, 97 f., 101, 111 f., 115 ff., 128 f., 141, 158, 160, 176, 192, 194, 223, 266, 271, 274, 277 f., 280, 288 ff., 301, 320, 338, 341 ff., 350, 352, 360, 364 ff., 377, 387 f.
- Brandenburg 115, 131, 178, 192 f., 244, 250, 267, 341 f., 345, 347 f.
- Braunschweig 37, 39, 112, 114 f., 131, 346
- Bremen, s. u. Städte
- Elsaß-Lothringen 75, 131, 320
- Erzgebirge 302, 343
- Franken 26, 28, 93, 246
- Hamburg, s. u. Städte
- Hannover 28, 42 f., 46, 93, 97, 104, 113 ff., 117, 121, 194, 246 f.
- Hessen 26, 93, 101, 104, 112, 114 ff., 118, 121, 135, 156, 158, 176, 178, 187, 192 ff., 196, 341
- Hessen-Nassau (Provinz), Kurhessen 27, 30, 93, 113 ff., 117, 193 f., 246
- Lippe 131
- Mecklenburg 25 f., 28, 35, 83, 112, 115, 131, 178, 184, 186, 192, 241, 245
- Minden-Ravensberg 20
- Mittelddeutschland 30, 71, 178, 340
- Nassau 26, 28, 114 f., 177, 193 f.
- Niedersachsen 94, 116, 176, 187
- Norddeutschland 23, 118, 120, 180, 223
- Oldenburg 115, 132, 176, 181, 187, 194, 224
- Ostdeutschland, ostelbische Provinzen 25, 28, 55, 67, 71, 101, 153, 155, 181, 187 f., 224, 236, 241, 243
- Ostpreußen 11, 103, 115, 178, 187, 244, 250
- Pfalz 26, 93, 97, 101, 111, 115, 174, 194
- Pommern 25, 27, 115, 131, 184, 224, 251
- Posen 13, 115, 320
- Preußen 14, 16 ff., 25 f., 31, 44, 55, 100, 113, 120, 172, 176, 178, 192, 196, 203, 207, 215, 233, 264, 282, 284, 298, 305, 312, 315, 341, 343, 346, 355, 366 f., 381, 387 f.
- Rheinland, Rheinprovinz 17, 37, 84, 97 f., 101 ff., 114 ff., 156, 187, 196, 257, 267 ff., 274 ff., 282, 298, 323 ff., 327, 341 ff., 346 f.
- Ruhrgebiet 25, 31, 40, 103 f., 188, 271, 347
- Saargebiet 27, 31, 48, 67 f., 71, 73, 91, 103 f., 266
- Sachsen (Land) 10, 18, 26, 31 f., 42, 78 f., 101 f., 112, 115, 117 f., 176, 178, 193 f., 243 f., 250 ff., 302, 305, 308, 317, 341, 343, 348
- Sachsen (Provinz) 101, 103, 115, 117, 241
- Schaumburg-Lippe 39
- Schlesien 31, 40, 113, 115, 131, 178, 187, 192 f., 241, 250, 266 f., 271, 274 ff., 291, 305, 308, 316, 375
- Schleswig-Holstein 26 f., 30 f., 93, 115, 118, 129, 135, 156 f., 177, 184, 186 f., 192 ff., 202, 209, 223, 298, 305 f., 320
- Schwaben (-Neuburg) 26, 194
- Süddeutschland 20, 23, 87, 120, 145, 173, 178, 182, 199, 222, 249, 287, 340 f., 350, 362, 365 f., 378, 387 f.
- Südwestdeutschland 172, 194, 222
- Thüringen 26, 31, 79, 115, 121, 176
- Westdeutschland 101, 182, 223, 245, 247, 249, 264, 279, 282, 284, 291, 298
- Westfalen 37, 97, 101, 105, 114 f., 117 f., 129, 135, 156, 187, 196, 245, 250, 252, 255, 257 f., 263, 267, 270, 274 ff., 279, 282, 298, 347
- Westpreußen 11, 51, 113 ff., 131, 173, 244

- Württemberg 21, 23 ff., 31, 40 f., 44, 75, 79, 81, 97, 101, 103 f., 110, 192, 195, 231, 246, 251,
 267, 274, 288, 302, 322, 325, 330, 341 ff., 349 f., 387
 Land (i. Ggs. zu Stadt) 38, 40, 43, 46, 48 ff., 55, 79, 83, 89, 93 f., 102, 127, 155, 182, 187, 220,
 226, 241, 243, 245 f., 265 ff., 270, 272, 285, 320, 343 f., 348, 394, 397, 399
 Landesinstanzen, Provinzial-, Bezirks-
 allgemein
 394, 396, 400, 403
 ADAV 298
 FP, Sez, DFrP, FrVP, FrVg, FVP 192—196
 Gesamtlib 26, 33, 109, 111 f., 192
 K 250 f.
 NL 109—118
 SPD 340—351
 Z 274—278
 s. a. Führer, mittlere
 Ausschüsse o. ä. (beratendes Organ, Wahlkörper des Vorstands)
 DV 21, 231
 FP 176, 192 f.
 FPB 20
 FrVP 222
 FVP 195
 NL 103—105, 115 ff., 120, 130 ff., 139, 141, 156
 SPD 342 ff., 346, 349 f.
 K 250 f.
 Z 268, 274 f., 278 f., 284 f., 291
 Komitee o. ä. (einziges Organ) NL 109—114
 Leistungen (allg.)
 SPD 347 ff., 371
 Z 267 ff., 272 ff., 276 ff., 284 f.
 Parteitage
 DFrP 193 f.
 DV 21, 231
 FP 192 f., 199, 203
 FPB 20
 FrVP 194, 217 f.
 FVP 189, 195 f., 233
 Gesamtlib 26
 K 250 f.
 NL 92, 106, 109 ff., 112 ff., 145, 157 f.
 SPD 302, 308 f., 324, 330, 332, 341 ff., 345 f., 349 ff., 366
 Z 274, 276
 Verbände und Vereine
 DFrP 194, 209
 DV: Landesverbände 231
 DV: Bezirksvereine 21, 231
 FrVg 194 f., 224, 226
 FrVP 194, 223 f., 231
 FVP 189, 195 f., 232, 240
 K 243, 250 f., 253 ff., 257, 263
 NL: Landesverbände 115, 118, 127 ff., 135, 139, 152, 155, 158, 171, 173, 175, 192, 250
 NL: Landesvereine 32, 36, 111 f., 115
 NL: Kreiswahlvereine, Bayern 111 f.
 SPD: Landes-(Agitations-)verbände 340 f., 351, 370
 SPD: Bezirks-(Agitations-)verbände 340 f., 346 f., 352, 358, 373, 375, 380, 387, 389 f.
 SPD: Landesvereine 341
 Z: (Schlesien) 274

- Vorsitzende** Z 268 f., 276, 285, 291
Vorstände o. ä. (oberstes exekutives Organ)
 DFB 20
 DFrP 179
 DV 21, 231
 FP 193
 FrVP 194, 220
 K 250 f., 258
 NL 103—105, 108, 115 f.
 SPD 330, 341 ff., 345 ff., 349 f., 372, 380
 Z 274 ff., 278, 291 f.
- Landesinstanzen und lokale Organisationen (Verhältnis)**
 FVP 195
 NL 26, 109, 114 ff., 118, 130, 133, 155 f.
 SPD 345, 347 ff., 374, 390
 Z 272 ff., 276 ff.
- Landesinstanzen und Zentrale, s. Zentrale**
Legitimierung, Legitimation
 FP 63
 FrVP 219
 Lib 60 ff., 68 ff., 73 f., 76, 80, 82 f.
 NL 126, 143, 146
 SPD 308, 334, 338, 342, 358 f., 361, 375
 Z 73, 268 f.
- Leitung, s. u. Zentrale**
Liberalismus 18, 25, 32, 95 f.; s. a. Parteien, Liberale
Liberal-konservative Organisationen 28, 31, 34, 36, 250
Locarnovertrag 401
Lokale Organisationen
 22—24, 41, 89, 91, 394, 400
 DFrP 177—182, 183—186
 FPB 22
 FP 176—182
 FrVg 183—186
 FrVP 177—182
 FVP 186 ff.
Gesamtlib 26 f., 29, 33 f., 50, 55 f., 67, 69, 98, 186, 194
 K 241—250
 Lib 42—85
 NL 33, 34—36, 37, 86—109, 127, 175
 Sez 33 ff., 49, 80, 177, 182—186, 205
 SPD 302 ff., 307, 315—340; s. a. Mitgliedschaft; Corpora
 Z 265—274; s. a. Vereine; Komitees; Führer, lokale
- Lokale Organisationen und Mittelinstanzen (Verhältnis), s. Mittelinstanzen und . . .**
Lokale Organisationen und Zentrale (Verhältnis), s. Zentrale . . .
Maifeierfrage (SPD) 336, 356, 360, 364, 367, 374, 377
Marokkokrise 326, 359, 368, 376 f., 379
Massenagitation, -werbung 85, 91 f., 100, 249, 294 f., 396
Massenaktionen (SPD) 340
Massenbewegungen, s. Antisemiten, Mittelstand, Sozialisten, Agrarische Bewegung
Massengesellschaft, industrielle 87 ff., 181, 184, 282, 292, 395 ff., 399
Massenorganisation 12, 21, 85, 90 ff., 100, 128, 174 f., 181, 244, 248 f., 264 f., 281 f., 294 f., 318, 320, 325, 395 f.
Massenstreik (und -debatte) 332, 338, 355 ff., 359, 361, 364 f., 367, 371, 374, 376, 389
Meinungsbildung, Diskussion, innerparteiliche
 DFrP 180 f.

FrVP 180 f.
K 246, 252 f., 258
NL 87, 97, 115, 117, 131, 140, 142, 149, 158
SPD 294, 313 ff., 318, 321, 326, 328, 332 ff., 339 f., 347, 349, 355, 357 f., 362, 367, 371 f.,
 375 f., 378, 381 f., 386 f., 390
Innerparteiliche Kritik 314, 367 f., 380 f., 388
Z 284, 398
Mediatisierung der Mitgliedschaft 403
Militärvorlagen, s. u. Parl. Vorlagen
Minister, parlamentarische 402 f.
Mitglieder und Führung, s. Führung; Zentrale und . . .
Mitgliederversammlungen
FVP 191
NL 92, 107, 191
SPD 316 f., 322 f., 326, 328 f., 336 f.
Mitglieder (Status, Zahlen, Rechte)
ADAV 295 ff., 298, 302
DDP 398
DNVP 398
DV 21, 231
DVP 398
FP 12, 17, 27, 67 f., 177, 182, 200 f.
FPB 20
FrVg 184 ff., 227 f., 230
FrVP 178 f., 181 f.
FVP 187 f., 190, 192, 235, 239 f.
K 244, 247
KPD 398
Lib 77 f., 81 ff., 85
NL 12, 75, 81, 92, 97, 99—108, 141, 151, 157, 173, 175
NSDAP 398
PV 19
SPD 192, 293, 302 ff., 308, 310, 315 f., 318 ff., 321 f., 325 f., 328, 330 ff., 338 f., 340, 342,
 346, 356, 386, 390 f., 398
Z 266 f., 397
s. a. Ausschluß; Austritt
Mitgliederbewegung (SPD) 294, 320, 325 f., 339 f., 357, 370, 405, sonst s. **Mitglieder**
Mitgliedsbeiträge, s. u. Beiträge
Mitgliedsbuch (SPD) 322, 373
Mitgliedschaften
SPD 305, 311
ADAV 295 ff., 302
Mitgliedskarten
ADAV 295
DV 231
SPD 318
Mittelinstanzen, s. Landesinstanzen
Nachwahlen 63, 78, 154 f., 157, 170, 236, 246, 263
Nationale Katholiken 279
Nationalverein 11, 12—15, 16, 18, 43, 163, 294
Nationalverein für das liberale Deutschland 222
Neue Ära 18, 55
Nihilisten, russische 311
Nominierung
 22, 400
ADAV 297 f.

- DFrP 208, 217
- DV 21
- FP 16, 22, 55, 74, 178 f., 202
- FPB 22
- FrVg 226
- FrVP 178 f., 181, 219
- FVP 189 f., 234, 237, 239
- Gesamtlib 28, 45 f., 49, 53, 82 ff.
- K 242 f., 245 f., 263 f.
- NL 87, 92 f., 107, 109, 116, 119, 121, 150, 155 ff., 174 f.
- SPD 302 f., 305, 307, 310, 313, 317, 323 f., 329 f., 335, 337, 348 f., 375, 390
- Z 266 ff., 272 f., 275—277, 278, 282 ff., 291
- s. a. Doppelkandidaturen
- Novembersonzialisten 398
- Obrigkeitsstaat 393 ff., 399, 404, 406
- Österreich 15, 297
- Opposition, innerparteiliche (Z) 270, 278 f., 280; sonst s. Parteien, Flügel; Sonderkonferenzen
- Ordnungsparteien 30
- Organisationsfetischismus, -patriotismus
 - FrVP 182
 - SPD 306, 325, 327, 332, 339, 378 f.
- Organisationsgrad 101 f., 185, 187, 320, 398 f.
- Organisationsstruktur
 - allgemein 393 ff.
 - DFrP 208, 210 ff., 215, 217
 - FP 18, 200, 202 f.
 - FrVg 230
 - FrVP 182, 218 f.
 - FVP 192, 238 ff.
 - K 20, 243, 245, 263 f., 397
 - NL 92, 112 ff., 120 f., 127 f., 131 f., 136, 174 f., 240
 - SPD 293, 303 f., 315, 341, 381, 391
 - Z 274, 277, 281 ff., 288, 291 f.
- Organisationsstruktur, Leistung der, s. Integration; Legitimierung; Resonanz; Repräsentanz
- Orthodoxe und Pietisten 19
- Ortsgruppen, -vereine, s. Vereine
- Osterbotschaft 139
- Panzerkreuzerfrage 402
- Parlamentarische Gruppen
 - Fraktion Bockum-Dolffs 10, 18
 - Fraktion Vincke 16
 - Freie parlamentarische Vereinigung (1867) 159
 - Freie Wirtschaftliche Vereinigung 165, 173
 - Freisinnige Fraktionsgemeinschaft 225, 230
 - Gruppe Löwe-Berger 29
 - Gruppe Schauß-Völck 29, 164 ff.
 - Jung-Litthauen, Fraktion 16
 - Libérale Vereinigung, s. Fraktionen, Sez
- Paramilitärische Organisationen 403
- Parlamentarische Vorlagen, Gesetze
 - Antrag Galen (1877) 291
 - Antrag Huene (1893) 216, 275
 - Antrag Kanitz 137, 145, 169, 173, 284
 - Arbeitslosenversicherung 284
 - BGB (Verabschiedung) 382
 - Branntweinsteuergesetz („Liebesgabe“) 167 f.

Eisenbahnverstaatlichung, preuß. 163, 305
Erbschaftsteuer 138, 171, 257, 262, 290, 382
Finanzreform (1909) 89, 138, 145, 148, 171, 173, 225, 261, 282
Fleischbeschaugesetz 259
Flottenvorlagen 167, 276, 290 f.
Fürstenbesteuerung 289
Getreidezölle (1887) 168, 290
Handelsverträge
 89
 Caprivische 168, 243, 262, 290
 1905 229, 290
Indemnitätsvorlage 197
Invalidenversicherung 168, 289
Jesuitengesetz 164, 197
Justizgesetze (1876) 27, 32, 65, 120, 161, 164
Kanalvorlage 261 f.
Kanzelparagraph 164, 197
Kirchenpolitische Vorlage (1883) 166
Konsumvereinsgesetz 168
Krankenkassengesetz 206
Kriegskredite (1914—1918) 336, 382, 385
Verlängerung der Legislaturperioden 167
Militärvorlagen, Heeresvorlagen 47, 180, 214 f., 274, 276, 286, 290 f.
Schiffahrtssubventionen 312 f.
Schulgesetz-, Kompromiß (1904) 137, 173
Schulgesetzentwurf, Zedlitzscher 173, 179
Septennat 81, 163 f., 167, 173, 197
Sozialistengesetz
 Annahme 31, 51, 53, 80, 122, 161, 164 f., 173
 Verlängerung 167 f., 209
 Aufhebung 311, 351
Direkte Steuern, Direkte Reichs-, 138, 359, 364, 385; s. a. **Erbschaftsteuer**
Strafgesetznovelle (1876) 160
Tabaksteuer 174
Umsturzvorlage 87, 89, 145 ff., 151, 168 f., 173, 179, 262
Wehrsteuer 338, 364, 382
Wertzuwachssteuergesetz 259, 290
Zolltarifreform (1879) 161, 163, 165 f.
Zolltarif (1902) 89, 145, 151, 170, 258 f., 262, 282, 290
Zuchthausgesetz 89, 145, 168, 173
Parlamentarisierung 138 f., 171, 285, 290, 395 f., 398, 404
Parteibegriff 9—12, 20, 61 f.
Parteien und Parteiflügel
 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein ADAV 294—301, 302 f.
 Hatzfeldgruppe 299 f.
 Bayrischer Bauernbund 277, 283, 291
 Bayrische Volkspartei 397, 401
 Bürgerliche Parteien 38, 40, 53, 79, 90, 396, 398 ff., 404
 Christlichsoziale Partei 255 ff., 262 f.
 Dänen 193, 209
 Demokratische Partei (Volkspartei) 11, 15 f., 25, 55, 59, 61 f., 67 f., 75, 297
 Demokratische Vereinigung 230
 Deutsche Demokratische Partei (seit 1918) 140, 237, 398 f., 402, 404
 Deutsche Partei (NL in Württemberg) 25, 79, 110 f.
 Deutsche Volkspartei (bis 1910, auch: Süddeutsche Volkspartei) 21, 24, 26, 31, 40, 74, 176,
 222 ff., 230—231, 350; vgl. a. **Demokratische Partei**

- Deutsche Volkspartei (1918—1933)** 140, 399, 402
Deutsch-freisinnige Partei 35, 176, 177 ff., 183 f., 193 f., 206—217
 Flügel 177 f., 183, 194, 207—210, 212—217; s. a. Spaltung; Parteien, Sezessionisten
Deutschnationale Volkspartei 140, 397 ff., 401 f., 403
Deutschsoziale Partei 182, 255
Fortschrittliche Volkspartei 104, 150, 152, 156, 176, 187—192, 195 f., 232—240
 Flügel 191 f., 196, 232 f., 237 f.
Fortschrittspartei, Deutsche 10 ff., 14, 16 ff., 19, 24 f., 27 f., 30 ff., 38 ff., 55—62, 65, 69, 71 f., 74 f., 77, 79, 90, 102, 173, 176—182, 188, 196—204, 206 f., 210, 212, 238, 307, 312
 Flügel 62 ff., 66, 181, 199 f., 202 ff.; s. a. Interessenverbände, Gewerkvereine
Fortschrittspartei in Bayern, Deutsche 20, 22, 50, 111
Freikonservative Partei (Deutsche Reichspartei) 30 f., 35, 71, 73, 113, 116, 158, 243 f., 246
Freisinnige Vereinigung 35, 184—186, 188, 194 f., 219, 222 f., 224—230, 232, 312
 Flügel 226, 228 ff., s. a. Nationalsoziale
Freisinnige Volkspartei 156, 177—182, 194, 217—224, 232
 Flügel 222 f.
„Klerikale“ Partei 9, 15, 26
Kommunistische Partei 333, 345, 385, 398 f., 403
Konservative Partei (Deutsch-Konservative) 9 f., 15, 18 ff., 23 ff., 30 ff., 36 f., 39 f., 42, 55 f., 61, 71 f., 90 f., 95, 102, 108, 137, 145 f., 154, 156, 171 f., 187, 223, 229, 241—264, 265, 290 f., 297, 397
 Flügel 243 f., 246 ff., 251, 253, 261, 263
Agrarisch-feudale 53, 255 ff.
Gouvernementale 255 f., 260, 262
Kreuzzeitungspartei 248, 255, 260, 262
Konstitutionelle Partei 16, 18 f.
Liberales (Partei, Parteien) 9, 12, 15 f., 18, 23 f., 27 f., 30 ff., 33 f., 37, 40, 42—85, 89, 91, 113, 291, 297, 300 f., 350, 355, 405
Linksliberale 26, 31, 33, 36, 42, 52, 62, 81 f., 150, 176—240, 294, 313 f.; s. a. Einigung;
Parl. Gruppen
Rechtsliberale 61, 79
Nationale Partei 9, 18, 30
Nationalliberale Partei 9 f., 18, 25 ff., 29 ff., 36 f., 40, 53, 57, 65, 67, 71 f., 75, 80, 86—175, 187, 196 f., 199 f., 206, 210, 228, 238, 241, 244, 259, 314
 Flügel 28 f., 98, 107 f., 110, 118, 125, 130 ff., 135, 137 ff., 140, 142, 145 f., 151, 157, 160 f., 169 ff., 175, 237
Altliberale 130
Jungliberale 94 ff., 105 ff., 116, 126 ff., 136 f., 141 ff., 156, 171, 185, 233
Linksnationalliberale 26, 28, 33, 35, 71, 93, 118, 122 f., 151, 156, 161 ff., 171 f., 210
Rechtsnationalliberale 27, 30 f., 33, 56, 71, 97, 118, 122, 127 ff., 135, 139 f., 157, 161, 163, 165, 167, 170 f.
Nationalsoziale Partei 95, 151, 185 f., 190, 192, 223, 225 ff., 230, 347 f.
NSDAP 398 f., 403
Partikularisten 30, 38, 40, 79, 266, 281
Patriotenpartei (Bayern, Z) 160, 266, 274
Polen 31, 243, 279, 289
Sezession, Sezessionisten 10, 30 ff., 35 f., 83, 87, 110, 112, 114 f., 120, 122 f., 125, 159, 166, 176, 182 ff., 192, 199 f., 204—206, 207 ff., 212 ff., 216 f.
Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Bebel-Liebknrecht) 301 f.
Sozialistische Arbeiterpartei 402
Sozialdemokratische Partei 11 f., 24, 28 ff., 32, 35 ff., 40, 59 f., 62, 64 f., 70, 74, 78, 82, 87, 89, 91, 98, 101 f., 105, 107 f., 118, 123, 152, 154, 156, 179, 182, 185, 188, 191, 193, 199 ff., 223, 226, 228 ff., 237 f., 243, 256 f., 259, 268, 282, 293—392, 394, 398 f., 402 ff.
 Flügel 303 f., 308 f., 321, 332 ff., 337 f., 339, 349, 352, 357 ff., 361, 375, 378 f., 381, 383 f., 387, 390 f.
Eisenacher 301 ff.

Föderalisten 341, 351, 380, 387 f.
 Gewerkschaftsflügel 336, 353, 363 ff., 372 f., 379, 383
 Lassalleaner 59, 302 ff.; s. a. ADAV
 Mehrheitspartei (1916 ff.) 347, 350, 372
 Opposition der „Jungen“ 316, 328, 336, 356, 359, 367, 371, 377, 385
 Parteizentrum 332 f., 340, 344 f., 347, 350 f., 353, 361 ff., 365, 367, 376, 379, 380 f., 383 ff.
 389, 391
 Radikale, Linke 308 f., 310 ff., 313 ff., 317, 320, 328, 333 f., 336 ff., 344, 346 f., 349 f.,
 353 f., 357 ff., 360 ff., 365 ff., 372 f., 374 ff., 379 ff., 383 ff., 388 f., 391, 403
 Reformisten, Rechte 314 f., 320 f., 332 f., 337, 339 ff., 343 f., 346 f., 349, 351, 353 f., 358,
 363 f., 367, 371 f., 374, 379 f., 384 f., 389, 391, 403
 Revisionismus, Revisionisten 229, 294, 320, 333 f., 337 ff., 344, 350, 354 ff., 359 f., 362 f.,
 367, 376, 378, 382, 384, 387 ff., 391
 USPD 338, 346, 372, 379, 389, 398, 402
 Vaterlandspartei 151
 Volkakonservative 405
 Welfen (Deutsch-hannoversche Partei) 24, 40
 Zentrum 24, 30 f., 37, 40, 42, 52, 71 ff., 75, 79, 84, 86, 90, 95, 102, 104, 107, 115 f., 145, 154,
 156, 166, 168, 173 f., 187, 189 f., 193, 238, 258, 265—292, 314, 321, 350, 370, 397, 401, 404
 Flügel 270, 272 f., 275 ff., 278, 281 f., 284 f., 287 ff., 401
 Agrarier 270 f., 279, 284, 288 ff.
 Demokratischer Flügel 282, 286 f.
 Gewerkschaftsflügel 282, 284, 290, 401
 Nationale Katholiken 279
 Partikularisten (Bayern) 274, 288
 Parteiensystem 9, 25, 36, 73, 91, 239, 396
 Parteiführer (der)
 ADAV s. Parteivorsitzender
 DFrP 208, 210, 214, 217
 FrVP 219, 221 f.
 FrVg 225
 FVP 235
 NL 143, 149, 161
 K 259 f.
 Z s. Fraktionsführer;
 s. a. Parteivorsitzende
 Parteikrisen, -spannungen
 ADAV 297 ff., 300 f.
 DFrP 177, 180, 209—215; s. a. Spaltung
 FrVg 225 f., 229 f.
 FrVP 221 f., 223
 K 249, 251—253, 258 f., 262, 264
 Lib 57, 77, 83
 NL 78, 87, 92, 98, 107 f., 110, 114, 121, 123 f., 128—130, 136 ff., 143, 146, 150, 157, 165 f., 172
 SPD 303 f., 308 f., 310—315, 321, 330 ff., 335 ff., 345, 348 ff., 356, 358 ff., 361 ff., 365, 371 f.,
 374, 377, 379, 381 f., 383 f., 385, 391, 402
 Z 289 f.
 Parteiorthodoxie, s. u. Doktrinarismus
 Partei-Redakteure (SPD) 306, 317, 330 ff., 335, 344, 349 f., 371 f., 377
 Parteisekretäre
 399 f., 405
 Dt. Soz. P 182
 FrVg 185, 188, 195, 226 f., 230
 FrVP 194
 FVP 195, 235 f.
 K 250

- NL 103—106, 114, 117, 151 f., 155, 175
- SPD
- Bezirksparteisekretäre 335, 342 f., 345, 373, 375
 - lokale Parteisekretäre 327, 329, 331 f., 342, 344, 347, 351, 373, 378, 383, 387, 399
- Z 270, 275, 399
- s. a. Generalsekretäre
- Parteistatistik (SPD) 373
- Parteitage (zentrale), Generalversammlungen, Delegiertentage
- 401 ff.
 - ADAV 295 f., 298 ff.
 - DFrP 207, 210, 212
 - DV 21, 230 f.
 - FK 241
 - FP 68, 176, 179 f., 193, 198 f.
 - FrVg 185 f., 188, 224 ff., 230
 - FrVP 178 ff., 182, 216 ff., 220, 221—223
 - FVP 187, 189, 191, 232 f., 235 f., 239
 - Gesamtlib 205
 - K 248, 252 ff., 255—257
 - NL 99 f., 102, 105 f., 113, 117 f., 120, 123, 125 f., 128 f., 131 ff., 136, 141—149, 150, 169 f., 172, 174 f.
 - NS 185
 - PV 19
 - Sez 183, 205 f.
 - SPD 233, 294, 302 ff., 306, 308 f., 311, 313 f., 323, 329, 333, 335 ff., 348, 350—369, 375, 377, 380 ff., 385 f., 388, 390 f., 402
 - Z s. Katholikentag;
 - s. a. Landesparteitage
- Parteitagsdelegierte, Delegation
- DV 21
 - FP 12, 68, 178, 198
 - FrVg 228 f.
 - FrVP 178, 218, 222
 - FVP 190
 - NL 44, 68, 99 f., 102, 106, 125, 141 f.
 - SPD 302 ff., 307, 314, 316, 323 f., 328 ff., 333, 335 ff., 341 ff., 348, 352 f., 355, 359, 362
 - s. a. Überrepräsentation
- Parteitaktik
- FP 31 f.
 - NL 118, 146, 149, 157
 - Z 284, 290 f.
- Parteitypen
- Apparatparteien 394, 396 f., 399 f., 403 ff.
 - Autoritäre Parteien 72
 - Honoratiorenpartei, s. u. H . . .
 - Integrationspartei (SPD) 322
 - Kaderpartei 398
 - Klassenpartei (SPD) 321, 340, 344
 - Massenpartei 66, 86, 109, 185, 192, 230, 239, 250, 283, 293, 319; vgl. a. Massenorganisation
 - Mitgliederpartei 174, 192, 239, 250, 395, 397 f., 405
 - Rahmenpartei 395, 398
 - Volkspartei 99, 321, 340, 344, 346, 399
 - Weltanschauungspartei 393
- Parteiverdrossenheit
- 403
 - SPD 320

Parteivorsitzender

- ADAV (Präsident) 295 f., 298 ff.
- DFrP 210—214
- FrVg 225
- FrVP 218, 220 f.
- FVP 234 f.
- K 253 f., 256, 258 ff., 263
- NL 133, 135, 139, 149, 170
- SPD (2 Vors.) 304, 360, 363, 368 f., 379

Partikularisten, s. u. Parteien

Petitionen 179

Pluralismus 393

Politisierung 15, 23, 40, 70, 76, 84 f., 87 ff., 91 f., 98, 100, 154, 175, 181, 184, 187, 265, 271, 280, 393 f., 396 f., 398 f., 404 f.

Presse, Parteien und

ADAV 301

DFrP 177, 180, 210, 214, 216

DV 21

FP 180, 198, 200, 202 f.

FrVg 226

FrVP 180, 218, 221

FVP 235

K 241, 251 f., 260, 263, 321

kath. 265, 268, 270, 274, 285, 321; s. a. Augustinusverein

Lib 38, 59, 265, 321

NL 93, 131 f., 151

Pressekonferenzen 151

Sez 205, 208

SPD 302 f., 305 f., 311, 317 f., 321 ff., 326, 328 f., 334, 336, 338 ff., 342, 347, 349, 351, 371 f., 374, 377 f., 387, 389 f.; s. a. Parteiredakteure

Pressebüro 372

Pressedienst 372

Pressekommissionen 324, 329 f., 333, 342, 371, 391

Pressekontrolle (SPD) 359, 371; s. a. Korrespondenzen; Zeitungen

Preußischer Volksverein (1861) 18—20, 246

Programme

11, 393, 405

DFrP 207

FP 16, 18 f., 22, 62, 176, 179, 199

lokale Programme 29, 202

FPB 20

FrVg 186, 225, 227 f.

FrVP 179, 218, 220 ff.

FVP 233

K 10, 248, 254 ff., 257

Lib 29, 46, 49, 54, 69

NL 9, 36, 105 f., 125, 136, 141, 143 f., 146, 158

Heidelberger Programm 87, 110 ff., 114, 125

PV 19 f.

Sez 205

SPD 294, 298, 302, 313, 316, 319, 381

Erfurter Programm 355

Gothaer Programm 304 f.

s. a. Agrarprogramm

Z: Soester 274

Propaganda, s. Agitation

„Proporz“, ständischer, s. u. Soziale Struktur, Z
 Protestanten 78
 Provinzialinstanzen, s. Landesinstanzen
 Radikale, s. Parteien, SPD
 Rätebewegung (1918/19) 333
 Rationalität in Politik und politischem Betrieb 403 f.
 Reaktionszeit 12, 16, 55
 Redakteure, s. u. Soziale Gruppen; Parteiredakteure
 Rednerliste im Parlament 159
 Reformverein, Deutscher (1862) 15
 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 404
 „Reichsfeinde“ 30, 123
 „Reichsfreunde“, „Reichstreue“ 30 f., 70, 79, 84
 Reichstagspräsident, -präsidium 106, 129, 139, 161, 164, 171, 173, 336, 382, 385
 Reichsverband der nl Jugend 96 f., 127 f., 130 f., 135, 141, 154; s. a. Parteien, NL
 Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie 152, 250
 Reichsvereine 29 ff., 33 f., 75, 78, 84, 250
 Repräsentanz
 253
 FP 63 f.
 FrVP 219
 FVP 239
 Lib 76 f., 82
 NL 114 f., 117, 123, 139, 173
 Z 269—272, 275, 277, 279—281, 288, 292, 397, 399
 Resonanz
 403
 FrVP 219
 FVP 233, 239
 K 246, 253 f., 264
 Lib 53 f., 76 f.
 NL 113 f., 121, 124 f., 139, 146 f., 149, 158, 175
 SPD 316, 334 f., 338, 360 f., 376 f., 385, 391
 Z 274, 283
 Revisionisten, Reformisten, s. u. Parteien, SPD
 Revolution, 48er 12, 43, 55, 62
 Revolution 1918 345, 396 f.
 Riviera-Wahlkreise 241
 Scheiterhaufenbrief 258
 Schlepper 40 f., 49, 78, 297; s. a. Wahlkampf
 Schleswig-Holstein-Vereine 15
 Schlichtung
 NL 117
 FVP 235
 K 251
 Z 273, 276
 SPD 310, 354, 368, 373 ff., 387
 Schulung
 281, 400
 Lib 83
 NL 106
 SPD 325, 373
 Agitationsschule 373
 Agitatorenschule in Hamburg 297
 Arbeiterbildungsschule 373
 Parteischule 373

Z 267, 281
Schutz der Arbeitswilligen 234
Schutzzölle 227, 305, 314; s. a. u. Parl. Vorlagen
Seniorenkonvent des RT 159, 161, 310, 383
Septennatskrise 81, 163 f., 167, 173, 197
Sezession, s. u. Parteien; Gesamtliberalismus, Auflösung
Siegfrieden 173
„Sonderkonferenzen“ (SPD) 362, 380, 384, 389
Soziale Gruppen (Berufe, Stände, Klassen)
Abhängige 87, 395
Adel 19, 42, 241 ff., 265 f.
Ärzte 102 ff.
Akademiker (im allg.) 188
Angestellte 87, 96, 102 ff., 156, 187 ff., 277 f., 330
Arbeiter 56, 62 ff., 69, 79, 87 f., 102—105, 156, 185 f., 188 ff., 221, 224, 232, 238, 265, 268, 272 f., 275, 277 f., 279 ff., 291, 293, 295, 297 f., 302, 320, 330, 335, 373, 397, 399, 405
Bankiers 201, 227
Bauern 50, 52, 88 f., 93 f., 102 ff., 184, 187, 243, 249, 270 f., 277, 282, 285, 287, 292
Beamte 48, 75, 96, 102—105, 187, 242, 247 f., 285
Bildungsschicht 75, 81, 89, 243 f., 270
Bürgertum 19, 27 ff., 55 f., 58, 74 f., 76, 79, 87, 89 f., 95, 97, 100, 108, 145, 174, 180, 183 f., 186, 191 f., 221, 239, 273, 275, 277, 321, 395, 398 f., 402
Großbourgeoisie 56, 81, 221, 227, 270
Großgrundbesitzer 227, 241 ff.
Großindustrie, -ielle 86, 95, 139, 155, 227
Großkaufleute 42, 227
Gutsbesitzer 42, 50, 184
Handwerker 19, 43, 62 f., 87, 103—105, 186 f., 238, 242 f., 271, 275, 277, 279, 285
Industrielle 42, 47, 49, 68, 86, 102 ff., 107, 150, 152, 154, 158, 169, 172, 187 f., 236, 238, 263, 276 ff., 285
Intellektuelle 56, 186, 221, 230, 248
Journalisten 17, 42, 57, 103 ff., 285, 306, 330 ff., 349 f., 369 ff.
Juristen 42, 102 ff., 271, 285
Kaufleute 87, 102—105, 186, 271
Kleinbürgertum 19, 56, 70, 79, 81, 102, 270
Kleinhändler 62, 330
Klerus, Geistliche 42, 265 f., 268 ff., 274 f., 277, 280, 285, 293
Kommunalbeamte 42, 56, 103—105
Landarbeiter 188, 241
Landräte 241 f.
Lehrer 43, 102—105, 181, 185, 187, 220 f., 238, 241, 285
Mittelstand 50, 88 f., 105, 186 f., 221, 244, 248, 270, 282, 292
„Neuer“ Mittelstand 98, 104
Pastoren/Pfarrer 42, 47, 50, 103—105, 185, 187, 196, 238, 241 ff.
Professoren 42, 103—105
Selbständige 56, 87, 395
Syndici 103—105
Techniker 102—105
Verleger 17
Soziale Struktur
DNVP 397
FP 17, 62 ff., 77, 79, 181, 183
FrVg 186
FrVP 181, 221
FVP 187 ff., 191 f., 238 f.
K 19, 47, 243 ff., 248, 256, 283, 397

NL 77, 80, 94, 96, 98, 100, 102—105, 118
 Sez 183
 SPD 293, 320 f., 330 f., 344
 Z 267, 269 ff., 275, 277, 279 ff., 288, 292, 397, 399
 Sozialistengesetz: Auswirkung, Zeitabschnitt 66, 91, 294, 306—315, 335, 385, 394; s. a. u. Parl.
 Vorlagen
 Sozialistische Organisationen außerhalb der Partei 322
 Sozialpolitik 63, 90, 95, 237, 281 f., 284
 Spaltung der DFrP 177, 179, 183
 SPD-Organisation, Wirkung auf andere Parteien 90, 106, 187, 192, 394
 Staats- und Parteistruktur 393 ff.
 Staatsstreichpläne (1893/94) 214, 248
 Stadt 27, 38, 40, 43 f., 49 f., 55, 69, 74 f., 80, 83, 86, 89, 101, 152, 181, 201, 226, 245, 247, 257,
 266 f., 270, 272, 277, 282, 316, 344, 397; vgl. a. Großstadt
 Stadtverordneten 17, 270, 308, 325; s. a. Kommunalwahlen
 Städte
 Aachen 265, 268, 272 f.
 Altona 43, 81, 298, 306, 338
 Angsburg 40, 111, 344
 Bamberg 279
 Barmen 46
 Berlin 10, 17, 19, 23, 25, 27, 31, 33, 35, 40, 49, 55, 58, 61 ff., 67, 71 ff., 131, 133 f., 160, 162,
 176, 180 f., 188, 196 ff., 200 ff., 205 f., 212, 219 f., 235, 247, 252, 255, 257, 267, 291, 298,
 302 f., 306 ff., 314, 316, 318, 320, 323 f., 326 f., 336, 338, 342 f., 347, 352, 355, 368, 370 f.,
 373, 379
 Bielefeld 38, 238, 246, 326, 334
 Bochum 29, 31, 46, 52, 75, 86, 124, 158
 Bonn 68, 267
 Braunschweig 37, 81, 303
 Bremen 23, 30, 33 f., 37, 40 f., 44, 46 ff., 70, 78, 83 f., 184, 186, 194, 296, 298, 305, 307 f.,
 310, 320, 335 f., 338, 346
 Breslau 16, 27, 40, 49, 69, 72, 82 f., 101, 241, 245, 247, 267, 297 f., 300, 305, 308, 310, 312,
 335, 337
 Celle 93
 Charlottenburg 45, 69
 Chemnitz 34, 36, 67, 302, 304, 306 ff., 310, 313, 316, 324, 335 f., 345, 371, 373, 375, 388
 Coburg 78, 177
 Cottbus 46, 69
 Danzig 27, 68 f., 72, 184, 186, 201
 Dessau 35, 184, 186
 Dortmund 46, 69, 86, 266, 338, 350
 Dresden 67, 107, 303, 316, 329, 337 f.
 Düsseldorf 197, 300, 373
 Duisburg 31
 Eisenach 86, 221, 380
 Elberfeld 42, 46, 69 f., 114, 297, 300, 338
 Elbing 44, 70, 75, 81, 84, 243 f., 247
 Essen 31, 86, 105, 291
 Frankfurt/M. 20, 27, 67, 131, 303, 330
 Frankfurt/O. 49 f., 121
 Freiburg i. Br. 241
 Freiberg/S. 86, 245
 Gera 31, 176
 Gießen 75, 108
 Glatz 31, 45, 67 f., 70
 Görlitz 45 f., 69, 201, 222

Göttingen 43, 93
 Gotha 31, 36, 183, 203, 205, 297, 304, 306, 346
 Greifswald 68
 Halle 20, 34, 184, 205, 241, 247
 Hamburg 23, 28, 33, 40 f., 43, 46, 67 f., 70, 78, 80 f., 83 f., 176 f., 186, 201, 222, 228, 296 ff.,
 301, 303 f., 306 ff., 310, 320, 336, 338, 370
 Hannover 44, 51, 101, 154, 177, 336
 Heidelberg 115
 Herford 105, 246, 316, 329
 Hildesheim 43
 Jena 238
 Kassel 106, 247
 Kattowitz 320
 Kiel 66, 185
 Koblenz 265
 Köln 17, 27, 40, 42 f., 46, 107, 116, 156, 265 f., 270, 274, 277, 342, 370
 Königsberg 12, 16, 27, 31, 46, 67 ff.
 Landsberg a. d. W. 46, 49
 Leipzig 27 f., 43, 46, 51, 67, 81, 112, 202, 297, 309, 320, 338, 343
 Lübeck 320
 Magdeburg 16, 27 f., 69, 114 f., 135, 316
 Mainz 78, 116, 265
 Mannheim 107
 Marburg 36, 195, 241, 352
 Memel 69
 Minden 105, 263
 Mülheim a. Rh. 94
 München 26, 40, 68 f., 79 f., 83, 111, 266, 272, 303, 314, 344
 Nürnberg 26, 194, 222, 317, 344
 Osnabrück 22, 40, 52, 271
 Plauen 46
 Posen 27, 31, 50, 68 f., 243
 Potsdam 69, 243, 337, 347
 Remscheid 79
 Rostock 68
 Saarbrücken 31, 50, 70 f., 92, 98, 105 ff., 117, 158, 272 f., 276 f., 279
 Sagan 71
 Schleswig 338
 Solingen 71, 336, 354, 356
 Stettin 114, 177 f., 186, 224
 Stralsund 69
 Straßburg 50
 Stuttgart 190 f., 231, 325, 336 f., 343, 349 f., 366, 372
 Trier 271
 Weimar 29, 52, 86, 176, 178, 242
 Worms 143, 157, 174
 Würzburg 81
 Zerbst 71
 Zittau 46

Statuten
 ADAV 295, 298 ff.
 DFrP 193, 206 f., 217
 DV 231
 FP 68, 176, 178 ff., 192, 198 f.
 FrVg 185, 225, 227 f.
 FrVP 179 f., 194, 217 ff.

- FVP** 195, 232 f., 237
K 253 ff.
NL 36, 99 f., 114, 116, 118, 120, 126 f., 129 f., 131 f., 141, 143 f.
SPD 302, 304, 315 f., 319, 323 ff., 327, 341 f., 348, 351 ff., 355, 365, 372 f., 380, 382
Z 267
- Stichwahlen, -abkommen, -parolen**
 32, 36, 91, 179, 394
ADAV 297, 300
DFrP 179, 193, 209
FP 179
FrVg 225, 364
FrVP 179, 364
FVP 191, 196, 232 f., 237 ff., 364, 374 f.
K 247, 257, 263
Lib 82, 91, 107 f.
NL 109, 114, 116, 150, 156, 174, 247, 291
SPD 191, 196, 209, 232, 234, 237 f., 247, 302, 305, 307, 310 ff., 313 f., 336, 349 f., 355 f., 364, 374 f., 377
Z 278, 285, 291
- Stimmzettel, s. Wahlzettel**
Struktur, s. Soziale Struktur; Organisationsstruktur; Parteitypen
Strukturprinzipien der Parteiorganisation
Autorität (K, Z) 72, 245, 263 f., 277, 281 ff., 292, 397
Cäsarismus
ADAV 299 f.
DFrP 217
Diktatur
ADAV 295 f., 298 ff.
DFrP 212
FrVP 219, 221
Disziplin
ADAV 299, 301
SPD 305, 309, 314 f., 335 f., 339, 349, 355 ff., 361 ff., 365—367, 374, 378, 382 f., 386 ff., 390 f.
Föderalismus
NL 127 f., 131 f., 136
SPD 341, 391, 393
Z 274, 288, 291
Gewaltenteilung (SPD) 390
Kader
FP 79
SPD 317, 340
Konstitutionelle Demokratie (Arbeiterparteien) 293, 303 f.
Oligarchie (SPD) 315, 317, 319, 327 f., 329, 331, 333 f.
Personengebundenheit (bürgerl. Parteien) 20, 29 f., 33 f., 46, 48, 86, 112, 243
Präsidialdemokratie (ADAV) 299
Repräsentation (SPD) 325, 334, 346, 351 ff., 390; sonst s. Demokratie; Parteitagsdelegierte
Zentralismus
ADAV 296, 299—301, 304
SPD 294, 315, 317, 325, 327, 329, 333, 336, 342, 372 f., 378, 380 f., 386 f., 388 ff.
 s. a. Struktur Tendenzen; Honoratiorenpartei; Apparat; Funktion; Demokratie; Kooptation
- Struktur Tendenzen**
Bürokratisierung, s. Apparat; Parteitypen, Apparatparteien
Demokratisierung, innerparteiliche 90 ff., 99, 106 ff., 116 f., 127, 131 f., 141, 185, 239, 268, 283, 291, 395 ff.
Institutionalisierung 47 f., 51 f., 75 f., 114, 123, 175, 192, 199, 246, 274, 395, 405

Zentralisation 99, 127, 132, 201 f., 208, 224, 263, 399; s. a. Zentralismus
 Symbole 403 f.
 U-Boot-Krieg 285
 Überrepräsentation (SPD) 342 f., 350, 352 f.
 Umsturzgesetz, s. u. Parl. Vorlagen
 Urabstimmungen, -wahlen, innerparteiliche 299 f., 302, 307 f., 351 f.
 USA 394
 Vatikanum 15
 Verbürgerlichung der Funktionäre (SPD) 333
 Verein deutscher Katholiken 265
 Vereine (Orts-, Partei-, Wahl-, Wahlkreis-)
 Christlich-Soziale 92, 247 ff.
 DFrP 34 f., 178, 183, 207 ff., 214
 DV 21, 25, 231, 239
 FK 92, 241, 247
 FP 22, 27, 49, 66 f., 74, 79 f., 84, 176—182, 183, 198, 200, 203, 239
 FrVg 34, 184 f., 186, 195, 224, 230
 FrVP 177—182, 220 ff.
 FVP 187, 190 ff., 195, 237 f.; s. a. Arbeitervereine
 K 243 ff., 247, 255 f.; s. a. Berliner Bürgervereine
 Lib 49, 66 ff., 69, 73 f., 74—85
 NL 26 ff., 75, 77, 79 f., 83, 92, 94, 97, 100 f., 104, 106, 108, 182
 NS 185
 PV 19
 Sez 182 f.
 Z 266 f., 269, 291; s. a. Arbeitervereine
 Verhältnis von Orts-, Kreis- und Wahlkreisvereinen 83, 190
 s. a. Bezirksvereine
 Vereine (SPD)
 Arbeiter(wahl)vereine 305, 307, 309
 Volksvereine 305, 307
 Wahlvereine 316 ff.
 Orts-, Filialvereine 316, 319 f., 322—327, 332, 343
 Wahlkreisvereine 322 ff., 327, 339 ff., 346 ff., 350 ff., 367, 370, 375, 390
 Spezialkommissionen der Vereine
 Agitationskommission 302, 318, 324, 343
 Bildungsausschüsse 324
 Jugendausschüsse 324
 Lokalkommissionen 324
 Pressekommissionen 324, 329 f., 333, 342, 391
 Untergliederungen der Vereine
 Abteilungen 318, 322 f.
 Bezirke 318, 322 f.
 Blocks 322
 Ortsgruppen, s. Bezirke
 Reviere 322 f.
 Zahlstellen, s. Abteilungen
 Vereine, vopolitische, bürgerliche 23, 42 f., 70, 76, 81
 Vereinshonoratioren 74, 180
 Vereinsrecht 13, 20, 68, 84 f., 94, 115, 126 f., 141, 169, 226, 229, 252, 254, 290, 295 f., 298,
 315, 318 f., 351, 367 f., 387, 394
 Vereinsvorstände
 FP 178 f., 202
 FrVP 178 f.
 FVP 189 f., 238
 NL 86, 92, 97, 99, 102 f., 106 ff.

- K 244 ff., 248, 250
- Lib 77, 82 f.
- SPD 323 f., 328 ff., 333 f., 336 ff., 391
 - Kreiskonferenz, Generalversammlung 323 f., 328 f.
 - Vorstand, Ortsvereine 318, 323 f., 326, 329
 - Permanenzkommissionen 305
 - Vorstand, Wahlkreisvereine 324, 326 ff., 330 ff., 335, 342, 344
- Z 266 f., 269, 274 f.
- s. a. Führer, lokale
- Verfassungskonflikt, preußischer 14, 18, 20, 25 f., 55, 62, 103, 246
- Versammlungsrecht 55
- Vertrauensmänner
 - für kleine Bezirke, Dörfer
 - FK 113
 - K 72, 244 ff.
 - Lib 33, 42, 50—54, 67, 70, 72, 75, 82 f., 113
 - NL 51 ff., 86 f., 93 f., 122, 143, 151
 - SPD 322
 - Z 267, 269, 271, 279
 - für das Reich 121, 173
 - für Vorwahlen 56 f., 64 ff.
 - zusammenfassend für Unterführer
 - FrVP 52
 - SPD 307 ff., 311 f., 314, 319, 336, 338 f., 386
 - der Zentralen im Wahlkreis oder Ort, Korrespondenten
 - ADAV (= Bevollmächtigte) 295 ff., 299 f.
 - DFrP 177, 184, 207 f.
 - DV 21, 231
 - FP 13, 50, 199
 - FVP 235, 238
 - NL 110, 141
 - Sez 183, 205 f.
 - SPD 302, 316 ff., 323 f., 342, 370, 386
- Volkstaat 399, 406
- Volkverein für das katholische Deutschland 98, 191, 270, 281 ff., 292, 397
- Volkvereine (1848) 55
- Volkswirtschaftlicher Kongreß 205
- Vorsitzender, s. Parteivorsitzender
- Vorstand, s. u. Zentrale
- Vorwahlsystem, s. Wählerversammlungen
- Wählerstimmung, Rücksicht auf (SPD) 310, 321, 333, 377
- Wählerversammlung, Vorwahl
 - 55—74
 - ADAV 298, 302
 - FP 55—74, 77, 79, 201 f., 307
 - K 72 f., 242
 - NL 71, 92, 108
 - SPD 305, 307 ff., 316, 318 f.
 - Z 73, 266, 269
- Wahlaufufe
 - DFrP 207
 - FP 196
 - FrVP 218
 - FVP 234, 237
 - K 258
 - liberal, lokal 44

NL 109, 119, 121 f., 144
 Sez 206
 SPD 374
 Z 274 ff.

Wahlbeeinflussung, -terror 241 f.

Wahlbeteiligung (prozentual) 38 f., 91

Wahlbeteiligung, Beschlüsse über, (SPD) 307 ff., 312, 350, 354 f., 366 f., 381

Wahlbetrieb, lokaler 46 f., 83

Wahlbündnisse, Wahlpolitik

FP 71, 121 f., 179, 193, 196, 201 f., 205

FrVg 225 f., 228

FrVP 179, 194, 218 f., 222 f.

FVP 156 f., 191, 195 f., 233 f., 237 f.

K 72, 252 f.

Lib 38, 45, 69 f., 72, 82 f., 85

NL 71, 98, 102, 107 ff., 114, 121 f., 139, 145, 150, 156 f., 191, 193, 195, 197, 201 f., 233 f., 237 f., 253

Sez 205

SPD 225 f., 345, 350

Wahlen, innerparteiliche (SPD) 325, 329 ff., 334, 337 f., 342, 362 f.; sonst s. Demokratie

Wahlkampf

14, 36—41, 91, 395, 399

DFrP 208, 210

FP 41 f., 192, 197, 202 f.

FrVg 184, 186, 226

FVP 190 f., 232, 235

K 242, 249 ff., 258, 263

Lib 46 f., 78, 80, 84 f., 154

NL 40, 109, 115 f., 119, 122, 124, 128, 133, 150, 155

SPD 305 f., 307, 310, 325 f., 350, 370, 374 f.

s. a. Schlepper

Wahlreiseinteilung 43 ff., 89, 219, 285, 343, 394, 396, 399

Wahlmänner 16 f., 23 f., 45, 49 f., 55, 57, 72, 187, 246, 270 f.

Wahlmaschine, Organisation als, (SPD) 325, 333, 373, 391

Wahlrecht, Einfluß auf Organisation 22 f., 24, 51, 55, 85, 89 f., 106, 174, 182, 191, 199, 226, 228, 294 f., 394 f., 396, 398, 400

Wahlrecht, s. Dreiklassenwahlrecht; Wahlrechtsreform

Wahlrechtsreform 91, 225, 228, 285, 290, 326, 341, 346, 376

Wahl-, Wahlkreisvereine, s. Vereine

Wahlzettel/Stimmzettel 38, 40, 50, 241 f., 244, 297

Weimarer Republik 89, 345 f., 396 ff.

Weltkrieg 135 ff., 138 f., 150, 171 f., 236 f., 282 f., 285, 287, 347, 350, 372, 374, 376, 379, 381 f., 385

„Wilde“ (fraktionslose Abgeordnete) 10, 28 f., 35

Wirtschaftspolitik 84, 95, 233, 236 f., 273, 280, 284, 290

Young-Plan 402

Zahlabend, s. Mitgliederversammlung (SPD)

Zeitungen, Zeitschriften (Partei-)

Deutsche Stimmen 151

Freisinnige Zeitung 208, 210 ff.

Kreuzzeitung 259 f., 321

Leipziger Volkszeitung 382

Nationalzeitung 151 f.

Neue Zeit (SPD) 371 f.

Reichsblatt (DFrP) 200, 208

Reichsfreund (DFrP) 177, 200, 208

Rheinische Zeitung 370
 Schwäbische Tagwacht 349 f., 372
 Sozialdemokrat 299, 301, 304, 307 f., 310 ff.
 Das Volk 257 f.
 Volksstaat (SPD) 303 f.
 Volkszeitung 181, 203
 Vorwärts (SPD) 327, 356, 368, 370 ff., 380
 Zentralbuchhandlung (SPD) 371
Zentralbüro
 DFrP 208, 213
 FrVg 226
 FrVP 219, 224
 FVP 235 f.
 K 251 f., 261 ff.
 NL 122, 124, 151 f., 154 f., 234
 Sez 205
 SPD 368
 Z (geplant) 284
 s. a. Generalsekretäre
Zentrale Instanzen i. a.
 DFrP 206—217
 DV 230 f.
 FP 196—204
 FrVP 217—224
 FrVg 224—230
 FVP 232—240
 K 252—262
 NL 119—158
 Sez 204—206
 SPD 351—381
 Z 284 ff.
 s. a. Parteiführer; -tag; -vorsitzender
Zentrale (Parteileitung)
 22, 29, 35, 400 f., 403
 DV 231
 FP 27 ff., 32, 57, 66, 79, 178, 180, 188, 197 ff., 201, 203
 FrVg 227 f., 230
 FrVP 218 f., 221 ff.
 FVP 187, 189, 191, 232 ff., 235, 237 f., 239
 K 247 ff., 253, 255 f., 261 f., 264
 NL 29, 35, 100, 109, 131, 137 ff., 141, 144, 146 ff., 152 f., 158
 Sez 205 f.
 SPD 309 ff., 314, 321 f., 352, 359 f., 382, 402; s. a. Zentralvorstand
 Z 15, 284 f., 398; s. a. Fraktion
Zentrale und Landesinstanzen (Verhältnis)
 DFrP 193 f., 209
 FP 193, 196, 202 f.
 FrVg 226
 FrVP 194, 218 ff., 223 f.
 FVP 195 f., 232, 235 f.
 K 250 ff., 253 ff., 257 ff., 262 f.
 NL 114 f., 117 f., 120 f., 126, 133, 155—158
 Sez 205
 SPD 341, 344, 346 ff., 350, 365 f., 372, 375, 378, 380 f., 387
 Z 273, 285, 291

Zentrale und lokale Organisationen, Zentrale und Land (Verhältnis)

- DFrP 177, 179 f., 183 f., 207 ff., 210, 217
- DV 21, 231
- FP 27, 66, 180, 198, 200 f.
- FrVg 185, 226 ff., 230
- FrVP 180, 218 ff., 223 f.
- FVP 189, 191, 195, 232, 235 ff., 239
- K 247 ff., 251, 254, 259, 262—264
- Lib 42, 54, 84 f.
- NL 42, 84, 100, 106, 108, 115 f., 118, 121 ff., 129, 133, 151, 155, 158, 173 ff.
- Sez 183, 205
- SPD 302 ff., 306, 316 f., 325, 335 f., 344, 370 f., 373, 375, 377 f., 386, 390 f., 402
- Z 267 f., 283, 285, 288, 291

Zentralverband deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 220, 234

Zentrale Ausschüsse (große beratende Organe, Wahlkörper des Vorstands)

- DFrP Zentralwahlkomitee 206 f., 212 ff.
- FK Zentralausschuß 241
- FP Zentralwahlkomitee 17 f., 193, 196, 199 f., 201 ff.
- FrVg Zentralvorstand 194 f., 224 f., 227 f.
- FrVP Zentralausschuß 194, 217 f., 220 ff.
- FVP Zentralausschuß 195 f., 224, 232 ff., 235, 239
- K Gesamtvorstand, 50er Ausschuß 253 ff., 257, 259 f., 263
- NL
 - Zentralvorstand 97, 104, 120, 126 ff., 141, 143 ff., 148 ff., 152 f., 157, 170 ff., 175
 - Verhältnis zur Fraktion 116, 124, 126, 129, 133 f., 137 ff.
- SPD
 - Parteiausschuß 347, 380 ff.
 - Kontrollkommission, s. u. K . . .
- Z Reichsausschuß 285, 401

Zentrale Vereine

- FP Zentralwahlverein 12, 17, 196, 198
- FrVg
 - Wahlverein der Liberalen 184, 224
 - Wahlverein der FrVg für das Deutsche Reich 224
- K
 - Hauptverein der Deutsch-Konservativen 254
 - Wahlverein der Deutsch-Konservativen 10, 252, 255
- Sez Wahlverein der Liberalen 182 f., 205

Zentralvorstände o. ä. (Führungsorgane, gfA = geschäftsführender Ausschuß)

- ADAV Vorstand 295 f., 300 f.
- DFrP gfA „7er“ 207, 213
 - gfA „13er“ 193, 207, 209 f., 212 f., 214 f.
- FP gfA 17, 197 f., 200, 202, 217
- FrVg gfA 224 ff.
- FrVP gfA „5er“ 218 f.
- FVP gfA 232 ff., 237
- K
 - Geschäftsführender (5er) Ausschuß 254, 258, 260
 - „11(12)er“ Ausschuß 252 f., 254, 257 ff., 260, 263 f.
 - Vorstand des Wahlvereins 252, 255 ff.
- NL gfA 128, 132—136, 144, 148 ff., 154, 158
- PV Ausschuß 19
- Sez
 - Exekutivkomitee 205
 - gfA 205 f.

SPD

Vorstand 294, 302 ff., 321, 326, 330, 344, 347 ff., 351 f., 356 ff., 361 ff., 364 f., 367—381,
382 f., 385 ff., 389 ff.

Vorstand und Parteitag 359 ff., 364 f., 374 f., 378, 381, 387

Z Parteivorstand 401

Ausschüsse und Beiräte des Vorstandes

FrVP Ausschuß 220

FVP Beiräte 237

FVP Unterausschüsse 235 f.

NL Beirat 150

SPD Bildungsausschuß 373

Zentralwahlkomitees der Fraktionen

FP 17 f.

Gesamtlib (Preußen) 10

NL 119 ff., 124, 134

K 19, 248, 252

SPD 305 f., 310, 312

Zölle, Tarife etc., s. u. Parl. Vorlagen

Zollparlament 40

Zuchthausgesetz, s. u. Parl. Vorlagen

Zünftler 61, 64

Zu-Hofe-Gehen (SPD) 336 f., 350, 355 f., 382, 385

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
I. Die Anfänge der Organisation im Lande	9
a) Das Verhältnis von Partei und Fraktion	9
b) Ansätze zentralisierter Parteiorganisation	12
c) Entstehen lokaler Organisationen	22
d) Fraktionsübergreifende Organisationen im Lande	24
e) Die Auflösung übergreifender Parteiorgane	31
f) Die Wahlkämpfe	36
II. Hauptformen der lokalen Organisation bei den Liberalen	42
a) Das Komitee	42
b) Die Wählerversammlung	55
c) Der Verein	74
III. Die Nationalliberalen	86
a) Die Weiterbildung der lokalen Organisation	86
b) Die mittleren Instanzen	109
c) Die Parteizentrale	119
1. Geschichte der zentralen Organisation	119
2. Einzelne Institutionen	130
α) Der Zentralvorstand	130
β) Der Parteitag	141
3. Parteiführung und Parteistruktur	149
d) Die Fraktion	158
e) Schluß	174

IV. Die Linksliberalen	176
a) Die Organisationen der Parteianhänger	176
1. Die Fortschrittspartei und ihre Tradition	176
2. Die Sezession und ihre Tradition	182
3. Die Fortschrittliche Volkspartei	187
b) Die Provinzial- und Länderorganisationen	192
c) Parteizentralen und Parteiführung	196
1. Die Deutsche Fortschrittspartei	196
2. Die Sezession	204
3. Die Deutsch-Freisinnige Partei	206
4. Die Freisinnige Volkspartei	217
5. Die Freisinnige Vereinigung	224
6. Die Deutsche Volkspartei	230
7. Die Fortschrittliche Volkspartei	232
V. Die Konservativen	241
VI. Das Zentrum	265
VII. Die Sozialdemokraten	293
a) Die Anfänge der Organisation bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes	294
b) Die Partei unter dem Sozialistengesetz	306
c) Die Lokalorganisationen nach 1890	315
d) Die Bezirks- und Landesorganisationen	340
e) Zentralorgane und Parteistruktur	351
1. Der Parteitag	351
2. Die Parteileitung	367
3. Die Fraktion	381
4. Die Parteistruktur	386
Schluß	393
Quellen- und Literaturverzeichnis	407
Register	417